

Marxistische Studien

Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung
Kultureller Bruch?

Arbeiterklasse — soziale Bedürfnisse —
gewerkschaftliche Politik

Wandel des Wertsystems?

Sozialpsychologie und Generationenproblem

Beispiel Hamburg: Neue Bewegungen —
politische Strömungen — Wahlen

Frauenbewegung

Friedensbewegung — Friedensforschung

Diskussion Staats- und Überbautheorie

Jahrbuch des IMSF 5

Marxistische Studien
Jahrbuch des IMSF 5/1982

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF

Beirat:

Heinz Jürgen Axt, Hermann Bömer,
Gerhard Brosius, Christoph Butterwegge,
Edgar Gärtner, Bernd Greiner,
Dirk Hänisch, Florence Hervé,
Johanna Hund, Friedhelm Kröll,
Jan Prieue, Witich Roßmann,
Angelina Sörgel, Kurt Steinhaus,
Harald Werner

Redaktion:

Heinz Jung, André Leisewitz, Kaspar Maase,
Josef Schleifstein

Herausgegeben vom Institut für
Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt am Main

Marxistische Studien

Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung
Kultureller Bruch?

Arbeiterklasse — soziale Bedürfnisse —
gewerkschaftliche Politik

Wandel des Wertsystems?

Sozialpsychologie und Generationenproblem

Beispiel Hamburg: Neue Bewegungen —
politische Strömungen — Wahlen

Frauenbewegung

Friedensbewegung — Friedensforschung

Diskussion Staats- und Überbautheorie

Jahrbuch des IMSF 5
5/1982

© by Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

6000 Frankfurt am Main, Liebigstraße 6.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des IMSF gestattet.

Gesamtherstellung: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, Fulda

ISSN 0171-3698

Inhalt

Vorwort	7
Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung	
<i>Kaspar Maase</i> , Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch? Zu einigen Momenten außerparlamentarischer Bewegungen in der Bundesrepublik	10
<i>Witich Rossmann</i> , Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik	42
<i>Johannes Henrich von Heiseler</i> , Wandel des Wertsystems?	72
<i>Harald Werner</i> , Die Sozialpsychologie der Arbeiterklasse und die „neuen sozialen Bewegungen“	80
<i>Morus Markard</i> , „Lieber einen Stein in der Hand als ein Brett vor'm Kopf“? Psychologische Überlegungen zur „neuen Jugendbewegung“	95
<i>Lothar Bading</i> , Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen — politische Strömungen und Verallgemeinerungen — Wahlen	107
<i>Kurt Schacht</i> , SPD in den 80er Jahren. Soziologische und politische Aspekte der Krise der Sozialdemokratie	143
<i>Michael Ellwardt</i> , Strukturalismus wider Klassenkampf? Eine Kritik an Veröffentlichungen von N. Poulantzas und J. Hirsch	157
Frauenbewegung	
<i>Heike Flessner / Heidi Knake-Werner</i> , Sich einmischen — seine Identität finden — gemeinsam kämpfen. Bedürfnisentwicklung und Politikzugänge von Frauen	170
<i>Bettina Wessels</i> , Politikzugänge bei Frauen und Probleme der Verbindung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung. Tagungsbericht	189
<i>Ute H.-Osterkamp</i> , Gesellschaftliche Unterdrückung oder psychische Unterwerfungstendenz? Zu Frigga Haugs „Opfer—Täter“-Konzept	192
Friedensbewegung, Friedensforschung, Rüstungsökonomie	
<i>Thomas Harms</i> , Probleme der neuen Friedensbewegung	201
<i>Jürgen Reusch</i> , Drei Zentren europäischer Friedens- und Rüstungsforschung. Eine vergleichende Analyse	213
<i>Rainer Volkmann</i> , Rüstung und Arbeitsplätze. Zur ökonomischen Diskussion um Rüstung, Zyklus, Wachstum und Arbeitsplätze im Kapitalismus	240
Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Krise	
<i>Bernhard Roth</i> , Die Wirtschaftspolitik des Kapitals in der Krise — Tagungsbericht	252
<i>Angelina Sörgel</i> , Sozialpolitik in der Wirtschaftskrise — Krise der Sozialpolitik ..	263

Diskussion — Kritik — Replik

<i>Achim Bühl</i> , Materialistische Staats- und Überbautheorie heute — Diskussionsbericht	283
<i>Michael Jäger</i> , Korporatismus — ein „weiterentwickeltes Pluralismusmodell“? ...	295
<i>Ulrich Kypke</i> , Replik zu M. Jäger	304
<i>Alfred Kleinknecht</i> , Was bringen „neo-schumpeterianische“ Kriseninterpretationen? Eine Replik	307

Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftseinrichtungen in der BRD

<i>Josef Hülsdünker/Rolf Schellhase/Brunhild Spannhake</i> , Die Sozialforschungsstelle Dortmund	317
<i>André Leisewitz</i> , Das Öko-Institut, Freiburg	328

Marxistische Forschungseinrichtungen im Ausland

<i>M. Sotow</i> , Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU	341
<i>Pekka Kosonen/Sakari Hänninen</i> , Der Finnische Forscherverband	350

IMSF 1982: Publikationen, Konferenzen, Seminare und Vortragsveranstaltungen des IMSF	353
Autoren dieses Bandes	356
Zusammenfassungen zu den Beiträgen	358

Vorwort

Im Mittelpunkt des vorliegenden fünften Jahrbuches stehen Fragen, die durch Aktivitäten und Einfluß von neuen sozialen Bewegungen neben der Arbeiterbewegung aufgeworfen werden. Ursachen und Perspektiven, Bedeutung und innere Differenzierung dieser Bewegungen bilden seit einiger Zeit wichtige Themen der sozialwissenschaftlichen und politischen Debatte. Angesichts der relativen Stabilität und Mobilisierungsfähigkeit, angesichts der Auswirkung der neuen Bewegungen auf die gesellschaftliche Diskussion und die politischen Kräfteverteilungen kann das nicht verwundern. Nicht ohne Einfluß geblieben sind Interpretationen, die die neuen sozialen Bewegungen nutzen zur Argumentation gegen alle marxistischen Positionen, die sich auf die Arbeiterklasse und die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung orientieren: Das praktische Leben bestätige hier schlagend die theoretischen Aussagen der „Neuen Linken“.

Damit ist der Hintergrund angedeutet, auf dem die Aufsätze im ersten Abschnitt verschiedene Aspekte des Verhältnisses von neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterklasse untersuchen; Beiträge zur Frauenbewegung und zu Fragen der Friedensbewegung runden den Schwerpunkt dieses Jahrbuchs ab. Er bringt auch zum Ausdruck, daß diese Themen in der Arbeit des IMSF (nach Beiträgen zur Bürgerinitiativ- und Frauenbewegung in den „Marxistischen Studien“ 4, 1981) inzwischen einen festen Platz erhalten haben.

Die Analysen selbst lassen erkennen, daß eine solche Erweiterung des Forschungsfeldes neue theoretische und methodische Probleme stellt, die nicht im ersten Anlauf gelöst werden. Neben der Analyse der unterschiedlichen neuen sozialen Bewegungen zieht sich die Frage nach ihren sozialpsychologischen Verbindungen zur Arbeiterklasse und ihren Einflüssen auf die Arbeiterbewegung durch die meisten Beiträge. Grundprozesse der Sozialstruktur, der Veränderung von Konfliktfeldern und der Bedürfnisentwicklung werden intensiv untersucht — die inneren Triebkräfte der neuen Bewegungen und ihre Rolle im politischen Kräftesystem werden allerdings erst in Ansätzen erörtert.

In den neuen sozialen Bewegungen sieht *Kaspar Maase* einen Ausdruck gewandelter Bedürfnislagen; ihre konkrete Entwicklung sei geprägt durch die umfassenden Krisentendenzen der letzten Jahre. Hohe Aktivität vor allem aus den lohnabhängigen Mittelschichten auf dem Hintergrund einer Arbeiterbewegung, die gegenwärtig wenig Ausstrahlung als Kraft zur Durchsetzung gesellschaftlicher Alternativen entfaltet, bestimmt den Charakter der neuen Bewegungen wesentlich. In dieser Konstellation werden vor allem Wertorientierungen und Widerstandsmotivationen in den neuen Bewegungen untersucht. Die Entwicklung neuer sozialer Bedürfnisse in verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse und die Ansätze ihrer Umsetzung in gewerkschaftliche Praxis analysiert *Witich Rossmann*. In den siebziger Jahren haben sich viele Tendenzen und Initiativen nur begrenzt und getrennt artikuliert — ihre gewerkschaftspolitische Zusammenfassung wurde durch die Krisenprozesse seit 1974/75 und letztlich durch die Hegemonie sozialpartnerschaftlicher Kräfte in der Organisation blockiert.

In den letzten zwanzig Jahren haben sich bei den Lohnabhängigen unterschiedlich starke, aber gleichgerichtete und tiefgreifende Wandlungen in den Wertorientierungen vollzogen, die ohne Zweifel zu den subjektiven Voraussetzungen der neuen sozialen Bewegungen zählen. *Johannes Henrich von Heiseler* hebt gewachsene Ansprüche auf Auto-

nomie und gesellschaftliche Mitsprache sowie die veränderte Wahrnehmung der ungleichberechtigten Stellung der Frauen hervor. Hier gibt es Annäherungen zwischen den Kerngruppen der Arbeiterklasse und den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz. Bedeutet das auch, daß soziale und politische Orientierungen aus dem nicht-proletarischen Protest an die Stelle zerfallender Sozialpartnerschaftsideologie in der Arbeiterklasse treten können? *Harald Werner* verneint dies nach einer Analyse der Anforderungen der Individualitätsform des Lohnarbeiters im wesentlichen. Die Ausbildung der sozialen Psyche in der Arbeiterklassenjugend werde jedoch durch die Protestbewegungen unverkennbar beeinflusst. Dem komplizierten Verhältnis von Klassengegensatz und Generationskonflikt geht *Morus Markard* nach. Nicht erzieherische Ratschläge, sondern praktische Solidarität an Punkten der Interesseneinstimmung müsse das Verhalten der Marxisten zur neuen Jugendbewegung bestimmen.

Das Potential der neuen sozialen Bewegungen findet seinen politischen Ausdruck bisher vor allem in grünen und alternativen Gruppierungen. Am Hamburger Beispiel untersucht *Lothar Bading* die sozialstrukturellen Grundlagen neuer Basisbewegungen, ihr Einwirken auf außerparlamentarische linke Strömungen, die politische Bindung des Protestpotentials an eine linksreformistische ökologische Politik und den Niederschlag dieser Entwicklungen in den letzten Bürgerschaftswahlen. Die nachlassende Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie in doppelter Richtung — gegenüber der Arbeiterklasse und der Jugend- und Protestbewegung — macht den Kern der gegenwärtigen Krise der Sozialdemokratie aus. *Kurt Schacht* untersucht die Ursachen dieser Krise und die Diskussion in der SPD-Führung um neue Integrationsstrategien. Mit ideologischen Konzeptionen zu Staat, Klassenkampf und politischem Subjekt von *N. Poulantzas* und *J. Hirsch*, die auch in den Alternativbewegungen ihren Ausdruck, aber z. T. auch ihre Quellen finden, setzt sich *Michael Ellwardt* auseinander.

Weit über die selbständige Frauenbewegung hinaus spielen Frauen in den sozialen Bewegungen der letzten Jahre eine zunehmend aktive und vorwärtsdrängende Rolle. *Heike Flessner* und *Heidi Knake-Werner* arbeiten Momente und Gründe für unterschiedliche Linien im Engagement von Frauen verschiedener sozialer Lage heraus; zugleich betonen sie Gemeinsamkeiten und Bündnismöglichkeiten im Spektrum von Frauenaktivität. Die theoretische Debatte zum Selbstverständnis der Frauenbewegung führen wir fort mit Materialien einer vom IMSF organisierten Diskussionsrunde über Politikzugänge von Frauen. Ein Bericht gibt einen Überblick; der Beitrag von *Ute H. Osterkamp* setzt sich vor allem mit einigen Thesen von *Frigga Haug* auseinander.

Die Friedensbewegung ist Kristallisationspunkt unterschiedlicher sozialer und Protestbewegungen; an ihr ist die Arbeiterbewegung vergleichsweise am stärksten beteiligt. *Thomas Harms* skizziert Hauptströmungen, gemeinsame Forderungen und Differenzierungsmomente dieser breiten Volksbewegung. Zu den in der Friedensbewegung diskutierten Problemen gehören die Fragen der globalen und europabezogenen Kräfteverhältnisse und die militärstrategische „Begründung“ des NATO-Beschlusses, zunehmend aber auch Fragen der Ursachen und ökonomischen Folgen von Rüstung. *Jürgen Reusch* gibt eine vergleichende Analyse der Tätigkeit, Methodik, Ergebnisse und politischen Ausrichtung der drei wichtigsten europäischen Rüstungs- und Friedensforschungsinstitute, die in unterschiedlicher Weise in die Diskussion in der Friedensbewegung durch ihre Materialien und Argumentationen einbezogen sind. *Rainer Volkmann* untersucht die von bürgerlichen Ökonomen herausgestellten Beschäftigungseffekte von Rüstungs-

ausgaben und weist nach, daß langfristig Rüstungsproduktion Verzicht auf Arbeitsplatz-Zuwachs bedeutet.

Die Welt des Kapitals ist gegenwärtig von tiefgreifenden Krisen und Stagnationsprozessen erfaßt, die in allen kapitalistischen Zentren einen restriktiven wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs des staatsmonopolistischen Kapitalismus ausgelöst haben, der in unterschiedlichem Maße auf Gegenbewegungen der Arbeiterklasse stößt. Einer Konferenz des IMSF mit ausländischen Partner-Instituten zur Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft vom Sommer 1981 (vgl. die Berichte im vierten Band der „Marxistischen Studien“) folgte dieses Jahr eine Tagung zur „Wirtschaftspolitik des Kapitals in der Krise“ mit Teilnehmern aus den USA, Japan, Großbritannien, der BRD und Frankreich sowie anderen kapitalistischen Ländern. *Bernhard Roth* gibt eine Zusammenfassung der hier vorgelegten vergleichenden Länderanalysen zur Strategie des SMK und den Gegenreaktionen der Arbeiterbewegung. *Angelina Sörgel* behandelt die Frage nach ökonomischen und sozialen Grenzen des krisenbedingten Sozialabbaus in der Bundesrepublik sowie dem Umfang und den Ursachen dieser Restriktionen.

Neu im Rahmen des Jahrbuchs ist die Rubrik „Diskussion — Kritik — Replik“, unter der ein Bericht von *Achim Bühl* über eine Diskussionsrunde im IMSF zur materialistischen Staats- und Überbautheorie (anknüpfend an die jüngsten Untersuchungen des IMSF) sowie Reaktionen auf Beiträge in vorhergehenden Bänden des Jahrbuchs (*Jäger*, mit Replik von *Kypke*; *Kleinknecht*) zusammengefaßt sind.

Über wissenschaftliche Institutionen in der Bundesrepublik berichten *J. Hülsdünker*, *R. Schellhase* und *B. Spannhake* mit einem Beitrag über die „Sozialforschungsstelle Dortmund“ und *A. Leisewitz*, der die Tätigkeit des „Instituts für angewandte Ökologie“, Freiburg, behandelt.

M. Sotow macht den Leser mit Organisation und Arbeit des Moskauer „Instituts für Marxismus-Leninismus bei ZK der KPdSU“ bekannt; *P. Kosonen* und *S. Hänninen* stellen den marxistisch orientierten Finnischen Forscherverband vor.

Aus beruflichen Gründen ist *Christine Preiß* aus dem Beirat des Jahrbuchs ausgeschieden. Ihr ist auch an dieser Stelle noch einmal für ihre Mitarbeit zu danken.

Wir möchten den Leser abschließend darauf hinweisen, daß in diesem Jahr erstmals ein Sonderband der „Marxistischen Studien“ erscheint. Er ist aus Anlaß des hundertsten Todestages von *Karl Marx* am 14. März 1983 der Aktualität des Marxschen Denkens für die Analyse der Grundprozesse unserer Epoche und die Strategie der demokratischen und Arbeiterbewegung gewidmet: „...einen großen Hebel der Geschichte“. Zum 100. Todestag von *Karl Marx*: Aktualität und Wirkung seines Werks“.

Frankfurt am Main,
Juli 1982

Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)

Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch?

Zu einigen Momenten außerparlamentarischer Bewegungen in der Bundesrepublik

Kaspar Maase

1. Drei Hauptströme außerparlamentarischer Bewegungen — 2. Zu den Bewegungen 1966—1974 — 3. Bewegungen unter Krisenbedingungen (seit 1974/75) — 4. Zu einigen ideologischen und kulturellen Entwicklungen in den neuen sozialen Bewegungen — 5. Kulturelle Barrieren zwischen neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung

1. Drei Hauptströme außerparlamentarischer Bewegungen

Betrachtet man die außerparlamentarischen Bewegungen der letzten Jahre, so lassen sich drei wichtige Stränge herausheben. Wir sehen breite soziale und demokratische Bewegungen, die vor allem von Konflikten um allgemeine Reproduktionsbedingungen sowie um konkrete regionale und örtliche Umweltbedrohungen ausgehen (Friedensbewegung; Bürgerinitiativenbewegung; Startbahn West; Brokdorf, Gorleben, Wyhl etc.); in ihnen lassen sich meist konkrete Reproduktionsinteressen der Betroffenen und Aktiven aufzeigen, sie sind im Bereich allgemeiner Sympathie mehrheitsfähig, an ihnen beteiligen sich zu einem bedeutenden Anteil Angehörige der Arbeiterklasse sowie Kräfte und Untergliederungen der organisierten Arbeiterbewegung. Davon zu unterscheiden sind Bewegungen, die stark durch Momente des Krisenprotests und der Identitätssuche gekennzeichnet sind, nur vermittelt klare materielle und soziale Interessen aufgreifen und vor allem unter Jugendlichen der „Krisengeneration“ sowie Angehörigen der Mittelschichten Anhang finden (Jugendprotest; Frauen- und Minderheitenbewegungen; Alternativ- und Ökologiebewegung). Die dritte Tendenz ist die der gewerkschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen um materielle Fragen, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze, die insgesamt heute die Grenze zur politischen Konfrontation, zur Artikulation von Grundinteressen der Arbeiterklasse gegen Kapital und Regierung nicht überschreiten.¹

Zwischen diesen Hauptsträngen gibt es jeweils Übergangsfelder und -bewegungen. Zwischen Protestbewegungen und Massenbewegungen für Reproduktion und Frieden sind etwa die überregionale Anti-AKW- und Umweltbewegung, die Auseinandersetzungen um Wohnraum oder auch die breite Kampagne gegen den § 218 einzuordnen; lokale und regionale Kämpfe um Erhaltung von Arbeitsplätzen oder gegen Sozialabbau und Rotstiftpolitik bilden Scharniere zwischen außerbetrieblichen Massenbewegungen

¹ Vgl. dazu die Analysen in: H. Bömer, B. Goergens, G. Hautsch, B. Semmler, *Neue Beweglichkeit — Neue Impulse?*, Reihe Soziale Bewegungen, hgg. vom IMSF, Band 11, Frankfurt/M. 1982

und dem gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampf. In Momenten der gewerkschaftlichen Kämpfe von Frauen gegen Diskriminierung in puncto Lohn, Ausbildungsmöglichkeiten etc. und in Ansätzen einer Arbeitslosenbewegung zeichnen sich Verbindungen von betrieblich-gewerkschaftlichen und Protestbewegungen ab.

Wesentliche Merkmale der Entwicklung, die in der Linken mit der Frage nach den Perspektiven von neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung aufgegriffen werden, sind: Die genannten demokratischen und sozialen Massenbewegungen wie die Protestbewegungen haben bislang wenig Widerhall in der gewerkschaftlichen Strategie und Kampforientierung gefunden — mit ihren Problemen und Forderungen wie mit ihren Widerstandsmotiven und kämpferischen Impulsen. In gewissem Sinne die andere Seite dieser Feststellung ist: In den Massenbewegungen für elementare Lebens- und Reproduktionsbedürfnisse auch der Lohnarbeiter sind Interessenpositionen der Arbeiterbewegung keineswegs bestimmend für Selbstverständnis und Orientierung; vielmehr überwiegen in den ideologischen Verallgemeinerungen Anschauungen und Einstellungen von Mittelschichten, die auch in ihren antikapitalistischen Zügen durch Distanz bzw. Gegnerschaft zu Arbeiterbewegung und Sozialismus gekennzeichnet sind² und sich häufig aus den Protestbewegungen im engeren Sinne speisen. Politisch-parlamentarischen Ausdruck finden diese Bewegungen, wo sie den unmittelbaren Einflußbereich der Bundestagsparteien verlassen, passiv in Wahlenthaltung und Politikfeindlichkeit, aktiv in grünen und alternativen Gruppierungen, während kommunistische und linkssozialistische Klassenpositionen bisher kaum stärker wurden.

Damit sind die Probleme benannt, die im ersten Teil dieses Aufsatzes genauer betrachtet werden sollen; der zweite versucht dann, einige für die Zukunft wichtige Momente der neuen Bewegungen herauszuarbeiten.

2. Zu den Bewegungen 1966—1974

2.1 Im Bannkreis staatsmonopolistischer Reformpolitik

Für die Untersuchung der gegenwärtigen außerparlamentarischen Bewegungen muß man ihre Geschichte zurückverfolgen bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre. Mit zunehmendem historischem Abstand läßt sich immer deutlicher erkennen, welchen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik das Ende des „CDU-Staates“ und der langen Nachkriegskonjunktur mit der Krise 1966/67 bildet. Die damals konzentriert auftretenden und die öffentliche Diskussion bestimmenden Krisen und Mängel der von der CDU/CSU politisch verantworteten Entwicklung (Produktionsrückgang, Arbeitslosigkeit, Aufschwung der NPD, außenpolitische Isolierung, „Bildungskatastrophe“, „Krise der Städte“, Umweltprobleme) riefen vielfältige soziale und politische Bewegungen hervor, die zur Lockerung ideologischer Bindungen an die „soziale Marktwirtschaft“ beitrugen und die Suche nach neuen Orientierungen ausdrückten.

Charakter und Entwicklung des damaligen außerparlamentarischen Protests sind entscheidend bestimmt durch die Rolle, die die Sozialdemokratie wahrnehmen konnte. Sie stellte sich dar als unverbrauchte Kraft des Wandels: Strukturprobleme sollten bewältigt und mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen werden. Da in die sozial-liberale Politik

2 Vgl. R. Steigerwald, Probleme des nicht-proletarischen Protests, in: Marxistische Blätter 4/1981

staatsmonopolistischer Reformen zunächst bestimmte soziale Interessen der Arbeiterklasse eingingen,³ mußte es zu einer Öffnung für Aktivitäten in der Arbeiterklasse und aus der Gewerkschaftsbewegung heraus kommen, in denen qualitative Reformforderungen wachsendes Gewicht erhielten — bis hin zum politischen Engagement für die Entspannungspolitik und gegen den Versuch, die Regierung *Brandt/Scheel* zu stürzen. Mit den praktischen Bewegungen gewannen weit in die Arbeiterklasse hinein realistischere Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Marktkräfte und von den Perspektiven der weltumspannenden Systemauseinandersetzung an Boden.⁴

In diesem Zusammenhang ist auch die Aufnahme neuer Interessen und Bedürfnisse in Programmatik und Praxis der sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften zu sehen. Noch in der Anti-Notstandsbewegung hatten profilierte reformistische Gewerkschaftsführer und Einzelgewerkschaften eine zentrale Rolle gespielt. Die Septemberstreiks 1969 gaben einen Anstoß für aktivere und offensivere Gewerkschaftspolitik auf dem Felde der Einkommen wie zur Durchsetzung betrieblicher und sozialer Reformforderungen. Zu „Humanisierung der Arbeitswelt“, Umweltschutz, Bildungs- und Hochschulreform entwickelten und vertraten die Gewerkschaften eigenständige Vorstellungen; deutlichster Ausdruck des damaligen Verständnisses der „Gestaltungsaufgabe“ der Gewerkschaftsbewegung war 1972 die IG Metall-Tagung „Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens“ als Zusammenfassung weitgespannter Reformvorstellungen. Zumindest im programmatischen Anspruch präsentierte sich der DGB als Kraft der Arbeiterbewegung, die neue gesellschaftliche Probleme, Interessen und Bedürfnisse der Lohnabhängigen aufgreift und in eine Gesamtkonzeption gesellschaftlicher Veränderungen einbringt — als außerparlamentarische „Ergänzung“ und „Gewissen“ der SPD mit ihrem „Langzeitprogramm“.

Ansprüche auf Lebensqualität, Frieden und Entspannung wurden breit popularisiert und führten auch zu Mobilisierungen in den Kerngruppen der Arbeiterklasse; vor allem in der Arbeiterjugend und bei jüngeren Kadern der Gewerkschaften prägte sich eine antikapitalistische Strömung aus. Sozialistisch-marxistische Initiativen und Gruppierungen konnten in und angesichts einer kämpferischer auftretenden Arbeiterbewegung ihren Einfluß erweitern — allerdings von einer schwachen Ausgangsposition aus ohne Chance, schon bestimmend zu werden. Formell selbständige Bewegungen außerhalb der Arbeiterbewegung verblieben weitgehend im ideologisch-politischen Anziehungsbereich sozial-liberaler Kräfte. Grundlage hierfür war, daß die Masse der an außerparlamentarischen Bewegungen, Initiativen und Protesten Beteiligten letztlich von der Reformierbarkeit der bestehenden Ordnung ausging — oder anders und für unsere Betrachtung treffender gefaßt: Der Verlust von Vertrauen in und Bindungen an die vorgefundenen Verhältnisse und politischen Einrichtungen berührte noch nicht die grundlegende Erwartung, die individuelle Perspektive eines guten und befriedigenden Lebens im bestehenden System durchsetzen zu können. Tendenzen zur Erosion des in der Restaura-tionsperiode herausgebildeten „Basiskonsenses“⁵ wurden zunächst aufgefangen in der

3 IMSF-Autorengruppe, Widersprüche und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Marxistische Blätter 4/1981, S. 17 ff., hier vor allem S. 20

4 Auf der Ebene demoskopischer Daten ist dieser Prozeß bis in die jüngste Zeit verfolgt bei K. Steinhaus, Zu einigen Entwicklungstendenzen des politischen Klimas in der Bundesrepublik, in: Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF 4, 1981.

5 F. Deppe hat ihn charakterisiert als „Synthese von Sozialpartnerschafts- und Wirtschaftswunderideolo-

sozial-liberalen Reformpraxis und -ideologie. Dies war um so leichter, als die Vorstellung, bei hohem wirtschaftlichem Wachstum Reformen und mehr soziale Gerechtigkeit durchzusetzen, ohne privilegierten Gruppen etwas abnehmen zu müssen, bis 1973/74 noch an die reale ökonomische Entwicklung anknüpfen konnte.

2.2 Zur Entwicklung von Persönlichkeitsbedürfnissen

Die Zuspitzung wirtschaftlicher Probleme 1966/67 wurde zum Auslöser weiterreichender Erschütterungen und Bewegungen; darin kommt zum Ausdruck, daß die Krise des konservativen Blocks und die anschließenden politischen Umgruppierungen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre längerfristige und unwiderrufliche Wandlungen in Interessen und Bedürfnissen zur Grundlage haben.⁶ Wir können hier den Beginn eines ersten Zyklus außerparlamentarischer Bewegungen sehen, die auf die neue Phase der Krisenentwicklung im SMK der BRD (zunächst infolge des Abbaus spezifischer Nachkriegsfaktoren) reagieren. Mit der Krise 1974/75 beginnt dann ein zweiter Zyklus, zu dessen Voraussetzungen Ergebnisse, Erfahrungs- und Lernprozesse des ersten zählen. Mit der äußerlichen Einbindung vieler Bewegungen in die sozial-liberale Programmatik wurde keineswegs die Entwicklung im subjektiven Faktor, in den Köpfen der Menschen stillgestellt oder gar zurückgedreht. Die folgenden Bemerkungen konzentrieren sich auf einige solcher weiterwirkenden Tendenzen.

Objektive Interessen und ihre Veränderung widerspiegeln sich zunächst notwendig widersprüchlich im Bewußtsein;⁷ Klärung, Vereinheitlichung und Verankerung von

gie, von Antikommunismus und „Wiedervereinigung“ in einer übergreifenden „volksgemeinschaftlichen“ Ideologie des CDU-Staates (F. Deppe, Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD, in: Marxistische Studien – Jahrbuch des IMSF 1, 1978, S. 29).

6 Vgl. dazu zusammenfassend: IMSF-Autorengruppe, a. a. O., vor allem S. 20

7 Für die Analyse sozialer Bewegungen hat die Klärung der Interessen grundlegende Bedeutung. In ihnen fassen wir die „Beziehungen zwischen den objektiven Existenz- und Entwicklungsbedingungen sozialer Subjekte... und den sich daraus ergebenden Erfordernissen des Handelns und der Tätigkeit dieser Subjekte“ (Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin [DDR] 1977, S. 314). Interessen tragen objektiven und materiellen Charakter. Sie sind eine Seite der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, existieren unabhängig und unbeeinflussbar vom Willen und Bewußtsein der Menschen; die Kategorie bringt zum Ausdruck, daß den Subjekten aus ihrer konkreten Stellung in den gesellschaftlichen Verhältnissen Richtungen ihres Handelns vorgegeben sind, wollen sie ihr Leben erhalten und durch Ausweitung der Verfügung über ihre Lebensbedingungen sichern. „In den Interessen treten die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse als Richtungsbestimmungen der Tätigkeit individueller und kollektiver Subjekte, als Erfordernisse bzw. Anforderungen an die Tätigkeit in Erscheinung“ (ebenda).

So wichtig die Betonung des objektiven und materiellen Charakters der Interessen ist, so wichtig ist, daß sie praktisch als reale Triebkräfte menschlichen Handelns untrennbar sind von ihren subjektiven Widerspiegelungen in der menschlichen Psyche. Da „alles, was einen Menschen bewegt, den Durchgang durch seinen Kopf machen muß“ (F. Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW 21, S. 281), werden wir die unmittelbar wirksamen Antriebe menschlichen Handelns in den Bedürfnissen, Motiven, Ansprüchen etc. der Subjekte finden. Die Schwierigkeiten der Analyse sind Ausdruck der realen Komplexität und Widersprüchlichkeit der sozialen Interessen und der Vielfalt der Widerspiegelungsprozesse zwischen den Polen von Spontaneität und Bewußtheit, Tradition und kritischer Erkenntnis.

Die Widersprüchlichkeit der Interessen ist objektiv, kein Ergebnis verzerrter Widerspiegelung. Der Arbeiter im Rüstungsbetrieb hat sowohl ein Interesse an der Ausweitung der Produktion (um unmittelbar seinen Arbeitsplatz als Existenzgrundlage zu erhalten) wie an der Beseitigung der Rüstungsherstellung

Bedürfnissen als stabilen Handlungsorientierungen gegenüber der sozialen Umwelt werden wesentlich erleichtert und vorangetrieben durch die Möglichkeit, die Widersprüche im praktischen Handeln, im kollektiven Anmelden und Durchsetzen von Forderungen aufzuheben. Dies war in der skizzierten Situation der Öffnung für Aktivitäten von Angehörigen der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften der Fall; so kam es zu einem starken Schub der kollektiven Aneignung von Reproduktionsinteressen der Arbeiterklasse, der sich subjektiv in weithin geteilten Bedürfnissen und Ansprüchen niederschlug.

Unter dem Gesichtspunkt der neuen Momente in den aktuellen Bewegungen soll hier vor allem die Verstärkung von Bedürfnissen der Persönlichkeitsbehauptung und -entfaltung verfolgt werden. Ihre objektive Grundlage sind steigende Anforderungen an Fähigkeiten und Motivation in Teilen der modernen Produktion wie an die Kompetenzen zur Bewältigung der Lebens- und Reproduktionsprozesse in der hochkomplexen arbeitsteiligen Gesellschaft von heute;⁸ dazu gehören gleichermaßen der Stand der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und der Entfaltung von Bedürfnissen und Genüssen in privilegierten Gruppen.

Auf der subjektiven Seite ist zunächst das Abschleifen der Wirtschaftswunderfaszination anzuführen. Die Nachkriegsentwicklung brachte ja nicht einfach die quantitative Erweiterung der individuellen Konsumtion der Lohnarbeiter, sondern eine derart einschneidende Veränderung ihrer Lebensweise wie seit der Herausbildung des Imperialismus nicht. Radio und Fernsehen, der eigene Pkw am freien Wochenende, die Urlaubsreise ins Ausland, die Teilhabe an der Warenfülle und die Möglichkeit, ein attraktives eigenes Heim zu gestalten, bildeten Handlungsaufforderungen und -anforderungen, für die es in der Arbeiterklasse keine fertigen Einordnungsmuster geben konnte; sie mußten erst subjektiv verarbeitet, in eine stabile Lebensweise überführt werden — schon dies eine Aufgabe, die starke psychische Energien auf sich zog. Hinzu kam die Bewältigung anderer Kriegsfolgen, der großen Wanderungsbewegungen etc., so

(um der lebensbedrohlichen Kriegsgefahr entgegenzutreten und langfristig durch die Aufhebung der Kapitalherrschaft seine Existenz zu sichern und befreien). Die Widersprüche zwischen den (besonderen und allgemeinen, kurz- und langfristigen) Interessen der Proletarier sind in der allgemeinen Fassung und Durchsetzung der Klasseninteressen aufzuheben. Diese Klasseninteressen, wie sie die sozialistische Arbeiterbewegung zur Richtschnur nimmt, sind nur in fortwährender wissenschaftlicher Analyse zu erkennen; der praktisch-politische Prozeß der Zusammenfassung und Verallgemeinerung der empirischen Interessen der Proletarier zum konkret historischen Klassenwillen, zu einer die Massen bewegenden Forderung und Programmatik ist etwas völlig anderes als das abstrakte Propagieren objektiver Klasseninteressen — vielmehr ihr Hineinvermitteln in eine bestimmte geschichtliche Situation und die Selbstverständigung der empirischen Klasse.

Ein wichtiges Moment dabei ist die Entwicklung von Ansprüchen. Ein Prozeß kollektiver Bewertung und Normierung von Interessen und Bedürfnissen führt dazu, daß bestimmte Wünsche und Forderungen in einem bestimmten sozialen Milieu und seiner Öffentlichkeit für berechtigt und legitim gehalten werden und damit als Maßstab zur Bewertung der gesellschaftlich gegebenen Lebensverhältnisse dienen. Die Bildung von Ansprüchen ist ein wesentliches Kettenglied in der subjektiven Aneignung von Interessen durch Kollektive und ihrer Verinnerlichung zu real wirksamen Triebkräften sozialen Handelns.

8 Das beruht ökonomisch auf dem Übergang zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals; die Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus und die straffere Organisation der Produktion werden als Hauptwege beschritten — die Produzenten erfahren dies vor allem als wachsende Anforderung, kompliziertere Arbeit zu leisten bzw. sich für sie zu qualifizieren. Vgl. Proletariat in der BRD, Berlin (DDR) 1974, vor allem S. 65 ff.

daß erst gegen Ende der 50er Jahre eine neue „Normalität“ eingerichtet, der Alltag mehr und mehr selbstverständlich wurde.

Die Verarbeitung solcher Veränderungen wird mit bestimmt durch die unterschiedlichen Geschichts- und Gesellschaftsbilder, in die die Angehörigen verschiedener Generationen sie einzuordnen suchen.⁹ In der zweiten Hälfte der 60er Jahre traten die ersten Nachkriegsjahrgänge in das politische Geschehen ein, es sank das Gewicht der wesentlich durch NS-Sozialisation, Krieg, Leiden und Verluste aus der Konfrontation mit dem Sozialismus (Tod an der Ostfront, Kriegsgefangenschaft, Umsiedler, „Vertriebene und Flüchtlinge“) sowie „gemeinsamen Wiederaufbau aus dem Nichts“ geprägten Gruppen. Zunehmend trat eine Generation auf die Bühne sozialer Bewegungen, für die Frieden, der vorgefundene Lebensstandard, staatliche Sozialpolitik im weitesten Sinn und die darin enthaltenen Entfaltungsmöglichkeiten nicht dankbar zu würdigende Erfolge der CDU-Politik, sondern selbstverständlich auszubauende Voraussetzungen für Bedürfnisse und Ansprüche waren; die außerparlamentarischen Bewegungen dieser Jahre fanden daher hier starken Widerhall.

Mit der jüngeren Generation wuchs das Niveau schulischer und beruflicher Bildung; längere Freizeit und vielfältigere Mittel und Möglichkeiten für ihre Nutzung schufen erst nennenswerte Wahlmöglichkeiten und verlangten bewußte Entscheidungen über die eigene Entwicklung; die soziale Durchmischung in Wohngebieten, Arbeits- und Freizeitkontakten verstärkte die Ausstrahlung deutlicher bildungs- und persönlichkeitsorientierter Lebensstile von Gruppen der Mittelschichten. Erziehungsziele und -methoden in Familie und Schule gaben individuellen Qualitäten und Ansprüchen wie Selbständigkeit und „Selbstverwirklichung“ größeren Stellenwert.

Vor allem Diskussionen und Projekte der Bildungsreform mobilisierten Interessen und Ansprüche mit einer starken Persönlichkeitskomponente. Über bessere individuelle Qualifikation will man eine sichere berufliche Stellung mit gutem Einkommen und befriedigender Tätigkeit unter Bedingungen erreichen, die noch Kraft und Initiative in der Freizeit lassen. Belastende Arbeitsbedingungen und Tätigkeitsentleerung werden angesichts der Umwälzung privater Lebensverhältnisse zunehmend als inakzeptabel erfahren; Reaktion hierauf ist sowohl die wachsende Bereitschaft, derartige Persönlichkeitsansprüche im Beruf einzubringen, wie — angesichts der Widerstände dort zunächst überwiegend — die Entfaltung von Glücks- und Befriedigungsansprüchen in der Freizeit; vorhandene Infrastrukturmängel und Umweltprobleme werden damit subjektiv bedeutsamer.

In diesen Jahren richteten sich individuell und kollektiv gefaßte Ansprüche auf mehr soziale Gerechtigkeit an die Reform des Bildungswesens als der zentralen Verteilungsstelle für Lebenschancen in der Bundesrepublik; sozialdemokratische Versprechungen, durch den Sozialstaat bessere Chancen für Benachteiligte und „mehr Demokratie“ zu schaffen, trugen noch zur Verallgemeinerung des Anspruchs auf Gleichheit und Gerechtigkeit bei.

⁹ Gemeint ist die von marxistischer Seite noch unzureichend untersuchte Tatsache, daß die Angehörigen bestimmter Jahrgänge in bestimmten Lebensphasen mit hoher Wahrscheinlichkeit durch gemeinsame, übereinstimmende historische Erlebnisse und Eindrücke geprägt werden, aus denen sich ein relativ stabiles Interpretations- und Bewertungsmuster für weitere soziale Erfahrungen herausbildet; diese Generationengliederung verläuft sozusagen quer zur Klassen- und Schichtstruktur — beide Determinanten durchdringen einander.

2.3 Zur Rolle der Mittelschichten

Zu den neuen Momenten in diesem Zyklus außerparlamentarischer Bewegungen gehört die besondere Rolle vor allem der lohnabhängigen Mittelschichten (einschließlich der lohnabhängigen Intelligenz), wie sie etwa in Entwicklung und Einfluß der Studentenbewegung zum Ausdruck kommt. Ihr Handeln steht im Widerspruch zwischen der Verteidigung von Privilegien und Freiräumen einerseits, der Verfolgung von Lohnabhängigeninteressen andererseits. Im Widerstand gegen wachsende und schärfere staatsmonopolistische Regulierung und Durchkapitalisierung weiterer Lebensbereiche lassen sich diese Interessen ein Stück weit vereinen — und das verleiht den lohnabhängigen Mittelschichten angesichts der Schwäche sozialistischer Kräfte und autonomer Gewerkschaftspolitik besonderes Gewicht. Die objektive Tendenz einer Intensivierung ihrer Lohnabhängigeninteressen trifft zusammen mit der wachsenden Bedeutung von Interessen an gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen und Persönlichkeitsentfaltung für die Arbeiterklasse; die Annäherung von Interessen ist die Grundlage für die wichtige Rolle lohnabhängiger Mittelschichten in spontanen Widerstands- und Protestbewegungen mit breiter Beteiligung von Angehörigen der Arbeiterklasse.

Dies läßt sich verfolgen in der Entwicklung der Bürgerinitiativen-Bewegung seit dem Ende der 60er Jahre.¹⁰ Sie ist nicht allein mit dem Hinweis auf das Auseinanderklaffen von objektiv erweiterten Reproduktionsinteressen (vor allem im Bereich gesellschaftlicher Reproduktionssicherung) und realer Entwicklung von Infrastruktur und Umweltverhältnissen zu erklären. Sie ist schon Ergebnis einer ersten Lockerung des Vertrauens in das politische Repräsentativsystem, Ausdruck der Einstellung, daß man eigene Interessen gemeinsam öffentlich deutlich machen muß. Wenn dabei Angehörige der Mittelschichten dominieren, so verweist das auf die höhere Artikulations- und Handlungsfähigkeit, die sie durch Bildung und berufliche Tätigkeit erworben haben; es bringt auch ihre starke Verunsicherung in Lebensverhältnissen und -perspektiven durch die Tendenz zunehmender Unterordnung unter das Kapital und ihre Suche nach Möglichkeiten breiterer Gegenwehr zum Ausdruck. So gingen in ihren Widerstand und ihre Forderungen überwiegend individuelle Aufstiegsinteressen (Bürgerinitiativen im Bildungs- und Kulturbereich) sowie Interessen kleiner Eigentümer (vor allem von Immobilien) ein, und es bildeten sich auch eindeutig reaktionäre und bornierte Bürgerinitiativen. Die breite Sympathie für die Bürgerinitiativaktivitäten und die zunehmende Beteiligung von Angehörigen der Arbeiterklasse sprechen aber dafür, daß überwiegend Reproduktionsinteressen aller lohnabhängigen Gruppen aufgenommen waren und daß Dispositionen zur Vertretung von Interessen außerhalb der traditionellen Kanäle und Institutionen gerade in den Jahren des reformerischen „Neubeginns“ sich auch in die Arbeiterklasse hinein ausdehnten.

In konkreten Widerstandsaktionen läßt sich ein breites Interessenspektrum vereinen; so fand und findet der regionale Protest gegen Atomwirtschaftsprojekte auch eine Basis in den agrarischen und gewerblichen Mittelschichten. Mit zunehmender Stabilisierung, Dauer und überregionaler Koordination der Bürgerinitiativen muß jedoch die Frage nach der Perspektive des Widerstandes an Gewicht gewinnen. Sie liegt, knapp formuliert, für die Arbeiterklasse in der Verbindung zum betrieblich-gewerkschaftlichen

¹⁰ Vgl. F. Karl, Die Bürgerinitiativen, Reihe Soziale Bewegungen, hgg. vom IMSF, Band 10, Frankfurt/M. 1981

Kraftzentrum, im Konzept von Arbeiterkontrolle und wirksamer ökonomisch-politischer Mitentscheidung, im kollektiven Kampf um die Durchsetzung des Klassenwillens bzw. von Bündnisforderungen bei den zentralen gesellschaftlichen Schaltstellen. Dem stehen spontan die Bestrebungen der selbständigen wie der lohnabhängigen Mittelschichten entgegen, vorhandene Freiräume und individuelle Gestaltungsmöglichkeiten gegen die Durchsetzung des Warencharakters ihrer Arbeitskraft zu verteidigen; sie äußern sich in der heftigen Weigerung, die eigenen Interessen den Gemeinsamkeiten der Arbeiterklasse und der realen Arbeiterbewegung ein-(und eben manchmal auch unter-)zuordnen.

Die konkrete Entwicklung der Mittelschichtposition in außerparlamentarischen Bewegungen wird stark beeinflusst vom Kräfteverhältnis in den Bewegungen und von gesellschaftlich einflußreichen Stimmungen. „Als Schicht, deren soziale Existenz einem ständigen Wechsel unterworfen ist, werden auch ihre ideologischen Reflexe beständig durch die Richtung dieses Wandels bedingt. Das Festhalten an Ideologien vergehender Existenzbedingungen und fortschrittliches projektives Denken sind daher bei ihnen, je nach gesellschaftlicher Entwicklung, gleichermaßen anzutreffen.“¹¹ Im von uns betrachteten Zeitraum ermöglichen die Reformkonzepte der Sozialdemokratie wie die aktive gesellschaftliche Rolle der Arbeiterklasse und der Gewerkschaftsbewegung, daß vor allem in Teilen der jungen Intelligenz radikaldemokratische Einstellungen und auch sozialistische, auf die Arbeiterklasse orientierte Kräfte einen gewissen Einfluß erhalten.

Es zeichnet sich schon damals eine weitere Tendenz im Protest aus den Mittelschichten ab. Ihre soziale Perspektive ist im Umbruch, materielle und ideologische Sicherheiten sind bedroht; daraus folgt (neben konservativ-reaktionärem Beharren) auch unruhige Suche nach kollektiver Identität zwischen den Hauptklassen; im Zusammenhang mit individualistischen Traditionen und relativ hohem Bildungsniveau und Persönlichkeitsanspruch trägt dies die Problematik der Klärung und Behauptung individueller Identität gerade in progressive Bewegungen der Mittelschichten, wie etwa die Studentenbewegung, hinein.

3. Bewegungen unter Krisenbedingungen (seit 1974/75)

Ein Blick auf die Bürgerinitiativen-, Frauen- oder Umweltschutzbewegung läßt das Moment der Kontinuität in den außerparlamentarischen Bewegungen der 70er Jahre erkennen. Seit der Ablösung des „Reformkanzlers“ *Brandt* und dem Beginn der zyklischen Krise 1974/75, mit der tiefgreifenden Auswirkung überzyklischer Faktoren wie Strukturkrisen, Energieproblemen, einer beschleunigten Umsetzung wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Arbeitseinsparung mit dem Ergebnis von Dauerarbeitslosigkeit sind jedoch die Rahmenbedingungen grundlegend verändert, so daß auch früher entstandene Bewegungen einen neuen Stellenwert gewinnen. Eine Schlüsselfunktion für die Entwicklung hat wiederum die Rolle von SPD und Gewerkschaftsbewegung — allerdings mit entgegen dem vorhergehenden Zyklus umgekehrten Vorzeichen.

11 H. Werner, Zum Staatsbewußtsein der Mittelschichten im SMK, in: Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Teil I: Staatsdiskussion und Staatstheorie, Redaktion: H. Jung, J. Schleifstein, Frankfurt/M. 1981, S. 481

3.1 Arbeiterbewegung und Krisenprotest

3.1.1 Zur Rolle der SPD

Politisches Abbremsen der Reformansätze und verstärkter Ausbau großkapitalistischer Machtpositionen und Herrschaftsinstrumente („Tendenzwende“) waren in der BRD nicht mit einem Wechsel der Regierungskoalition verbunden; die veränderte Kapitalstrategie in Reaktion auf die weltweit verschlechterten Verwertungsbedingungen („Stabilitätspolitik“) wurde zur Leitlinie der SPD/FDP-Regierung *Schmidt/Genscher*. Die politische Verantwortung für den Ausbau des autoritären „Sicherheitsstaates“ und für sozialen Abbau, für das Einfrieren der Entspannungspolitik und den NATO-Aufrüstungskurs, für Atomprogramm und Schutz monopolistischer Umweltzerstörung, für Arbeitslosigkeit und Zukunftsverlust übernahmen also jene Kräfte, an die vor allem Interessen und Hoffnungen auf Friedenspolitik und mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität geknüpft worden waren.

Das wirkte sich bestimmend auf die Entwicklung der außerparlamentarischen Bewegungen aus. Mit ihrer praktischen Politik kann die SPD grundlegende soziale und politische Ansprüche der Arbeiterklasse immer weniger integrieren, von den skizzierten „neuen Bedürfnissen“ ganz zu schweigen. Sie verliert bis in ihre Stammwählerschaft unter den Arbeitern hinein an Vertrauen und kann vor allem viele Akteure der krisenbedingt verstärkten Bewegungen nicht mehr in ihrem politischen Anziehungsbereich halten. Die aktive Umkehr von Reformtendenzen durch genau die Partei, der viele Wähler ein entgegengesetztes Mandat gegeben hatten, stärkt neben dem Ausbruch aus den Scheinalternativen des etablierten Drei-Parteien-Systems Prozesse der Abwendung von der repräsentativen Demokratie überhaupt: Die reale Einflußlosigkeit, das Ausgeliefertsein der Bürger zwischen den Wahlterminen wird zu einem wichtigen Ansatzpunkt für Widerstand.

3.1.2 Blockierte Krisenverarbeitung in den Gewerkschaften

Seit 1974 herrschen für die Gewerkschaftsbewegung mit der auf Umverteilung zielenden Kapitalstrategie, mit dem Schwinden der sozialpolitischen Manövriermasse, mit der gezielt zur Disziplinierung eingesetzten Massenarbeitslosigkeit neue und wesentlich erschwerte Kampfbedingungen. Bei der Masse der Angehörigen der Arbeiterklasse wie der Gewerkschaftsmitglieder laufen spontan sehr widersprüchliche Reaktionen und Verarbeitungsprozesse ab. Die Kräfte, die in den DGB-Gewerkschaften für eine autonome Klassenpolitik des Stützens auf die eigene Kraft eintreten, können zwar in gewissen Bereichen an Einfluß gewinnen — sie bestimmen aber nicht die gewerkschaftliche Strategie.

In der Krise ist selbst der soziale Besitzstand nur zu erhalten, wenn man sich von der Logik der kapitalistischen Wirtschaft löst und die Klasseninteressen kämpferisch über „Sachzwänge“ stellt. Diesem Schritt in die politische Konfrontation der Gewerkschaftsbewegung mit den Unternehmern als *Klassengegner* und auch mit der staatlichen Wirtschaftspolitik im Kapitalinteresse stehen nicht nur weiterhin Festlegungen auf das bestehende System als Rahmen gewerkschaftlicher Strategie entgegen — die Bindung vieler Mitglieder und Funktionäre an die SPD und damit an die Bundesregierung verstärkt diese Blockierungen erheblich. Sie werden gezielt mobilisiert von jenen Kräften inner-

halb und außerhalb des DGB, die mit allen Mitteln die Durchsetzung autonomer Klassenpolitik verhindern wollen.

So ist eine Hauptkraft außerparlamentarischer Bewegungen in der Bundesrepublik, die Gewerkschaftsbewegung als Kern der ökonomisch-sozialen Arbeiterbewegung, trotz einzelner Vorstöße (1976, 1978/79) wesentlich an der Entfaltung ihrer möglichen Kraft und gesellschaftlichen Ausstrahlung gehindert. Lohn- und Tarifikämpfe bleiben auch bei breiterer Mobilisierung vor der Grenze einer prinzipiellen Klassenalternative als Krisenausweg stehen — und praktische Profilierung für gesellschaftliche Reformprogramme ist in der umrissenen Lage gar nicht zu erwarten.

3.2 Soziale und demokratische Massenbewegungen als Krisenreaktion

3.2.1 Bewegungen außerhalb des Produktionsbereichs

In vielen Untersuchungen der neuen sozialen Bewegungen wird als wesentliches Merkmal hervorgehoben, daß sie von Konflikten im Reproduktionsbereich ausgehen. Das ist zu erklären aus dem Aufeinandertreffen von Krisenstruktur (neue Momente wie Energie- und Ressourcenverknappung verbinden sich mit verschlechterten Verwertungsbedingungen, die verstärkte unentgeltliche Nutzung von Umweltressourcen erzwingen) und gestiegenen Bedürfnissen und Ansprüchen im Bereich allgemeiner Lebensbedingungen. Die Besonderheit der Entwicklung in der Bundesrepublik seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist damit jedoch noch nicht erfaßt.

Die anhaltenden Krisenerscheinungen und neue Zuspitzungen wie die Bedrohung durch die US-Rüstungs- und Militärpolitik rufen spontan die Suche nach Alternativen und Gegenbewegungen hervor, an denen sich Bedürfnisse nach Widerstand und Ausweg kristallisieren können. Infolge der Blockierungen in der Gewerkschaftsbewegung konnten betriebliche, tarifliche oder gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen diese Kristallisations- und Orientierungsfunktion nicht wahrnehmen. Sie fiel vor allem jenen Bewegungen zu, die (unter Mittelschichtdominanz) schon seit der ersten Hälfte der 70er Jahre aktiv waren und breit wirksame Zeichen des Protestes setzten, wie die Umweltschützer, die autonome Frauenbewegung und andere. Seit 1981 hat die Friedensbewegung diese Funktion eines zentralen Sammelpunktes des Widerstandes.¹²

Die breiten sozialen und demokratischen Massenbewegungen der letzten Jahre haben nicht wenige Angehörige der Arbeiterklasse mobilisiert und mögen dort sogar die Mehrzahl ihrer Sympathisanten finden. Darin drückt sich aus, daß konkrete, unmittelbare Arbeiterinteressen an gesunden und erholsamen Umweltbedingungen, an Überleben und Rüstungssenkung aufgenommen werden. Damit ist allerdings der Charakter dieser Bewegungen noch nicht bestimmt. An Bewegungen im Reproduktionsbereich nehmen Angehörige der Arbeiterklasse überwiegend individuell, vereinzelt — nicht als Vertreter einer Klassenbewegung — teil; dies setzt sie verstärkt der Hegemonie von Mittelschichten aus. Ausgangs- und Kernpunkt von Kraftentfaltung und bewußter Klas-

12 Angesichts dieser Tatsachen scheint es verkürzt, die neuen Bewegungen als „sozial-kulturelle Bewegungen“ oder gar als „vorwiegend kulturelle Bewegung“ zu charakterisieren (so W. F. Haug, Strukturelle Hegemonie, in: Das Argument 129, 1981, S. 630); damit wird der Blick verstellt auf den Interessengehalt der Bewegungen und auf ihren besonderen Charakter, kulturelle Brüche und Ansprüche gerade in praktischen politisch-sozialen Widerstand zu überführen.

senbildung in der Arbeiterbewegung ist bis heute die unmittelbare Konfrontation mit dem Klassengegner, die von der realen Einheit der Lohnarbeiter am gemeinsamen Arbeitsplatz in Betrieb und Büro getragen wird. Erst eine hier entwickelte Klassenbewegung ermöglicht etwa den Gewerkschaften, zu einem realen Faktor von Mobilisierung und Einfluß im Reproduktionsbereich zu werden. Es gibt in der Bundesrepublik kaum Traditionen, die betrieblich-gewerkschaftliche Kampfkraft und Mobilisierungsfähigkeit der Kerngruppen der Arbeiterklasse in Auseinandersetzungen im Reproduktionsbereich einzubringen — und bis auf weiteres muß man annehmen, daß selbst bei einem höheren Stand der Kämpfe die Auseinandersetzung um die ökonomische Lage und die Arbeitsbedingungen das Zentrum gewerkschaftlicher Kraftentfaltung und Selbstverständigung bleibt und dem eigenständigen Engagement im Reproduktionsbereich Grenzen gesetzt sind. Hier ist das Feld der politischen Organisationen der Arbeiterbewegung.

Wir müssen also die Frage wieder aufnehmen: Wie steht es um das Verhältnis von Mittelschichtinteressen und proletarischen Klasseninteressen bei den Bewegungen im Reproduktionsbereich? Von seinem Entstehen an war vor allem der Umweltprotest neben der spontanen Anziehung für Mittelschichtangehörige intensiven und organisierten politisch-ideologischen Einflüssen ausgesetzt. Das betrifft über den linksbürgerlichen Mediensektor vervielfacht wirksame Ideologen, in erster Linie jedoch verschiedene Gruppen und Organisationen, die im vorhergehenden Zyklus außerparlamentarischer Bewegungen (vor allem mit der Studentenbewegung) entstanden, sich überwiegend aus der Intelligenz rekrutierten und in vielen Metamorphosen nach einer breiteren Basis für ihre politischen Konzepte und Führungsansprüche im Gegensatz zur realen Arbeiterbewegung suchten. Ihnen gelang es, die für sie günstige Konstellation in den Widerstandsbewegungen im Reproduktionsbereich zu nutzen.¹³ Auf der Basis von Mittelschichtinteressen und -mobilisierung schufen sie sich Einfluß, der es ihnen jetzt, in der Phase auch sozialer Erweiterung dieser Bewegungen und der Funktionsausweitung zum allgemeinen Krisenprotest, ermöglicht, eine politisch-ideologische Führungsrolle in den Verallgemeinerungsprozessen einzunehmen. Die Vorherrschaft im weitesten Sinne „grüner“ und auf einen „Dritten Weg“ zwischen SMK und Sozialismus orientierter Ideologien ist das Ergebnis.

Nicht übersehen darf man auch das Wirken konservativer und in der oder jener Weise zum Irrationalismus faschistischer Herkunft und Perspektive tendierender Gruppierungen. Sie sprechen nicht nur agrarische und gewerbliche Mittelschichten an, sondern können auch Teile des Protests deklassierter Arbeiterklassengruppen gewinnen.

Breite gemeinsame Widerstandsaktionen wie die weitgehende Einbindung in nicht-proletarische Alternativkonzepte verdecken die latenten Gegensätze zwischen proletarischen und kleinbürgerlichen Reproduktionsinteressen. Daß sie nicht stärker zum Ausdruck kommen, liegt an der geringen Vertretung der Arbeiterbewegung in den neuen Bewegungen. Sozialistische Kräfte, die das Klasseninteresse an den allgemeinen Reproduktionsbedingungen herausarbeiten und zum gegenwärtigen Interessenbewußtsein der Lohnarbeiter vermitteln, sind schwach. Selbst in der Friedensbewegung stehen die Verhältnisse nicht prinzipiell anders.

13 Günstig auch insofern, als die marxistischen Kräfte der Arbeiterbewegung zu einer Unterschätzung von Funktion und Perspektive dieser Bewegungen neigten, sie zu stark nach rein ideologischen Maßstäben beurteilten und daher erst relativ spät organisiert eingriffen.

3.2.2 Neue soziale Bewegungen und Arbeiterbewegung

Wir fassen im folgenden Protestbewegungen und Massenbewegungen im Reproduktionsbereich im Begriff der „neuen sozialen Bewegungen“ zusammen. Das tun auch jene Autoren, die mit marxistischem Anspruch diesen Bewegungen die historische Nachfolge der sozialistischen Arbeiterbewegung (*A. Gorz*) oder eine zumindest gleichrangige gesellschaftsverändernde Kraft (*J. Hirsch*) zusprechen. Dies geht nach unseren Überlegungen wie nach den praktischen politischen Entwicklungen der letzten Jahre an der Wirklichkeit vorbei.

Kein Marxist wird die weitgehende sozialpartnerschaftliche Beschränkung der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und die Schwäche ihres sozialistischen Flügels leugnen — ebensowenig die wachsende Bedeutung von Konflikten im Reproduktionsbereich für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Lohnarbeiter, für die Entfaltung sozialer und politischer Klassenkämpfe und für die Entwicklung antimonopolistischer Bündnisse. Diese Perspektive haben aber die neuen sozialen Bewegungen nicht — und sie können sie auch aus ihrer inneren Dynamik nicht gewinnen. Daß in ihnen ein Übergewicht der realen Arbeiterbewegung fern oder feindlich gegenüberstehender politischer Kräfte und Ideologien herrscht, daß das soziale Spektrum ihrer Akteure und auch Sympathisanten (mit Ausnahme von Friedensbewegung und Anti-Startbahnbewegung) nur kleine Teile der aktiven Arbeiterklasse umfaßt, ist kein aufholbarer Entwicklungsrückstand, sondern letztlich Ausdruck und Folge der Schwäche sozialistischer Kräfte der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik.

Illusion ist auch die Annahme, die Impulse aus den neuen sozialen Bewegungen könnten heute *entscheidende* Anstöße für eine Stärkung kämpferisch-autonomer Positionen in der Arbeiterklasse geben. Alles spricht dafür, daß soziale und politische Aktivitäten der Lohnarbeiter im Reproduktionsbereich mit einer klassenstrategischen Orientierung die Entwicklung der Kämpfe im Kernbereich gewerkschaftlicher Aufgaben und das Überwinden von Sozialpartnerschaft und Ökonomismus *hier* zur Voraussetzung haben; dann wird die Wechselwirkung mit Konflikten im Reproduktionsbereich wegen ihrer politischen Dimension die Bildung von Klassenbewußtsein breit befördern. Nur über ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen werden die Angehörigen der Arbeiterklasse massenhaft und im bewußten Klasseninteresse Forderungen im Reproduktionsbereich vertreten können — und nur bei Einsatz ihrer Kraft in Betrieben und Büros werden sie nennenswerte Erfolge erreichen können. Hierin gründet doch die tiefe Kluft zwischen den zahlenmäßig gewaltigen Demonstrationen, Basisaktivitäten und auch Sympathiebekundungen für die Bewegungen gegen NATO-Raketenbeschluß und Startbahn 18 West und der Unbeirrtheit, mit der die herrschenden Kräfte ihren Kurs weiterverfolgen — weil sie die Entfaltung der Kraft der Arbeiterbewegung aus deren Schlüsselstellung in der gesellschaftlichen Produktion heraus gegenwärtig nicht befürchten.

Mit diesen prinzipiellen, perspektivischen Überlegungen soll nicht die Bedeutung der neuen Bewegungen als Moment progressiver Entwicklung in der Bundesrepublik, als Faktor des Einflusses auf Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung und auch als produktive Herausforderung für neue Überlegungen der Marxisten weggeredet werden. Selbst wenn die gegenwärtige Tendenz, in diesen Bewegungen gewerkschaftliche und soziale Interessenpositionen der Arbeiterklasse anzumelden, keine Veränderung ihres bei allen

Widersprüchen nichtproletarischen Charakters erwarten läßt — auf die mit der zunehmenden Institutionalisierung und politischen Festlegung ablaufenden Differenzierungsprozesse können und müssen die Kräfte der Arbeiterbewegung Einfluß nehmen; der Hauptweg dieses Einflusses wird allerdings die Entwicklung der betrieblich/gewerkschaftlichen Kämpfe um Einkommen und Arbeitsbedingungen, Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten, soziale Sicherheit und Friedenspolitik sein. Zugespitzt: Was als Beitrag der neuen sozialen Bewegungen zur Durchsetzung von Lohnarbeiterinteressen und zur Veränderung des Kräfteverhältnisses gegen das Großkapital herauskommt, hängt stärker von der konsequenten Entfaltung der betrieblich und national zu führenden gewerkschaftlichen Kämpfe ab als von der inneren Dynamik und den Kampferfahrungen der Bewegungen selber.

Was kann man als Zwischenbilanz der neuen Bewegungen für ihre Akteure festhalten? Heute lassen sich etwa folgende Entwicklungslinien erkennen — grob voneinander abgehoben: Vor allem marginalisierte proletarische und subproletarische Gruppen sowie Deklassierte verschiedener Herkunft bilden einen Treibsatz unterschiedlichster Bewegungen; sie sind zunehmend anfällig für die Instrumentalisierung als Stoßtrupp des Neofaschismus. Gruppen aus den selbständigen, zum Teil auch aus den lohnabhängigen Mittelschichten sowie aus der kleinen Bourgeoisie werden reaktionäre, massenfeindlich-elitäre Züge vor allem des ökologischen Protests mit ihren Eigentümerinteressen verbinden. Gruppen der Mittelschichten und bessergestellte Teile der Arbeiterklasse tendieren zu einer ausgeprägteren reformerischen Profilierung mit großem Anteil antimonopolistischer Interessen. Zu fragen ist, ob *sie* die Politik der Grünen Partei prägen werden; bei ihnen kann sich durchaus erneut eine sozialdemokratische Dominanz etwa der Linie *Eppler/Klose* mit entsprechendem Einfluß in den Gewerkschaften herausbilden.

Schließlich zeigen sich stärkere Tendenzen einer Aufnahme der Protestimpulse im antikapitalistischen gewerkschaftlichen und Arbeiterklassenmilieu, vor allem unter qualifizierten jüngeren Aktivisten mit oft ausgeprägt oppositioneller Haltung zur dominierenden Linie und Aktionsform in den Gewerkschaften. Vor allem in den beiden letzten Strömungen zeichnen sich „Scharniergruppen“ zwischen den neuen Bewegungen und der Arbeiterbewegung ab. Neben den sozialistischen Kräften sind sie es, die in den Klassenorganisationen das Verständnis für die Vereinbarkeit ihrer Interessen mit vielen Anliegen der neuen sozialen Bewegungen fördern und im Kern der Arbeiterbewegung die Öffnung zu den „neuen“ Bedürfnissen und Ansprüchen vorantreiben können.

Zieht man die Parallele zum vorangegangenen Zyklus außerparlamentarischer Bewegungen, so scheint folgende Entwicklung möglich: Gegenwärtig sammeln und stärken sich in der Arbeiterklasse die Momente der neuen Reproduktions- und Persönlichkeitsansprüche (durch den Nachwuchs der Klasse, durch die Ausstrahlung der Jüngeren auf ihre Eltern, durch das Wirken der genannten Kader usw.). Sie werden eine höhere Qualität gewinnen im nächsten Kampfzyklus der Arbeiterbewegung, sich an „alte“ ökonomische und soziale Forderungen anlagern und ihnen zusätzliche Triebkraft verleihen; schließlich können sie bei einer relativen Erleichterung des ökonomisch-sozialen Krisendruckes im wirtschaftlichen Aufschwung wieder selbständiges Gewicht erlangen.

Und bis dahin? Mündet der Hauptstrom der mit den neuen Bewegungen verbundenen Suche nach grundlegenden Alternativen zunächst wieder in die grün und bunt her-

ausgeputzten Kanäle des herrschenden politischen Systems ein? Zumindest mittelfristig scheint mir eine parlamentarische Austrocknung der neuen Bewegungen nicht wahrscheinlich. In ihren Interessengrundlagen und im herausgebildeten Anspruch auf *selbsttätige* Interessenwahrnehmung statt ihrer Delegation sehe ich eine gewisse Voraussetzung dafür, daß es auch in den kommenden Jahren einen wichtigen Strang außerparlamentarischer Bewegungen neben der Arbeiterbewegung geben wird.

Die neuen sozialen Bewegungen sind durch ihre Verankerung in der jungen Generation eine einflußreiche „Schule politischer Praxis und Kultur“. Im Vergleich zu Studentenbewegung und APO der endsechziger Jahre reicht ihre Ausstrahlung weiter in den Nachwuchs der Arbeiterklasse hinein. Damit wird die Dimension „produktiver Herausforderung“ deutlich, die sie für alle politischen Strömungen der Arbeiterbewegung bilden muß.

Wir müssen hier die politisch-ideologische Analyse erweitern. Sie allein kann nicht erklären, wieso derart stark von den lohnabhängigen Mittelschichten ausgehende und bestimmte Bewegungen Massencharakter bis in die Arbeiterklasse hinein und eine solche Stabilität erreichten, daß sie allem Anschein nach für den ersten erfolgreichen Versuch einer Aufspaltung des etablierten Bonner Parteienkartells genutzt werden können. Sie kann diese Bewegungen auch nicht als Anzeiger und aktives Moment in der Bedürfnis- und Anspruchsentwicklung aller lohnabhängigen Schichten und damit in ihrer langfristigen Bedeutung für die weitere Entwicklung der Klassenauseinandersetzungen und für die Perspektive der Arbeiterbewegung erfassen. Dazu einige Thesen. Die objektive Annäherung der Lebenslage zwischen wichtigen Teilen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten ist die Grundlage für eine Annäherung von Reproduktions- und Persönlichkeitsbedürfnissen. Heute können Impulse und Bewegungen aus den Mittelschichten, die diese Bedürfnisse von *ihren* Interessen und kulturellen Traditionen her zum Gegenstand von Forderungen machen, auf Widerhall in wichtigen Teilen der Arbeiterklasse rechnen. Diese Bewegungen und das mit ihnen verbundene soziale und kulturelle Milieu werden damit zu realen Faktoren der Bedürfnisentwicklung und der Bildung des Klassenwillens in der Arbeiterklasse. „Je mehr... die sogenannten Reproduktionsbereiche für die Lebens- und Existenzbedingungen der Arbeiterklasse und generell für die Gesellschaft an Bedeutung gewinnen..., desto weniger erfolgt die Herausbildung entsprechender Interessen in einem reinen Arbeiterklassenmilieu, sondern in einem nichtmonopolistischen sozialstrukturellen Spektrum.“¹⁴ Sich auf hier herausgebildete Bedürfnisse und Ansprüche positiv zu beziehen, meint nicht, sie unkritisch zu übernehmen, sondern sie *auch* als erste Ausprägung tiefgreifender Veränderungen zu sehen, die zunehmend die Arbeiterklasse erfassen und auf die die bewußtesten Kräfte im Gesamtinteresse Einfluß nehmen, denen sie aber auch Rechnung tragen müssen.

14 H. Jung, Staat und Überbau im SMK der BRD, in: Der Staat..., a. a. O., S. 247. Jung verwendet den Interessenbegriff hier für die subjektive Wahrnehmung und Artikulation der objektiven Reproduktionsanforderungen, d. h. für den Bereich der Bedürfnisse und Ansprüche.

4. Zu einigen ideologischen und kulturellen Entwicklungen in den neuen sozialen Bewegungen

Unter dieser Hauptfragestellung sind die folgenden, in vielem noch unzulänglichen Überlegungen zu lesen. Ihr Mangel besteht vor allem darin, daß neue Tendenzen im Milieu der Arbeiterbewegung nicht aufgearbeitet werden; damit fehlt der praktische Maßstab für die Einschätzung von Entwicklungen in den neuen sozialen Bewegungen, manches bleibt beschreibend. Es soll zunächst die Vermittlung von Einstellungen aus den Protestbewegungen in die Massenbewegungen mit Reproduktionsforderungen untersucht werden. Dann werden Ansprüche im Milieu der neuen Bewegungen auf Tendenzen zu einem „kulturellen Bruch“ geprüft, ihre Umsetzung in der politischen Kultur dieser Bewegungen verfolgt und zum Schluß nach „kulturellen Barrieren“ zwischen ihnen und der realen Arbeiterbewegung der Bundesrepublik gefragt.

4.1 Soziale Massenbewegungen und Krisenprotest

Die vielfältigen Beziehungen und Übergänge hinsichtlich Akteuren, Aktionsformen und Selbstverständnis zwischen den in Abschnitt 1 unterschiedenen Massenbewegungen und den eigentlichen Bewegungen des Krisenprotests und der Identitätssuche (im folgenden der Einfachheit halber als Protestbewegungen zusammengefaßt) sind offensichtlich und nicht zufällig. Sie werden hier verstanden als qualitative Abstufungen in einem Kontinuum der Veränderung von Bedürfnissen und Ansprüchen, das bis weit in jene Teile der Arbeiterklasse hineinreicht, die den neuen Bewegungen distanziert gegenüberstehen. Bei den engagierten Sympathisanten und Akteuren der neuen Bewegungen sind infolge ihrer Jugend und höheren Qualifikation die Persönlichkeitsansprüche stärker ausgeprägt; damit sind sie empfindsamer für Auswirkungen und Bedrohungen imperialistischer Krisenprozesse. Diese Tendenzen sind in den Protestbewegungen noch weiter radikalisiert: Krisenerfahrungen verbinden sich mit mittelschichtspezifischen Tendenzen der Identitätsbedrohung und Identitätssuche und bewirken einen tiefen Bruch zwischen individueller Lebensperspektive und herrschenden Werten, Lebensformen und politischen Mechanismen.

Es sei gleich hier eine grundsätzliche Bemerkung angeschlossen, die bei den folgenden Ausführungen mit zu bedenken ist. Die skizzierten Tendenzen der Distanzierung von Basiskonsens, Konsumismus und parlamentarischem Repräsentativsystem geraten sofort unter den Einfluß unterschiedlicher politisch-ideologischer Kräfte. Es überwiegen kleinbürgerliche und stark individualistische Alternativkonzepte, und aus der Entwicklung zwischen 1900 und 1933 kann man lernen, daß auch von radikaler Zivilisationskritik, Lebensreform und antiparlamentarischem Aktivismus breite Wege zu reaktionären und faschistischen „Bewegungen“ führen, wenn der Einfluß der Arbeiterbewegung hier nicht wirkt. Aber auch umgekehrt: Von hier aus können Wege zur revolutionären Arbeiterbewegung führen, allerdings nicht im Selbstlauf.

Die folgende Skizze arbeitet Einstellungen und Haltungen heraus, die noch offen sind für unterschiedliche politische Orientierungen. Damit soll nicht der Eindruck erweckt werden, daß im Milieu der heutigen Protestbewegungen und ihres Einfluszbereichs noch der Zustand der Offenheit und Unbeflecktheit herrsche — das Gegenteil ist der Fall. Wenn aber die These vom durchgängigen Bedürfnis- und Anspruchswandel und

der allgemeinen Krisenbetroffenheit zutrifft, werden sich vor allem bei den jüngeren Gruppen der Arbeiterklasse immer wieder derartige Tendenzen finden, die die bewußten Kräfte in Übereinstimmung mit den Klasseninteressen und auf der Basis gemeinsamer Praxis weiterentwickeln können und müssen.¹⁵ Die These ist also, daß die im folgenden typisierend rein herausgearbeiteten Haltungen in vielfältiger Abschwächung und Vermischung auch in die Arbeiterklasse hinein sich ausbreiten.

4.1.1 Zur Infrastruktur der Protestbewegungen

Der Einfluß von letztlich kleinbürgerlichen Positionen in den neuen sozialen Bewegungen beruht auch auf ihrer Durchdringung mit den Bewegungen des Krisenprotests und der Identitätssuche, die eine relativ entwickelte Infrastruktur besitzen (die „Szene“) und damit einen gewichtigen und wirksamen Einflußfaktor im Gesamtmilieu der Bewegungen bilden. Auch die verschiedenen politisch motivierten Gruppen bis zu den grünen und alternativen Parteien nutzen Medien und Kommunikationszusammenhänge der Krisenprotestbewegungen als ideologisch-organisatorisches Hinterland und Mobilisierungsbasis. Daher ein kurzer Blick auf einige Daten und Fakten.

Für die außerhalb politischer und gewerkschaftlicher Organisationen formierte Frauenbewegung kann die Auflage der beiden größten überregionalen Zeitschriften mit etwa 200 000 (1978) einen Anhaltspunkt geben,¹⁶ außerdem die Schätzung von etwa 10 000 bis 15 000 Frauengesprächsgruppen mit je zwischen 10 und 20 Beteiligten (1978).¹⁷ Unübersichtlicher ist die im weiteren Sinn alternative Szene. Ihre regelmäßig erscheinenden größeren Blätter haben eine monatliche Auflage von etwa 1,4 Mio. (ohne die angeführten Frauenzeitschriften);¹⁸ hinzu kommen für 1980 kleinere lokale Blätter mit ca. 400 000 verkauften Exemplaren pro Monat sowie unregelmäßig erscheinende Erzeugnisse mit einer geschätzten Gesamtauflage von rund 180 000 Stück.¹⁹

Mit einem gewissen Vorbehalt gegenüber den Zahlen seien hier noch die Angaben von Huber aufgenommen, der für das Ende der siebziger Jahre 11 500 alternative Projekte (von ländlichen und handwerklichen Kooperativen über Läden, Verlage und Zeitschriften bis zu Initiativen für soziale Hilfe und Betreuung) mit rund 80 000 direkt Engagierten schätzt²⁰ und auf ca. 30 000 Wohngemeinschaften mit 100- bis 150 000 Beteiligten verweist,²¹ von denen ein bedeutender Anteil zur Infrastruktur der Protestbewe-

15 So nimmt ein sozialistischer Arbeiterjugendverband wie die SDAJ z. B. folgende Losungen und Ansprüche auf: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“, „Her mit dem ganzen Leben!“, „In uns brennt das Feuer und draußen herrscht die Eiszeit!“, „Allein machen sie dich ein“, „Was ich will, das krieg ich nicht. Und was ich kriegen kann, das will ich nicht“ (vgl. W. Stürmann, Bericht des Bundesvorstandes an den 7. Bundeskongress der SDAJ, 6./7. März 1982).

16 Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BMJFG), Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik, April 1981, S. 19

17 Vgl. Lottemi Doormann (Hg.), Keiner schiebt uns weg, Weinheim, Basel 1979, S. 303

18 Die verkaufte Auflage liegt bei etwa 80%; vgl. Wolfgang Beywl, Lokale Alternativpresse — eine erste Bestandsaufnahme, in: Media Perspektiven 3/1982, S. 187. Diese Teiluntersuchung legt insgesamt niedrigere Zahlen nahe.

19 Alle Zahlen zur Presse nach: BMJFG, a. a. O., und J. R. Mettke, Selbstbespiegelungen — Über die Gegenöffentlichkeit der alternativen Presse, in: M. Haller (Hg.), Aussteigen oder rebellieren — Jugendliche gegen Staat und Gesellschaft, Reinbek 1981, S. 159 f.

20 J. Huber, Wer soll das alles ändern, Berlin (West) 1980, S. 29

21 Huber, a. a. O., S. 42, beruft sich auf: B. Korczak, Neue Formen des Zusammenlebens, Frankfurt/M. 1979, S. 101

gungen zu rechnen ist. Unter dem Gesichtspunkt der Verbreitung grün/ökologischer Theorien sind auch die Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich zu bedenken, für die *Karl* zwischen 150 000 und 200 000 Aktive zählt.²²

4.1.2 Generationslinien

Mit der ideologischen Ausstrahlung der Umweltschutz-Initiativen ist schon eine der Linien angesprochen, entlang derer Einflußbahnen aus dem Mittelschichtprotest quer zu den sozialstrukturellen Differenzierungen in die sozialen Bewegungen und in Teile der Arbeiterklasse hinein verlaufen. Die wichtigste dieser Linien wird sicher durch objektive und subjektive Generationsgemeinsamkeiten gebildet. Wir haben auf dieses Moment schon in den Bewegungen nach 1966 hingewiesen; für die Entwicklung seit der Krise 1974/75 ist es noch weitaus bedeutsamer.

Die neuen sozialen Bewegungen — vor allem die mit ausgeprägtem Protestcharakter — erhalten wesentliche Schubkraft aus der Massenerfahrung des Bruchs zwischen individuellen Lebensplänen und -ansprüchen und den Perspektiven der Gesellschaft. Während in den mittleren und älteren Jahrgängen der Verlust realer Sicherheiten und die Erschütterung von Erwartungen widersprüchlich und zäh verarbeitet werden, machen die jüngsten Akteure der Bewegungen schon seit fast zehn Jahren die Erfahrung des alltäglichen Kapitalismus als Einschränkung, Abbau, Vernichtung von Lebenschancen. Die unmittelbare persönliche Betroffenheit sensibilisiert für nationale und globale Krisenprozesse und rückt sie in den Vordergrund des Weltbildes: Ökologische Zerstörungen, die Parallelität von Hunger und Nahrungsmittelvernichtung, der Rüstungswahnsinn, Langzeitr Risiken und aktuelle Gefahren wirtschaftlicher Nutzung der Kernenergie. Hierin verdichtet sich das Bild einer Welt, die scheinbar blind und doch zielstrebig der Selbstzerstörung der Menschheit entgegentaumelt; in diesen Erscheinungen und Projekten symbolisiert sich geradezu der Umschlag von Profit- und Machtgier in totale Wärdernunft — sie werden daher zu Kristallisationspunkten des Widerstandes.

Ganz augenscheinlich kommen die Akteure und Aktivisten der neuen Bewegungen²³ in ihrer Masse aus dem Kreis der unter 35jährigen. Zwar ist der krisenhafte und krisenverschuldete Bruch in den Lebenserwartungen weder die Erfahrung aller in diesen Jahrgängen, noch ist er auf sie beschränkt; offensichtlich ist jedoch gleichfalls, daß längst nicht alle von Arbeitslosigkeit, Dequalifizierung, Diskriminierung Betroffenen in die Bewegungen einbezogen sind, geschweige, daß sie zu ihren Aktiven gehören. Es sind also die subjektiven Voraussetzungen näher zu bestimmen, unter denen diese Erfahrungen in Richtung eines Bruchs mit der vorgefundenen Ordnung verarbeitet werden.

Dabei ist die Ablösung der Generationen bedeutsam. Grundlegende Wahrnehmungs- und Handlungsmuster gegenüber gesellschaftlich-politischen Erfahrungen und Ereignissen bilden sich relativ früh in der Biographie heraus und gewinnen beachtliche Festigkeit. Wer 25 Jahre andauernde Verbesserung von Lebensbedingungen erlebt hat, wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch mehrjährige Krisenperioden als Ausnahme auffassen, nach den Linien von Normalität und ruhiger Weiterentwicklung suchen und sein Verhalten entsprechend ausrichten. Insofern ist der Generationswechsel ein sozia-

22 Vgl. F. Karl, a. a. O., S. 38—41

23 Hier wie im folgenden sind ausgeklammert die Ideologen und um die politische Führung in den Bewegungen kämpfenden Gruppen, die unter ganz anderen Fragestellungen zu analysieren sind.

ler Ort der schnelleren und heute in gewisser Weise eher wirklichkeitsangemessenen Verarbeitung der Krisen des internationalen imperialistischen Systems. Das betrifft vor allem die Jahrgänge, die nach erster Erschütterung der BRD-Perspektive voll auf die sozialdemokratische Reformstrategie setzten und nun deren Scheitern als solches zur Kenntnis nehmen, da auch persönliche Hoffnungen und Erwartungen davon betroffen sind; und es umfaßt die eigentliche „Krisengeneration“, deren Weltbild überwiegend von krisenhaften Abwärtsbewegungen und Erschütterungen geprägt ist.

Die Jüngeren wurden noch nicht so stark auf den Basiskonsens eingeschworen, viele von ihnen hatten schon am Ende der 60er Jahre Kontakt mit außerparlamentarischen Bewegungen. Bis heute heißt in der Bundesrepublik „jünger“ gleichzeitig: im Schnitt länger schulisch und beruflich ausgebildet. Es bedeutet auch: mit höheren Ansprüchen auf persönliche Entfaltung und mit größerer individueller Handlungsfähigkeit ausgestattet.

Allgemein hat sich bis weit in den Nachwuchs der Arbeiterklasse hinein das soziale und individuelle Gewicht der Jugendphase und der in ihr entwickelten Lebensansprüche erhöht: Späterer Eintritt in den Beruf verbindet sich mit höheren sozial-kulturellen Kompetenzen und bisher unbekannter materieller Absicherung durch Familie, staatliche Leistungen und flexible Erwerbsmöglichkeiten. Unter diesen Bedingungen entwickelte und praktizierte Vorstellungen eines befriedigenden und sinnvollen Lebens werden auch das Verhalten als „Erwachsene“ stärker prägen.²⁴

Erfahrungen und Gefühle von Angst und Endzeit, „Beton“ und „Packeis“, Sinnlosigkeit und unmittelbarem Verlangen nach „Leben jetzt!“ bestimmen über weite Strecken die Milieus der Jugendkultur, prägen Musik und Sprüche, Lektüre und Unterhaltungen, Sprache und Auftreten. Die relative Abgegrenztheit der Orte und Medien der Jugendkulturen (Schulen und Jugendzentren, Szene-Kneipen, Kinos und Discos, Konzerte und Cliques) und das stark über symbolische Gemeinsamkeiten und Abgrenzungen vermittelte Zusammengehörigkeitsgefühl Jugendlicher schaffen einen wirksamen Resonanzboden für solche Grundstimmungen — ihre Umsetzung im individuellen Lebensentwurf und in der eigenen Praxis ist jedoch entscheidend bestimmt durch klassen- und schichtspezifische Deutungs- und Handlungsmuster.

Der Protest aus dem proletarischen (und zum Teil schon subproletarischen) Milieu scheint stark geprägt durch Züge spontaner Auflehnung, Verweigerung, Rebellion, durch explosive Ausbrüche von Wut und Verzweiflung; Tendenzen der Abwehr von „Politik“ können umschlagen in Aktivität gegen Institutionen und Vertreter des verhaßten „Systems“, vor allem des Staates. Hier wirken sich die Schwäche der sozialistischen Kräfte und die fehlende Perspektive betrieblicher und gewerkschaftlicher Kämpfe als Krisenausweg ebenso aus wie Entwicklungsschwierigkeiten für eine mit der Arbeiterbewegung verbundene Arbeitslosenbewegung.²⁵ Das Fehlen einer Klassenposition angesichts der Krise betrifft ebenso jene Jugendlichen aus der Arbeiterklasse, die weiterführende Schulen besuchen. Hier scheint in großem Maße Mittelschichteinfluß auf die Arbeiterklassengruppen in den neuen Bewegungen, aber auch darüber hinaus umgesetzt zu werden.

24 Zu diesen Veränderungen von „Jugend“ sind anregende Gedanken entwickelt in der Studie *Jugend '81*, Studie im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell, Hamburg 1981

25 Vgl. dazu IMSF-Autorengruppe, *Arbeitslose — Protest und Bewegung*, Frankfurt/M. 1982

Die Bedeutung des Generationsmoments in den neuen Bewegungen wird schlagend deutlich, wenn man auf das Wählerpotential Grüner, Bunter und Alternativer Listen schaut. Sie können gegenwärtig bis zur Bundesebene hinauf sicher sein, die 5%-Hürde zu überwinden, und erreichen in Gebieten mit entwickelten örtlichen Protestbewegungen bis zu 15 und 20% der Stimmen. Deutlich mehr als die Hälfte ihrer Wähler sind im Alter bis zu 30 Jahren. Ihr Anteil an den Wählern zwischen 18 und 25 Jahren schwankt in städtischen Gebieten zwischen einem Fünftel und einem Drittel, mancherorts sind sie unter diesen Jahrgängen die stärkste Partei. Die Kreuzung von Generations- und Klassenlinien ist andeutungsweise zu erkennen im Ergebnis einer bundesweiten Jugenduntersuchung mit der Frage, welche Partei einem „alles in allem genommen am nächsten“ stehe.²⁶

Tab.: Parteipräferenzen Jugendlicher in der BRD 1981 nach Alter und Schulabschluß (in %)

	Gesamt	Alter			Schulabschluß (erreicht bzw. angestrebt)		
		15-17	18-20	21-24	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
CDU/CSU	18	17	17	20	19	16	18
SPD	24	18	27	26	27	25	17
FDP	6	4	5	7	4	6	8
Grüne/Alternative	20	16	22	23	15	22	29
Keine	32	44	28	23	35	29	28

Quelle: Jugend '81, Studie im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell, Hamburg 1981, Bd. 3, S. 100, Tab. 22.16

Die Mehrzahl der Grünen Listen (die je nach Region recht unterschiedlich profiliert sind) ist im Mittelschichtmilieu über- und im Arbeitermilieu unterrepräsentiert. Man sollte ihre mögliche Reichweite in die Arbeiterklasse hinein aber nicht unterschätzen, wenn sie deutlich soziale Probleme aufgreifen. So sind unter den Wählern der „Alternativen Liste“ in Westberlin Arbeiter durchaus entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten (darunter überdurchschnittlich viele jüngere und hochqualifizierte).²⁷

4.1.3 Die Geschlechterfrage

Die Bedeutung gewachsener Ansprüche auf persönliche Entfaltung als neues Motiv breiter Bewegungen ist mit am deutlichsten erkennbar in der Ausstrahlung der autonomen Frauenbewegung. Auch sie bildet eine Schiene zum Transport von Auffassungen aus den lohnabhängigen Mittelschichten gerade in aktive und aktivierbare Gruppen der Arbeiterklasse. Damit werden die schon genannten Abgrenzungslinien der neuen Bewegungen (Alter/Generation, Qualifikation, Schichtzugehörigkeit, enttäuschte Reformhoffnungen) noch einmal durch das Merkmal Geschlecht überlagert — Ausdruck

26 Von 1077 Befragten nannten 2 die DKP und 0 die NPD (Jugend '81, a. a. O., Band 1, S. 674, Tabelle G 1)

27 Die Wähler der AL nannten folgende politischen Aufgaben deutlich häufiger als die der Bundestagsparteien: Bereitstellung billigen Wohnraums (86%); Maßnahmen gegen den „Filz“ in Politik und Verwaltung (74%); Mehr Einfluß der Bürger auf die politischen Entscheidungen (68%); Unterstützung alternativer Lebensformen (53%); Verbesserung der Lebensbedingungen in Berlin (50%). (Forschungsgruppe Wahlen e. V., Wahl in Berlin — Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus am 10. Mai 1981, Mannheim 1981, S. 21; auf diese Untersuchung beziehen sich auch die Angaben zum Arbeiteranteil unter den Wählern)

der realen Benachteiligung und Diskriminierung der Frauen in der Bundesrepublik. Der Wertwandel der letzten 20 Jahre förderte Tendenzen einer positiven Bewertung der Frauenemanzipation und fand seinen politischen Niederschlag in Reformprojekten der ersten sozialliberalen Regierungen. Die Bewegung zum beruflichen Aufstieg von Frauen aufgrund verbesserter Qualifikationen geriet unter Krisendruck; gesteigerte Konkurrenz verstärkte geschlechtsspezifische Diskriminierung weiblicher Arbeitskräfte. Auch hier also wieder abgebrochene und vom Verlust des Erreichten bedrohte Aufstiegs- und Entfaltungsprozesse als Auslöser für Sensibilisierung, Widerstand und Suche nach Alternativen.

So ist nicht verwunderlich, daß zu dem wesentlich „Neuen“ der letzten Jahre die (verglichen mit früheren außerparlamentarischen Bewegungen) überaus hohe Aktivität von Frauen gehört. Sozialstrukturelle Differenzierungslinien verlaufen in erster Linie zwischen der autonomen, weitgehend von den lohnabhängigen Mittelschichten getragenen und der (in sich wiederum farbigen) auf die Arbeiterbewegung orientierten bzw. zu ihr gehörenden Frauenbewegung; letztere hat von den Feministinnen wesentliche Impulse für Selbstverständnis und Praxis erfahren, sie jedoch im Sinn der Erweiterung und „Aufladung“, nicht der Aufgabe grundlegender sozialer Gleichstellungsforderungen aus der Perspektive der lohnabhängigen Frauen verarbeitet. Auch hier wieder die kennzeichnende Struktur im Verhältnis verschiedener Kräfte: Anstöße für breitere Massenbewegungen, in denen unmittelbare proletarische Interessen aufgenommen werden (§ 218), gehen von nichtproletarischen Gruppen aus und mobilisieren auch in der dementsprechenden Färbung und Argumentation breit, da sie gewandelte Bedürfnisse und Ansprüche auch der Arbeiterklasse artikulieren; in den Bewegungen stärken sich dann Kräfte mit Interessenbezug auf die Arbeiterbewegung. Es bleibt jedoch bei der Selbständigkeit und weiten Ausstrahlung autonomer Gruppen, während und weil die Aufnahme neuer Interessen und Ansprüche in den großen, sozialdemokratisch beherrschten Organisationen der Arbeiterbewegung blockiert und auf Minderheiten beschränkt bleibt.

4.2 „Identitätssuche“ und „kultureller Bruch“? – Zu Bedürfnissen, Ansprüchen und Gesellschaftsbildern im Milieu der neuen sozialen Bewegungen

Wir haben bisher beim Blick auf subjektive Triebkräfte unter den Akteuren der neuen Bewegungen die Brüche zwischen individuellen Lebensentwürfen und gesellschaftlicher Perspektive herausgehoben. Gerade die Frauenbewegung zeigt, daß damit eine Tendenz zur Suche nach neuer individueller und kollektiver Identität verbunden ist.²⁸ Auch auf dieser Ebene krisenhafter Verunsicherung gelingt es der Arbeiterbewegung heute kaum, Schwächungen des herrschenden Hegemonialsystems durch die Anziehungskraft einer Klassenalternative zu nutzen.

Die Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus aufgrund ihrer Spaltung, die Ermordung zigtausender Kader, die massenhaften biographischen Brüche während 12 Jahren Naziherrschaft, erneute Spaltung der Arbeiterbewegung nach 1945

²⁸ Vgl. C. Offe, Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität, in: R. Roth (Hg.), Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen, Frankfurt/M. 1980, S. 35

und Scheitern ihrer Neuordnungsversuche haben das kollektive Selbstverständnis, die kollektive Identität²⁹ der bundesdeutschen Arbeiterklasse und ihrer Massenorganisationen zutiefst getroffen. Weithin zerbrochen und verschüttet wurde das Selbstbewußtsein als kollektiv aufsteigende und die alte bürgerliche Gesellschaft radikal umwälzende Klasse; an die Stelle traten die Einordnung als unaufhebbar schwächere und beherrschte Klasse in ein dichotomisches Weltbild sowie in der rechtssozialdemokratischen Ideologie die Selbstdefinition *innerhalb* der bürgerlichen Gesellschaft als unersetzlicher und reformierender Träger der sozialpartnerschaftlichen Ordnung; an *individueller Identität als Lohnarbeiter* war daraus positiv allenfalls abzuleiten die Selbstbestätigung aus dem eigenen Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum als dem Garanten kontinuierlicher Verbesserung der allgemeinen und individuellen Lebensverhältnisse — ihren Ausdruck fand sie in der Hochschätzung zuverlässiger Qualitätsarbeit und des erreichten individuellen Konsums.

Die Identität autonomer, radikal antibürgerlicher Kampforganisation für eine neue Welt wurde nur noch bei Minderheiten gelebt. Gab es im Jahrfünft der Reformen wieder eine Verstärkung von Selbstbewußtsein und Ausstrahlung der Arbeiterbewegung als möglichem Subjekt gesellschaftlichen Wandels, so ist seit Krisenbeginn 1974/75 das Konzept der „Sozialpartnerschaft auf schmalerer Basis“ zunehmend straff durchgesetzt worden.³⁰ Da mit der kollektiven Identität zumeist auch die individuelle Orientierung auf radikal antikapitalistische Arbeiterpolitik aufgegeben wurde, gab es bisher auch „von unten“, über die Kommunikation im Alltag und in den neuen Bewegungen wenig Impulse für ein Aufgreifen der Protestaktionen und -motive in überzeugenden proletarischen Konzeptionen des Kampfes um eine andere Gesellschaft; Generationsbruch und -konflikt können gleichfalls die Weitergabe klassenmäßiger Haltungen und Einsichten Älterer im Arbeiterklassenmilieu hemmen.

In dieser Situation treten an die Stelle geschwächter ideologischer Bindungen sofort bürgerliche Kriseninterpretationen und Lösungsvorschläge; im Milieu der neuen sozialen Bewegungen sind dies vor allem individualistische und ökologistische Konzepte. Dies bedenkend, sollen hier einige der Brüche mit der bestehenden Ordnung genauer betrachtet werden.

Man erwartet nicht mehr, die eigenen Lebensansprüche durch Anpassung an das bestehende gesellschaftliche System zu verwirklichen (das läßt sowohl den Versuch offen, sie außerhalb in einer Art Koexistenz als alternative Subkultur zu sichern, wie den Kampf um Änderungen). Diese Tendenz hat zwei Seiten. Das System kann nicht mehr geben, was es aus der Sicht der Mehrzahl der Lohnabhängigen lange Zeit bot: das relativ glatte Erringen eines relativ sicheren Platzes im Beruf, der die relativ feste Basis für ein relativ befriedigendes Privatleben bildete. Zugleich wird zunehmend ein Anspruch auf sinnvolles, erfülltes, Betätigung und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ermöglichendes Leben erhoben — das kann das imperialistische System selbst in Prosperitätsperioden der Masse der Werktätigen nicht sichern. Die Verbindung der beiden Seiten macht gerade ihre Brisanz aus; sie kann auch die Verteidigung einzelner materieller und

29 Identität meint hier die emotionale und rationale Gewißheit, daß die eigenen Handlungen und Pläne einen klaren und erkennbaren Zusammenhang, Sinn und Zielgerichtetheit haben.

30 Differenzierter dazu K. Gerhart u. a., *Rückkehr zur Sozialpartnerschaft?*, Frankfurt/M. 1981, vor allem S. 72 ff.

sozialer Errungenschaften „aufladen“ mit dem Willen zur Selbstbehauptung, mit der Kraft der Persönlichkeitsansprüche, die ja vor allem in der Arbeiterklasse nur auf der Grundlage sozialer Existenzsicherung anzustreben sind. Der Kriseneffekt entsteht nicht einfach aus der Tatsache, daß die Differenz zwischen einzelnen Bedürfnissen und Befriedigungen sich vergrößert; Widerstand ist wahrscheinlicher bei der perspektivischen Einschätzung, daß das Zurückstecken berechtigter Ansprüche nicht Ausnahme ist, sondern Existenzprinzip des ganzen Lebens als Lohnarbeiter. Aus dieser Sicht kann sich dann eine Einzelfrage mit großer Sprengkraft aufladen.

Wachsender individueller Wohlstand und eine Konzentration von Lebensansprüchen auf Freizeit und Familie konnten für die Generationen, deren Bezugspunkt Zusammenbruch und Nachkriegselend bildeten, bei allen empfundenen Leerstellen noch die Gesamtbilanz eines durch eigene Leistung bewältigten und gelungenen Lebens begründen. Dieser Lebensstil und die ihm zugrunde liegenden Wertungen sind vor allem durch die Krisenentwicklung der letzten Jahre denunziert — nicht allein bei der Krisengeneration: Diese Lebensweise ist die subjektive Kehrseite der als zerstörerisch erfahrenen Wachstumspolitik; sie ist nur unter großen Opfern an Lebenszeit und -kraft zu erreichen und letztlich doch im Falle von Arbeitslosigkeit und Minderverdienst nicht zu halten; sie kann keinen Lebensinhalt, keinen Lebenssinn bieten.

Der Bruch mit der Bindung der eigenen Identität an das Konsumniveau bewirkt auch eine Schwächung des gegenwärtigen Hegemonialsystems. Wer Selbstwert und gesellschaftliche Anerkennung nur über ständige Erweiterung und Demonstration eines hohen Lebensstandards bestätigen kann, der wird äußerst abhängig vom Unternehmer und von Nebenverdienstmöglichkeiten, der entwickelt mit dem mühsam erworbenen kleinen Besitz nicht selten Eigentümermentalität, für den ist die Wahrnehmung von Interessen über den kollektiven Lohnkampf hinaus eingeschränkt durch das Risiko, seinen Konsumstandard aufs Spiel zu setzen.

Tendenzen zu Konsumverzicht und Asketismus in den neuen Bewegungen werden von den bürgerlichen Medien groß herausgestellt. Sie sind jedoch nicht der alleinige, nur ein extremer Ausdruck subjektiver Abwertung des individuellen Konsumstandards. Man will überwiegend *nicht* auf das erreichte Lebensniveau verzichten — ist aber bei Einsicht zu einer Umorientierung zugunsten kollektiver Aufgaben (Umweltschutz, Bildung, öffentlicher Nahverkehr, Entwicklungshilfe) bereit, ohne dies als Verlust von Lebensqualität zu empfinden. Die Krise selbst bringt in einer hochentwickelten Wirtschaft wie der BRD für Millionen, vor allem Jüngerer, die Möglichkeit und die Notwendigkeit wechselnder, nicht langfristiger Beschäftigungen; verbunden mit der Fähigkeit und Bereitschaft, den ganzen Lebensstil auf solche Beweglichkeit einzustellen, bewirkt dies eine reale Tendenz geringerer Abhängigkeit vom einzelnen Unternehmen und kann soziales und politisches Engagement erleichtern.

Die subjektive Abwertung von Konsumstandard in der eigenen Lebensplanung und für die eigene Persönlichkeitsentwicklung, die Wendung zu Selbsttätigkeit und Entfaltung der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten als Mittel und Maßstäbe persönlichen Glücks hat sicher auch kompensatorische Züge: Man bewertet niedriger, was ohnehin kaum zu erreichen ist. So muß man annehmen, daß die Verlockungen individueller Konsumsteigerung wieder Anziehungs- und Bindungskraft gewinnen, wenn das Kapital sie erneut in höherem Maße anbieten kann und sie damit für die Lebensplanung „realistischer“ werden.

Die Krise forciert aber nur Tendenzen eines objektiv begründeten Wertwandels.³¹ Ohne Zweifel sind die Herrschenden dabei, ihre Gratifikationen und Bindungsangebote auf die neuen Bedürfnislinien einzustellen, und sicher werden nicht wenige Lohnabhängige in Zukunft für einen inhaltlich attraktiven Arbeitsplatz in gleicher Weise zurückzustecken bereit sein wie vielleicht ihre Väter für die Möglichkeit, Überstunden zu machen. Doch ist zu fragen, ob die Spielräume der kapitalistischen Wirtschaft hier nicht kleiner sind als auf materiellem Gebiet.

Gleichermaßen vorangetrieben haben die Krisenprozesse die Schwächung der bürgerlichen Leistungsideologie — wieder mit doppeltem Inhalt: Man weiß, daß eigene Leistung keineswegs eine erstrebenswerte gesellschaftliche Stellung sichert — und die Belohnungen für systemkonforme Leistungen wiegen die dafür zu bringenden Opfer und Persönlichkeitsbeschränkungen nicht auf. Die Krise hat bis in die unteren Schulstufen hinein den Konkurrenz- und Auslesedruck verschärft — und gleichzeitig die Aussichten verringert, daß selbst jahrelange Schinderei sich in Form anspruchsvoller und sicherer Arbeit auszahlt. Ein Absenken der Ansprüche an die Qualität der Arbeit scheint nicht die Haupttendenz — auch wenn diese Ansprüche gegenwärtig kaum zu verwirklichen sind. Es zeigt sich keine Verstärkung jener „Job-Mentalität“, die Versagungen und Erniedrigungen in der Lohnarbeit durch das „eigentliche Leben“ in der Freizeit kompensiert. Vor allem schwindet das „protestantische Arbeitsethos“, das jeder Pflichterfüllung in welcher Tätigkeit auch immer schon Sinn und individuelle Befriedigung zuspricht.

Hier zeigt sich, daß die Brüche mit Konsumismus und Leistungsideologie Momente umfassenderer Distanzierung vom bisherigen Entwicklungsmodell der BRD-Gesellschaft, seinen Werten und der entsprechenden Lebensweise sind. Es kann kein sinnvolles Leben sein, acht Stunden am Tag als Knöpfchendrucker unter Vernutzung riesiger natürlicher Ressourcen Vernichtungsmittel und ausgeklügelte Konsumgüter samt eingebautem Verschleiß zu produzieren, um in der restlichen Zeit dann „Leben“ in Form ständig wachsenden Konsums vorgefertigter Angebote zu vollziehen — während gleichzeitig die Mehrzahl der Menschen hungert und verhungert und von einem Lebensstandard träumt, wie er noch aus unseren Abfallbergen herauszuholen wäre.

In dieser Sinnkrise verbinden sich individuelle und quasi weltbürgerliche³² Momente: In der „Normalität“ dieses Systems ist kein Leben mehr möglich, in dem der einzelne mit sich einverstanden sein kann — und wir tragen heute die Verantwortung für das Weiterbestehen der Menschheit und die Erhaltung ihrer Lebensgrundlagen überhaupt. Hieran lagert sich eine Vielzahl von Erfahrungen der Einschränkung individueller und kollektiver Verfügung über die Bedingungen des eigenen Lebens an,³³ die aus der prinzipiellen Fremdbestimmtheit staatsmonopolistischer Vergesellschaftung immer weiterer Lebensbereiche resultieren: Der Widerstand gegen Reglementierung und Bürokrati-

31 Diligenski weist in diesem Zusammenhang auf die besondere westeuropäische Tradition der Hochschätzung von Persönlichkeitswerten auch im Massenbewußtsein hin. Vgl. G. G. Diligenski, Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, Reihe Theorie und Methode, hgg. vom IMSF, Frankfurt/M. 1978, S. 40

32 Die modernen Massenmedien haben uns real zu Weltbürgern gemacht; wir erhalten Bilder und Eindrücke ins Wohnzimmer geliefert. Dabei macht die Spezifik der Auswahl im Imperialismus, daß wir die Welt fast ausschließlich als Krisen- und Terrorzusammenhang erfahren — Alternativlosigkeit als letzte Trumpfkarte bürgerlicher Ideologie.

33 Dies ist der Kern der meisten soziologischen Analysen zu den neuen Bewegungen.

sierung, Leistungsdruck und Anpassungszwang, Machtkonzentration und politisch-ökonomischen „Fitz“ wird in dem Maß grundsätzlich, wie sich das ganze „Modell BRD“ als falsch programmiert, zerstörerisch herausstellt — die bedrückenden und isolierenden Formen des gesellschaftlichen Zusammenhangs sind die Formen einer völlig falschen Entwicklung, deren Inhalt durch Profit- und Machtgier, nicht durch Bedürfnisse und Interessen des Volkes bestimmt ist.

Wir haben gesehen, wieso für die Mittelschichten der Widerstand gerade gegen diese Verhältnisse obenan steht und stark individualistische Züge gewinnt. Die skizzierte Erfahrung reicht jedoch weit in die Arbeiterklasse hinein, wird vor allem in der Jugend mit zunehmender Empfindlichkeit verarbeitet und geht ein in Bedürfnisse und Ansprüche gerade qualifizierter, kritischer, handlungsfähiger Gruppen.

Man kann hier vielleicht insgesamt von einem „*kulturellen Bruch*“ sprechen: Abgelehnt werden bestimmte traditionelle individuelle und kollektive Lebensformen und -ziele, abgelehnt die praktisch Gesellschaft und Politik regulierenden Maßstäbe, eingeklagt werden humane und ethische Ansprüche und Prinzipien; subjektive Konsequenz ist der Bruch mit „Politik“ im etablierten Sinn und das Ernstmachen mit dem „anders leben“ im unmittelbaren persönlichen Umfeld. Eine starke, kämpferische Arbeiterbewegung hat in der Geschichte oft an solchen Brüchen ansetzen können.

4.3 Zur politischen Kultur der neuen sozialen Bewegungen

In keinem „Dialog“-Versuch der Herrschenden fehlt mehr als billiger Nachweis des eigenen Verständnisses *ibr* Nenner für die neuen Bewegungen: die Angst. Ohne Frage: Angst, Erschrecken, tiefe Sorge um die Zukunft, starke Zweifel an der Chance eines Fortschritts zu Gerechtigkeit, Gleichheit, Glück, ja selbst an der Erhaltung des gegenwärtigen Nichtkriegs — diese Grundstimmungen durchdringen die neuen sozialen Bewegungen und ihren Einflußbereich. Wer mit Optimismus zum Jahr 2000 blickt, wer glaubt, daß die Menschen ihre Probleme lösen können und werden, wer gar Wissenschaft und Technik als Hilfsmittel dabei sieht — der steht hier hoffnungslos in der Minderheit.

Was dem bürgerlichen Kokettieren mit der Angst aber ganz abgeht, ist das Verständnis für die Umwandlung von Ängsten in Motivation zum Widerstand. Wir sind damit an dem Punkt, die politische Kultur der neuen Bewegungen genauer zu betrachten. Gemeint ist der Bereich der Einstellungen, Überzeugungen, Praxisformen, Einrichtungen und Symbole, die die besondere Weise der individuellen Beteiligung an den Bewegungen bestimmen. Zugespitzt läßt sich ein Grundzug der Motivation bei den Akteuren so formulieren: Nur im Widerstand ist Leben möglich — wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.³⁴ Was ist damit gemeint?

Krisenerfahrung und Krisenangst, die tägliche Möglichkeit atomarer oder ökologischer Katastrophen, der Verlust von Lebensperspektiven, von Entfaltungs- und Bewährungsraum für den einzelnen, die Folgen von Konsumfixierung und verschärftem Konkurrenzdruck für die menschlichen Beziehungen — all das verdichtet sich zum Gefühl,

34 „In dem Dreck kann man nur durch Widerstand man selber sein, weil die Zerstörung der Umwelt ihre Ursache und Folge in der Innenwelt hat.“ Zit. nach J. Leinemann, *Die Angst der Deutschen*, Reinbek 1982, S. 127

daß das System Leben bedroht. Hier verbindet sich die schockhafte Konfrontation durch Krisenerfahrungen und Bedrohungen mit der tiefen Überzeugung, daß man ein Recht auf intensives, die eigenen Fähigkeiten herausforderndes, entwicklungs-offenes Leben hat. Die einzige Chance dazu wird im praktischen Widerstand gegen die Bedrohungen gesehen — und zwar im Widerstand nicht allein als Mittel zur Erringung stärker selbstbestimmter Lebensbedingungen, sondern gleichermaßen als Lebensform, als Sinn und Befreiung im widerständigen Handeln selber. Die Aktiven ziehen tiefe und für ihre Identität, ihre Selbstbehauptung wesentliche Befriedigung schon aus der Tatsache und Form gemeinsamen Widerstands.³⁵

Anlässe und Ziele der neuen Bewegungen haben meist eine ausgeprägt „symbolische“ Qualität. Ein Symbol ist ein konkreter, sinnlich anschaulicher Gegenstand oder ein Geschehnis, mit dem zugleich eine rational nicht ausschöpfbare Vielzahl von Bedeutungen gemeint ist; im Sinnbild verbinden sich Allgemeines und Besonderes auf unmittelbar eindrucksvolle Weise. So meint der Protest gegen ein bestimmtes Atomkraftwerk gleichermaßen die Bedrohung unserer ökologischen Lebensgrundlagen, das Sichhinwegsetzen staatlicher und großindustrieller Kalküle über Betroffene, den Mißbrauch von Wissenschaft und Technik; im Kampf gegen die Startbahn West geht es auch gegen den „Beton“, der uns überall einzwängt, und gegen ein selbstzerstörerisches „Wachstum“; die Bewegung gegen neue Raketen zielt auf die ganze Bedrohung unseres Lebens und auf eine Welt, in der Frieden Grundqualität der sozialen Beziehungen sein kann. In der Zukunft könnte die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als Beitrag gegen Arbeitslosigkeit solche Qualität in der Arbeiterklasse gewinnen.

Die Einheit von konkreter Unmittelbarkeit und utopisch-radikalem Zukunftsentwurf, in der sich das Motiv persönlicher Selbstbehauptung ausdrückt, ist vor allem Reaktion auf die bisherigen Erfahrungen mit „Politik“ in der Bundesrepublik. Die Delegation von nur langfristig realisierbaren Forderungen an Politiker, das Aushandeln „realistischer Kompromisse“, die Respektierung von „Sachgesetzmäßigkeiten“, die Umsetzung von Zielen in Gesetze, Verordnungen, Maßnahmen — dabei kommt für die Betroffenen und Fordernden nichts heraus: weder für ihre Ziele, die sich beim Durchgang durch staatliche Instanzen nicht selten ins offene Gegenteil verkehren, noch für Selbstbehauptung und Entfaltung des einzelnen, der immer stärker zum Objekt der Experten verkümmert. Daher die Bedeutung von Basisdemokratie, Überschaubarkeit, Kontrollmöglichkeiten in den Protestbewegungen und den sich auf sie beziehenden politischen Formationen. An diesem Beharren auf demokratischer Form kristallisieren in gewisser Weise neue Persönlichkeitsbedürfnisse wie soziale Erfahrungen und Interessen unterschiedlicher nichtmonopolistischer Gruppen.

Dem Anspruch auch an die *Form*, seine Interessen zu vertreten, kommen die angeführten Ziele deutlich entgegen. Die Verhinderung konkreter Projekte ist eine klare und kontrollierbare, im Prinzip durchsetzbare Sache, sie bietet ein Ziel auch emotiona-

35 U. Holzkamp-Osterkamp hat diese Voraussetzung motivierten Handelns theoretisch herausgearbeitet. Im Anschluß an sie wird in dieser Arbeit Motivation für gesellschaftlich eingreifende Tätigkeit verstanden als emotionale Bereitschaft von Individuen in einer bestimmten Lage, zielgerichtete Aktivitäten zu entwickeln, weil man sich von ihnen subjektive Befriedigung in der Überwindung gegebenen relativen Ausgeliefertseins und empfundener Fremdbestimmung zugunsten erweiterter Kontrolle über eigene Lebensbedingungen erwartet (vgl. U. Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung, Band 2, Frankfurt/M. 1976, S. 61 ff., hier vor allem S. 74).

ler Identifikation, und sie eröffnet eine Vielzahl direkter Aktionsmöglichkeiten, in denen sich ein unmittelbar persönlicher Beitrag leisten läßt.

Die stark symbolisch-emotionale Komponente der Zielbestimmung und die zentrale Stellung individueller Entwicklungsansprüche in der Motivation zum Engagement weisen auf Grenzen der neuen sozialen Bewegungen; die Interessenlage von Mittelschichtangehörigen und Lernenden schlägt sich in der Abgehobenheit gegenüber drängenden materiell-sozialen Interessen großer Teile der Arbeiterklasse und im Unverständnis für dort tief verankerte Orientierungen auf zentrale, staatliche Maßnahmen zur Erfüllung ihrer Forderungen nieder. Gegenwärtig laufen in den neuen Bewegungen Prozesse der Verallgemeinerung und Institutionalisierung ab, in denen sie sich stärker auf die Strukturen des gegebenen politischen Systems einstellen — und sicher werden sich dabei individualistische und opportunistisch-karrieristische Züge deutlicher von basisdemokratischen Kontrollforderungen im Interesse der Arbeiterklasse scheiden. Ebenso sicher ist aber die oben skizzierte Motivationsstruktur nicht auf Mittelschichtangehörige beschränkt; sie ist vielmehr Ausdruck von Veränderungen, die schon heute in jüngere und qualifiziertere Gruppen der Arbeiterklasse hineinreichen und der Vertretung von Klasseninteressen neue Züge verleihen.

In den Aktionsformen der neuen Bewegungen ist die Tendenz erkennbar, daß Ausdruck von Forderungen und Selbstaussdruck der Fordernden eine Einheit bilden. Bei Instandbesetzungen fallen Ziel und Aktivität unmittelbar zusammen; Bauplatzbesetzungen und Widerstandsdörfer, Wiederaufforstungen und Stromzahlungsboykotte enthalten deutlich symbolische Elemente und die Möglichkeit des persönlichen, einmaligen, nicht selten subjektive Radikalität fordernden Beitrages. Dies gilt gleichermaßen für die vielfältigen künstlerisch-kreativen Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Aktionen selber: Theater- und Musikgruppen, Verkleidung und Schminken, Spektakel auf Straßen und Plätzen wie ein inszeniertes Massensterben zu Sirenengeheul oder das Ausschütten mißgebildeter Fische vor den verantwortlichen Konzernzentralen, die vielen großen und kleinen Feste, die die Initiativen selbst gestalten — all dies sind keine Äußerlichkeiten, Zusätze zu den Forderungen, geglückte Werbemittel: In diesen Aktivitäten bestätigen sich die Akteure selbst als schöpferisch, als Subjekte und Nutznießer ihres eigenen Handelns, so erstreben und erfahren sie die Einheit von Ziel und Mitteln der Bewegung.

Teilnahme an den neuen Bewegungen heißt meist auch mehr oder minder ausgeprägt: nicht nur kämpfen für Alternativen, sondern selber anders leben. Energiesparen, Umwelt weniger belasten, Kaffee aus Nicaragua kaufen, „Jute statt Plastik“, Fahrradfahren, Abbau des männlichen Chauvinismus — diese und andere Verhaltensalternativen sollen die Trennung von Fernziel, für das ich mich ab und zu mit anderen als Masse versammle, und dem Alltag, meinem konkreten, endlichen Leben aufheben oder zumindest verringern. Man will nicht auf ein besseres Morgen warten, sondern hier und heute die eigene Lebensweise ändern — das ist eine Form der Selbstbehauptung (ich muß nicht tun, was Werbung und Meinungsdruck, Vorgesetzte oder auch nur Bequemlichkeit und Gewohnheit von mir verlangen), und es ist praktische Reaktion auf bisherige Erfahrungen mit „Politik“ und der Unglaubwürdigkeit ihrer Repräsentanten. „Anders leben“ meint auch: Durch Engagement aus den eigenen Einsichten die Konsequenz ziehen und dadurch seinem Leben sozialen und historischen Sinn geben.

Die kommerzielle und sektenmäßige Ausbeutung dieser Entschiedenheit des „anders

leben", ihre Verkürzung zur individuell-isolierten Lebensreform durch Selber-Brot-Backen, Selbstuntersuchung oder Naturheilkunde, die Ideologie des Wandels der Gesellschaft durch das eigene Vorbild sind Formen der Entpolitisierung oder gar der reaktionären Funktionalisierung dieses Motivs vor allem im Mittelschichtmilieu. Es sei aber nur darauf hingewiesen, daß auch in der revolutionären Arbeiterbewegung vergleichbare Motive eine große Rolle gespielt haben, wie ein Blick auf Kampagnen und Bewegungen gegen Alkohol und Nikotin, für Feuerbestattung oder natürliche Lebensweise erkennen läßt.

Die je individuelle Veränderung des Lebensstils ist Moment der Ausbildung einer Genkultur, die durch äußerlich sichtbare Merkmale und Verhaltensweisen dem einzelnen versichert, daß er Teil einer Gruppe mit gleichen Überzeugungen ist. Die Beliebtheit von Aufklebern und Ansteckknöpfen gehört dazu ebenso wie die antibürgerlichen Züge in der Kleidung oder die Frequentierung von Treffpunkten, an denen man sicher sein kann, Gleichgesinnte zu treffen. Ohne Zweifel hat jede oppositionelle Bewegung solche Züge. Zumindest in der Geschichte der Bundesrepublik ist jedoch die Radikalität der kulturellen Selbstausgliederung für außerparlamentarische Bewegungen dieser Breite etwas Neues.

Eng damit verbunden ist die ausdrückliche Abwendung von verbreiteten Tendenzen persönlicher Isolation und des Konkurrenzverhaltens. Der mit der Krise wachsende Konkurrenzdruck ruft gerade bei Jüngeren spontan Tendenzen zur Solidarisierung hervor, zur Suche nach Gemeinschaft als kollektivem Rückhalt für Selbstbehauptung. Das ausgeprägte Bedürfnis nach offenem, spontanem, menschlich-verständnisvollem Umgang durchdringt die neuen Bewegungen und bildet ein eigenständiges und gewichtiges Motiv für Engagement. Die gemeinsame Aktivität, die Beteiligung an den Gruppen und Öffentlichkeiten, Treffpunkten und Gesprächsmöglichkeiten schafft unmittelbare Befriedigung, indem sie Kontakte und Beziehungen jenseits der Sphäre schafft, die von Konkurrenz, Karrieredenken, von Sorge vor Denunziation und vom bornierten Schwarz-Weiß-Denken der Wirtschaftswundergeneration bestimmt ist. Vor allem in der Frauenbewegung hat es sich als massenhaft mobilisierendes Bedürfnis erwiesen, überhaupt unter Gleichen die eigenen Erfahrungen und Probleme einmal aussprechen und erörtern zu können; dies war nicht selten der erste Schritt zu weiterführendem Engagement (auch wenn selbstverständlich das Gemeinschafts- und Gesprächsbedürfnis sich loslösen, verabsolutieren kann).

Solche Bedürfnisse werden in der Konfrontation mit herrschenden Politikformen zu politisch-moralischen Prinzipien und zu Normen der eigenen Praxis verallgemeinert. Hier scheint ein Grund für die Betonung von Offenheit, Vielfalt, Buntheit zumindest in Teilen der neuen Bewegungen zu liegen. Praktisch erfahren wurde die Notwendigkeit, sich um des politischen Erfolgs willen auf gemeinsame Forderungen zu einigen; das soll aber nicht zu Uniformität führen — daher Vielfalt als Prinzip der Einheit. Hierin schlagen sich ohne Zweifel antikollektive Ängste der Mittelschichten und wegen Proletarisierung besorgter Gruppen nieder, gleichermaßen aber veränderte Erziehungsstile und reale Individualisierungsansprüche auch im Nachwuchs von Teilen der Arbeiterklasse. Diese Tendenz trägt bei zum Abbau jenes bornierten Antikommunismus, der noch nicht einmal duldet, daß Kommunisten neben einem das tun, was man selbst für richtig hält (mit inhaltlich-politischer Annäherung hat das zunächst nichts zu tun).

Die skizzierten Momente politischer Kultur entwickeln sich nicht im luftleeren

Raum. Sie sind den Interessen untergeordnet, und sie werden praktisch an den realen Aufgaben des Klassenkampfes gemessen werden. Ein Blick auf die Ansätze der Arbeitslosenbewegung, auf phantasievolle Aktionen und Kulturarbeit der Gewerkschaftsjugend oder politischer Arbeiterjugendorganisationen, ja selbst auf die Kämpfe gegen Arbeitsplatzvernichtung kann Übergänge und Gemeinsamkeiten mit Formen der Selbstverständigung, Artikulation, der Praxis und auch der Motive in den neuen sozialen Bewegungen nicht übersehen. Das ist nicht in erster Linie darauf zurückzuführen, daß viele aktive Arbeiterjugendliche auf beiden Feldern außerparlamentarischer Bewegungen engagiert sind und auch vom Milieu der neuen Bewegungen beeinflusst werden — vor allem scheint mir hier eine gleichgerichtete Tendenz in Persönlichkeitsentwicklung und Persönlichkeitsbedürfnissen Ausdruck zu finden.

5. Kulturelle Barrieren zwischen neuen sozialen Bewegungen und Arbeiterbewegung

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich ein wechselseitiges Bild von organisierter Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen herausgebildet und verfestigt. Knapp formuliert: In den gegenwärtigen Protestbewegungen, aber auch darüber hinaus in den breiten Bewegungen im Reproduktionsbereich überwiegt die Neigung, die organisierte traditionelle Arbeiterbewegung im wesentlichen auf der Seite des abgelehnten Systems einzuordnen. Infolge Alter und sozialer Lage hat nur eine Minderheit der Akteure in ihrer Berufstätigkeit bisher Erfahrungen mit der betrieblichen Widerstandsrolle der Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen machen können. In wichtigen „symbolträchtigen“ Konflikten steht die offizielle Position der SPD, aber auch der DGB-Führung oder von Einzelgewerkschaften den breiten Bewegungen entgegen, positive Beschlüsse bleiben oft auf dem Papier; so in der Frage des Bonner Atomprogramms, der Startbahn West, des Kampfes gegen die NATO-Rüstungspläne oder der Maßnahmen gegen Beteiligung der Gewerkschaftsjugend an Friedensaktionen. Vorurteile und reale Erfahrungen mit Kapitalabhängigkeit und Verfilzung, bürokratischer Schwerfälligkeit und administrativer Ausschaltung von Opposition lagern sich hier an und formen das Bild der Gewerkschaften als einer verkrusteten Großorganisation, die durch ihre Bindung an Arbeitsplatzinteressen, Konsummehrung und Wachstumsfetisch zum Anhängsel der zerstörerischen Kapitalbewegung verurteilt sei.

Diese Momente sollte man jedoch nicht überbewerten. Eine kämpferische Arbeiterbewegung oder wenigstens ein ausgeprägt linker Flügel hätten eine Anziehungskraft für die Suche nach Alternativen, angesichts derer die Bedeutung der weltanschaulichen Positionen gewaltig sänke, die jetzt scheinbar unüberwindliche Gräben schaffen. Wo praktisch auf autonome Klassenpolitik verzichtet wird, entstehen reale Ansatzpunkte dafür, daß der Arbeiterbewegung feindliche Erklärungsversuche und Ideologien auch bei wichtigen Gruppen der Lohnabhängigen in den neuen Bewegungen Anklang finden. Diese Konstellation trifft marxistische Gruppierungen gleichermaßen. Ihr Verweis auf die Arbeiterklasse als historische Alternative zum Imperialismus hat in der skizzierten Situation wenig Überzeugungskraft.

Umgekehrt wurden und werden Anstöße, die von den neuen Bewegungen ausgehen oder mit ihren Forderungen parallel laufen, von Mehrheiten in DGB und SPD abgeblockt, zum Teil bekämpft. Mit der hier unvermeidlichen Verkürzung kann man sagen,

daß Stimmungen und Mehrheiten gegen die neuen Bewegungen und ihre Anschauungen vor allem im traditionellen Arbeitermilieu zu mobilisieren waren, während Versuche einer Aufnahme und Integration eher bei jüngeren gewerkschaftlich-sozialdemokratisch oder linkssozialistisch orientierten qualifizierten Angestellten und z. T. auch Beamten eine Basis hatten.

Diese Prozesse sind auf tiefere Ursachen zu befragen. In der Situation der Bundesrepublik ist es verständlich, daß Initiativen zu massenwirksamen Aktivitäten auf Problemfeldern, die elementare Lebensinteressen der Lohnarbeiter betreffen, zunächst von beweglichen, verunsicherten Gruppen der Mittelschichten ausgehen und nicht vom Kern der Klasse. Was verhindert aber das Aufgreifen ihrer Anstöße und Erfahrungen in den Arbeiterorganisationen? Wieso drücken sich die Veränderungen in den Bedürfnissen und Ansprüchen der Arbeiterklasse noch kaum in Aktivitäten und Aktionsformen der großen Organisationen aus?

Dazu lassen sich eine Menge Argumente anführen, die auf die politische Unterordnung der DGB-Gewerkschaften unter den „Stabilitätskurs“ des BRD-Kapitals durch den systemintegrativen SPD-Flügel hinauslaufen; er kann sich dabei auf die spezifischen Organisationsstrukturen stützen. Zu fragen ist jedoch nach den Bedingungen im Bewußtsein und in der Lage der Mitglieder und des Wählerpotentials, die dieser Mehrheit die Basis schaffen und gegenwärtig selbst von reformistischen Kräften nicht zu ihren Gunsten zu beeinflussen sind.

Was noch bis zum Anfang der 70er Jahre als ein gleichgerichteter Prozeß des Wertwandels, der Entwicklung von Ansprüchen an Lebensqualität, an Achtung und Entfaltung der Persönlichkeit verlief (wenn auch in den verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen unterschiedlich stark), ist mit der Krise bis hin zu ausgeprägten Polarisierungstendenzen aufgesplittert. Während im Milieu der neuen Bewegungen Tendenzen zum Bruch mit der bisherigen Wachstums- und Konsumorientierung eine neue Qualität gewannen, ist der begonnene Ablösungsprozeß vor allem in der Arbeiterschaft durch die unmittelbare Krisenverunsicherung gestoppt und zum Teil umgekehrt worden. Was in der Konjunktur als Erweiterung von Werten und Ansprüchen auf der Basis gesicherter Lebenslage möglich schien, verkehrt sich jetzt zur ausschließenden Alternative: Sicherung der materiellen Situation *oder* Erweiterung sozialer Lebenschancen — wo es nicht schon verkürzt ist auf die alles andere ausschließende Wahl zwischen Arbeitsplatzverlust oder Lohnverzicht.

Die Erschütterung des sozialdemokratisch umdefinierten Basiskonsenses, die Erfahrung, daß auch der Staatseingriff in die kapitalistische Wirtschaft keine ständig bessere Befriedigung individueller Bedürfnisse und Lebensansprüche garantiert, ruft spontane Tendenzen der psychischen Befestigung wankender Bindungen, des Anklammerns an reduzierte Sozialpartnerschaft, eine Bereitschaft auch zu kurzschlüssig einleuchtenden reaktionären Erklärungen und Auswegvorschlägen hervor — dies um so mehr, als in den letzten Jahren selbst der mögliche Aktionsspielraum der Gewerkschaften nicht ausgenutzt wurde und damit die praktische Perspektive autonomer, kämpferischer Arbeitspolitik ungenügend als Lösungsweg präsent ist.

In einer solchen Situation rückt die Sicherung des erreichten Lebensniveaus in den Mittelpunkt, werden die neuen sozialen Bewegungen auch als grundlegende Bedrohung der eigenen Identität erfahren. Selbst dort, wo sie Forderungen aufgreifen und in Aktionen umsetzen, die im uneingeschränkten Arbeiterinteresse liegen, stehen diese doch im

Gesamtzusammenhang der Alternativen und der politischen Kultur der neuen Bewegungen und erhalten durch sie eine spezifische Färbung. Abwendung vom kapitalistischen Wachstumsmodell, von der Sinngebung des eigenen Lebens durch Konsumstandard und Pflichterfüllung bedeutet, alles von den Arbeitern individuell wie kollektiv, als Gewerkschaft, nach dem Krieg Erreichte in dem Moment in Frage zu stellen, in dem es vom Kapital bedroht ist. Hier muß es zu tiefgehenden und zum Teil rationaler Debatte entzogenen Konflikten kommen.

Diese haben um so mehr Gewicht, da sie keineswegs ideologische Differenzen zur Grundlage haben, sondern in realen Unterschieden der Lebenslage und der Interessen wurzeln. Die Bindungen eines arbeitenden Familienvaters an Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatz sind ja ganz handfest: Lebensunterhalt, Miete, Kredite, Pkw, Urlaubsreise wollen bezahlt sein. Ganz anders in den bestimmenden Gruppen neuer Bewegungen, die auf hohem materiellem Niveau abgesichert sind oder sozusagen schon hereinwachsen in einen Lebensstil geringer Stabilität, niedriger Verpflichtungen, eingeschränkter materieller Ansprüche. Diese realen Tendenzen sind die Grundlage, auf der etwa im Löwenthal-Papier die „soliden Arbeitnehmer“ als Träger der Industriegesellschaft und ihrer Lebensweise in eine falsche Front gegen „die Aussteiger“ gehetzt werden sollen — um sie von autonomer Klassenpolitik fernzuhalten.

Zu dieser Konstellation kommt ein wesentliches Problem hinzu: die kulturelle Distanz auch unter aktiven und klassenbewußten Arbeitern (bis hinein in die kommunistische Partei) gegenüber Wertsystemen und politischer Kultur in den neuen sozialen Bewegungen, dem davon beeinflussten Umfeld und parallelen Entwicklungen unter dem Nachwuchs der Arbeiterklasse (die folgenden Überlegungen stehen nur beispielhaft, schöpfen das Problem nicht aus).

Kultur und Lebensweise der Arbeiterklasse³⁶ sind auch in ihrer revolutionären Ausprägung von einem unaufhebbaren Widerspruch gezeichnet: Sie sind Produkte einer ausgebeuteten und unterdrückten, um Bildung und Ausformung reicher Individualität betrogenen — und zugleich kollektiv zu Kampf und Organisation, zu Bewußtwerdung und Sieg über das Kapital gezwungenen und befähigten Klasse; in diesem Sinn spricht *Lenin* immer wieder von den „Menschen... die der Kapitalismus erzogen, die er verdorben und demoralisiert, dafür aber auch zum Kampf gestählt hat“.³⁷ Progressive Veränderungen in Formen und Werten des alltäglichen Lebens setzen sich hier durch unter dem Druck unabweisbarer Reproduktions- und Kampfanforderungen — und sind weit entfernt von abstrakten Idealvorstellungen in den lohnabhängigen Mittelschichten. Gerade diese forcieren in den neuen Bewegungen den Anspruch auf Übereinstimmung von kämpferischer Praxis und alltäglicher Lebensweise, auf Einheit von Weltveränderung und bewußter Selbstveränderung. Dies ist ein altes Prinzip der Arbeiterbewe-

36 Zur historisch-materialistischen Auffassung der Kultur der Arbeiterklasse als Hintergrund der hier auf die Arbeiterschaft beschränkten Ausführungen vgl. M. Verret, Über die Arbeiterkultur, in: Kultur der Arbeiterklasse — Marxismus Digest 31, Frankfurt/M. 1977; K. Maase, Arbeiterklasse, Reproduktion und Kultur im heutigen Kapitalismus, in: IMSF (Hg.), Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse, München 1978; Forschungsgruppe Kulturgeschichte, Zu einigen Problemen der Kulturgeschichte der Arbeiterklasse, in: Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, hgg. vom Lehrstuhl Kulturtheorie der Sektion Ästhetik und Kunstwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, Band 4, Manuskriptdruck, Berlin (DDR) 1979.

37 W. I. Lenin, Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht, LW 29, S. 54

gung, das in ihr materialistisch-nüchtern, hier jedoch idealistisch-dogmatisiert auf die wirklichen Lebensprozesse angewendet wird. Gerade die Schwäche kämpferischer Ausstrahlung der Arbeiterbewegung läßt die konservativen und vom Kapital beherrschten Züge im Arbeiteralltag zum herausragenden Kritikgegenstand werden; umgekehrt sind Reaktionen aus der Masse der Lohnarbeiter gegenüber den neuen Bewegungen dadurch geprägt, daß die Lebensbedingungen der unterdrückten Klasse die Konzentration der subjektiven Veränderungspotentiale auf den Klassenkampf und dessen psychische Absicherung in vielen konservativen, traditionsgeleiteten Zügen der übrigen Lebensweise erzwingen. Patriarchalische und starre Abwehr von Herausforderungen zu neuen Verhaltensweisen, wie sie etwa die Frauenbewegung oder Instandbesetzer vorbringen, liegt nahe und verfestigt sich in kollektiven emotionalen Blockaden und Vorurteilen. Entscheidend bleibt aber, daß es sich meist nicht einfach um überlebte Einstellungen ohne Realitätsbezug handelt: Verhaltensweisen und Wertmuster der Lohnarbeiter entspringen nicht zuerst dem Eigengewicht von Traditionen — sie werden durch die Zwänge von Leben und Kampf immer wieder reproduziert.

Eine ähnliche Barriere, beruhend auf materiellen Differenzen in Lebenslage und Interessen, erhöht durch sachlicher Erörterung entzogene Fixierungen auf beiden Seiten, bilden unterschiedliche Einstellungen zur Organisation und den in ihr praktizierten Normen und Prinzipien. Arbeitsteilung und Delegationsmethoden, Zentralismus und das starke Gewicht der hauptamtlichen Apparate in den Arbeiterorganisationen sind objektiv Antwort auf die vom Klassegegner gesetzten Anforderungen und Strukturen des Kampfes wie auf die Tatsache, daß die als Individuen unterdrückten und an der Aneignung von Kenntnissen und Fähigkeiten gehinderten Arbeiter nur kollektiv, als Organisation, ihrem Gegner und ihren Aufgaben gewachsen sind. Hinzu kommt bei den Kadern der Arbeiterbewegung die auch tief gefühlsmäßig verankerte Überzeugung, daß die Organisationen ihre wichtigste historische Errungenschaft und die einzige Chance zukünftigen gesellschaftlichen Fortschritts verkörpern. Das kann die Abwehr von Kritik bewirken selbst dort, wo sie sich gegen Organisationsformen richtet, die die von vielen Arbeiteraktivisten erstrebte Einbeziehung und Mobilisierung der Basis entscheidend behindern. Dem steht in den Protestbewegungen ein pragmatisch-mißtrauisches Verhältnis zur Organisierung gegenüber; sie muß ihren Sinn nicht allein gegenüber der objektiven Aufgabe, sondern stets auch für die Selbsttätigkeit und Entfaltung der sie Tragenden beweisen.

Als letzte der tief in den Selbstverständlichkeiten der Lebensweise verankerten Differenzen sei die grundlegende Haltung gegenüber Entwicklung und Kontrolle der modernen Produktivkräfte und gesellschaftlichen Lebensbedingungen angesprochen. Stärker noch als im Durchschnitt der Klasse sind bei den Aktivisten der Arbeiterbewegung aus der Erfahrung der Produktionsprozesse Überzeugungen ausgeprägt und strukturieren das Welt- und Zukunftsbild, daß nur die fortschreitende Entfaltung und gesellschaftliche Bündelung aller produktiven Kräfte unter der zentralen Leitung durch die Produzenten eine gerechte, freie und zukunftssichere Ordnung der Welt schaffen läßt. Die Perspektive der Klasse ist mit der von Wissenschaft, Technik, Produktion, Vergesellschaftung der Lebensverhältnisse nicht identisch, aber ohne deren progressive Entfaltung gar nicht zu denken. Die Tendenz zum Bruch mit den bisher erfahrenen Wachstums- und Leistungsprinzipien hat in den neuen sozialen Bewegungen Bindungen an das herrschende Wertsystem gelöst, gleichzeitig aber eine tiefe Kluft zur Arbeiterbewegung geöffnet.

Aus den skizzierten „kulturellen Barrieren“ folgen Verzerrungen und Blindheiten in der gegenseitigen Wahrnehmung; sie trugen wesentlich dazu bei, daß auch engagierten Kadern der Arbeiterbewegung der soziale Sprengstoff in den zunächst durch die neuen Bewegungen aufgeworfenen Konflikten und die vorwärtsweisenden, mit Arbeiterinteressen zu vereinbarenden Momente ihrer Forderungen und Politikformen verdeckt blieben. Hier zeigt sich aktuell die unverzichtbare Aufgabe einer wissenschaftlich analysierenden marxistischen Klassenpartei.

Wenn sich Teile der Arbeiterjugend heute leichter mit der Praxis der neuen Bewegungen identifizieren als mit der Arbeiterbewegung, so ist das nicht abzutun als leicht wieder wettzumachende Einbuße an Anziehungskraft. Die neuen Bewegungen sprechen gerade mit ihrer „politischen Kultur“ jene stark an, die durch Aufgeschlossenheit *und* Verbindung zu den Lebenswelten der Lohnarbeiter prädestiniert sind, die vorwärtstreibenden, bewegenden Kräfte in der Arbeiterklasse von morgen zu sein. Da die politischen Blockierungen der sozialdemokratisch dominierten Arbeiterbewegung der Bundesrepublik sich gerade auf die konservativen Momente der Kultur der Klasse und ihrer Organisationstraditionen stützen, zeichnet sich hier die reale Gefahr zunehmend geschwächerter Bindungen zur jungen Generation der Arbeiterklasse ab. Dies hätte auch zur Folge, daß solche Gruppen nicht als Elemente des notwendigen Wandels der Kultur der Arbeiterbewegung von innen heraus wirksam werden. Im zunehmenden Engagement von Gruppen der Arbeiterbewegung in den neuen sozialen Bewegungen und vor allem in den Ansätzen selbstbewußter und einfallsreicher Arbeiterkämpfe gegen die staatsmonopolistische Krisenausnutzung liegen die Triebkräfte dafür, daß die Verarbeitung der Krisenerfahrungen in der Arbeiterklasse in Richtung autonomer Interessenvertretung geht und die in der jungen Generation freigesetzten Impulse aufnimmt.

Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik

Witich Roßmann

1. Soziale Bedürfnisse und Formen ihrer Durchsetzung — 2. Soziale Bedürfnisse in den gewerkschaftlichen Kämpfen — 3. Organisationsentwicklung und politische Prozesse in der gewerkschaftlichen Organisation — 4. Brüche, Probleme und Politikbedarf

In den letzten Jahren wurden Analysen der Gewerkschaften von der Frage nach ihrer korporativistischen Integration in das kapitalistische System und nach ihren Stabilitätsfunktionen beherrscht.¹ Die initiativreiche, politisch herausfordernde Aktivität „neuer sozialer Bewegungen“ akzentuiert noch im Vergleich die konservativen, behäbigen und integrationistischen Aspekte gewerkschaftlicher Politik. Wer angesichts der Jugendunruhen „das Fieber in den Straßen steigen“ sieht, dem erscheinen die Gewerkschaften nur mit dem „kalten Wickel“ systemintegrierend daneben oder gar dagegen zu stehen.

Sozialwissenschaftliche Analyse wird sich kaum jemals gänzlich dem Zeitgeist und seinen aktuellen Trends verschließen können. Allein die sich expansiv entfaltenden Trendsucher der demoskopischen Forschungsinstitute, deren materielle Reproduktionsgrundlage der schnelle Wandel ist, sorgen dafür, daß gegenwärtig kein noch so temporärer, partieller und häufig instabiler Einstellungswandel empirisch undokumentiert bleibt. Die Trend-Affinität der literarischen und sozialwissenschaftlichen Intelligenz, zu deren seismographischer Funktion — nebenbei bemerkt — *Lenin* trotz aller politischen Kritik ein ausgesprochen produktives Verhältnis besaß², befördert diese Tendenz.

Gerade in Schnittpunktphasen politischer Zyklen muß sich deshalb praxisorientierte sozialwissenschaftliche Forschung, die nicht auf die Nachfragegesetze intellektueller Warenproduktion zielt, auf längerfristige Entwicklungstrends konzentrieren. In diesem Sinne soll hier eine begrenzte Fragestellung verfolgt werden: In welchem Ausmaß und in welchen Formen haben die den neuen sozialen Bewegungen im Reproduktionssektor zugrunde liegenden sozialen Bedürfnisse ihr Pendant innerhalb der Arbeiterklasse und der gewerkschaftlichen Politik, ihren Handlungsmustern und internen Organisationsprozessen gefunden? Und daraus abgeleitet: Auf welches Potential können sich —

1 Vgl. Wolfgang Streeck, Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie, Königstein/Ts. 1981; W. Müller-Jentsch, Vom gewerkschaftlichen Doppelcharakter und seiner theoretischen Auflösung im Neokorporatismus, in: *Leviathan*. Sonderheft 4/1981, S. 222 ff.; Literaturübersicht und Kritik bei G. Hautsch, Integrationismus und „Korporatismus“. Überlegungen zur Einbindung von Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, in: *Marxistische Studien*. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M. 1981, S. 222 ff.; Müller-J. verweist zu Recht auf die Affinität des Trendwechsels in den wissenschaftlichen Fragestellungen (Revolutionäres Potential der Gewerkschaften/Stabilitätsfunktionen) zu den politischen Zyklen. Vgl. dazu auch die Beiträge von M. Groser/B. Keller, W. Streeck und W. Müller-Jentsch auf dem 19. Soziologentag 1979 (in: J. Matthes (Hg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa*, Frankfurt/M. 1979), die die veränderte Perspektive deutlich dokumentieren.

2 *Lenin*, Werke Bd. 7, S. 32.

im Vergleich zum Ende der 60er Jahre — strategische Konzeptionen einer klassenautonomen Politik im nächsten Kampfzyklus der 80er Jahre stützen? Welche Bedürfnisendenzen und -strukturen, die in Ansätzen in den sozialen Kämpfen der 70er Jahre artikuliert wurden, müssen integraler Bestandteil einer klassenautonomen Politik werden?

Die als „Silent Revolution“ prominent gewordene Wertwandelhypothese R. Ingleharts,³ inzwischen durch die komparative Studie von Max Kaase/Samuel Barnes⁴ empirisch abgesichert, behauptet eine stabile Korrelation zwischen materiellem Lebensniveau, Bildungsgrad, intellektueller Kompetenz und neuen Wertorientierungen. Der Wertwandel sei wegen seiner engen Beziehung zur Produktivkraftentwicklung und zu sozialstrukturellen Veränderungen als langfristiger Trend zu begreifen, der überkommene politische Integrationsmechanismen in Frage stelle und neue, quer zu den Klassenfronten verlaufende gesellschaftliche Konfliktstrukturen zwischen den Trägern der alten „materialistischen“ (Bourgeoisie, industrielle Arbeiterklasse) und der neuen „postmaterialistischen“ Wertorientierung (Jugend, höher qualifizierte und sozial besser gestellte Mittelschichten) produziere. In den neuen Wertorientierungen würden sich über materiellen Wohlstand und Sicherheitsdenken hinaus vor allem Bedürfnisse nach Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Aufhebung entfremdeter Strukturen ausdrücken, die mit der Favorisierung neuer, basisdemokratischer Politikvorstellungen und Verhaltensmuster einhergingen. Trotz zahlreicher möglicher kritischer Einwände gegen diese theoretische Konzeption erscheint es zumindest operativ möglich und legitim, die Fragestellungen und Ergebnisse dieser Wertwandel-Studien in die Analyse neuer Entwicklungen in der Arbeiterklasse, ihrer sozialen Kämpfe und der Gewerkschaftspolitik einzubeziehen. Bezugspunkt ist dabei indes die materialistische Bedürfniskonzeption, deren Begriff und inhaltliche Bestimmung von „sozialen Bedürfnissen“ nur begrenzt mit den postmaterialistischen Bedürfnissen in der Inglehartschen Konzeption harmonisierbar ist.⁵

1. Soziale Bedürfnisse und Formen ihrer Durchsetzung

Ausgangspunkt ist der in die Dialektik von Produktivkraftentfaltung und Bedürfnisentwicklung integrierte strukturelle Trend in entwickelten kapitalistischen wie sozialistischen Gesellschaften zur Verschiebung des Stellenwertes der physisch-materiellen zugunsten der sozialen Bedürfnisse im Gesamtsystem gesellschaftlicher Bedürfnisse. Empirisch drückt sich diese Entwicklung im materiellen Reichtum hochindustrialisierter Gesellschaften aus, ihrem Produktivitätsniveau, im Zeitbudget ihrer Lohnabhängigen

3 Ronald Inglehart, Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: H. Klages/P. Kmiecik (Hg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/M., New York 1979, S. 279 ff.; vgl. K. O. Hondrich, Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung, Reinbek 1975, S. 27 ff; zur Kritik der sich auf A. H. Maslow stützenden Bedürfnishierarchisierung vgl. A. N. Leontjew, Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit, Berlin (West) 1979.

4 Samuel H. Barnes, Max Kaase et al., Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, London/Beverly Hills 1979.

5 Vgl. dazu G. G. Diligenski, Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, Reihe „Theorie und Methode“, hgg. v. IMSF, Frankfurt/M. 1978, S. 45 ff.; U. Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2: Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse, Frankfurt/M. 1976.

(Lebens-, Wochen-, Tagesarbeitszeit im Verhältnis zur Freizeit oder Ausbildungszeit), im durchschnittlichen Bildungs- und Qualifikationsgrad des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters: kurzum, die wissenschaftlich-technische Revolutionierung der Produktivkräfte konstituiert weiterreichende gesellschaftliche und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, die sich in der Zunahme sozialer Bedürfnisse reflektieren. Sie beziehen sich vornehmlich auf die Stellung der Individuen in der Gesellschaft, auf die Bedingungen ihrer Arbeit und Tätigkeit, ihrer Persönlichkeits- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten im Arbeitsprozeß und in der Lebensreproduktion, die sie sukzessive ausgreifend ihrer kollektiven und individuellen Kontrolle zu unterwerfen suchen.⁶ Solche sozialen Bedürfnisse haben einen tiefergehenden, strukturierenden Einfluß auf die Interessenformierung, auf die Motive, Wertorientierungen, Ziel- und Handlungsprogramme der gesellschaftlichen Klassen und Schichten in den Klassenauseinandersetzungen.⁷

Die Akzentuierung dieses Aspekts in der Analyse neuer Entwicklungstendenzen in der Gewerkschaftsbewegung thematisiert einen zentralen Widerspruchskomplex spät-kapitalistischer Gesellschaften (Möglichkeit/Notwendigkeit der Persönlichkeitsentfaltung als Hauptproduktivkraft und die Schranken kapitalistischer Produktionsverhältnisse, die nur eine deformierte Realisierung erlauben).⁸ Sie eröffnet zugleich die Möglichkeit, Übereinstimmungen oder zumindest parallele Tendenzen in der Arbeiterklasse und in den sozialen Trägergruppen neuer sozialer Bewegungen gegenüber den an der Oberfläche vielfältig dominierenden Widersprüchen, Divergenzen und gegeneinander gerichteten Verselbständigungen analytisch zu fixieren.

Solche gemeinsamen Entwicklungstendenzen wurden in den 70er Jahren oft nur unterhalb der gesellschaftlichen Oberflächenprozesse erkennbar und sperrten sich gegen empirische Analysen. Da sie sich innerhalb der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen nicht in einer linearen Determinationskette von Bedürfnissen — Interessen — Bewußtsein — Ziel — Aktion unmittelbar durchsetzten, müssen einige der Vermittlungsglieder dieses Prozesses, die bislang ungenügend beachtet wurden, in die Analyse einbezogen werden.

1.1 Sozialstrukturelle Entwicklungstendenzen

Die kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesse haben in den 50/60er Jahren den Polarisierungsprozeß der antagonistischen Grundklassen beschleunigt, den Anteil lohnabhängiger Arbeit vergrößert, neue Teile der Angestellten und Beamten nicht nur for-

6 K. Holzkamp, *Gesellschaftlichkeit des Individuums*, Köln 1978, S. 212; G. Stiehler, *Über den Wert der Individualität im Sozialismus*, Berlin (DDR) 1978, S. 122/23; G. G. Diligenski, *Die Bedürfnisse der Persönlichkeit und die Gesellschaft*, in: *Sowjetwissenschaft* 10/1975, S. 1015 ff.

7 Vgl. zur marxistischen Wertediskussion: E. Hahn, *Aktuelle philosophische Probleme der marxistisch-leninistischen Wertauffassung*, in: *Wertauffassungen im Sozialismus*, Berlin (DDR) 1980, S. 12/13: „Wertung ist der Prozeß, in welchem ein Subjekt einen bestimmten Sachverhalt in Beziehung zu seinen Interessen setzt und eine Entscheidung über sein Verhalten zu diesem Sachverhalt trifft. ... Die Funktion von Wertungen ... besteht primär darin, auf spezifische Weise menschliches Handeln zu motivieren, in eine bestimmte Richtung zu lenken, seine Orientierung zu verallgemeinern, zu verstärken oder zu verhindern. Nicht zuletzt besteht sie darin, historisch-gesellschaftlich bereits gewonnene Erfahrungen und Erkenntnisse in verallgemeinerter, verkürzter, konzentrierter, verdichteter und den Menschen nicht nur rational, sondern allseitig ansprechender, bewegender Form als Handlungsorientierung aufzubereiten.“

8 D. Klein, *Ökonomische Widersprüche im Kapitalismus*, Frankfurt/M. 1976, S. 220 ff.

zell, sondern zunehmend auch reell unter das Kapital bzw. staatsmonopolistische Herrschaftsverhältnisse subsumiert und den Warencharakter ihrer Arbeitskraft entfaltet.⁹ Zugleich vollzog sich eine klasseninterne Differenzierung unter den Lohnabhängigen. Das Bildungs- und Qualifikationsniveau nahm nicht nur allgemein zu, die Zunahme war bei einigen expandierenden Berufsgruppen mit neuen Tätigkeitsschwerpunkten besonders stark. 57 Prozent aller Erwerbstätigen übten 1978 Planungs-, Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe aus, während nur noch 13,3 Prozent in Berufen der Güterproduktion tätig waren. Dabei nahmen gerade personenbezogene Dienstleistungsberufe sowie Planungs- und Verwaltungsberufe besonders schnell zu (1978: 12,5 bzw. 24,2 Prozent aller Erwerbstätigen).¹⁰ Wenngleich solche sozialstatistischen Gruppierungen in sich stark differenziert sind und unter sehr heterogenen sozialökonomischen Verhältnissen arbeiten (hoher Staatsanteil, viele Kleinbetriebe bzw. kleine Arbeitseinheiten), so sind sie doch in vielen Bürgerinitiativen überrepräsentiert¹¹, kennzeichnet sie ein hoher politischer Aktivitätsgrad. Sie verfügen zumeist über überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse. Betrachtet man nur die deutschen Teile der Arbeiterklasse, so würde sich angesichts des hohen Anteils ausländischer Lohnabhängiger im unmittelbaren Produktions- und Reproduktionsprozeß (Herstellen, Fertigen, Hilfsfunktionen für Produktions- und Dienstleistungen) der prozentuale Anteil dieser Gruppen innerhalb der Arbeiterklasse noch weiter erhöhen.¹²

Es kann angenommen werden, daß in diesen Gruppierungen der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen eine Reihe von sozialen Bedürfnissen und damit ein spezifisches sozialpsychologisches Milieu besonders lebendig bleiben wird, das von ihrer Ausbildung und Tätigkeit beeinflusst ist. Aber auch für die gesamte Arbeiterklasse, insbesondere ihre gewerkschaftlich und politisch aktiven Teile, dürfen die sozialpsychologischen Rückwirkungen einer durchschnittlich höheren Allgemeinbildung nicht unterschätzt werden. Allein die neuen Massenmedien und Kommunikationsmöglichkeiten haben die Abschottung der industriellen Arbeiterklasse, die Ausbildung einer besonderen Arbeiterlebensweise, zugunsten einer Annäherung zwischen allen Lohnabhängigen relativiert. In der Tendenz werden 25 Prozent eines Jahrgangs einen Hoch- oder Fachhochschulabschluß erwerben.¹³ Schon heute ist unschwer zu erkennen, wie in Arbeiterfamilien, Sportvereinen, Gewerkschaften und Parteien Personen mit Hochschulabschluß zunehmend selbstverständlicher integriert sind und dort das sozialpsychologi-

9 Vgl. IMSF (Hg.), *Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970*, Teil I–III, Frankfurt/M. 1972/73.

10 F. Stooß, *Tendenzen des Wandels beruflicher Strukturen in den siebziger Jahren. Ein Vergleich zwischen prognostizierter und tatsächlicher Entwicklung*, in: *Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 3/1980, S. 364/65; E. Hönekopp/H. Ullmann, *Auf dem Weg zur Dienstleistungsökonomie*, in: ebenda, 2/1980, S. 255 ff.; H. Hofbauer, *Statusmobilität in den siebziger Jahren*, in: ebenda, 4/1980, S. 521 ff. ders., *Berufswege von Erwerbstätigen mit Facharbeiterausbildung*, in: ebenda, 2/1981, S. 127 ff.; Bundesminister f. Forschung u. Technik (Hg.), *Technischer Fortschritt. Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Untersuchung der Prognos AG Basel*, Düsseldorf 1980, S. 141 ff.

11 Fred Karl, *Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung*, Frankfurt/M. 1981, S. 88.

12 R. Bech/R. Faust, *Die sogenannten Gastarbeiter. Ausländische Beschäftigte in der BRD*, Frankfurt/M. 1981, S. 25 ff.

13 Nach neuesten Vorausberechnungen der Kultusministerkonferenz wird der Anteil der Abiturienten von 14,6 Prozent (1980) auf 23,1 Prozent (1990) ansteigen, der der Fachhochschulberechtigten zusätzlich von 5 auf 6,5 Prozent; vgl. IWD 24/1982, S. 1.

sche Profil, Wertorientierungen, Normen und Verhaltensweisen mitprägen. Durch solche Institutionen wirken die genannten Veränderungen weit über den Umkreis der Betroffenen hinaus. Gerade unter den politisch aktiveren Teilen der Arbeiterklasse der jüngeren Generation finden sich innerhalb der Familie und des Freundeskreises enge Beziehungen zwischen verschiedenen Sektoren der Arbeiterklasse (z. B. Facharbeiter/Kindergärtnerin, Verwaltungsangestellte) bzw. zwischen diesen und Angehörigen der Gruppe der lohnabhängigen Intelligenz (Facharbeiter/Lehrerin). Diese Tendenzen werden verstärkt das sozialpsychologische Profil, die Bedürfnis- und Interessenstrukturen sowie die Handlungskompetenz der Arbeiterklasse mitbestimmen, da sich die Austausch- (Abiturienten, die Facharbeiterabschlüsse anstreben) und Kooperationsprozesse (im Produktionsprozeß, in der Lebensreproduktion, in der politischen Arbeit) intensivieren.

1.2 Neue gesellschaftliche Widerspruchskomplexe

Die wissenschaftlich-technische Revolutionierung der Produktivkräfte beschleunigte kapitalistische Vergesellschaftungsprozesse und produzierte eine komplexere Struktur der gesellschaftlichen Widersprüche.¹⁴ Die Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital ermöglichte die umfassende Automatisierung und Taylorisierung im Produktionssektor, die sich seit Mitte der 70er Jahre sukzessive in der Büro- und Verwaltungsrationalisierung fortsetzt. Die mit der privatkapitalistischen Monopolisierung wie der bürokratischen Zentralisierung in den legislativen und exekutiven Staatsapparaten verknüpfte politische Machtkonzentration belebte Mitbestimmungs- und Kontrollforderungen. Aber nicht allein Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung wurden akute Konfliktfelder. Die ausgreifende Bewegung des SMK-Systems und seiner an Kapitalinteressen orientierten Kosten-, Effizienz- und Organisationskriterien schuf Konfliktfelder im öffentlichen Dienst, im Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssektor, also in Sektoren der Infrastruktur und der gesellschaftlichen Reproduktion der Arbeitskraft.

Die kapitalistische Industrialisierung, Urbanisierung, Technisierung und Chemisierung traf zunehmend auf die Schranken des ökologischen Gleichgewichts von Natur und Mensch. Dies wurde ebenso ein handlungsrelevantes Konfliktfeld wie die in alle Poren zwischenmenschlicher Beziehungen eindringenden Waren- und Konkurrenzbeziehungen mit den einbegriffenen Endfremdungserscheinungen, ihren Tendenzen zur Persönlichkeitsdeformierung und -zerstörung.¹⁵ Selbst die klassischen kapitalistischen Konfliktfelder wie Arbeitslosigkeit, Betriebsstillegungen, Inflation, Lohn- und Sozialabbau wurden mit Beginn der 70er Jahre nicht bloß „reaktualisiert“, sondern durch ihre staatsmonopolistisch modifizierten Wirkungsformen komplexer mit den neuen Konflikten verknüpft.¹⁶

14 Vgl. D. Klein, *Ökonomische Widersprüche...*, a.a.O.: P. Heß, *Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht*, in: *Sozialistische Politik* 3/1969, S. 35 ff.; ders.: *Theoretische und methodologische Probleme der Imperialismusforschung*, in: *Wirtschaftswissenschaft* 2/1974, S. 187.

15 K. Ottomeyer, *Ökonomische Zwänge und menschliche Beziehungen. Soziales Verhalten im Kapitalismus*, Reinbek 1977.

16 Insofern wurde 1974/75 zu Unrecht und mit der Konsequenz politischer Fehler von einer „Normalisierung“ des Kapitalismus der Bundesrepublik gesprochen.

Zugleich erweiterten der Vergesellschaftungsprozeß und die Ausweitung von Planungs- und Steuerungselementen, -kompetenzen und -institutionen innerhalb der Großkonzerne und des Staates das Feld unterschiedlicher Entwicklungsvarianten. Alternative Entwicklungsprogramme wurden damit schon im Vorfeld der Systemfrage gleichfalls zum Konfliktfeld.¹⁷

Diese Widersprüche berührten allerdings die einzelnen sozialstrukturellen Gruppen der Lohnabhängigen in unterschiedlicher Stärke. Entsprechend differenziert entwickelten sich bei ihnen die Bedürfnisstrukturen und Wertorientierungen, wurden in einzelnen Regionen oder Berufsgruppen bzw. zu unterschiedlichen Zeitpunkten verschiedene Bedürfnisse handlungsrelevant.

1.3 Neue soziale Bedürfnisse und Generationenwechsel

Verlängerte Ausbildungszeiten haben die Jugendphase im Lebenszyklus ausgedehnt. Die relativ dauerhafte Formung sozialer und politischer Wertorientierungen in der Jugendphase, die Entwicklung einer eigenen Jugend-Subkultur sowie die gleichzeitige Zusammenballung von Konfliktfeldern durch die Neustrukturierung aller Ebenen des Bildungs- und Ausbildungssektors gegen Ende der 60er Jahre haben die Bedeutung des Jugendsektors für die Entwicklung und Durchsetzung neuer sozialer Bedürfnisse und für die politische Sozialisation einer jüngeren Generation von Lohnabhängigen schlagartig erhöht.¹⁸ Der Bruch in den Wertorientierungen konnte sich besonders deutlich ausprägen, weil die am Ende der 60er Jahre in die politische Sphäre eintretenden Jugendlichen die konsolidierte ökonomische Situation wie die politischen Verhältnisse unvoreingenommen und unbelastet zu neuen Wertorientierungen verarbeiten konnten.

Auch neuere sozialgeschichtliche Studien bestätigen, daß sich Wertwandelprozesse über den Generationswechsel vermitteln. Jüngere Generationen waren in den Klassenkämpfen wie in den gesellschaftlichen Ruheperioden — neben den seismographisch agierenden Intellektuellen — immer die aktiven, dominierenden Trägergruppen neuer Konflikte, Bedürfnisse, Handlungsmuster und Organisationsformen. Eine inhaltliche Ausrichtung ist dabei nicht von vornherein gegeben. Jüngere Teile der im Ersten Weltkrieg politisierten Arbeiterklasse wurden Träger der revolutionären Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Durch Arbeitslosigkeit von der Arbeiterbewegung isolierte Jugendliche hingegen wurden in der Weltwirtschaftskrise Opfer faschistischer Demagogie. Der Zusammenbruch faschistischer Illusionen 1945 wie die Niederlagen der Arbeiterbewegung in den Neuordnungskämpfen forcierten im Kalten-Kriegs-Klima der 50er Jahre apolitische, individualistische Orientierungen der Jugend.

1.4 Die Bedeutung von „Zentren“

Die Transformation neuer Widersprüche, Bedürfnisse und Interessen in soziale Kämpfe hängt zum einen von der objektiven Zusammenballung und Intensität der Widersprüche in bestimmten Sektoren, z. B. Regionen oder besonders betroffenen Grup-

17 Diesen Aspekt hat neuerdings wieder hervorgehoben: H. J. Krysmanski, *Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik. Soziologische Skizzen zum Zusammenhang von Produktionsweisen, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen*, Köln 1982, S. 14 ff., S. 148 ff.

18 Vgl. K. Dörre/P. Schäfer, *In den Straßen steigt das Fieber. Jugend in der BRD*, Köln 1982, S. 9 ff.

pierungen der Klasse, und zum anderen von der Existenz subjektiver Faktoren ab, also von Kräften, die die Konflikte analysieren, Forderungen entwickeln, mobilisieren, soziale Bewegungen organisieren und führen, aber auch von bestimmten Kräfteverhältnissen, die Bewegungen zumindest relative Erfolgchancen geben.¹⁹ Als „Zentren“ in diesem Sinne, in denen und durch die neue Entwicklungstendenzen exemplarisch zum Ausdruck gebracht werden, fungierten in der Geschichte der Arbeiterbewegung häufig die industriellen Bezirke und/oder politischen Hauptstädte eines Landes (z. B. Berlin, Ruhrgebiet, Mitteldeutschland in der Weimarer Republik), bestimmte Fraktionen der Klassen und ihr Organisationsbereich (z. B. Drucker, Berg- und Metallarbeiter und ihre jeweiligen Gewerkschaften), zum Teil sogar als Symbol agierende Belegschaften industrieller Großbetriebe (FIAT/Turin; Renault/Paris).

Die umfassende Reorganisation der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Lohnabhängigen sowie der industriellen Struktur und die Spaltung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg – sie schloß den Verbleib relevanter linker Sektoren der deutschen Arbeiterbewegung im Gebiet der DDR und Polens (Sachsen, Thüringen, Berlin, Oberschlesien) und eine deutlich verstärkte Stellung der eher ländlich strukturierten und katholischen süddeutschen Länder in der BRD ein sowie die Partikularisierung und Sonderrolle Westberlins – brachten den Bedeutungsverlust traditioneller Fraktionen der Arbeiterklasse (Berg-, Textil- und z. T. Stahlarbeiter) und traditioneller regionaler Zentren der Arbeiterbewegung (Berlin, Saarland, z. T. des Ruhrgebiets) sowie die erst langsame Formierung neuer industrieller und politischer Zentren (Stuttgart, Rhein-Main, München) mit sich. Dabei vollzogen sich Umstrukturierungsprozesse²⁰ auch in den alten Zentren (Stuttgart, Rhein-Main, Hamburg, Ruhrgebiet).

Nur langsam bildeten sich in den 70er Jahren neue regionale Sektoren, Wirtschaftszweige oder berufliche Gruppierungen als „Zentren“ aus, die in ihrer politischen Kultur, ihren politischen Wertorientierungen die neuen sozialen Bedürfnisse dominant zum Ausdruck bringen und damit eine vereinheitlichende, orientierende und strukturierende Rolle spielen könnten. Da auch die politische Arbeiterbewegung diese Aufgabe nur partiell wahrnahm (die SPD entfiel mit der Godesberger Wende als Faktor einer klassenorientierten Strukturierung, die KPD wurde 1956 administrativ illegalisiert, der Einfluß der 1968 neukonstituierten DKP blieb begrenzt), bestimmte eine starke Heterogenität die sozialen Kämpfe und Konflikte. Trotz ihrer Durchdringung und zum Teil auch Strukturierung durch die hochorganisierten, zentralisierten und institutionalisierten Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen behielten sie etwas vom Charakter der ursprünglichen Prozesse der Formierung der Klasse „an sich“ zur Klasse „für sich“.

19 Historisch exemplarisch wurde dies untersucht von Hartmut Zwahr, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Berlin (DDR) 1978; vgl. F. Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse, Marburg/L. 1981, S. 39 ff.

20 Vgl. zur historischen Entwicklung ökonomisch-politischer Zentren: Atlas zur Geschichte, Bd. 1, Gotha/Leipzig 1973, Karten 91 ff.; Bd. 2, Gotha/Leipzig 1975, Karten 16–23; zur Bundesrepublik: Der Fischer Informationsatlas Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1982, Kap. III, IV, VIII; H. W. Schmollinger/R. Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik, in: Prokla 25 und 26 (1976/1977).

1.5 Ökonomisch-politische Zyklen und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse

Ob sich latente soziale Bedürfnisse in neuen Widerspruchskomplexen zu sozialen Kämpfen und bewußten Wertorientierungen entwickeln können, hängt nicht zuletzt von den ökonomisch-politischen Zyklen sowie den vorherrschenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab.²¹ In den 70er Jahren markierte die Weltwirtschaftskrise 1974/75 einen tiefen Bruch. In der Periode ökonomischen Wachstums (1966/67 bis 1973), wenn auch seit 1971 von zahlreichen Krisensymptomen zersetzt, entfalteten sich spontane Bewegungen im Jugendsektor und eine erste Welle der Bürgerinitiativbewegung (z. B. Rote-Punkt-Aktion in Hannover Juni '69), denen der Aufschwung der Arbeiterbewegung mit den spontanen Septemberstreiks im Herbst 1969 folgte. In der folgenden Periode verknüpften sich ökonomische Krise und eine depressive Entwicklung mit politischer Restauration, unterbrochen durch einen kleineren Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung und der sozialen Kämpfe 1978/79. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verschoben sich nach rechts, wenngleich nicht annähernd im Ausmaß der Kalten-Kriegs-Periode und insgesamt von einer eigentümlichen Offenheit und Labilität gekennzeichnet.

In der ersten Periode waren zahlreiche neue soziale Bedürfnisse im Jugendsektor und in der Arbeiterbewegung (prägnant auf der IG-Metall-Konferenz „Qualität des Lebens“ 1972) aufgegriffen worden. Die Renaissance klassischer kapitalistischer Konfliktfelder (Krise, Arbeitslosigkeit, Lohnabbau, politische Repression) ließ ihre unmittelbare Handlungsrelevanz in den sozialen Kämpfen der Arbeiterklasse und ihren Stellenwert in den Wertorientierungen zurücktreten. Dennoch blieben sie – wie zu zeigen sein wird – selbst in traditionellen Konflikten, in Forderungsstrukturen, in Aktionsformen und in den inneren Organisationsprozessen virulent und wirkten auf das Bewußtsein und die Wertorientierungen mindestens der aktiven Kader der Gewerkschaftsbewegung ein. Offen vertreten wurden sie am Beginn der zweiten Phase, vielfach in Distanz zur Arbeiterbewegung, von den neuen sozialen Bewegungen.

1.6 Der Zyklus neuer sozialer Bewegungen

Neue Gruppen, die in die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung eintreten, die sich mit Brüchen ihrer Wertorientierungen, ja ihrer Identität auseinandersetzen, deren materielle, soziale, politische und ideologische Konsequenzen verarbeiten müssen, radikalisieren sich in ihrem Selbstverständnis, in ihren Artikulationsformen überdurchschnittlich. Die Initiative für Brüche und Neuorientierungen liegt notwendig zuerst bei Minderheiten, die ihren quantitativen Minderheitenstatus mit der Qualität ihres Engagements (Zeitbudget, Radikalität der Ideologie, Aktion) kompensieren. Hohe Motivation, Bereitschaft zum Bruch mit überkommenen Lebens- und Arbeitsformen bilden sich in solchen Avantgardegruppen oder sind sogar ihre Voraussetzung. Deshalb verlief häufig die Neuerschließung von Berufsgruppen, Betrieben und Industriezweigen für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie die Neuerschließung von Themen und

21 Wie den einzelnen Phasen der ökonomischen Zyklen spezifische Strategien von Kapital und Arbeit zu eigen sind, entsprechen auch den politischen Zyklen (Revolutions-/Restaurationsperioden) bestimmte Strategien der Klassenkräfte, Klassenkräfteverhältnisse und sozialpsychologische Tendenzen.

Forderungen unter der Hegemonie radikaler, vor allem linker, sozialistischer, kommunistischer und christlicher, also politisch und ideell hochmotivierter und zugleich qualifizierter Gruppierungen.²²

Die hegemonialen ideologischen und politischen Strömungen bestimmen im Stabilisierungs-, Organisations- und Institutionalisierungsprozeß sozialer Bewegungen darüber, welche Wertorientierungen, Normen und Handlungsmuster stabilen Charakter bekommen. Wer über die materiellen und ideellen Ressourcen der dabei neuentstehenden Organisationen verfügt, kann deutlich auf Inhalte und Struktur des Bewußtseins und die Interessen- und Zielformulierung der sozialen Kämpfe einwirken.

Auch die Beachtung des Entwicklungszyklus sozialer Bewegungen legt eine analytische Perspektive nahe, die nicht die Erscheinungsformen bestimmter Zyklusphasen (z. B. Phasen des radikalsten Bruchs mit Wertvorstellungen, Lebens- und Arbeitsformen) als strukturell neue Momente fixiert. Zu fragen ist vielmehr nach den dauerhaften, zyklusübergreifenden Momenten, die über Avantgardegruppen vermittelt das Bewußtsein, die Wertorientierungen und die Politik von Massen strukturieren und ihr neue Akzente verleihen.

So mußten sich neue Bewegungen in den Gewerkschaften, die klassenautonome Positionen oder neue soziale Bedürfnisse thematisierten, gegen die vorherrschenden sozialpartnerschaftlichen Strömungen durchsetzen. Diese beherrschen nicht nur die betrieblichen und gewerkschaftlichen Organisations- und Institutionsstrukturen, sondern verfügen angesichts der notwendigerweise hochzentralisierten Macht- und Entscheidungskompetenzen der Führungsorgane zugleich über eine Reihe von exekutiven Sanktionsmitteln gegen avantgardistische Minderheitengruppen.²³

Wenn in der empirischen Analyse die Vermittlungsglieder und Mechanismen der handlungsbestimmenden Durchsetzung neuer sozialer Bedürfnisse einbezogen werden, kann gleichzeitig eine Unterschätzung der Verbreitung und Bedeutung der sozialen Bedürfnisse in der Arbeiterklasse wie eine Überschätzung der Radikalität ihres Bruchs mit den traditionellen Orientierungen vermieden werden. In den 70er Jahren überlagerte sich die sukzessive Aufnahme sozialer Bedürfnisse in die Wert- und Handlungsorientierungen der Arbeiterklasse mit der Reaktualisierung klassischer kapitalistischer Widersprüche und Konflikte und der ihnen entsprechenden materiellen und Sicherheitsbedürfnisse. Insofern kann von neuen Momenten in den sozialen Kämpfen und in der Gewerkschaftspolitik unter zwei Gesichtspunkten gesprochen werden: (a) der Reaktive-

22 Insbesondere in amerikanischen soziologischen Untersuchungen revolutionärer Bewegungen, aber auch der Genesis der Gewerkschaftsbewegung als sozialer Bewegung wurde schon in den 50er Jahren von einem „Lebenszyklus“ sozialer Bewegungen bis zu ihrer Institutionalisierung gesprochen.

23 Vgl. C. W. Witjes, *Gewerkschaftliche Führungsgruppen*, Berlin (West) 1976; G. Bosch, *Wie demokratisch sind die Gewerkschaften?* Berlin (West) 1974; R. Kalbitz, *Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren*, in: O. Jacobi u. a. (Hg.), *Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78*, Berlin (West) 1978, S. 159 ff.; R. Erd, *Gewerkschaftsausschlüsse in den 70er Jahren*, in: ebenda, S. 166 ff.; S. M. Lipset, *Der politische Prozeß in den Gewerkschaften*, in: B. Külp/W. Schreiber (Hg.), *Arbeitsökonomik*, Köln 1972, S. 141 ff. betont die Notwendigkeit, nach Abschluß des Aufbaus neuer Gewerkschaften den Zeitpunkt nicht zu verpassen, zu dem die hochmotivierten radikaleren Aufbaukräfte mindestens an den Rand der Organisation oder herausgedrängt werden müßten; E. Ginzburg, *Der Arbeiterführer*, Köln 1952, S. 110, hat die finanziellen Kosten der Liquidierung kommunistischen Einflusses in amerikanischen Gewerkschaften zusammengestellt, und G. Leber, *Vom Frieden*, Stuttgart 1977, S. 26 ff., wollte autobiographisch nicht darauf verzichten, sich auch diesbezüglich als amerikanischer Musterschüler zu erweisen.

zung einer autonomen, klassenorientierten Strömung²⁴ gegenüber der Dominanz der sozialpartnerschaftlichen Organisation der Klassenbeziehungen in den 50er/60er Jahren; (b) dem gestiegenen Gewicht neuer sozialer Bedürfnisse, neuer Widerspruchskomplexe und einer neuen, ausgeweiteten sozialstrukturellen Zusammensetzung der in den Klassenkämpfen agierenden bzw. in den Gewerkschaften organisierten Kräfte.

Diese neuen Momente setzten sich nur widersprüchlich durch. Überdurchschnittlich waren sie in den siebziger Jahren in der jüngeren Generation und einigen neuen Sektoren der Lohnabhängigen (Angestellte/Beamte des öffentlichen Dienstes; einige Dienstleistungsbereiche) anzutreffen. Zu Unrecht wurden sie indes als Ausdruck eines Generationskonflikts bzw. des Konflikts zwischen industrieller Arbeiterklasse und neuen lohnabhängigen Mittelschichten begriffen.²⁵

Die einzelnen Phasen der ökonomischen und politischen Zyklen ließen die neuen Bedürfnisse, klassenautonome Positionen oder traditionelle sozialpartnerschaftliche Orientierungen wechselweise dominant hervortreten. Zugleich aktualisierten sich soziale Konflikte und Kämpfe wie die neuen Bedürfnisseelemente — zeitlich und regional wechselnd — in verschiedenen Widerspruchskomplexen. Die insgesamt fehlende Verallgemeinerung und Strukturierung durch die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung oder durch exemplarische Durchsetzung in wichtigen „Zentren“ führte in den siebziger Jahren zur Verselbständigung und zur Reproduktion der Heterogenität der Kämpfe und Organisationsformen in den einzelnen Phasen und Konfliktfeldern.²⁶

Wollte man die neuen Tendenzen begrifflich verallgemeinern, so könnte man mit aller Vorsicht davon sprechen, daß sich (a) originär *gewerkschaftliche Wertorientierungen* und *Handlungsmuster* für zahlreiche alte wie neue sozialökonomische Sektoren und Konfliktfelder reaktiviert und zugleich zur betrieblichen und lokalen Basis hin erweitert haben. Dies gilt gleichermaßen für das Vordringen kollektiver, solidarischer und egalitärer Orientierungen gegenüber individualistischen, leistungs- und konkurrenzbezogenen wie für die aktive Realisierung gewerkschaftlicher Schutz- und Gestaltungsfunktionen in wichtigen Gesellschaftsbereichen. Es haben sich (b) *demokratische Wertorientierungen* vor allem unter den gewerkschaftspolitisch aktiven, informellen wie formellen, Kadern — aus der jüngeren Generation und höher qualifizierten Gruppen — stärker verankert. Damit sind vor allem Bedürfnisse und Ansprüche nach echten Mitbestimmungs- und Kontrollrechten, Forderungen nach Basisbeteiligung in der Poli-

24 Zu ihren Grundelementen und ihrer Verankerung in der Programmatik des DGB vgl. F. Deppe, Grundsatzzprogramm und gewerkschaftliche Autonomie, in: G. Arndt u. a., DGB-Programm 81, Frankfurt/M. 1982, S. 36 ff.

25 Dagegen argumentieren vehement S. Barnes/M. Kaase, *Political action...*, a.a.O., S. 524 f. Vgl. auch: Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens. Ein Diskussionspapier der Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand, Bad Godesberg 1982; das Diskussionspapier ist vom deutlichen Bemühen gekennzeichnet, die sozialen Bedürfnisse in eine durchgängig reformistische Gesamtkonzeption zu integrieren. Den — durchaus erfolgreichen — Versuch, Elemente sozialer Bedürfnisse zu individualisieren und Ansprüche auf Persönlichkeitsentfaltung in den Freizeitsektor bzw. in berufliche Konkurrenzstrategien zu transformieren, unternehmen neokonservative Vordenker.

26 Die besondere *historische* Verkettung von gesellschaftlichen Widerspruchskomplexen und ihrer diffusen handlungsrelevanten Thematisierung in den 70er Jahren wird von J. Hirsch, *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt/M. 1980, S. 147 ff., nicht systematisch aufgelöst. Das strukturalistische Moment der Analyse und das sozialpsychologische Milieu der Jahre 1977–79 in der Bundesrepublik haben hier gleichermaßen analytische Grenzen gesetzt und den Rekurs auf H. Marcuses „Eindimensionalität“ gefördert.

tik, aber auch nach transparenten Informations-, Kommunikations- und demokratischen Entscheidungsstrukturen auf allen gewerkschaftlichen Ebenen und Handlungsfeldern gemeint. Sie schließen die Forderungen nach gleichberechtigter Vertretung bis dato benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft ein, deren doppelt unterdrückter Status sich in den Gewerkschaften vielfach bis in die Gegenwart hinein reproduzierte — so insbesondere von Frauen, Ausländern und neuerdings wieder Arbeitslosen.

2. Soziale Bedürfnisse in den gewerkschaftlichen Kämpfen

Die Ausformung von Bedürfnissen und den ihnen zugrunde liegenden Widersprüchen zu aktuellen Konflikten, sozialen Kämpfen und Aktionen indiziert immer zugleich deren Intensität im Bewußtsein der Arbeiterklasse und in den Wert- und Handlungsorientierungen ihrer gewerkschaftlichen Führungsorgane. Insofern können, auch wenn sich in vordergründigen Konfliktgegenständen immer ein größeres Spektrum an Bedürfnissen symbolisch ausdrückt, Aktions- und Handlungsanalysen über begrenzte demoskopische Einstellungsuntersuchungen hinaus die Verbreitung neuer Bedürfnisse und Wertorientierungen erfassen.²⁷ Dies soll im folgenden unter verschiedenen Aspekten skizzenhaft umrissen werden.²⁸

2.1 Chronologie

Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ist kein linearer Prozeß. Die 70er Jahre markieren nach den sozialen Kämpfen um die gesellschaftliche Neuordnung und deren Niederlagen sowie nach der Restaurationsperiode der 50er/60er Jahre mit einem sinkenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad und abflauenden sozialen Kämpfen einen deutlichen Bruch: eine quantitativ herausgehobene Reaktivierung sozialer Kämpfe, die auch durch die ökonomische Krise und die Massenarbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nicht gebrochen wurde. Angesichts der Affinität der sozialen Kämpfe zum ökonomischen Krisenzyklus ist allein das schon ein historisches Datum. Die sozialen Kämpfe *in* den siebziger Jahren bewegten sich, wenn man sie periodisieren will, ungefähr in einem Vierjahreszyklus, dessen Kampfhöhepunkte 1969–71, 1973/74 und 1978/79 waren.

27 Zur Kritik der Einstellungsforschung Th. Leithäuser, Politische Einstellung oder politisches Bewußtsein, in: H. Moser (Hg.), Politische Psychologie. Politik im Spiegel der Sozialwissenschaften, Weinheim/Basel 1979, S. 136 ff.; F. Deppe, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971, S. 197.

28 Die folgende Skizze beruht auf der Auswertung der empirischen Studien, die vor allem vom IMSF, der Sozialforschungsstelle Dortmund, dem Institut für Sozialforschung Frankfurt/M. und am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Marburg zu einzelnen sozialen Kämpfen oder Gewerkschaftsentwicklungen erstellt wurden, sowie auf den laufenden Untersuchungen in der vom IMSF herausgegebenen Reihe „Soziale Bewegungen“, den „Kritischen Gewerkschaftsjahrbüchern“ sowie zahlreichen bezirklichen und örtlichen Dokumentationen der Gewerkschaften, politischer Gruppen und Parteien, die im folgenden nicht immer ausdrücklich zitiert werden.

2.2 Industrieller Kern der Arbeiterklasse und neue Lohnabhängigengruppen in den sozialen Kämpfen

Von 1966/67 bis 1973/74 waren die sozialen Kämpfe deutlich um zwei Gruppen zentriert: erstens um den Kern der industriellen Arbeiterklasse, vor allem in Großbetrieben der Metallindustrie und z. T. des Bergbaus sowie einiger kommunaler Arbeiterbereiche des öffentlichen Dienstes. Dominierend in der Initiierung, Mobilisierung und organisierten Leitung dieser sozialen Kämpfe betätigten sich Gewerkschaftskader der mittleren Generation, geprägt von den ideologischen Traditionen klassenorientierter Positionen in der IG Metall, aber auch durch die Präsenz von kommunistischen Betriebsräten, Vertrauensleuten und Betriebsgruppen in den entsprechenden Betrieben.²⁹ Ein zweites Zentrum bildete die Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung, die sich vor allem in Groß- und Universitätsstädten sowie Kleinbetrieben um Forderungen nach Expansion, Umstrukturierung und Demokratisierung der Ausbildungssektoren konstituierte.³⁰

Kooperative Prozesse zwischen beiden Bewegungen entwickelten sich in den siebenziger Jahren durch die Ausbreitung gewerkschaftlich orientierter Positionen in der Studentenbewegung, in der Struktur ihrer Forderungen und den Formen ihrer Kämpfe, durch die Integration von Intellektuellen in verschiedene Sektoren der gewerkschaftlichen Arbeit und Organisation wie auch durch den Wechsel eines bedeutenden Teils der qualifizierten und in der Lehrlingsbewegung politisierten Arbeiterjugendlichen in den schnell expandierenden Ausbildungssektor über den zweiten Bildungsweg.³¹

Sukzessive waren von der IG Metall in den Streiks 1971 und 1974 ebenso wie von der IG Chemie und der ÖTV 1974 Angestellte einbezogen worden. Es blieb aber bei der Einbeziehung von Minderheiten in mehrfacher Hinsicht: Nur in gewerkschaftlich hochorganisierten Betrieben wurden sie zum Streik aufgerufen, ihre Haltung als Gruppe blieb insgesamt widersprüchlich, und sie stellten (z. B. 1974 im IG-Metall-Unterwasserstreik) oft umfangreiche militante Streikbrecherkontingente. Die Beziehungen zwischen Arbeitern und Angestellten sowie beider zu den solidarisch mitkämpfenden Ausländern blieben insgesamt distanziert.

In den spontanen Streikwellen 1973 traten neben den traditionellen Zentren industrieller Großbetriebe die Belegschaften mittelgroßer Betriebe auf. Die Bewegung erfaßte die ländliche Peripherie. Ausländische Arbeitergruppen und Frauen traten erstmals als Initiatoren und Mobilisierungskerne, zum Teil sogar als Streikleitungskader auf. Während die offiziellen Streikstatistiken für die Jahre 1975 bis 1977 — mit Ausnahme des Druckerstreiks 1976 — Ruhe verzeichneten, akkumulierten sich neue Momente der sozialen Kämpfe vor allem in den betrieblichen Abwehrstreiks und -aktionen gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen im norddeutsch-nordrhein-westfälisch-saarländischen „Krisenbogen“. Die unmittelbar betroffenen Teile der industriellen Arbeiterklasse wurden regional häufig von Bürgerinitiativen unterstützt, in denen sich an-

29 Einen Überblick gibt K. Steinhaus, *Streiks in der Bundesrepublik 1966—1974*, Frankfurt/M. 1975.

30 Vgl. G. Bauß, *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre*. Handbuch, Köln 1977; Haug/Maessen, *Was wollen die Lehrlinge?*, Frankfurt/M. 1971; P. Katzer, *Zur Gewerkschaftsjugendbewegung — Probleme und Entwicklungen seit Ende der sechziger Jahre*, Frankfurt/M. 1977.

31 Gudrun Küsel (Hg.), *APO und Gewerkschaften. Von der Kooperation zum Bruch*, Berlin (West) 1978; G. Bauß, *Die Studentenbewegung...*, a.a.O., S. 108 ff.

dere Teile der Lohnabhängigen und der lohnabhängigen Mittelschichten, insbesondere Frauen, Jugendliche und Kulturschaffende, engagierten. Teilweise entstanden in solchen Konflikten partielle Kommunikations- und Kooperationsbeziehungen zwischen weit auseinanderliegenden Betrieben gleicher Konzerne.

Die Handlungsprozesse in der Binnenstruktur der gewerkschaftlichen Streiks 1978/79 und in den Warnstreikbewegungen der Jahre 1980/81 signalisierten die Stabilisierung vorhergehender Tendenzen:

- Mit Hafen-, Bau-, Textil- und Holzarbeitern, Postbeschäftigten und Metallarbeitnehmern in sämtlichen Regionen und Betriebsgrößenklassen dehnten sich die einbezogenen Gruppen aus traditionellen Sektoren der Arbeiterklasse quantitativ weiter aus.
- Die Büro- und Verwaltungsrationalisierung und die — trotz Krise — stabil hohe Berufstätigkeit von Frauen ließ die Einbeziehung von Angestellten in Streiks und Aktionen langsam vom Ausnahme- zum Regelfall werden, was sich insbesondere in den Warnstreikaktionen der HBV seit 1978/79 zeigte.
- In den Streikvorbereitungen der RFFU in den Rundfunk- und Fernsehanstalten und in den Warnstreikaktionen der Lehrer 1979 wurden die Breitenwirkungen sichtbar, die die soziale und funktionale Veränderung des Status großer Gruppen der Intelligenz und die bewußtseinsmäßigen Rückwirkungen der Studentenbewegung auf ihre gewerkschaftliche Orientierung gehabt haben und die sich ansatzweise auch in hochkonzentrierten staatlichen und privaten Wissenschaftszentren zeigten.
- In Aktionen gegen Rationalisierung, Privatisierung, Stellenabbau und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden gegen Ende der 70er und am Anfang der 80er Jahre größere Teile der Arbeiter, vor allem aber Angestellte und z. T. Beamte des öffentlichen Dienstes (neben dem Bildungs- besonders des Gesundheitswesens, der Erziehungs- und Betreuungssektoren sowie der Bundesbahn und -post) aktiviert.

2.3 Kampfebenen

Die gewerkschaftliche Aktivität erweiterte sich in den 70er Jahren auf allen Kampfebenen. Weder war eine Dominanz noch gar eine lineare Entwicklungstendenz zum betrieblichen Sektor oder zum politisch-staatlichen Sektor hin zu erkennen. Die Rationalisierungspolitik, Betriebsstillegungen und Entlassungen aktualisierten soziale Kämpfe auf der betrieblichen Ebene, wenn übergreifende Probleme nicht oder nicht rechtzeitig durch die Gewerkschaften auf tarifpolitischer Ebene angegangen wurden. Die betrieblichen Konfliktgegenstände wurden jedoch in kürzeren oder längeren Zeitabständen tarifpolitisch verallgemeinert und in Streiks organisiert durchgesetzt.

Soziale Konflikte mit dem Staat als Arbeitgeber (öffentlicher Dienst) erwiesen sich nur in Nuancen politischer als andere Streiks gleicher Dimension. Verbesserungen der gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft wurden vor allem im engen Kontext mit Beschäftigungsproblemen in diesen Sektoren von den Betroffenen selbst thematisiert. In den betrieblichen Streiks gegen den Versuch, die SPD/FDP-Bundesregierung 1972 zu stürzen, und in betrieblichen Warnstreiks bzw. Demonstrationen zum Erhalt der Montanmitbestimmung, für ein juristisches Verbot der Aussperrung, für staatliche Beschäftigungsprogramme und ein Recht auf Arbeit sowie gegen die umfangreichen Kürzungen der Sozialhaushalte Ende 1981 erwies sich die Mobilisierungsfähigkeit zumindest von Teilen der industriellen Arbeiterklasse und Lohnabhän-

gigen der neuen Sektoren gegen die Politik des Staates oder einzelner seiner Apparate. Die Heterogenität der Kampfebene reflektierte neben der Logik der Kampfgegenstände auch die fehlende politische Führungsarbeit der Gewerkschaften.

2.4 Kampfformen

Die Kampfformen wurden in den 70er Jahren erstmals nach den Kämpfen zwischen 1948 bis 1952 wieder vielfältiger. Neben gewerkschaftlich organisierte Streiks traten zwei spontane Streikwellen, Warnstreikwellen und 1978 begleitende Sympathie- und Solidaritätsstreiks. Betriebliche Kampfformen bis hin zu Betriebsbesetzungen, Anfang der 70er Jahre noch als Novum betrachtet, wurden Anfang der 80er Jahre fast normale Aktionsformen gegen Betriebsschließungen und Verlagerung von Produktionsmitteln. Sie dienten als Organisations- und Kommunikationsbasis und vor allem als politisches Protestsymbol.

Reflektierte sich Anfang der 70er Jahre im selbständigen Handeln in den spontanen Streiks noch das unbefangene Bewußtsein sicherer Arbeitsplätze angesichts von Prosperität und Vollbeschäftigung, so drückten sich die verschlechterten gesellschaftlichen Kampfbedingungen seit 1974/75 zuerst in einer relativen Zunahme *gewerkschaftlich* organisierter Streiks aus, die den Bedarf an Sicherheit durch gewerkschaftliche Mobilisierung, Führung und Leitung signalisierten. Selbständiges kollektives Agieren in betrieblichen Abwehrkämpfen hingegen reflektiert schon ein Maß an arbeitsmarktpolitischer – betrieblicher und regionaler – Perspektivlosigkeit, die individuelle Ausweichstrategien blockiert und die Hemmschwelle für kollektive Aktionsformen mit zunehmender Militanz stark herabsetzt. Sie koexistieren eng mit resignativen Bewußtseinsformen. Beide Momente können in Abhängigkeit von subjektiven Faktoren (Agieren der betrieblichen Interessenvertretung, der Gewerkschaften etc.) innerhalb kurzer Fristen ineinander übergehen.

Studentische Aktionsformen der 60er Jahre kopierten neben Formen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung klassische Protestformen der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung integrierte ihre Vielfalt und Militanz mit zeitlicher Verzögerung. Der wechselseitige Austausch der Kampfformen von Arbeiter- und Bürgerinitiativbewegungen intensivierte sich im Verlauf der 70er Jahre und kann als Indiz von Annäherungs- und Überschneidungsprozessen gewertet werden.

2.5 Soziale Bedürfnisse in den Konflikthaltungen

Zentrum der sozialen Kämpfe der 70er Jahre blieben die *Lohnforderungen*. Staatliche Einkommenspolitik und Inflation komplizierten diese Lohnkämpfe. Sie erforderten die Entwicklung klassenautonom orientierter Orientierungen gegenüber korporativistischen Institutionen wie der „Konzertierten Aktion“, aber auch selbständige Aktionsbereitschaft gegenüber Gewerkschaftsführungen, die sich den Orientierungen solcher Institutionen unterwarfen. Die Integration der „einfachen“ Lohnforderung in ein komplexes alternatives Wirtschaftsentwicklungsmodell wurde die Mobilisierungsgrundlage für den Streik der IG Druck und Papier 1976.

In dem Maße, wie seit 1974/75 neben dem allgemeinen inflationären Trend immer mehr gesellschaftliche Reproduktionsleistungen auf das Kostendeckungsprinzip umge-

stellt werden (öffentlicher Verkehr, Kindergärten, kommunale Infrastrukturleistungen), bleibt der Stellenwert der Nettoeinkommen für die Qualität der individuellen und familiären Lebensweise erhalten und weitet sich tendenziell mit der Durchkapitalisierung aller Lebenssektoren (z.B. Freizeit, Kultur, Kindererziehung) sogar noch aus. Lohnforderungen ist somit schon ein komplexes Verhältnis quantitativer und qualitativer Elemente inhärent. Auch ein relevanter Anteil sozialer Bedürfnisse bedarf zu seiner Befriedigung materieller Voraussetzungen.

Zudem brechen sich im Rahmen der Lohnforderungen weitere Momente neuer sozialer Bedürfnisse und reflektieren gewerkschaftliche und demokratische Wertorientierungen:

— Die zunehmend in den Wertorientierungen von Frauen sich verfestigende Berufstätigkeit, die neben den materiellen Aspekten vor allem die Bedürfnisse nach Persönlichkeitsentfaltung, nach Gleichberechtigung, nach vielseitigeren sozialen Erfahrungen, Kommunikations- und Sozialbeziehungen ausdrückt³², hat zu einem intensiveren Engagement der Frauen in der Gewerkschaftsarbeit geführt, die in Forderungen und Aktionen nach Lohngleichheit und Streichung sogenannter Leichtlohngruppen ihren ersten Ausdruck gefunden hat.³³

— Auch in den Kontroversen um prozentuale oder lineare Lohnforderungen, die gegen die Hierarchisierungs- und Spaltungstendenzen des Kapitals gerichtet sind, reflektieren sich veränderte Wertorientierungen. Lineare Lohnforderungen wurden nicht allein von den unmittelbar interessierten Vertretern der unteren Lohngruppen, sondern z. T. auch von Gruppen aus höheren Eingruppierungsstufen vertreten, die aus einer längerfristigen gewerkschaftspolitischen Perspektive heraus argumentierten.

— Das Vordringen egalitärer, gewerkschaftlicher und demokratischer Orientierungen signalisieren tarifpolitische Konzeptionen, die auf den Abschluß gemeinsamer Lohn- und Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte bzw. im öffentlichen Dienst für ein einheitliches Personalrecht dringen. Ihnen liegen sozialstrukturelle, berufliche und tätigkeitsspezifische Annäherungen zwischen zahlreichen Arbeiter- und Angestelltentätigkeiten zugrunde. Ständischen Interessenvertretungen ist es nur partiell gelungen, Eliten- und Privilegiendenken gegen solche Strategien zu mobilisieren.

— In den Vorüberlegungen zu neuen Modellen der Grundlohndifferenzierung spielt die Reduzierung analytischer Arbeitsbewertungssysteme zugunsten weniger differenzierter Lohnsysteme mit großen nichtvariablen Lohnbestandteilen eine gewichtige Rolle.

— Im Druckerstreik 1976 und im Hafendarbeiterstreik 1978 sowie in einer Reihe der betrieblichen Streiks 1973 haben Lohnforderungen eine deutliche Kompensationsfunktion erfüllt. Rationalisierungserfahrungen und Arbeitsintensivierung, die nur schwer in alternative Forderungen umsetzbar erschienen, produzierten soziale Energien und Bedürfnisse, die ihren ersten Ausdruck in leichter erkämpf- und formulierbaren Lohnforderungen fanden.³⁴

32 I. Schöll-Schwinghammer, *Frauen im Betrieb. Arbeitsbedingungen und Arbeitsbewußtsein*, Frankfurt/M. 1979.

33 Vgl. das in Form und Inhalt bemerkenswerte Dokument des Kampfes der Heinze-Frauen, IG Druck und Papier (Hg.), *Wir wollen gleiche Löhne — Keiner schiebt uns weg*, Buch mit Schallplatte, Stuttgart (1982).

34 Vgl. M. Abendroth, N. Beckenbach, R. Dombois, *Hafendarbeiterstreik '78. Zum Konfliktpotential der*

In der zukünftigen Ausarbeitung klassenautonomer Tarifpolitik wird neben dem Volumen der Forderungen auch ihrer Struktur, objektiv wie im Bewußtsein der Handelnden, ein hoher Stellenwert zukommen. Noch komplizierter stellt sich das Verhältnis von Volumen und Struktur und damit das Problem der Abstimmung sehr unterschiedlicher Bedürfnisselemente dar, wenn man die Problemkomplexe Arbeitsbedingungen, Leistungsverausgabung und Arbeitszeit einbezieht.

Der Streik der IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden 1973 für den Lohnrahmentarifvertrag II (LRTV) thematisierte organisiert die schon in den spontanen Streiks 1973 artikulierten Bedürfnisse nach *Kontrolle der Arbeitsbedingungen*, des Volumens und der Formen der Leistungsverausgabung. Der LRTV II beinhaltete die Einschränkung der Manipulationsmöglichkeiten bei Akkordarbeit, Erholzeiten, ungestoppte Zeiten für persönliche Bedürfnisse, Taktzeitbeschränkungen bei Fließarbeit und Absicherungen für ältere Lohnabhängige.³⁵ Er fand seine Fortsetzung in *betrieblichen* Kämpfen um Betriebsvereinbarungen über Arbeits- und Entlohnungsbedingungen im Einsatz neuer Technologien, über neue Leistungsbewertungs- und Personalinformationssysteme sowie in den gewerkschaftlichen Streiks 1978/79 für *tarifvertragliche* Regelungen gegen die Rationalisierungsfolgen (Mindestmaschinenbesetzungen, Qualifikationsbewertungen, Sicherung des durchschnittlichen betrieblichen Qualifikationsniveaus, Schutz vor Dequalifikation und Abgruppierung).³⁶ „Hinter der vermeintlichen vornehmlichen Lohnorientierung der Arbeitnehmer bei der Kritik an Abgruppierungsprozessen (wurde) ein komplexes Bündel an Interessen sichtbar“, so eine soziologische Begleitstudie zum IG-Metall-Streik 1978 in Baden-Württemberg. „Die während der Tarifaueinandersetzung sichtbar gewordene Interessenartikulation... macht noch deutlich, in welchem Maße — betriebs- wie lebensgeschichtlich — von Wünschen und Interessen an fachlich interessanter Arbeit, an Arbeitsbedingungen mit Zeit- und Kommunikationsreserven, an fehlendem Streß, an Arbeitsfreude und an Entwürfen von Arbeitsidentität ausgegangen bzw. dies zurückerinnert wird.“³⁷

Auch die Forderung nach *Arbeitszeitverkürzung* (35-Stunden-Woche) im Stahlstreik 1978/79 reflektierte neben den Arbeitsmarkt- und Reproduktionsinteressen zugleich soziale Bedürfnisse. Die Ausdehnung der freien Zeit für nichtentfremdete Hobbyarbeit, für sportliche und kulturelle Betätigung, für Bildung und Weiterbildung, für Kindererziehung, Reisen, soziale Kontakte und Kommunikation, kurz für die Realisierung eines sozial aktiven, sinnerfüllten Lebens wird zunehmend höher bewertet als die in vergleichbarer Zeit erzielbaren Geldeinkommen. Dieser Trend setzt sich allerdings — angesichts der oben skizzierten Relevanz der Geldeinkommen für all diese Reproduktionsformen in der freien Zeit und angesichts der starken Einkommensdifferenzierung

Hafenarbeiter, in: Leviathan 2/1978, S. 286 ff.; K. Pickshaus/W. Roßmann, Arbeitskämpfe 1978: Ursachen — Probleme — Perspektiven, in: Sozialistische Politik H. 46 (4/1978), S. 24, 26.

35 IG-Metall-Vorstand (Hg.), Werkstage werden besser. Der Kampf um den Lohnrahmentarifvertrag II in Nordwürttemberg/Nordbaden, Frankfurt/M. 1979; H. Kern, Kampf um Arbeitsbedingungen, Frankfurt/M. 1979, S. 121 ff.

36 H. Kern, Kampf um Arbeitsbedingungen, a.a.O., S. 143 ff.; K. Pickshaus/W. Roßmann, Streik und Aussperrung '78, Frankfurt/M. 1978; W. Dzielak, W. Hindrichs, H. Martens, Den Besitzstand sichern! Der Tarifkonflikt 1978 in der Metallindustrie Baden-Württembergs, Frankfurt/New York 1979.

37 H. Funke, E. Hildebrandt, Ch. Watkinson, Ein neues tarifpolitisches Konzept — Interessen der Metaller am Absicherungsvertrag, Ms. Manuskript, 19. Soziologentag, West-Berlin 1979.

gen — vor allem unter solchen Gruppen der Lohnabhängigen durch, deren Lohnniveau (zumindest familiär) so weit über dem normalen Lebensstandardniveau liegt, daß Anteile gegen freie Zeit austauschbar erscheinen. Indizien dafür bieten die zunehmend militanter gestellten Forderungen nach Einschränkung der Überstundenarbeit bzw. ihrer Abgeltung durch anderweitig verfügbare freie Zeit, die Auseinandersetzungen um die Schichtarbeit, Forderungen nach nicht sozial diskriminierten Teilzeitarbeitsplätzen, also nach insgesamt flexibleren Möglichkeiten, das Verhältnis von Arbeitszeit und freier Zeit zu gestalten. Die abnehmende Bereitschaft, die monetäre Abgeltung gesundheits-schädigender Arbeitsbedingungen hinzunehmen, findet also ihre Parallele im Bereich der Arbeitszeit.

Diese Tendenzen in der Bedürfnisentwicklung werden sich weiter verstärken. Ob die darin enthaltenen Möglichkeiten zur Realisierung solcher Bedürfnisse nur privilegierten Teilen der Bevölkerung vorbehalten bleiben — und damit auch Spannungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Lohnabhängigen erzeugt werden — oder auch der breiten Masse der Lohnabhängigen zugute kommen, wird mit vom Kampf der Gewerkschaften abhängen.

Das seit 1974 wieder akute „*Recht auf Arbeit*“ wurde nicht allein als beschäftigungspolitische Forderung an den Staat adressiert, sondern in betrieblichen Abwehrkämpfen gegen Betriebsstillegungen und Massenentlassungen konkretisiert. An die Stelle der monetären Entgeltung des Arbeitsplatzverlustes qua Sozialplanregelungen treten zunehmend Forderungen und soziale Kämpfe für die Erhaltung der Arbeitsplätze, werden z. T. sogar eigene Programme zur Umstrukturierung der Produktion entworfen, die mit gesamtgesellschaftlichen Bedarfsrechnungen begründet werden.

Dies gilt auch für einige Bereiche des öffentlichen Dienstes, die der gesellschaftlichen Reproduktion der Lohnabhängigen dienen. In diesen Bereichen verbindet sich vielfach das Arbeitsplatzinteresse mit den gesellschaftlichen Reproduktionsinteressen der Lohnabhängigen. Aus dieser Interessenverflechtung heraus konstituierten sich 1981/82 zahlreiche Aktionen zur Erhaltung öffentlicher Dienstleistungen und zur Arbeitsplatzsicherung. Da gewerkschaftlich initiierte und organisierte Aktionen in diesem Sektor zumeist um die Arbeitsplatzproblematik zentriert sind — im Gegensatz zur weiter gefaßten programmatischen Orientierung des DGB —, wurden gesellschaftliche Reproduktionsbedürfnisse in den 70er Jahren vorwiegend und zunehmend durch Bürgerinitiativen und ähnliche soziale Bewegungen aktionsbezogen artikuliert. Vor allem im Bildungs-, Erziehungs- und Wissenschaftssektor kam es zu einer aktiven Kooperation zwischen Bewegungen der Betroffenen (Schüler, Studenten, Eltern) und den Gewerkschaften (GEW/ÖTV). Im Ansatz entwickelten sich ähnlich kooperative Beziehungen im Gesundheitssektor, in Bereichen der Sozialarbeit, der Bahn und der Post. Typisch ist aber die organisatorische Arbeitsteilung und Verselbständigung geblieben: Gewerkschaften entwickelten Gegenmacht für arbeitsplatzzentrierte Bedürfnisse und bezogen gesellschaftliche Bedürfnisse in ihre Argumentation mit ein, Bürgerinitiativen entfalten aktionsbezogene Gegenmacht für örtliche und regionale Reproduktionsbedürfnisse.

In einer Reihe von Widerspruchskomplexen führte diese Situation zur scharfen politischen Konfrontation. Das gilt in erster Linie für die Komplexe Umweltzerstörung, Kernkraftwerke³⁸, Großbauprojekte³⁹ und die davon besonders berührten Gewerkschaften IG Bergbau und Energie, IG Chemie und IG Bau, Steine, Erden. Differenzier-

ter entwickelten sich die Beziehungen im Sektor der Rüstungsproduktion, in dem z. B. die IG Metall Initiativen von Betriebsräten der Rüstungsindustrie zur „Liberalisierung“ der Waffenexporte stoppte und betriebliche Initiativen zur Rüstungskonversionsforschung unterstützte.⁴⁰ Neben der unterschiedlichen Betroffenheit der einzelnen Gewerkschaften von Konfliktsituationen zwischen gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen und partikularen Arbeitsplatzinteressen spielen mithin auch die ideologischen Wertorientierungen der betroffenen Gewerkschaften eine wichtige Rolle im Entscheidungsprozeß.

Ende der 60er Jahre waren die systematischen Neuordnungskonzepte des DGB-Gründungskongresses 1949 (Mitbestimmung, Nationalisierung der Schlüsselindustrien, Planwirtschaft) zugunsten pragmatischer Mitarbeit in der Konzertierte Aktion an den Rand gewerkschaftlicher Programmatik gedrängt worden. Erst die Diskussion um die „Qualität des Lebens“, später das Problem der Arbeitslosigkeit, belebten die Ausarbeitung *wirtschaftspolitischer Alternativkonzepte* in den Gewerkschaften. Kristallisationspunkt systematischer Alternativen und nicht nur partieller Korrekturen des Marktprozesses wurden seit Mitte der 70er Jahre die Alternativgutachten der „Memo-Gruppe“, die in ihren letzten Arbeiten unter dem Begriff des „qualitativen Wachstums“ die Bedürfnisse nach einer ökologischen, vollbeschäftigungsorientierten und humanen Produktion integrierte.

Die Rezeption und Verbreitung gesellschaftlicher Alternativprogramme, zu denen sich sukzessive zahlreiche Strukturentwicklungspläne für einzelne Regionen oder Sektoren (z. B. Schulen) gesellten, verweist zugleich auf die differenzierte Formierung der sozialen Bedürfnisse. Sie sind unter den betrieblichen Kadern der industriellen Arbeiterklasse dort verbreitet, wo Konflikte und soziale Kämpfe in Verbindung mit gewerkschaftlicher Schulungs- und Bildungsarbeit Lernprozesse auslösen und die Aneignung strategischer Konzeptionen ermöglichen. Zweitens verbreiten sie sich in Gruppen der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten, deren generell höhere Allgemeinqualifikationen die Rezeption verallgemeinerter, strategischer Überlegungen erleichtert. Anstöße gehen aber auch in diesen Gruppen von Partialkonflikten aus (Ökologie, Arbeitslosigkeit, Enthumanisierung, Entfremdung), deren gesellschaftliche Ursachen analysiert werden. Und drittens werden sie vor allem von aktiven ehren- und hauptamtlichen Funktionären der Gewerkschaftsbewegung auf allen Ebenen aufgenommen, die gleichermaßen über die erfahrbaren Grenzen ihrer Alltagsarbeit wie über die ideologischen Traditionen der Arbeiterbewegung dafür offen sind.

Zwischen alltäglichen Schutzbedürfnissen und gesellschaftsverändernden Alternativen liegen *Mitbestimmungs- und Kontrollforderungen* im Schnittpunkt gewerkschaftlicher, demokratischer, aber auch sozialistischer Wertorientierungen. Mitbestimmungsrechte können im betrieblichen Alltag und in den privatkapitalistischen und staatlichen Entscheidungsprozessen die sozialen Interessen in rasch wechselnden Problemkomple-

38 Vgl. W. Bartels, Energiepolitik und Umweltschutz, in: G. Arndt u. a., a.a.O., S. 158 ff.; K. H. Tjaden, Umweltpolitik in der Sicht der Arbeiterbewegung, Schwerpunkte und Perspektiven in den achtziger Jahren, in: *Das Argument* 133 (Mai/Juni 1982), S. 334 ff.

39 Vgl. die gewerkschaftlichen Kontroversen um die Startbahn West; dazu: „Keine Startbahn West!“ – Protestbewegung in einem überlasteten Ballungsraum, Frankfurt/M. 1981, S. 73 ff.

40 J. Huffschnid (Hg.), Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion in der Bundesrepublik, Köln 1981.

nen sichern helfen, denn Tarifverträge greifen meist zu spät. Gegen Ende der 60er Jahre wurden Mitbestimmungsrechte und die Demokratisierung in nahezu allen Gesellschaftsbereichen gefordert.⁴¹ Die gewerkschaftliche Bewegung für ein neues Mitbestimmungsgesetz, die auf die SPD und den parlamentarischen Prozeß fixiert wurde, blieb im Kern begrenzt auf gewerkschaftliche Aktivisten. Die umfassenden Mobilisierungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in der Abwehr von Plänen zur Liquidierung der Montanmitbestimmung im Mannesmann-Konzern beweisen dennoch die breite Verankerung der Mitbestimmungsforderung. Allein am 29./30. Juli 1980 legten dafür 50 000 Arbeiter spontan die Arbeit in zahlreichen Betrieben der Stahlindustrie nieder.⁴²

Auch zahlreiche neue Befragungen belegen die ungebrochene — oder neu belebte? — Bedeutung der sozialen Bedürfnisse nach Mitbestimmung über die *Herrschaftsinhalte* (betriebliche und staatliche Planung über das Was, Wie, Für wen der Produktion) und der *Herrschaftsformen* (Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen: Offenlegung, Kontrolle, Beteiligung). Unter den gewerkschaftlichen Aktivisten und Funktionären wie unter den höherqualifizierten Lohnabhängigengruppen ergeben sich überdurchschnittlich hohe Prioritäten für die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen, verglichen mit anderen Forderungskomplexen.⁴³

Die praktische Erfahrung der unzulänglichen Mitbestimmungskompetenzen nach dem Mitbestimmungsgesetz von 1976 verwies die Gewerkschaften auf die originäre Entfaltung von Gegenmacht durch Organisations- und Kampfkraft zurück.⁴⁴ Die Konfliktverläufe belebten aber auch die innergewerkschaftlichen „Mitbestimmungsforderungen“ (Kontrolle gewerkschaftlicher Mandatsträger in Mitbestimmungsinstitutionen, innergewerkschaftliche Demokratie).

3. Organisationsentwicklung und politische Prozesse in der gewerkschaftlichen Organisation

Wie intensiv die sozialen Bedürfnisse von Lohnabhängigen subjektiv ausgeprägt sind, die Arbeits- und Lebensbedingungen der eigenen Kontrolle zu unterwerfen und dabei die Entwicklungsschranken der kapitalistischen Vergesellschaftung in Frage zu stellen, ist auch an der gewerkschaftlichen Organisationsentwicklung ablesbar. Mitgliedschaft in den Gewerkschaften, die Übernahme von gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretungstätigkeiten und -funktionen sowie das politische Verhalten innerhalb der Organisation können als Indikatoren für die kollektive Handlungsbereitschaft gelten. In einzelnen Gewerkschaftsbereichen sind zwar die Mitgliedschaft und die Vertrauensleute- und Betriebsrätewahlen als selbstverständliche, traditionelle Routinevorgänge in die politische Alltagskultur eingegangen und werden vom einzelnen nicht

41 Triebkräfte und soziale Träger der Mitbestimmungsforderungen am Anfang der 70er Jahre wurden analysiert in: IMSF, *Mitbestimmung als Kampfaufgabe*, Köln 1971.

42 Vgl. die Übersicht in: IG-Metall-Vorstand (Hg.), *Der Kampf um den Erhalt der Montanmitbestimmung*, Düsseldorf o. J., S. 52/53.

43 Infas Report. Informationsbedürfnisse von Mitgliedern und Funktionären der IG Metall, Bonn-Bad Godesberg Dez. 1977/Jan. 1978, Übersicht 13.01 (Vergleich alle Befragten/gewerkschaftliche Funktionäre); Dokumentation. Gewerkschaftsbarometer '81, in: IWD 16/1982, S. 7.

44 Einer neuen Herangehensweise an die Mitbestimmungspolitik entspricht konzeptionell ein neues DGB-Handbuch: WSI (Hg.), *Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieben*, Köln 1981.

in bewußter Reflexion unmittelbarer oder perspektivischer Konflikte, seiner konkreten Bedürfnisse, Ziele und ihrer Durchsetzungschancen vollzogen. Aber im allgemeinen müssen doch immer wieder gesellschaftliche Widersprüche die Bedürfnisintensität für eine gewerkschaftliche Organisierung steigern und die Gewerkschaften periodisch ihre Interessenvertretungskompetenzen unter Beweis stellen, wenn sie nicht einem schnellen oder langsamen (über Fluktuation und Generationswechsel vermittelten) Erosionsprozeß ihres Mitgliederstamms und Organisationsgrades unterliegen wollen.

Zudem sind auch geringer motivierte Mitglieder und Funktionäre in den politischen Sozialisationsprozeß der gewerkschaftlichen Organisation einbezogen, der über die intensivere Teilhabe an betrieblichen und gesellschaftlichen Konflikten und die organisationsinternen Prozesse (Tätigkeiten, Bildungsarbeit, Versammlungen) vermittelt ist, und in dem die noch diffusen Bedürfnisse auf gewerkschaftliche Ziele hin strukturiert werden. Schließlich ist die gewerkschaftliche Organisierung und Tätigkeit nach wie vor eine mit vielfachen beruflichen, sozialen und politischen Diskriminierungen verknüpfte Entscheidung geblieben, die deshalb vor allem in gewerkschaftlich gering erschlossenen Sektoren weiterhin als Indiz bewußter Entscheidung für gewerkschaftlich artikulierte Bedürfnisse gelten kann.⁴⁵ Insofern spiegeln sich in der Organisationsentwicklung deutlich die schon in den sozialen Kämpfen erkennbaren Trends.

3.1 Organisationsentwicklung

Die Mitgliederzahl in den DGB-Gewerkschaften stieg von 5,4 Millionen 1950 auf 7,9 Millionen Mitglieder 1981, genau um 46 Prozent. Erst mit dem Wiederaufbrechen der sozialen Widersprüche, Konflikte und Kämpfe seit 1969/70 hat sich der Organisationsgrad wieder dem Niveau der 50er Jahre angenähert. Die Schere zwischen einer Bejahung der Gewerkschaften und dem realen Organisationsverhalten hat sich in dem Maße geschlossen, wie die Notwendigkeit kollektiver Strategien zur Verbesserung und Verteidigung der individuellen und kollektiven Reproduktionsbedingungen den Lohnabhängigen bewußt wurde. Zentren der gewerkschaftlichen Organisation bleiben die industriellen Arbeiter in Großbetrieben. Die höchsten Zuwachsraten haben indes die Angestellten und die Frauen. Der Angestelltenanteil im DGB wuchs von 16,8 Prozent 1973 auf 21,4 Prozent 1981, der Frauenanteil von 16,5 Prozent auf 20,7 Prozent. Zwischen 1979 und 1981 verzeichneten nur noch die Frauen und Angestellten einen starken Mitgliederzuwachs um 7,1 bzw. 5,8 Prozent, während der Zuwachs bei den männlichen Mitgliedern insgesamt lediglich 0,6 Promille betrug.

Diese Ergebnisse wurden trotz rückläufiger Lohnabhängigenzahlen erzielt. Das wurde nicht zuletzt durch eine Intensivierung der Organisationsarbeit möglich, die sich in der Ausweitung der als Vertrauensleute und Betriebsräte agierenden Gewerkschaftsmitglieder ausdrückt. Mit der Zunahme sozialer und betrieblicher Konflikte wuchsen die Bereitschaft und der Zwang zu gewerkschaftlichem Engagement für die Lohnabhängigen und die Notwendigkeit für die Gewerkschaften, ihre organisatorische Verankerung betriebs- und basisnäher zu gestalten. In fast allen Gewerkschaften wurde deshalb die Vertrauensleutearbeit in den 70er Jahren ausgeweitet; häufig wurden Vertrauenskörper

⁴⁵ Dies entgegen W. Streeck, Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekrutierung, in: J. Bergmann (Hg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt/M. 1979, S. 72 ff.

oder gewerkschaftliche Betriebsgruppen überhaupt erst langsam aufgebaut. Exemplarisch zeigt die Entwicklung der IG Metall diesen Intensivierungsprozeß:⁴⁶

Tab.: Wahlformen der IG-Metall-Vertrauensleute im Bundesgebiet

	A	B	C	D	Gesamt
1967	43 132	20 510	27 992	5 531	88 000
%	49	23,3	31,8	6,3	—
1979	100 507	11 352	—	7 239	119 098
%	84,3	9,5	—	6,0	—

A: im Wirkungsbereich im Betrieb gewählt

B: in der Mitgliederversammlung gewählt

C: von IGM-Mitgliedern im Betriebsrat ernannt

D: von der Ortsverwaltung berufen

Wurden 1967 nur 49 Prozent der Vertrauensleute im Betrieb gewählt, so waren es 1979 84 Prozent. Daß diese betriebs- und basisnähere Gestaltung der gewerkschaftlichen Organisation nicht als passiver, von oben administrierter bürokratischer Vorgang begriffen werden kann, zeigten die Konflikte in der IG Chemie um die Ablösung der betrieblichen durch gewählte gewerkschaftliche Vertrauensleute auf dem Gewerkschaftstag 1980 sowie die nach langen Diskussionen in der ÖTV verabschiedeten Richtlinien zur Vertrauensleutearbeit, die ihre bessere Absicherung in der Organisation ermöglichten. Wie in den Konflikten in der IG Metall um die Kompetenzen der Vertrauensleute in der Satzung reflektiert sich in diesen Auseinandersetzungen das Bedürfnis nach effektiverer betrieblicher Gegenmacht und basisnäheren Handlungskompetenzen.⁴⁷

Schätzungen der aktiven Mitglieder von Bürgerinitiativen lagen für 1975/1977 zwischen 60 000 und 170 000 Personen.⁴⁸ Das fände zum Beispiel eine Entsprechung in den 151 807 Betriebsratsmitgliedern in der BRD, die dem DGB angehören und als solche zugleich zahlreiche gewerkschaftliche Funktionen bekleiden. Allein in der IG Metall sind zu 56 873 gewählten Betriebsratsmitgliedern 1978 noch einmal 88 901 (ohne Überschneidungen) 1979 gewählte Vertrauensleute und 5 435 IG-Metall-Jugendvertreter zu zählen.⁴⁹ Im Verhältnis zu den eher diskontinuierlich, an konkreten Konflikten im Reproduktionssektor orientierten Bürgerinitiativen — deren organisatorische Stabilität mit der Konfliktzunahme und der Bedürfnisentwicklung zunehmen dürfte — sind diese

46 IG Metall (Hg.), Ergebnisse der Vertrauensleutewahlen 1970 und 1979, Frankfurt/M., jeweils o. J.

47 Redaktionskollektiv „Gewerkschaftstage '80“, Zwischen Anpassung und Arbeitskampf. Gewerkschaften am Scheideweg, in: O. Jacobi u. a. (Hg.), Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82, Berlin (West) 1981, S. 90 ff.; G. Weiß, Die ÖTV. Politik und gesellschaftspolitische Konzeptionen der Gewerkschaft ÖTV von 1966 bis 1976, Marburg/L. 1978, S. 38 ff., insb. 43 ff.; K. Koopmann, Gewerkschaftliche Vertrauensleute, München 1981.

48 Vgl. F. Karl, Bürgerinitiativen..., a.a.O., S. 38 ff.

49 IG Metall (Hg.), Ergebnis der Vertrauensleutewahlen 1979, Frankfurt/M., o. J.

in relativ kontinuierliche Interessenvertretungsarbeit integriert. Gerade unter gewerkschaftlichen Funktionsträgern erschöpft sich die Tätigkeit nicht in der betrieblichen Arbeit, sondern bezieht sich auch auf die übergreifenden gesellschaftlichen Probleme. Wie Untersuchungen zeigen, repräsentieren solche Aktivisten besonders akzentuiert gewerkschaftliche Wertorientierungen und sind überdurchschnittlich mobilisierbar.⁵⁰ Ihre Arbeit selbst drückt zugleich das Bedürfnis nach aktiver Mitwirkung, Mitbestimmung und Kontrolle — mithin demokratische Orientierungen — aus. So wären von ihnen 61 Prozent bestimmt bereit zu „spontanen Versammlungen am Arbeitsplatz“ (gegenüber 45 Prozent der Mitglieder). Es verwundert deshalb auch nicht, daß für Gewerkschaftsmitglieder und Jugendliche übereinstimmend progressivere gesellschaftspolitische Einstellungen (gegenüber allen Befragten, ausgenommen den Themenkomplex Kernkraftwerke) festgestellt wurden.⁵¹

3.2 Entwicklung autonomer Handlungsfähigkeit

Zugleich bilden die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte plus Vertrauensleute, Betriebsgruppen und Ortsvereine eine Infrastruktur, die in Konfliktsituationen die Mitgliedschaft und in Streiks häufig auch große Teile der unorganisierten Lohnabhängigen zu mobilisieren vermag. Die Warnstreikaktionen der IG Metall 1981 mit 3 Millionen Teilnehmern, die 7 632 Betriebe in allen Bezirken erfaßten, zeigt das Potential exemplarisch, denn die Legalität dieser Warnstreikaktionen wurde von den Unternehmerverbänden in Frage gestellt, und den Beteiligten wurden die entsprechenden Stundenlöhne vom Gehalt abgezogen.⁵²

In diesen Warnstreikaktionen spielte der organisierende Einfluß der Gewerkschaft zwar eine große Rolle. Gleichwohl setzten sie ein größeres Maß an selbständiger betrieblicher Initiative als ein gewerkschafts offizieller Streik voraus. Nach den spontanen Streiks 1969 und 1973 können die Dimensionen der Warnstreikaktionen 1981 und die Fähigkeit zu einer solchen Gewerkschaftstaktik zugleich als Beleg für die in den 70er Jahren intensivierte gewerkschaftliche Basisverankerung über Betriebsräte und Vertrauenskörper gewertet werden. Dies gilt gleichermaßen für andere Gewerkschaften, die ihre Infrastruktur nach dem Vorbild der IG Metall und der IG Druck und Papier in unterschiedlichem Ausmaß zum Betrieb hin erweitert haben, damit kampffähiger wurden und dies in fast allen Bereichen, mindestens mit größeren Warnstreikaktionen während der Tarifrunden — Anfang der 70er Jahre noch nahezu ein Privileg der IG Metall —, dokumentierten.

50 Vgl. J. Bergmann/W. Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Bd. 2: Gewerkschaftliche Lohnpolitik im Bewußtsein der Funktionäre, Frankfurt/M. 1977; Infas Report. Informationsbedürfnisse..., a.a.O.

51 So die Ergebnisse von Studien des Bundeskanzleramtes, vgl. konkret 4/1982: „Im Kanzleramt liegt ein vertrauliches Papier mit Ergebnissen aus Umfragen zu Reformplänen und politisch kontroversen Themen vor, das belegt, daß Gewerkschafter und Wähler unter 25 Jahren weitgehend übereinstimmende Meinungen teilen“ (S. 11). Interessant in diesem Zusammenhang auch das Ergebnis des Gewerkschaftsbarometers 1981. Während die Gesamtbevölkerung zu 63 Prozent die Gewerkschaften für notwendig hielt, waren es bei Jugendlichen bis 24 Jahren 71 Prozent. Auch bei der Verteilung der Sympathiewerte für die Gewerkschaften rangierte die Gruppe der Jugendlichen gleich hinter den Gewerkschaftsmitgliedern selbst auf Platz 2; in: IWD 16/1982, S. 6.

52 Vgl. Der Gewerkschafter 11/1981, S. 28.

3.3. Zentren und informelle Strukturen

Die Integration der Gewerkschaftsführungen in globale wirtschaftspolitische Strategien des Staates seit Bildung der Konzentrierten Aktion hatte nicht nur zu starken innergewerkschaftlichen Debatten (z. B. IGM-Gewerkschaftstag 1971) bis zum Austritt 1977 geführt, sondern auch zu den zwei spontanen Streikwellen 1969 und 1973, in denen die sozialpartnerschaftliche Lohnpolitik durch eigenständiges Handeln korrigiert wurde. Typisch unter organisationspolitischen Gesichtspunkten war dabei, daß die Streiks jeweils von gewerkschaftlich hochorganisierten Großbetrieben ausgingen, die über Kampferfahrungen verfügten, deren formelle und informelle gewerkschaftliche und betriebliche Führungsgruppen zumeist über klassenorientierte Positionen verfügten und deren Politik sich auf eine starke Legitimation und Mobilisierungsbereitschaft stützen konnte. Erst in einem allgemeinen Streikklima wurden Betriebe peripherer Regionen in solchen Streikwellen mitgerissen. Selbst in den betrieblichen Streiks gegen den CDU/CSU-Versuch, die Bundesregierung zu stürzen, wurde 1972 die relativ konstante Struktur initiiender Betriebe und Belegschaften sichtbar, die quasi als Zentren der Bewegung fungieren. Auch innerhalb der geschlossenen Strukturen des Stahlarbeiterstreiks 1978/79 reproduzierte sich in konkreten politischen Initiativen, in der Intensität der Streikbeteiligung und der Entwicklung kultureller Formen des Streiks die informelle Führungsrolle der Belegschaften und Funktionäre solcher Betriebe und Unternehmen wie Hoesch, Mannesmann, Klöckner.⁵³

Eine besonders zugespitzte Konfliktsituation und die Handlungsbereitschaft und -fähigkeit der jeweiligen gewerkschaftlichen Organisation ließen z. B. die IG Druck und Papier und die IG Metall Baden-Württembergs zu Zentren des Kampfes gegen die Rationalisierungsfolgen 1978, die IG Metall Hamburgs, des Saarlands und des Ruhrgebiets zu Zentren betrieblicher und tariflicher Kämpfe gegen die Arbeitslosigkeit zwischen 1975 und 1979 werden.⁵⁴

Solche im DGB kaum koordinierten informellen Strukturen traten quer zu zentralen sozialpartnerschaftlichen Orientierungen in den DGB-Gewerkschaften in Aktion, wenn diese — zumeist wegen ihrer Integration in staatliche Strategien, ihrer Bindung an die SPD oder wegen ihrer Affinität zu passiven, konservativen Tendenzen in der Organisation und Mitgliedschaft — unbeweglich und starr wurden oder gar Aktionen und Initiativen ausdrücklich blockierten. Dies galt gegen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre vor allem für die Blockierung größerer Widerstandsaktionen gegen den staatlichen Sozialabbau, die gewerkschaftliche Beteiligung an der Friedensbewegung und für die abweisende Haltung gegen die Ökologie-, Alternativ- und Jugendbewegung (Startbahn-West-Initiativen, Hausbesetzerbewegung etc.).

Exemplarisch entwickelte sich in der Friedensbewegung — dies gilt in unterschiedlichen Größenordnungen auch für andere Konfliktfelder wie Berufsverbote oder ökologische Themen — die Beteiligung von Gewerkschaftern oder örtlichen und regionalen

53 Vgl. IMSF, Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt/M. 1969; K. Steinhaus, Streiks..., a.a.O., S. 119 ff.; W. Dzielak u.a., Arbeitskampf um Arbeitsplätze. Der Tarifkonflikt 1978/79 in der Stahlindustrie, Frankfurt/M. 1981, S. 149 ff.

54 Vgl. W. Roßmann, Gewerkschaftliche Streikbewegungen und Handlungsbereitschaft 1978/79, in: K. H. Braun u.a. (Hg.), Kapitalistische Krise. Arbeiterbewußtsein. Persönlichkeitsentwicklung, Köln 1980, S. 150.

Gliederungen über ihre Integration in lokale Friedensinitiativen und Foren oder über ihre Zustimmung und Unterstützung zu Aktionen der Friedensbewegung. Auch hier dominierten einerseits Kräfte mit klassenorientierten Positionen aus den betrieblichen und regionalen Zentren der industriellen Arbeiterklasse (IG Metall, IG Druck und Papier) und andererseits, um Teile der ÖTV, GEW, Gewerkschaft Kunst und HBV gruppiert, Kräfte aus den neuen Sektoren der Arbeiterklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten.

Vor allem über die letztere Gruppe vermittelt, die zusammen mit Jugendlichen aus dem Ausbildungssektor zugleich sozialstrukturell in den Bürgerinitiativen überrepräsentiert ist, entwickelten sich kommunikative und organisatorische Durchdringungsprozesse zwischen Gewerkschaftsbewegung und anderen sozialen Bewegungen. In dieser Konstellation muß man von einem neuen Moment gegenüber der Zusammenarbeit von Außerparlamentarischer Opposition (APO) und Gewerkschaften gegen Ende der 60er Jahre sprechen, die vor allem eine zwischen demokratischer Intellektuellenbewegung und klassenbewußten Teilen der *industriellen* Arbeiterklasse war. Zu dieser Zeit fehlten noch weitgehend die zu großen Teilen durch die Studentenbewegung politisierten neuen, höherqualifizierten Gruppierungen der Lohnabhängigen, die sich entlang ihrer Klassenlage und betrieblicher wie gesellschaftlicher Konflikte gewerkschaftlich orientierten und organisierten und partiell Scharnierfunktionen zwischen beiden Bewegungen ausübten.

Die kommunikativen und organisatorischen Durchdringungsprozesse verlaufen aber auch in umgekehrter Richtung. Repräsentanten dieser neuen Sektoren der Lohnabhängigen unterstützten in den 70er Jahren die sozialen Kämpfe der industriellen Arbeiterklasse in mehrfacher Hinsicht:

— Bei betrieblichen Abwehrkämpfen gegen Arbeitsplatzvernichtung bildeten besonders Vertreter dieser Sektoren (bis hin zu Pfarrern) Bürgerinitiativen zur Unterstützung, die z. T. über die materielle und organisatorische Hilfe hinaus eine dynamisierende politische Komponente in diesen Kämpfen darstellten.⁵⁵

— Sie nutzten ihre spezifischen intellektuellen Fähigkeiten zur Unterstützung der Arbeiterklasse. Dies reichte von der Unterstützung durch Künstler über die Hilfe von Naturwissenschaftlern, Technikern und Medizinern zur kritischen Überprüfung von Arbeitsbedingungen, Rationalisierungsfolgen, kritischen Bilanzanalysen bis hin zur Hilfe bei der Ausarbeitung alternativer Produktionsformen. Diese Hilfen waren z. T. gesamtgesellschaftlich orientiert, vielfach aber auch konkret auf örtliche und betriebliche Konflikte bezogen.

Die gewerkschaftliche Organisation relevanter Minoritäten in den neuen Sektoren ist kein im Alltag routinisierter Vorgang und deshalb für die Beteiligten mit einer intensiveren Auseinandersetzung und Aneignung gewerkschaftlicher Wertorientierungen verbunden. So gehen von diesen Kräften häufig kritische Impulse zur Formulierung klassenorientierter Positionen und zur Aufnahme neuer sozialer Bedürfnisse in die gewerkschaftlichen Aktivitäten aus. Ansatzweise traten regional und betrieblich hochkonzentrierte Bereiche, wie z. B. Stadtverwaltungen in Ballungsgebieten (Ruhrgebiet),

⁵⁵ Vgl. exemplarisch die Initiative „Stahlwerk jetzt“ in Dortmund im Hoesch-Konflikt; dazu: H. Bömer u. a., *Neue Beweglichkeit — Neue Impulse. Betriebs- und Tarifikämpfe 1980/81: Hoesch/Dortmund, Post, Metall, Reihe „Soziale Bewegungen“*, hgg. v. IMSF, Frankfurt/M. 1982, S. 32 ff.

Universitäten, Funkhäuser oder Berufsgruppen wie Lehrer, Kindergärtnerinnen, Wissenschaftler, Sozialarbeiter, als initiiierende Kräfte oder orientierende „Zentren“ hervor. Im Unterschied zu den Zentren innerhalb der industriellen Arbeiterklasse haben sich hier noch keine stabilen Strukturen aufgetan.

Die neuen Wertorientierungen wurden für die aktive Gewerkschaftsmitgliedschaft durch die Wiederbelebung einer eigenständigen Kulturarbeit stabilisiert. Nach der Zerstörung der Arbeiterkultur durch Faschismus und Amerikanisierung und der Degradierung selbst der traditionellen 1.-Mai-Feiern zu geschlossenen Festveranstaltungen brachten auch hier die 70er Jahre eine Trendwende. Der 1. Mai als Kampftag mit Straßendemonstrationen, Kundgebungen und Kulturfesten wurde — in vielen Städten neben dem DGB von autonomen 1.-Mai-Komitees initiiert, die von Gruppen der außerparlamentarischen Opposition, der Gewerkschaftsjugend und einzelnen Gewerkschaftsgliederungen getragen wurden — wieder selbstverständlicher Bestandteil gewerkschaftlicher Arbeit. Die Reaktivierung des Internationalen Frauentags am 8. März und des Internationalen Antikriegstags — ebenfalls zu Beginn von DGB-Führungsorganen blockiert — wurden von aktiven Gewerkschafterinnen der IG Metall und IG Druck und von der Gewerkschaftsjugend betrieben.

Der Aufbau von Kulturarbeitskreisen, Song-, Theater-, Kabarett-, Film- und Videogruppen sowie Gewerkschaftschören verdreifachte sich nach DGB-Angaben im Vergleich der Zeiträume 1973 bis 1975 und 1976 bis 1979.⁵⁶

Die Ausbildung einer autonomen Identität als Arbeiterbewegung förderte die spätestens seit Mitte der 70er Jahre expandierende Geschichtsaufarbeitung, -aneignung und -diskussion in den Gewerkschaften, die sich zunehmend der örtlichen und regionalen Geschichte zuwandte und zum Teil von Gewerkschaftern selbst mitgetragen wurde. Identität, Kontinuität und Zusammenhang der Gewerkschaftsbewegung stellen auch die nahezu selbstverständlich gewordenen Dokumentationen, Fotoausstellungen, Filme und Analysen über aktuelle zentrale wie örtliche und betriebliche Aktionen und soziale Kämpfe her, die von den Gewerkschaften — oft auch den einzelnen Verwaltungsstellen in Zusammenarbeit mit entsprechenden Wissenschaftlern und Kulturarbeitern — herausgegeben werden.

Viele Impulse der demokratischen und alternativen Kulturarbeit — von Kulturveranstaltungen, phantasievollen Aktionsformen, Ausstellungen, Filmarbeit bis hin zu alternativen kommunalen Medien — drangen sukzessive in die Gewerkschaftsarbeit ein und zeigen keimhaft die Konturen einer neuen Kultur der Lohnabhängigen, die Momente der alten Arbeiterkultur in sich aufnimmt. Sie dringen aber erst äußerst sporadisch strukturierend in das Alltagsleben der Lohnabhängigen ein.

3.4 Bedürfnisse nach innergewerkschaftlicher Demokratie

In der gewerkschaftlichen Organisation selbst gehen kritische Impulse zur deutlicheren Formulierung klassenautonom, aktionsbezogener Positionen wie zur Aufnahme und Durchsetzung neuer sozialer Bedürfnisse und Interessen von den beiden skizzierten Gruppierungen aus: von den konflikt- und kampferfahrenen, selbstbewußten und

⁵⁶ Von 223 DGB-Kreisen füllten 179 den Fragebogen aus. 127 DGB-Kreise meldeten kulturelle Aktivitäten. Insgesamt gibt es z.Z. 117 gewerkschaftliche Kulturgruppen im DGB (Die Neue, 12. 8. 1980).

klassenorientierten Teilen der industriellen Arbeiterklasse in einigen betrieblichen und regionalen Zentren der Arbeiterklasse sowie von den gewerkschaftlich organisierten Teilen höherqualifizierter Lohnabhängigengruppen.

Insgesamt gilt für die gegen Ende der 60er Jahre aktiv gewordene und langsam dominierend werdende Generation von Gewerkschaftern, daß mit der Verlagerung der politischen Sozialisation in die „sekundäre und tertiäre Erziehungsphase“ (Schule, Arbeitsplatz, Massenmedien) ihr „Verhältnis zur Gewerkschaft“ als der eigenen Organisation zunehmend weniger emotional geprägt ist. „Loyalität“, so die Ergebnisse einer Studie des SOFI, „ist nicht mehr selbstverständlich; der Konsens ist stärker auf explizit politische Positionen begründet; ... Entscheidungen der Gewerkschaftsorganisationen, ihrer Gremien und Vertreter, wird nicht mehr vorbehaltlos vertraut und zugestimmt...“. Gewerkschaftspolitik könne nurmehr begrenzt auf einen „Vertrauensbonus“ setzen.⁵⁷

Neben der praktischen Kritik gewerkschaftlicher Politik in spontanen Streiks und dem Engagement in nur partiell tolerierten Initiativen außerhalb der Gewerkschaften äußerte sich das Bedürfnis nach Mitbestimmung und Demokratisierung auch gegenüber den zu zentralisierten und komplexen Massenorganisationen gewordenen Gewerkschaften. Kristallisationspunkt der Forderungen nach mehr innergewerkschaftlicher Demokratie wurde die Einbeziehung der Mitglieder in die Aufstellung der Forderungen und den Ablauf der Tarifrunden. Am Anfang der 70er Jahre war die Aufstellung der Tarifforderungen von großen betrieblichen Diskussionen begleitet, die in betrieblichen, örtlichen und regionalen Forderungen und Forderungskomplexen zusammengefaßt wurden. Im Ergebnis dieser Diskussions- und Partizipationswelle bis 1974/75 wurden auf den Gewerkschaftstagen vielfach Richtlinien zum Tarifprozeß verabschiedet, die mehr Transparenz und eine effektivere Mitgliederbeteiligung ermöglichen sollten.

Weitere Kristallisationspunkte wurden die Stellung der hauptamtlichen Funktionäre (Wahl- oder Angestelltenfunktion), der Status der basisnahen Vertrauensleute in der Gesamtorganisation, die Bestellungsverfahren und Kompetenzen der Tarifkommissionen und der Vorstände sowie die direkten und indirekten Machtkompetenzen der Vorstände auf Gewerkschaftstagen, die auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall 1977 kritisiert wurden und zur Änderung der Geschäftsordnung führten. Der Ablauf der Antragsberatungen wurde zugunsten kritischer Abänderungsanträge erleichtert und damit demokratisiert. *

Die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von innergewerkschaftlicher Demokratie und Zentralisierung durchzogen die 70er Jahre. An einer ungestörten Verfolgung ihrer selektiven korporativen Strategien interessierte sozialpartnerschaftliche Kräfte sperrten sich gegen eine intensivere politische Koordinierung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Gleichzeitig drängten sie zum Teil auf die Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen in anderen Fragen, um kritische und klassenorientierte Impulse der Gewerkschaftsbasis besser kontrollieren und beherrschen zu können. Solche „Zentralisierung“ wurde von den klassenautonomen Kräften, die für eine stärkere politische Koordinierung eintraten, abgelehnt. Sie engagierten sich gleichzeitig für die Stärkung der autonomen Kompetenzen gewerkschaftlicher Basisorgane. Klassenorientierte Kräfte aus den neuen Sektoren der Lohnabhängigen hingegen lehnten vielfach von basissyn-

57 M. Schumann, Entwicklungen des Arbeiterbewußtseins, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1979, S. 157.

dikalistischen Positionen aus „politische“ Zentralisierungselemente generell ab. So entstanden in Abstimmungen um vordergründig formale Satzungs- und Kompetenzregelungen vielfach quer zu den politischen Fronten verlaufende Diskussions- und Abstimmungsprozesse.

Das soziale Bedürfnis des neuen Typus gewerkschaftlicher Aktivisten nach Persönlichkeitsentfaltung auch innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation, nach transparenten und demokratischen Strukturen hat deutliche Konturen angenommen. Der Neue-Heimat-Skandal, der über den unmittelbaren Anlaß hinaus offenbarte, wieweit sich eine Bürokratie durch Einkommen, Lebensweise und -milieu von ihrer Basis entfernen kann, belebte die Diskussion um innergewerkschaftliche Reformen zusätzlich.

4. Brüche, Probleme und Politikbedarf

Die Ausbildung neuer Momente in der gewerkschaftlichen Politik wurde global betrachtet, um ihr Gesamtpotential zu erfassen. Zwei wichtige Tendenzen sind zu resümieren: In relevanten Teilen der industriellen Arbeiterklasse wie auch in den neuen Sektoren der Lohnabhängigen hat sich in den 70er Jahren eine *gewerkschaftliche Wertorientierung* ausgeweitet und vertieft. Sie war teilweise mit der Ausprägung neuer sozialer Bedürfnisse sowie der Verbreitung *demokratischer Wertorientierungen* verbunden.

Ein realistisches Bild gewerkschaftlicher Wirklichkeit erfordert indes gleichzeitig die *Relativierung* dieser neuen Momente vor dem Hintergrund der *Gesamtentwicklung* der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften wie die Einbeziehung der *Brüche* in diesem Entwicklungsprozeß:

Die Reaktivierung klassenorientierter autonomer Positionen und die Aufnahme neuer sozialer Bedürfnisse konnten sich nur in einigen Sektoren als Mehrheitsposition etablieren (Einzelgewerkschaften, regionale Gliederungen, Großbetriebe). Sie verblieben insgesamt gegenüber den traditionellen Inhalten und Politikformen der sozialpartnerschaftlich-kooperativen Strömung in einer Minderheitsposition.

Die neuen sozialen Bedürfnisse wurden zumeist außerhalb der Gewerkschaften in verschiedenen sozialen Bewegungen, z. T. in Distanz, z. T. sogar in politischer und organisatorischer Konkurrenz zu den Gewerkschaften, in klassenindifferenten reformerischen Konzeptionen formuliert. Da sich ihre Kritik auch auf klassenautonome Positionen richtete und klassenorientierte Gewerkschafter ihrerseits mit einer mangelnden Sensibilität für solche neuen sozialen Bedürfnisse reagierten, wurden gegenseitige Lernprozesse blockiert und zeitweilig eine Kooperation bei der Entwicklung und Durchsetzung klassenautonomer Positionen gegenüber der dominierenden sozialpartnerschaftlichen Strömung erschwert.

Mit der ökonomischen Krise 1974/75, der anhaltend depressiven Entwicklung, der „Modernisierungs“-strategie des bundesdeutschen Finanzkapitals und ihren sozialökonomischen Konsequenzen und vor allem mit der strukturellen Massenarbeitslosigkeit aktualisierten sich in der Arbeiterklasse angesichts ihrer unterschiedlichen Krisenbetroffenheit die Konkurrenz-, Segmentierungs- und Fraktionierungsprozesse. Erfolgreich wurde daran gegen Ende der 70er Jahre von sozialdemokratischer Seite angeknüpft. Einerseits wurde mit Verweis auf die günstige bundesdeutsche Weltmarktstellung ein neuer nationaler Basiskonsens entworfen (Modell Deutschland),⁵⁸ andererseits wurden wichtige Fraktionen der Arbeiterklasse in selektive korporative Strategien der

Interessenvertretung einbezogen. Gleichzeitig konnten in dem Maße, wie die Krisenentwicklung die materiellen und politischen Ressourcen dieser sozialdemokratischen Strategie verringerte, konservative Politikstrategien seit 1974/75 erfolgreich nationalistische und antigewerkschaftliche Vorurteile sowie reaktionäre Züge antibürokratischer Stimmungen in den weniger qualifizierten und von der Krise stärker betroffenen lohnabhängigen Schichten (in häufig strukturschwachen ländlichen Gegenden, bei stärkerer Konkurrenz mit Ausländern um Arbeitsplätze) aktivieren sowie ständische Interessenstrukturen und Bewußtseinsformen und die Vergesellschaftungsängste qualifizierter und sozial besser abgesicherter Angestellten- und Beamtengruppen mobilisieren.⁵⁹

Wie 1969 die Septemberstreiks, so ermöglichte auch 1978/79 die massive Welle gewerkschaftlicher Kämpfe und die breite öffentliche Thematisierung sozialer Probleme (Rationalisierung, neue Technik, Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung) zeitweilig eine Trendwende im politischen Klima und in den politischen Kräfteverhältnissen innerhalb der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften und partiell der Gesamtgesellschaft. Doch die Konstituierung einer einheitlichen kollektiven Gegenstrategie, die neue soziale Bedürfnisse klassenbezogen aufgreift, wurde durch den temporär und partiell bleibenden Charakter der einzelnen Kämpfe und Konflikte erschwert. Die alternativen Strategieansätze blieben zersplittert. Die spontanen Streiks 1973 und der Stahlarbeiterstreik 1978/79 wurden z. T. sozialpsychologisch als Niederlagen verarbeitet und waren von Resignationstendenzen bei gewerkschaftlichen Aktivisten begleitet.⁶⁰

Die betriebliche politische Repression gegen klassenorientierte Kräfte nach den Streiks 1973 — Entlassungen von Streikführern und massenhafte Nichtübernahme von Jugendvertretern —, die Berufsverbotepraxis im öffentlichen Dienst seit 1972 und die Arbeitslosigkeit verstärkten solche Resignationstendenzen und unterbrachen jeweils zeitweilig (1974—76; nach 1979) die Ausbildung der neuen Momente gewerkschaftlicher Politik.

Administrative, organisatorische und ideologische Gegenstrategien der sozialpartnerschaftlichen Kräfte in den Gewerkschaften blockierten den Formierungsprozeß klassenautonomer Positionen zusätzlich, u. a. durch die Personalpolitik, Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Verhaltensrichtlinien für Funktionäre sowie durch die innergewerkschaftliche Aufnahme der von den Kapitalverbänden lancierten Vorwürfe „kommunistischer Unterwanderung“.

Trotz der sozialpartnerschaftlichen Hegemonie innerhalb der Arbeiterbewegung und der restaurativen und konservativen Brüche verbleibt eine — im Vergleich zur relativ homogenen restaurativen Rechtsentwicklung der Arbeiterbewegung im Klima des Kalten Kriegs und der ökonomischen Prosperität — widersprüchliche, offene, mehrere Entwicklungsvarianten ermöglichende Situation. Die skizzierte Substanz der gewerk-

58 Vgl. dazu die zahlreichen Beiträge zur „Korporatismus“-Diskussion, zur Problematik der Interessenfraktionierung und der Arbeitsmarktsegmentierung 1980/81 in den Zeitschriften „Soziale Welt“, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, „Prokla“ und „Leviathan“ u. a. von C. Offe, J. Hoffmann, J. Esser, W. Streeck, W. Zielak, Ch. Deutschmann, J. Bischoff.

59 Vgl. F. Deppe/W. Roßmann, „Gewerkschaftspluralismus“ und „repressive Integration“, in: F. Deppe u. a., Strauß und die Gewerkschaften, Köln 1980, S. 32—86.

60 Vgl. Revier-Redaktion, Streikwinter. Der Stahlarbeiterstreik NRW 1978/79. Eine Dokumentation, Duisburg 1979; Betriebsarbeit und/oder anders leben. Ein Gespräch zwischen Kollegen aus fünf Betrieben, in: O. Jacobi u. a. (Hg.), Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1981/82, a.a.O., S. 109 ff.

schaftspolitisch *aktiven* Mitgliedschaft, gerade in den jüngeren Generationen der Arbeiterklasse und unter ihren neuen Sektoren, wie die Resonanz gewerkschaftlicher und demokratischer Wertorientierungen unter allen Lohnabhängigen konnten sich bislang nur unzureichend entfalten. Es fehlte an gewerkschaftlicher Führungstätigkeit im Sinne einer verallgemeinernden und politischen Zusammenfassung und Orientierung durch die *Organisation*. Dies wurde nur gelegentlich und in Teilsektoren ausgeglichen durch die mehr informelle politische Führungstätigkeit von betrieblichen, regionalen oder einzelgewerkschaftlichen Zentren, die exemplarisch in bestimmten Problembereichen gewerkschaftliches Gegenmachtpotential aktivierten und ausschöpften. Hier liegt im übrigen die Quelle zahlreicher in der Öffentlichkeit personalisierend als Machtkonflikte abgetaner Auseinandersetzungen um die gewerkschaftliche Führungsarbeit.

Entwürfe für klassenautonome Strategien in nahezu allen gewerkschaftlichen Handlungskomplexen und für eine entsprechende politische Führungsarbeit liegen in vielfältiger Form im DGB und zahlreichen Einzelgewerkschaften vor und sind z. T. programmatisch verankert. Sie würden auf eine in den siebziger Jahren ausgeweitete betriebliche Basis (Vertrauenskörper, Betriebsräte, -gruppen) treffen, die reale Arbeitskämpferfahrungen akkumuliert hat, den begrenzten Stellenwert nur betrieblicher und lokaler Gegenmachtentfaltung angesichts der gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisse kennt und deshalb solidarische, kollektive, gesellschaftliche Gegenmacht bildende Politikstrategien von den gewerkschaftlichen Entscheidungsorganen erwartet.

Sie treffen auf mindestens vier Problemkomplexe, die Kristallisationspunkte unterschiedlicher Strategien in einem nächsten Kampfzyklus sein werden und die als Anforderungen gleichzeitig realisiert werden müssen, wenn gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit, Loyalität, Führungsfähigkeit und Gegenmacht erhalten bleiben sollen.

1. In zahlreichen gesellschaftlichen Widerspruchskomplexen des SMK-Systems (Lohn/Verteilung; Arbeitslosigkeit; Mitbestimmung; Wirtschaftspolitik; soziale Sicherung; Rüstung; Ökologie; gesellschaftliche Reproduktion) haben sich auf die antagonistischen Interessen zwischen Kapital und Arbeit in deutlicheren Konflikten und sozialen Kämpfen ausgedrückt. Die zentralisierte politische Durchsetzung der finanzkapitalistischen Strategien durch den Staatsapparat, die politischen Parteien, Unternehmensverbände und Großkonzerne, die in vielen Gesellschaftsfaktoren erfahrbar wurden, stellt tendenziell auch relative Erfolge sozialpartnerschaftlicher Politik der Gewerkschaften in Frage. Neben ihr wächst deshalb – trotz zahlloser Blockierungs- und Verdrängungsversuche – die Offenheit für eine klassenautonome, koordinierte Führungsarbeit, die auf solidarische, kollektive Massenaktionen orientiert.

2. Eine klassenautonome Politik kann gegenwärtig *nicht allein* im Rückgriff auf klassische Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung (Recht auf Arbeit, Arbeitszeitverkürzung, Lohnpolitik, Mitbestimmung, Nationalisierung) entwickelt werden. Sie muß die heterogene Vielfalt der Problembereiche aufnehmen, gleichwohl Schwerpunkte setzen und die Prioritäten wie die Struktur der Forderungen so gestalten, daß auch die neuen sozialen Bedürfnisse in ihnen zur Geltung kommen. Die Diskussion darüber steht in den Gewerkschaften wie in der sozialistischen Arbeiterbewegung noch am Anfang.

3. Die neuen sozialen Bedürfnisse müssen auch in der Organisation der gewerkschaftspolitischen Alltagspraxis zum Tragen kommen. Die gleichberechtigte Integration von Frauen und Ausländern, transparente und kommunikative Strukturen, die ei-

ne aktive Beteiligung erlauben, die Entfaltung kultureller Aktivitäten erfordern eine bewußte Organisation der Alltagspraxis, in der sich die individuellen und kollektiven Bedürfnisse nach Persönlichkeitsentfaltung, Formung solidarischer Beziehungen, Selbstbetätigung im Kontrast zu den unterdrückenden, entfremdenden und ausbeutenden kapitalistischen Alltagsstrukturen entwickeln können. Dies schließt innergewerkschaftliche Demokratie ein sowie die Kritik an Tendenzen zu selektiver Interessenvertretung, zur Unterrepräsentation einzelner Gruppen, an der Bürokratisierung, Formalisierung und Ritualisierung gewerkschaftlicher Alltagsarbeit.

4. Gewerkschaftliche Führungsarbeit muß dem Niveau der Anforderungen gerecht werden, das ein neuer sozialpsychologischer Typus von Lohnabhängigen in den 70er Jahren in die Gewerkschaftsbewegung eingebracht hat. Mit einer höheren Allgemeinbildung und Qualifikation versehen und durch Verhaltensweisen aus vorwiegend nicht-industriellen Arbeitsbereichen geprägt, ist er in überdurchschnittlichem Maße Träger neuer sozialer Bedürfnisse. Seine minoritäre Position als Gewerkschaftsmitglied in seinem Arbeitsbereich (wie auch in den meisten Einzelgewerkschaften) wird durch überdurchschnittliche Aktivität und gewerkschaftspolitische Konsequenz und Radikalität ausgeglichen. So bilden jüngere Teile der Lohnabhängigen, Frauen und Angestellte nicht allein das wichtigste organisationspolitische Wachstumspotential für die DGB-Gewerkschaften, sondern sie können über ihre gleichzeitig überdurchschnittliche Repräsentanz in Bürgerinitiativen, Elterninitiativen und vielen anderen sozialen Bewegungen eine wichtige Scharnierfunktion zwischen den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen erfüllen. Das setzt die Durchsetzung einer gewerkschaftspolitischen Linie voraus, die diese Gruppen innerhalb der Organisation nicht aufgrund ihrer kritischeren Haltung zu vielen Problemen blockiert oder ausgrenzt (z. B. bei innergewerkschaftlichen Konflikten oder Betriebsratswahlen) und darüber hinaus — wo möglich und sinnvoll — eine offene und solidarische Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen und Initiativen, die lokal und regional häufig eine mobilisierende Rolle spielen, fördert. Dies um so mehr, als sich langsam auch das sozialpsychologische Profil der aktiven gewerkschaftlichen Kerne in den Sektoren der industriellen Arbeiterklasse in dieser Richtung entwickelt, wie eine sorgfältige Auswertung z. B. der Betriebsratswahlen zeigen würde.

Wandel des Wertsystems?

Johannes Henrich von Heiseler

1. Eine „stille Revolution“? — 2. Autonomie und Kontrolle — 3. Geschlecht und Gleichheit

1. Eine „stille Revolution“?

Vom Wandel des Wertsystems, gar von seiner „Revolution“, wird heute in den Sozialwissenschaften viel gesprochen. Ausgangspunkt dieser Diskussion war ein vor über zehn Jahren erschienener Aufsatz von *Ronald Inglehart*. *Inglehart* wiederholte die Hauptgedanken in weiteren Veröffentlichungen, denen er empirisches Material beifügte¹, das seine Thesen zu stützen schien. *Inglehart* setzt eine Hierarchie der Werte und Bedürfnisse voraus. Eine weitgehende Befriedigung der Bedürfnisse erster Ordnung, denen die „materialistischen“ Werte entsprechen, führe zur Herausbildung von Bedürfnissen höherer Ordnung, von „postmaterialistischen“ Werten. Ein deutlicher Schub in der Richtung auf „postmaterialistische“ Werte sei besonders in den Altersgruppen zu vermuten, die das Elend und die Unsicherheit von Krieg, Faschismus und Nachkriegszeit nicht mehr erlebt hätten, die in der Umgebung einer relativen Sicherheit und Sattheit aufwachsen konnten.

Die wichtigsten Einwände sind schnell formuliert. Fragwürdig ist schon die Hierarchisierung von Bedürfnissen nach dem Schema von *Inglehart*. Als „postmaterialistisch“ bezeichnet er Bestrebungen, die sich auf so verschiedene (und zweifellos zum Teil mit materiellen Interessen zusammenhängende) Gegenstände wie die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und die „schöne Natur“ richten. Als „materialistisch“ faßt er so verschiedene Dinge wie den Kampf gegen steigende Preise, aber auch das Interesse an „starken Verteidigungskräften“ und der „öffentlichen Ordnung“ (im Imperialismus!) zusammen. Eine hierarchische Anordnung von Werten ist auch grundsätzlich deswegen fragwürdig, weil damit leicht eine Rangordnung, die sich unter besonderen gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen herausgebildet hat (und zu erklären wäre), unter der Hand als „natürlich“, als etwas, das gar nicht anders sein kann, erscheint. Die Historisierung, die *Inglehart* durch seine Betonung des Wandels von Werten beabsichtigt, wird durch die von ihm unterstellte Hierarchie der Werte gleichsam wieder zurückgenommen.

Dennoch muß man sagen, daß die von *Inglehart* ausgelöste Diskussion Fragen in der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaft erkennbar machte, die zuvor außerhalb des Be-

1 Ronald Inglehart: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Society. In: *American Political Science Review* LXV (1971), S. 991 ff. Ronald Inglehart: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton 1977. Ronald Inglehart: Socio-economic Change and Human Value Priorities. In: Samuel H. Barnes, Max Kaase and Assoc.: *Political Action — Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverley Hills 1979. Ronald Inglehart: Wertewandel in den westlichen Gesellschaften: Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten. In: Helmut Klages, Peter Kmiecik (Hrsg.): *Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel*. Frankfurt, New York 1979.

reichs lagen, in dem nachgedacht wurde. Besonders der Einfluß der amerikanischen Soziologie hatte zu einer Enthistorisierung soziologischen Denkens geführt. Die idealistischen Tendenzen der zugrunde liegenden Philosophie im Verein mit der Neigung zu statischen Auffassungen hatten es kaum erlaubt, die Frage nach Bedingungen und Formen des Wandels von gesellschaftlich verbreiteten Werten zu stellen. Auch die politische Furcht der herrschenden Klasse vor nachhaltigen Veränderungen trug kaum dazu bei, daß Fragen des Wertwandels aufmerksam begegnet wurde. *Inglehart* kommt insofern, trotz aller grundsätzlichen Einwände gegen seine Thesen, das Verdienst zu, im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften einen neuen Blickwinkel ermöglicht zu haben.

Die Veränderung des Blickwinkels erlaubte es, eine Fülle empirischer Daten zu erheben bzw. schon vorher erhobene unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten.² Aus den Daten ergab sich, daß sich in der Bundesrepublik in den sechziger und siebziger Jahren in vielen Bereichen tatsächlich ein deutlicher Wandel in den gesellschaftlich verbreiteten Wertvorstellungen vollzogen hatte. An dem Tatbestand gibt es keine Zweifel. Strittig sind aber sowohl die theoretischen Erklärungen der empirisch zu beobachtenden Veränderungen wie die konkrete Gestalt der Wandlungen, um die es geht. Zu den bekanntesten Theorien, die die Veränderungen im Wertesystem erklären sollen, gehört neben der Post-Materialismus-These von *Inglehart* die Proletarisierungstheorie von *Elisabeth Noelle-Neumann*.³ Frau *Noelle-Neumann* unterstellt, daß sich tendenziell die materielle Lage aller Klassen und Schichten in der BRD einer bürgerlichen Soziallage näherte. Diese Tendenz habe jedoch nicht zu einer ideellen Anpassung an bürgerliche Wertvorstellungen geführt. Im Gegenteil, die vorher auch bei den Arbeitern dominierenden bürgerlichen Wertvorstellungen würden nun mehr und mehr dort wie auch bei bürgerlichen Gruppen von typisch proletarischen Werten abgelöst. Die materielle Verbürgerlichung werde durch eine ideelle Proletarisierung ergänzt.

Die grundlegenden Fehler sowohl der *Inglehartschen* wie der *Noelle-Neumannschen* Erklärung des Wertwandels lassen sich nicht in erster Linie durch empirische Befunde, die diesen Theorien widersprechen, aufzeigen. Eine Kritik dieser Positionen erfordert vielmehr den Bezug auf wesentliche materielle Züge und Prozesse im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Wir fassen Bedürfnisse als die historisch-konkreten Formen des Bestrebens, sich die Bedingungen der eigenen Existenz zu unterwerfen und sie sich anzueignen. In einer antagonistischen Klassengesellschaft bilden sich kennzeichnende und zum Teil notwendigerweise nicht nur unterschiedene, sondern auch gegensätzliche Bedürfnislagen für die großen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere ihre Klassen und Schichten sowie deren Hauptgruppen, heraus. Diese kennzeichnenden Bedürfnislagen werden letzten Endes wesentlich durch das Verhältnis zu den Produktionsmitteln bestimmt. Sie sind innerhalb einer Formation und auch innerhalb eines Abschnittes einer Formation manchmal tiefgreifenden Wandlungen unterworfen.

2 Vor allem: Elisabeth Noelle-Neumann u. a.: Eine Generation später. Bundesrepublik Deutschland 1952—1979. Eine Allensbacher Langzeit-Studie. Allensbach 1981. Peter Kmieciak: Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland. Göttingen 1976. Der oben erwähnte Sammelband von Klages und Kmieciak enthält viele weitere Literaturhinweise.

3 Elisabeth Noelle-Neumann: Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft. Zürich und Osnabrück 1978/1979.

Die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse und die gesellschaftlichen Bedürfnislagen prägen sich in Verhaltensgemeinschaften aus. Solange solche Gemeinschaften von einer gewissen zwingenden Kraft sind, aber nicht selbst ins Bewußtsein der Handelnden treten, gehören sie zwar zu dem für die jeweilige Gruppe gültigen normativen System, aber man kann noch nicht im eigentlichen Sinne von Werten sprechen. Erst die bewußte Identifizierung mit einigen solcher Bedürfnisse, ihre ideelle Verallgemeinerung durch die Subjekte, führt zur Bildung von „Werten“. Werte können selbst in hohem Maße handlungsleitend wirken. Wir interessieren uns *aus Gründen der Theorie und der Praxis* gerade deshalb für die Veränderungen von Werten, weil sich hier etwas verändert, was zugleich *in höchstem Maße subjektiv* und *in hohem Maße handlungsleitend* ist.

2. Autonomie und Kontrolle

Unter den vielen empirisch feststellbaren Veränderungen im Wertesystem zwischen den fünfziger und den achtziger Jahren in der Bundesrepublik sollen einige nun betrachtet werden. Unter den Erziehungszielen, die für besonders wichtig gehalten werden, haben einige in der Zeit von 1958 bis 1979 einen starken Wandel in ihrer Bewertung erlebt.⁴ Eine gegenläufige Bewegung nahmen dabei die Ziele „eigene Urteilsfähigkeit“ und „Ordnung und Disziplin“. Während die Gruppe, die die eigene Urteilsfähigkeit für ein besonders vorrangiges Ziel der Erziehung hielt, vom Ende der fünfziger bis zum Ende der siebziger Jahre deutlich zunahm (von etwas über dreißig auf etwas über vierzig Prozent), nahm die Gruppe, die Ordnung und Disziplin für vorrangig zu vermittelnd hielt, im gleichen Zeitraum von etwa sechzig auf etwa dreißig Prozent ab. Diese Veränderungen betreffen auch die Arbeiterklasse. Man muß allerdings feststellen, daß sie bei den Obergruppen der Arbeiterklasse, bei den Arbeiterklassengruppen der Angestellten und Beamten, deutlich rascher und früher vor sich gegangen sind als bei den ungelernten Arbeitern. Die Facharbeiter liegen zwischen diesen beiden Gruppen.

Die Daten weisen darauf hin, daß diese Veränderung in der Einschätzung von Erziehungszielen von Gruppen der Intelligenz und der lohnabhängigen Mittelschichten ausgegangen ist und zunächst benachbarte und dann im weiteren Verlauf die entfernteren Gruppen der Arbeiterklasse erfaßt hat.

Auch wenn sich diese Werte zunächst in Gruppen sozialer Nachbarn der Arbeiterklasse verändert haben, so muß doch eine objektive Ursache für diese Wandlungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse selbst auffindbar sein. Denn daß sich diese Bewegungen (mit einer gewissen zeitlichen Verspätung und Verschiebung) auf die Arbeiterklasse ausdehnen, in ihr keineswegs nur Randgruppen ergreifen, steht außer Zweifel.

Die starke Zunahme der positiven Bewertung der eigenen Urteilsfähigkeit und die starke Abnahme der positiven Bewertung von Ordnung und Disziplin als vorrangiges Erziehungsziel widerspricht den früher geäußerten Vorstellungen über den angeblich

⁴ Studie „Bildungserwartungen und Wissensinteresse“ (Soziologisches Seminar der Universität Göttingen 1958), z. T. veröffentlicht in: Willy Strzelewicz, Hans-Dietrich Raapke, Wolfgang Schulenberg: *Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein. Eine mehrstufige soziologische Untersuchung in Westdeutschland*. Stuttgart 1966. Studie „Bildungsbewußtsein und Lebensplanung“ von Heiner Meulemann (Zentralarchiv für empirische Sozialforschung der Universität zu Köln 1979). Die Studien liegen im Zentralarchiv vor.

dominant werdenden Typ des „außengeleiteten Menschen“.⁵ Von größeren Gruppen als vor zwanzig Jahren werden heute in der Bundesrepublik und auch in ihrer Arbeiterklasse die Fähigkeiten zur relativ autonomen Verarbeitung von Problemen höher bewertet.

Die Grundlagen dieser Veränderungen liegen in der Entwicklung der modernen Produktivkräfte. Einfache Kooperation, Manufaktur, aber auch die ersten Phasen der Anwendung von großer Maschinerie haben, bei allen Unterschieden, gewisse gemeinsame Züge, was die Form der Leitung des Arbeitsprozesses angeht. Der despotische Charakter der Leitung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses wird wesentlich dadurch bestimmt, daß gesellschaftlicher Arbeitsprozeß im Kapitalismus immer zugleich Verwertungsprozeß des Kapitals ist, Organisation der Kooperation der Arbeitenden daher unter diesen Verhältnissen zugleich Unterwerfung der Arbeitenden unter die Bedürfnisse des Profitsystems. Aber der despotische Charakter der Leitung des Arbeitsprozesses findet in diesen Phasen auch eine Stütze an der technischen Gestalt des Arbeitsprozesses. Zunächst ist die Teilung der Arbeit noch subjektiv, erst im Laufe der weiteren technischen Entwicklung wird der Arbeitsprozeß in seine objektiven Teilprozesse zerlegt, erst im Zuge weiterer Entwicklungen bilden sich neue Formen von kooperativen Zusammenhängen zwischen dem gleichen Kapital unterworfenen Lohnarbeitern heraus.

Diese neuen Formen kooperativer Zusammenhänge sind aber nun nicht mehr einfach subjektiv, durch den Plan des Kapitals bedingt. Ihre Struktur gerät immer wieder in Widerspruch mit der Struktur des Verwertungsprozesses. Die neuen Produktivkräfte, das technische System der Arbeitsmittel und Maschinen, aber auch die optimale Anwendung der vielseitigen Kenntnisse der modernen Lohnarbeiter verlangen häufig, daß dem Lohnarbeiter die konkrete Art seiner Arbeitsleistung nicht bis ins Detail der Ausführung vorgeschrieben wird. Der moderne Produktionsprozeß *als Arbeitsprozeß* verlangt eine relativ selbständige Umsetzung der Arbeitserfordernisse. Die gegenläufige Tendenz ergibt sich daraus, daß das Kapital den gleichen Produktionsprozeß immer wieder in die *als Verwertungsprozeß* günstigste Gestalt zu zwingen sucht.

Die Tendenzen zur lückenlosen Erfassung der Arbeitstätigkeiten, um sie besser zu überwachen und im kapitalistischen Sinne zu rationalisieren, sprechen eine deutliche Sprache.

Die Anforderungen, die sich aus dem Arbeitsprozeß ergeben, weisen darauf hin, daß die Produktivkräfte hier in einzelnen Punkten schon sehr viel weiter fortgeschritten sind als die Produktionsverhältnisse, in denen sie sich bewegen. Es sind dann unter unseren Verhältnissen die Lohnarbeiter, die diesem gesellschaftlichen Widerspruch dadurch in ihrer Tätigkeit entsprechen müssen, daß sie gegensätzlichen Arten von Anforderungen zu genügen haben. Vom Kapital ausgebeutet und zugleich als Lückenbüsser der diesem Stadium der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus entspringenden Widersprüche benutzt, werden von ihnen „soziale Tugenden“ unterschiedlicher Art verlangt. Die Tendenz einer niedrigeren Bewertung einer Erziehung zu Ordnung und Disziplin und höherer Bewertung einer Erziehung zu eigener Urteilsfähigkeit zeigt, daß es hier die veränderten Anforderungen der modernen Produktivkräfte

5 David Riesmann, Reuel Denney, Nathan Glazer: *The Lonely Crowd*. New York 1950. Deutsch: *Die einsame Masse*. Reinbek 1958. Vor allem konservative Soziologen rezipierten die hier geäußerten Thesen auch für die Bundesrepublik.

sind, die zunehmend stärker verinnerlicht werden, während die Anforderungen des Verwertungsprozesses an die Objekte der Ausbeutung im Wertesystem an Gewicht verloren haben. Wirkungen dieses Umwertungsprozesses reichen unter Umständen weit über den Produktionsbereich selbst hinaus. Es läßt sich hier an die unterschiedlichen Vorstellungen von persönlicher Autonomie denken, die insbesondere im Potential der Protestbewegungen eine Rolle spielen und in unterschiedliche ideologische Zusammenhänge gestellt werden.

Als Anspruch auf Einfluß bei wichtigen politischen Entscheidungen werden solche Tendenzen weit über den Produktionsbereich hinaus bedeutsam. Als „Mitsprache“-Ansprüche formuliert sind sie in vergleichbaren Umfragen erhoben worden.⁶ Die Zunahme der Befragten, die solche Ansprüche auf „Mitsprache bei wichtigen Regierungsentscheidungen“ für ein wichtiges politisches Ziel hielten, von 1970 bis 1980 um fünf Prozent auf etwa ein Drittel der Befragten ist zwar nicht sehr stark, aber eindeutig. Dabei zeigt sich, daß die jüngeren diese Forderung sehr viel stärker unterstützen als die Älteren. Vergleicht man die vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs Geborenen mit den nach Kriegsende Geborenen, so halten letztere diese Forderung um zehn Prozent häufiger für ein wichtiges politisches Ziel als erstere. Die Angehörigen der Intelligenz und der lohnabhängigen Mittelschichten haben diese Bewegung schon tiefer und schneller vollzogen als Arbeiter; aber bei den Arbeitern und (etwas stärker) den Arbeiterklassengruppen der Angestellten und Beamten läßt sich die gleiche Tendenz feststellen.

Der objektive Prozeß der Vergesellschaftung führt unter kapitalistischen Verhältnissen zur Ausdehnung und Entwicklung des Systems bürokratisch-kapitalistischer Kontrolle. Dieser Prozeß ist ein Aspekt des Übergangs vom Kapitalismus der Konkurrenz zum Monopolkapitalismus und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus. Er hat seine Ursachen letzten Endes im Produktionsbereich; aber er geht weit über den Bereich der Produktion hinaus. Die Ausdehnung bürokratisch-kapitalistischer Kontrolle ist die Bewegungsform des Widerspruchs zwischen einer Produktion, die nicht mehr allein im allgemeinen Zusammenhang, sondern in fast jedem Detail nur noch als gesellschaftliche möglich ist, und der privaten Aneignung.

Die Gegenströmung, die dadurch produziert wird, ist die Forderung nach Einfluß, Kontrolle, Mitsprache, Mitbestimmung, schillernd in ihrer ideologischen und politischen Bedeutung, aber in ihrer objektiven Tendenz auf die Überwindung der Herrschaft des Kapitals gerichtet.⁷ Dem Verständnis der meisten Akteure nach richten sich solche Forderungen freilich nicht gegen die Macht des Kapitals; sie benutzen die historische Verkleidung der Forderungen der Französischen Revolution. Wenn man nachfragt, wird das Kostümhafte meist schnell deutlich. Freiheit meint heute im Munde der Akteure ebenso wie im Kopfe derer, die man zum Potential der neuen Protestbewegungen zählen kann, nicht die Freiheit unabhängig von der Geburt, sondern eine erträumte oder erhoffte Freiheit von den Zwängen einer ihnen fremden und mit der modernsten

6 Studie von Jacques René Rabier und Ronald Inglehart „Europeans and European Unification“ (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1970). Teilweise veröffentlicht in: Ronald Inglehart: *The Silent Revolution*, 1977 (vgl. Fußnote 1). Eurobarometer 13 (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1980). Die Studien liegen ebenfalls im Zentralarchiv vor.

7 Vgl. vor allem die von Heinz Jung entwickelten Gedanken im ersten Abschnitt von: Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus: *Mitbestimmung als Kampfaufgabe*. Beiträge des IMSF 2. Köln 1971, S. 17–48. (Ebendort in der Studienausgabe Köln 1972)

Technik verbündeten, als unmenschlich empfundenen Verwaltung. Gleichheit zielt heute nicht auf die Beseitigung von Privilegien, die durch Tradition, sondern auf die Beseitigung von Vorrechten, die durch das Bündnis mit den modernsten Entwicklungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus geheiligt scheinen.

Ausdehnung bürokratisch-kapitalistischer Kontrolle als Vergesellschaftungsprozeß unter kapitalistischen Bedingungen heißt heute zweierlei: Schon seit jeher vom Kapital und seinem Staat erfaßte Bereiche werden sorgfältiger und vollständiger erfaßt; zugleich dehnt sich die Kontrolle auf Bereiche aus, die traditionell zur Kompensation als private Sphäre ausgespart blieben. Die objektive Tendenz im staatsmonopolistischen Kapitalismus gerät damit selbst in Konflikt mit der traditionellen Gliederung in einen fremdbestimmten Bereich von Arbeit und Öffentlichkeit und einen für die Reproduktion „freien“ Bereich der Privatheit. Das ist ein Grund dafür, warum der objektiv gegen das Herrschaftssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus gerichtete Charakter der als Mitsprache- oder Autonomie-Forderungen formulierten Ansprüche bisher nur wenigen, die diese Ansprüche erheben, deutlich ist.

Eine Kraftquelle dieser Ansprüche liegt in den oben geschilderten veränderten Anforderungen des Arbeitsprozesses. Dabei darf nicht verkannt werden, daß von der Seite des Kapitals auch neue Stile betrieblicher und gesellschaftlicher Herrschaft entwickelt werden. Im integrativen Herrschaftsstil werden die aus dem Arbeitsprozeß sich entwickelnden neuen Werte der Produzenten soweit berücksichtigt, wie es der Rationalisierung des Verwertungsprozesses dient.

Die Möglichkeit, die Ansprüche auf Autonomie oder Mitsprache integrativ zu nutzen, ergibt sich daraus, daß diese Forderungen in der Gestalt, in der sie heute spontan formuliert werden, nicht bewußt auf den Sturz des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus gerichtet sind, sondern auf die Eindämmung der Auswirkungen seiner Tendenz zu umfassender bürokratisch-kapitalistischer Kontrolle. Dies haben sie mit vielen anderen objektiv antikapitalistischen Forderungen gemein. Für die sozialistische Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik ergibt sich daraus die Aufgabe, den Kern dieser Forderungen zu erfassen und mit den historischen Interessen der Arbeiterklasse zu vermitteln. Voraussetzung für eine solche Vermittlung heute auch bei Gruppen der Arbeiterklasse spontan empfundener Forderungen ist, ihre Zielrichtung gegen die Machtzentren des heutigen Kapitalismus zu entwickeln.

3. Geschlecht und Gleichheit

Eine der wichtigsten Veränderungen von Wertvorstellungen in den letzten Jahrzehnten betrifft die traditionellen Rollen der Geschlechter.⁸ Augenfällig sind die Veränderungen in den Beziehungen zwischen Geschlechtspartnern. Das sinkende Heiratsalter und die ansteigende Quote von Verheirateten werden gerne als Beleg dafür herangezogen, daß im Grunde alles beim alten geblieben ist. Tatsächlich aber ist es wissenschaftlich unvorsichtig, hier von der Identität der Institution Ehe überhaupt auszugehen.

⁸ Hier sei allgemein verwiesen auf die von Elisabeth Noelle-Neumann und von Peter Kmieciak veröffentlichten Materialien (Fußnote 2), insbesondere: Noelle-Neumann Tabellen T 26, T 29, T 43, T 48, T 53, T 55—T 61, 1—10; Kmieciak, S. 403—423, S. 450—453, Tabellen IX 1, X 13 a und b, X 14, X 16 a und b, X 17.

Zur inneren Struktur der Beziehung zum Geschlechtspartner meinte 1954 etwa die Hälfte der Befragten, daß Mann und Frau in der Ehe die gleichen Rechte haben sollten; 1973 waren es etwa drei Viertel. Am höchsten ist der Anteil jeweils bei den Angestellten und Beamten, bei den Jüngeren und, nach Geschlechtern, bei den Frauen. Der Anstieg vollzieht sich jedoch in dieser Periode bei allen Gruppen. Man könnte gegenüber diesen Umfragen einwenden, daß hier zum Teil Lippenbekenntnisse erfaßt werden. Aber wenn es so ist, daß ein Teil der Befragten hier nur mit den Lippen einen Tribut zollt, dann würde eben gerade das deutlich machen, daß es sich hier um Werte handelt, die sich gesellschaftlich durchsetzen. Eine Diskrepanz zwischen verbaler Anerkennung von Werten und tatsächlichem Verhalten ist nicht spezifisch für dieses Problem.

Es gibt noch andere Tatsachen, die uns veranlassen anzunehmen, daß sich die Institution der Ehe tatsächlich in weitem Umfange verändert hat. Die Ehe war für viele, trotz der gesetzlich gegebenen Scheidungsmöglichkeit, eine im Prinzip mit dem Verständnis der Unlösbarkeit eingegangene Verbindung. Es ist nicht allein der Anstieg der Scheidungsraten, in dem sich hier eine Veränderung zeigt. Umfragen belegen, daß von einer zwischen 1953 und 1979 auf etwa die Hälfte der Bevölkerung angewachsenen Gruppe die Lösbarkeit der Ehe ausdrücklich bejaht wird, während 1953 noch über die Hälfte umgekehrt die Unlösbarkeit oder möglichst schwere Lösbarkeit der Ehe als bejahenswert ansahen und die dazwischenliegenden Gruppen ihren Umfang etwa beibehielten. Die Ehescheidung wird nicht mehr als Sünde angesehen, die Lösbarkeit der Ehe wird positiv mit in den Begriff dieser Institution aufgenommen. Dem entspricht, daß die Beziehung zwischen den Geschlechtspartnern offensichtlich an persönlicher Intensität gewonnen hat.⁹ Die Ehefrauen sind heute für ihre Männer häufiger der wichtigste Gesprächspartner als vor dreißig Jahren.

Die Tatsache, daß Frauen in der Bundesrepublik nicht die gleichen gesellschaftlichen Rechte haben wie Männer, wird inzwischen von einer Zweidrittelmehrheit der Bevölkerung wahrgenommen. Der Umschwung fand offensichtlich gegen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre statt. Eine Befragung von 1969 zeigt, daß die Wahrnehmung der ungleichberechtigten Stellung der Frauen in unserem gesellschaftlichen System bei verschiedenen Gruppen unterschiedlich stark verbreitet ist. Daß Frauen dies eher wahrnehmen als Männer, ist nicht überraschend; ebensowenig, daß Jüngere es eher erkennen als Ältere. Gegenüber der allgemein verbreiteten These von der größeren Sensibilität der Intellektuellen und der sozialen Oberschichten aber verdient es ausdrücklich festgehalten zu werden, daß es nach Berufsgruppen gerade die Arbeiter, nach Schulbildung die Volksschüler, nach der vorgenommenen Schichtgruppierung die untersten Schichten sind, die in eher größerem Maße die ungleichberechtigte Stellung der Frauen wahrnehmen. Dies heißt nicht, daß unter Arbeitern am ehesten Bewegung für die Gleichberechtigung der Frau in Gang kommt; die hier häufiger verbreitete realistische Wahrnehmung ist zweifellos häufiger von einer Hinnahme dieser Situation begleitet. Immerhin weist dieser Sachverhalt auf Mobilisierungsmöglichkeiten hin.

Die Veränderung der Geschlechterrollen bei Partnerbeziehungen drückt Werteveränderungen aus, die noch in starkem Maße auf die private Existenz bezogen sind. Die veränderte Wahrnehmung der gesellschaftlichen Ungleichheit von Männern und Frauen in

⁹ Dies prognostiziert bereits Friedrich Engels in seiner Arbeit: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* (1884), MEW Band 21, S. 82

der BRD könnte wiederum Ausdruck einer schlicht realistischeren Sicht sein. Eine besondere Bedeutung gewinnen diese Wandlungen im Zusammenhang mit Veränderungen der gesellschaftlichen Aktivität der Frauen und dem Wandel in ihrer Bewertung.

Hier ist vor allem auf den starken Anstieg der Vereinsmitgliedschaften bei Frauen hinzuweisen; er ergab sich zum größten Teil aus der gestiegenen Beteiligung in Sportvereinen. In vielen Formen stiegen diejenigen Aktivitäten bei den Frauen an, die auf gesellschaftliche Tätigkeit über den Kreis der Familie hinaus hinweisen. Schließlich bestätigt der Zeitvergleich die Vermutung, daß auch das politische Interesse, die politische Handlungsbereitschaft und die politische Organisationsbereitschaft gewachsen sind. Hier hat sich ein entscheidender Wertwandel vollzogen, für den die Frauenbewegung im engeren Sinne nur eine Ausdrucksform unter vielen, und keineswegs die breiteste, ist. Die politische Tätigkeit von Frauen wurde 1965 nur von etwa einem Drittel aller Befragten ausdrücklich als positiv akzeptiert; in nur sechs Jahren, bis 1971, stieg der Anteil auf etwa zwei Drittel an.

Grundlage für die Veränderungen im Wertesystem bezüglich der Geschlechterrollen ist die ansteigende Zahl von Frauen „in gesellschaftlich organisierten Prozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens.“¹⁰ *Marx* weist ausdrücklich darauf hin, daß die industrielle Beschäftigung weiblicher Lohnarbeiter im Kapitalismus zwar eine naturwüchsig brutale Form annimmt, daß sie aber zu einer „Quelle humaner Entwicklung“ umschlagen und „die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter“ werden kann. Selbstverständlich sind hier von *Marx* neue, sozialistische Verhältnisse vorausgesetzt, unter denen sich die Keime des Neuen erst wirklich entwickeln können. Aber man mag folgenden Vergleich ziehen: In der praktischen Arbeiterbewegung, und zwar nicht nur in der politischen Partei der Arbeiterklasse, scheint bereits elementar der Gedanke einer neuen Stellung des Produzenten auf, aus der sich neue Wertvorstellungen, die wiederum mit der praktischen Bewegung verbunden sind, entwickeln. In diesem Sinne darf man auch hier die „humane Entwicklung“ nicht einfach in die revolutionäre Zukunft verweisen. Sie hat ihre Gegenwart im Kampf gegen die heutigen Inhumanitäten.

10 Karl Marx: Das Kapital, Bd. I (1867), MEW Band 23, S. 514

Die Sozialpsychologie der Arbeiterklasse und die „neuen sozialen Bewegungen“

Harald Werner

1. Zum nicht-proletarischen Protest — 2. Zum Begriff der Klassenpsychologie — 3. Grundtatbestände der proletarischen Klassenpsychologie — 4. Probleme beim Zerfall der Sozialpartnerschaftsideologie — 5. Bedingungen und Ansätze für die Entwicklung neuer politischer Orientierungen in der Arbeiterklasse — 6. Sozialpsychologische Aspekte der neuen sozialen Bewegungen — 7. Trennendes und Gemeinsames

1. Zum nicht-proletarischen Protest

Wenn die Frage nach dem Einfluß der neuen sozialen Bewegungen auf die Arbeiterklasse beziehungsweise auf die Verarbeitung dieses Einflusses durch die gesellschaftliche Psychologie der Klasse gestellt wird, dann bedarf es einer klaren Unterscheidung der beiden Momente. Die Bestimmung muß mit den wirklichen Bewegungen und den von ihnen ausgehenden ideologischen Elementen übereinstimmen. Eine solche Definition ist am ehesten mit der Bezeichnung der neuen sozialen Bewegungen als „nicht-proletarischer Protest“¹ gegeben. Damit wird nicht nur das objektive Merkmal, die Stellung in der Klassenstruktur, beschrieben, sondern auch die subjektive Orientierung der Bewegung. Die so definierten neuen sozialen Bewegungen gehen einen scheinbar dritten Weg zwischen der Arbeiterbewegung (und dem existierenden Sozialismus) auf der einen und dem staatsmonopolistischen Kapitalismus auf der anderen Seite. Sie verstehen sich selbst weitgehend als linke Bewegung, richten ihre Kritik jedoch nicht auf die herrschenden Produktionsverhältnisse, sondern auf die von diesen verursachten gesellschaftlichen Strukturen und letztlich auf die Produktivkräfte. So vielschichtig ihre Aktionsanlässe sind, so vielgliedrig sind die von ihnen entwickelten gesellschaftlichen Utopien. Übereinstimmende Merkmale lassen sich nur in der Sensibilität für ökologische Probleme, für Entfremdungstatbestände und für alle Formen von Unterdrückung feststellen.

Die daraus entspringenden Bewußtseinsinhalte richten sich objektiv gegen die staatsmonopolistische Regulierung. Die sich daraus ergebenden Gemeinsamkeiten zwischen den neuen sozialen Bewegungen und der Arbeiterbewegung führen dazu, daß in zahlreichen außerparlamentarischen Kämpfen Teile der Arbeiterklasse und Marxisten mit Gruppen der Mittelschichten und mehr oder minder locker organisierten Gruppen aus den neuen sozialen Bewegungen zusammentreffen. Wenngleich je nach Aktionsfeld die Mittelschichtengruppen und die ihnen entsprechenden neuen Gruppierungen oft überrepräsentiert sind, so bleibt doch die Tatsache, daß die Trennungslinie zwischen Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen quer durch jene außerparlamentarischen Kämpfe verläuft, die oft fälschlicherweise ganz als neue soziale Bewegungen ver-

1 Robert Steigerwald, Probleme des nicht-proletarischen Protestes, in: Marxistische Blätter 4/1981, S. 79

bucht werden. Gerade die Friedensbewegung, die zum Leidwesen bürgerlicher Lohnschreiber wesentlich von Kommunisten und anderen marxistischen Kräften mitgetragen wird, zeigt überaus deutlich, wie brüchig jener unscharfe Begriff der neuen sozialen Bewegungen ist, der alles einzuschließen versucht, was sich außerhalb der Gewerkschaften an Kämpfen entwickelt.

Aber gerade das gemeinsame Handeln der unterschiedlichen Kräfte, die Einheit der ideologischen Gegensätze, wie sie sich in den außerparlamentarischen Kämpfen herausbildet, und das Miteinander der verschiedenen sozialen Gruppierungen werfen die Frage nach der Verlaufsrichtung der ideologischen Prozesse auf, die sich zwangsläufig entwickeln. Denn das gemeinsame Handeln schafft nicht nur die Voraussetzung dauerhafter antimonopolistischer Bündnisse, es konfrontiert auch aktive Teile der Arbeiterklasse, insbesondere der Arbeiterjugend, mit Ideologien, die einer klassenbewußten politischen Orientierung entgegenwirken. Und da der „dritte Weg“ der neuen sozialen Bewegungen nicht nur zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus hindurchzieht, sondern auch dem sozialdemokratischen Opportunismus, den taktierenden Realpolitikern und anderen eine Absage erteilt, die auch in der Arbeiterschaft an Kredit verloren haben, ist er nicht ohne vordergründige Attraktivität.

Da die neuen sozialen Bewegungen und ihre Ideologien keine bloße Modeerscheinung sind, sondern ihre reale Basis im Krisenprozeß haben, der sich immer stärker auf breitere Mittelschichten auswirkt, werden nicht nur die Möglichkeiten antimonopolistischer Bündnisse fortbestehen, fort dauern werden auch die ideologischen Einflüsse der nicht-proletarischen Protestbewegungen auf die Arbeiterklasse. So ist *Steigerwald* zuzustimmen, daß die hier aufgezeigten Probleme „eine längerfristige Angelegenheit der marxistischen Arbeiterbewegung sein“² werden.

2. Zum Begriff der Klassenpsychologie

Der Begriff „Sozialpsychologie der Arbeiterklasse“ erscheint auf den ersten Blick ungewöhnlich. Wenn in der marxistischen Literatur und in der Diskussion linker Gesellschaftswissenschaftler bisher vom Zusammenhang des gesellschaftlichen Prozesses mit seiner psychischen Widerspiegelung durch die Individuen gesprochen wurde, dann war in der Regel vom gesellschaftlichen Bewußtsein die Rede. Die Unterscheidung von „Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse“ wurde dagegen erstmals in der BRD von *Diligenski* in der gleichnamigen Veröffentlichung vorgenommen.³ Als Klassenbewußtsein bezeichnet *Diligenski* die Ideologie der Klasse, die keinesfalls mit den empirisch beobachtbaren, durchschnittlich gegebenen Bewußtseinsinhalten gleichzusetzen ist. In seiner entwickeltsten Form entspricht das Klassenbewußtsein der Arbeiter dem wissenschaftlichen Sozialismus, es umfaßt das rationale oder, wie *Holzkamp* sagt, das erkennende Begreifen. „Deshalb ist es innere Logik, Organisiertheit und Zweckmäßigkeit, was die Ideologie vor der Psychologie auszeichnet, die verschwommener und widersprüchlicher ist.“⁴

2 ebenda

3 G. G. Diligenski, Sozialpsychologie und Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse im heutigen Kapitalismus, Frankfurt/M. 1978

4 ebenda, S. 15

Diligenski bleibt jedoch insofern mißverständlich, als er Klassenideologie und Klassenpsychologie gegenüberstellt. Auch wenn er die Wechselwirkung beider und das gegenseitige Durchdringen hervorhebt, so ist doch die Ideologie eine spezifische Form psychischer Widerspiegelung und deshalb zumindest im Individuum ein Teil seiner Psyche. Die Klassenideologie existiert zwar als Element des subjektiven Faktors außerhalb der Individuen, aber als Form der subjektiven Widerspiegelung existiert sie in den Köpfen realer Menschen, sie ist also, um im Sprachgebrauch des Autors zu bleiben, ein Teil ihrer Psychologie. (Richtiger müßte es freilich heißen: Teil ihrer Psyche.) Der Unterschied zwischen Klassenideologie und Klassenpsychologie ist, daß erstere nicht nur als subjektive Widerspiegelung existiert, sondern materialisiert ihren Niederschlag in diversen Dokumenten findet. Die Klassenpsychologie aber ist die Gesamtheit der psychischen Widerspiegelungsformen realer Lebensprozesse im Bewußtsein einer Klasse.

Diese Unklarheiten einmal ausgeräumt, erweist sich die Differenzierung des Begriffs „gesellschaftliches Bewußtsein der Arbeiter“ oder „Arbeiterbewußtsein“ in methodischer Hinsicht als äußerst hilfreich. Zwar umfaßt der Begriff des Bewußtseins in der marxistischen Theorie schon immer die „Gesamtheit der sinnlichen und rationalen Widerspiegelungsformen sowie den Bereich der menschlichen Emotionen und des Willens“⁵, doch der Sprachgebrauch ist durchaus nicht einheitlich. So spricht zum Beispiel *Hacker* von „bewußtseinspflichtigen“ Handlungen und scheidet die automatisierten, nicht rational vorgefaßten Handlungen aus.

Wenn im folgenden von der Sozialpsychologie der Arbeiterklasse gesprochen wird, dann meint dies die Widerspiegelung des gesamten sozialen Prozesses in der Psyche der Klassenangehörigen. Als Klassenpsychologie existiert sie in der Tendenz, als allgemeiner Ausdruck. Zu beachten ist dabei, daß der soziale Prozeß, der sich hier widerspiegelt, „die Gesamtheit der objektiven Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens“⁶ einschließt. Der Arbeiter existiert nicht nur als Lohnarbeiter, er ist auf vielfältige Weise mit der Gesamtheit der Lebensbedingungen verbunden; je mehr sich die Lebensbedingungen der nichtherrschenden Klassen und Gruppen im staatsmonopolistischen Kapitalismus angleichen, desto mehr spiegelt die Sozialpsychologie der Arbeiterklasse rational wie emotional Momente wider, die außerhalb des traditionellen proletarischen Lebenszusammenhangs entwickelt wurden.

3. Grundtatbestände der proletarischen Klassenpsychologie in der BRD

In den objektiven Lebensbedingungen der BRD-Arbeiterklasse fallen nach wie vor alle Merkmale von Ausbeutung, Entfremdung und Behinderung menschlicher Entwicklung zusammen, die der Kapitalismus auch den anderen nichtherrschenden Klassen und Gruppen aufbürdet. Selbst die konjunkturell günstigen Phasen haben diesen Tatbestand für die Arbeiterklasse sinnlich erfahrbar gelassen. Die empirischen Studien über die rationale Erfassung der ökonomischen Grundtatbestände bestätigen dies durchweg. Und sofern man die Emotionen, die Wertvorstellungen und Bedürfnisse nicht von der sinnlichen Erfahrung trennt, kann davon ausgegangen werden, daß diese Lebenswirklichkeit, als die alle anderen Bereiche mitbestimmende Realität, von Einfluß auf die gesamte

5 Georg Klaus, Manfred Buhr, Philosophisches Wörterbuch, Berlin/DDR 1972, S. 195

6 *Diligenski*, a. a. O., S. 7

Klassenpsychologie ist. Mit diesem Grundtatbestand muß gerechnet werden, wenn überlegt wird, wie Sinngebungen und Wertvorstellungen, die außerhalb der Arbeiterklasse entwickelt wurden, in diese hineinwirken.

Bei aller Beschränktheit sinnlicher Erkenntnis, die in der bürgerlichen Gesellschaft zudem der Mystifizierung des sozialen Grundprozesses unterliegt und zu selektiver Wahrnehmung führt, ist die sinnliche Erfahrung doch für das Individuum die entscheidende Basis aller psychischen Prozesse. Mag es sich hierbei auch um eine „Pseudokonkretheit“ handeln, die dem gedanklichen Durchdringen des Konkreten mehr im Wege steht als daß sie es fördert — jede Ideologie, die dem Individuum Orientierungshilfen für seine tägliche Lebenspraxis anbietet, muß sich auf diese sinnliche Erfahrung einlassen.

Die Uneinheitlichkeit des Arbeiterbewußtseins kann niemals so weit gehen, daß in ihm Momente vereint werden, die der sinnlichen Erfahrung entgegenlaufen oder diese nicht zumindest plausibel erscheinen lassen. Dies setzt der Adaption verschiedener Ideologien unüberschreitbare Grenzen. Bevor man vorschnell zu der Auffassung gelangt, die Arbeiterklasse der BRD könne in ihre Klassenpsychologie jede beliebige Ideologie integrieren, da Widersprüchlichkeit ohnehin ein Wesensmerkmal des Arbeiterbewußtseins sei, scheint es notwendig, die Art dieses Widerspruchs zu untersuchen.

So übersehen die meisten empirischen Studien zum Arbeiterbewußtsein, daß der mittlerweile gemeinplatzfähige Widerspruch zwischen ökonomischem und politischem Bewußtsein keine unvermittelte Gegensätzlichkeit, kein bloßes Nebeneinander von Richtigem und Falschem, sondern eine Durchgangsform ist. Denn auch die Sozialpartnerschaftsideologie ist in den Köpfen der Arbeiter kein kongruentes Abbild der außerhalb der Arbeiterklasse vorgefabrizierten Ideologie, sie ist bereits verarbeitet, verändert und der sinnlichen Alltagserfahrung angepaßt. So läßt sich durch Nachfragen selbst in standardisierten Interviews leicht nachweisen, daß die Arbeiter unter Sozialpartnerschaft anderes verstehen als die Propagandisten dieser Ideologie.⁷ Im Denken der Arbeiter ist Sozialpartnerschaft der zugegebenermaßen untaugliche Versuch, eine Handlungsstrategie zu entwerfen, die der Befriedigung individueller wie kollektiver Bedürfnisse entspricht. Bei aller Beschränktheit dieser Widerspiegelung gesellschaftlicher Verhältnisse und trotz aller Behinderungen, die von diesem Denken ausgehen, ist es auch eine Überwindung hilfloser Individualität und ein Versuch, durch gesellschaftliches Handeln Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen zu erlangen.

Daß diese Ideologie nicht nur eine Verkehrung der wirklichen Verhältnisse vornimmt, vielmehr an sinnliche Erfahrungen anknüpft, gewährleistet auch ihre Verankerung in der Klassenpsychologie. Sie ist nicht nur Trugbild, sie ist ein Produkt aus wirklichen Lebensverhältnissen, realen Bedürfnissen der Arbeiterklasse und geschickter ideologischer Vergesellschaftung durch die bürgerlichen Meinungsproduzenten. So leugnet die Sozialpartnerschaftsideologie keinesfalls den Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital, sie leugnet „lediglich“ seinen antagonistischen Charakter und begrenzt damit das Denken der Arbeiter auf die Auseinandersetzung um den angemessenen Tauschwert beziehungsweise auf die Sicherung der Tauschbedingungen.

Die Überzeugungskraft der Ideologie wurzelt letztlich im realen Lebensniveau der

⁷ Vgl. dazu Harald Werner, Zwischen Sozialpartnerschaftsideologie und Klassenbewußtsein, in: Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF 2, 1979, S. 341 ff.

bundesdeutschen Arbeiterklasse — womit zugleich die Bedingungen ihres Zerfalls benannt sind. Die vordergründige Plausibilität der angebotenen Deutungen gesellschaftlicher Prozesse und die darauf aufgebauten Handlungsstrategien erweisen sich im zunehmenden Maße als untauglich. Trotzdem scheinen sich in der Klassenpsychologie der Lohnabhängigen keine grundlegenden Veränderungen zu vollziehen. So schreibt *Hautsch*: „... daß eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit zwischen eineinhalb und zwei Millionen sowie der Abbau von Lebensstandard für die Lohnabhängigen bisher ohne ernsthaftere ideologisch-politische Brüche verkräftet worden sind, hätte vor zehn Jahren kaum ein Gesellschaftswissenschaftler für möglich gehalten.“⁸ Daß „ernsthaftere ideologisch-politische Brüche“ in der BRD nicht zu verzeichnen sind, ist kaum zu bestreiten, sofern man sich dabei auf die Sphäre des Politischen im engeren Sinne und auf die Stellung der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen System bezieht. Daß es jedoch keine Brüche in der Entwicklung der Klassenpsychologie gibt, kann nicht behauptet werden. Nur nehmen die hier eingetretenen Entwicklungen einen anderen Verlauf als angenommen. Zum einen sind Veränderungen nicht hauptsächlich aus dem Wahlverhalten der Gesamtbevölkerung und auch nicht aus Meinungsumfragen ablesbar, und zum anderen mündet die Ablösung von der Sozialpartnerschaftsideologie nicht notwendig in die Aneignung adäquater Deutungen von Gesellschaft.

Was den ersten Punkt betrifft, so sagen die Handlungen der Klasse über ihre Psychologie mehr aus als sämtliche Meinungsumfragen zusammengenommen. Wenn auch heute noch Arbeiter in Interviews Antworten geben, die vermeintlich Aufschluß über sozialpartnerschaftliche Orientierungen zulassen, dann bleiben wesentliche Momente der Psyche ausgeblendet. Der sprachliche Reflex verrät nichts über die Emotionen, den Grad der Überzeugtheit, die Bedürfnisse der Befragten. Die Ideologie kann zur leeren sprachlichen Hülse geworden sein, zur perpetuierten Floskel, die nur deshalb noch in der Psyche vorhanden ist, weil nichts Neues an ihre Stelle trat, — und die Interviewsituation preßt nur das alte, aber längst überholte Interpretationsmuster ab.

Nicht anders ist es, wenn man aus der Stabilität der Parteienlandschaft auf Konsens schließen will. Der Zerfall der Sozialpartnerschaftsideologie kündigt sich durch einen Rückzug der Arbeiter aus vorgegebenen politischen Handlungsbereichen an. Betroffen ist davon in erster Linie die SPD, weil sie das größte Wähler- und Mitgliederpotential in der Arbeiterklasse hält und weil gerade sie als der entscheidende Träger sozialpartnerschaftlicher Praxis vom Zerfall dieser Ideologie betroffen ist. Ihr Arbeiteranteil ist bereits seit 1968 stark rückläufig; im Funktionärskörper sind die Arbeiter im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtpartei die am schlechtesten repräsentierte Gruppe.⁹ Auch ihr Verlust an Wählerstimmen geht auf das Konto der Arbeiterklasse, ohne daß ein Wechsel zu den anderen Parteien stattgefunden hätte. Ein Trend, der sich insbesondere bei der letzten Niedersachsenwahl bestätigte, als die SPD erhebliche Stimmeneinbußen durch Nichtwähler hinnehmen mußte, während es der CDU gelang, bisherige Nichtwähler zu mobilisieren.

Auch die Grünen konnten keinen Einbruch in das proletarische Stimmreservoir er-

8 Gert Hautsch, *Integrationismus und „Korporatismus“*, in: *Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF* 4, 1981, S. 222

9 *Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten*, Arbeitsmaterialien des IMSF 12, Frankfurt/M. 1981, S. 287

zielen. So „liegen die Stimmanteile der Grünen deutlich höher, wenn der Arbeiteranteil im Wahlkreis niedriger liegt“.¹⁰ Aus alledem folgt, daß einerseits Anzeichen für einen Bruch mit der Sozialpartnerschaftsideologie zu finden sind, daß aber andererseits die Arbeiterklasse weder die Ideologien jener Bewegungen übernimmt, die außerhalb ihrer entstanden sind, noch mit neuen eigenen Orientierungen in den politischen Prozeß eingreift.

4. Probleme beim Zerfall der Sozialpartnerschaftsideologie

Die oft geäußerte Erwartung, daß die Ablösung der Arbeiterklasse von der Sozialpartnerschaftsideologie umgehend zur Aneignung neuer politischer Orientierungen führt, läßt sowohl den bisherigen Verlauf dieses Prozesses außer acht wie die in der „Individualitätsform“¹¹ des Arbeiters begründeten Besonderheiten der Psychologie der Klasse. Eine Analyse der Individualitätsform des Lohnarbeiters zeigt, welche komplizierten Bewußtseinsprozesse gerade durch den Zerfall der Sozialpartnerschaftsideologie eingeleitet werden.

Jede Individualitätsform, die den Individuen der bürgerlichen Gesellschaft aufgezungen wird, unterwirft sie, seien sie nun Kapitalist, selbständiger Intellektueller oder Lohnarbeiter, gesellschaftlichen Anforderungsstrukturen, denen sie nur bei Verlust ihrer Handlungsfähigkeit entfliehen können. Das Individuum erwirbt Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen, ja überhaupt erst die Möglichkeit individueller Handlungsfähigkeit, indem es sich auf gesellschaftliche Anforderungen einläßt, die dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den sie umfassenden Produktionsverhältnissen sowie dem individuellen Standort im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß entsprechen. Doch das Ausmaß der gesellschaftlichen Anforderungen steht in der Klassengesellschaft im Gegensatz zu der damit erwerbaren individuellen Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen. So läßt sich der Kapitalist motiviert auf die ihm gesetzten minimalen Anforderungen ein und gewinnt damit ein Höchstmaß individueller Entfaltungsmöglichkeit sowie weitgehend individueller Verfügung über die eigenen Lebensbedingungen. Der Lohnarbeiter aber unterwirft sich einer jede Individualität vernichtenden Anforderungsstruktur und erwirbt damit eine Existenz, die ihn jeglicher Kontrolle über die gesellschaftlichen Lebensbedingungen beraubt. Die Individualität des Kapitalisten durchdringt alle seine Lebensbereiche, die Privatheit des Lohnarbeiters existiert nur außerhalb seiner eigentlichen Lebenstätigkeit, der Arbeit. Der dem Arbeiter nach Realisierung seiner Individualitätsform verbleibende Raum subjektiver Entwicklung reduziert sich auf hilflose, weil isolierte Privatheit, die zwar die zeitweilige Flucht aus den gesellschaftlichen Anforderungen erlaubt, aber nur für den Preis der gesellschaftlichen Wirkungslosigkeit.

Der Kapitalist muß seine Privatheit verteidigen, da nur sie ihm jenseits der gesellschaftlichen Anforderungen jene Handlungsfreiheit verschafft, mit der er Kontrolle

10 Johannes Henrich von Heiseler, Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens, in: Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF 4, 1981, S. 178

11 Mit dem Begriff der Individualitätsform beziehe ich mich im folgenden auf die von Ute Holzkamp-Osterkamp vorgenommene Definition dieser Kategorie als „Vermittlungsinstanz zwischen gesellschaftlichen und individuellen Lebensnotwendigkeiten“ (Ute Holzkamp-Osterkamp, Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung 2, Frankfurt/M., New York 1978, S. 78).

über seine individuellen Lebensbedingungen gewinnt. Der Lohnarbeiter aber erwirbt nur Kontrolle über seine Lebensbedingungen, indem er seine hilflose Privatheit überwindet.

Doch diese Einsicht wird durch die Individualitätsform des Lohnarbeiters selbst blockiert. Wenn man die beiden Individualitätsformen — Lohnarbeiter und Kapitalist — gegenüberstellt, wird deutlich, daß deren Realisierung nicht nur graduell unterschiedliche Handlungsfreiheit beschert, sondern auch qualitativ verschiedene psychische Handlungen verlangt. Der Kapitalist muß zur Kontrolle über seine eigenen Lebensbedingungen jeweils abwägen, wie weit er sich auf bestimmte gesellschaftliche Anforderungsstrukturen einzulassen hat. *Holzkaamp-Osterkaamp* erwähnt, daß die optimale Ausnutzung der gegebenen Möglichkeiten einer „kognitiven Zielanalyse der zu realisierenden Individualitätsform“ bedarf.¹² Diese gedankliche Antizipation der eigenen Handlungen erzwingt gesellschaftliches Denken und fördert, über alle Konkurrenz hinweg, die Parteinahme für die eigene Klasse und ihre objektiven Interessen. Der Lohnarbeiter jedoch wird, dem ökonomischen Zwang folgend, einer Anforderungsstruktur unterworfen, die nicht nur jede individuelle Zielfindung ausschließt und damit gedankliche Durchdringung verhindert, sondern das bereitwillige Ausliefern an die fremdbestimmten Anforderungen sogar zur obersten Maxime erklärt.

Da aber die gesellschaftlich definierten Anforderungen und die unbeeinflussbaren Wechselverhältnisse der Arbeiterexistenz wie Arbeitslosigkeit oder Entwertung der Ware Arbeitskraft nicht als Ergebnis sozialer Verhältnisse, vielmehr als Verhältnisse von Sachen ins Bewußtsein dringen, verharret das Denken auf einer nur kurzfristig orientierenden Stufe. Der vereinzelte Lohnarbeiter ist „weitgehend auf das uneinsichtige und unbeeinflussbare ‚Wohlwollen‘ der Mächtigen angewiesen“ und muß versuchen, aus „deren ‚Belohnungen‘ und ‚Bestrafungen‘ bestimmte blind-faktische Regelmäßigkeiten herauszufinden“.¹³ Eine solche psychische Struktur macht nicht die Einsicht, sondern die Angst vor Verlust der geringen Handlungsfreiheit zum bestimmenden Faktor des Handelns.

Historisch hat die Arbeiterklasse diese fatalistische Realisierung der Individualitätsform durch die Assoziation in Gewerkschaften und Parteien überwunden — was jedoch den einzelnen Arbeiter nicht von der Notwendigkeit befreit, dies in seiner eigenen Entwicklung nachzuvollziehen. Je schwächer in der jeweils historischen Situation die Handlungen der Klasse als Klasse für sich selbst sind, je weniger sich die Individuen über ihre isolierte Privatheit erheben und in konkreten Handlungen auch das Klasseninteresse erkennen, desto mehr verharren sie in bloßer Konfliktvermeidung und suchen im Privaten ihre eigentliche Individualität zu finden.

Bei aller Kritik der sozialpartnerschaftlichen Denkweise darf nicht übersehen werden, daß sie das nur individuelle Denken überwindet — so begrenzt und erkenntnis-hemmend ihre Praxis und die daraus entspringenden Bewußtseinsinhalte auch sind. Selbst die illusionsbeladene Identifikation mit der SPD als „Arbeitnehmerpartei“ ist noch eine ideologische Vergesellschaftung, in der der Keim einer Einsicht in gemeinsame Klasseninteressen erhalten geblieben ist. So gesehen, erweist sich der Zerfall der Sozialpartnerschaftsideologie nicht allein als Voraussetzung zur Aneignung neuer politi-

¹² ebenda, S. 83

¹³ ebenda, S. 84

scher Orientierungen. Sofern dieser Zerfall mit dem Rückzug aus gemeinsamem Handeln verbunden ist, und sei es auch nur ein reduziertes Handeln, das sich auf Delegieren und Identifizieren beschränkt, wirft er große Teile der Arbeiterklasse zurück in hilflose Privatheit. Zumindest für eine Durchgangsphase ist deshalb damit zu rechnen, daß die Krise der sozialpartnerschaftlichen Politik und der mit ihr verbundenen Form gesellschaftlichen Denkens die negative Realisierung der proletarischen Individualitätsform begünstigt.

Es sind im wesentlichen drei Momente, die eine solche Entwicklung der Klassenpsychologie begünstigen. *Erstens* fehlt dem gegenwärtigen Ablösen von der Sozialpartnerschaftsideologie das aktive Moment. Die Ideologie wird nicht brüchig, weil sie der Arbeiterklasse beim Kampf um erweiterte Kontrolle ihrer Lebensbedingungen im Wege steht, sie wird brüchig, weil die Lebensbedingungen selbst eingeschränkt werden. Gedankliche Antizipationen entstehen aber aus Handlungssituationen, nicht aus Situationen passiven Betroffenseins. Da gerade die alten Handlungsmuster versagen, wird die hilflose Betroffenheit verstärkt.

Zweitens wachsen in der Krise die Anforderungen; die Gefahr, bei Nichterfüllung gänzlich die Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen zu verlieren, wird sinnlich erfahrbar. Jede Meldung über steigende Arbeitslosenzahlen, Entlassungen Kranker im Betrieb, aber auch die erdrückende Fülle negativer Zukunftsprognosen verstärken die Angst vor dem Verlust des bisher erreichten relativen Handlungsspielraums. Das gemeinsame Auftreten von erhöhter Anforderung und Angst vor Verlust der Handlungsfähigkeit provoziert individuelle Anstrengungen, die ihrerseits zu Konkurrenz und Isoliertheit führen.

Drittens ist unübersehbar, daß der selbst in der Krise noch hohe Standard individueller Reproduktion zahlreiche Möglichkeiten bietet, jenseits der erdrückenden Anforderungen die Illusion individueller Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen zu befestigen. Die Verelendung der Arbeiterklasse verläuft ungleichmäßig, differenziert nach Beschäftigungsgruppen und insbesondere nach Generationen. Während der Kern der Arbeiterklasse, insbesondere in den Großbetrieben, trotz schneller werdender technischer Umstellungen lediglich partielle Lohneinbußen hinnehmen muß und Arbeitslosigkeit in ihrer flüssigen Form erfährt, werden bestimmte Randgruppen, aber auch die Arbeiterjugend, von Dauerarbeitslosigkeit und Sozialabbau um so härter getroffen.

Fast 70 Prozent der Arbeiter sind in der Altersgruppe zwischen 25 und 55 Jahren zu finden. Gerade für die über 30jährigen haben sich die privaten Konsumtionsbedingungen seit Eintritt in das Erwerbsleben so deutlich verbessert, daß sie selbst durch Reallohnabbau und Arbeitslosigkeit nicht hinter ihr Ausgangsniveau zurückgeworfen werden. Für sie, und das ist die Mehrheit der Arbeiterklasse, hat der Rückzug in die scheinbar selbstbestimmte Privatheit noch immer eine reale Grundlage.

5. Bedingungen und Ansätze für die Entwicklung neuer politischer Orientierungen in der Arbeiterklasse

Neue politische Orientierungen eignen sich Individuum wie ganze Gruppen und Klassen nur in neuen Handlungssituationen an, wobei nicht die Situation an sich, sondern die motivierte Handlung das bestimmende Moment ist. Die gedankliche Vorwegnahme des Handlungsziels ist nicht nur an die konkrete Aktion gebunden; wenn sie zu

einem dauerhaften Element des Bewußtseins werden soll, muß sie im Einklang mit den anderen kognitiven und emotionalen Inhalten der Psyche stehen. Neue politische Orientierungen können nur dann zum festen Bestandteil der Klassenpsychologie der Arbeiter werden, wenn sie auf jene sinnlichen Erfahrungen eingehen, die wir vorab als Grundelemente der Klassenpsychologie bezeichneten, und gleichzeitig ein Maß der Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen in Aussicht stellen, das den individuellen Anstrengungen zum Erhalt der Handlungsfähigkeit nicht nur langfristig, sondern auch im Moment überlegen ist.

Politische Orientierungen, die keine Antwort auf die aktuelle Bewältigung der Anforderungen an die Lohnarbeiter geben und deshalb die Angst vor Handlungsverlust nicht beseitigen, können von der Masse der Arbeiterklasse nicht übernommen werden — selbst dann nicht, wenn sie mit bestimmten erkannten Tatsachen übereinstimmen. Dies setzt der Wirksamkeit von Ideologien, die die Frage nach der Lebensmöglichkeit der Gattung Mensch über die Lebensmöglichkeit der Arbeiterklasse setzen, unüberwindbare Grenzen.

Die Bedeutung der Sozialpartnerschaftsideologie erwuchs, wie aufgezeigt, aus den Antworten, die sie auf das Bedürfnis der Arbeiterklasse nach Kontrolle ihrer gesellschaftlichen Lebensbedingungen bereithielt. Jede neue politische Orientierung muß zumindest diese Anforderungen erfüllen, die zwar zeitweilig zugunsten individualisierender Bedürfnisbefriedigung zurückgestellt werden können, für alle kommenden psychischen Entwicklungen aber ihre Bedeutsamkeit behalten.

Für die Aneignung politischer Orientierungen durch die Arbeiterklasse bilden sich gegenwärtig neue Ansätze heraus. Sie ergeben sich aus vier Merkmalen des gesellschaftlichen Prozesses in der BRD. Die ersten beiden Merkmale sind objektiver Natur und betreffen erstens strukturelle Veränderungen in der Arbeiterklasse und zweitens Veränderungen in den allgemeinen, nicht nur für die Arbeiterklasse relevanten Lebensbedingungen. Die beiden anderen, die subjektive Seite betreffenden Momente sind drittens Veränderungen im politischen Klima der BRD und viertens neue Bedürfnisse der Arbeiterklasse, die aus den objektiven Veränderungen folgen.

Die strukturellen Veränderungen der Arbeiterklasse betreffen verschiedene Elemente. Erstens ergeben sich Veränderungen in der qualifikations- und aufgabenbezogenen Struktur. Die Integration von Angehörigen bisheriger Zwischenschichten, die aufgrund ihrer Ausbildung als besonders aktive Mitglieder in den Klassenorganisationen wirken können, führt der Arbeiterklasse Bildungselemente und organisatorische Qualifikationen zu, die die Aneignung neuer Orientierungen fördern können.

Die zweite Veränderung vollzieht sich im Zuge der Generationsablösung. In den 80er Jahren werden die mittleren Jahrgänge, die erfahrungsgemäß die Masse der ehren- und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre stellen, zunehmend an Einfluß gewinnen. Diese Kader haben gänzlich andere ökonomische und ideologische Erfahrungen gemacht als jene Generationen, die ihre wesentliche Prägung im Faschismus oder in der Nachkriegszeit erfuhren. Die nach 1950 geborenen Gruppen der Arbeiterklasse mußten weniger Entbehrungen als ihre Väter hinnehmen, sind meist weniger durch das Klima des Kalten Krieges geprägt worden und haben zum Teil aktiv die Lehrlingsbewegung am Ende der 60er Jahre mitgemacht. Die beachtlichen Erfolge, die von ihnen am Anfang der sozialliberalen Koalition in der Berufsbildung, bei der Verankerung von Rechten für die Auszubildenden und letztlich auch bei der Ausbildungsvergütung er-

kämpft werden konnten, werden von Einfluß auf die anstehenden ökonomischen Kämpfe sein. Ihr relativ hohes Niveau materieller Bedürfnisbefriedigung ist eine Voraussetzung für angstfreiere Entwicklung neuer produktiver Bedürfnisse.

Wesentlich für die Entwicklung neuer Bedürfnisse sind Veränderungen in den objektiven Lebensbedingungen. Die Bedrohung der allgemeinen Lebensbedingungen, besonders des Friedens, läßt im Gegensatz zur Bedrohung der ökonomischen Lebensbedingungen keine individuell begehbaren Auswege mehr. Es ist vorstellbar, daß über die hier bereits entwickelten Handlungsfelder gerade jüngere Gruppen der Arbeiterklasse das Bedürfnis zur gesellschaftlichen Kontrolle von Lebensbedingungen entwickeln, die infolge des Scheiterns der sozialpartnerschaftlichen Politik zunächst in die Privatheit geflüchtet sind.

An diesem Punkt gewinnen Elemente des subjektiven Faktors Bedeutung, die mit den neuen sozialen Kämpfen entstanden sind. Denn das politische Klima der BRD hat sich durch die vom nichtproletarischen Protest ausgelösten Kämpfe nachhaltig verändert. Einerseits setzten sich neue Politikformen durch und wurden längst vergessene neu belebt, andererseits wurde die ideologische Hegemonie der staatstragenden Parteien erschüttert. Gleichzeitig wurden von der in der Geschichte schon immer sensibler reagierenden Schicht der Intelligenz in der Protestbewegung Bedürfnisse formuliert, die auch in die Arbeiterklasse hineinwirken.

Bei aller Begrenztheit der neuen sozialen Bewegungen fällt ihnen das Verdienst zu, Probleme formuliert zu haben, die auch Probleme der Arbeiterklasse sind, und Aktionsformen entwickelt zu haben, die schon jetzt von Einfluß auf die Arbeiterbewegung der BRD sind. Gerade die jüngeren Gruppen der Arbeiterklasse scheinen wegen der oben aufgezeigten Besonderheiten in ihrer psychischen Entwicklung geeignet, zum Träger neuer Aktionsformen und neuer Bedürfnisse zu werden. Die Anzeichen hierfür sind bislang noch keine Massenerscheinungen, sie tragen eher dazu bei, die Struktur der Klassenpsychologie zu verändern. Gemeint ist die Zunahme von Betriebsbesetzungen, die Gründung von Bürgerinitiativen zur Sicherung von Arbeitsplätzen wie bei Enka-Glanzstoff oder die Organisation solcher Initiativen wie „Stahlwerk jetzt!“ in Dortmund, die nicht mehr nur den ökonomischen Aspekt des Arbeitsplatzes betonen, sondern in den Mittelpunkt ihrer Argumentation die Sicherung allgemeiner Lebensbedingungen stellen. Hier wie bei der zunehmenden Teilnahme junger Gewerkschaftler an solchen Kämpfen wie gegen die Startbahn West oder in Friedensinitiativen, die noch mehrheitlich von Kräften außerhalb der Arbeiterklasse beherrscht werden, zeigt sich der Übergang zwischen der nicht-proletarischen Protestbewegung und der Arbeiterklasse.

6. Sozialpsychologische Aspekte der neuen sozialen Bewegungen

Vieles an den neuen sozialen Bewegungen erinnert an alte bürgerliche Protestbewegungen beziehungsweise an deren Ideologien. Seit die Bourgeoisie ihren revolutionären Optimismus einbüßte, seit der Glaube an die Rationalität der kapitalistischen Produktionsweise selbst den Kapitalisten in den Krisen abhanden kam und die bürgerliche Intelligenz in den vom Imperialismus angerichteten Menschheitskatastrophen die Hoffnung auf die Vernunft verlor, fehlt es nicht an bürgerlichen Protestbewegungen, die kulturkritisch und gar antikapitalistisch sind.

Schon in der Lebensphilosophie sieht deshalb *Robert Steigerwald* den Keim „romantischer Kapitalismus-Kritik“¹⁴ begründet und zieht von ihr eine Linie bis „zu den Hippies und ‚Ausgeflippten‘ des heutigen freien-wilden Westens!“¹⁵ Die ideologische Analogie wurzelt in analogen sozialen Prozessen, doch dürfen auch hier die neuen Bewegungen nicht mit ihren Ideologien verwechselt werden. Gerade die Heterogenität der Bewegungen zwingt zu einer Analyse der die neuen Bewegungen tragenden Gruppen und ihrer Lebensweise, um deren innere Dynamik, ihre Entwicklungsbedingungen und damit ihren möglichen Einfluß auf die Arbeiterklasse vorhersagen zu können. Doch einer solchen Analyse stehen zahlreiche Schwierigkeiten im Wege. Die Handlungsebenen und erst recht die soziale Zusammensetzung der Bewegungen sind uneinheitlich, empirisch nur unzureichend zu erfassen und gleichzeitig einem sehr schnellen Wandel unterworfen.

Geht man von den Handlungsebenen aus, dann muß zumindest grob zwischen den ursprünglichen Bürgerinitiativen, der völlig anders ausgerichteten Alternativbewegung und einem politischen Block unterschieden werden, der verschiedene Linke, spontaneistische, anarchistische und ökologistisch orientierte Gruppen vereinigt. Wie wenig statisch diese Ebenen sind, hat gerade das vereinheitlichende Engagement der Gruppen in der Friedensbewegung gezeigt.

Vereinheitlichung und Wechsel der Handlungsebenen verändern auch die soziale Zusammensetzung. Schon längst kann nicht mehr von einer ausschließlich durch die Mittelschichten getragenen Bewegung gesprochen werden, wie dies noch in den 70er Jahren für die Bürgerinitiativen möglich war, als rund zwei Drittel der Aktiven aus diesen Schichten stammten.¹⁶ In der Alternativszene und erst recht bei den Hausbesetzern treten Klassenmerkmale hinter generationsspezifische Merkmale zurück, die sich aus der Jugendarbeitslosigkeit, der Vernichtung vernünftiger Studienperspektiven und der Arbeitslosigkeit junger Akademiker ergeben. Hier sammelt sich die „überflüssige Generation“, die weniger nach politischen Orientierungen fragt als vielmehr aus einer gemeinsam empfundenen Grundbefindlichkeit heraus einen Weg jenseits der Widersprüche sucht, in die sie die gegenwärtige Krise getrieben hat. „Neu daran ist“, so stellt *Werner van Haren* fest, „daß dieser Anspruch auf ein anderes Leben nicht unmittelbar, zum Teil sogar überhaupt nicht, gekoppelt ist an die Absicht zur gesellschaftlichen Veränderung.“¹⁷

Einheitlicher sind wahrscheinlich die Klassenmerkmale bei jenen Gruppen, die eine zunehmend festere organisatorische Verknüpfung zwischen den verschiedenen Aktivitäten vornehmen. Dies betrifft in erster Linie die Grünen, Alternative Listen und Zusammenschlüsse um örtliche Aktionszentren des BBU. Auch wenn die vorliegenden empirischen Ergebnisse schon relativ alt sind, kann angenommen werden, daß nach wie vor verschiedene Mittelschichtengruppen den Kern bilden.

Trotzdem ist die Heterogenität so groß, sind die spezifischen gesellschaftlichen Anbindungen so unterschiedlich, daß nicht wie bei der Arbeiterklasse von einer Klassen-

14 Robert Steigerwald, *Bürgerliche Philosophie und Revisionismus im imperialistischen Deutschland*, Frankfurt/M. 1980, S. 61

15 ebenda

16 Fred Karl, *Die Bürgerinitiativen*, Frankfurt/M. 1981, S. 48

17 Werner von Haren, *Hausbesetzungen, Jugendproteste und Lebensweise*, in: *Marxistische Blätter* 4/1981, S. 75

psychologie oder gar von einer typischen Individualitätsform gesprochen werden könnten. Die bestehenden ideologischen Gemeinsamkeiten der verschiedenen Gruppen sind ihre Absage an herkömmliche Organisationsformen von Politik, die starke Betonung der unmittelbaren subjektiven Befindlichkeit und das gänzliche Fehlen eines historischen, sich auf die Fortentwicklung der Produktivkräfte stützenden Optimismus. In diesen Gemeinsamkeiten liegen die Gegensätze nicht nur zur Ideologie der Arbeiterbewegung, sondern auch zur Psychologie der Arbeiterklasse begründet.

Diese bei aller Unterschiedlichkeit der sozialen Bindungen bestehende Gemeinsamkeit wurzelt ihrerseits in Individualitätsformen, die nur insofern miteinander verglichen werden können, als sie sich wesentlich von der einheitlichen Individualitätsform des Lohnarbeiters unterscheiden. Die Anforderungsstrukturen und die sich aus ihrer Realisierung ergebenden Handlungsmöglichkeiten mögen objektiv bei Studienräten, selbständigen Einzelhändlern, Juristen, Studenten und Sozialhilfe beziehenden Akademikern höchst unterschiedlich sein, dennoch verbindet sie das gemeinsame subjektive Empfinden, über die Verteidigung ihrer Privatheit und das Zurückdrängen der gesellschaftlichen Anforderungen jene Kontrolle über ihre Lebensbedingungen zu erhalten, die im Laufe der zunehmenden Vergesellschaftung des Privaten verlorengeht.

Der Lohnarbeiter, ob er nun gewerkschaftlich aktiv ist oder sich an die ihm gesetzten Anforderungsstrukturen ausliefert, kann sich nicht mehr der Illusion hingeben, aus seiner Privatheit heraus Kontrolle über die Bedingungen seiner Existenz zu erlangen, es sei denn, er rechnet mit der Chance, dem Lohnarbeiterdasein selbst zu entfliehen. Die Privatheit kann ihm als das „eigentliche Leben“, als das wirklich Individuelle erscheinen, aber die sinnliche Erfahrung und erst recht die Krise lehren ihn, daß weder der Wert noch die Verkaufsmöglichkeiten seiner Ware Arbeitskraft von seinem Privatdasein abhängen. Tagtäglich wird ihm deutlich, daß die Wechselfälle des Arbeiterdaseins nicht durch die Einschränkung der privaten Handlungsfreiräume, sondern durch den Ausschluß aus den gesellschaftlichen Handlungsräumen verursacht werden. Ganz gleich, ob er diesen Ausschluß von der Verfügung über seine Lebensbedingungen nun als gesellschaftliches Merkmal erkennt oder nur als blindes Wirken der Mächtigen erduldet, er weiß zumindest, daß er der Tatsache nicht individuell abhelfen kann, solange er Lohnarbeiter ist.

Völlig anders stellt sich das gesellschaftliche Ausgeliefertsein dem Selbständigen und auch dem lohnabhängigen Intellektuellen dar. Die bürgerliche Privatheit ist nicht allein ein Ort, an dem (wie beim Lohnarbeiter) Arbeitsvermögen reproduziert wird, von hier aus werden individuelle Strategien zur ökonomischen Absicherung, zur Ausweitung der Lebensmöglichkeiten, zum Aufbau von Karrieren und zum Fortkommen der Kinder entwickelt. Doch die Vergesellschaftung der Privatbereiche, das heißt ihre Außenbestimmung infolge staatsmonopolistischer Regulierung, wie überhaupt die zunehmende Komplexität der Lebensbereiche schränken diese private Verfügungsgewalt immer mehr ein.

Dementsprechend ist die Erhaltung des Privattraumes für die Mittelschichten eine unabdingbare Voraussetzung zur Kontrolle ihrer Lebensbedingungen. Die zu diesem Zweck entwickelten politischen Orientierungen können unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Natur sein. Aus einem bereits erworbenen und damit verfestigten Lebensniveau heraus werden sie konservativ, auf die Erhaltung des Status quo ausgerichtet sein. Doch der junge Rechtsanwalt, der lohnabhängige Intellektuelle oder der zum Kneipen-

wirt gewordene Politologe tragen nicht nur die Illusion unabhängiger Privatheit mit sich herum, sie sind auch geprägt von den Einsichten, die die jüngere Generation in die Wolfsmoral des Kapitalismus und die Verbrechen des Imperialismus gewonnen hat.

Zweifellos tut sich hier ein Widerspruch zwischen der geforderten Realisierung der Individualitätsform und der tatsächlich zu erwerbenden Handlungsfähigkeit auf. Dieser Widerspruch ist gedanklich nur aufhebbar durch die Einsicht in die Notwendigkeit gesellschaftlicher Assoziation, was für das bürgerliche Individuum scheinbar gleichbedeutend mit Handlungsverlust ist. Bleibt der einzelne jedoch in der Illusion privat zu realisierender Kontrolle über die gesellschaftlichen Lebensbedingungen befangen — und diese Illusion entsteht geradezu naturwüchsig aus der Angst vor Verlust subjektiver Handlungsfähigkeit —, dann scheint das Zurückdrehen all jener Entwicklungen, welche Vergesellschaftung erzwingen, der einzige Weg aus den erkannten Widersprüchen heraus.

Die in den neuen sozialen Bewegungen aktiven Gruppen sind zwar Träger unterschiedlicher Individualitätsformen, und bei weitem nicht die Mehrheit kann den Mittelschichten zugerechnet werden; trotzdem finden sich in ihren Ideologien und in dem, was als ihre sozialpsychologische Gemeinsamkeit bezeichnet werden kann, folgende Übereinstimmungen: Es geht grundsätzlich um das Bewahren oder Ausweiten von Lebensweisen, in denen der einzelne nur solchen Anforderungen ausgesetzt wird, die von ihm unmittelbar und auch individuell beeinflussbar sind und in denen die Kontrolle über die Gesamtheit der Lebensbedingungen aus der Privatheit heraus möglich ist. Dabei ist diese Privatheit keinesfalls auf die bürgerliche Familie beschränkt. Daraus ergeben sich verbindliche Wertsetzungen wie Subjektbezogenheit, Unmittelbarkeit und Spontaneität als Garantie für jederzeit mögliches Ausklinken aus den Anforderungsstrukturen.

Der Dogmatismus, mit dem diese Wertsetzungen vorangetragen werden, verrät die ungeheure Angst der Individuen vor Verlust ihrer Subjekthaftigkeit, die ihnen als Verlust von Handlungskompetenz erscheint. Angst und Hilflosigkeit gegenüber dem scheinbar blinden Walten der „Megamaschine“¹⁸, wie Großkonzerne und Großinstitutionen gleichermaßen genannt werden, erfassen aber nicht nur die Mittelschichten. Sie erfassen auf eine viel härtere Weise die lernende und studierende, erst recht die arbeitslose Jugend. Und obwohl viele von ihnen nicht aus den Mittelschichten kommen, meistens auch keine Chancen haben, ihnen eines Tages anzugehören, erscheint ihnen doch die Privatheit, die Unabhängigkeit des Subjekts als das oberste Ziel allen Handelns. Die Ursache für diese Wertsetzung liegt nicht in tradierten oder auf eine bestimmte Weise aus der spezifischen Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozeß entspringenden Illusionen bürgerlicher Autonomie — sie liegt gerade im Ausschluß aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß begründet.

Der Schüler und der Student sehen sich mit Anforderungsstrukturen konfrontiert, deren Regelmäßigkeit nicht nur immer undurchschaubarer, deren Beachtung auch immer weniger mit relativer Handlungsfreiheit belohnt wird. Das Resultat der geforderten Anstrengungen stimmt infolge der krisenhaften Entwicklung immer weniger mit den subjektiv vorgestellten Zielen überein. Nicht anders geht es dem arbeitslosen Jugendlichen, der direkt von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit geworfen wird. Als Teil jener „überflüssigen Generation“, für die zuwenig Kindergartenplätze, zuwenig

18 Vgl. Joseph Huber, *Wer soll das alles ändern*, Berlin (West) 1980, S. 37 ff.

Spielplätze, zuwenig Lehrer und letztlich zuwenig Ausbildungsplätze zur Verfügung standen, fehlen ihm jegliche positiven Erfahrungen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Anforderungen. Positiv erfahren wurde nur die relative Handlungsfreiheit, die aus dem Anpassen an überschaubare Gruppenstrukturen entstand und Schutz vor hilfloser Individualität gegenüber den gesellschaftlichen Institutionen bot. Ausgehend von diesen Erfahrungen antizipiert er eine gesellschaftliche Utopie, die nicht auf Veränderung der Gesellschaft, sondern auf ihr Zurückdrängen abzielt. In diesem psychischen Verhältnis zur Gesellschaft werden keine Forderungen an sie gestellt, sie wird abstrakt negiert, und es wird ihr das entgegengestellt, was sie am wenigsten zuläßt, nämlich kompromißlose Subjektivität.

7. Trennendes und Gemeinsames

Entfremdung, Vernichtung der subjektiven Entwicklungsmöglichkeit und Auslieferung an die undurchschaubare Regelmäßigkeit gesellschaftlicher Prozesse sind Tatbestände, die, wie in Abschnitt 3 ausgeführt, allesamt in der Lebenslage der Arbeiterklasse zusammenfallen. Und dennoch besteht wenig Aussicht, daß die politischen Orientierungen, die in den neuen sozialen Bewegungen als Antwort auf diese Tatbestände entwickelt wurden, in gleicher Form von der Arbeiterklasse übernommen werden. Zwar erfährt auch der Arbeiter die Einschränkung seiner privaten Lebensbedingungen, und die Entwicklung zeigt auch, daß die Bereitschaft, deshalb in Bürgerinitiativen mitzuarbeiten, zunimmt.¹⁹ Doch die Verteidigung des privaten Reproduktionsbereichs löst ganz augenscheinlich ebensowenig das Problem der Hilflosigkeit gegenüber jenen, die seine wirklichen Lebensbedingungen bestimmen, wie dieses Problem durch Verkleinerung der Produktionseinheiten gelöst werden kann.

Die Arbeitserfahrung lehrt ihn, daß der Konflikt um Lohn und Leistung im Betrieb und nicht im Wohnbereich entschieden wird; was die Verkleinerung der Produktionseinheiten angeht, so widerspricht dem einerseits die Erfahrung, daß große Betriebe die Arbeitskraft besser bezahlen, und andererseits die aus der konkreten Arbeit entstehende Einsicht in den ökonomischen Nutzen der Großproduktion. Wie überhaupt bei aller Entfremdung des Arbeiters nicht übersehen werden darf, daß die widersprüchliche Einheit von gebrauchswertschaffender und Tauschwert produzierender Arbeit auch eine widersprüchliche Einstellung zur Arbeit produziert. Indem die Ideologien der neuen sozialen Bewegungen an die entfremdende und jede Subjektivität vernichtende Seite des kapitalistischen Produktionsprozesses anknüpfen, benennen sie Probleme, die dem Arbeiter sinnlich erfahrbar sind. Aber indem sie die Gebrauchswertseite übergehen, den Gebrauchswertstolz des Arbeiters nicht gelten lassen oder sogar als irregeleitete Anpassung an die kapitalistische Rationalität denunzieren, übergehen sie auch Bedürfnisse der Arbeiterklasse nach sinnvollem Leben durch sinnvolle Arbeit.

Mit den Überlebensproblemen der Gattung Mensch greifen die neuen sozialen Bewegungen ein Problem auf, das gegenwärtig auch der Arbeiterklasse einsichtig ist. Doch indem sie das tagtäglich vom Arbeiter erfahrbare Klassenproblem — und sei es auch nur in seiner ökonomischen Dimension — fast gänzlich übergehen, fehlt ihnen der Anknüpfungspunkt an die vorab beschriebene Klassenpsychologie. Die Ideologien der

¹⁹ Karl, a. a. O., S. 53

neuen sozialen Bewegungen haben nicht deshalb eine geringe Chance, von der Arbeiterklasse übernommen zu werden, weil sie bestimmte gesellschaftliche Tatbestände falsch benennen, ihre relative Wirkungslosigkeit entsteht daraus, daß sie wichtige Tatbestände überhaupt nicht benennen.

Freilich muß Wert auf die Betonung der *relativen* Wirkungslosigkeit gelegt werden. Da die Klassenpsychologie die Gesamtheit der objektiven und subjektiven Bedingungen des gesellschaftlichen Prozesses widerspiegelt, wird sie auch vom Wirken der nicht-proletarischen Protestbewegung geprägt. Und wenn auch die dort entwickelten Ideologien in wesentlichen Momenten der sinnlichen Erfahrung der Arbeiter widersprechen, andere Momente (besonders jene, die die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft betreffen) stoßen auf elementare Bedürfnisse der Lohnarbeiter und können motivierte Handlungen auslösen, die ihrerseits zur dauerhaften Verankerung neuer Wertvorstellungen führen.

Bedeutsam wird das in allererster Linie für die heranwachsende Arbeiterjugend. Da jede neue Generation einen Prozeß der Sinnfindung durchläuft und dabei sowohl von den objektiv vorfindlichen Lebensbedingungen als auch von den ideologischen Vergesellschaftungsprozessen beeinflusst wird, werden der Klassenpsychologie jeweils auch neue Werthaltungen und Sinngelungen zugeführt. Dieser Prozeß wird voraussichtlich beschleunigt, je mehr die DGB-Gewerkschaften das Konzept einer autonomen Klassenorganisation entwickeln.²⁰ Da dies „sich natürlich nicht auf den Binnenraum gewerkschaftlicher Organisation und Praxis beschränken“ kann²¹, eignen sich die Gewerkschaften über das Wirksamwerden im politischen Raum auch neue politische Elemente an. Das gegenwärtig bedeutsamste Feld dafür dürfte die Friedensbewegung sein. Andere Felder dieser Art werden sich entwickeln, und auf ihnen wird sich letztlich entscheiden, welche Veränderungen die Klassenpsychologie durch das gemeinsame Handeln der nicht-proletarischen Protestbewegung und der Arbeiterbewegung erfährt.

20 Vgl. dazu Frank Deppe, *Autonomie und Integration — Materialien zur Gewerkschaftsanalyse*, Marburg 1979, S. 179 ff.

21 ebenda, S. 198

„Lieber einen Stein in der Hand als ein Brett vor'm Kopf“?

Psychologische Überlegungen zur „neuen Jugendbewegung“*

Morus Markard

I. Jugendliche als Objekte von Integrationsbemühung und Repression — II. Der Generationskonflikt und damit verbundene Denkweisen — III. Dialogstrategie der Herrschenden als strukturell untauglicher Erziehungsversuch — IV. „Verständnisvolle“ Psychologisierung oder praktische Solidarität? — V. Perspektiven des Jugendkampfes

I. Jugendliche als Objekte von Integrationsbemühung und Repression

Eine psychologische, präziser: eine *subjektwissenschaftliche* Perspektive auf die sogenannte neue Jugendbewegung kann — das ist ein theoretisches, methodologisches und forschungspolitisches Apriori — nur zum Ziel haben, einen Beitrag zur Optimierung ihres Kampfes gegen — global formuliert — bürgerliche Unterdrückung zu leisten; sie will also Begrifflichkeiten, Überlegungen etc. zur Verfügung stellen, mit denen die Betroffenen gegebenenfalls ihre Lage in Richtung deren (grundsätzlicher) Verbesserbarkeit genauer analysieren können. Da man nun, auch ohne Meinungsumfragen dazu durchgeführt zu haben, davon ausgehen kann, daß nur ein Teil dieser Jugendlichen die Jahrbücher des IMSF studiert, stellt sich vor dem Hintergrund der im ersten Satz angestellten Überlegung die Frage, was dieser Aufsatz hier eigentlich soll (bzw. leisten kann). — Wenn sich, grob gesprochen, eine subjektwissenschaftliche Analyse also zur Aufgabe macht, die gegebenen Bedingungen, Faktizitäten, Variablen etc. auf die in ihnen beschlossenen jeweiligen Handlungsmöglichkeiten bzw. Entwicklungsbehinderungen hin zu untersuchen, hätte demgemäß dieser Aufsatz soweit einen Sinn, wie es etwa gelingt, bestimmte für den Kampf der Jugendlichen relevante Momente herauszuarbeiten, die durch das eigene Verhalten beeinflusbar sind. Es ist klar, daß es sich bei diesen Momenten um solche handeln muß, die sich spezifisch darauf beziehen, daß die Subjekte, um die es hier geht, *Jugendliche* sind. Soweit hier beabsichtigt ist, diesbezüglich *strukturell* bedeutsame Momente ausfindig zu machen (mit dem Ziel, deren blindes Wirken unter Kontrolle zu bekommen), sind demgegenüber „soziologische“ Überlegungen über die soziale Zusammensetzung der Jugendbewegung etc. nachgeordnet. Es sind auch keine Aussagen darüber vorgesehen, in welchem jeweiligen Ausmaß die zu analysierenden Faktoren real wirksam sind bzw. wieweit ihr blindes Wirken zugunsten der Kontrolle der Betroffenen über sie eingeschränkt werden konnte. Behauptet wird indes, daß diese Faktoren behindernd wirksam sein *müssen*, *soweit* sie nicht unter bewußter Kontrolle der Beteiligten gebracht sind.

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der „Marxistischen Woche“ 1981 des IMSF in Hamburg.

Vorausgesetzt werden kann, daß erhebliche Teile der Jugendlichen in Bewegung geraten sind. Die — aus verschiedenen Gründen — massiert auftretende Lösung des ideologischen Einverständnisses mit dem (ideologischen) Status quo erfolgt jedoch nicht automatisch oder bevorzugt in Richtung Arbeiterbewegung, weder der realen noch einer phantastischen (wie zur Zeit studentischer KP-Gründungen). In dem Maße, so ist anzunehmen, in dem der Manövrierspielraum des bürgerlichen Staates zur Krisenlösung schwindet, seine Handlungsmöglichkeit hinter der eigenen bürgerlichen Propaganda zurückbleibt, in dem Maße können (links-)bürgerliche Vorstellungen eine ausgesprochen kritische Funktion gewinnen. Die Artikulation eines z. T. parlamentarisch vertretenen Protestpotentials außerhalb der Arbeiterbewegung bietet zahlreiche Krisenerklärungen und Zielvorstellungen, in denen die Arbeiterbewegung nicht als *die* Alternative zu den im Systemcharakter u. U. nicht erkannten, gleichwohl bekämpften gesellschaftlichen Zuständen erscheint. Daß weiterhin ein gewisser schulischer Bildungsvorsprung keine sichere Arbeitsplatz- und Karrieregarantie mehr ist, sich Jugendliche unterschiedlicher Ausbildung sozusagen „auf der Straße“ finden, die Jugendbewegung „sozial inhomogen“ ist, trägt zur geringen Orientierung an der Arbeiterbewegung ebenso bei wie die mit zunehmender Jugendarbeitslosigkeit verminderte betriebliche Sozialisation.

Entscheidend für unseren Zusammenhang ist, daß diese Jugendlichen sich dem Einfluß der Herrschenden zu entziehen scheinen, *ohne* damit auf die Positionen der Arbeiterbewegung überzugehen. Dies scheint mir die zentrale Voraussetzung für die seitens der Herrschenden betriebene Strategie des Dialogs mit den Jugendlichen im Kampf um deren Köpfe zu sein. Denn von derartigen Bemühungen ausgenommen sind *die* Jugendlichen, die sich ernsthaft und gar organisiert am marxistischen Teil der Arbeiterbewegung orientieren. Sie gelten in gewisser Weise als hoffnungslose Fälle, schwer erzieh- und kaum resozialisierbar, unerreichbar indoktriniert. Hier setzt die „Solidarität der Demokraten“ auf den stummen und gelegentlich auch spektakulären Zwang mehr oder weniger offener Repression.

Gegenüber *Jugendlichen* ist die Dialogstrategie eine Art Erziehungsstil („integrativ“, „demokratisch“ o. ä.), der allerdings jederzeit zugunsten rücksichtsloser Knüppelpolitik und Kriminalisierung zurückgenommen werden kann, wenn dies den Anwendern zur Durchsetzung ihrer Ziele sinnvoller erscheint. Die Rede vom Dialog verharmlost dabei den aus Klassengegensätzen resultierenden Kampf der Jugendlichen als Generationskonflikt und eliminiert in ihren Denkvoraussetzungen, die sie dem Dialog-Partner automatisch aufzwingen will, mit der Klassen- auch die reale Machtstruktur. Hintergrund derartiger Vorstellungen ist allgemein ein konsensuales, in der Soziologie häufig wissenschaftlich stilisiertes Gesellschaftskonzept, das gegebene Verhältnisse in *kommunikativ ausgehandelte* umfälscht: *Herrschaft der besseren Argumente*. Schmierenskomödiantische Dimensionen nehmen derartige Dialog-Vorstellungen an, wenn etwa „Politiker“ in besetzten Häusern dialogisieren. Diese Art jovialer Arroganz der Macht, die sich wirklicher Solidarität mit den Jugendlichen entschlägt, hat indes unter anderem zur Voraussetzung, daß der Generationskonflikt nicht eine bloße Erfindung zur Verschleierung des Klassencharakters einschlägiger Auseinandersetzungen, sondern eine *reale* Erscheinung ist.

Zu klären ist hiermit, aufgrund welcher Voraussetzungen Klassenkonflikte die Form von Generationskonflikten annehmen und welchen Einfluß diese Form auf den Konfliktverlauf haben kann.¹

II. Der Generationskonflikt und damit verbundene Denkweisen

In der individuellen Biographie erscheint Jugend als der Abschnitt, in dem man in erster Linie lernt und sich entwickelt, und Erwachsensein als derjenige, in dem Lernen und Entwicklung als *Lebensorientierung* im wesentlichen abgeschlossen sind. Da aber das Lernen als bloß eine *Phase* in der individuellen Entwicklung keineswegs der menschlichen Natur entspricht, muß diese Begrenzung gesellschaftliche Gründe haben: die Klassenspaltung und die damit verbundene Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit. „Dadurch ist die Masse der Bevölkerung von der bewußten gemeinschaftlichen Verfügung über die gesellschaftlichen Lebensbedingungen, damit ihrer eigenen Selbstbestimmung, ausgeschlossen, demgemäß auch in der Fähigkeits- und Bedürfnisentwicklung wesentlich auf die fremdbestimmte und bloß ausführende Arbeit, also einen *Status relativer Entwicklungslosigkeit in Abhängigkeit*, reduziert. Für den einzelnen besteht dabei grundsätzlich die Alternative: Der (jedenfalls in unserer Gesellschaft gegenwärtig ‚normale‘) Versuch, individuell zurechtzukommen, sich in der Abhängigkeit einzurichten, mit den Herrschenden zu arrangieren und so ‚realistisch‘ noch das Beste daraus zu machen, oder der Versuch, im Zusammenschluß mit anderen Einfluß auf die gesellschaftlichen Lebensumstände zu gewinnen, damit seine eigenen Angelegenheiten in die Hand zu bekommen.“²

Da Kinder und Jugendliche die Fähigkeiten des durchschnittlichen Erwachsenen nun erst noch erreichen müssen, können (und müssen) sie ihre Lebens- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten noch *wirklich* erweitern — verbunden mit einer Entwicklungsorientierung, die mit Annäherung an das Erwachsenenalter in wachsenden Widerspruch zu der dort vorherrschenden und aufgeherrschten relativen Stagnation gerät. „Diese Diskrepanz zwischen entwicklungsorientierter Jugend und stagnierenden Erwachsenen ist die Grundlage für all das, was in verschiedenen Erscheinungsformen als Generationskonflikt imponiert.“³

Der Bürger *Flaubert* hat diesen Widerspruch in seiner „*Madame Bovary*“ folgendermaßen dargestellt: Eine der Romanfiguren sollte „demnächst Erster Schreiber werden: es war an der Zeit, seriös zu werden. Deshalb ließ er die Flötentöne sein, die überspannten Gefühle, das Schwärmen; denn jeder Spießler hat sich in der Feurigkeit seiner Jugend, und wäre es auch nur für einen Tag, für eine Minute, ungeheurer Leidenschaften, hochgesteckter Unternehmungen für fähig gewöhnt. Der mittelmäßigste Libertin hat von Sultaninnen geträumt; jeder Notar trägt die Überbleibsel eines Poeten in sich.“

Dies würde jedoch nur ein augenzwinkerndes bis spöttisches Einverständnis gegenüber rebellierenden Jugendlichen erklären, nicht aber jenen bis zu Mordphantasien reichenden Haß, den man als Westberliner etwa nach Demonstrationen erleben kann, wenn aufgebrachte Passanten statt Wasser-Flammenwerfer fordern usw. (Dieser in einem Geschäft gemachte Vorschlag wurde durch den ergänzt, die Verbrannten mit einer Dampfwalze plattzuwalzen. Ähnliche Äußerungen waren in Straßeninterviews des SFB zu hören, die nach den gewaltsamen Häuserräumungen, in deren Verlauf ein junger

1 Ich beziehe mich hierbei auf Klaus Holzkamp, *Jugend ohne Orientierung?*, in: Forum Kritische Psychologie 6, 1980, S. 196 ff.

2 Ebenda, S. 200

3 Ebenda, S. 201

Mann zu Tode kam, durchgeführt worden waren.) *Holzkauf* faßt die Grundlage dieses Hasses wie folgt: Der Prozeß „realistischer“ Resignation geht keinesfalls widerspruchs- und konfliktlos vor sich. *Jede Resignation und Anpassung* resultiert aus einem *Verhältnis* von Möglichkeiten und hemmenden Bedingungen und ist somit *immer eine verpaßte Möglichkeit*. Der „Realismus“ der Resignation beruht darauf, daß die Alternative, die die Nutzung der Möglichkeit geboten hätte, aktiv abgewehrt und verdrängt wird. Auch wenn dieser Abwehrprozeß einerseits durch bürgerliche Ideologeme aller Art erleichtert wird, man sich damit auch noch im privaten Rückzug einverständlich in gemeinsamer Lage mit anderen sehen kann, ist der Erfolg dieser Abwehrprozesse durch ständig neue Verunsicherungen, durch eigenes besseres Wissen und durch das Beispiel anderer, die kämpfen, *ständig bedroht*; was durch die Abwehr erreicht werden soll: relative Sicherheit in Abhängigkeit vom Wohlwollen der Mächtigen, kann ja gerade nicht erreicht werden. Die daraus resultierende Angst und die erneute Anforderung, verdrängen und abwehren zu müssen, erzeugen nicht nur Neid und Haß, sondern auch den Versuch realer Behinderung der Lebensentfaltung anderer, hier der Jugend. Deren angebliche Schrankenlosigkeit wird zur Legitimation der eigenen Beschränktheit, das Beschwören des notwendig bösen Endes wird zur Rechtfertigung der eigenen Zurückgenommenheit.

Genausowenig nun, wie hier für die Betroffenen die Möglichkeit offen liegt, ihre eigene, zu bestimmten Haltungen verfestigte, spezifisch zurückgenommene Lebensweise auf die Bedingungen hin zu analysieren, aus denen heraus sie entstanden ist, so wenig kann dann auch der Jugendprotest als ein solcher verstanden werden, der sich genau gegen derartige, entwickeltere Lebensmöglichkeiten einschränkende Verhältnisse richtet. Der Protest muß den Erwachsenen so als ein gegen sie selber gerichteter erscheinen — und er mag z. T. auch so gemeint sein —, und eben nicht gegen jene Bedingungen, die Selbstbeschränkung erzwingen wollen.

In dieser Art Entgegensetzung von Jugendlichen und Erwachsenen sind im besonderen Maße diejenigen befangen, die sich selber in eigener Selbstbescheidung „kleine Leute“ nennen und sich trotzdem qua *Personalisierung* der gesellschaftlichen Verhältnisse für diese und damit für deren Aufrechterhaltung gegen die aufmüpfige Jugend mitverantwortlich fühlen. In dem Maße, in dem nun die Jugendlichen selber diesem personalisierenden Denken unterliegen, werden sie nicht nur quasi das „Angebot“ einer Verantwortlichkeit „der“ Erwachsenen annehmen, sondern sie selbst aktiv für die Misere, gegen die sie kämpfen, verantwortlich machen, und damit diese Entgegensetzung selber befestigen. Geradezu spiegelbildlich werden die Erwachsenen, die den Protest als gegen sich (persönlich) gerichtet begreifen, diesen als Ausdruck von Undankbarkeit, unverschämter Anspruchshaltung *psychologisieren* — wobei sich alle Beteiligten auf die herrschende veröffentlichte Meinung (und deren „liberale“ wissenschaftliche Stilisierung in Form von Gutachten etc.) stützen können und sie reproduzieren.

Es ist offensichtlich, daß gerade in der heutigen Zeit derartige Jugend/Erwachsenen-Entgegensetzungen *eskalieren* können. Die heutigen, „wirklich gestandenen“ Erwachsenen haben mit dem Faschismus einen Zusammenbruch erlebt, der noch einmal überwindbar war und dessen Trümmer sie mit eigener Hände Arbeit beseitigt, auf dessen Trümmern sie sich eine neue Existenz geschaffen haben, die sie nicht *wieder* in Frage stellen lassen wollen. *Ihre* Jugend war entweder dadurch gravierend beeinträchtigt, daß sie unter den Entbehrungen der Nachkriegszeit zu leiden hatten oder — schlimmer

noch — weil sie ihnen durch den Krieg faktisch genommen wurde. Und da kommen dann, so sieht es für sie aus, irgendwelche Schnösel, denen vergleichsweise alles in den Schoß fällt, und wollen erzählen, wie „man's machen“ muß. Ebensowenig aber haben diese Schnösel die Absicht, sich von denen, die nach ihrer Auffassung den Faschismus produziert haben, in deren Vorstellungen und Lebenspraxis einfrieden zu lassen.

Dieses — gegenseitige — personalisierende Denken, das grundsätzlich aus bestimmten Bedingungen resultierende Beschränkungen als schlicht gegebene personale Beschränkungen ontologisiert, hat bezüglich seiner Verarbeitung der Gesellschaftlichkeit individueller Existenz in der *bürgerlichen* Gesellschaft noch einen besonderen, hier interessierenden Aspekt. Auf eine in sich unstimmmige Art und Weise wird dem *subjektiven Faktor* Rechnung getragen: Die *Trennung von Individuum und gesellschaftlichen Verhältnissen* — in der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur gedacht, sondern real, da die Masse der Bevölkerung tatsächlich von der Bestimmung über ihre Lebensbedingungen ausgeschlossen ist — reproduziert sich gerade dadurch im personalisierenden Denken, daß sich der einzelne mit seinen ihm gegebenen Eigenschaften in ihm *vorgegebenen* Bedingungen zurechtzufinden habe, wobei dabei auftretende Mängel in der beschriebenen Weise dem Betreffenden quasi persönlich angelastet werden. Andererseits aber werden gleichsam die Verhältnisse selber in der Weise personalisiert, daß der eigene Anteil an deren Reproduktion *unter Absehung von der Eigengesetzlichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse* zu einer persönlichen Verantwortlichkeit dafür „verlängert“, *also die blind reproduzierte Trennung von Individuum und Gesellschaft gleichzeitig abstrakt negiert wird.*

Diese Verwickeltheit findet sich „auf der anderen Seite“ wieder in emanzipatorisch-strategischen Überlegungen darüber, ob man die Menschen oder die Verhältnisse ändern müsse, damit „es“ sich zum Besseren wende. „Der Zwang zur gedanklichen Alternativenentscheidung, ob die Menschen sich *oder* die Verhältnisse ändern müssen, verfehlt die Gesellschaftlichkeit von Subjektivität grundsätzlich. Die Argumentation, daß die Verhältnisse geändert werden müssen, damit sich die Menschen ändern, die sich ändern müssen, damit die Verhältnisse geändert werden können, versucht nur, von *derselben Alternative* ausgehend, diese mit dem Ergebnis der quasi doppelten Änderung zirkulär zu versöhnen. *Der reale Zusammenhang ist deshalb nicht zirkulär*, weil sich die Menschen — gattungsspezifisch — bewußt zu ihren Lebensumständen und sich selber verhalten können. Sie können jedoch nicht sozusagen beliebig ihre Befindlichkeiten und Wertungen modifizieren, sondern nur in dem Maße, in dem sie *entsprechend* ihre Lebensumstände ändern.“⁴

Entscheidend für unseren Zusammenhang ist, daß das personalisierende Denken die Vorstellung von der Generationskonflikthaftigkeit des Jugendprotests befestigt. Gerade *die wegen seiner Sachentbundenheit* im personalisierenden Denken liegende Möglichkeit der Eskalation der Entgegensetzung von „Jung und Alt“ macht den damit verschärften Widerspruch zwischen Individuen vergleichbarer Klassen- und Interessenlage für die Herrschenden in besonderer Weise funktional, da sie nunmehr — Stimme der Vernunft! — zu Mäßigung und Verständnis aufrufen und so, *indem sie in den Konflikt eingreifen, ihm sich selber vom Halse halten können.*

Daß im übrigen tatsächlich gesellschaftliche Innovationen generationskonfliktförmig

4 Morus Markard, Welchen Beitrag kann die Psychologie zur Friedenssicherung leisten?, in: Dialektik, Bd. 4, Köln 1982 (im Druck)

durchgesetzt werden können (und u. U. müssen, solange der, wie gezeigt, bestimmter Gesellschaftlichkeit sich verdankende *Gegensatz* zwischen den Generationen besteht), ändert nichts an der grundsätzlichen Funktionalität generationskonfliktförmiger Denkweisen für die Herrschenden; ebensowenig ist mit diesen Ausführungen gemeint, daß *jeder* Konflikt zwischen jungen und alten Menschen ein (verschobener) Klassenkonflikt ist. Gezeigt werden sollte lediglich, warum und in welcher Weise und zu wessen Nutzen Klassenkampf die Form des Generationskonflikts annimmt und damit in ein ewiges Kräftespiel per se partikularer Interessen mit der Tendenz zu Wiederholung („eine über die andere Generation“), Gleichförmigkeit, Naturgesetzlichkeit („Hörner abstoßen“) eingemeindet wird.

Soweit nun aber auch die Jugendlichen in ihrem Aufbegehren, ihrem Kampf, selber in derartigen Formen des Denkens befangen bleiben, behindern sie sich gleichsam selber, indem sie der Scheinalternative „Menschen oder Verhältnisse ändern“ aufsitzen und so Gefahr laufen, ihren auf die Veränderung der Bedingungen gerichteten Impetus „selbstverändernd“ nach innen zu kehren (womit sich ja auch schlagartig „umwerfende“ Erfolge erzielen lassen), und indem sie andererseits in die Lage geraten, die Bemühungen um ihre Isolation quasi selber mitzutragen. In dem Maße, in dem sie diesem personalisierenden Denken unterliegen, ist die Konfrontation mit dem eigentlichen Gegner gemildert, so daß die Entwicklung einer längerfristigen Kampfperspektive erschwert wird.

Ver- oder behindert wird mit den gezeigten Denkweisen *interpersonal vermitteltes soziales Lernen*; Erfahrungsbereiche werden gegeneinander abgeschottet, die Erfahrung und Verarbeitungsweisen der jeweils anderen (Generation) werden nicht in Richtung auf die ihnen zugrundeliegenden Bedingungen durchsichtig gemacht.

III. Dialogstrategie der Herrschenden als strukturell untauglicher Erziehungversuch

Eine weitere Variante, die interpersonale Weitergabe sozialer Erfahrungen zu blockieren — auch und gerade dann, wenn es um die Vermittlung von Kampf- (und nicht Selbstbescheidungs-)erfahrung geht, wird deutlich, wenn wir auf die eingangs gemachte Bemerkung zurückkommen, daß die Dialogstrategie der Herrschenden, gegenüber Jugendlichen in Anschlag gebracht, eine bestimmte *Erziehungsstrategie* oder, im psychologischen Jargon, ein bestimmter *Erziehungsstil* ist. Die von mir hier gemeinte Behinderung eines Zusammengehens von Jugendlichen und „Erwachsenen“ ist eine Haltung, die ich mit „erziehungsförmig“ kennzeichnen will.⁵

Gehen wir aus von der Situation, in der sich etwa ein Westberliner Hausbesetzer befindet: *Er ist von Ratgebern umgeben*, geradezu umzingelt. Publikationsorgane, die nicht von Ratschlägen triefen, sind die Ausnahme; eine dieser Ausnahmen ist die „Wahrheit“, Zeitung der SEW, von der das wohl manch einer nicht erwartet hätte. Nahezu unisono erklingt der gutgemeinte Ratschlag, daß man es „*nicht übertreiben*“ darf.

Zweitens ist die Neigung weit verbreitet, *den Jugendlichen eine Orientierung zu geben*,

⁵ Grundlage für die folgenden Überlegungen ist, soweit sie sich auf das Erziehungsproblem beziehen, ein unveröffentlichtes Papier K. Holzkampfs, mit dem dieser eine länger geführte Diskussion in einem Forschungsprojekt „auf den Begriff“ brachte.

eine Neigung, die davon ausgeht, daß die Jugendlichen keine Orientierung haben oder die falsche, und daß sie die richtige auch nicht selber finden können, und daß man sie deshalb dazu bringen muß, eine bzw. die richtige Orientierung zu übernehmen. Dabei geht es nicht, das ist hier entscheidend, um „übliche“ ideologische, politische, theoretische Auseinandersetzungen, sondern um ein besonderes, in diesen Auseinandersetzungen sich zeigendes *Sonderverhältnis* zwischen Erwachsenen und Jugendlichen. Um dies zu erläutern, ist es erforderlich, knapp einen der Aspekte anzuführen, die grundsätzlich *Erziehungssituationen* im Sinne eines bestimmten Sonderverhältnisses zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen bestimmen, *soweit man nicht aktiv aus diesem Sonderverhältnis ausbricht*. (Zur Debatte steht hier also nicht ein Erziehungsbegriff bzw. irgendeine Erziehungskonzeption o. ä. — wenn auch damit bestimmte Erziehungsvorstellungen grundsätzlich kritisiert werden —, sondern ein Aspekt im Verhältnis von Erwachsenen und Jugendlichen, der in dem Maße, in dem er *bestimmend* ist, gegenseitiges Lernen voneinander behindert. Dabei geht es auch nicht um erziehungsspezifische Einzelheiten, sondern darum, wieweit *strukturelle Aspekte des Erzieher/Zögling-Verhältnisses* auch generell das Verhältnis von Erwachsenen und Jugendlichen durchdringen bzw. tendenziell bestimmen können.)

Der auszuführende Aspekt besteht darin, daß der Erzieher die Erziehungsziele kennt, und daß es beim Durchsetzen der Erziehungsziele nur darum gehen kann, den *Stil der Durchsetzung* (Erziehungsstil) und den *Inhalt* der Ziele (fortschrittliche, reaktionäre etc.) zu thematisieren bzw. zu problematisieren, *nicht aber das Setzen von Erziehungszielen überhaupt*. Genau das aber wird hier *problematisiert*. Behauptet wird, daß es genau das Setzen, das *Fremdsetzen* von Erziehungszielen ist, das deren Realisierung durch den Zögling zentral behindert, *weil die Fremdsetzung von Zielen mit den subjektiven Notwendigkeiten des Zöglings, selber über seine Lebensumstände Verfügung zu gewinnen, unvereinbar ist*. Gerade die potentielle Einsicht in die Berechtigung des Ziels kann dabei den Zögling in eine geradezu aussichtslose Position bringen, da ihm der Erzieher quasi immer ein Stück voraus ist und es für den Zögling unentscheidbar wird, ob er eigentlich seine eigenen Interessen verfolgt oder sich nur fremdgesetzten, vorgegebenen beugt. Unter diesen Umständen kann wirkliche Selbstbestimmung nur noch im Widerstand gegen fremdgesetzte Ziele überhaupt bestehen.

Die Kritik muß aber noch weitergetrieben werden. *Sie muß nicht nur das Fremdsetzen von Zielen in Frage stellen, sondern auch die Überzeugung, daß die Erzieher wirklich wissen, was für den Zögling gut ist*. Daß Erzieher immer nur das Beste *wollen*, sei unbenommen. Die Überzeugung, auch zu *wissen*, was das Beste *ist*, läßt allerdings die *fundamentale Tatsache der Subjektentwicklung selber* außer acht. Subjektentwicklung ist, kurz gefaßt, immer die Negation der Widersprüche eines gegebenen Zustandes der Abhängigkeit und Fremdbestimmung in einem bestimmten notwendig nächsten Schritt zur Überwindung genau *dieser* Abhängigkeit, so daß die Entwicklung selber nicht an irgendwelchen äußerlichen Merkmalen ablesbar, sondern nur aus der Perspektive des sich Entwickelnden und im Vergleich zum eben überwundenen Niveau erkennbar ist.

Das heißt in aller Kürze und Konsequenz und von der Außensicht her: Der subjektive Entwicklungsprozeß — der bei Jugendlichen durchschnittlich intensiver abläuft als bei Erwachsenen — verläuft nicht gradlinig, sondern u. U. in einer erheblichen Anzahl von Umwegen, scheinbaren Rückschritten, Stagnationen, also in Abweichung von einer aus Erziehersicht idealen geraden Linie.

Wenn der Erzieher — blind für derartige Verlaufsformen von Subjektentwicklung — auf gradlinige Entwicklung in Richtung der Realisierung der von ihm gesetzten Ziele drängt, bringt er den Zögling in eben jene Situation, gegebenenfalls seine gegen Fremdbestimmung und Abhängigkeit gerichtete subjektive Entwicklungsnotwendigkeit *unabhängig* vom Zielinhalt nur noch im Widerstand gegen den zum echten Entwicklungshemmnis gewordenen Erzieher behaupten zu können. Derartiger Widerstand ist unter den geschilderten Bedingungen allerdings der *günstigste* Fall; bleibt er aus, ist zu befürchten, daß es dem Erzieher — u. U. unbewußt und absichtswidrig — aus dann im einzelnen zu analysierenden Gründen „gelingen“ ist, den Zögling einen Schritt in Richtung auf Vorbereitung auf eine für das Kapital funktionale fremdbestimmte (Erwachsenen-)Existenz zu trimmen.

Kommt man vor diesem Hintergrund auf die Jugendbewegung zurück, so ergibt sich folgendes: Soweit Jugendliche in vergleichbarer Lage und mit vergleichbaren Erfahrungen diese kollektiv zu verarbeiten beginnen, können sie subjektiv notwendige nächste Schritte ihrer Entwicklung weg von Abhängigkeit und Fremdbestimmung kollektiv bestimmen und gemeinsam vollziehen, so daß man die Schattierungen in der Jugendbewegung als Ausprägung derartiger kollektiver Entwicklungsschritte *im Rahmen des historisch Möglichen* sehen kann. Wenn man an der Tatsache der Subjektentwicklung nicht vorbeisehen will, wenn man davon ausgeht, daß man einer Verhaltensänderung die *Entwicklungsrichtung*, die darin zum Ausdruck kommt, *nicht* von außen ansehen kann, *muß* man dies so auffassen. Man muß dann eben auch zu der Auffassung kommen, daß „die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung“, die das „Kommunistische Manifest“ den Kommunisten zuschreibt, nicht gleichbedeutend damit ist zu wissen, *wie* der *einzelne* zu dieser Einsicht in seinem *biographischen* Prozeß kommt.

Das heißt z. B., daß das Werfen von Steinen auf Sachen oder uniformierte Personen ein für das werfende Individuum notwendiger Befreiungsschritt von einer noch bestehenden inneren Verbundenheit mit dem tendenziell als unmenschlich erkannten politisch-gesellschaftlichen System sein *kann*. Soweit dies der Fall ist, *wird* es seinen Stein werfen, wenn es sich nicht wieder einfrieden lassen will, *unabhängig davon, wer ihm davon aus welchen Motiven abrät*. Im Gegenteil: Soweit es konsequent bleiben will, muß seine Entschlossenheit dazu eher proportional zur Anzahl der abratenden Ratgeber steigen: „Lieber einen Stein in der Hand als ein Brett vor'm Kopf.“ (Diese Überlegungen widersprechen nicht der auf ganz anderer Ebene liegenden Einsicht, daß man restmaoistische Strategeme bekämpfen muß — das versteht sich von selbst. Ebenso ist die Eingemeindung spontaner Kampfformen von Jugendlichen in romantisierende Vorstellungen älterer Einzelanarchisten kein besonders weitherziges Verständnis für die Jugend, sondern schlicht eine auf den ersten Blick weniger auffallende Bevormundung durch eine bestimmte politische Konzeption.)

Es ist ersichtlich, daß mit dem eben Dargelegten eine der Grenzen der herrschenden Dialogstrategie skizziert ist, die die Jugendlichen dazu bringen will, ihre Ansprüche und Durchsetzungsformen zurückzunehmen, wobei der Grad oberflächlicher Zugeständnisse, also dessen, was investiert wird, um das Ziel der Korruption zu erreichen, durchaus verschieden ist. Der Dialog gaukelt grundsätzliche Kompromißmöglichkeit vor, wo es um grundsätzliche Alternativen geht. Er bemüht sich um die Vermittlung von Werten, hehrer noch: Grundwerten, wo es um gesellschaftliche Interessen

geht; kurz: die Dialogstrategie muß verdecken, daß die grundlegenden Interessen von in der bürgerlichen Gesellschaft Herrschenden und Jugendlichen unvereinbar sind. Es sind aber eben derartige Erfahrungen mit einschlägigen Sozialisationsagenten und -agenturen, die die Jugendlichen besonders und zu Recht mißtrauisch gegen Ratschläge *aller Art* machen.

Folgt nun daraus pessimistisch, daß wegen der gezeigten Aspekte von Subjektentwicklung und speziell wegen der Erfahrungen mit ganzen Schwadronen von Ratgebern Marxisten keine Möglichkeit der Jugendbewegung gegenüber haben als den Mund zu halten, die Jugendlichen ihre Erfahrungen machen zu lassen und abzuwarten, bis sich das Chaos ihrer Entwicklungsschritte ein wenig ordnet?

IV. „Verständnisvolle“ Psychologisierung oder praktische Solidarität?

Die Verfechter der Dialogstrategie sehen sich vor der Alternative, *über die Jugendlichen zu reden oder mit ihnen*. Es kommt aber nicht darauf an, mit ihnen oder über sie zu reden, sondern gemeinsam mit ihnen *zu handeln*. Genau darin liegt aber die Grenze bürgerlicher Einfriedungsstrategie. *Eine* Erfahrung haben die kämpfenden Jugendlichen sicher mit den Marxisten gemeinsam: *Es geht nicht um gute Ratschläge, sondern um praktische Solidarität*. Und es kann ihnen nur nützen, wenn sie nach diesem Kriterium diejenigen beurteilen, die sich mit ihnen ins Benehmen zu setzen wünschen: Wer Ratschläge erteilt oder Verständnis äußert, *ohne* praktisch solidarisch zu sein, ist grundsätzlich verdächtig. Nur in dieser Radikalität können sich die Jugendlichen, die ja oft erst beginnen, Kampferfahrungen zu sammeln, der Vereinnahmung erwehren.

Hier erweist sich auch die wissenschaftliche Begrenztheit und politische Interessiertheit traditionell-psychologischer Argumentationsmuster, wie sie in offiziellen bzw. offiziell in Auftrag gegebenen, „Gutachten“ genannten Einschätzungen der Jugendbewegung Eingang finden, die, in bestimmten Varianten personalisierend-psychologisierendes Alltagsdenken wissenschaftlich stilisierend, zum Ziel haben, Handlungsmöglichkeiten von Politikern und Sozialisationsagenten den Jugendlichen gegenüber abzustecken. (Ein bekanntes Beispiel ist die diesbezügliche Eidgenössische Kommission.) Dadurch, daß hier gewisse gesellschaftliche Mißstände (nicht ihre strukturellen Ursachen) quasi konzедierend und gleichsam Verständnis für die Jugendlichen erheischend in Rechnung gestellt werden, könnte es zunächst scheinen, als plädierten die Autoren für die historische Berechtigung dieser Kämpfe und die Notwendigkeit ihrer siegreichen Beendigung (qua Durchsetzung der von den Jugendlichen erhobenen Forderungen). In Wirklichkeit indes, so zeigt sich, geht es ihnen darum, wie bei offensichtlicher Unvermeidlichkeit der Kämpfe deren für die Aufbegehrenden positiver Ausgang weitgehend vermieden werden kann. (Eine *praktische* Variante derartigen Taktierens ist es, wie in Zürich, ein autonomes Jugendzentrum zuzugestehen, gleichzeitig aber die einschlägigen Drogenumschlagplätze polizeilich zu säubern, Junkies und Dealer in das Jugendzentrum abzudrängen und so den damit natürlich überforderten Jugendlichen faktisch die Verantwortung für das von ihnen absolut nicht verschuldete Drogenproblem aufzubürden.)

Als letzte Ursache der Jugendunruhen gilt etwa der Schweizer Studie die *psychische* Struktur dieser Jugendlichen. Was ihnen fehlt oder fehlte, waren oder sind intakte Familien, ein Klima der Wärme, feste Bezugspersonen, Ichstärke etc., also all das, was, wie

die Autoren insinuieren, jene Haltung schafft, gravierende Beschränkungen der eigenen Lebensmöglichkeiten letzten Endes doch hinzunehmen, oder, wie es allgemein heißt, *Frustrationstoleranz* zu entwickeln. Als Psychologe erkennt man in derartigen Vokabeln auf den ersten Blick das ganze begrifflich-psychologische Arsenal zur *privatisierenden Entskandalisierung gesellschaftlicher Zustände*, das es erlaubt, im Rekurs auf die alles erklärende Psyche die gesellschaftlichen Strukturen *umgebbar* und so *umgänglich* zu machen.

Diese Art der Psychologisierung soll hier unter einem bislang weniger beachteten Aspekt diskutiert werden, dem der *Menschenverachtung, die in dieser Betrachtungsweise liegt*, und die in der penetrant verständnistriefenden Argumentationsweise nur noch deutlicher wird. Indem nämlich der Kampf der Jugendlichen trotz konzederter Mißstände letztlich auf — gegenüber einem Modell homo mittelschichtensis — *defizitäre psychische Strukturen* zurückgeführt wird, wird der in diesen Kämpfen zutage tretende kollektive Befreiungsversuch faktisch denunziert. Die Jugendlichen erscheinen, wie Marionetten an den Fäden ihrer destruierten Psychen hängend, als blind von ihren psychischen Defekten und Wärmedefiziten getrieben; und es kann, soweit die jeweiligen Autoren bürgerlichen Vorstellungen und Auftraggebern verhaftet bzw. verpflichtet bleiben, *nicht akzeptiert werden*, daß diese Jugendlichen in Analyse und Verarbeitung von für sie unhaltbar gewordenen Zuständen für eine menschenwürdige Zukunft kämpfen, daß sie versuchen, statt sich privat zu bescheiden und einzurichten, ihre eigenen Probleme als allgemeine und gemeinsam zu lösende zu begreifen und diesbezüglich die Herrschenden herausfordern. Da dieses Infragestellen vorfindlicher Gegebenheiten in seiner Berechtigung nicht zugegeben werden kann, *ohne sich mit den Jugendlichen zu solidarisieren*, müssen derartige Erklärungen trotz ihrer verständnisvoll sich gerierenden Form denunziatorisch und menschenverachtend werden. (Daß die Jugendlichen diese Einschätzungen und Erklärungen als das nehmen, was sie sind, ist eins der erfreulichsten Zeichen dieser Bewegung.)

Für Marxisten kann es *keine gesonderte Taktik* (im umgangssprachlichen Sinne) *gegenüber der Jugendbewegung* geben, da hier, vermittelt über das gemeinsame Interesse gegenüber den Herrschenden, eine *fundamentale Gemeinsamkeit* besteht, *aus deren Fehlen ja die bürgerliche Taktik im Umgang mit den Jugendlichen resultiert*. Diese ganzen Taktiken, psychologisierenden Erklärungen, dieses Bequatschen, Belabern, Verstehen und Beraten ist eben der Ausdruck des Fehlens einer gemeinsamen Grundlage und Ausdruck der Notwendigkeit, die aus dem Konsens mit den Herrschenden ausgebrochenen Jugendlichen möglichst so wieder einzufangen, daß sie den Fangvorgang selber gar nicht bemerken.

V. Perspektiven des Jugendkampfes

Der Verzicht auf eine verständnisvolle und erzieherische Sonderbehandlung der Jugendlichen, die nicht bestehende Notwendigkeit, sie durch besonders jugendgerecht gemeinte Tricks beschwichtigen zu müssen, die Einsicht in die spalterischen Konsequenzen personalisierenden Denkens in gedanklich auf Generationskonflikte verschobenen Klassenauseinandersetzungen etc. bedeutet jedoch nicht, *reale* Unterschiede zwischen den Generationen zu leugnen. Dies gilt etwa für die Suche der Jugendlichen nach alternativen Lebensformen, die allein deshalb nicht in spöttelnder Arroganz abzuwerten ist,

weil der Beispielcharakter „üblicher“ Lebensformen höchst zweifelhaft ist. Mit welcher Berechtigung auch sollte man etwa als beispielhaftes Modell die behütete Kleinfamilie hinstellen, die ihren Kindern emotionale Wärme und Geborgenheit zu geben wünscht und sich in ihre Etagenwohnung, eine Art emotionaler Hochsicherheitstrakt, privat zurückzieht — Brutstätte von Neurosen und Wiege der Psychoanalyse?

Man hat sich — etwa auch, was den Umgang von Jugendlichen mit ihrer Emotionalität, der sie gelegentlich ungeschminkt Ausdruck verleihen, angeht — immer zu fragen, inwieweit aufkeimende Ablehnung derartiger Lebensäußerungen Ausdruck einer Abwehr des Umstandes ist, daß die von den Jugendlichen „rücksichtslos“ an den Tag gelegten Sehnsüchte, Hoffnungen, Ängste etc. ja *nicht nur die ihren sind*, und inwieweit Etikettierungen wie „Subjektivismus“ etc. eine Rationalisierung eigener Verunsicherung sein könnten, da die grundsätzliche Ausklammerung der eigenen emotionalen Befindlichkeit aus gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine eingeschliffene Form bürgerlicher Privatheit ist, die einerseits die Verallgemeinerung des Betroffenseins durch unterdrückerische Anforderungen „verbietet“ und andererseits impliziert, daß ihre Durchbrechung notwendig „ungeübt“ ist und notwendig provokatorischen Charakter erhält. Ich kann dies hier nicht weiter ausführen.

Entscheidend ist, daß nicht die eigene Lebensweise unter der Hand *zum Maßstab gerät, der blind verallgemeinert wird*. Für die Erprobung neuer Lebensformen gilt m. E. schon jetzt, was Engels über die sexuellen Beziehungen künftiger Generationen meinte: „Wenn diese Leute da sind, werden sie sich den Teufel darum scheren, was man heute glaubt, daß sie tun sollen; sie werden sich ihre eigne Praxis und ihre danach abgemessene öffentliche Meinung über die Praxis jedes einzelnen selbst machen — Punktum.“⁶

Man muß davon ausgehen, daß in dem Maße, in dem die Jugendlichen auf ihren Lebensweisen beharren, auf ihren Forderungen insistieren, in dem sie Integrationsbemühungen wie die geschilderten als das durchschauen, was sie sind, der Druck auf die Jugendbewegung zunehmen wird, so daß das zentrale politische Problem darin besteht, ob es einen Beitrag dazu gibt, daß sich die Jugendlichen nach ihren eigenen Vorstellungen entfalten können. Die Marxisten haben mit den Jugendlichen nicht lediglich das erwähnte Interesse gegen die Herrschenden gemeinsam, sondern auch dasjenige, das Kräfteverhältnis zu ändern, daß die Durchsetzung oder Behauptung der jeweiligen eigenen Vorstellungen einfacher wird. Dies setzt voraus, die Jugendlichen als Teilsubjekt gesellschaftlicher Veränderung ernst zu nehmen, unter Einschluß des Wissens darum, daß ihre ideologischen Vorstellungen in vielfacher Hinsicht von denen des wissenschaftlichen Sozialismus erheblich abweichen.

Der Verzicht auf ein „taktisches Verhältnis“ zu den Jugendlichen heißt nun aber gerade nicht, daß die Marxisten ihre Ziele zu verstecken hätten. Gerade das wäre ja Ausdruck jenes taktischen Verhältnisses, zu dem die Bürger gezwungen sind. Wenn es so wäre, daß die Ziele von Jugendlichen und Marxisten in keinerlei Hinsicht übereinstimmten, könnte man in letzter Konsequenz nicht miteinander kämpfen. Es kommt darauf an, daß der ideologische Dissens mit Jugendlichen genauso ausgetragen wird *wie mit nichtjugendlichen Menschen auch*.

Überflüssige Denkbarrieren baut man sich nach meiner Auffassung dann auf, wenn man, wie weit verbreitet, von einer besonderen „Organisationsfeindlichkeit“ der Ju-

6 Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: MEW, Bd. 21, S. 83

gendlichen ausgeht. Dabei setze ich voraus, daß mit dieser Einschätzung der Organisationsfeindlichkeit nicht die triviale Tautologie, die gleichwohl immer wieder Triumphe empirischer Bestätigung erfährt, gemeint ist, daß jeder, der nicht Marxist ist, also auch das Gros der kämpfenden Jugendlichen, keine marxistische Lösung des Verhältnisses von Individuum und Organisation im Kopf haben bzw. praktizieren kann. Wenn man also davon absieht, daß Nichtmarxisten per definitionem einen bürgerlichen Freiheits-, Persönlichkeits- und Organisationsbegriff haben, so läßt sich feststellen: Der Umstand, daß die Jugendlichen gemeinsam kämpfen und mit ihrem Kampf ihre Persönlichkeit entfalten wollen, spricht absolut dagegen, daß sie dem Organisiert-Handeln und -Sein „feindlich“ gegenüberstehen, also „organisationsfeindlich“ sind. Was sie ganz offensichtlich in Frage stellen und z. T. massiv ablehnen, sind bestimmte Organisationen und Organisationsstrukturen, wobei sich ihnen *jede* Art von Hierarchie zum bürokratischen Wasserkopf auswächst — Verallgemeinerung einer in der bürgerlichen Gesellschaft alltäglichen Erfahrung. Die Jugendlichen sind m. E. auf der Suche nach demokratischen Organisationsformen, die die optimale Entfaltung der Persönlichkeit ermöglichen, was sich gegebenenfalls in der abstrakten Negation *vorfindlicher* Organisationen und deren Struktur äußern kann, gleichwohl keine Organisationsfeindlichkeit bedeutet. Wer beispielsweise gegenüber solchen Jugendlichen die Notwendigkeit der Existenz einer kommunistischen Partei mit der Notwendigkeit organisierten Kampfes begründet, redet demgemäß an denen vorbei, denen es um den Nachweis ginge, daß *diese* Form der Organisiertheit Voraussetzung der je historisch möglichen maximalen Entfaltung der Persönlichkeit ist. Nicht über das organisierte Handeln überhaupt ist zu streiten, sondern über die Art der Organisiertheit.

Indem Marxisten ihren Kampf führen, führen sie den der Jugendlichen mit *und umgekehrt*. Eine marxistisch fundierte Kommunal- und Wohnungspolitik *ist* mit den Interessen häuserbesetzender Jugendlicher gleichgerichtet und somit eine *Bündnisgrundlage*. In derartigem bündnismöglichendem Kampf sehe ich die einzige, allerdings auch vielversprechende Möglichkeit, dazu beizutragen, reale Isolationstendenzen bei Jugendlichen nicht dominierend werden zu lassen, sie merken zu lassen, daß vor ihnen schon dagewesen zu sein nicht notwendig im pejorativen Sinne etabliert zu sein bedeutet. In einem derartigen Kampf, der immer ideologische Auseinandersetzungen impliziert, liegt die einzige Möglichkeit, daß sie auch merken, *daß der Repressionsspielraum gegenüber Jugendlichen wesentlich vom Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung abhängt* (und daß es im übrigen *auch* vom Entwicklungsstand der Arbeiterbewegung abhängt, welche Politik etwa die „Neue Heimat“ betreibt). Daß die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft bei der gesellschaftlichen Veränderung und Umwälzung ist, ist ja keine „Erfindung“ der Marxisten, sondern „nur“ eine den realen gesellschaftlichen Widersprüchen entnommene und daraus gewonnene Erkenntnis, und es gibt keinen Grund anzunehmen, daß sie aufbegehrenden Jugendlichen dann verschlossen bleiben sollte, wenn die, die diese Erkenntnis gewonnen haben, ihren eigenen Kampf überzeugend führen.

Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen — politische Strömungen und Verallgemeinerungen — Wahlen

Lothar Bading

1. Zur Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur Hamburgs — 2. Die neuen sozialen Bewegungen in Hamburg und ihre soziale Basis — 3. Neue soziale Bewegungen und politische Strömungen und Kräfte im außerparlamentarischen Raum — Die politischen Hauptkräfte im außerparlamentarischen Raum — Der Aufschwung der außerparlamentarischen Bewegungen und die wachsende Einheit der Hamburger Linken seit 1980 — 4. Wahldiskussion und Wahlbewegung der Linken 1981/82 — 5. Zur Auswertung der Hamburger Bürgerschaftswahl 1982 — 6. Marxistische Position und bündnispolitische Konsequenzen

Hamburg ist die größte staatsmonopolistische Metropole der Bundesrepublik. In dieser Stadt leben 1,62 Millionen Menschen, und rund 928 000 hatten 1979 hier ihren Arbeitsplatz. Hamburg vereinigt auf seinem Territorium ein bedeutendes Wirtschaftspotential und ist trotz eines in den letzten zehn Jahren langsameren Wirtschaftswachstums als im Bundesdurchschnitt immer noch die Stadt mit der höchsten Produktivität pro Erwerbstätigen.¹ In Hamburg haben 52 der 500 größten Konzerne und Kapitalgesellschaften der Bundesrepublik ihren Hauptsitz.² Die bedeutende wirtschaftliche Position Hamburgs resultiert vor allem aus der Bedeutung der Hansestadt als größter Seehafen und führendes Außenhandelszentrum der Bundesrepublik sowie aus seiner Rolle als größte Industriemetropole, zweitgrößtem Bankenzentrum nach Frankfurt, überregional bedeutender Versicherungs- und Dienstleistungsmetropole sowie als westdeutscher Hauptsitz aller großen transnationalen Ölkonzerne und als größte Presse- und Medienstadt der Bundesrepublik.

Dieser hochkomplexe und hochvergesellschaftete staatsmonopolistische Wirtschaftsorganismus³ befindet sich wie der der Bundesrepublik insgesamt seit der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise 1974/75 in einer andauernden Krise, die mehr und mehr alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche durchdrungen hat. Hamburg befindet sich heute — Mitte 1982 —, wie viele andere Städte der Bundesrepublik auch, in Folge der Wirtschaftskrise in einer tiefen Haushalts- und Finanzkrise, die den ökonomischen und politischen Spielraum des sozialdemokratisch geführten Hamburger Senats erheblich eingeengt hat. Eine Vielzahl von Konflikten und Problemen ist aufgebrochen und prägt die politische Auseinandersetzung in der Hansestadt. Der ehemalige 1. Bürgermeister

1 Vgl. dazu: Hamburgische Landesbank (Hrg.), Die Hamburger Industrie im Anpassungsprozeß, Wirtschaftsanalysen 3/1980, Hamburg 1980, S. 13.

2 Angaben nach: Hamburg-Information (Hrg.), Der Hamburger Spiegel, Hamburg 1977, S. 67.

3 Vgl. ausführlicher zur Hamburger Wirtschaftsstruktur: F. Fiehler, Arbeitsplatz Hamburg, Regionalökonomie und -politik in Hamburg in den 70er Jahren, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4 (1981), S. 276 ff.

Hamburgs, *H. U. Klose*, charakterisierte die Lage der Stadt während seiner Amtszeit mit der dramatischen Aussage: „Die großen Städte, die Metropolen, sind die Kristallisationspunkte unserer Gesellschaft. Hier stellen sich die Probleme unserer Gesellschaft scharf und umfassend dar; hier wird sich zeigen, ob wir in der Lage sind, die Probleme zu lösen. Schaffen wir das nicht, sind nicht nur die Großstädte verloren..., dann verlieren wir die Zukunft, dann stirbt die Nation.“⁴ Hamburg ist demzufolge als Untersuchungsfeld für das Entstehen neuer gesellschaftlicher Konfliktfelder und das Wirken neuer sozialer Bewegungen prädestiniert. Aufgrund des überdurchschnittlichen Vergesellschaftungsniveaus, der Komplexität des staatsmonopolistischen Krisenprozesses sowie der fortgeschrittenen Klassen- und Sozialstruktur treten in Hamburg fast alle Widersprüche und Konfliktfelder des gegenwärtigen SMK der BRD auf besonders engem Raum und in besonders komplexer, intensiver und wechselseitiger Art und Weise zutage.

Dem entspricht auf nahezu allen wichtigen Feldern die Entstehung sozialer Protestbewegungen, die Entwicklung eines breiten und großen Widerstandspotentials gegen die staatsmonopolistische Krisenpolitik. Insbesondere gilt dies in Hamburg für die Umweltschutzbewegung, die Anti-AKW-Bewegung, die Initiativen gegen die Verkehrs-, Infrastruktur- und Industrieansiedlungspolitik des Senates, für die Mieterinitiativen in den Altbau- und Sanierungsgebieten, in den Neubauvierteln, für die Haus- und Instandbesetzerbewegung, für die „Aufschrei“-Initiative gegen die Rotstiftpolitik und ihre Auswirkungen, für die Schul- und Hochschulstreiks und besonders für die Friedensbewegung, die mit Demonstrationen von 50 000–70 000 Teilnehmern in Hamburg Massencharakter angenommen hat. Darüber hinaus gibt es in Hamburg eine Vielzahl weiterer Initiativen und Bewegungen, so gegen die Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen, gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die Berufsverbote, gegen das Wiederaufleben neofaschistischer Gruppen und Aktivitäten, gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit und gegen die gesellschaftliche Diskriminierung von Schwulen und Lesben sowie Behinderten.

Nachfolgend untersuchen wir zuerst die Klassen- und Sozialstruktur der staatsmonopolistischen Metropole Hamburg und ihre Veränderung in der jüngsten Zeit. Damit erhalten wir einen wichtigen Schlüssel zum tieferen Verständnis der genannten neuen Bewegungen und Initiativen und der neuen Momente in den schon älteren. Denn im Sinne einer materialistischen Sichtweise sind die wesentlichen Antriebskräfte sozialer Bewegungen in der Situation und den Widersprüchen der materiellen Existenzweise der einzelnen sozialen Gruppen zu suchen. Deshalb ist die Untersuchung der sozialen Basis und des sozialökonomischen Hintergrundes der sozialen Bewegungen wichtig. Das wird im Zusammenhang mit einer näheren Darstellung der einzelnen Bewegungen im dann folgenden Abschnitt versucht.

1. Zur Entwicklung der Klassen- und Sozialstruktur Hamburgs

Entsprechend dem hohen Entwicklungsniveau des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Hamburg, der fortgeschrittenen Entfaltungsstufe des intensiv erweiterten Re-

⁴ H. U. Klose, Rede am 22. 4. 1977 vor dem Universitätsclub von New York, abgedruckt in: R. Lange (Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg), Großstadtpolitik, Analysen – Ziele – Maßnahmen, Hamburg 1980, S. 65.

produktionstyps des Kapitals und der Metropolenfunktion Hamburgs hat sich zwangsläufig auch eine fortgeschrittene Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters und der Klassen- und Sozialstruktur insgesamt herausgebildet. Eine Untersuchung der gegenwärtigen Klassen- und Sozialstruktur Hamburgs⁵ erscheint sinnvoll, weil sie eine präzisere Kenntnis der Stärke und Struktur der verschiedenen Klassen und Schichten liefert, die in den neuen sozialen Bewegungen und darüber hinaus aktiv geworden sind und aufeinander einwirken. Eine solche Analyse ermöglicht, die Grundlagen der anti-monopolistischen Bündnispolitik für Hamburg wesentlich genauer zu bestimmen und die wichtigsten sozialen und politischen Bündniskräfte zu charakterisieren.

Schon im Rahmen einer vergleichenden sozialstatistischen Analyse der Beschäftigungsstruktur Hamburgs lassen sich wichtige Aussagen über die Gruppierung bestimmter sozialstatistischer Gruppen in den verschiedenen Sphären der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion und damit über grundlegende Strukturveränderungen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters machen.

Table 1: Verteilung der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen in Hamburg und der BRD 1961, 1979/80, in Prozent

	1961		1979		1980	
	HH	BRD	HH	BRD	HH	BRD
Arbeiter	44,4	48,5	35,5	42,3	37,2	42,3
Angestellte	37,6	24,5	46,6	37,2	37,2	37,2
Beamte	5,5	4,7	8,5	8,4	8,4	8,4
Selbständige/Mithelfende	12,6	22,3	9,4	12,1	12,1	12,1
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Erwerbstätige in Tausend	892,0	26 527	736,2	26 874	736,2	26 874
davon (in %):						
— Sphäre der materiellen Prod.	52,9	66,8	42,7	57,6	42,7	57,6
— Sphäre der Waren- und Geldzirkulation	21,9	14,0	25,4	15,3	25,4	15,3
— Sphäre der Dienstleistungen, Staat und Verbände	24,8	19,0	32,1	27,2	32,1	27,2

Errechnet und zusammengestellt nach: Statist. Landesamt Hamburg (Hrsg.): Die Berufszählung in Hamburg am 6. Juni 1961, Heft 72; IMSF (Hrsg.), Klassen- und Sozialstruktur d. BRD 1950—1970, Teil II, Frankfurt/M. 1974; Statist. Bundesamt (Hrsg.), Statist. Jahrbuch 1981 f. d. BRD

⁵ Unsere Untersuchung orientiert sich am Modell der Klassen- und Sozialstruktur des SMK bzw. der BRD, wie es auf Grundlage der Klassendefinition von W. I. Lenin durch das IMSF entwickelt wurde. Die dort entwickelten Kategorien, Kriterien und Operationalisierungen werden verwendet. Wir können hier allerdings nicht auf die Erfassungskategorien und -methoden der amtlichen Statistik in der BRD eingehen.

Die Angaben der Tabelle 1 können in ihren Kernaussagen wie folgt interpretiert werden:

1. Der Arbeiteranteil ist in Hamburg niedriger als im Bundesdurchschnitt, das Abnahmetempo 1961—79 ist höher als im Bundesdurchschnitt.

2. Der Angestelltenanteil Hamburgs ist höher als im Bundesdurchschnitt, das Anteilwachstum 1961—1979 war allerdings langsamer. Die Beamtenentwicklung entspricht dem Bundesdurchschnitt.

3. Der Anteil der Selbständigen und Mithelfenden war und ist gering, das Tempo ihrer Anteilabnahme ist allerdings langsamer als im Bundesdurchschnitt (Ursache: kleiner Agrarsektor).

4. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Sphäre der materiellen Produktion ist niedriger, und der Abstand zum Bundesdurchschnitt wird größer. Demgegenüber sind die Anteile in den Sphären Waren- und Geldzirkulation und Dienstleistungen höher, mit unterschiedlichem Wachstumstempo der Einzelbereiche.

Betrachtet man ergänzend dazu die Verteilung der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf auf die drei Hauptwirtschaftsbereiche, so zieht die Sphäre der materiellen Produktion in Hamburg einen erheblich niedrigeren Anteil der Arbeiter und Angestellten auf sich als bundesweit; umgekehrt ist der Anteil der Arbeiter und Angestellten der Sphäre der Waren- und Geldzirkulation und der Arbeiter des Dienstleistungssektors erheblich höher als im Bundesdurchschnitt.

In Tabelle 2 ist die Umgliederung der sozialstatistischen Angaben nach Klassenkriterien vorgenommen.⁶ Selbst unter Berücksichtigung der möglichen Ungenauigkeits- und Fehlerquoten können zutreffende Tendenz- und Vergleichsaussagen gemacht werden.

1. Das kapitalistische *Lohnverhältnis* ist seit langem in Hamburg deutlich stärker entfaltet als im Bundesdurchschnitt.

Das Wachstumstempo war in Hamburg trotz ohnehin schon höherer Ausgangsbasis weiterhin höher als bundesweit. Der realen Subsumtion unter das Kapital und den kapitalistischen Staat ist ein erheblich größerer Teil der Mittelschichten und der Intelligenz sowie der Frauen unterworfen. Auch diese Schichten und Gruppen wuchsen im Untersuchungszeitraum in Hamburg schneller als im Bundesdurchschnitt.

2. Die *Arbeiterklasse* Hamburgs ist in Relation zur Bundesrepublik etwas größer. Ihre innere Gliederung und Schichtung unterscheidet sich jedoch erheblich. Die Industriearbeiterschaft, der Kern der Arbeiterklasse, hat in Hamburg ein erheblich geringeres Gewicht (12,1:20,4%) als im Bundesgebiet und hat auch seit 1970 schneller abgenommen. Das Verhältnis zwischen Industriearbeitern und Industrieangestellten unterscheidet sich ebenfalls erheblich.⁷ Waren 1970 in Hamburg 34,8 Prozent der Industriebeschäftigten Angestellte und 64,8% Arbeiter (Bundesdurchschnitt 24,8:75,2%), so entwickelte sich diese Relation 1979/80 in Hamburg auf 42,4:57,2% und bundesweit auf 29,3:70,7%.

6 Die Daten bzw. Angaben der Tabelle 2 ergeben sich durch Umgruppierung bzw. Neugliederung des statistischen Datenmaterials nach dem IMSF-Konzept. Trotz der Fehlerquellen bei Schätzziffern sind hinreichend gesicherte Angaben möglich.

7 Zahlenangaben nach: IMSF (Hrg.), Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970. Teil II: Sozialstatistische Analyse, 1. Halbband, Frankfurt/Main 1974, S. 289; für Hamburg 1970 und 1979 ber. u. gesch. nach: Statistisches Landesamt Hamburg (Hrg.), Hamburger Industrie 1974/75, H. 115, S. 35, S. 126; für 1979 außerdem: Statistisches Jahrbuch Hamburg 1981, S. 125; für die BRD: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1981 für die BRD, S. 104.

Tabelle 2: Klassenstruktur der Erwerbstätigen Hamburgs und der BRD 1970, 1979/80 (Schätzwerte)¹

	1970		1979		1979		1980	
	Hamburg		BRD		Hamburg		BRD	
	in 1000	%	%	in 1000	in 1000	%	%	in 1000
Lohnabhängige	697.5	84,3	81,5	21587.0	674.6	91,6	88,0	23635.0
davon: Frauen	275.4	33,3	28,7	7606.4	280.9	38,1	32,8	8812.0
Arbeiterklasse	615.3	74,3	73,3	19412.0	566.2	76,9	75,2	20217.7
davon:								
– Industriearbeiter (incl. Hafenarbeiter)	137.0 (150.3)	16,6 (18,3)	24,4	6471.0	89.1 (101.2)	12,1 (13,8)	20,4	5490.0
– andere Wirtschaftsbereiche	143.2	17,3	21,0	5565.0	159.9	21,7	22,0	5912.0
– Arbeiterklassengruppen + Angestellte	299.0	36,1	25,8	6830.0	260.7	35,4	28,6	7692.9
+ Beamte	36.1	4,4	3,2	854.0	35.5	4,8	4,5	1220.9
– obere Randgruppen der Arbeiterklasse	70.7	8,5	6,8	1802.0	66.0	9,0	8,0	2148.4
Mittelschichten	163.6	19,8	23,2	6142.0	154.7	20,6	21,7	5818.2
davon:								
– Lohnabhängige Mittel- schichten u. Intelli- genz	82.2	9,9	7,0	1867.0	108.4	14,7	11,6	3115.7
– Selbständige Mittel- schichten u. Intelli- genz	81.4	9,8	16,1	4275.0	43,3	5,9	10,1	2702.5
+ nichtagrarisches	75.1	9,1	8,6	2271.0	38.0	5,2	5,4	1444.5
+ agrarisches	6.3	0,8	7,5	2004.0	5.3	0,7	4,7	1258.0
Kapitalistenklasse u. aggregierte Gruppen	24.2	2,9	2,2	579.0	18,5	2,5	2,0	537.5
Erwerbstätige insg.	827.7	100,0	100,0	26494.0	736.2	100,0	100,0	26874.0
Arbeitslose Ø Jahr	2.8	0,3	0,6	149.0	24.7	3,3	2,8	766.0
Erwerbspersonen	830.5			26643.0	760.9			27640.0
Erwerbsquote		46,2	43,4			44,5	43,7	

1 Differenzen durch Rundungen und statistische Überschneidungen.

Errechnet und geschätzt nach: Statist. Landesamt Hamburg (Hrsg.), Statist. Jahrbuch 1970/71, 1972/73, 1981; Die Volks- und Berufszählung i. Hamburg am 27. 5. 1970, Heft 109; Hamburgs Industrie 1974/75, Heft 115; Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966 i. d. gewerbl. Wirtschaft und i. Dienstleistungsbereich in Hamburg, Heft 91; Statist. Bundesamt (Hrsg.), Statist. Jahrbuch 1981; Löhne und Gehälter, Reihe 2.2, Angestelltenverdienste i. Industrie u. Handel Oktober 1979; IMSF (Hrsg.), Klassen- u. Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Teil II, a.a.O., entsprechende Abschnitte und Tabellen. André Leisewitz, Klassen i. d. BRD, Frankfurt 1977, entsprechende Abschnitte und Tabellen.

Damit wuchs der Anteil der Industrieangestellten erheblich schneller als bundesweit und deutet auf einen besonders hohen Entwicklungsstand der intensiv erweiterten Produktion hin. Denn die technischen und kaufmännischen Angestellten werden vor allem in den für die intensiv erweiterte Produktion typischen, der Produktion vor- und nachgelagerten Tätigkeitsfeldern Forschung und Entwicklung, Verwaltung, Ein- und Verkauf sowie Geschäftsführung eingesetzt.⁸ Andererseits ist der Teil der Industriearbeiterschaft Hamburgs, der in Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten vor allem vom Groß- und Monopolkapital ausgebeutet wird, mit 56,2 (BRD = 53,2%) im Jahre 1970 sowie 64,7 (BRD = 63,2%) im Jahre 1979/80 deutlich größer.⁹ Dagegen sind wiederum die Arbeiterklassengruppen unter der Angestelltenschaft Hamburgs 1979/80 erheblich größer, obwohl der Abstand seit 1970 deutlich geringer wurde. Die oberen Randgruppen der Arbeiterklasse im Übergang zu den lohnabhängigen Mittelschichten sind in Hamburg ebenfalls größer als im Bundesdurchschnitt.

3. Der Anteil der gesamten *Mittelschichten* und der *Intelligenz* ist in Hamburg nur wenig kleiner als bundesweit. Der Abstand hat sich seit 1970 deutlich verringert. Doch auch hier unterscheidet sich die innere Struktur ganz erheblich voneinander. Den stark überrepräsentierten Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz stehen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt stark unterrepräsentierte selbständige Mittelschichten gegenüber, was vor allem durch die äußerst geringe agrarische Produktion bedingt ist. Von nicht unerheblicher Bedeutung ist darüber hinaus die Tatsache, daß die absolute Zahl wie das relative Gewicht der lohnabhängigen Mittelschichten und Intelligenz in Hamburg seit 1970 derart schnell gewachsen sind, daß diese Schichten 1979 aufgrund der andererseits überproportional schnellen Abnahme der Industriearbeiterschaft Hamburgs größer sind als der Kern der Arbeiterklasse (14,7:13,8). Diese Relation verschiebt sich sogar noch deutlicher (14,7:8,2%), wenn man nur die rund 60 000 Industriearbeiter, die direkt vom Groß- und Monopolkapital ausgebeutet werden, in Beziehung zur Zahl der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz setzt.

Obwohl Hamburgs spezifische Rolle als staatsmonopolistische Metropole und Hafen- und Handelsstadt auch seine Sozialstruktur prägt, so antizipiert sie jedoch ebenfalls wichtige Züge und Tendenzen der BRD von morgen. Dies betrifft vor allem den Verallgemeinerungsgrad der Lohnarbeit, die Proportionen der Wirtschaftssphären, das Verhältnis von manueller und nichtmanueller Arbeit, die Innenstruktur der Arbeiterklasse, das Gewicht der „neuen“ Mittelschichten.¹⁰

Wie nach *Marx* die Natur der großen Industrie Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters bedingt, so „reproduziert sie (die große Industrie — d. V.) (andererseits) in ihrer kapitalistischen Form die alte Teilung der Arbeit

8 Vgl. Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien Hansestadt Hamburg (Hrg.), Beschäftigungsstruktur im verarbeitenden Gewerbe Hamburgs 1978, Hamburg 1981, S. 9 ff.

9 Geschätzt nach den Angaben von: Behörde für Wirtschaft..., a.a.O., S. 34 ff.; Stat. LA Hamburg (Hrg.), Hamburgs Industrie, a.a.O., S. 126; IMSF (Hrg.), Klassen- und Sozialstruktur a.a.O., Teil II, 1. Hbd., S. 228. Statist. Bundesamt (Hrg.), Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer 1979, S. 82.

10 Verwiesen werden kann auf die Zahlen für USA und Schweden, die schon 1967/68 einen Lohnabhängigenanteil von 89 bzw. 85 Prozent aufwiesen, und wo 1975 65 bzw. 58 Prozent der Erwerbstätigen im Handel und den Dienstleistungen (im weiteren Sinne) beschäftigt waren (BRD 47, Hamburg 69 Prozent) (IMSF [Hrg.], Klassen- und Sozialstruktur, a.a.O., II. Teil, 2. Hbd., S. 382; Hamburgische Landesbank [Hrg.], Dienstleistungsmetropole Hamburg, Wirtschaftsanalysen 1/1980, Hamburg 1980, S. 10 u. 14).

mit ihren knöchernen Partikularitäten. Man hat gesehen, wie dieser absolute Widerspruch alle Ruhe, Festigkeit, Sicherheit der Lebenslage des Arbeiters aufhebt, ihm mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand zu schlagen und mit seiner Teilfunktion ihn selbst überflüssig zu machen droht; wie dieser Widerspruch im ununterbrochenen Opferfest der Arbeiterklasse, maßlosester Vergeudung der Arbeitskräfte und den Verheerungen gesellschaftlicher Anarchie sich austobt. Dies ist die negative Seite.¹¹ Diese Einschätzung trifft auch das Wesen, die negative Seite, die krisenhafte Durchsetzung der neuen Produktions- und Reproduktionsstrukturen dieser Gesellschaft unter staatsmonopolistischen Bewegungsgesetzen. Die gerade gegenwärtig vehement vorangetriebene Entwicklung der Produktivkräfte und die damit einhergehende Veränderung der Klassen- und Sozialstruktur können sich nicht proportional und ausgewogen vollziehen, sondern erfolgen krisenhaft, disproportional, produzieren Deformationen und Widersprüche größten Ausmaßes.

Tabelle 3: Entwicklung ausgewählter sozialstatistischer Gruppen in Hamburg 1970, 1979–1982 in Tausend

	1970	1979	1980	1981	1982*
Schüler(innen)	222.7	227.9	218.7	209.3	
Berufsschüler(innen)	55.7	72.2	73.3	75.8	
Studierende	28.7	44.5	44.9	48.3	
Arbeitslose	2.8	24.7	23.1	33.9	50.0
davon:					
— Frauen	1.3	11.9	10.9	14.3	18.7
— Jugendliche insgesamt		4.4	5.4	9.8	
bis unter 20		1.6	2.0	3.7	3.8
bis unter 25		2.8	3.4	6.1	
— Angestellte		9.1	8.8	12.3	16.4
— Ausländer		2.5	3.0	6.9	9.2
— Intelligenz**		1.5	1.8	2.5	
Kurzarbeiter(innen)		2.7	0.5	3.7	11.4
Sozialhilfeempfänger(innen)	59.3	92.0	95.5	96.0	

Quelle: Statist. Landesamt Hamburg (Hrsg.), Statist. Jahrbuch 1981, a.a.O. Statist. Taschenbuch 1981, a.a.O., Daten und Informationen 1982; Arbeitsamt Hamburg (Hrsg.), Textliche und tabellarische Informationen zum Arbeitsmarktgeschehen März u. April 1982; Statist. Sonderheft, Strukturanalyse Arbeitslose — offene Stellen September 1981.

* Ø der ersten 4 Monate 1982

** umfaßt Fachhochschul- und Hochschulabsolventen

Tabelle 3 enthält Angaben, die geeignet sind, das Ausmaß und die Tiefe der gegenwärtigen Krisenprozesse zu veranschaulichen. Sie verweisen ebenfalls auf wichtige Rekrutierungsgebiete der gegenwärtig neuen sozialen Bewegungen.

1. Der in der Ausbildung befindliche Teil der Hamburger Bevölkerung hat sich in-

folge des bis 1974/75 betriebenen Ausbaus des Bildungssektors deutlich vergrößert. Die Zahl der *Studenten*, als sozial und politisch besonders sensible Gruppe der Gesellschaft, ist um 68,3% seit 1970 besonders stark gewachsen. Ein ebenfalls deutliches Wachstum vollzog sich in der Gruppe der Berufsschüler/innen.

2. Als schärfster Ausdruck der Tiefe und des Voranschreitens der kapitalistischen Krise in Hamburg hat sich die Zahl der *offiziell Arbeitslosen* von 1970 bis 1982 um das 18fache erhöht, wobei der große Anteil der verdeckten Arbeitslosigkeit unberücksichtigt bleibt.¹² Die Struktur der Arbeitslosigkeit in Hamburg ist besonders dadurch gekennzeichnet, daß im Unterschied zum Bundesdurchschnitt und zu anderen Großstädten die *Jugendarbeitslosigkeit* (1981 waren 10,9% aller Arbeitslosen unter 20 bzw. 28,9% bis unter 25 Jahre alt) schon seit mehreren Jahren überproportional hoch ist.¹³

3. Weiterhin fällt auf, daß der Anteil der Intelligenz an den Arbeitslosen auf über 7% gestiegen ist, was auf eine zunehmende Proletarisierung und *Deklassierung* von immer größer werdenden Teilen der *lohnabhängigen Mittelschichten*, insbesondere der Intelligenz hindeutet.

4. Ausdruck für die sozialen Auswirkungen des Krisenprozesses in Hamburg ist ebenfalls die Steigerung der Zahl der *Sozialhilfeempfänger* um rund 62% von 1970 bis 1981.

Damit ist ein erhebliches potentielles Protestpotential von arbeitslosen Jugendlichen, Schülern und Studenten sowie sozialen Randgruppen entstanden, das eine wichtige Rekrutierungsbasis der neuen sozialen Bewegungen in Hamburg darstellt.

Die Analyse der Hamburger Sozialstruktur enthält auch deutliche Hinweise auf die Veränderung der objektiven Wirkungsbedingungen einer marxistischen Klassenpartei, wie es in Hamburg und der BRD die DKP ist. Dies betrifft im Rahmen der Hauptfragestellung dieses Beitrages vor allem auch die Frage antimonopolistischer Bündnispolitik gegenüber den neuen Bewegungen im Zusammenhang mit der Orientierung auf die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

1. Die *Orientierung auf den Kern der Arbeiterklasse*, die Industriearbeiterschaft in den Großbetrieben, die auch in Hamburg einen hohen, durch die vergesellschaftete Produktion bedingten objektiven Organisationsgrad und eine hohe gewerkschaftliche Organisation hat, ist in Hamburg angesichts einer großen Arbeiterklasse, aber relativ kleinen Industriearbeiterschaft besonders wichtig.

2. Das weit überdurchschnittliche Gewicht der Arbeiterklassengruppen aus der Angestellten- und Beamtschaft hat die Struktur und das Antlitz der Hamburger Arbeiterklasse insgesamt gegenüber den 50er und besonders natürlich den 20er und 30er Jahren, der Zeit des größten Masseneinflusses der KPD, tiefgreifend verändert. Die Bedeutung der *klassenmäßigen Mobilisierung und Assimilierung dieser „neuen“ Gruppen der Arbeiterklasse* mit ihren Besonderheiten im Rahmen der Klasseneinheit hat erheblich zugenommen. Aufgrund ihrer schwerpunktmäßigen Stellung in der Handels- und Dienstleistungssphäre sowie im staatsmonopolistischen Verwaltungs- und Reproduktionsapparat wirken diese Arbeiterklassengruppen im Arbeitsprozeß zum Teil aufs engste mit den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz zusammen und stehen

12 Vgl. dazu: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales (Hrg.), Gutachten: Untersuchung der Gründe für die überdurchschnittliche Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg, Hamburg 1980, S. 10 ff.

13 Ebenda, S. 28 ff.

demzufolge immer noch unter einem nicht zu unterschätzenden sozialen und ideologischen Einfluß dieser Schichten, insbesondere, da deren Gewicht, bedingt durch ihre besondere Arbeitstätigkeit, über ihr rein sozialstatistisches Gewicht aufgrund ihrer oft hohen Multiplikatorfunktion weit hinausgeht.

3. Das besondere Gewicht der *lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz* in Hamburg, die im Gegensatz zu den „alten“ selbständigen Mittelschichten nicht an Gewicht verlieren, sondern mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte im SMK weiter anwachsen bzw. ihren Anteil auf hohem Niveau halten werden, macht diese Mittelschichtengruppen zum wohl wichtigsten antimonopolistischen Bündnispartner der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie der marxistischen Arbeiterpartei Hamburgs. Verstärkt werden die Wechselbeziehungen durch die sozialen Interaktionen der Nachbarn sowie durch soziale Mobilität (nach „oben“ und „unten“) zwischen diesen sozialen Gruppen.

Aufgrund des besonders hohen Vergesellschaftungsgrades der Produktion und Reproduktion, der entsprechenden Klassen- und Sozialstruktur ist die Wechselwirkung zwischen allen Klassen, Gruppen und Schichten der Hamburger Bevölkerung besonders eng und intensiv. Demzufolge gilt dies auch für ein besonders enges Wechselverhältnis und nahes Beieinanderliegen der Schnittlinien einer Politik der Aktions- und Klasseneinheit und einer antimonopolistischen Bündnispolitik. Jede künstliche und sektiererische Trennung oder gar Entgegensetzung würde nicht nur das Bündnis zu den Mittelschichten erschweren, sondern auch die Klasseneinheit aller Gruppen der Hamburger Arbeiterklasse nahezu unmöglich machen.

2. Die neuen sozialen Bewegungen in Hamburg und ihre soziale Basis

Auf der Grundlage eigener Beobachtung, von Schätzungen und von Aussagen befragter Leiter und Aktiver in Bürgerinitiativen und anderen Bewegungen sollen hier einige Tendenzaussagen über die soziale Zusammensetzung der Protestbewegungen gemacht werden, wie sie heute, also für die Entwicklung bis Mitte des Jahres 1982, möglich sind. Freilich muß man sich gerade dabei vor generalisierenden Verallgemeinerungen hüten, die die Spezifik der einzelnen Bewegungen und ihre Unterschiede nur unzureichend berücksichtigen.

Für den Bereich der *Umweltschutz- und Ökologiebewegung* kann gesagt werden, daß die verschiedenen Gruppen der Mittelschichten überproportional vertreten und Gruppen der Arbeiterklasse unterrepräsentiert sind. In diesem Konfliktbereich trifft man auf mehr Angehörige selbständiger, nichtagrarischer und, soweit sie in Hamburg vorhanden sind, agrarischer Mittelschichten. So spielen die Fischer, die in ihrer unmittelbaren Existenzgrundlage betroffen sind, in der Initiative „Rettet die Elbe“ eine äußerst wichtige Rolle. Das gleiche gilt für Bauern und Gärtner in Initiativen, die sich gegen die Luft- und Bodenvergiftung z. B. durch Boehringer, Reynolds und die Norddeutsche Affinerie wenden. Diese selbständigen Mittelschichten sind immer dort stärker vertreten, wo ihre sozialökonomische Existenzgrundlage unmittelbar bedroht ist. Dennoch spielen sie aufgrund ihres unterdurchschnittlichen Gewichts in der Gesamtklassen- und Sozialstruktur Hamburgs eine geringere Rolle als bundesweit in der Umweltschutzbewegung.

Über 20 BIs entstanden gegen den geplanten Bau einer Kette von Kernkraftwerken an

der Unterelbe. Diese *Anti-KKW-Bewegung* forderte die Stilllegung der sicherheitstechnisch unzureichenden Kernkraftwerke Brunsbüttel und Stade, die durch eine Vielzahl von Störfällen schon mehrmals stillgelegt werden mußten. Darüber hinaus kämpfte die *Anti-KKW-Bewegung* vor allem gegen den Bau des KKW Brokdorf und die Inbetriebnahme des KKW Krümmel. In den BIs gegen Atomkraftwerke dominieren in Hamburg eindeutig Gruppen der Intelligenz und der lohnabhängigen Mittelschichten sowie Jugendliche und Studenten und zu einem gewissen Teil freiberufliche Intelligenzgruppen, wobei nicht unerhebliche Teile der Arbeiterjugend, auch wenn sie selbst kaum in den BIs aktiv werden, mit den Aktionen und Zielen sowie Wertvorstellungen dieser Bewegung sympathisieren und sich punktuell aktiv beteiligen. Aktiv werden Kerngruppen der Arbeiterklasse im Umweltschutzbereich, ähnlich wie die selbständigen Mittelschichten, bisher nur, insoweit es ihre unmittelbaren Interessen betrifft. So entstand z.B. für die Erhaltung der Kleingartenkolonie Billerhuder Insel als Erholungs- und Grünzone eine Bürgerinitiative, die mehrheitlich von den dort wohnenden Arbeitern und kleinen Angestellten getragen wird. Für den gesamten Bereich der Umweltschutzbewegung Hamburgs kann man insgesamt eine deutliche Dominanz der Intelligenz und der lohnabhängigen Mittelschichten, das verstärkte Auftreten von Frauen sowie der Jugend, insbesondere der Schüler- und Studentenschaft, feststellen.

Anders ist die soziale Basis der *Friedensbewegung* strukturiert. Die rund 100 Friedensinitiativen verteilen sich auf fast alle gesellschaftlichen Bereiche. Der harte Kern der Initiativen liegt zwischen 15—20 Mitgliedern; bei Aktionshöhepunkten arbeiten zwischen 40 und 50 aktiv mit. Es existieren rund 60 Stadtteilinitiativen, die sich in einigen Bezirken (Eimsbüttel 20, Altona 18) schon bis hin zu Straßenzügen organisiert haben. In Schulen, Hochschulen und Kirchengemeinden haben sich ca. 30 Friedensinitiativen gebildet. Rund zehn Betriebsinitiativen (die größte mit ca. 200 Arbeitern und Angestellten im Hafen, eine Initiative Alternative Produktion im Rüstungsbereich, weitere bei Bahn und Post, im Chemiebetrieb Beiersdorf und bei der Volksfürsorge-Versicherung) arbeiten in der Produktions- und Zirkulationssphäre. Darüber hinaus existiert noch eine Reihe einzelner Friedensinitiativen in bestimmten Bereichen der Reproduktionssphäre wie dem Gesundheitswesen, in Bibliotheken und Kindergärten, aber auch eine größere, 50—60 Mitglieder umfassende Initiative von Handwerkern für den Frieden. Die Friedensinitiativen erfassen somit alle Klassen und Schichten der Hamburger Bevölkerung. 60 bis 70% der rund 5000 bis 6000 mehr oder weniger Aktiven der Hamburger Friedensbewegung gehören zu Gruppen der Intelligenz, der lohnabhängigen Mittelschichten sowie von Schülern, Studenten und Lehrlingen. 25 bis 30% rekrutieren sich aus der Arbeiterklasse, wobei rund 10% Teil der Industriearbeiterschaft sind und 15 bis 20% der Arbeiterjugend, den „neuen“ Gruppen der Arbeiterklasse bzw. den oberen Randgruppen der Arbeiterklasse zuzurechnen sind. Ca. 5% der Aktiven sind Angehörige der selbständigen nichtagrarischen Mittelschichten, vor allem freiberufliche Intelligenz (Ärzte, Juristen usw.) und Handwerker. Auch wenn in der Friedensbewegung Gruppen der Intelligenz und lohnabhängige Mittelschichten sowie Schüler und Studenten eine überproportional große Rolle spielen, so ist die Bedeutung verschiedener Gruppen der Arbeiterklasse trotz weiter bestehender Unterrepräsentation schon deutlich größer als in der Umweltschutzbewegung.

Die *Bewegungen und Aktionen* gegen die kapitalistische Krise auf dem Wohnungsmarkt, gegen *Wohnraumspekulanten*, große Wohnungsbaugesellschaften und die unso-

ziale und profitorientierte Sanierungs- und Stadtplanungspolitik des Hamburger Senats werden ebenfalls von fast allen sozialen Klassen, Gruppen und Schichten getragen. In Hamburg sind z. Z. 55 000 Wohnungssuchende registriert, 90 000 Wohnungen sind überbelegt. Auf der anderen Seite stehen 100 Häuser mit 2000 Wohnungen aus Spekulationsgründen leer. Aufgrund vor allem der direkten Betroffenheit ist auf diesem Konfliktfeld das Engagement von Gruppen der Arbeiterklasse und einzelnen Arbeitern besonders stark entwickelt. Vor allem die sieben *Mieterinitiativen* von den insgesamt 30 in Hamburg, die in Arbeiterneubaugebieten wie Osdorf, Steilshoop, Mümmelmannsberg usw. gegen die großen Wohnungsbaugesellschaften aktiv geworden sind, werden in ihrer überwiegenden Mehrheit von Arbeitern und unteren Angestelltengruppen geführt und getragen. Diese Initiativen sind nicht nur Instrument des direkten Interessenkampfes, sondern gleichzeitig auch Kristallisationspunkte für Arbeiterkultur im weitesten Sinne. Besonders in den oft öden und kalten Neubaugebieten veranstalten diese Initiativen Feste, Freizeitaktivitäten, initiieren Sozialarbeit, geben eigene Zeitungen heraus und sind damit wichtige Keimformen und Ansätze auch für neue soziale Kommunikationsstrukturen und ein eigenes soziales Milieu. Dennoch kann man ihre politische Begrenztheit nicht übersehen, da sie sich im wesentlichen nur auf die Auswüchse verfehlter kapitalistischer Wohnungsbaupolitik beziehen.

Anders ist die soziale Zusammensetzung in den 23 *Altbaumieterinitiativen* in den großen Sanierungsgebieten Hamburgs wie z. B. Altona, Ottensen, Schanzenviertel, St. Georg, Neustadt und St. Pauli. Obwohl auch hier überdurchschnittlich viele Arbeiter und kleine Angestellte wohnen, werden diese Initiativen in ihrer überwiegenden Mehrheit von Gruppen der unteren lohnabhängigen Mittelschichten, von arbeitslosen bzw. schlechter verdienenden Intelligenzgruppen (vor allem Lehrern und Studenten) geführt, die aufgrund ihrer ebenfalls oft schwachen sozialen Lage in diesen meist noch billigeren Wohngebieten leben. Den aktiven Kern dieser Initiativen bilden in ihrer Mehrheit Intellektuelle und einige wenige Arbeiter sowie kleinere und mittlere Angestellte. Doch sind diese Initiativen deshalb auch nicht weniger unter den dort wohnenden Gruppen der Arbeiterklasse verankert. Sie werden von Arbeitern unterstützt und mitgetragen und finden zum Teil erhebliche Sympathie unter den dort wohnenden Arbeiterjugendlichen.

So war es kein Zufall, daß gerade in diesen Sanierungsgebieten, so z. B. im Schanzenviertel, eine Reihe von *Hausbesetzungen* stattfand, die auf breite Sympathie der dort wohnenden Arbeiterbevölkerung aufbauen konnten und teilweise auch von Schülern und Arbeiterjugendlichen mitgetragen und aktiv unterstützt wurden. Auch wenn in Hamburg eine so starke Haus- und Instandbesetzungsbewegung wie in West-Berlin und anderswo sich bisher noch nicht entwickeln und halten konnte, war es kennzeichnend für Hamburg, daß bestehende Mieterinitiativen vor allem in den Sanierungsgebieten und jugendliche Instandbesetzer meist von Beginn an mehr oder weniger eng zusammenwirkten und auch gemeinsame Aktionen starteten und am Ende einer Mieteraktionswoche aller Hamburger Mieterinitiativen über 10 000 Menschen gemeinsam gegen die Wohnungsspekulanten und die Wohnungsbaupolitik des Senats demonstrierten.

Gerade in diesen Sanierungsgebieten, in denen zudem auch viele Ausländer wohnen, bildete sich im Laufe der Jahre eine Vielzahl weiterer *Initiativen* vor allem der *Selbsthilfe* heraus, die zu einem *relativ festen Geflecht von sozialen Kommunikationsnetzen* und ei-

nem alternativen Gegenmilieu sich weiterentwickelten und einen überaus wichtigen sozio-kulturellen Resonanzboden für die neuen sozialen Bewegungen in Hamburg darstellen. So ist es kein Zufall, daß gerade auch diese Sanierungsgebiete Hochburgen der Umweltschutzbewegung und der Friedensbewegung sind. Hier kommt es zu einem überdurchschnittlich starken Kontakt und engen sozialen und politischen Wechselbeziehungen zwischen vor allem jüngeren Arbeiter- und Angestelltengruppen, Arbeiterjugend, Schülern, Arbeitslosen und deklassierten bzw. von der Krise schärfer betroffenen Teilen der unteren lohnabhängigen Gruppen vor allem der Intelligenz und Studenten.

Hierbei vollziehen sich ideologische, politische und kulturelle Prozesse, die in ihrem Kern auf eine ideologische Hegemonialisierung von einzelnen Arbeiterindividuen und Arbeitergruppen durch die oben genannten sozialen Gruppen hinauslaufen. Dies gilt insbesondere für die Arbeiter, die nicht selbst organisiert bzw. als eigenständige politische und kulturelle Klassenkraft, als Partei auftreten. So positiv diese in ersten Ansätzen zutage tretende Entwicklung für Teile der Arbeiter und unteren Angestellten in den genannten Sanierungsgebieten einerseits zu bewerten ist, so wirft sie andererseits doch eine Reihe von Problemen für die Entwicklung der politischen und ideologischen Selbständigkeit dieser Arbeitergruppen auf, die vor allem auch für die marxistische Arbeiterpartei von Bedeutung sind.

Der *Kampf gegen die Rotstiftpolitik* und ihre Folgen hat sowohl bei den dort betroffenen Beschäftigten als auch bei den durch Leistungs- und Mittelkürzung Beeinträchtigten zu Reaktionen geführt. So entstand in diesem Bereich eine Initiative, getragen von Repräsentanten von über 150 Jugend- und Sozialarbeitsprojekten in Hamburg und rund 1000 betroffenen Einzelpersonen, die eine „*Aufschrei*“-Initiative gegen die geplanten Kürzungen gründete und eine große Diskussionsveranstaltung und eine Demonstration mit 12000 Teilnehmern organisierte. Die im Schulentwicklungsplan des Senats formulierte Absicht, anstatt die Klassenfrequenzen zu senken bis 1990 mehr als 100 Schulen wegen angeblich sinkender Schülerzahlen zu schließen bzw. zusammenzulegen, führte zu großen Protestaktionen von Lehrern, Eltern und vor allem Schülern. Zwei *Schulstreiks* von 50000 bzw. 45000 Schülern fanden im Februar und Mai 1981 statt, und über 25000 Schüler demonstrierten auf der Straße. Ebenso kam es im Hochschulbereich zu Streiks und Demonstrationen gegen die katastrophale Überfüllung und die Kürzung von weiteren Personal- und Sachmitteln.

Betrachtet man die Bewegungen gegen die Rotstiftpolitik hinsichtlich ihrer sozialen Zusammensetzung, so trifft man hier vor allem Schüler und Studenten in klassen- und schichtenübergreifender Zusammensetzung, junge Wissenschaftler, Frauen vor allem aus Sozialberufen, untere Gruppen der lohnabhängigen Intelligenz, vor allem Lehrer(innen), Sozialarbeiter(innen) bzw. Sozialpädagog(inn)en, und in ersten Ansätzen Hausfrauen aus der Arbeiterklasse, die durch die drastische Sparpolitik im Sozial-, Jugend- und Kindererziehungsbereich in ihren Entfaltungsmöglichkeiten als Frau betroffen sind. Die Gewerkschaften und relevante Teile der Arbeiterklasse spielen in diesen Auseinandersetzungen bisher kaum eine Rolle.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Allgemein gilt auch für Hamburg, daß die neuen sozialen Bewegungen immer noch mehrheitlich von Mittelschichtengruppen sowie Schülern und Studenten geführt und getragen werden. Dies gilt im besonderen für die Bewegung gegen das Bonner Atomprogramm und die Kernkraftwerke an der Unterelbe.

Dennoch reicht diese grobe Einordnung bei weitem nicht mehr aus. Zuerst muß man für Hamburg feststellen, daß besonders die *Gruppen der unteren lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz* (z. B. Lehrer, Studenten, Sozialarbeiter und -pädagogen, Verwaltungsangestellte und junge Wissenschaftler) in den neuen sozialen Bewegungen dominieren. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß sie relativ jung — in ihrer großen Mehrheit unter 35 Jahren — und damit in den letzten zehn Jahren mehr und mehr von der Verschärfung des gesamtgesellschaftlichen Krisenprozesses betroffen sind. Besonders durch die staatsmonopolistische Sparpolitik in der Reproduktions- und gesellschaftlichen Konsumtionssphäre sind diese sozialen Gruppen von Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung betroffen, so daß die Differenzierungs-, Deklassierungs- und Proletarisierungsprozesse sich in diesen unteren Mittelschichten- und Intelligenzgruppen deutlich verstärkt haben und somit auch sozial eine *weitere Annäherung* größerer Teile dieser Gruppen *an die Lage der Arbeiterklasse* stattfand und weiterhin stattfinden wird. Um die neuen Möglichkeiten und Ansatzpunkte für antimonopolistische Bündnispolitik präziser zu bestimmen und das Einwirken gerade dieser genannten Gruppen auf Teile der Arbeiterklasse zu erfassen, deren nächster „sozialer Nachbar“ diese unteren lohnabhängigen Mittelschichten- und Intelligenzgruppen besonders in Großstädten sind, wird es notwendig sein, diese Probleme weiter zu untersuchen.

Dieser Prozeß spiegelt sich in besonders deutlicher Form in den großen Sanierungsgebieten Hamburgs wider, wo diese neuen unteren Gruppen der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz gemeinsam mit Gruppen der Arbeiterklasse, Rentnern und Jugendlichen wohnen und leben. Deshalb ist es kein Zufall, daß diese unteren lohnabhängigen Mittelschichten- und Intelligenzgruppen nicht nur Träger der Umweltschutzbewegung sind, sondern auch zunehmend gegen den Sozialabbau des Senats aktiv werden und die „Aufschrei“-Initiative starteten. Dennoch gilt auch für diese Gruppen der Mittelschichten, daß sie vor allem wegen ihrer überdurchschnittlichen Bildung und Qualifikation sowie ihrer Stellung im Reproduktions- und Arbeitsprozeß weiterhin einige Privilegien besitzen und bessere Chancen haben, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Daraus resultiert objektiv eine Reihe von ideologischen Differenzen und Problemen in den neuen sozialen Bewegungen. Auch wenn diese genannten sozialen Gruppen immer noch dominieren, so läßt sich für Hamburg doch eindeutig feststellen, daß vor allem in den Bewegungen für Frieden, gegen die Wohnungsnot und den Sozialabbau zunehmend Gruppen der Arbeiterklasse, meist jedoch noch in Form passiver Sympathie, aber z. T. auch aktiv, einbezogen sind.

Dabei handelt es sich vor allem um Arbeiterjugend, obere Randgruppen der Arbeiterklasse aus der Angestellten- und Beamtschaft und „neue“ jüngere Arbeiterklassengruppen aus dem großen Verwaltungs- und Dienstleistungssektor Hamburgs sowie Hausfrauen und Rentner(innen) außerhalb des Produktionsprozesses. Dagegen gilt auch für Hamburg weiterhin, daß die *Kerngruppen der Industriearbeiterschaft* in den neuen und erweiterten sozialen Bewegungen noch deutlich unterrepräsentiert sind, auch wenn es in der Friedensbewegung einzelne positive Ansätze gibt. Diese Situation spiegelt sich auch in den Stadtteilen und Wohngebieten mit einem hohen Anteil von Industriearbeitern wider. Aktionen und Initiativen neuer sozialer Bewegungen existieren hier bisher kaum. Positive erste Ansätze sind jedoch einige Friedensinitiativen, die auch in Industriearbeiterstadtteilen Hamburgs mit Beteiligung von Arbeitern entstanden sind.

Neben den bisher genannten Klassen, Gruppen und Schichten wirken in der Umweltschutz- wie auch in der Friedensbewegung und in Mieterinitiativen Teile der für eine Metropole wie Hamburg relativ stark vertretenen *freiberuflichen Intelligenzgruppen*. Auch für sie gilt, daß sie überwiegend unter 40 Jahre alt sind und sich der alternativen kulturellen und politischen Szene Hamburgs zugehörig fühlen. Dagegen spielen die *oberen etablierten lohnabhängigen Mittelschichten*, vor allem Angestellten- und Beamtengruppen aus dem staatlichen und administrativen Verwaltungs- und Führungsbereich, aus den Verwaltungszentralen der großen Konzerne, Banken und Versicherungen und aus den meist zum Leitungsapparat zählenden Angestelltengruppen in der Industrie und im Handel in den neuen sozialen Bewegungen keine Rolle.

Die traditionellen *selbständigen städtischen Mittelschichten* (Handwerker, Händler und andere Gewerbetreibende) spielen, entsprechend ihrer unterdurchschnittlichen Bedeutung in der Hamburger Klassen- und Sozialstruktur, in den neuen sozialen Bewegungen eine unerhebliche Rolle, außer der schon erwähnten Friedensinitiative von Handwerkern. Andererseits spielen die selbständigen Elbfischer und einige wenige Bauern als Vertreter der in der Großstadt Hamburg besonders schwach vertretenen agrarischen Mittelschichten im Kampf gegen die Elbverschmutzung und gegen die Vergiftung landwirtschaftlicher Nutzflächen eine wichtige Rolle als Kristallisationsgruppen in der Umweltschutzbewegung.

3. Neue soziale Bewegungen und politische Strömungen und Kräfte im außerparlamentarischen Raum

Das politische Entwicklungsniveau der übergroßen Mehrheit der Hamburger Bürgerinitiativen und Bewegungen wird schon seit langem nicht mehr durch Ein-Punkt-Forderungen bestimmt, sondern ist seit Mitte der 70er Jahre durch eine deutlich zunehmende Politisierung, Verallgemeinerung und Einordnung der Zielsetzungen, Forderungen und Aktionen in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge gekennzeichnet. Die Verallgemeinerung der Erfahrungen und die Politisierung der neuen sozialen Bewegungen entwickelte sich nicht nur spontan aus den Bewegungen selbst heraus. Vielmehr war dieser Politisierungsprozeß ebenfalls Ergebnis des Hineinwirkens verschiedener sozialer und politischer Kräfte, die in den Bewegungen zusammenkamen bzw. sich mit ihnen solidarisierten und sich zu gemeinsamen Aktionen vereinten. In diesem Prozeß wechselseitiger Beeinflussung wurden bereits existierende gesellschaftspolitische Vorstellungen, Ideologien und Wertvorstellungen in diese neuen sozialen Bewegungen hineingetragen, verarbeitet, in neuen Formen reproduziert und so zur Grundlage zukünftiger politischer und ideologischer Arbeit sowie der Lebensweise. Dabei setzten sich politische Strategien, Ideologien und Werte durch, die den im Entstehungsprozeß befindlichen Bewegungen mit ihrer starken Betonung der direkten subjektiven Betroffenheit und Spontaneität und ihrer sozialen Basis entgegenkamen.

Bevor man sich dem Wechselverhältnis zwischen den neuen und erweiterten sozialen Bewegungen und den politischen Strömungen und Kräften im außerparlamentarischen Sektor Hamburgs zuwendet, ist es notwendig, in der hier gebotenen Kürze die Ausgangsbedingungen und die verschiedenen politischen Kräfte in diesem politischen Bereich zu charakterisieren und ihre Stärke und ihren Einfluß zu skizzieren.

Die politischen Hauptkräfte im außerparlamentarischen Raum

Schon seit Ende der 60er Jahre hatte sich hier eine im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet und anderen Großstädten besonders starke außerparlamentarische Bewegung herausgebildet, die im wesentlichen durch drei politische Hauptkräfte geprägt wurde: die DKP, linke Sozialdemokraten und Jusos sowie den Kommunistischen Bund (KB).

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hatte sich nach ihrer bundesweiten Konstituierung im Jahre 1968 in Hamburg, das früher eine der großen Hochburgen der KPD war, relativ schnell, mit mehreren tausend Mitgliedern, zur stärksten organisatorischen und politischen Kraft der Hamburger Linken vor allem im außerparlamentarischen Kampf entwickelt. Der wachsende Masseneinfluß der DKP spiegelte sich auch in den Wahlergebnissen zur Bürgerschaft 1970 und 1974 wider, wo ihr Stimmenanteil von 1,7 auf 2,2 Prozent stieg und sie rund 22 000 Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Die zweite wichtige linke Kraft im außerparlamentarischen Kampf waren die linken Sozialdemokraten, vor allem die Jusos. In der Hamburger SPD bildete sich zum Ende der siebziger Jahre ein zunehmend stärker werdender linker Flügel innerhalb des vormals bundesweit am weitesten rechts stehenden Hamburger Landesverbandes der SPD heraus. Innerhalb der Jusos wurde der Stamokap-Flügel in Auseinandersetzung mit der sog. „Anti-Revi-Strömung“ zur stärksten Gruppierung und stellte bundesweit einen der am weitesten links stehenden Juso-Landesverbände.

Als dritte Kraft im außerparlamentarischen Kampf muß der Kommunistische Bund (KB) genannt werden. Dieser im wesentlichen in Hamburg konzentrierten linksradikalen und maoistischen Organisation war es gelungen, unter Studenten, Jugendlichen und Intellektuellen einen zum Teil beachtlichen Einfluß zu gewinnen.

Trotz seiner linksradikalen und maoistischen Grundlinie gehörten der KB und seine Führungsgruppe im Unterschied zu anderen maoistischen Gruppen zu den realistischsten linksradikalen Gruppen der Reformphase. Die KB-Führung besaß seit jeher eine hohe Sensibilität für Massenstimmungen und Spürsinn für neue politische Entwicklungen, oder anders ausgedrückt: ihre linkssektiererischen Grundpositionen paarten sich mit politischem Opportunismus, wenn es um die Erhaltung von Einfluß und Positionen ging. Der KB ist im Rahmen der Entwicklung und Zersetzung des Maoismus in der BRD eine Besonderheit und damit auch eine Besonderheit in der politischen Landschaft Hamburgs.

Diese drei beschriebenen Kräfte bestimmten in der Reformphase sozialliberaler Politik, also bis etwa 1974/75, im wesentlichen das Geschehen im außerparlamentarischen Raum Hamburgs und führten in dieser Phase die verschiedenen außerparlamentarischen Massenbewegungen. Danach entstanden neue Kampfbedingungen für die gesamte Linke und die außerparlamentarische Bewegung. Die Reaktionen der skizzierten Kräfte darauf und ihre Entwicklung in der Periode von 1974/75 bis etwa 1980 sollen nachfolgend geschildert werden. Wir widmen den drei Hauptkräften jeweils gesonderte knappe Abschnitte.

Die Herausbildung einer neuen politischen Strömung und die Metamorphose des KB

Als erstes soll die Entwicklung des KB im Wechselverhältnis mit den außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen betrachtet werden, in denen er sich engagierte, weil sich vor allem aus dem politischen und ideologischen Einwirken neuer sozialer

Kräfte auf den KB die Umwandlung, Neuformierung und Entstehung der gegenwärtig einflußreichsten politischen Strömung in den neuen sozialen Bewegungen Hamburgs, der ehemals bunten und heute grün-alternativen Wahlbewegung (GAL), erklären läßt. Die linksradikale und sektiererische Politik des KB stand vor dem völligen Bankrott. Die Unfähigkeit des KB wie der anderen maoistischen Gruppen, eine politische Strategie und Taktik zur Verteidigung sozialer und demokratischer Errungenschaften aller Teile der arbeitenden Bevölkerung gegen die Angriffe der herrschenden Klasse und der bürgerlichen Parteien zu entwickeln, führte zu einem rapiden Verlust an Einfluß, besonders an den für ihre Basis wichtigen Hamburger Hochschulen.

Zerfielen der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) und die Fälscher-KPD im Laufe der folgenden Jahre völlig, so gelang es der weitaus geschickteren und klügeren Führungsgruppe des KB, neue Politikfelder, vor allem in den schon bestehenden Anti-KKW-Initiativen und in der Frauen- und Minderheitenarbeit, zu erschließen und die teilweise Metamorphose ihrer linksradikalen Basis mitzuvollziehen. Der ehemals hochgehaltene Dogmatismus und die unbedingte Unterordnung der Masse der Mitglieder in das rein zentralistische Organisationsgefüge linksradikaler Gruppen schlugen bei den Anhängern und Mitgliedern in das völlige Gegenteil um. Nach Einschätzung der ehemaligen Mitglieder der KB-Führungsgruppe *Thomas Ebermann (Langer)* und *Rainer Linke* war die Zeit der „Entdeckung“ subjektiver Bedürfnisse und des „Bock-Prinzips“ in der politischen Arbeit angebrochen.¹⁴ Spontaneistische Positionen und Strömungen aus den neuen sozialen Bewegungen gewannen schnell an Einfluß und begannen, von innen die politischen und organisatorischen Grundlagen des KB zu zersetzen.

Dennoch gelang dem KB durch den politischen Schwenk zunächst, seinen Einfluß in den schon genannten Bereichen zu stabilisieren. Er dominierte z. B. über längere Zeit die rund 20 BIs und Arbeitsgruppen, die sich im Kampf gegen die Kernkraftwerke an der Unterelbe in der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) zusammengeschlossen hatten, z. B. in den Auseinandersetzungen um den Bau des KKW Brokdorf. Die von ihm mitentwickelte und verfochtene Konfrontationsstrategie führte in der Konsequenz zu einem stärkeren Zusammengehen des KB auch mit anarchistischen Gruppen.

Die Aktionsform der Bauplatzbesetzung und die damit zwangsläufig verbundene Gewaltfrage war die Ursache für die Spaltung der Bewegung gegen den Bau des KKW Brokdorf und für zwei getrennte Massendemonstrationen mit jeweils 30 000 Teilnehmern im Februar 1977 in Itzehoe und in der Umgebung des Bauplatzes. Diese Demonstrationen und weitere Aktionen zeigten mit aller Deutlichkeit, daß es dem KB trotz größerer Probleme gelungen war, einen großen Teil der spontan wachsenden Umweltschutzbewegung besonders gegen Kernkraftwerke, aber auch andere Initiativen im Bereich der Frauen-, Minderheiten- und Randgruppenarbeit an sich zu binden. Dieses Protestpotential mit einer Vielzahl von Gruppen und Initiativen bildete dann die Grundlage für die „Bunte Liste/Wehrt-Euch“, einen Zusammenschluß von weit über 50 „Bürger- und Basisinitiativen“, die unter der politischen Führung des KB zur Bürgerschaftswahl 1978 kandidierte.

¹⁴ Vgl. T. Langer, R. Linke, Ein Ausgangspunkt — zwei Wege. Über den Umgang mit Defiziten linker Politik in Hamburg, in: R. Schiller-Dickhut u. a., *Alternative Stadtpolitik. Grüne, rote und bunte Arbeit in den Rathäusern*, Hamburg 1981, S. 134.

Obwohl die in diesem Wahlbündnis vereinigten Kräfte aus neuen sozialen Bewegungen, Initiativen und Basisgruppen sowie dem KB nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten untereinander über die Ziele, Forderungen und Methoden ihrer zukünftigen Politik hatten, gelang es dem KB 1978 noch einmal relativ leicht, diese unterschiedlichen Kräfte in der Bunten Liste zusammenzuschließen. Hinter maoistischen und linksradikalen Phrasen hatte sich im KB selbst sukzessive eine grundlegende politische Umorientierung und auch eine kräftemäßige Umgruppierung hin zu spontaneistischen und in ersten Ansätzen reformistischen Positionen vollzogen. Der Opportunismus des KB hatte sich weitgehend den neuen politischen Strömungen und sozialen Bewegungen angepaßt, ohne jedoch völlig die sektiererischen und linksradikalen Grundpositionen aufzugeben. Die dabei aufbrechenden Gegensätze konnten 1978 noch überbrückt werden.

Die Bunte Liste erhielt bei der Bürgerschaftswahl 1978 auf Anhieb rund 33 000 Stimmen und damit 3,5% aller Stimmen, darüber hinaus konnte sie in die Bezirksversammlung Eimsbüttel mit genau 5% der Stimmen einziehen. Damit war es ihr gelungen, ein erhebliches Protestpotential bei der Stimmabgabe an sich zu binden.

Trotz des Wahlerfolges, nicht zuletzt wegen des unrealistischen Erwartungshorizontes, traten nach den Wahlen die Widersprüche und prinzipiellen Meinungsunterschiede an der Frage des zukünftigen Verhältnisses zu der sich bundesweit konstituierenden und schnell an Einfluß gewinnenden Partei der GRÜNEN und dem Streit über das Verhältnis zum bürgerlichen Parlamentarismus insbesondere über Art und Umfang der Parlamentsarbeit in der Bezirksversammlung Eimsbüttel offen zutage. Die Mehrheit im KB hielt an sektiererischen Positionen in der Parlamentsarbeit fest. Dies zeigte sich besonders in der Weigerung, demokratische Reformforderungen zu entwickeln bzw. schon bestehende auch parlamentarisch zur Geltung zu bringen. Ebenso lehnte es die Mehrheit des KB ab, die Entwicklung der GRÜNEN zu fördern. Man sah in dieser Partei vor allem eine Gefahr für den eigenen Masseneinfluß und betonte in der ideologischen Auseinandersetzung von linkssektiererischen Grundpositionen aus vor allem die nicht zu übersehenden rechten Tendenzen innerhalb der GRÜNEN.

Die Minderheitsfraktion, die sogenannte *Zentrumsfraktion* im KB und in der Bunte-Liste-Fraktion der Eimsbütteler Bezirksversammlung, stand in der Frage der Parlamentsarbeit auf reformistischen Positionen und sah in der Mitarbeit und der Mitgliedschaft bei den sich auch in Hamburg gründenden GRÜNEN eine große Chance, mit den sektiererischen Positionen innerhalb des KB und der Bunten Liste vollständig zu brechen und auf der Grundlage eines ökologisch geprägten linken Reformismus zu einer Neugruppierung relevanter Teile der außerparlamentarischen Linken zu kommen. Das zentrale Ziel dieser „Z“-Gruppe war und ist, die wachsende politische Ausstrahlungskraft der GRÜNEN als Durchgangsstadium und Sammelbecken für eine später zu gründende bzw. umzuwandelnde ökologisch-sozialistische Partei zu nutzen, die von Beginn an über parlamentarische Positionen verfügt. Diese tiefgreifenden Gegensätze führten innerhalb des KB und der Bunten Liste zwangsläufig zur Spaltung und zum Zerfall der Bunten Liste.

Damit hatte der Wechselprozeß zwischen politischer Verallgemeinerung und Formierung relevanter Teile der neuen sozialen Bewegungen auf der einen und der opportunistischen Anpassung des KB an diese Strömungen auf der anderen Seite einen ersten Abschluß gefunden. Die Spaltung des KB und der Zerfall der Bunten Liste hatten im wesentlichen zwei sich politisch bekämpfende Grundströmungen ausdifferenziert und

hervorgebracht: zum einen eine schwächer werdende, aber dennoch fortbestehende linkssektiererische und tendenziell anarchistische Strömung mit dem Kern des Rest-KB und zum anderen eine stärker werdende ökologisch-reformistische Strömung mit einer starken parlamentarischen Orientierung um die „Z“-Gruppe und die Mehrheit der Bunte-Liste-Bezirksversammlungsfraktion sowie der Hamburger GRÜNEN. Damit hatten sich neue politische Kristallisationskerne herausgebildet, um die sich zunehmend größere Teile der neuen sozialen Bewegungen politisch gruppierten und mit denen sich viele politisch-ideologisch und weltanschaulich identifizierten.

Der rund 150 Mitglieder starken „Z“-Gruppe gelang es im neu entstandenen Landesverband der GRÜNEN aufgrund ihrer großen politischen und organisatorischen Erfahrungen und der politischen Unerfahrenheit großer Teile der sich bei den GRÜNEN neu sammelnden Kräfte sehr schnell, Schlüsselpositionen im Landesvorstand zu erringen. Der Landesverband der GRÜNEN hat gegenwärtig (Mitte 1982) ca. 950 Mitglieder. Er setzt sich neben den Mitgliedern der „Z“-Gruppe zusammen aus ehemaligen Mitgliedern und Anhängern der Bunten Liste, ehemaligen SPD- und FDP-Mitgliedern, bis dahin Unorganisierten und einer Gruppe von sogenannten wertkonservativen rechten, rein ökologisch orientierten Vertretern der ehemaligen Grünen Liste Umweltschutz (GLU), die als rechte Gegenliste zur Bunten Liste bei der Bürgerschaftswahl 1978 nur 1% der Stimmen erhielt und sich nach der Wahl wieder auflöste. In diesem heterogenen politischen Zusammenschluß wurde die „Z“-Gruppe faktisch das politisch-organisatorische Rückgrat der Hamburger GRÜNEN. Sie konnte sich in Hamburg gegen die rechts-ökologischen Kräfte durchsetzen und sich auch mit taktischem Geschick gegen die massiven Angriffe des bundesweit erheblich stärkeren rechten Flügels innerhalb der GRÜNEN halten, der auf einen Ausschluß der „Z“-Gruppe orientierte.

Realisierungsprobleme antimonopolistischer Bündnispolitik: die DKP

Auch die DKP mußte sich auf die neuen Kampfbedingungen einstellen. In der durch die Krise und die Rechtsentwicklung geprägten Situation ging es im Unterschied zur „Reformphase“ darum, selbst die zum Teil bescheidenen und unzureichenden Reformansätze sozialdemokratischer Politik gegen die Angriffe der Rechtskräfte und selbst gegen die Demontage der sozialliberalen Bundes- und Landesregierungen zu verteidigen. Die DKP hatte theoretisch und politisch als erste politische Kraft der Linken diese neuen Kampfbedingungen analysiert und strategisch-taktische Konsequenzen gezogen.

Aus ihrer Sicht ergaben sich im Verteidigungskampf die Möglichkeiten, neue und breitere soziale und politische Kräfte in Aktionen und Kämpfe einzubeziehen und umfassendere antimonopolistische Bündnisse zustande zu bringen. Dennoch vollzog sich der Prozeß der Umsetzung dieser richtigen Grundeinsicht in praktische Politik, vor allem in eine flexible, die Möglichkeiten optimal nutzende Bündnispolitik, in Hamburg nicht ohne Widersprüche, Verzögerungen und Fehler. Noch bis 1980 gab es so erhebliche ungenutzte Möglichkeiten in der konkreten Weiterentwicklung der Bündnispolitik und der Bündnisbeziehungen gegenüber anderen politischen Strömungen, die sich parallel in den neuen und erweiterten sozialen Bewegungen herausgebildet bzw. um- und neugruppiert hatten. Dies galt einerseits gegenüber dem innerhalb der SPD stärker werdenden linken Flügel. Zum anderen wurden die, wenn auch noch schwachen, Ansätze, mit den noch vom KB stark beeinflussten neuen sozialen Bewegungen vor allem im

Umweltschutz- und Anti-KKW-Bereich und mit der autonomen Strömung in der Frauenbewegung ins Gespräch und, wenn schon möglich, zu punktuellen Aktionsbündnissen zu kommen, bis dahin kaum genutzt. Die noch bestehenden Vorbehalte und Hemmnisse gerade gegenüber diesem Teil der neuen sozialen und politischen Bewegungen, der sich hinter der maoistischen und sektiererischen Fassade des KB immer deutlicher herausbildete, verhinderten bis dahin eine offensive Bündnispolitik der DKP, um zwischen den linken Sozialdemokraten, die diesen neuen sozialen Bewegungen oft noch zurückhaltender und ablehnender gegenüberstanden, und diesen neuen, oft noch spontanen, aber zunehmend reformistischen sozialen und politischen Bewegungen konstruktiv vermittelnd und einigend aufzutreten und die ideologische Auseinandersetzung um die Grundlagen einer antimonopolistischen Bündnispolitik zu führen. Diese Probleme und Schwächen in der Bündnispolitik verhinderten auch, daß die DKP all ihre Möglichkeiten nutzte, das Zusammengehen von Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und neuen sozialen Bewegungen von Beginn an zu fördern und Vorbehalte und Mißtrauen abzubauen.

Angesichts der Entwicklung war es abzusehen, daß bei einer erstmaligen Bürgerchaftskandidatur dieser neuen sozialen Bewegungen und Initiativen in Form der Bunten Liste und der Umorientierung des KB ein erheblicher Teil des weiter gewachsenen Protestpotentials, das in den Wahlen 1970 und 1974 noch DKP gewählt hatte, nun die Bunte Liste wählen würde. Hier fehlte vor allem eine konkrete bündnispolitische Konzeption, die trotz erheblicher Meinungsverschiedenheiten zumindest in einen ersten Diskussionsprozeß über Gemeinsamkeiten und Trennendes zu kommen suchte und in der politischen Praxis auf punktuell gemeinsame bzw. parallele Aktionen orientierte. Daß diese Initiativen nicht gestartet wurden, lag sicherlich mit an der damals noch häufig vertretenen Einschätzung, daß der Schmetterling, das Symbol der Bunten Liste, nur einen Sommer fliegen und überleben könne. Zwar zerfiel die Bunte Liste — wie vorausgesagt — nach der Wahl. Doch die sie tragenden Teile der neuen sozialen Bewegungen erwiesen sich als stabil und erweiterten ihren Einfluß und ihre Ausstrahlungskraft.

SPD-Linke in der neuen Situation

Die SPD-Linke Hamburgs ist nicht einheitlich, sondern hat verschiedene Schattierungen. Zu den SPD-Linken im weitesten Sinne zählten in der Bürgerschaft bis 1982 ca. 28 Bürgerchaftsabgeordnete und mehrere Kreise und Kreisvorstände, die meist sozial- und linksreformistische Positionen einnehmen. Am konsequentesten werden linke und marxistische Positionen innerhalb der Jungsozialisten (Juso) und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) vertreten. Vor allem die letztgenannten sind eine wichtige Kraft und politische Strömung in den außerparlamentarischen Bewegungen. Gestützt auf ihre aktive Mitarbeit in außerparlamentarischen Bewegungen, konnte die SPD-Linke bis zum Sturz von *H. U. Klose* Erfolge und erhebliche Verbesserungen ihrer Positionen innerhalb der Partei erreichen und auf Landesparteitagen bis zu 40% der Stimmen auf sich vereinigen. Ihre wohl größten politischen Erfolge in der SPD waren die Beschlüsse der Landesparteitage für die teilweise Zurücknahme der Berufsverbote und für den Ausstieg der Hamburger Elektrizitätswerke aus dem Bau des KKW Brokdorf. Erhebliche Teile der SPD-Linken standen, besonders in der ersten Entwicklungsphase, aber auch teilweise noch heute, einer Reihe der neuen sozialen Bewegungen

zurückhaltend und zögernd gegenüber. Erst durch den zunehmenden politischen Druck der Bewegungen gegen den Bau von Kernkraftwerken an der Unterelbe, vor allem in der Auseinandersetzung um den Bau des KKW Brokdorf, wurden die SPD-Linken gefordert und beteiligten sich aktiv an der Demonstration gegen das KKW Brokdorf im Februar 1977 in Itzehoe. Dennoch war in der Folge ihr Verhältnis vor allem zu den sich herausbildenden politischen Strömungen der bunten und grünen Wahlbewegung, als dem politischen Arm eines Teils der neuen sozialen Bewegungen nicht frei von Sektierertum und Arroganz. Auch wenn vor allem die Jusos völlig richtig von meist marxistischen Positionen aus zentrale theoretische und politische Widersprüche und Schwächen dieser politischen Strömungen kritisierten, gingen sie von der Illusion aus, daß die ihnen zugrunde liegenden sozialen Bewegungen, trotz der auch von ihnen immer schärfer kritisierten rechtssozialdemokratischen Senatspolitik, von der SPD-Linken und damit von der SPD insgesamt noch integrierbar seien.

In der vorschnellen und falschen Hoffnung, die GRÜNEN und die gesamte alternative Wahlbewegung politisch beerben zu können, hatten Teile der SPD-Linken übersehen, daß der Zerfall der Bunten und die „vielen Querelen“ bei den GRÜNEN aufgrund einerseits der dabei sich vollziehenden Schwächung des KB und der trotz vieler Widersprüche und Inkonsistenzen andererseits sich vollziehenden Stärkung eines links-ökologischen Reformismus insgesamt nicht zur Schwächung dieser neuen politischen Strömungen führten, sondern im Gegenteil das Wachstum ihres Masseneinflusses eher förderten, insbesondere, da gleichzeitig die SPD als Gesamtpartei in Bonn und Hamburg durch ihre rechte Politik weiter an Integrationskraft verlor.

Die Jusos selbst mußten so trotz ihrer linken Politik für die rechte Politik der Gesamtpartei mit einem zunehmenden Verlust ihres Masseneinflusses unter der Jugend und ihrer eigenen Mitgliedschaft bezahlen. Die SPD-Linke war zu einer positiven Rollenbestimmung in dieser Situation nur ungenügend in der Lage, bei der eine Art Scharnier- und Klammerfunktion vor allem zwischen der gewerkschaftlich organisierten sozialdemokratisch orientierten Arbeiterschaft und Jugend und den neuen sozialen Bewegungen und ihren grün-alternativen Strömungen und Gruppierungen im Vordergrund gestanden hätte.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß in der Entstehungsphase der neuen sozialen Bewegungen und ihrer politischen Strömungen noch nicht alle Bündnismöglichkeiten von den demokratischen und linken Kräften genutzt wurden, um die verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen zu möglichst breiten Aktionsbündnissen und, wo dies noch nicht möglich war, zumindest zu parallelen Aktionen zusammenzuführen. Der Wille zur Einheit trotz erheblicher Meinungsunterschiede vor allem in strategischen und gesellschaftspolitischen Fragen war noch nicht stark genug entwickelt, um die Vorbehalte, Fehleinschätzungen, das Trennende und die Überheblichkeit zwischen den verschiedenen politischen Kräften zumindest in ersten Ansätzen zu überwinden und die wachsenden Gemeinsamkeiten angesichts der Offensive der Rechtskräfte zu betonen.

Der Aufschwung der außerparlamentarischen Bewegungen und die wachsende Einheit der Hamburger Linken seit 1980

Mit der Kandidatur von *F. J. Strauß* hatte die Rechtsentwicklung im Vorfeld der Bundestagswahl 1980 einen neuen Höhepunkt erreicht. Für die außerparlamentarischen Bewegungen und die Linkskräfte in Hamburg war damit eine neue Situation entstanden. Erstmals fanden sich fast alle relevanten politischen Strömungen und Kräfte zu Bündnisgesprächen über gemeinsame Aktionen gegen den bevorstehenden Wahlkampfauftritt von *Strauß* in Hamburg zusammen. Die GRÜNEN unterschrieben zwar nicht den Aufruf „Gegen Rechts — Stoppt Strauß!“, weil die Kritik an der rechten SPD-Politik nicht im Mittelpunkt des Aufrufs stand, riefen jedoch zu der gemeinsamen Demonstration mit auf. Nur der Rest-KB versuchte, das Bündnis zu spalten. Weit über 30 000 Hamburger beteiligten sich an der Demonstration, die mit zu den größten der Nachkriegszeit in Hamburg zählte.

Die objektive Notwendigkeit, auch weiterhin die neuen sozialen Bewegungen und die gesamten außerparlamentarischen Bewegungen und Kräfte zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuführen, wuchs angesichts der Tatsache, daß trotz der Bundestagswahl Niederlage der CDU/CSU und ihres Kanzlerkandidaten *Strauß* im Herbst 1980, die in Hamburg besonders hoch ausfiel, die sozialliberale Koalition in Bonn vor allem in der Friedens-, Sozial- und Wirtschaftspolitik sowie in der Energiepolitik noch rigider als vor der Bundestagswahl gegen die Interessen des Volkes vorging. So kam es sofort nach der Wahl zu einer Vielzahl von Protestaktionen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem im Hochschul- und Schulsektor, gegen die rigide Sparpolitik und den massiven Sozialabbau der Bundesregierung und des Hamburger Senats. Es folgte eine Vielzahl von Aktionen gegen die sich zuspitzende Wohnungsnot und die Wohnungsspekulanten in Hamburg.

Im Dezember 1980 ging die sozialliberale Koalition durch grünes Licht für den weiteren Ausbau des KKW Brokdorf auch wieder in der Energiepolitik in die Offensive. Erstmals gelang es in der Bewegung gegen das Bonner Atomprogramm, eine Spaltung der Hamburger Anti-KKW-Initiativen und der verschiedenen politischen Strömungen und Kräfte wie 1977 zu verhindern und die soziale und politische Basis, vor allem in den Gewerkschaften, zu erweitern.

Die Reaktion der Herrschenden war ein Verbot der Demonstration durch den CDU-Innenminister von Schleswig-Holstein wegen angeblich zu erwartender schwerer Ausschreitungen. Doch trotz des vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Demonstrationsverbots demonstrierten am 28. Februar 1981 über 100 000 Menschen, insbesondere aus Hamburg, in der Wilster Marsch gegen die Baugenehmigung für Brokdorf, für die Stilllegung aller Atomanlagen sowie — und dies war eine neue Dimension in der Bewegung gegen das Atomprogramm — für die Vernichtung aller Atomwaffen.

Von noch größerer Bedeutung für das Zusammengehen der verschiedenen sozialen Bewegungen und politischen Strömungen und Kräfte war jedoch die sich auch in Hamburg schnell entwickelnde Friedensbewegung vor allem gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen und den Nato-Doppelbeschuß. In der Friedensbewegung vereinigten sich fast alle neuen und erweiterten sozialen Bewegungen. Die Friedensbewegung wurde zu einer Klammer zwischen den verschiedenen Bewegungen.

Es gelang nicht nur, neben den traditionell starken Kräften der Friedensbewegung fast das gesamte bunte und grüne Spektrum zur politischen Mitarbeit zu gewinnen, sondern darüber hinaus 22 sozialdemokratische Bürgerschaftsabgeordnete und eine große Zahl von Gewerkschaftsfunktionären, Betriebsräten und Vertrauensleuten aus fast allen Einzelgewerkschaften, die den Aufruf des „Hamburger Friedensforums“ unterschrieben und zur Mitarbeit bereit waren.

In der Folgezeit reihte sich im Abstand von wenigen Monaten eine große Massendemonstration an die andere. Eine besonders starke Signalwirkung für den weiteren Aufschwung der Friedensbewegung in der gesamten Bundesrepublik hatten die großen öffentlichen Auseinandersetzungen mit den führenden bürgerlichen Politikern auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg im Juni 1981 und vor allem die Demonstration von über 70 000 Kirchentagsteilnehmern und Hamburgern gegen den Nato-Doppelbeschluß und die Bedrohung durch den Atomtod.

Das starke Anwachsen der außerparlamentarischen Bewegung in Hamburg belegen auch die Angaben des Hamburger Innensenators für die Presse. Danach stieg die Anzahl der amtlich registrierten Demonstrationen von 266 im Jahre 1980 auf 428 im Jahre 1981.¹⁵

Diese zugespitzte Situation mußte zwangsläufig auch die Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse innerhalb der bürgerlichen Parteien — wenn auch unterschiedlich stark — beeinflussen und auch das parlamentarische politische System Hamburgs bei kommenden Wahlen stark verändern.

4. Wahldiskussion und Wahlbewegung der Linken 1981/82

Ohne hier differenzierter auf die Entwicklung im einzelnen eingehen zu können, läßt sich für das gesamte bürgerliche Parteiensystem Hamburgs feststellen: Alle bürgerlichen Parteien einschließlich der Parteimehrheit der SPD haben eine Rechtsentwicklung durchgemacht, in deren Verlauf vor allem in der SPD und der FDP scharfe Auseinandersetzungen mit den linken Flügeln dieser Parteien stattfanden und deren Einfluß erst einmal zurückgedrängt wurde. Damit hatte sich das gesamte bürgerliche Parteiensystem gegen die neuen sozialen und politischen Bewegungen und ihre Forderungen zunächst einmal weitgehend abgeschottet.

Obwohl die inhaltliche Übereinstimmung zwischen den verschiedenen politischen Kräften und Strömungen in den neuen und erweiterten sozialen Bewegungen im außerparlamentarischen Kampf insgesamt gewachsen war und auch die Bereitschaft zu weiteren gemeinsamen Aktionsbündnissen existierte, war die Reaktion auf den Diskussionsvorschlag der DKP für ein linkes, demokratisches Wahlbündnis vom Sommer 1981, das die gesamte Breite der linken und demokratischen Opposition Hamburgs umfassen sollte, sehr differenziert und widersprüchlich.

Die *SPD-Linken* orientierten darauf, „eine absolute Mehrheit für die Hamburger SPD zu erkämpfen“, „die traditionellen Wählerschichten der SPD, die Arbeitnehmer, erneut zu mobilisieren“; damit es wieder zur absoluten Mehrheit reiche, müßten „auch jene

¹⁵ Nach: Die Welt, vom 10. 2. 1982, und Hamburger Abendblatt, vom 15. 1. 1982.

wiedergewonnen werden, die sich in den letzten vier Jahren enttäuscht von der SPD abgewandt haben und grün, bunt oder gar nicht gewählt haben."¹⁶

So grenzte sich die SPD-Linker gegenüber der grünen und alternativen Wahlbewegung deutlich ab in der Hoffnung, sie möglichst kleinhalten zu können und Teile der neuen sozialen und politischen Bewegung wieder zu binden, in der Illusion, durch einen solchen parlamentarischen Integrationserfolg ihre politischen Positionen gegenüber der Parteirechten besser durchsetzen zu können.

Das Herangehen der GRÜNEN an die Wahldiskussion enthielt den mehr oder weniger offen formulierten Führungs- und Hegemonieanspruch gegenüber anderen politischen Strömungen und Kräften, richtete sich zunächst gegen die DKP und die mit ihr zusammenarbeitenden Bündniskräfte, forderte jedoch später auch von der sich herausbildenden Gruppierung um die Alternative Liste die Unterordnung und Akzeptierung grüner Bündnisbedingungen. Diesen Führungsanspruch leiteten die Grünen vor allem aus ihren unbestreitbaren Wahlerfolgen und ihrer politischen Ausstrahlungskraft ab. Sie verstanden sich mehr als „alternative Wahlbewegung in Gestalt der Grünen“ denn als Kraft, die im außerparlamentarischen Massenkampf die entscheidende Basis ihrer Arbeit und Erfolge sieht. Dem entspricht auch ihr bescheidenes Auftreten und Mitarbeiten in den außerparlamentarischen Bewegungen. Ihr Hauptinteresse richtet sich vielmehr „auf jenen politischen Sektor in der Hansestadt, der voraussichtlich die Politik einer alternativen Parlamentsfraktion herausbildet und bestimmt, die dort als Sperrminorität oder ‚Zünglein an der Waage‘ erheblichen parlamentarischen Druck und Einfluß ausüben könnte“,¹⁷ wie dies das führende Mitglied der Z-Gruppe, *W. K. Goltermann*, formulierte. Die Überbetonung und Illusionen über die Möglichkeiten des parlamentarischen Kampfes treten hierbei sehr deutlich zutage.

Neben den GRÜNEN, der Bunte-Liste-Fraktion und der Z-Gruppe beteiligten sich aktiv an der Wahlbündnisdiskussion das „Bunte-Liste-Initiativtreffen“, das im wesentlichen vom Rest-KB dominiert wurde, der „Initiativkreis für eine alternative Wahlbewegung“, ein Zusammenschluß von Unorganisierten (der sogenannte U-Block) aus einer Reihe von Initiativen, die Sozialistischen Studiengruppen (SOST) und eine Gruppe um die ehemaligen SPD-Vorstandsmitglieder *Christian Schmidt* und *Regula Schmidt-Bott*. Ihre gemeinsame Zielsetzung war die Gründung einer Alternativen Liste nach Westberliner Vorbild. Angesichts seiner zunehmenden Isolierung aufgrund sektiererischer und zum Teil anarchistischer Strategien und der Gefahr, völlig zu zerfallen und außerhalb der Wahldiskussion zu stehen, hatte es im Rest-KB eine Besinnung und Umorientierung auf mehr linksreformistische Positionen gegeben, um wieder bündnisfähig zu werden. In einem „vorläufigen Positionspapier der Bunten Liste (Initiativtreffen)“ hatte er mit den ihm verbundenen Kräften das Ziel formuliert, „den bestehenden außerparlamentarischen Widerstand der ‚sozialen Bewegungen‘ durch eine parlamentarische Opposition zu ergänzen; dem mit der offiziellen Politik unzufriedenen ‚Protestpotential‘ auch parlamentarisch Ausdruck zu verleihen; programmatische Forderungen zu formulieren, die die konkreten Interessen derer erfassen, die sich durch die etablierten Partei-

16 Jungsozialisten in der SPD Hamburg, Rote Bausteine, Programmatiscbe Aussagen der Hamburger Jungsozialisten zu den Bürgerschaftswahlen 1982, vorgelegt vom Landesvorstand, S. 2 ff.

17 *W. K. Goltermann*, Grün-Alternative Bündnisliste? Neun Monate vor der Hamburger Bürgerschaftswahl, in: *Moderne Zeiten*, Monatszeitschrift, 1. Jg., Hannover, H. 10/1981, S. 49.

en nicht mehr vertreten sehen". Und weiter: „Die Listenbildung dürfte mit dazu beitragen, das Zusammengehen und die Kooperation der immer noch zersplitterten Linken bei gemeinsamen Aktionen zu fördern", und „Abgrenzungen und Unvereinbarkeiten darf es nur nach rechts, insbesondere gegenüber reaktionären oder neofaschistischen Gruppen geben".¹⁸ Auch die Vertreter des sogenannten U-Blocks betonten in einer Erklärung die Notwendigkeit, eine Liste zu schaffen, „die tatsächlich *alle* relevanten linken Bewegungen in Hamburg repräsentiert". Allerdings verbanden sie dieses richtige Ziel mit dem Anspruch: „Die Hauptträger der zukünftigen ‚AL Hamburg‘ werden Unorganisierte sein. Unorganisiert in dem Sinne, daß sie die ‚AL‘ als parlamentarischen Ausdruck der Basisbewegungen ansehen, nicht als Instrument zur Durchsetzung der Politik einer Organisation."¹⁹ Die bei beiden letztgenannten Gruppierungen deutlich zum Ausdruck kommende Hauptorientierung am außerparlamentarischen Kampf ist gepaart mit der Bereitschaft, zu Parlamentswahlen zu kandidieren. Doch bestehen gegenüber den Möglichkeiten und Grenzen des parlamentarischen Kampfes unklare, abstrakte und teilweise sektiererische Vorstellungen hinsichtlich eines „institutionalisierten parlamentarischen Apparat(es), der nach der Logik der systembedingten ‚Sachzwänge‘ handelt, (der) bei der Durchsetzung vieler alternativer Forderungen eindeutige Grenzen setzt".²⁰ Daß diese systembedingten Grenzen und „Sachzwänge" jedoch keine absoluten sind, sondern vom gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis, der Stärke des außerparlamentarischen Kampfes und des Klassenkampfes allgemein abhängig sind, wird nicht erkannt.

Die DKP versuchte, die Wahldiskussion in breitere Teile der demokratischen Bewegungen und Organisationen zu tragen und die Diskussion in weitere Stadtteile, in Betriebe, Schulen und Hochschulen auszudehnen und dadurch zu verhindern, daß unabhängig von den realen Bewegungen eine abgehobene Liste entsteht, die sich auf einen zu kleinen Ausschnitt der demokratischen Kräfte stützt und damit ihre Wirksamkeit beschneiden würde. Unter dem massiven Druck der GRÜNEN und ihrer immer wieder im Raum stehenden Drohung, gegebenenfalls auch alleine zu kandidieren, folgten die anderen Gruppen ihrer Ausgrenzungspolitik und gaben wenige Tage nach dem Hamburger kommunalpolitischen Kongreß der GRÜNEN Anfang Oktober 1981 eine in den Grundaussagen weitgehend mit grünen Positionen identische Abgrenzungserklärung gegenüber der DKP ab. Trotz der von allen politischen Kräften in der Wahlbündnisdiskussion betonten Bereitschaft, auch weiterhin in den außerparlamentarischen Bewegungen zusammenzuarbeiten, war nach diesen Entscheidungen der GRÜNEN und Alternativen ein Wahlbündnis kaum mehr möglich.

Die bisher noch locker verbundenen Gruppierungen für eine Alternative Liste schlossen sich Ende November 1981 zur AL zusammen. Trotz gegenseitiger Vorwürfe und Auseinandersetzungen um den Führungsanspruch in dem Wahlbündnis einigte man sich unter dem Diktat der GRÜNEN auf eine Grün-Alternative Wahlliste (GAL), die im Verhältnis 50 zu 50 die parlamentarische Vertretung der außerparlamentarischen Bewegungen unter sich aufteilte.

18 | Positionspapier der Bunten Liste (Initiativtreffen) vom 24. 6. 1981, abgedruckt in: DKP-Bezirksvorstand Hamburg (Hrg.), Argumente zur Diskussion über ein Wahlbündnis in Hamburg 1 (August 1981), S. 27.

19 | Ebenda, S. 29.

20 | Ebenda, S. 27.

Untersucht man das Wahlprogramm der GAL, so kann man feststellen: Es ist ein überwiegend fortschrittliches Programm. Es erfaßt die wesentlichen Forderungen, die auch in den außerparlamentarischen Bewegungen entwickelt worden sind. Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, daß in dieses Programm auch Forderungen der Arbeiterbewegung, z. B. die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und weitere Forderungen zur Sicherung der Arbeitsplätze, Eingang gefunden haben.²¹ Hier spiegelt sich am deutlichsten der Einfluß der DKP auf die GAL-Programmatik und -Diskussionen wider. Das GAL-Programm geht somit deutlich über das Bundesprogramm der GRÜNEN hinaus und ist in seinem Grundcharakter ein linksreformistisches Programm, das für viele demokratische und linke Kräfte bündnisfähig ist.

Zugleich sind zentrale Schwächen des Programms unübersehbar. Das GAL-Programm enthält nur Teil-Erkenntnisse über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. So wird an verschiedenen Stellen das kapitalistische Profitprinzip scharf angegriffen, das Großkapital und der kapitalistische Staat werden als zentrale Gegner aller demokratischen und sozialen Bewegungen jedoch nicht benannt. Ebenso fehlt jegliche Strategie der gesellschaftlichen Veränderung.

Das Programm kommt über den Tageskampf nicht hinaus. Weiterhin findet man auch Forderungen nach „selbstverwalteten und ökologisch orientierten Klein- und Mittelbetrieben“ sowie die Einschätzung, daß die Sowjetunion keine grundsätzlich friedliebende Macht sei.²²

Als weiterer Mangel ist die enorme Fülle an Einzelforderungen für verschiedene Bereiche zu nennen, die relativ zusammenhanglos und ohne Schwerpunktsetzung nebeneinander stehen. Es entsteht der Eindruck, daß dieses Programm jedem Wähler etwas anbietet, um ihn zur Stimmabgabe zu bewegen, ihm aber nicht sagt, wo die Schwerpunkte des außerparlamentarischen Kampfes liegen müssen.

Trotz des Scheiterns des DKP-Versuches, ein optimal breites Wahlbündnis zustande zu bringen, war die zugrunde liegende offensive Bündnisstrategie richtig, weil sie mit der Orientierung auf Einheit der Linkskräfte nicht nur für eine zukünftige Perspektive gewirkt hat, sondern auch aktuell an Vertrauen gewonnen hat. Die Wahlbündnisdiskussion hat erstmals viele Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Grüne, Alternative und Parteilose in die gemeinsame Diskussion über Grundfragen der gegenwärtigen Strategie der linken und demokratischen Kräfte gebracht und, was entscheidend ist, zu politisch breiteren außerparlamentarischen Massenaktionen beigetragen. Dabei wurden Vorbehalte und Mißtrauen abgebaut.

Neben diesen positiven Ergebnissen der Wahldiskussion hat sie (wie der gesamte Annäherungsprozeß der außerparlamentarischen Bewegungen und politischen Kräfte in Hamburg) eine Reihe von ideologischen, politischen und strategischen Fragen und Problemen der Arbeiterbewegung und der neuen sozialen Bewegungen sowie ihres Zusammengehens mit aller Deutlichkeit aufgeworfen. Zunächst zu einigen Gründen, die ein Wahlbündnis verhindert haben: 1. Der Vorschlag eines Wahlbündnisses war noch nicht in der Breite der außerparlamentarischen Bewegungen herangewachsen. Er mußte in die verschiedenen Bewegungen, Initiativen und Organisationen hineingetragen werden.

21 Vgl. dazu: GAL-Programm für Hamburg, o. J., S. 9.

22 Ebenda, S. 6 u. 10.

Dies erforderte viel Zeit, die durch den nahen Wahltermin nicht in ausreichendem Maße vorhanden war. Demzufolge nahmen noch viel zu wenig Kräfte an der Wahldiskussion teil. 2. Der politische Druck der außerparlamentarischen Bewegungen war demzufolge zu schwach, um der relativ früh einsetzenden Spaltungspolitik der GRÜNEN und Alternativen erfolgreich entgegenzuwirken. Vor allem gelang es noch nicht, fortschrittliche und aktive Arbeiter und Gewerkschafter — organisierte wie unorganisierte — in diese Bündnisdiskussion und Auseinandersetzung einzubeziehen.

Aus der Sicht der GRÜNEN schrieb das Mitglied des Bundesvorstandes der GRÜNEN, *Gustine Johansen*, in einem GRÜNEN-Info: „Hier könnten wir Wähler verlieren bei einer Listenverbindung mit (der) DKP. ... Ein Bündnis mit der DKP... wird der Haken sein, an dem sie (die Medien, d. V.) uns aufhängen.“²³ Und Z-Führungsmitglied *Goltermann* schrieb: „Die GRÜNEN (haben) genügend Möglichkeiten, Kraft und öffentliches Ansehen, um einen erfolgreichen Wahlkampf hinzukriegen, und Bündnisse irgendwelcher Art würden sich auf das erwartete Wahlergebnis ohnehin kaum durchschlagen, allenfalls in negativer Richtung...“²⁴

Führt man die dargestellten Diskussionen und Auseinandersetzungen auf ihre klassenmäßigen Grundlagen sowie strategischen Grundfragen zurück, dann lassen sich folgende Probleme feststellen: Die Ausgrenzungspolitik der GRÜNEN und Alternativen gegenüber der DKP diene der *politischen* Abgrenzung nach links und gegenüber den konsequenten Teilen der Arbeiterbewegung. Sie drückt insgesamt auch den Verzicht auf die Gewinnung und Mobilisierung der Arbeiterklasse als Hauptkraft zur Durchsetzung grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen aus. Diese Haltung ist letztlich Konsequenz der Meinung, die Arbeiterklasse sei nicht mehr revolutionär, auch als Potenz nicht, sondern, vermittelt über die rechten Gewerkschaftsführungen und die rechte Sozialdemokratie, in das bestehende kapitalistische System integriert.

Die Ausgrenzung der DKP spiegelt nicht nur die noch zu schwache Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse wider, sie zeigt auch die Schwäche und Passivität der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der gegenwärtigen Situation. Der politische Führungs- und ideologische Hegemonieanspruch der GRÜNEN und Alternativen gegenüber anderen linken Kräften bringt nicht nur die Arroganz und den Organisationsegoismus dieser Gruppierungen zum Ausdruck, sondern impliziert und widerspiegelt — wenn auch gebrochen — letztlich den Führungs- und Hegemonieanspruch der in Bewegung geratenen lohnabhängigen Mittelschichten und Intelligenzgruppen gegenüber der relativ schwachen politischen Arbeiterbewegung wie der Arbeiterklasse überhaupt. Ihr Ziel ist nicht gleichberechtigte Zusammenarbeit und gegenseitige Stärkung der politischen und sozialen Bündnis- und Klassenkräfte. Grüne und Alternative als politische Strömungen und politische Repräsentanten der genannten sozialen Schichten sind zwar an der Einbeziehung von Angehörigen der Arbeiterklasse, vor allem jüngeren, interessiert, jedoch nur als Einzelindividuen, -gruppen und Wählerstimmen. Ihr Ziel ist es, auch ideologisch in die Arbeiterklasse hineinzuwirken und hegemoniale Bindungen aufzubauen.

Betrachtet man die von GRÜNEN und Alternativen formulierten Bündniskriterien

23 Zit. nach: Info der Grünen, Bündnisse ja — aber nicht um jeden Preis, abgedruckt in: DKP-Bezirksvorstand Hamburg (Hrg.), Argumente, a.a.O., S. 17.

24 W. K. Goltermann, Grün-Alternative Bündnisliste? a.a.O., S. 49.

Tabelle 4: Stimmabgabe und Wählerschaft der SPD, CDU, GAL und FDP nach dem Alter bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1982¹

Altersgruppen von... bis unter... Jahren		18—25		25—35		35—45		45—60		über 60		Gesamtstimm- zahl (Briefwahl) ²	
		in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %	in 1000	in %
SPD	Urnenstimmen	33.4	9,8	39.5	11,6	57.2	16,8	87.5	25,7	122,9	36,1	407.3	42,8
	Differenz zu 1978		+1,2		-2,4		-2,7		+2,1		+1,8		
	Anteil a. d. Altersgruppe		38,7		40,1		39,7		44,2		48,9		
	Differenz zu 1978		-9,9		-14,2		-10,9		-4,4		-3,7		-8,7
CDU	Urnenstimmen	25.1	7,8	28.7	8,9	67.1	20,8	89.3	27,7	112.2	34,8	411.7	43,2
	Differenz zu 1978		+2,7		+0,3		+0,3		+1,1		-2,1		
	Anteil a. d. Altersgruppe		29,8		29,5		47,3		45,8		45,3		
	Differenz zu 1978		+8,2		+4,6		+7,6		+1,9		+3,3		+5,6
GAL	Urnenstimmen	20.6	34,8	22.7	38,5	7.5	12,7	5.8	9,8	2.4	4,1	72.9	7,7
	Differenz zu 1978		-10,1		+4,1		+3,6		+1,8		+0,5		
	Anteil a. d. Altersgruppe		26,0		25,1		5,7		3,2		1,1		
	Differenz zu 1978		+7,7		+15,5		+4,0		+2,0		+0,7		+4,2
FDP	Urnenstimmen	3.1	8,5	4.4	11,9	10.0	27,2	10.0	27,2	9.3	25,2	46.2	4,8
	Differenz zu 1978		-4,5		-8,8		+3,1		+5,6		+4,5		
	Anteil a. d. Altersgruppe		3,3		4,0		6,3		4,6		3,3		
	Differenz zu 1978		-3,5		-3,4		+0,5		+0,5		+0,4		±0,0
Urnenstimmen u. Altersgruppen		82.2	97,8	95.3	98,7	141.8	99,0	192.7	97,8	246.9	98,6	938.1	98,5
Wahlbeteiligung			64,6		66,6		72,4		80,3		83,8		
Differenz zu 1978			-1,9		-2,7		-2,9		-1,2		+0,4		+1,0

Quelle: Entnommen und errechnet aus Stat. Landesamt Hamburg (Hrsg.), Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft und zu allen Bezirksversammlungen am 6. Juni 1982 — Vorläufige Ergebnisse; die Werte sind vorläufig und basieren auf einer repräsentativen Wahlstatistik aus 16 Wahlbezirken.

1 Differenzen zu den Gesamtsummen und zu 100% ergeben sich aus den Stimmergebnissen der anderen, hier nicht ausgewiesenen kandidierenden Parteien.

2 Die absoluten Stimmzahlen beziehen sich nur auf die vier genannten Parteien, die Prozentangaben auf alle abgegebenen gültigen Stimmen.

als ideologisch-gesellschaftspolitische Trennungslinien gegenüber der marxistischen Arbeiterpartei und dem realen Sozialismus, so fällt auf, daß neben der Ablehnung jeglicher Kernkraftwerke und Vorbehalten gegenüber der Friedenspolitik der Sowjetunion vor allem Punkte formuliert wurden, die Probleme der Autonomie des Individuums betreffen: Meinungs- und Informationsfreiheit, Selbstbestimmungsrecht und freie Entfaltungsmöglichkeit des einzelnen; Selbstverwaltung von Betrieben und des Arbeitsprozesses; Ablehnung aller regierenden Parteien, die über staatliche Gewalt verfügen. Diese Essentials machen den grünen und alternativen Antikommunismus aus; sie sind jedoch primär Ausdruck der Erfahrung und des Protestes gegenüber den bestehenden staatsmonopolistischen Gesellschaftsverhältnissen. Ihre Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß und ihre gesamte Lebensweise bringen sie zuerst in Widerspruch zum Staatsapparat, erst in zweiter Linie und indirekt zum Monopolkapital. Sie bringen subjektiv und ideologisch die besondere Betroffenheit vor allem der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz, ihren Autonomie- und Selbstverwirklichungsverlust unter dem Druck der kapitalistischen Vergesellschaftung und der Krise zum Ausdruck.

Diese spezielle Erfahrung und Betroffenheit gilt ähnlich für Teile der „neuen“ Arbeiterklassengruppe und der oberen Randgruppen, die in der gesellschaftlichen Reproduktions- und Dienstleistungssphäre beschäftigt sind, sowie für große Teile der Jugend, auch der Arbeiterjugend, die noch in der Ausbildung stehen. Hier liegen objektive Grundlagen für die starke ideologische und politische Ausstrahlungskraft grüner und alternativer Bewegungen unter den genannten Bevölkerungsgruppen und somit auch Möglichkeiten, Teile der Arbeiterklasse der ideologischen Hegemonie der lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz unterzuordnen.

Die ideologische und politische Anziehungskraft der grün-alternativen Strömungen hat die früher in gewissem Umfange wirksame Ausstrahlung der DKP auf das jugendliche Protestpotential und vor allem auf die unteren lohnabhängigen Mittelschichten- und Intelligenzgruppen Hamburgs stark reduziert, damit auch das Wählerpotential der DKP erheblich eingeschränkt und vor allem die Schwächen ihrer Verankerung in der Arbeiterklasse Hamburgs aufgedeckt.

Die wohl wichtigste Konsequenz der Hamburger DKP ist — wie aus ihren Erklärungen hervorgeht —, daß die Partei darauf orientiert, sich in der Hamburger Arbeiterklasse zu verankern und ihren Einfluß und ihre Kraft vor allem unter den Industriearbeitern des Hafens und in den Arbeiterstadtteilen zu entwickeln und auszubauen.

5. Zur Auswertung der Hamburger Bürgerschaftswahl 1982

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Auswertung stehen die Fragen nach der Zusammensetzung der Wählerschaft der Grün-Alternativen Liste (GAL) und nach dem Wahlverhalten der von der SPD enttäuschten sozialdemokratischen Arbeiter.²⁵

Wie die Angaben der Tabelle 4 zeigen, hat die Bürgerschaftswahl vom 6. Juni 1982 in Hamburg eine tiefgreifende Veränderung des politischen und parlamentarischen Kräfte-

25 Alle nachfolgenden Zahlen, soweit sie das Wahlergebnis betreffen, sind der Wahlanalyse des Statistischen Landesamtes Hamburg entnommen. Alle Berechnungen beruhen darauf. Die Gliederung der Stadtteile nach ihrer Sozialstruktur erfolgte nach den Ergebnissen der Volks- und Berufszählung von 1970. Dies ist tragbar wegen der relativen Stabilität der Struktur der Wohnbevölkerung in den Stadtteilen (über den Zeitraum von 12 Jahren bis 1982).

verhältnisses gebracht. Die SPD verlor gegenüber 1978 86 000 Stimmen, ihr Stimmenanteil sank um 8,7 von 51,5 auf 42,8%. Noch gravierender sind die Verluste der SPD bei den Wahlen zu den 7 Hamburger Bezirksversammlungen. Hier erhielt sie sogar nur 40,9% der Stimmen und verlor rund 106 000 Stimmen. Dagegen gelang es der CDU, rund 51 300 Wähler zu gewinnen, so daß ihr Stimmenanteil um 5,6 auf 43,2% stieg. Sie wurde damit zur stärksten Partei in der Bürgerschaft. Die FDP gewann nur 278 Stimmen hinzu und blieb mit 4,8% wie 1978 unter der 5%-Hürde. Bei den Bezirksversammlungswahlen erhielt die CDU 10 000 Stimmen weniger, 42,4%. Die FDP erhielt hier 6000 Stimmen mehr und erzielte im Durchschnitt insgesamt 5,5%, so daß sie in 5 von 7 Bezirksversammlungen vertreten ist.

Die GAL gewann im Vergleich zur Bunten Liste 1978 rund 39 600 Stimmen hinzu und konnte 72 900 Stimmen (7,7%) auf sich vereinigen, was einem Zuwachs gegenüber der Bunten Liste von 4,2% entspricht. Die Gewinne waren bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen noch um 12 000 Stimmen höher. Hier errang die GAL 9%.

Die DKP verlor rund 3800 Stimmen, ihr Stimmenanteil sank von 1,0 auf 0,6%. Bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen verlor sie ebenfalls und erzielte 1% der Stimmen. Ihr Ziel — deutliche Stimmengewinne in ausgewählten Arbeiterwohngebieten — konnte sie nicht realisieren. Auch in diesen Schwerpunktgebieten konnten Stimmenverluste — wenn auch abgeschwächt — nicht verhindert werden.

Betrachtet man zunächst die Stimmabgabe nach dem Alter und beachtet dabei, daß die Tabelle nur die Urnenstimmen nach Altersgruppen differenziert und deshalb aufgrund des wesentlich besseren Abschneidens der CDU bei den Briefwählern der Stimmenanteil der SPD zu hoch und der der CDU zu niedrig erscheint, läßt sich folgendes feststellen: Die SPD hat in allen Altersgruppen deutlich verloren. Sie hat überdurchschnittliche Verluste bei allen drei Wählergruppen unter 45 Jahren, bleibt aber dennoch mit Abstand stärkste Partei bei den unter 35jährigen. Bei den 35- bis 45jährigen Wählern verliert sie jedoch ihre ehemals klar führende Position an die CDU; in dieser Altersgruppe werden die Verhältnisse zwischen CDU und SPD nahezu umgedreht. Aufgrund der unterdurchschnittlichen Verluste der SPD bei den über 45jährigen verschiebt sich die Altersstruktur der SPD-Wählerschaft weiter zugunsten der älteren Gruppen.

Die CDU dagegen konnte deutlich überdurchschnittliche Gewinne unter den Jungwählern und bei den 35- bis 45jährigen Wählern erringen. Auffällig sind jedoch ihre unterdurchschnittlichen Gewinne bei den Wählern von 25 bis 35 und über 45 Jahren. Insgesamt verschob sich die Altersstruktur der CDU-Wählerschaft leicht zugunsten der jüngeren Wählergruppen. Bei SPD und CDU ist insgesamt eine relativ ausgeglichene Wählerverteilung auf alle Altersgruppen kennzeichnend, die in etwa der Altersgliederung der Gesamtbevölkerung entspricht.

Dies sieht bei der GAL ganz anders aus, denn 73,3% ihrer Wähler sind unter 35 Jahre alt. In diesen Altersgruppen konnte sie über 25% aller Wähler auf sich vereinigen und überdurchschnittliche Zuwachsraten vor allem bei den 25- bis 35jährigen erzielen. Interessant ist jedoch, daß der Anteil der Jungwähler an der Wählerschaft der GAL um 10,4% abgenommen hat und die Zuwachsrate der GAL-Wähler in dieser Altersgruppe unter der der CDU liegt. Dies zeigt auf, daß die Jugend nicht ungebrochen linken, alternativen Positionen zuneigt, sondern in erheblichem Maße auch gegenüber reaktionären politischen Vorstellungen und sozialer Demagogie offen ist.

Weiterhin zeigt sich, daß die GAL auch bei den über 35jährigen, wenn auch in deut-

Tabelle 5: Gewogene arithmetische Mittel der Anteile und der Ab- bzw. Zunahmeraten der SPD, CDU, GAL und FDP bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1982, gruppiert nach der Sozialstruktur der Stadtteile (ohne Briefwahl).

Spalte		1	2 ¹	3 ²	4	5	6	7 ³	8 ⁴	9	10 ⁵	11 ⁶	12
Arbeiteranteil in %		≥50	<50≥40	≥50	<50≥40	<40≥30	<30≥20	<20	≥50	<50≥40	≤35	(≥25)	HH
Anzahl d. Stadtteile		11	13	16	20	30	22	11	5	7	7	12	99
Ø Arbeiteranteil in %		57,2	44,5	56,7	44,3	34,9	25,2	14,8	55,7	44,0	28,1	(38,8)	insgesamt
SPD	Ab- bzw. Zunahme*	-9,9	-9,6	-10,0	-9,6	-8,2	-7,1	-4,8	-10,2	-9,4	-6,5	-6,1	-8,7
	Anteil	54,0	49,3	53,1	48,4	45,6	38,9	26,7	50,9	46,5	39,3	35,1	42,8
CDU	Ab- bzw. Zunahme	+6,5	+6,9	+6,2	+5,5	+5,4	+4,3	+3,4	+5,3	+4,1	+2,8	+4,0	+5,6
	Anteil	35,1	39,1	34,3	37,5	41,3	45,7	57,4	32,5	34,0	40,6	55,0	43,2
GAL	Ab- bzw. Zunahme	+3,3	+3,8	+4,0	+4,8	+3,9	+4,4	+3,4	+5,8	+6,8	+6,2	+3,1	+4,2
	-Anteil	5,4	6,2	7,4	8,4	6,8	8,5	7,9	11,8	13,1	12,9	5,1	7,7
FDP	Ab- bzw. Zunahme	+0,6	+0,02	+0,5	-0,1	+0,1	-0,1	+1,4	+0,3	-0,3	-0,9	-0,3	±0,0
	Anteil	3,5	3,9	3,4	3,9	4,8	5,5	6,7	3,1	3,8	5,2	4,3	4,8
Wahlbeteiligung													
	Ab- bzw. Zunahme	-0,6	+0,3	-0,6	+0,4	+1,0	+2,2	+3,5	-1,4	+0,6	+2,1	+0,7	+1,0
	Anteil	73,9	75,5	71,5	74,7	79,5	82,0	85,8	68,5	73,1	78,9	82,6	77,6
Urnenwähler i. Tsd.		40.0	126.9	58.2	187.3	311.1	158.4	63.5	18.2	60.5	58.2	15.8	779.3

Quelle: Siehe Tabelle 4 und Statist. Landesamt Hamburg (Hrsg.): Die Volks- und Berufszählung in Hamburg am 27. Mai 1970 — Regionalstatistische Ergebnisse —, Heft 101.

* Bezogen auf die Bürgerschaftswahl 1978. GAL-Ergebnis bezieht sich auf das der Bunten Liste.

1 Spalte 1 + 2: Industriearbeiterstadtteile ohne Sanierungs-, Hafenerweiterungsstadtteile und ohne hohe Studenten- und Intelligenzanteile.

2 Spalte 3—7: Durchschnitt aller Stadtteile, geordnet nach Arbeiteranteil.

3 Spalte 7: Bourgeoisiestadtteile mit einem Anteil Selbständiger ≥20%, oberer Angestellter ≥50%, Beamter ≥8%.

4 Spalte 8+9: Nur Sanierungs-, Hafenerweiterungs-Stadtteile mit einem hohen Studenten- und Intelligenzanteil und einem Arbeiteranteil von ≥50 bzw <50≥40%.

5 Stadtteile mit hohem Studenten- u. Intelligenzanteil in Universitätsnähe mit niedrigem Arbeiteranteil ≤35% und hohem Anteil von Selbständigen, Angestellten und Beamten.

6 Vorrangig landwirtschaftlich genutzte Stadtteile mit einem Selbständigenanteil ≥25%.

lich abnehmendem Maße, gewonnen hat. Diese Entwicklung verweist in Ansätzen zum einen auf die Möglichkeit, mit linker, alternativer Politik auch unter älteren Bevölkerungsgruppen an politischem Einfluß zu gewinnen, und zum anderen darauf, daß die Anziehungskraft alternativer Politik nicht mit einem höheren Alter unbedingt an Wirkung verliert, es vielmehr möglich erscheint, daß erhebliche Teile der heute 25- bis 35jährigen Wählergruppen auch bei zukünftigen Wahlen demokratischen und linken Kräften ihre Stimme geben werden. So zeigt der Zuwachs von 4 bzw. 2% GAL-Wählern bei den Altersgruppen zwischen 35 und 60 Jahren, daß kein Bruch im Wahlverhalten gegenüber 1978 festzustellen ist und ein altersmäßiges Durchwachsen von Wählergruppen mit bestimmten demokratischen und linken Grundhaltungen in der Zukunft durchaus möglich erscheint.

Im Unterschied zur CDU und zur GAL hat die FDP, wie schon die SPD, deutliche Stimmenverluste bei den unter 35jährigen Wählern zu verzeichnen. Ihr Anteil bei diesen Altersgruppen hat sich mit rund 3,5% nahezu halbiert, und dadurch hat sich auch die Altersstruktur der FDP-Wählerschaft deutlich zu den älteren Wählergruppen hin verschoben. Die Verluste bei den jüngeren Wählergruppen konnte die FDP zwar bei den über 35jährigen kompensieren. Trotzdem reichte der Zuwachs dort nicht aus, um wieder in die Hamburger Bürgerschaft einzuziehen. Diese widersprüchliche Entwicklung der Wählerbasis der FDP läßt schon auf der Ebene der Altersstruktur die zwiespältige soziale Basis der FDP erkennen und macht ihre begrenzten Möglichkeiten deutlich, in Hamburg mit einer rechten mittelständischen Politik sich eine stabile Wählerbasis über 5% zu schaffen.

Betrachtet man abschließend die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen, so fällt auf, daß in allen Altersgruppen, mit Ausnahme der über 60jährigen, die Wahlbeteiligung zurückgegangen ist, insbesondere bei den 25- bis 45jährigen.

Wie haben nun die verschiedenen politischen Kräfte auf das Wahlverhalten der wichtigsten sozialen Gruppen, Schichten und Klassen Hamburgs eingewirkt? Darauf geben die Angaben von Tabelle 5 Antwort.

Die Wahlbeteiligung ist in den 11 Stadtteilen mit einem Industriearbeiteranteil von über 50% und in den 5 Stadtteilen der Hamburger Innenstadt, in denen große Sanierungsgebiete mit einem Arbeiteranteil von über 50% liegen (Spalte 1 u. 8), mit -0,6 bzw. -1,4% weiter zurückgegangen; damit hält der Rückgang der Wahlbeteiligung der Industriearbeiter, aber auch anderer Arbeiterklassengruppen seit der Bürgerschaftswahl 1974 ungebrochen an und dies, obwohl ihre Wahlbeteiligung seit jeher 3 bis 4% unter dem Hamburger Durchschnitt und sogar mehr als 10% unter dem der Stadtteile mit einem großen Anteil von Selbständigen und oberen Angestellten- und Beamtengruppen lag. Diese Entwicklung spricht für zunehmende Resignation und Enttäuschung über die sozialdemokratische Senatspolitik. Es ist kennzeichnend für diese Wahl, daß es vor allem der CDU gelungen ist, bei der schon immer hohen Wahlbeteiligung in bürgerlichen Stadtteilen und Villenvororten (vgl. Spalte 7) gerade dort die Wahlbeteiligung noch einmal um durchschnittlich 2,2 bis 3,5 Prozent zu steigern.

Betrachtet man nun das Wahlverhalten der verschiedenen sozialen Klassen und Schichten, soweit sich dies anhand des Datenmaterials erfassen ließ, so fallen als erstes die überdurchschnittlichen Verluste der SPD von durchschnittlich rund 10% in den Stadtteilen mit über 50, aber auch über 40% Industriearbeiterschaft bzw. anderen Arbeiterklassengruppen (Sp. 1 u. 2, 3 u. 4, 8 u. 9) ins Auge. Je höher der Arbeiteranteil, um

so höher sind die Verluste der SPD. Sie verringern sich bis auf durchschnittlich 4,8% kontinuierlich, je mehr man sich den bürgerlichen Stadtteilen zuwendet (Sp. 5–7), die seit jeher keine Hochburgen der SPD waren.

Genau entgegengesetzt ist die Wählerentwicklung der CDU. Sie hat ihre größten Gewinne mit durchschnittlich 6,5 bzw. 6,9% in den Hamburger Industriearbeiterstadtteilen wie Wilhelmsburg, Harburg, Billbrook, Rothenburgsort, Veddel, Billstedt u. v. a. Darüber hinaus kann sie ihre Positionen in den mehrheitlich von mittleren und oberen Angestellten- und Beamtengruppen bewohnten Stadtteilen deutlich weiter ausbauen und in den bourgeois Stadtteilen weitere Reserven ihres dort ohnehin großen Wählerreservoirs erschließen. Der CDU ist es damit gelungen, in erheblichem und ernstem Ausmaß enttäuschte Arbeiterwähler von der SPD auf sich zu ziehen.

Bringt man die starken Gewinne der CDU unter Arbeitern und unteren Angestellten mit den Gewinnen der CDU nach Altersgruppen in Beziehung, so fällt auf, daß die CDU besonders stark bei den über 35jährigen Arbeitern und Angestellten, aber auch stark unter jüngeren Arbeitern und Angestellten hinzugewonnen haben muß. Doch zeigen die Ergebnisse auch, daß dieser Prozeß der stärkeren Hinwendung enttäuschter Arbeiterwähler zur CDU nicht unaufhaltsam ist, sondern daß er verlangsamt und auf linke, alternative Kräfte gelenkt werden kann. Dies wird deutlich am Ergebnis der GAL.

Zunächst fällt auf, daß die GAL mit 3,3 bzw. 3,8% unterdurchschnittlich in den sozial homogenen, intakten und von ihrer Altersstruktur her älteren Industriearbeitervierteln Hamburgs dazugewonnen hat und ihr Wähleranteil mit 5,4 bzw. 6,2% hier deutlich unterdurchschnittlich ist (Sp. 1 u. 2). Allerdings ist es der GAL auch in diesen Industriearbeiterstadtteilen gelungen, deutlich mehr als 5% der Stimmen zu gewinnen, also auch auf Teile der Industriearbeiterschaft (vor allem der Arbeiterjugend und jüngerer Gruppen) politisch auszustrahlen.

Doch die Hochburgen der GAL liegen in den Sanierungs- und Arbeiterwohngebieten mit einem Arbeiteranteil von über 40, teilweise sogar 50% (Sp. 8 u. 9), mit relativ vielen dort wohnenden Studenten, Arbeitslosen und unteren lohnabhängigen Mittelschichten- und Intelligenzgruppen, wie z. B. in St. Pauli, Neustadt, Altona, Ottensen, St. Georg und Eimsbüttel. Sie sind aber überdurchschnittlich auch in den gutbürgerlichen Stadtgebieten im Umkreis der Universität mit hohen Anteilen von Studenten und lohnabhängigen wie freiberuflichen Intelligenzgruppen (Rotherbaum, Hoheluft, Harvestehude, Eppendorf und Winterhude — Sp. 10). In diesen beiden unterschiedlichen Typen von Stadtteilen erhielt die GAL im Durchschnitt zwischen 11,8 und 13,1% der Stimmen und gewann auch überdurchschnittlich hinzu. In den Sanierungs- und Arbeiterwohngebieten der Innenstadt gelang es der GAL, unter den dort wohnenden vor allem jüngeren Gruppen der Arbeiterklasse, meist Arbeiter- und Angestelltengruppen aus dem in Hamburg überdurchschnittlich großen Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungssektor, deutlich an Stimmen zu gewinnen. Hier hat sich die politische Ausstrahlung der im wahrsten Sinne des Wortes „sozialen Nachbarn“, der Studenten und unteren lohnabhängigen Mittelschichten- und Intelligenzgruppen, auf das politische Bewußtsein und das Wahlverhalten von Teilen der Arbeiterklasse zugunsten der GAL ausgewirkt.

Diese Vermutung wird durch die im Unterschied zu den homogenen Industriearbeiterstadtteilen unterdurchschnittlichen Zugewinne der CDU in diesen Stadtteilen be-

stärkt — obwohl die Tendenz, daß mit steigendem Arbeiteranteil die CDU um so höher dazugewinnt, auch für diese Stadtteiltypen (wenn auch in deutlich abgeschwächter Form) zutrifft (Sp. 8—10). Die Zugewinne der CDU liegen in den bürgerlichen universitätsnahen Stadtteilen mit einem besonders hohen Anteil von Studenten und Intelligenz mit durchschnittlich 2,8% am niedrigsten, die der GAL mit am höchsten. Insgesamt läßt sich feststellen, daß dort, wo die GAL überdurchschnittlich stark und ihre originäre soziale Basis ebenfalls stark vertreten ist, auch eine erheblich stärkere Ausstrahlung auf Arbeiterwähler möglich ist, um sie dem Einfluß der CDU zu entziehen.

Wie der aktive Schwerpunktwahlkampf der DKP, trotz ihrer eigenen Verluste, auf das Wahlverhalten der Arbeiterwähler in den ausgewählten Arbeiterwohngebieten tendenziell gewirkt hat, soll am Beispiel der 26 Wahlbezirke (30101—30407) in Eimsbüttel-Nord mit 11 530 abgegebenen Stimmen²⁶ und einem Arbeiteranteil zwischen 40 und 50% aufgezeigt werden. In diesen 26 Wahlbezirken verlor die SPD mit —10,5% überdurchschnittlich stark. Der Anteil der DKP sank von 2,4 auf 1,7%. Dennoch gelang es hier der CDU bei einem Stimmenanteil von 28,7% nur, 3,9% hinzuzugewinnen. Dagegen gewann die GAL mit 7,7% für ein Arbeiterwohngebiet weit überdurchschnittlich hinzu und erreichte einen Stimmenanteil von 13,9%. Eine Wirkung des Schwerpunktwahlkampfes der DKP ist hier unzweifelhaft festzustellen: Viele, vor allem jüngere, Arbeiter und untere Angestellte hofften, hier mit einer Stimme für die GAL mehr zu bewirken als durch eine konsequent linke Proteststimme für die DKP.

Neben der Ausstrahlung auf jüngere Arbeiter- und Angestelltenwähler gelang es der GAL auch, in den jüngeren Altersgruppen der oberen lohnabhängigen Mittelschichten- und Intelligenzgruppen und des traditionellen Bürgertums einen leicht überdurchschnittlichen Stimmenanteil zu erzielen, auch wenn die Zuwachsraten unterdurchschnittlich waren, da sich schon bei der Bürgerschaftswahl 1978 größere Teile für die Bunte Liste entschieden hatten. Hier sind die Hauptansprechgruppen Studenten, Gymnasiasten und ebenso nicht unerhebliche Teile jüngerer etablierter oberer lohnabhängiger wie freiberuflicher Mittelschichten- und Intelligenzgruppen wie Lehrer, Wissenschaftler, Journalisten, Ärzte, Ingenieure, Juristen etc.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß aufgrund der in sich widersprüchlichen Mittelschichtenlage der Kerngruppen der sozialen Basis grün-alternativer Strömungen und der dort sich vollziehenden starken Differenzierungs- und Polarisierungsprozesse politische Kräfte wie die GAL vor allem gegenüber jüngeren Wählergruppen der unteren wie der oberen Klassen und Schichten offen sind, politisch nach allen Seiten ausstrahlen und klassenübergreifend bisher vor allem größere Teile jüngerer Altersgruppen politisch integrieren, die mit der sich verschärfenden kapitalistischen Krise aufgewachsen sind und ihre Auswirkungen vor allem schon in der Schule, der Universität und beim Berufseintritt erlebt haben.

Da in Hamburg die von Deklassierungs- und Proletarisierungsprozessen stärker betroffenen *unteren* lohnabhängigen Mittelschichten und Intelligenzgruppen sowie Studenten, arbeitslose Jugendliche und Akademiker besonders stark vertreten sind, dominieren sie quantitativ, aber auch politisch-ideologisch in der GAL und geben letztlich den Ausschlag für die Dominanz links-reformistischer, ökologischer Positionen, aber

²⁶ Angaben entnommen: Stat. LA Hamburg (Wahlamt), Computerausdrucke der vorläufigen Ergebnisse der Wahl zur Bürgerschaft am 6. 6. 1982, S. 35 ff.; Stat. LA Hamburg (Hrg.), Wahl zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 4. Juni 1978, H. 124, S. 201 f.

auch linkssektiererischer Tendenzen. Sogenannte wertkonservative und rechte Positionen konnten sich — mit bedingt durch diese soziale Basis — bisher in Hamburg auch bei den GRÜNEN nicht durchsetzen. Dies zeigt das magere Abschneiden der rechten Grünen Liste Umweltschutz (GLU) bei der Bürgerschaftswahl 1978 sowie das noch schlechtere Ergebnis der rechten Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) mit 0,2% der Wählerstimmen bei der Bürgerschaftswahl 1982.

Die Hamburger Bürgerschaftswahl 1982 hat zwei widersprüchliche Haupttendenzen zum Vorschein gebracht. Einerseits einen deutlichen Trend nach rechts, der neben einer verstärkten Mobilisierung der bürgerlichen Wählerbasis der CDU mehr denn je Teile der Arbeiterklasse (auch aus ihrem Kern, der Industriearbeiterschaft) erfaßt hat. Auch wenn die Motive für die verstärkte Wahl der CDU durch Arbeiter zunächst einmal in Enttäuschung und Protest gegenüber der unsozialen SPD-Politik zu suchen sind, so zeigt dieses Wahlverhalten doch die Anfälligkeit erheblicher Teile der Arbeiterklasse für soziale Demagogie und die reaktionären Krisenlösungsvorschläge der CDU. Hierfür sind vor allem solche Arbeiterklassengruppen anfällig, die aufgrund ihres höheren Alters (über 35) durch den militanten Antikommunismus aus der Zeit des Kalten Krieges, die Zeit des sogenannten „Wirtschaftswunders“, zeitweilige Erfolge sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik und durch eine starke, meist an der SPD orientierte parlamentarische Fixiertheit bei weitgehender Aufgabe aktiver eigenständiger Interessenvertretung bewußtseinsmäßig geprägt wurden. Obwohl diese Bewußtseinsituation äußerst widersprüchlich ist und auch Ansätze für eine Hinwendung zu fortschrittlichen Positionen in sich birgt, kommt dies bei der auch in Hamburg noch zu schwachen politischen Verankerung und Ausstrahlung marxistischer und sozialistischer Kräfte in der Arbeiterklasse bisher noch weitgehend der CDU zugute. Hier hätte sicherlich ein linkes demokratisches Wahlbündnis unter Einschluß aller außerparlamentarischen sozialen und politischen Kräfte, auch der marxistischen Arbeiterpartei, eine stärkere Wirkung und Ausstrahlung auch auf diese Gruppen der Arbeiterklasse gehabt.

Andererseits zeigt das Wahlergebnis für die GAL auch einen deutlichen Trend nach links, hin zur Stärkung demokratischer und alternativer Kräfte in Hamburg. Damit wurde im parlamentarischen Raum das bisher unangefochten dominierende bürgerliche Parteiengefüge aufgebrochen und die Parteienlandschaft Hamburgs durch das erneute Scheitern der FDP erheblich verändert. Die GAL konnte ein erhebliches Protestpotential vor allem aus der Jugend auf sich vereinigen.

Das Wahlergebnis der GAL spiegelt vor allem die wachsende politische Ausstrahlungskraft der neuen sozialen Bewegungen und ihrer politischen Hauptströmungen wider. Die Bürgerschaftswahl als politischer Entscheidungsakt für jeden einzelnen und Teil eines sozialpsychologischen Prozesses hat sicherlich zu einer weiteren politischen Öffnung und wachsenden Sympathie von vor allem jungen Arbeiterklassengruppen gegenüber den neuen sozialen Bewegungen und ihren politischen Gruppen geführt. So ist es nicht ausgeschlossen, daß auch im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich der Einfluß grün-alternativer Strömungen stärker zunehmen wird. Andererseits sind diesen Einwirkungsmöglichkeiten der neuen sozialen und politischen Bewegungen aufgrund des Generationswechsels und der damit verbundenen Bruchlinien in Kultur, Lebensweise und sozialem Milieu der verschiedenen Altersgruppen der Arbeiterklasse bisher noch deutliche Grenzen gesetzt. Auch diese wurden durch das Hamburger Wahlergebnis bestätigt.

6. Marxistische Positionen und bündnispolitische Konsequenzen

Für Hamburg gilt die Einschätzung, daß die neuen sozialen Bewegungen und die sie gegenwärtig mehrheitlich repräsentierenden politischen Gruppierungen der grün-alternativen Wahlbewegung in ihrer Programmatik und ihrem Anspruch ökologisch und mehrheitlich links-reformistisch orientierte Kräfte sind, mit denen vom Standpunkt einer marxistischen Arbeiterpartei Bündnisse prinzipiell möglich und notwendig sind.

Diese Bewegungen sind zuallererst Ausdrucksformen des Protestes gegen die Auswirkungen der tiefgreifenden Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und in ersten Ansätzen gegen das kapitalistische System als Ganzes. Sie spiegeln in ihrer Politik und Weltanschauung die Widersprüchlichkeit ihrer sozialen Basis wider, vor allem die Differenzierungs- und Proletarisierungsprozesse in den lohnabhängigen Mittelschichten und der Intelligenz. Für Hamburg ist ein deutliches Übergewicht der unteren lohnabhängigen Mittelschichten- und Intelligenzgruppen, aber auch schon eine Beteiligung von bestimmten Gruppen der Arbeiterklasse kennzeichnend, die diesen Bewegungen hier eine stärker demokratisch-linker Orientierung verleihen als anderswo.

Auch wenn die Bewegungs- und Verbreitungsformen von antimonopolistischem, demokratischem Bewußtsein nicht so verlaufen, wie viele Marxisten sich dies angesichts der Offensive des Monopolkapitals und der weiter voranschreitenden Rechtsentwicklung wünschen und vorstellen, gibt es keinen Grund, den neuen sozialen und politischen Bewegungen zurückhaltend oder gar ängstlich gegenüberzustehen. Nur die konsequente Orientierung auf die Unterstützung und Zusammenarbeit mit diesen Bewegungen bei gleichzeitig verstärkter ideologischer Auseinandersetzung kann die Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft marxistischer Politik, Ideologie und Theorie in den gemeinsamen Aktionen und Lernprozessen erhöhen. Denn nicht dem gehört letztlich die Hegemonie, der bornierte Führungs- und Hegemonieansprüche vereinbaren und zu Papier bringen will, sondern „vom proletarischen Standpunkt aus gehört die Hegemonie... demjenigen, der am energischsten von allen kämpft, der jede Gelegenheit benutzt, um dem Feind einen Schlag zur versetzen, bei dem Worte und Taten übereinstimmen und der deshalb der jede Halbheit kritisierende ideologische Führer der Demokratie ist.“²⁷

Gleichzeitig erfordert eine konstruktive und wirksame antimonopolistische Bündnispolitik gegenüber den neuen sozialen Bewegungen und den sie tragenden sozialen Gruppen und Schichten Kompromißbereitschaft der politischen Arbeiterbewegung, vor allem der marxistischen Arbeiterpartei, um „sich im Bündnis jeweils auf solche Forderungen zu einigen, die von allen Bündnispartnern unterstützt werden können.“²⁸ Es ist insgesamt eine offensive und nicht zögernde Bündnispolitik notwendig, die nach dem zentralen bündnispolitischen Prinzip *Lenins* „jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein.“²⁹

27 W. I. Lenin, Arbeiterdemokratie und bürgerliche Demokratie (1905) in: LW Bd. 8, S. 66.

28 W. Gerns, R. Steigerwald, Probleme der Strategie des antimonopolistischen Bündnisses, Frankfurt/Main 1977, S. 93.

29 W. I. Lenin, Der „linke“ Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus (1920), LW Bd. 31, S. 56 f.

Entsprechend einer solchen offensiven antimonopolistischen Bündnispolitik sind in Hamburg wichtige Erfahrungen gesammelt worden, die das Ansehen der marxistischen Arbeiterpartei gestärkt haben.

Die Fortschritte dieser offensiven Bündnisstrategie, die neben der Zusammenarbeit mit den genannten sozialen Schichten und Gruppen gleichzeitig ein unverzichtbares Mittel ist, um auf die Arbeiterklassengruppen in der Angestellten- und Beamtschaft ideologisch und politisch einzuwirken, muß jedoch mehr denn je durch eine deutliche Verstärkung des Masseneinflusses der marxistischen Partei in der Hamburger Industriearbeiterschaft — im Betrieb wie im Wohngebiet — ergänzt werden. Das entscheidende Grundproblem des antimonopolistischen Kampfes in Hamburg ist und bleibt die Frage, inwieweit es gelingt, die Ungleichmäßigkeit, das Zurückbleiben der Arbeiterklasse gegenüber den neuen sozialen und politischen Bewegungen abzubauen und die Arbeiterklasse an den eigenen Interessenkampf heranzuführen. Nur wenn dies in der Zukunft noch besser gelingt, wird das strategische Ziel der marxistischen Arbeiterpartei, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und die neuen sozialen und politischen Bewegungen im antimonopolistischen Kampf zusammenzuführen, Erfolg haben.

SPD in den 80er Jahren Soziologische und politische Aspekte der Krise der Sozialdemokratie

Kurt Schacht

1. Ursachen der Krise der SPD — 2. Abnehmende Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie — Schwächung ihrer sozialen Basis in der Arbeiterklasse — 3. Reaktivierung der AfAs und der SPD-Betriebsgruppen zur Einflussicherung in der Arbeiterklasse — 4. Die Löwenthal-Thesen: Streit um Integrationsstrategien.

Als größter Teil der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik ist die Sozialdemokratie in eine tiefe Krise geraten. Symptomatisch dafür sind Wahlniederlagen, die Abwendung beachtlicher Teile der Jugend von der SPD, ins Gewicht fallende Austritte, ein erheblicher Rückgang der Mitgliederzahlen und die direkten Vorbereitungen ausgetretener und ausgeschlossener Sozialdemokraten zur Bildung einer linkssozialdemokratischen Partei.* Besondere Besorgnis hat in Führungskreisen der Sozialdemokratie der immer sichtbarer werdende Vertrauensverlust in Teilen der Arbeiterklasse hervorgerufen, der sich u. a. auch darin äußert, daß viele sozialdemokratische Stammwähler aus der Arbeiterklasse nicht mehr zur Wahl gehen.

Welches sind die Ursachen der Krise der SPD? In welcher Beziehung steht die Krise der SPD zur Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus? Wie ist der Zusammenhang zwischen Bewegungen an der sozialen Basis und der Krise der SPD? Welche Konzeptionen, welche Wege können die SPD aus ihrer Krise herausführen? — Das sind Fragen, die in der SPD mit zunehmender Heftigkeit diskutiert werden und für die sich alle interessieren müssen, denen es um eine fortschrittliche Entwicklung in der Bundesrepublik geht. Denn wie sich das Kräfteverhältnis in unserem Lande entwickelt, welche Wirksamkeit die Friedensbewegung, die demokratischen und sozialen Bewegungen erlangen, hängt nicht unwesentlich von den Diskussions- und Orientierungsprozessen in der Sozialdemokratie ab. Ein Linker in der Bundesrepublik kann deshalb nicht gleichgültig gegenüber dem sein, was sich in der SPD tut. Er wird alles begrüßen und unterstützen, was sich in der SPD für die Stärkung der Sache des Friedens, des demokratischen und sozialen Fortschritts regt und entwickelt.

* Dieser Aufsatz wurde Mitte Mai 1982 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Gruppe Demokratische Sozialisten (DS) auf Landesebene einige Verbände gebildet und für Juni/Juli 1982 zum Konstituierungskongreß ihrer Gruppe als Bundespartei aufgerufen. Es verstärkten sich auch die Spannungen zwischen SPD-Führung und FDP-Führung zusehends, und die Neigung der FDP-Führung, per Koalitionswechsel der CDU/CSU zur Regierungsübernahme zu verhelfen, erschien immer offensichtlicher. Das Ganze stellte sich zu diesem Zeitpunkt als Frage des Termins und der eintauschbaren Überlebensbedingungen der FDP-Ministerriege dar. (Anmerkung der Redaktion)

1. Ursachen der Krise der SPD

Die Krise der Sozialdemokratie ist nicht neueren Datums. Sie ist eine ständige Begleiterscheinung der Sozialdemokratie seit ihrem Übergang zu opportunistischen, reformistischen Positionen und ihrem Verzicht auf grundlegende Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft in Richtung des Sozialismus. Die Frage, die in diesem Beitrag gestellt und beantwortet werden soll, ist die Frage nach der Spezifik der Krise der SPD unter den aktuellen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus und den dabei auftretenden Wirkungen auf ihre soziale Basis, die seit der Umwandlung der SPD von einer Arbeiter- zu einer Volkspartei selbst großen Wandlungen unterworfen ist.

Wie nicht anders zu erwarten, geht das Bestreben der führenden Kräfte der SPD dahin, die wirklichen Ursachen für die Krise der Sozialdemokratie zu verschleiern. Sie wollen auf keinen Fall zulassen, daß die Ursachen der Krise in ihrer Politik selbst gesucht werden. Für die Erklärung der Krise der SPD (sie benutzt diesen Terminus nur ungern und spricht lieber von einem „Formtief“) benutzt die SPD-Führung zwei Grundmuster der Argumentation.

1. Sie bezieht sich auf die Wirkungen von außerhalb ihrer Einflußmöglichkeiten verlaufenden Prozessen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik. Stichworte: Ölpreisexposition, Hochzinspolitik der USA, die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer und ihre Konsequenzen für den Welthandel, die verstärkten protektionistischen Neigungen verschiedener Staaten, die engeren ökologischen Grenzen für bestimmte Formen des Wachstums usw.¹

2. Der Vorwurf der Unfähigkeit an die Parteiorganisationen, sozialdemokratische Regierungspolitik richtig zu „verkaufen“. Als Organisationsschwächen, die angeblich zum Vertrauensverlust für die SPD führten, zählt der Parteivorsitzende *Willy Brandt* auf: „Die mangelnde Fähigkeit, das tatsächlich Geleistete überzeugend darzustellen. Auch Unzulänglichkeiten, wo es darum geht, die eigene sozialdemokratische Haltung deutlich zu machen. Disziplinlosigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen. Unnötig personalisierte, gelegentlich sogar diffamierende Auseinandersetzungen.“² Ursachen und Wirkungen werden hier verwechselt.

Eine neue Variante der Ursachenerklärung für die SPD fügte *Prof. Richard Löwenthal* hinzu. In einem Beitrag zur Erläuterung seiner Thesen über die Identitätskrise der SPD behauptete er, die SPD verliere „einen Teil ihrer sogenannten ‚Stammwähler‘, besonders — aber keineswegs ausschließlich — unter den Facharbeitern und in den Großstädten, nach deren Meinung sich die Partei zu sehr der unruhigen Jugend anpasse und zu wenig um die Verteidigung des Rechtsstaats und die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kümmert, und die deshalb zur CDU abwandern oder ebenfalls bei der Wahl zu Hause bleiben.“³ Man soll nicht glauben, daß das die Auffassung lediglich eines am rechten Rand der SPD angesiedelten Professors ist. Die Thesen Löwenthals wurden von vielen sozialdemokratischen Führungspersonlichkeiten unterschrieben. Seine Auffassung widerspiegelt sich auch in einer Studie des SPD-Unterbezirks Köln zum Thema „SPD und Großstadt — Daten, Fakten und Anmerkungen über die Wählersub-

1 Vgl.: Leitartikel des SPD-Vorstandes an den Parteitag der SPD im April 1982 in München (heft. Konferenzmaterial)

2 Vorwärts vom 7. 1. 1982, S. 7

3 Die neue Gesellschaft, Nr. 12/1981, S. 1085

stanzverluste der Sozialdemokratie in den Großstädten". In dieser Studie heißt es: „Mit einer bloßen Anbiederungsstrategie an grüne Scheinprobleme werden nicht nur viele sozialdemokratische Stammwähler im Arbeiterbereich, die echt existenzielle Probleme haben, verprellt, sondern auch viele Wähler der Mittelschichten.“⁴

Diese Studie sowie zwei andere neuere Analysen über die Situation der SPD im Bezirk Franken und in Baden-Württemberg⁵ enthalten wichtige Informationen über Mitgliederentwicklung, Organisationsleben, Aktivitätsgrad und nach außen gerichtete Tätigkeit der SPD-Untergliederungen. Sie bestätigen das schwindende Vertrauen der SPD in der Arbeiterklasse, Mitgliederverluste vor allem in den Großstädten, wachsende Unzufriedenheit und Enttäuschung in den Reihen der Mitglieder über die Führungs- und Regierungspolitik. Aber in der Deutung dieser Krisenerscheinungen folgen diese Studien weitgehend der Argumentation *Willy Brandts*, daß es sich hierbei vorwiegend um Organisationsprobleme handelt. Genannt werden zurückgehende Vertrauensarbeit vor Ort, keine „Verknüpfungspunkte“ mehr mit dem bürgerlichen Vereinsleben, Überwiegen von Binnenaktivitäten, wenig politische Vorfelddarbeit, zu wenig attraktives Organisationsleben in den Ortsvereinen, Abwandern von traditionellen SPD-Wählerschichten in Stadtrandgebiete usw.

Es gibt nicht wenige Kräfte in der SPD, die die Ursachen für die Krise der Sozialdemokratie klarer sehen und ihre wesentlichen aktuellen Gesichtspunkte richtig benennen. Es ist objektiv für die Bundesregierung und für die SPD unmöglich, so antwortete der Bezirksleiter der IG Metall, *Franz Steinkühler*, auf polemische Ausfälle des sozialdemokratischen Finanzministers *Matthöfer* gegen die Kritiker der unsozialen Haushaltspolitik der Bundesregierung, „Politik für Unternehmer zu machen und Stimmen von den Arbeitnehmern zu bekommen“.⁶ Auf folgende, die Krise der SPD beleuchtende aktuelle Gründe, mit denen Marxisten übereinstimmen können, weisen Sozialdemokraten und sozialdemokratische Organisationen unterschiedlicher Richtungen und Strömungen hin:

— Die Abkehr von der Anfang der 70er Jahre versprochenen Reformpolitik und ihre Ersetzung durch einen Kurs des rigorosen Sozial- und Reformabbaus.

— Die Abkehr von einer auf die Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung gerichteten Politik und stattdessen die Hinwendung zu einem Kurs der Reallohnsenkung.

— Die Abkehr von realistischen Elementen der Entspannungspolitik zu Beginn der 70er Jahre und stattdessen das Ja zum NATO-Raketenbeschluß, die forcierte Hochrüstung und zunehmende Konzessionen an die Konfrontations- und Raketenpolitik der *Reagan*-Administration.

— Die Abkehr von dem Versprechen, „mehr Demokratie“ wagen zu wollen; anstelle der Verwirklichung dieses Versprechens die Praxis der Berufsverbote, die Überwachung von Betriebsräten, Ausbau des staatlichen Repressionsapparates, der Befehl zu brutalen Polizeieinsätzen gegen das Geltendmachen demokratischen Bürgerwillens (zum Beispiel die Auseinandersetzungen um die Startbahn West).

4 Studie des SPD-Unterbezirksvorstandes Köln, Juni 1981, S. 33

5 Mitgliederpartei und Ortsverein im SPD-Bezirk Franken — Auswertung einer Struktur- und Mobilitätsanalyse, hrsgg. vom Bezirk Franken 1981; Daten und Hypothesen — zur Situation der SPD in Baden-Württemberg, 1981

6 *Unsere Zeit* vom 11. 11. 1981

— Die Preisgabe positiver Elemente in der Bildungspolitik. Statt dessen reaktionäre Hochschulformierung, Abbau der Ausbildungsförderung, der vor allem die Arbeiterkinder trifft, drastische Kürzungen auf allen Ebenen des Bildungsbereiches.

— Versiegen der Ansätze zu einem wirksameren und besseren Umweltschutz.

— In der Führungspolitik der SPD sind keine Ansätze zur Bewältigung der Probleme der 80er Jahre, keine Ansätze eines Konzepts zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, geschweige denn zur Krisenbewältigung, zu erkennen. Es ist so, wie es *Erhard Eppler* zum Ausdruck brachte: „Es gibt kein sozialdemokratisches Konzept für die neuen Aufgaben der 80er Jahre, mindestens keines, das für die Sozialdemokraten in der Bundesregierung akzeptabel oder gar verbindlich wäre.“⁷

Die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger findet sich mit ihren Interessen und Erwartungen in der Politik der SPD-Führung und der Bundesregierung nicht mehr wieder. Im Unterschied zu der Reform- und Entspannungspolitik Anfang der 70er Jahre können sie sich mit der gegenwärtigen Regierungspolitik nicht identifizieren. Das Wesen der gegenwärtigen Krise der SPD besteht darin, daß die SPD-Führung im krassen Gegensatz zu den vitalen Interessen der sozialen Basis, ihrer Mitgliedschaft den Kurs des Großkapitals auf Abwälzung der Krisen- und Rüstungslasten auf die arbeitenden Menschen mitvollzieht und dadurch die Kluft zwischen der sozialen Basis der SPD und der Parteiführung größer wird.

Warum handeln führende SPD-Politiker und sozialdemokratische Minister so und nicht anders? Warum setzen sie sich in einen so fundamentalen Gegensatz zur sozialen Basis der SPD, zu den Erwartungen, Hoffnungen und Interessen der arbeitenden Menschen? Der tiefere Grund hierfür liegt in der engen Bindung sozialdemokratischer Führungspolitik an das staatsmonopolistische System. Die von *Matthöfer* geradezu klassisch definierte Grundposition der SPD-Führung, den kapitalistischen Staat besser zu verwalten als die CDU, hindert die SPD-Führung daran, einen Ausweg aus der tiefen kapitalistischen Krise im Interesse der arbeitenden Menschen zu suchen und Konzepte zur Verteidigung der demokratischen und sozialen Rechte der arbeitenden Menschen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit praktisch in Angriff zu nehmen. Würde sie dies tun, käme sie sofort in heftigen Widerspruch zu den Interessen und Absichten des Großkapitals. Selbstverständlich kann man nicht bestreiten, daß die kapitalistische Wirtschaftskrise den materiellen Spielraum für eine Sozial- und Reformpolitik einengt, und schon gar nicht übersehen kann man, daß die Strategie des Großkapitals und seiner Repräsentanten darin besteht, die tiefe ökonomische und politische Krise des Kapitalismus zu nutzen, um ihre Macht- und Profitposition weiter zu stärken und auszubauen durch das, was sie „Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft“ nennen. Darunter verstehen sie eine weitere Umverteilung der Staatshaushalte zugunsten der privaten Großwirtschaft, rigorosen Sozialabbau, Reallohnsenkung, Einschränkung der Tarifautonomie der Gewerkschaften, Verschlechterung der demokratischen Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, für die Friedensbewegung und die vielfältigen demokratischen Bewegungen.

Typisch für die sozialdemokratische Führungs- und Regierungspolitik ist nicht die Abwehr der Krisenstrategie des Großkapitals, sondern die aktive Beteiligung an ihrer Durchsetzung. Alles das, was die Sozialdemokratie Ende der 60er, Anfang der 70er Jah-

7 E. Eppler, Die SPD — eine gelähmte Partei, in: L '80, H. 20, November 1981, S. 5

re an programmatischen und politischen Leitsätzen entworfen hat, z. B. in den „Perspektiven der 70er Jahre“, im „Orientierungsrahmen für die 80er Jahre“, ging über Bord.

Mit der Ausrichtung der sozialdemokratischen Führungs- und Regierungspolitik an der Krisenstrategie des Großkapitals widerspiegelt sich die Verschärfung der Krise des staatsmonopolistischen Systems als Verschärfung der Krise der Sozialdemokratie, der Krise ihrer Politik und ihrer Ideologie, der Krise ihrer Beziehungen zu Teilen der Arbeiterklasse und der Jugend. Aus der engen Bindung zum kapitalistischen System ist letztlich auch das Einschwenken auf den Konfrontations- und Rüstungskurs der *Reagan-Administration* zurückzuführen, wengleich nicht zu verkennen ist, daß die SPD-Führung in manchen Punkten nur widerwillig der Abenteuerpolitik *Reagans* folgt und selbständige Positionen zu behaupten versucht. Im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems und der nie aufgegebenen Absicht, die sozialistische Ordnung in der DDR, in osteuropäischen Ländern und anderen Teilen der Welt zu unterminieren und rückgängig zu machen, aufgrund der Tatsache, daß die SPD-Führung in der weltweiten Systemauseinandersetzung auf seiten des Kapitalismus steht, erkennt sie die Führungsrolle der USA im imperialistischen Weltsystem an, bekennt sie sich zur NATO als wichtigstem Instrument der Innen- und Außenpolitik.

Man darf nicht übersehen, daß sich bereits im Übergang von der Regierung *Brandt/Scheel* zur Regierung *Schmidt/Genscher* eine Politik der Abwendung nicht nur von der Reformpolitik, sondern auch von gewissen realistischen Aspekten der Außenpolitik abzeichnete. Die Regierungspolitik folgte damit den stärker werdenden Tendenzen zur Rückkehr zu einer Konfrontationspolitik gegenüber den sozialistischen Ländern, vor allem gegenüber der Sowjetunion, als Reaktion auf Positionsverluste des Imperialismus unter den Bedingungen der Entspannung sowie auf die sich vertiefende Krise des Kapitalismus.

2. Abnehmende Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie — Schwächung ihrer sozialen Basis in der Arbeiterklasse

Ein unmittelbarer und wesentlicher Ausdruck der Krise der SPD ist ihre abnehmende Integrationsfähigkeit. Was das für die SPD, aber nicht nur für sie, sondern auch für das herrschende Monopolkapital bedeutet, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß für die SPD-Führung die Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten, seit Verabschiedung des Godesberger Programms 1959, immer im Mittelpunkt ihrer taktischen Überlegungen, aber auch ihrer programmatischen und politisch-praktischen Orientierung gestanden hat. Die Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie, das war für ihre führenden Vertreter die Frage danach, wie sie aus dem Turm einer 30-Prozent-Partei herauskommen, wie sie zur Mehrheits- und Regierungspartei werden könne. Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie — das ist für die herrschenden Kreise immer auch die Frage danach, wie die kommunistische Partei des Landes kleingehalten, wie die Entwicklung von Klassen- und sozialistischem Bewußtsein in der Arbeiterklasse abgeblockt werden kann.

Die nachlassende Integrationsfähigkeit der SPD äußert sich in mannigfacher Weise. Sie äußert sich in der Entwicklung einer kraftvollen Friedensbewegung, die in Konfrontation zur Absicht der SPD-Führung und der Bundesregierung steht, neue amerikani-

sche atomare Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik zu stationieren. Sie kommt zum Ausdruck in der Entwicklung vieler Bürgerbewegungen und neuer sozialer Bewegungen, die sich dem Einflußbereich sozialdemokratischer Führungspolitik entzogen haben. Sie widerspiegelt sich in der Abwendung großer Teile der Jugend von der Sozialdemokratie, im Aufkommen der Grünen und Alternativen Listen, die beachtliche Wählerschichten und parlamentarische Positionen gewonnen haben. Sie äußert sich vor allem auch im Abbröckeln der Basis der SPD in der Arbeiterklasse. Die Wählerhochburgen der SPD, die Großstädte, gehen hier in raschem Tempo verloren. Mit dem Verlust von Stammwählern aus der Arbeiterschaft korrespondieren schwere Mitgliederverluste. In der Studie des SPD-Bezirks Franken wird in der Zeit von 1976 bis 1980 ein Mitgliederschwund in den Städten zwischen 10 und 20% registriert.⁸ Diesen Trend gibt es in allen Großstädten.

Auf ihrem Münchner Parteitag teilte die SPD einen absoluten Mitgliederrückgang von 32735 im Jahre 1981 mit. SPD-Geschäftsführer *Peter Glotz* mußte zugeben, daß bei den Austritten „die direkten sozialen Interessen der Menschen, von der Kindergeldkürzung bis zur Kürzung des Zusatztaschengeldes in Altenheimen, wohl die stärkste Rolle“ spielen.⁹

Außerordentlich besorgt ist die SPD-Führung über die Wirkung des Vertrauensverlustes in der Arbeiterklasse auf ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften. „Die Zahl der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionäre der Gewerkschaften, die ja immer noch das Parteibuch der SPD in der Tasche tragen, die sich aber in ihrer Arbeitseinstellung und in ihren Interessenschwerpunkten immer mehr von der SPD entfernt haben, wächst in erschreckendem Umfang“, stellt *Peter von Oertzen* in einem Streitgespräch fest.¹⁰

In der Tat, in keiner Frage sieht sich die SPD-Führung so im Nerv ihrer Integrationspolitik getroffen wie in ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse und zu den Gewerkschaften. Die Erhaltung, die Ausweitung, die Stabilisierung des Einflusses in der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften stand und steht stets im Mittelpunkt von Überlegungen und Praxis sozialdemokratischer Führungspolitik. Mit dem Einfluß in der Arbeiterklasse steht und fällt die Bedeutung der Sozialdemokratie für die herrschende Großbourgeoisie, steht und fällt die Integration bedeutender Teile der Arbeiterschaft in das kapitalistische System.

Wenn in der SPD die Arbeiterfrage in aller Schärfe aufgeworfen worden ist, wenn der Streit erneut darüber entbrannt ist, ob die SPD als Volkspartei mehr Arbeiterpartei oder mehr Partei der „Mitte“ sein soll, dann ist dies kein Zufall. Die Auseinandersetzung darüber hängt eng mit der Tatsache zusammen, daß wir uns in der Bundesrepublik an einem Wendepunkt der Entwicklung befinden. Der Ausgang der Auseinandersetzung um die Frage Fortsetzung der Entspannung oder Rückkehr zum Kalten Krieg, Verteidigung demokratischer und sozialer Rechte oder steigende Massenarbeitslosigkeit hängt im wesentlichen vom Verhalten der Arbeiterklasse und davon ab, wie sich die große Masse der verwirrten, enttäuschten und unzufriedenen Arbeiter und Angestellten politisch und organisatorisch orientiert. Werden sie sich in der Friedensbewegung,

⁸ Mitgliederpartei und Ortsverein, a.a.O., S. 4

⁹ Rede von P. Glotz auf dem Münchner SPD-Parteitag, heft. Konferenzmat., S. 2

¹⁰ P. von Oertzen, in: Die neue Gesellschaft, 1/1982, S. 10

in außerparlamentarischen, demokratischen Bewegungen engagieren oder abseits stehen? Gehen sie in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen auf klassenbewußte, auf Kampfpositionen, wenden sie sich nach links oder werden sie Opfer der sozialen und nationalen Demagogie der CDU/CSU? Gefordert sind in der Vermittlung einer richtigen Orientierung der Arbeiterklasse vor allem die kommunistischen, aber auch andere linke Kräfte, insbesondere fortschrittliche und kritische Sozialdemokraten. Gefordert ist das kämpferische Engagement der Gewerkschaften in der Vertretung der Arbeiterinteressen.

Wenn sich die SPD-Führung jetzt stärker der Frage ihres Verhältnisses zur Arbeiterklasse und zu den Gewerkschaften zuwendet, dann geht es ihr vorrangig um die Erhaltung ihrer rechtssozialdemokratischen Politik und Ideologie, um die Integration der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Staat, um das Abblocken einer Linkswendung erheblicher Teile der Arbeiterschaft, um ein passives Verhalten gegenüber den Auswirkungen der kapitalistischen Krise und der staatlichen Krisenpolitik auf die Lage der arbeitenden Massen.

Bei ihren Versuchen, den Einfluß in der Arbeiterklasse zu erhalten oder zurückzugewinnen, stößt die SPD-Führung auf nicht wenige organisationspolitische Probleme, die sich im Zuge der Entwicklung der SPD von einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei herausgebildet haben. Die ausdrückliche Deklaration der SPD zu einer Volkspartei in dem 1959 beschlossenen Godesberger Grundsatzprogramm markierte eine neue Entwicklungsphase der Sozialdemokratie, den Bruch mit traditionell reformistischen Zielvorstellungen, eine weitestgehende Einbindung in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die stärkere Öffnung der SPD für bürgerliche Schichten der Bevölkerung einschließlich von Repräsentanten des großen Kapitals. „Dieser Versuch, das Image einer ‚Arbeiterpartei‘ mit dem einer ‚Partei des ganzen Volkes‘ auszutauschen, beinhaltete jedoch tendenziell eine Lockerung des Verhältnisses zwischen der Partei und ihrem Mitglieder- und Wählerkern.“¹¹

Übereinstimmend wird in der sozialdemokratischen Publizistik und in der bürgerlichen Parteiensoziologie darauf verwiesen, daß die Entwicklung der SPD zu einer „Volkspartei“ die Wandlung der sozialen Basis der Mitgliedschaft der SPD und des Funktionärskörpers beschleunigt hat. Der Anteil der Arbeiter aus dem gewerblichen Bereich der Industrie, aus der Produktion verringerte sich zunehmend, während der Anteil der Angestellten rasch wuchs; vor allem stieg der Anteil der Bediensteten aus dem öffentlichen Dienst stark an. Nur zum Teil widerspiegelte sich in dieser Entwicklung die Veränderung der Sozialstruktur in der Bevölkerung.

Über die soziale Zusammensetzung der SPD liegen widersprüchliche Angaben vor. Zunächst teilte SPD-Geschäftsführer *Peter Glotz* mit, daß noch 42% der bundesdeutschen Bevölkerung Arbeiter seien, aber nur 25% der SPD-Mitglieder. Unter den Funktionären der SPD sind nach seinen Angaben noch weniger als 25% Arbeiter.¹² Auf dem Münchner SPD-Parteitag im April 1982 machte *Glotz* über die Sozialstruktur der SPD folgende Angaben: 28% Arbeiter, 25% Angestellte, 10% Beamte, 4,4% Selbständige, 9% Rentner, 12% Hausfrauen, 8,3% in Ausbildung befindlich (also Schüler, Studenten,

11 H. Kastendiek, *Arbeitnehmer in der SPD*, Berlin-West 1978, S. 12

12 *Frankfurter Rundschau* vom 6. 10. 1981

Lehrlinge).¹³ Ein davon abweichendes Bild über die Sozialstruktur der SPD ergab eine vom SPD-Vorstand in Auftrag gegebene Studie der Institute Infas und Infratest. Demnach gliedert sich die SPD in folgende Gruppen auf: 22% Arbeiter, etwa 25% Angestellte, etwa 12% Beamte, 5% Selbständige, 17% Rentner und 7% Hausfrauen sowie 5% in Ausbildung. Diese Studie basiert auf einer Befragung von 5000 SPD-Mitgliedern, die als repräsentativer Querschnitt der Gesamtpartei bezeichnet werden.¹⁴

Ein Problem, das die Sozialdemokratie stark beschäftigt, besteht darin, daß es in den 60er Jahren bis in die Gegenwart zu einer immer stärkeren Überrepräsentation von Bediensteten des öffentlichen Dienstes in den Vorständen der SPD gekommen ist. Während der gemeinsame Mitgliederanteil der Beamten und Angestellten aus dem öffentlichen Dienst rd. 35% der SPD-Mitgliedschaft beträgt, entfallen auf diese Gruppe über 50% der Funktionäre in den Vorständen der Ortsvereine und über 75% in den Vorständen der Unterbezirke. Facharbeiter, die nach Angaben von *Peter Glotz* 25–28% der SPD-Mitgliedschaft ausmachen, stellen 27% der Funktionäre in den Ortsvereinen und nur 7,5% in den Vorständen der Unterbezirke.¹⁵ Die Überrepräsentation von Bediensteten des öffentlichen Dienstes in den Vorständen der SPD wird gemeinhin mit ihrer Arbeitssituation erklärt, die dadurch gekennzeichnet sei, „daß sie einen kaum kündbaren Arbeitsplatz besitzen, zum anderen, daß sie während der Dienstzeit vielfach disponibler, d. h. für andere Tätigkeiten, z. B. in einer Partei, eher verfügbar sind“.¹⁶

Ist diese Erklärung ausreichend? Wohl kaum. Wesentlich zu dieser Entwicklung der Überrepräsentation von Bediensteten des öffentlichen Dienstes in den Vorständen (und hier vor allem der Bediensteten der mittleren Ränge) beigetragen haben dürfte die immer enger werdende Verflechtung der SPD mit dem Staatsapparat auf allen Ebenen, vor allem dort, wo sie Regierungsfunktionen ausübte und -übt. Viele Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes strömten in die „staatserhaltende“ SPD, da sie glaubten, daß es ihrer Karriere förderlich sein würde. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von SPD-Funktionären gelangte andererseits in Positionen des Staatsapparates und der Staatsverwaltung. Dieser auch materiell und beruflich eng mit dem kapitalistischen Staatsapparat verbundene Teil der SPD-Mitgliedschaft (er beträgt immerhin 35%) wurde immer mehr zur beherrschenden Funktionärsschicht in der SPD und bildet in der Regel die Stütze für die Politik und Ideologie der SPD-Führung in der Parteiorganisation. Nicht wenige Karrieremitglieder aus dem öffentlichen Dienst verlassen die SPD jedoch wieder, wenn sie ihre Mehrheiten in den Rathäusern verliert.

Die mit Godesberg eingeleitete Entwicklung der SPD von einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei und die Okkupation der Vorstände durch Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes war damit verbunden, daß sich der aktive sozialdemokratische Arbeiter immer weniger in den sozialdemokratischen Organisationen selbst engagierte und sein Betätigungsfeld immer stärker in den Betriebsräten und Gewerkschaften suchte. Dort konnte er wirkungsvoller für seine ökonomischen und sozialen Interessen eintreten. Dort waren die Klassenfronten, wie immer sie auch von sozialpartnerschaftlichem Denken überlagert sein mochten, noch klarer. Hier standen die Arbeiter und An-

13 P. Glotz, a.a.O., S. 3

14 Nach: Sozialdemokrat-Magazin, April 1978, S. 8/9

15 Sozialdemokratischer Informationsdienst Betriebspolitik, Nr. 5/1980, S. 20

16 R. Meyenberg, SPD in der Provinz, Frankfurt/Main 1978, S. 39/40

gestellten, dort die Unternehmer, hier die gewerkschaftlichen Klassenorganisationen, dort die Unternehmerverbände. Hier stand der sozialdemokratische Arbeiter auch mitten in seinem sozialen Milieu.

An der Unterrepräsentation sozialdemokratischer Arbeiter in den Vorständen der SPD hat sich auch nichts durch den großen Mitgliederschub geändert, den die SPD im Gefolge ihrer Reform- und Entspannungspolitik Anfang der 70er Jahre erhielt. Organisationspolitisch brachte dieser Schub für die SPD ein zusätzliches Problem. Ein nicht unerheblicher Teil der neuen Mitglieder waren Schüler, Studenten, Lehrer, Akademiker. Sie zeichnete ein hoher Aktivitätsgrad aus und ein Bewußtsein, das auf konsequente Fortsetzung der angekündigten Reform- und Entspannungspolitik gerichtet war. Der Zustrom von Mitgliedern aus diesen sozialen Schichten führte nicht nur zu einer Linkswendung der Jungsozialistenorganisation, sondern auch zu einer Durchdringung vieler Parteiorganisationen. Viele dieser Mitglieder haben die SPD inzwischen wieder verlassen. Aber diejenigen, die geblieben sind und sich nicht angepaßt haben, engagieren sich in der Friedensbewegung, in demokratischen und sozialen Bewegungen und reflektieren die Forderungen und Ziele außerparlamentarischer Bewegungen in der SPD.

Der mit der Entwicklung der SPD zur Volkspartei entstandene Dualismus: Vorherrschaft von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes in den sozialdemokratischen Vorständen — Konzentration der Tätigkeit sozialdemokratisch orientierter Arbeiter auf Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit, wirft für die SPD-Führung so lange keine Probleme auf, wie die Vermittlung ihres Einflusses in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften funktioniert. Sobald diese Vermittlung ernststen Störungen unterworfen ist, sobald sich Anzeichen für eine Abwendung von bisher auf die Sozialdemokratie orientierten Arbeitern zeigen, reagiert die SPD-Führung in der Regel mit der Neubelebung ihrer Betriebsgruppen- und Gewerkschaftsarbeit und der Reaktivierung jener Organe, die sie sich zur Beeinflussung der Arbeiterklasse geschaffen hat.

3. Reaktivierung der AfAs und der SPD-Betriebsgruppen zur Einflußsicherung in der Arbeiterschaft

Der organisatorische Grundaufbau der SPD folgt dem Territorialprinzip. Nur die Ortsvereine sind Grundorganisationen mit allen statutarischen Rechten und Pflichten. Nach 1945 hatte die SPD-Führung Betriebsgruppen vor allem zu dem Zweck gegründet, den Einfluß der KPD in den Betrieben zu bekämpfen und gleichzeitig der KPD ihre Arbeiterbasis in parlamentarischen Wahlen zu entziehen. In dem Maße, wie es der Sozialdemokratie gelang, in den Betrieben ihren Einfluß auszubauen und zu stabilisieren, in dem Maße, wie sie sich ihres Einflusses in der Arbeiterklasse sicher glaubte, ging die Betriebsgruppenarbeit der Sozialdemokratie zurück. Ihren Einfluß in der Arbeiterklasse übte sie dann vorwiegend über sozialdemokratische Betriebsratsmitglieder und Gewerkschafter aus.

Spannungen in den Beziehungen der SPD zu den Gewerkschaften entwickelten sich Mitte der 60er Jahre im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetzgebung und mit der Bildung der Großen Koalition von SPD und CDU/CSU. Teile der Gewerkschaften nahmen an dem Kampf gegen die Notstandsgesetze teil. In den Gewerkschaften entwickelte sich Widerstand gegen die Politik der Großen Koali-

tion, die die erste tiefere ökonomische Krise des kapitalistischen Systems seit Bestehen der Bundesrepublik zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung zu bewältigen versuchte. Teile der sozialdemokratisch orientierten Arbeiter und Gewerkschafter fühlten sich durch die Führungs- und Regierungspolitik nicht mehr repräsentiert. Sie sahen auch nur geringe Chancen zur Wahrnehmung ihrer Interessen und Forderungen innerhalb des festen Organisationsgefüges der Sozialdemokratie mit dem Übergewicht von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes in den Vorständen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Sozialdemokratie wurde in dieser Zeit von sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftern die Notwendigkeit der Schaffung eines Arbeiterflügels in der SPD diskutiert. 1967 kam es in Rheinland-Pfalz und in Hessen-Nord zur Gründung von Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Gewerkschafter mit der erklärten Absicht, die Berücksichtigung von Arbeiterinteressen durch die offizielle Politik in der SPD durchzusetzen. Die SPD-Führung unterband die von unten ausgehenden Bestrebungen zur organisatorischen Formierung unzufriedener sozialdemokratischer Arbeiter und Gewerkschafter innerhalb der Sozialdemokratie. Sie war jedoch vor das Problem gestellt, daß sich die Beziehungen der SPD zu den Gewerkschaften erheblich verschlechtert hatten, daß beachtliche Teile sozialdemokratisch orientierter Arbeiter unzufrieden mit ihrer Politik, mit der Politik der Großen Koalition waren.

Die SPD-Führung beantwortete die Bestrebungen zur Schaffung von Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Gewerkschafter von unten mit der Bildung sozialdemokratischer Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen von oben. Die formal erst 1973 erfolgte Gründung der AfA in Duisburg ist wie die Betriebsgruppenarbeit der SPD vor allem unter zwei Aspekten zu sehen: „dem der Wählerstabilisierung und -werbung und dem der organisatorischen Einbindung eines innerparteilichen Konfliktpotentials.“¹⁷ Es ging der SPD-Führung mit der Bildung der AfAs insbesondere auch um die Anbindung der Gewerkschaften an rechtssozialdemokratische Führungs- und Regierungspolitik; um die Kanalisierung der Arbeiterkämpfe, die sich Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in stärkerem Maße entwickelten, um die Bekämpfung der Betriebsgruppenarbeit der DKP, die sich nach ihrer Konstituierung in vielen Betrieben erfolgreich entwickelte.

Aber die Schaffung der AfAs und die damit verbundene Reaktivierung bzw. Neubildung von SPD-Betriebsgruppen birgt für die Führungspolitik auch immer Risiken. Denn wo sich sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre organisieren, dort wirkt auch immer eine Tendenz zur Vertretung und zum Geltendmachen von Arbeiterinteressen. Dort wird immer wieder die Frage auftauchen, ob es nicht Sache und Funktion solcher Organisationen sein müßte, für die konsequente Verwirklichung von Arbeiterinteressen einzutreten und Druck auf die SPD-Führung und die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung auszuüben, damit sie Arbeiterinteressen berücksichtigt. Vor allem auf dieses Risiko und diese Möglichkeit dürfte es zurückzuführen sein, daß sich die SPD-Führung bis heute energisch allen Forderungen widersetzt, den SPD-Betriebsgruppen die gleichen statutarischen Rechte und Pflichten zu geben wie den Ortsvereinen. Damit ist den Betriebsgruppen der „normale“ Weg der Teilnahme an der Willensbildung innerhalb der Sozialdemokratie verwehrt. Sie können zu Parteitag keine Delegierten wählen und haben kein Antragsrecht. Sie sind ebenso wie die

17 H. Kastendiek, a. a. O., S. 74

AfAs eng der Kontrolle der Parteisekretariate unterworfen und sind in ihrer eigenständigen Entfaltungsmöglichkeit erheblich begrenzt.

Interessant war auf dem Münchner SPD-Parteitag 1982, daß einige der 120 geladenen und mit Rederecht — allerdings nur für die Arbeitsgemeinschaften — ausgestatteten Betriebsräte und Vorsitzenden von großen Betriebsgruppen deutlich zu verstehen gaben, daß sie nicht eine Alibi-Rolle spielen wollen, sondern für die Betriebsgruppen das volle Antrags- und Delegationsrecht forderten.

Nach einigen Angaben sind in den AfAs ca. 50 000 von 600 000 in der SPD organisierten Arbeitern und Angestellten zusammengefaßt. Davon sollen 25 000 aktiv sein. In den AfAs organisieren sich in der Regel die Mitglieder der Betriebsgruppen, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die der SPD angehören, SPD-Mitglieder in Betriebs- und Personalräten, SPD-Mitglieder in den örtlichen Gewerkschaftsvorständen, SPD-Mitglieder, die hauptamtlich in den Gewerkschaften tätig sind. Die Basis der AfAs bilden Betriebsgruppen in Betrieben und Verwaltungen. Ihre Zahl wird von der SPD mit 3000 angegeben. *Hella Kastendiek* bestreitet diese Zahl. Nach ihren Recherchen, die sich auf Interviews mit Betriebsgruppensekretären der SPD beziehen, gibt es lediglich 1200 Betriebsgruppen der SPD, vor allem im öffentlichen Bereich. Davon sind etwa 300 aktiv.¹⁸

Im Rahmen der Versuche der SPD-Führung, ihren Einfluß in der Arbeiterklasse trotz der Politik der Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen, des Sozialabbaus und der Reallohnsenkung zu erhalten, müssen die vom SPD-Vorstand vorgelegten und auf dem SPD-Parteitag in München beschlossenen »Richtlinien für die Betriebsarbeit« betrachtet werden. Offen wird in diesen Richtlinien bekannt: „Ohne eine bewußte und organisatorische Ausrichtung der politischen Betriebsarbeit läuft die SPD Gefahr, immer mehr Beziehungen zur betriebstätigen Arbeitnehmerschaft zu verlieren.“ Neu in diesen Richtlinien ist das formale Bekenntnis, „daß sozialdemokratische Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen... im politischen Willensbildungsprozeß die gleichen Chancen und Rechte haben (müssen) wie andere Mitglieder der Partei.“ Die Ortsvereine werden aufgefordert, „insbesondere die betriebstätigen Arbeitnehmer bei der politischen Willensbildung und bei der Wahl von Delegierten und Mandatsträgern stärker zu berücksichtigen.“ Die Betriebsgruppen werden aufgefordert, „sich bei anstehenden innerparteilichen Wahlen und Kandidatenaufstellungen mit Personalvorschlägen zu beteiligen.“ Nach wie vor weigert sich jedoch die SPD-Führung, den Betriebsgruppen die gleichen statutarischen Rechte zu geben wie den Ortsvereinen.

Nicht berücksichtigt wurde in den „Richtlinien für die Betriebsarbeit“ der aus der AfA hervorgegangene Vorschlag, in den Delegiertenversammlungen der Unterbezirke rund die Hälfte der nach dem Parteiengesetz möglichen 20% „geborenen“ Delegierten für Arbeiter und Betriebsräte zu reservieren. Das Bekenntnis zur Gleichrangigkeit der Betriebsgruppenarbeit der SPD bleibt weiterhin formal. Die Stärkung der Betriebsarbeit sieht die rechte SPD-Führung vor allem unter dem Blickwinkel der Erhaltung des Einflusses in der Arbeiterschaft und den Gewerkschaften.

Wie empfindlich die SPD-Spitze gegenüber Kritik an ihrer Politik und am Kurs der Bundesregierung auf Hochrüstung, Raketenstationierung und Sozialabbau reagiert und welchen Stellenwert sie den Gewerkschaften in den Auseinandersetzungen in den 80er

18 ebenda, S. 105 u. 116

Jahren gibt, geht aus vielen Reden ihrer führenden Politiker in der jüngsten Zeit hervor: „Der soziale Frieden in der Bundesrepublik ist ohne Einbindung der Gewerkschaften in den politisch-sozialen Konsens nicht zu halten. Und ich werde nichts mitmachen, was die Gewerkschaften herausfordert.“ So Parteivorsitzender *Willy Brandt*.¹⁹ Sozialer Friede, politisch-sozialer Konsens — was sonst ist damit gemeint als die Verpflichtung der Gewerkschaft zum Klassenfrieden und zur Klassenharmonie auch unter den Bedingungen der rigorosen Abwälzung der Krisen- und Rüstungslasten auf die Schultern der arbeitenden Menschen.

4. Die Löwenthal-Thesen: Streit um Integrationsstrategien

Integrationsfähig will die Führung der SPD jedoch nicht nur gegenüber den Arbeitern und Angestellten sein und bleiben, sondern auch gegenüber den Trägern neuer sozialer Bewegungen, gegenüber der Friedensbewegung, der kritischen Jugend, den nach alternativen Lebensformen suchenden Menschen, den „Aussteigern“ aus der kapitalistischen Gesellschaft. In einer Rede anlässlich des 10. Todestages von *Willi Eichler* unterstrich *Willy Brandt* vom rechtssozialdemokratischen Standpunkt die Notwendigkeit der Integration sowohl der Arbeiter als auch der neuen sozialen Bewegungen. „Wir müssen uns klar darüber sein,“ so betonte er, „daß eine sozialdemokratische Volkspartei — ich könnte auch sagen: eine Integrationspartei — also eine Partei, die 50% oder mehr der Wähler auf sich vereinigen will, soziale Bündnisse geradezu zimmern muß. Die heutige SPD kann verstanden werden als ein Bündnis des großen Blocks von Facharbeitern und technischer Intelligenz auf der einen Seite mit auch wahlentscheidenden neuen Gruppen aus dem Dienstleistungsgewerbe, den ‚Büroberufen‘, dem öffentlichen Bereich.“²⁰ Die SPD dürfe sich, so führte *Willy Brandt* an anderer Stelle aus, niemals damit abfinden, „daß einige der engagierten Jungen sich dauerhaft außerhalb der Partei für Ziele organisieren, die den unseren nicht widersprechen“.²¹

In seinen Thesen über die „Identität und Zukunft der SPD“ wendet sich *Richard Löwenthal* gegen die von *Willy Brandt* entwickelten Integrationsvorstellungen. Er macht entschieden Front gegen alle Versuche, große Teile der kritischen und protestierenden Jugend, die er als „Aussteiger“ und „parasitär“ denunziert, in die SPD zu integrieren. Für ihn stellt sich das Problem so: „Die Sozialdemokratie kann also die gegenwärtige Identitätskrise nur überwinden, wenn sie sich klar für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und gegen ihre Verteufelung, für die große Mehrheit der Berufstätigen und gegen die Randgruppe der Aussteiger entscheidet.“²²

Weder *Willy Brandt* noch *Richard Löwenthal* stoßen aber zum Kern der Identitätskrise der SPD vor. Was *Löwenthals* Thesen von den Integrationsvorstellungen *Willy Brandts* und anderer führender SPD-Politiker unterscheidet, ist seine Aufforderung, taktische Rücksichten auf neue soziale Bewegungen und auf die protestierende Jugend fallenzulassen und anstelle allzu entgegenkommender Integrationsversuche klarere Gegenpositionen zu beziehen, deutlichere Bekenntnisse zur kapitalistischen Gesellschaft,

19 stern vom 17. 9. 1981, S. 38

20 hekt. Redemanuskript, S. 8/9

21 ebenda, S. 18

22 R. Löwenthal, 6 Thesen zur Identitätskrise der SPD, zit. in: Die Welt vom 5. 12. 1981

zum Vorrang der Profitpolitik vor Umweltschutz und zum NATO-Raketenbeschluß abzulegen. Kein Wunder, daß *Richard Löwenthals* Thesen in den großbürgerlichen Zeitungen und in den Führungskreisen der CDU/CSU großen Beifall fanden. Sie fanden und finden auch die Zustimmung in jenen Führungskreisen der SPD, die die Sozialdemokratie noch weiter nach rechts drängen wollen. Mit seiner Darstellung der Prozesse, die sich unter großen Teilen der Jugend abspielen, ihrer Diffamierung als „parasitär“, ist gleichzeitig beabsichtigt, Vorurteile in der Arbeiterschaft gegenüber der Intelligenz und anderen sozialen Schichten zu nähren und zu stärken sowie den sozialdemokratisch orientierten Teil der Arbeiterbewegung gegen neue soziale Bewegungen auszuspielen.

Mehr der von *Willy Brandt* vertretenen Integrationslinie folgt die SPD-Kommission Grundwerte, deren Vorsitzender *Erhard Eppler* ist, in einem veröffentlichten Diskussionspapier „Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens“. Durchgängig wird in diesem Papier der Nachweis versucht, daß die Wertvorstellungen der Sozialdemokratie weitgehend identisch sind mit den Wertvorstellungen der Alternativbewegung, der neuen sozialen Bewegungen, und daß sich damit die Chance zu einem Bündnis zwischen ihnen und der Sozialdemokratie bietet. Mehr noch: Der „demokratische Sozialismus“ sollte sich nach Auffassung der Verfasser der Studie in einem umfassenderen Sinne als eine gesellschaftliche Bewegung definieren, „in der alle persönlichen und sozialen Verhaltensänderungen der Menschen konstitutive Bedeutung haben, die von autoritären zu selbstbestimmten und partnerschaftlichen Formen des Lebens, der Arbeit und der Politik hinstreben.“²³

Wie jedoch die Integrationsfähigkeit der SPD wiederhergestellt werden kann ohne Veränderungen der Politik, die zur zunehmenden Schwächung der Integrationsfähigkeit und zur Vertiefung der Krise der SPD beigetragen hat — darüber geben weder die Thesen *R. Löwenthals* noch die Ausführungen *W. Brandts* noch das jüngste Diskussionspapier der SPD-Grundwertekommission Auskunft. Mit taktischen Finten, mit verbalen Bekenntnissen zu Forderungen der Gewerkschaften, mit Regierungsprogrammen, denen das falsche Etikett Beschäftigungsprogramm angehängt wird, kann man die Realität sozialdemokratischer Führungs- und Regierungspolitik, die sich immer weiter von den Arbeiterinteressen und von den Friedensinteressen unseres Volkes entfernt, immer weniger übertünchen. Die Frage ist, welche Konsequenzen sozialdemokratisch orientierte Arbeiter und Gewerkschafter daraus selbst ziehen: Resignieren und Stillhalten oder aktives Engagement in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen im Interesse der arbeitenden Menschen? Zurückweichen vor der Drohung, wer den NATO-Raketenbeschluß kippt, kippt auch Bundeskanzler *Helmut Schmidt* und den Parteivorsitzenden *Willy Brandt*, oder Teilnahme an der Friedensbewegung und Verbindung der Friedensbewegung mit dem sozialdemokratisch orientierten Teil der Arbeiterbewegung? Hinnahme der Sozial- und Reformdemontage oder entschiedene Verteidigung der errungenen demokratischen und sozialen Rechte? Abfinden mit der der SPD von der Führungsspitze zugeordneten Rolle eines besseren Verwalters der kapitalistischen Krise oder Orientierung auf die Zurückdrängung der Macht des großen Kapitals, auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen? Nachgeben gegenüber der Argumentation, daß eine kämpferische Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten

23 SPD-Grundwertekommission, Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens, hekt. Manuskript, S. 22

durch die Gewerkschaften der sozialdemokratisch geführten Regierung schade oder aber Einsatz dafür, daß die gewerkschaftliche Kraft für die Arbeiterinteressen geltend gemacht wird? Einschüchtern lassen durch die Hetzkampagne gegen die DKP und andere konsequente linke Kräfte oder gerade jetzt auf die Aktionseinheit von Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten und anderen demokratischen Kräften als Voraussetzung für den Erfolg des Kampfes setzen?

Nicht unbeträchtliche Teile der Sozialdemokratie — das zeigte auch der Verlauf des SPD-Parteitag in München — ziehen für die Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft, für die Stärkung der Friedensbewegung, der demokratischen und sozialen Bewegungen richtige Konsequenzen. In Teilen der Gewerkschaften treten deutlichere Tendenzen zu klassenkämpferischen Positionen, zur Teilnahme an dem Kampf zur Verhinderung des NATO-Raketenbeschlusses, für die Friedenssicherung und Fortsetzung der Entspannung hervor. Aber noch ist das Engagement des sozialdemokratisch orientierten Teils der Arbeiterbewegung schwach. Die Anstrengungen der DKP und anderer konsequenter Linkskräfte zur Entfaltung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, des Zusammenwirkens von Kommunisten, Sozialdemokraten und anderen demokratischen Kräften bleiben nicht wirkungslos, aber sie reichen nicht aus. Wenn man von den Kräfteverhältnissen in der Arbeiterklasse und in der Arbeiterbewegung ausgeht, so ist für jedermann verständlich, daß entscheidende Impulse und Anstöße für die Mobilisierung sozialdemokratischer Arbeiter und Gewerkschafter von kritischen und fortschrittlichen Sozialdemokraten selbst ausgehen müssen.

Es wäre irrig, die tiefe Krise der Sozialdemokratie gleichzusetzen mit ihrem Zusammenbruch. Die Sozialdemokratie wird eine bedeutende Kraft im gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik bleiben. Welche Tendenzen in der Sozialdemokratie stärker oder schwächer werden, die fortschrittlichen oder die rückwärtsgewandten — das hängt nicht unwesentlich von der Rolle und der Stärke der Deutschen Kommunistischen Partei in der Bundesrepublik ab. In dem Maße, wie es ihr gelingt, Klassenbewußtsein, sozialistisches Bewußtsein in der Arbeiterklasse zu fördern und zu stabilisieren, wird das den Spielraum für fortschrittliche Kräfte auch in der Sozialdemokratie, aber auch für linke Kräfte außerhalb der Sozialdemokratie erweitern. In dem Maße werden auch die Chancen für die Herstellung demokratischer Bündnisse zwischen Arbeiterbewegung und anderen Schichten der Bevölkerung günstiger.

Strukturalismus wider Klassenkampf?

Eine Kritik an Veröffentlichungen von N. Poulantzas und J. Hirsch*)

Michael Ellwardt

Rückgriff auf den Machtbegriff von Foucault — Eliminiertes Entwicklungsprozeß — Staat und Produktionsverhältnisse — Strukturalistisches Verständnis des Klassenkampfes — Der Vergesellschaftungsprozeß bei J. Hirsch und sein Übergang zum Subjektivitätsideologen — Klassenkampf und Staatsapparat im Kontext Hirschs und Poulantzas'

Die Ausweitung der Krise des Kapitals in den letzten Jahren und die relative Schwäche der Arbeiterbewegung in der BRD bei Zunahme eines Protestpotentials neben der Arbeiterklasse haben zum Anschwellen einer Literatur geführt, die das Veränderungspotential der kapitalistischen Gesellschaft außerhalb der Arbeiterklasse sucht und die Voraussetzung für die Überwindung des Kapitalismus nicht mehr in der Zerschlagung des Zentrums bürgerlicher Herrschaft — des Staates — erblickt. Zu diesen Autoren gehören *Nicos Poulantzas*, inzwischen verstorbener, früher in Paris lebender Soziologe, und *Joachim Hirsch*, Professor an der Universität Frankfurt/Main und dem politischen Spektrum um das Sozialistische Büro (SB) zugehörig.

Besonders *Hirsch* setzt an die Stelle der Arbeiterklasse als treibendes Moment gesellschaftlicher Veränderung die Vielfältigkeit der Alternativbewegung. *Poulantzas* geht es mehr um eine Eroberung hegemonialer Positionen innerhalb der Staatsapparat, aus seiner Sicht Voraussetzung, um auf dem Weg systemverändernder Strukturreformen eine Transformation des kapitalistischen Systems herbeizuführen. Im Mittelpunkt des Kampfes steht bei ihm der Gegensatz „Volk“ und „Block an der Macht“.

Beiden Positionen gemeinsam ist die Negation der Rolle der Arbeiterklasse und des Klassenkampfes als Bewußtwerdungsprozeß der Individuen und somit der Organisation der Arbeiterklasse (der Partei). Diese Gemeinsamkeit ist nicht zufällig, sondern sie ist in den analytischen Ausgangspositionen beider Autoren, denen wir uns jetzt zuwenden, zu finden.

Um überhaupt die Grundlagen der Klassen- und Staatsanalyse von *Poulantzas* begreifen zu können, muß auf seine strukturalistische Begrifflichkeit der kapitalistischen Produktionsweise aufmerksam gemacht werden. Sie gliedert sich in drei Strukturen: die Produktionsverhältnisse — das Ökonomische, den Staat — das Politische — und die Ideologie. Jede dieser Teilbereichsstrukturen der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt eine relativ autonome innere Stringenz und Gesetzmäßigkeit. Hinzu tritt der Klassenbegriff, „der die gesellschaftlichen Verhältnisse umfaßt“.¹ Über den Klassenkampf vermittelt, bestimmen und begrenzen die gesellschaftlichen Verhältnisse die Be-

* Zur Kritik vergleiche auch: Chr. Butterwegge, Zur Staatskonzeption von N. Poulantzas, in: Beiträge des IMSF 6/1, Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Staatsdiskussion und Staatstheorie, Frankfurt/Main 1981, S. 142 ff.

1 Nicos Poulantzas, Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/M. 1974, S. 66

wegungsformen der anderen Strukturen.² Im gewissen Sinne bilden sie die übergeordnete Struktur. Als verbindende kategoriale Momente der verschiedenen Strukturen und entscheidende Kriterien der gesellschaftlichen Verhältnisse postuliert *Poulantzas* die Arbeitsteilung/Individualisierung und die Macht.

Rückgriff auf den Machtbegriff von Foucault

Der Zusammenhang der Kategorien Arbeitsteilung/Individualisierung und Macht geht auf die Analysen *Foucaults* zurück.³ Der Machtbegriff von *Foucault* ist höchst individualistischer Art. Für *Foucault* resultiert die Macht nicht aus gesellschaftlichen Verhältnissen. Sie ist vielmehr in den Individuen verortet. Die Macht wird als ein Netz von individuellen Machtbeziehungen dargestellt, die ein Netzwerk von Machtverhältnissen konstituieren.⁴ Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse begründen, nach *Foucault*, die Möglichkeit, Macht auszuüben, sondern die Macht konstituiert die gesellschaftlichen Verhältnisse. Denn die Zusammenfassung der individuellen Mächte zu Machtsystemen (wie Familie, Schule etc.) bildet die elementaren Grundlagen für die Produktionsweise: „In dem Moment kann man die Macht nicht mehr als Garanten einer Produktionsweise begreifen; tatsächlich ist die Macht eines der konstitutiven Elemente der Produktionsweise, sie funktioniert im Herzen der Produktionsweise.“⁵ Da die Macht aus individuellen Machtbeziehungen hergeleitet wird, ist ihre Bestimmung schwierig. Letztlich ist Macht für *Foucault* nicht bestimmbar. Für ihn ist Macht nur in der Bewegung definierbar. Da er aber die Machtbeziehungen nicht als soziale Verhältnisse anerkennt, verbleibt die Machtdefinition in einem vom sozialen Inhalt entleerten Machtfunktionalismus, der durch das neutrale Bestimmungspaar Unterdrückung und Kampf die sozialen Bezugspunkte von Unterdrückung und Kampf verschleiert.⁶ Das System von Machtbeziehungen bildet das Kräfteverhältnis der Mächte. Die individuellen Machtbeziehungen, die sich zu einem Kräfteverhältnis verdichten und für die Produktionsweise konstitutiv sind, bedürfen zur Aufrechterhaltung des bestimmten Kräfteverhältnisses einer Kontrollinstanz. Diese ist wiederum nicht sozial bestimmt. In ihr sind die Funktionsprozesse Individualisierung/Normalisierung enthalten. Das vorherrschende Kräfteverhältnis der Macht kann durch Unterdrückung seinen Machtmechanismus erhalten. Unterdrückung wird über die Kontrolle bzw. Anpassung der verschiedenen Machtsysteme wie z. B. Familie, Schule etc. ausgeübt, was zu einer Normalisierung aller Machtbeziehungen für das bestehende Kräfteverhältnis führt.⁷ Die Normalisierung führt dazu, daß alle Individuen an der bestehenden Form der Machtausübung beteiligt sind: „Die Macht

2 „Dies bedeutet, daß die gesellschaftliche Klasse theoretisch nicht als eine Teilbereichsstruktur oder als eine Teilstruktur der globalen Struktur erfaßt werden kann, so wie zum Beispiel die Produktionsverhältnisse, der Staat oder die Ideologie Teilbereichsstrukturen der globalen Struktur sind... Zwar können die gesellschaftlichen Klassen nicht als Struktur in den gegebenen Bereich angesehen werden, doch stellen sie, da sie eine Auswirkung der Strukturen sind, im besonderen Bezugsrahmen der gesellschaftlichen Verhältnisse eine Struktur dar.“ Ebenda, S. 66.

3 z. B. Michel Foucault, *Überwachen und Strafen*, Frankfurt/M. 1976

4 siehe Michel Foucault, *Dispositive der Macht*, Westberlin 1978, S. 35

5 Michel Foucault, *Mikrophysik der Macht*, Westberlin 1976, S. 116

6 Michel Foucault, *Dispositive...*, a. a. O., S. 68 ff.

7 ebenda, S. 92 ff.

funktioniert und wird ausgeübt über eine netzförmige Organisation. Und die Individuen zirkulieren nicht nur in ihren Maschen, sondern sind stets auch in einer Position, in der sie diese Macht zugleich erfahren und ausüben, sie sind niemals die unbewegliche und bewußte Zielscheibe dieser Macht, sie sind stets Verbindungselemente.⁸

Die Normalisierung, die die herrschenden Machtbeziehungen in die Individuen hineinvermitteln, gilt nicht nur für die herrschenden Organisationen, sondern der Prozeß der Normalisierung und Machtausübung ist, nach *Foucault*, auch bei den Organisationen der Arbeiterbewegung — überhaupt bei jeglicher Organisation — ein zu kritisierendes Strukturelement. Im Blickwinkel des inhaltslosen Strukturbegriffs der Machtbeziehungen erscheinen die Organisationen der Arbeiterklasse als Instanzen der Unterdrückung/Kontrolle, die es zu bekämpfen gilt.⁹ Die Negation der Organisationen der Arbeiterklasse führt dazu, daß die Befreiung der Menschen auf die Individualität zurückgeworfen wird, die gerade die Menschen für das Kapitalverhältnis beherrschbar macht.

Foucault beschwört geradezu das bürgerliche Freiheitsideal der *Individualität* vereinzelter Menschen. Nun ist die Verkehrung zwischen Macht- und gesellschaftlichen Verhältnissen nicht neu. Im „Anti-Dühring“ weist *Engels* auf diesen Verkehrungssachverhalt hin: „Jeder sozialistische Arbeiter, einerlei, welcher Nationalität, weiß ganz gut, daß die Gewalt die Ausbeutung nur schützt, aber nicht verursacht; daß das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit der Grund seiner Ausbeutung ist, und daß dieses auf rein ökonomischem und keineswegs auf gewaltsamem Wege entstanden ist.“¹⁰

Eliminierter Entwicklungsprozeß

Poulantzas greift die *Foucaults*chen Kategorien der Arbeitsteilung/Individualisierung auf. Auf Grundlage der kapitalistischen Arbeitsteilung als Prozeß der Trennung des Arbeiters vom Besitz an Produktionsmitteln bezeichnet er dieses Ausbeutungsverhältnis als Machtverhältnis. Dieses Beziehungsfeld von Arbeitsteilung/Macht wird von ihm durchgängig über alle sich konkretisierenden Formen des Kapitalverhältnisses angenommen. Das Kapitalverhältnis wird zu einem Netzwerk von Machtbeziehungen subjektiviert.¹¹ In verschiedenen Strukturen schlägt sich durchgängig als Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse (des geronnenen Klassenkampfes) das Netzwerk der Machtbeziehungen konstitutiv nieder. Durch die bestimmte Wirkungsrichtung der Machtbefugnisse in den einzelnen wird der Zusammenhang der Strukturen konstituiert.¹²

Ähnlich verfährt er mit der zweiten Verbindungskategorie der Strukturen: der Individualisierung. Grundlage der Individualisierung ist das Individuum als Subjekt in der Warenzirkulation, als isolierter Anbieter seiner Ware Arbeitskraft. Für die Bestim-

8 ebenda, S. 82

9 ebenda, S. 44 ff.

10 Friedrich Engels, „Anti-Dühring“, in: MEW, Bd. 20, S. 142

11 „Betrachtet man den ökonomischen Prozeß und die Produktionsverhältnisse als ein Netz von Machtbefugnissen, so wird einsichtig, daß die Produktionsverhältnisse konstitutiv mit den politischen und ideologischen Beziehungen verbunden sind, die sie sanktionieren und legitimieren und die in den ökonomischen Beziehungen präsent sind.“ (Nicos Poulantzas, Staatstheorie, Hamburg 1978, S. 32)

12 ebenda, S. 57

mung des zeitgenössischen Menschen als Individuum in der Warenzirkulation wird die gesellschaftliche Arbeitsteilung bzw. heute der Prozeß der Taylorisierung als prägend aufgefaßt.¹³ Auch der Prozeß der Individualisierung wird — bei Ignorierung jeglicher Konkretisierungsformen des Kapitalverhältnisses — zum durchgängigen Moment aller Strukturen und somit zur institutionellen Materialität des Arbeitsprozesses und des Staates erhoben: Auf dieser Individualisierung beruht die institutionelle Materialität des kapitalistischen Staates.

Der Darstellungsprozeß von einfachsten Kategorien zu den entfalteten wird nicht nachvollzogen. Vielmehr wird als einfachste Kategorie der gesellschaftlichen Verhältnisse bei *Poulantzas* das Individuum gesetzt und durch alle Konkretisierungsformen bis zum Staat linear „durchgezogen“.

Zusammenfassend zum Problem der strukturübergreifenden bzw. determinierenden Kategorien von *Poulantzas* kann gesagt werden: Im Gegensatz zum Marx'schen Ansatz der sich entwicklungsnotwendig entfaltenden Kategorien des Kapitalverhältnisses entwickelt *Poulantzas* ein agenetisch-strukturiertes Gebilde, dessen übergreifender Zusammenhang wiederum eine unbewegliche Struktur des Klassenkampfes ist, deren zentrale Begrifflichkeiten die Individualisierung und die Macht sind. Subjektivierte Begriffe werden zur Begründung der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeführt: Das Kapitalverhältnis als ein sich objektiv entwickelndes Verhältnis wird in diesem Zusammenhang durch die subjektiven, agenetischen Begrifflichkeiten von Macht und Individualisierung negiert. In der Konsequenz wird das Werden und Vergehen der kapitalistischen Produktionsweise ausgelöscht.

Staat und Produktionsverhältnisse

Als Verbindungsmoment der Kategorien Individualisierung und Macht fungiert der Klassenkampf. Allerdings sind bei *Poulantzas* die gesamten Individualisierungs- und Machtkonstellationen geronnener Klassenkampf, wie er sich in den gesellschaftlichen Verhältnissen niederschlägt. Zur Aufrechterhaltung und Reproduktion der bestehenden Konstellation dient der Staat: „Der Staat spielt eine konstitutive Rolle in der Existenz und Reproduktion der Machtbeziehungen der Klassen, allgemeiner im Klassenkampf, womit auf seine Präsenz in den Produktionsverhältnissen verwiesen ist.“¹⁴ Gleichfalls stellt er auch die Gesellschaftlichkeit her¹⁵, denn die Momente der Individualisierung/Arbeitsteilung gehen durch alle Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise hindurch und bilden die Grundlage für die Materiatue der Staatsapparate: Die in die Materiatue des Staates eingeschriebene Individualisierung/Arbeitsteilung hat zur Folge, daß der Staat zum Medium bzw. zur Zusammenfassung verschiedener Individualitäten wird.¹⁶ Über verschiedene Momente der Normalisierung der Individuali-

13 ebenda

14 ebenda, S. 35; weiterhin „hat der Staat einen konstitutiven Einfluß nicht nur auf die Produktionsverhältnisse und die Machtbefugnisse, die sie realisieren, sondern auf die Gesamtheit der Machtbeziehungen auf allen Ebenen.“ (ebenda, S. 41)

15 vgl. ebenda, S. 57

16 Dies erinnert sehr an einige Bestimmungen, die Foucault dem Staat zuschreibt, wenn er ihn als überdeterminierende Struktur der Machtnetze beschreibt: „Der Staat ist Überbau in bezug auf eine ganze Serie von Machtnetzen, die die Körper, die Sexualität, die Familie, die Verhaltensweisen, das Wissen, die Techni-

sierungen, z. B. über das Gesetz, die Raum- und Zeitmatrix gelingt dieser Zusammenfassungsprozeß der Individualisierungen durch den Staat. Durch die Zusammenfassung der Individuen konstituiert der Staat die Nation und das Volk.¹⁷ Durch diese Zusammenfassung der Individualisierungen und der Machtbefugnisse stellt der Staat nicht nur sein politisches Handeln sicher, vielmehr konstituiert er die gesellschaftlichen Verhältnisse für alle Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise; er stellt die Gesellschaftlichkeit überhaupt her: „Er ist daher der Ort, an dem das Indiz der Dominiertheit und Überdeterminiertheit zum Ausdruck kommt, das für eine Gesellschaftsformation bzw. eines ihrer Stadien oder eine ihrer Phasen typisch ist. Auch ist der Staat der Ort, an dem die Einheit und die Verknüpfung der Strukturen einer Formation ermittelt werden können.“¹⁸

Der Staat organisiert — nach *Poulantzas* — die Gesellschaftlichkeit: Im Prozeß der Spaltung der Staatsapparate, der Organisation ihrer Einheit und der Filterung dominanter Kapitalfraktionen wird die Einheitlichkeit der durch Arbeitsteilung/Individualisierung zersplitterten Momente hergestellt. Der Staat stellt überhaupt erst den Zusammenhang des Gesellschaftsprozesses her. Durch die zentrale Rolle des Staates wird der eigentliche Zusammenhang des Reproduktionsprozesses in der Bewegung G...G' zerstört. Die Einheit von stofflicher und formeller Aneignung im Reproduktionsprozeß des Kapitals wird ersetzt durch die im Staatsapparat vermittelten Momente Macht und Individualisierung. Daß die politischen und ideologischen Formen auch notwendige Formen der Zirkulation des Kapitals sind und als nicht vom Reproduktionsprozeß des Kapitals gelöste Formen betrachtet werden können, diese Problematik stellt sich für *Poulantzas* nicht, da die Staatsanalyse nur den Aufbau der politischen Formation erfaßt und als außerhalb der Bewegung der Produktionsverhältnisse liegend betrachtet wird. *Poulantzas* macht nicht nur den Staat zum Organisator der Gesellschaftlichkeit, sondern er zerreißt auch die Einheit des Reproduktionsprozesses des Kapitalverhältnisses, indem er die ökonomischen, politischen und ideologischen Formen getrennt voneinander behandelt.¹⁹

Der Staat bzw. die Staatsapparate werden weitgehend auf Grundlage der Bestimmungen von Individualisierung und Macht, durch das Kräfteverhältnis der Klassen — durch die Klassenkämpfe — umrissen. Der Klassenkampf bzw. die Volkskämpfe sind in die Apparatur des Staates eingeschrieben.

ken usw. durchdringen, und diese Beziehungen werden ihrerseits von einer Art Über-Macht konditioniert und wirken konditionierend auf sie, die im wesentlichen um eine gewisse Anzahl großer Verbotsfunktionen herum strukturiert ist; aber diese Über-Macht mit ihren Verbotsfunktionen kann nur insofern wirklich greifen und sich halten, als sie in einer ganzen Reihe vielfältiger, nicht definierter Machtverhältnisse verwurzelt ist, die die notwendige Grundlage dieser großen Formen negativer Macht bilden...“ (Michel Foucault: *Dispositive...*, a. a. O., S. 39)

17 vgl. N. Poulantzas, *Staatstheorie*, a. a. O., S. 98; die betreffende Stelle lautet: „Der Nationalstaat verwirklicht die Einheit der Individuen des Volkes und der Nation in derselben Bewegung, in der er ihre Individualisierung gestaltet.“

18 N. Poulantzas, *Politische Macht*, a. a. O., S. 43

19 Der Begriff der Gesellschaftlichkeit verschwindet hinter einem Sammelsurium organisierter individueller Machtbeziehungen, die ihren Ausdruck im herrschenden Kräfteverhältnis des Staates finden.

Strukturalistisches Verständnis des Klassenkampfes

Da dem Klassenkampf bei der Bestimmung des Staates und seiner Handlungen nach *Poulantzas* eine solche Bedeutung zukommt, ist es notwendig, *Poulantzas'* Verständnis des Klassenkampfes zu untersuchen. Da *Poulantzas* die kapitalistische Produktionsweise nicht als sich entfaltende Totalität auffaßt, sondern sie in relativ autonome Strukturen gliedert (Ökonomie, Politik, Ideologie), hat er auch einen dreifachen Begriff des Klassenkampfes.²⁰ Dabei ist die Klasse als Organ des Klassenkampfes nicht in jeder Struktur identifizierbar, sondern die verschiedenen Klassenkampfpraxen führen dazu, daß ihre Lokalisierung in jeweils einer Struktur vonstatten geht: „Eine gesellschaftliche Klasse kann entweder auf der ökonomischen Ebene oder auf der politischen oder aber auf der ideologischen identifiziert werden, sie kann daher sehr wohl in bezug auf eine bestimmte Instanz lokalisiert werden.“²¹

Die Verbindungen zwischen dem in den einzelnen Strukturen festgeschriebenen Klassenkampf werden über die Determiniertheit des Klassenkampfes, wie sie sich in der Frage der Vereinzelung und der Machtbeziehungen darstellt, vollzogen. Die Determination durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt die Art und Richtung des Klassenkampfes in den verschiedenen Strukturen, wobei die Dominanz einer Struktur je nach der gesellschaftlichen Klassenpraxis bzw. der Verschiebung der Machtbeziehungen variabel ist: „Die Determiniertheit des ökonomischen Klassenkampfes in letzter Instanz (seine Beziehung zu den Produktionsverhältnissen) im Bereich der gesellschaftlichen Verhältnisse kann sich in einer Verlagerung der dominierenden Rolle auf eine andere Ebene des Klassenkampfes (auf die politische oder die ideologische) äußern.“²²

Der Klassenkampf ist für *Poulantzas* ein in die einzelnen Strukturen eingeschriebenes Verhältnis, das sich als geronnenes Ergebnis aus vollzogenen und sich vollziehenden Klassenkampfpraxen herleitet. Seine strukturübergreifenden Bestimmungen wie Individualisierung und Machtbeziehungen, die sich aus der kapitalbestimmten Art der Arbeitsteilung ergeben, werden als überdeterminierende Faktoren der gesamten Klassenkampfpraxis wirksam. Diese Eingebundenheit des Klassenkampfes in überdeterminierende Strukturen läßt eine Bewegung der Klasse als Subjekt nicht zu. Daraus resultiert auch *Poulantzas'* eigenartige Bestimmung von Klasse an sich und Klasse für sich: „Die Klassen sind nicht ‚an sich‘ in die Produktionsverhältnisse gestellt, um danach oder anderswo in den Kampf einzutreten (Klassen ‚für sich‘).“²³ Aus diesem Zitat wird das strukturalistische Unverständnis, das sich um die Begriffe von „Klasse an sich“ und „Klasse für sich“ rankt, deutlich. Es geht hier nicht darum, in irgendwelchen Produktionsverhältnissen eine abstrakte, bewußtlose Klasse anzunehmen. Vielmehr handelt es sich darum, eine Beziehung herzustellen zwischen dem gewerkschaftlichen (ökonomischen) Kampf der Arbeiterklasse, bei dem es in erster Linie darum geht, die günstigsten Bedingungen zum Verkauf der Ware Arbeitskraft herzustellen, und dem Kampf gegen das kapitalistische System, dem politischen Kampf.

Als einheitliche Problematik ist der Übergang vom ökonomischen zum politischen Kampf gleichzeitig verbunden mit der Entwicklung der Organisationsformen der Klas-

20 N. Poulantzas, Politische Macht, a. a. O., S. 74

21 ebenda, S. 61/62

22 ebenda, S. 67

23 N. Poulantzas, Staatstheorie, a. a. O., S. 25

se und ihren Bewußtseinsentwicklungen (schematisiert: von der Organisation in der Fabrik über die Gewerkschaft zur Partei der Arbeiterklasse und den damit gekoppelten Prozessen der Bewußtseinsbildung). Dadurch, daß unter den heutigen Bedingungen ökonomische Kämpfe durch die Tangierung der Systemgrenzen leichter in politische Klassenkämpfe übergehen, wird auch die analytische Abgrenzung zwischen ökonomischem und politischem Klassenkampf schwieriger. Ökonomischer, politischer und ideologischer Klassenkampf bilden unter dem Theorem von „Klasse an sich“ und „Klasse für sich“ eine untrennbare Einheit, während der Tripartismus der kapitalistischen Produktionsweise — nach *Poulantzas* — diese Einheit zerreißt.

Da für *Marx* im Klassenkampf der politische Klassenkampf als organisierter Kampf zur Überwindung des Kapitalismus als bewußtester Ausdruck aller Kämpfe angesehen wird, steht *Poulantzas* seinerseits unter dem Druck, wie er dem politischen Kampf diese Rolle zugestehen kann. Nach *Poulantzas* treten im ökonomischen Kampf die Subjekte vereinzelt und privat auf, im politischen Kampf dagegen als öffentliche Subjekte. Diese Entgegensetzung zerreißt völlig die Organisation, die Klasse als Subjekt, als Einheit von ökonomischem und politisch-ideologischem Kampf. Zur Entgegensetzung von privat und öffentlich in den Klassenkämpfen bezieht sich *Poulantzas* sinnenstellend auf ein Marxzitat: „Mit dieser Niederlage tritt das Proletariat in den Hintergrund der revolutionären Bühne... Zum Teil wirft es sich auf doktrinaire Experimente, Tauschbanken und Arbeiterassoziationen, also in eine Bewegung, worin es darauf verzichtet, die alte Welt mit ihren eigenen großen Gesamtmitteln umzuwälzen, vielmehr hinter dem Rücken der Gesellschaft, auf Privatweise, innerhalb seiner beschränkten Existenzbedingungen, seine Erlösung zu vollbringen sucht, also notwendig scheitert.“²⁴

Nun geht aus dem Zitat keineswegs die von *Poulantzas* behauptete Unterscheidung zwischen ökonomischem Klassenkampf als privat und politischem Klassenkampf als öffentlich hervor, sondern *Marx* meint mit privat, daß es dem Proletariat gar nichts nützt, wenn es praktisch über Tauschbanken auf Privatweise, also kapitalistisch, agiert, um die Gesellschaft zu verändern, was nur eine Illusion sein kann. Nun bildet gerade die Individualität/Subjektivität des ökonomischen Klassenkampfes für *Poulantzas* den Schlüssel, um die Dominanz des politischen Klassenkampfes zu begründen, denn erst im politischen Klassenkampf wird die Einheit der Individuen hergestellt, was die Dominanz gegenüber den anderen Formen des Klassenkampfes ausmacht: „Eines der Merkmale dieses politischen Kampfes, der gegenüber dem ökonomischen Kampf weitgehend verselbständigt ist, besteht in der Tat... darin, daß er darauf gerichtet ist, die Klasseneinheit unter Berufung auf die Vereinzelnung im ökonomischen Kampf herzustellen.“²⁵ Nun ist nach *Poulantzas* das gesellschaftliche Verhältnis des politischen Klassenkampfes nicht von der Struktur des Politischen — dem Staat — zu trennen. Deswegen ist für ihn die Zusammenfassung der Individuen keine, die sich über den Klassenkampf zur Organisation der Klasse in Gewerkschaft, Partei etc. herausbildet, sondern der Staat bildet das Konstitutionselement für die Klassen: „Der Staat muß die individualisierten Agenten auf die Klassen verteilen, er muß die Agenten so formieren und abrichten, qualifizieren und unterwerfen, daß sie diese oder jene Klassenstelle einnehmen können...“²⁶

24 MEW 8, S. 122; den hervorgehobenen Teil hatte *Poulantzas* in seiner Wiedergabe weggelassen. (Vgl. N. Poulantzas, Politische Macht, a. a. O., S. 130)

25 N. Poulantzas, Politische Macht, a. a. O., S. 135

26 N. Poulantzas, Staatstheorie, a. a. O., S. 67

Da im Staat die Individuen zusammengefaßt werden und der Staat Volk und Nation bildet, werden die Klassenkämpfe als in die Struktur des Staates eingeschrieben gesehen, aber gleichzeitig wird dadurch ihr Charakter undeutlich, geraten sie zu Volkskämpfen. Das Volk steht dem „Block an der Macht“ gegenüber. Danach ist in der staatlichen Ideologie der Klassencharakter ausgelöscht. Diese Tendenz wird noch durch den fehlenden Subjektcharakter der Klasse in der Analyse *Poulantzas'* gefördert. Nicht der Klassencharakter staatlicher Politik wird betont, sondern der Gegensatz zwischen „Volk“ und „Block an der Macht“.

Der Vergesellschaftungsprozeß bei J. Hirsch und sein Übergang zum Subjektivitätsideologen

Auch *Hirsch* knüpft an die Kategorien *Foucaults* von Macht und Individualisierung an. Allerdings erfahren sie bei ihm bestimmte Modifikationen, da er die Machtbeziehungen und die Individualisierung auf Grundlage der Vergesellschaftungstendenz untersucht. Ausgangspunkt seiner Thesen ist die Feststellung, daß der Vergesellschaftungsprozeß zur Wandlung des Reproduktionszusammenhangs der kapitalistischen Gesellschaft geführt hat, was entscheidend das Verhältnis von Politik und Ökonomie und von Basis und Überbau verändert hat: „Diesen Veränderungen der Vergesellschaftungsweise, d. h. der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhangs der Individuen, ist nachzugehen, wenn die Wandlungen des politischen Herrschaftsapparates jenseits der allgemeinsten Formbestimmungen erklärt und ihre prägenden Tendenzen aufgedeckt werden sollen.“²⁷

Nach *Hirsch* bedarf das Kapital zunehmend des Staatseingriffs, um den Reproduktionsprozeß des Kapitalverhältnisses zu gewährleisten. Bis dahin bestehen kaum Differenzen in der Analyse des staatsmonopolistischen Systems. Allerdings werden sie da sichtbar, wo der Staat zur gesellschaftlichen Superstruktur gerät.²⁸ Die These der Superstruktur des Staates findet ihre Begründung darin, daß neben dem zunehmenden Eingriff in den Reproduktionsprozeß des Kapitals die Reproduktion der Arbeiterklasse bzw. die soziale Reproduktion vom Staat gewährleistet werde. Daraus schließt *Hirsch*, daß das alte Basis-Überbau-Schema nicht mehr gültig sei.

Es sei kurz darauf verwiesen, daß zwar zunehmend die politischen Entscheidungsstrukturen in den Reproduktionsprozeß des Kapitals einbezogen werden und dadurch die politische Krisenanfälligkeit erhöht wird. Allerdings bedeutet diese Entwicklung eben nicht, daß die Entscheidungskompetenz über Produktion und Reproduktion vom monopolistischen Eigentum auf den Staat verlagert würde. Somit bleibt das grundlegende Verhältnis von Basis und Überbau auch in der modifizierten Form erhalten, wobei

27 Joachim Hirsch, *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt 1980, S. 57

28 „Nicht zuletzt erhält der Staat dadurch in seiner Eigenschaft, Apparat von Klassenherrschaft zu sein, den Charakter einer ‚gesellschaftlichen Superstruktur‘, die den ökonomisch-gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß prägt und überwölbt — unter anderem mit der Konsequenz, daß das revolutionsstrategische Szenario von der ‚Zerschlagung des Staates‘ in dieser Version wohl endgültig wird ad acta gelegt werden müssen. Der Staat gewinnt real ein Moment von gesellschaftlicher Allgemeinheit, er wird tatsächlich in einem sehr weiten Sinne ‚das gesellschaftliche Organ zur Erhaltung der gesellschaftlichen Ordnung‘.“ (ebenda, S. 62)

dem Staat die Aufgabe zukommt, vergesellschaftete Bedingungen der Produktivkraftentfaltung privat anwendbar zu machen.

Aber nicht dieser Aspekt ist für *Hirschs* Konzeption ausschlaggebend. Vielmehr sieht er in den Gewährleistungen des Staates für den sozialen Reproduktionsprozeß der Arbeiterklasse die Grundlage für ihre Einbeziehung in das System. Auf dieser Analyseebene führt *Hirsch* die bekannten Theoreme von *Foucault* und *Poulantzas* — Individualisierung (bei *Hirsch*: Fordismus) und Normalisierung/Anpassung ein. Der weite Bereich staatlicher Sozialpolitik ist die Basis für die Prozesse von Normalisierung und Einpassung. Wie im Arbeitsprozeß wird im System der sozialen Sicherung die Individualisierung des Arbeitsprozesses reproduziert²⁹: „Das soziale Sicherungssystem, von dem eminente ‚ideologische‘ und Sozialisations-Wirkungen ausgehen, sollte allemal qua Zementierung bürgerlicher Verkehrsformen Ansätze zu einer kollektiv-solidarischen Reproduktionssicherung unterbinden. Die so institutionalisierten Verhaltensmuster und Praktiken verwirklichen die systemnotwendige ‚Normalisierung‘ in einer Weise, daß unmittelbare Gewaltanwendung hinter der ‚stummen Gewalt‘ der Institutionen und Verfahren zurücktreten kann.“³⁰

Noch etwas weitgehender als *Poulantzas*, der noch den Begriff des Klassenkampfes in seine Interpretation des Staatshandelns einschließt, entschwindet *Hirsch* diese Problematik vollends aus dem Blickwinkel. So werden die staatlichen Sozialleistungen zum Mittel der Kontrolle der Individuen stilisiert. Daß sie darüber hinaus Ergebnisse des Kampfes der Arbeiterklasse sind, die überhaupt erst die Bedingungen der physischen Existenz der Arbeiterklasse sicherten und somit auch Voraussetzungen für weitere Kämpfe waren, läßt *Hirsch* beiseite.

Darüber hinaus ist ihre Aufrechterhaltung — zumal sie gerade z. Z. massiv bedroht sind — Ansatzpunkt weiterer Kämpfe, die auch gleichzeitig eine Zusammenfassung und Bewußtwerdung der Individuen bedeuten. *Hirsch* leitet aus der Individualisierung im sozialen Reproduktionsbereich die allgegenwärtige Superstruktur des Staates ab, der über den individualisierenden Machtbegriff *Foucaults* die Individuen kontrolliert, normalisiert und in den bestehenden Herrschaftskomplex eingliedert: „Mit den neuartigen Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft und den ‚fordistisch‘ gewandelten Vergesellschaftungsformen prägt dieser Sachverhalt zunehmend die institutionelle Struktur des Staates, seine Erscheinungsweise als Gewaltapparat und das Verhältnis von ‚Staat‘ und ‚Gesellschaft‘ insgesamt.“³¹

Der Staat als Agentur präventiver Normalisierung und Disziplinierung kommt dem *Poulantzas*-Modell des Staates als Organisator der Klassenverhältnisse sehr nahe. In beiden Theorien wird der Staat als allumfassende Instanz der Gestaltung der sozialen Verhältnisse angesprochen. *Hirschs* Konzeption unterscheidet sich darin, daß er aus der Individualisierung das Veränderungspotential gewinnt.³² Nach *Hirsch* kann die Arbeiterklasse die Überwindung des Kapitalismus nicht leisten, da sie in ihrer Objektivität „als bloßes Produkt und Objekt der Kapitalbewegung oder als abstrakte Potenz der Revolution“³³ nicht die Individualität (Alltag, Bedürfnisse, Wünsche etc.) erfassen kann. Das

29 siehe ebenda, S. 77

30 ebenda

31 ebenda, S. 111

32 siehe ebenda, S. 115

33 ebenda, S. 136

handelnde Subjekt werde zum bloßen Anhängsel des Klassenkampfes.³⁴ *Hirsch* dokumentiert mit diesen Äußerungen bloß seine Unkenntnis konkreter Kämpfe der Arbeiterklasse. Da er in seiner ganzen Arbeit keinen Begriff der Organisationen der Arbeiterklasse entwickelt, stellt sich für ihn die Frage nicht, wie sich die Bedürfnisse, Wünsche etc. der Individuen im gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse umsetzen. Vielmehr will er mit der These der fehlenden Berücksichtigung des Individuums begründen, daß der Kampf der Arbeiterklasse nicht zur Befreiung der Individuen beiträgt, sondern sie als verlängerter Arm des Staates unter die Machtverhältnisse zwingt.³⁵

Damit gelangt *Hirsch* zu den idealistischen Machtbeziehungen *Foucaults*, nach denen Machtbeziehungen Verhältnisse konstituieren, die ihre Beständigkeit über die normalisierende Wirkung von Organisationen erreichen. Auch von den Organisationen der Arbeiterklasse ginge demnach diese Wirkung aus. Deshalb wird die Lösung des Machtproblems in der abstrakten Betonung der Subjektivität gesehen, womit in der Tendenz das bürgerliche Freiheitsideal reproduziert wird. Um die Individualisierung des Kampfes auf Grundlage der Entwicklung des Kapitalverhältnisses zu begründen, bezieht sich *Hirsch* auf die erweiterten Konfliktfelder, die durch die Zuspitzung der Widersprüche unter staatsmonopolistischen Bedingungen erzeugt werden. Gerade die Ausweitung der Widerspruchsfelder zwischen vergesellschafteter Produktion und privater Aneignung wird als Beweis für die Notwendigkeit dezentralisierter und spontaneistischer Lösungen angeführt.³⁶ Das Muster Individualisierung/Normalisierung interpretiert diese Widersprüchlichkeiten als dezentrale Konflikte: „Er stiftet zugleich Widerstände, Nichtanpassung, subjektive Potentiale von Rebellion, die sich in den herrschenden Vergesellschaftungsrahmen nicht ohne weiteres einfügen, zugleich jedoch vagabundieren und instabil sind.“³⁷

Die Vergesellschaftung führt nach *Hirsch* nicht zur Vereinheitlichung, sondern beinhaltet in diesem Konzept nur die Formen monopolistischer Aneignung, Ausdifferenzierung, Subjektivierung. Ihre innere Widersprüchlichkeit als Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital wird nicht erfaßt. So bildet ihre monopolistische Verformung die Basis für ihre Alternative. Die Überwindung des Kapitalismus wird in der Subjektivierung gesucht, deren Erscheinung die Alternativbewegung bildet. Sie ist das ideale Abbild der Individualisierung/Normalisierung dadurch, daß die Widersprüchlichkeiten partikular auftauchen und sich in subjektiver Verweigerung in einzelnen Lebensbereichen äußern können. Die Alternativbewegung enthüllt diese Subjektivität und den Partikularismus. *Hirsch* befürwortet gerade den Partikularismus und wendet sich gegen eine Zusammenfassung des Protestpotentials in einer politischen Organisation, denn dann würden ja wieder die Effekte von Normalisierung/Machtbeziehung entstehen.³⁸

Eine Antwort, wie ohne eine Organisation der Kräfte das System überwunden werden kann, gibt *Hirsch* nicht. Er stellt sein bürgerliches Freiheitspostulat gegen den Klassenkampf und kann aus diesem Bewußtsein die Prozesse von Partikularisierung und In-

34 siehe ebenda, S. 139 ff.

35 „Natürlich ist der ‚Objektivismus‘ der Marxschen Theorie ein Reflex auf den Objektivitätsübergang der bürgerlichen Gesellschaft, der die Individuen immer schon abstrakt macht, normalisiert und zurechtet...“ (ebenda, S. 139)

36 siehe ebenda, S. 147

37 ebenda, S. 149

38 ebenda, S. 151 ff.

dividualisierung, die die herrschende Klasse zur Bestandssicherung des Systems benötigt, nicht überwinden. Vielmehr stilisiert er die Individualisierung zur einzigen Möglichkeit der Systemüberwindung und verneint damit den Weg revolutionärer Umwälzung durch den organisierten Kampf der Arbeiterklasse. Dem in alle Lebensbereiche eindringenden Staat à la *Orwell* setzt *Hirsch* die Subjektivität und Vielfältigkeit der Alternativbewegung entgegen, ohne zu erkennen, daß erstens der Partikularismus die Fähigkeit des Systems zur Integration und Kontrolle dieser Bewegung erhöht und zweitens diese Bewegung nicht den Kernbereich kapitalistischer Herrschaft, die Eigentumsverhältnisse, angreift. Beide Voraussetzungen werden nur im Kampf der Arbeiterklasse erfüllt, wobei die Organisationen der Arbeiterklasse notwendiger Bestandteil sind.

Klassenkampf und Staatsapparat

Während *Hirsch* die Alternativbewegung an die Stelle des Proletariats treten läßt, bezieht *Poulantzas* den Klassenkampf in seine Analyse ein. Allerdings ist bei *Poulantzas* die Klasse nie Subjekt, sondern wird immer als Zusammenfassung der Individuen aufgefaßt. Der Staat organisiert die Individuen faktisch zur Klasse. Damit gehen zwei Momente einher: Erstens, der Klassenkampf existiert bei *Poulantzas* nur als Resultat einer Bewegung, nie als Bewegung selbst. Zweitens, als Resultat geht der Klassenkampf in die Materiaturn des Staates ein. Daraus resultiert, daß für *Poulantzas* die Begriffe „Klasse an sich“ und „Klasse für sich“ im marxistischen Sinne nicht existieren können, denn die Frage der Bewußtwerdung in den Klassenauseinandersetzungen ist nicht existent. Klassenkämpfe sind starr, schematisch gefaßt. Sie finden ihren Ausdruck in der Materiaturn, ihre Bewegung ist apparatebezogen. In dieser Hinsicht stellt sich für *Poulantzas* auch nicht das Organisationsproblem der Arbeiterklasse. Die Individualisierung verhindert die Organisation. Die Zusammenfassung der Arbeiterklasse in der Fabrik als genetische Möglichkeit des Klassenkampfes entfällt.

Nun sind die Klassenkämpfe bzw. die Volkskämpfe bei *Poulantzas* konstitutiv mit der relativen Autonomie des Staates verbunden: „Der Staat kann die Rolle der Vereinheitlichung und Organisierung der Bourgeoisie und des Blocks an der Macht nur dann erfüllen, wenn er gegenüber dieser oder jener Fraktion oder Komponente des Blocks und gegenüber ihren Partikularinteressen eine *relative Autonomie* behält.“³⁹ Die relative Autonomie resultiert aus den in die Staatsapparate eingeschriebenen Klassenkämpfen, die zu bestimmten Widersprüchen und Kräfteverhältnissen führen, was sich in Widerständen, Bündnissen, Oppositionsrollen, Interessenunterschieden auch innerhalb des Blocks an der Macht zeigt.⁴⁰

Die ständig in den Staat eingeschriebenen konfligierenden Klassenkampfpositionen, die die Materiaturn der Staatsapparate herstellen, nennt *Poulantzas* die Verdichtung eines Kräfteverhältnisses. Der Staat gewinnt nun in der Verdichtung dieses Kräfteverhältnisses seine relative Autonomie durch seine Organisationssubstanz gegenüber den sich wi-

39 N. Poulantzas, Staatstheorie, a. a. O., S. 118

40 „Diese Autonomie manifestiert sich konkret in den verschiedenen widersprüchlichen Maßnahmen, die jede dieser Klassen und Fraktionen mittels ihrer spezifischen Präsenz im Staat und der daraus resultierenden Widersprüchlichkeit erfolgreich in die staatliche Politik einbringen kann, und sei es nur in Form von Negativmaßnahmen, d. h. mittels Oppositionen und Widerständen... zugunsten anderer Fraktionen des Blocks an der Macht.“ (ebenda, S. 125)

derstreitenden Klasseninteressen. „Das Spiel dieser Widersprüche innerhalb der Materialität des Staates ermöglicht die Organisationsrolle des Staates...“⁴¹ In diesem Sinne ist die relative Autonomie des Staates relational⁴², d. h. sie ergibt sich allein aus der Differenz der sich widerstreitenden Klasseninteressen. Der Staat füllt den Raum — als relative Autonomie —, den ihm der in die Staatsapparate eingeschriebene Kampf der Klassen läßt.

Um die relative Autonomie des Staates nicht nur als Ausdruck der Verdichtung des Kräfteverhältnisses erscheinen zu lassen, organisiert sich auch innerhalb des Staatsapparates die Hegemonie des Blocks an der Macht. Die hegemoniale Klasse oder Klassenfraktion macht den Apparat, der am deutlichsten von ihren Interessen geprägt ist, zum dominanten Apparat, der dann das einheitliche politische Handeln der dominanten Klasse über alle anderen Apparate organisiert. „Diese Einheit gründet sich auf eine ganze Kette der Unterordnung bestimmter Apparate unter andere und auf die Herrschaft eines Apparates oder Zweiges des Staates (die Armee, eine politische Partei, ein Ministerium, usw.), der par excellence die Interessen der hegemonialen Fraktion kristallisiert, über andere Zweige und Apparate, die als Widerstandszentren anderer Fraktionen des Blocks an der Macht fungieren.“⁴³

Die relative Autonomie ergibt sich nach *Poulantzas* allein aus diesem Kräfteverhältnis der Klassen und der Fraktionen der Bourgeoisie. In diesem Sinne ist sie nicht mehr bestimmbar, da sie von dem sich ständig ändernden Kräfteverhältnis der Klassen abhängig ist. Der Klassencharakter des Staates ist nicht mehr eindeutig bestimmbar. Doch Bestandteil der Verdichtung der Kräfteverhältnisse wird der Klassencharakter im nachhinein durch die Dominanz des Blocks an der Macht in den dominanten Staatsapparaten, der sich alle anderen Staatsapparate unterordnet. Weiterhin wird die relative Autonomie des Staates von den gesellschaftlichen Verhältnissen insoweit dominiert, daß die Produktionsverhältnisse — gefaßt als Akkumulations- und Reproduktionsverhältnisse — determinierend auf sie wirken. Dabei wird der Tripartismus der kapitalistischen Produktionsweise aufrechterhalten.

Anstatt den Staat und die relative Autonomie des Staates aus dem Eigentumstheorem⁴⁴ zu begründen, das das Wirkungsverhältnis von ökonomischer Veränderung, Politik und Ideologie als einheitlichen Prozeß kapitalistischer Vergesellschaftung faßt, läßt *Poulantzas* verschiedene Strukturen und Verhältnisse aufeinander wirken, wobei er in Gefahr gerät, den Klassencharakter des Staates in der relativen Autonomie aufzulösen. Leitet man dagegen die relative Autonomie aus der Eigentumskategorie ab und sieht diese darin begründet, daß der Staat bestimmte Systemsicherungsleistungen erbringen muß, aus denen sich auch eine relativ eigenständige politische Rolle der Ministerialbürokratie ableiten läßt, gerät man nicht in Gefahr, den Begriff des Staates und seiner relativen Autonomie des Klassencharakters zu berauben.

Natürlich wirken sich die Klassenkämpfe auf die Systemsicherungsmaßnahmen aus, deren Prozeß sich auf die objektiven Systemerfordernisse auswirken kann. In dieser Hinsicht ist staatliche Politik nicht nur klassenbestimmt durch die Erfordernisse des

41 ebenda, S. 124

42 „Das Machtfeld ist also strikt relational.“ (ebenda, S. 135)

43 ebenda, S. 127/128

44 vgl. Robert Katzenstein: Zum Problem einer marxistischen „Staatsableitung“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1975, S. 426 ff.

Systems, sondern in ihr zeichnen sich Zugeständnisse, Kompromisse bzw. Bündnisse etc. mit den verschiedenen Klassen und Schichten ab; aber der Erhalt des Systems und des damit eng verbundenen Zwecks des Kapitals — der Profiterzielung — ziehen die Möglichkeiten für Kompromißbildungen und Bündnisse enger oder weiter, je nach den objektiven Widersprüchen und Friktionen des Systems, die zu jeder bestimmten Phase in der Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise die Grundlage der Politik der Bourgeoisie bilden. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß zunehmend die Monopole den Prozeß der Systemsicherungsleistungen und damit der relativen Autonomie des Staates durchbrechen können.

Des weiteren führt *Poulantzas'* Klassenbegriff (Zusammenfassung von Individuen) dazu, daß die Bündnisse, die die Herrschaftsausübung sichern, allein als Klassenbündnisse gefaßt werden. Nicht jedes Herrschaftsbündnis kann als Klassenbündnis gefaßt werden, denn auf einer konkreten Ebene der Analyse gehen Bündnisse vielfach quer durch die sozialen Klassen und ihre Organisationen. So kann in der BRD nicht von einem Bündnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse gesprochen werden, weil SPD- und Gewerkschaftsführungen in die Herrschaftsstruktur der BRD „eingeschrieben“ sind.

Die oben dargelegten Punkte haben Konsequenzen für *Poulantzas'* Übergangsmodell zum Sozialismus: Organisierung des Klassenkampfes und Enteignung sind für *Poulantzas* keine Probleme. An ihre Stelle treten die Veränderung der Staatsapparate und die Vergesellschaftung, die, über Volkskämpfe vermittelt, die dominanten Staatsapparate zu Machtbastionen und Hegemonieinstanzen der Volksmassen werden läßt. Die Enteignung und Beherrschung der wichtigsten Monopole und ihrer Einrichtungen ist für *Poulantzas* ebensowenig von Bedeutung wie die Rolle der Organisationen der Arbeiterklasse beim Übergang zum Sozialismus. Die Veränderung der Staatsapparate und die Vergesellschaftung sind somit bei *Poulantzas* ihres subjektiven Faktors — der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen — beraubte Vorgänge.

Sich einmischen — seine Identität finden — gemeinsam kämpfen

Bedürfnisentwicklung und Politikzugänge von Frauen

Heike Flessner / Heidi Knake-Werner

1. Inventur — 2. Frauenleben in der BRD: Restauration — Reform — Krise — 3. Gemeinsam handeln: Grenzen und Brücken

1. Inventur

Wir Frauen an den Info-Ständen in der Innenstadt, auf Demonstrationen, mit dem Flugblatt, dem Transparent in der Hand, wir als offensive Streiterinnen bei Diskussionsforen, als Klägerinnen für vorenthaltene Rechte vor Gericht, wir Frauen im Streik, in der Aktion, als Rednerinnen auf Kundgebungen, als Gründerinnen von Bürgerinitiativen — für viele von uns ist das ein Teil des täglichen Lebens geworden. Wie es vorher war, ist kaum mehr vorstellbar. Und dennoch erfaßt diese Skizze nur einen Bruchteil jener Empörung, die immer mehr Frauen über täglich erlittenes Unrecht, über Fremdbestimmung und das Vorenthalten von Chancen besseren Lebens ergreift; nur einen Bruchteil der Bereitschaft, die Fesseln privater Duldung und der Ergebnislosigkeit ins Frauenschicksal zu zertrennen; nur einen Bruchteil der entwickelten Formen gemeinsamen Handelns gegen all dies.

Wir wollen auf den folgenden Seiten darüber nachdenken, *warum* immer mehr Frauen sich in ihre eigenen Angelegenheiten mischen und dabei die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns — auch mit einsichtigen Männern — erkennen, *an welchen Inhalten* und *in welchen Formen* das Handeln seinen Ausdruck findet und *welche Ansatzpunkte der Entwicklung übergreifender politischer, an demokratischen Perspektiven orientierter Zielsetzungen* darin begründet, möglicherweise sogar bereits in praktisches Handeln umgesetzt sind.

Zunächst aber eine Bestandsaufnahme gegenwärtig vorfindbarer Ansätze politischen Handelns¹ von Frauen. Bisher ist nur ein kleiner Teil von ihnen in Parteien organisiert.² Ihr jeweiliger prozentualer Anteil in den etablierten Parteien hat sich angenähert. In SPD, CDU und FDP waren 1980 zwischen 21% und 23% weibliche Mitglieder organisiert³ — 1965 gab es da noch gravierende Unterschiede.⁴ Ihre Repräsentanz in

1 Unter politischem Handeln wollen wir im folgenden interessengeleitetes öffentliches Handeln verstehen, Handeln zum Zweck der Veränderung der Gesellschaftsbeziehungen und Lebensumstände der Menschen.

2 1973 waren 3% der Frauen und 9% der Männer in Parteien organisiert (Gesellschaftliche Daten 1977, hgg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1978, S. 295). Weder Umfang noch geschlechtsspezifische Gewichtung von Parteimitgliedschaften haben sich bis heute maßgeblich verändert.

3 SPD 22,65%, CDU 20,85%, FDP 23%. Die CSU fällt dagegen mit 13 Prozent deutlich ab. Zitiert nach: Lottemi Doormann, Wartet nicht auf bessere Zeiten. Frauenpolitik aus Bonn und Alternativen der Frauenbewegung, Köln 1980, S. 16.

Führungspositionen ist jedoch bis heute auf Ausnahmen, Alibifunktionen und in der Regel einflusslose Bereiche beschränkt.⁵ Einen größeren Mitgliederanteil an Frauen registrieren alternative Parteien; genau bekannt ist die Quote — 40% — jedoch nur bei der DKP.⁶ Auch auf den unteren, mittleren und oberen Führungsebenen dieser Parteien sind Frauen vertreten — häufiger als in den etablierten Parteien, weniger als vom Mitgliederstand her zu schließen.

In den Gewerkschaften steigt der Anteil an weiblichen Mitgliedern seit 1972: 1966 — 15,7%, 1972 — 15,3%, 1975 — 16,5%, 1979 — 19,6%, 1982 — 20,7%.⁷ Die höchste Quote weiblicher Mitglieder verzeichnen die GEW (1976: 47,3%), die HBV (1976: 51,1%), die Gewerkschaft Leder (1976: 29,4%)⁸ und die GTB (1980: 57,8%).⁹ Der Frauenanteil am Gesamtzuwachs der Gewerkschaftsmitglieder liegt deutlich über dem der Männer.¹⁰ Mit der steigenden Anzahl weiblicher Mitglieder setzen sich auch in den Gewerkschaften verstärkt frauenspezifische Forderungen durch, die weit über Arbeitsplatz- und Tarifprobleme hinausgehen.

Auf der letzten Bundesfrauenkonferenz des DGB befaßte sich ein erheblicher Anteil der 137 Anträge mit familien- und sozialpolitischen Fragen.¹¹ Deutlich wurde zugleich die Bereitschaft, sich der Erörterung allgemeinpolitischer Probleme zu stellen: Die längste Debatte und die größte Polarisierung der Standpunkte gab es um das Thema „Frauen in die Bundeswehr“.

Klar unterrepräsentiert sind die Gewerkschafterinnen auf den Vertreter- und Funktionärsebenen: So waren z. B. 1979 9% der Kreisvorstandsmitglieder und 1982 11,6% der Delegierten des Bundeskongresses Frauen.¹² Die Diskrepanz zwischen der Bereitschaft organisierter Frauen zu aktiver Interessenvertretung und dem schnöden „Durchmarsch“ der männlichen Kollegen in Parteien und Gewerkschaften, wenn es an die Posten geht, läßt vielen Frauen die politische Aktivität sauer werden.

Von weitaus größerer Anziehungskraft für Frauen und junge Mädchen als die etablierten politischen Organisationen — und hierzu zählt von ihrer Struktur her zunächst auch die DKP — sind all jene Frauengruppen und -initiativen, die sich im Zuge der Frauenbewegung der 70er Jahre herausgebildet und ein kaum noch überschaubares Spektrum an Fraueninteressen aktiviert haben. Nur wenige Städte sind heute noch oh-

4 1965 war 1% der Frauen in Parteien organisiert. In der SPD gab es einen Frauenanteil von 17,8%, in der CDU von 13,3%, in der FDP von 7,8%. Aus: Gisela Brandt; Johanna Kootz; Gisela Steppke, Zur Frauenfrage im Kapitalismus, Frankfurt/Main 1975, S. 66.

5 Bei der Umbildung der SPD/FDP-Regierung im Frühjahr 1982 gab es wieder nur einen Ministerposten für eine Frau — „natürlich“ im Bereich Jugend, Familie und Gesundheit.

6 Die Grünen schätzen auf Nachfrage in der Bundesgeschäftsstelle den Anteil der Frauen auf etwa 25%. Genaueres scheint nicht bekannt zu sein. Da bei den Alternativen Listen in Westberlin und Hamburg autonome Frauengruppen mitarbeiten, ist der Gesamtanteil der Frauen dort recht hoch anzusetzen.

7 Frauenarbeit 1977—1980. Geschäftsbericht der Abteilung Frauen im Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf o. J. (1981), S. 80 und S. 94; für 1982: Frauen und Arbeit 5/1982, S. 1.

8 Alle Daten nach: Frauenarbeit..., a.a.O., S. 95.

9 Aus: Kurs Richtung Sackgasse. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB), in: Sozialismus 5/1981, S. 75.

10 Frauenarbeit..., a.a.O., S. 81.

11 Siehe das Antragspaket zur Bundesfrauenkonferenz des DGB 1981.

12 Alle Daten aus: Frauenarbeit..., a.a.O., S. 81 und S. 91. Die Daten für 1982 aus: Frauen und Arbeit 5/1982, S. 1.

ne Frauengruppe; Frauenzentren gibt es in großer Zahl; es etabliert sich eine Frauenkultur; mancherorts bilden sich subkulturelle Strukturen heraus.

Das gemeinsame Interesse der Frauen, die sich zusammenfinden, knüpft in der Regel unmittelbar an Vorstellungen und Problemen an, die aus der Gegenwehr gegen überkommene Rollenbilder vom Frausein und aus den Umrissen eines neuen Selbstverständnisses vom weiblichen Lebenszusammenhang resultieren: Stillgruppen, Selbstuntersuchungsgruppen, Hausgeburtengruppen entwickeln eine Gegengynäkologie, -geburtenhilfe und -wochenpflege als Alternative zum technisch-sterilen und zentralverwalteten Krankenhausbetrieb; vor allem Lesbengruppen stellen die heterosexuelle „Normal“biografie von Frauen als Zwangsbiografie in Frage; Ernährungsgruppen, Spinngruppen, auch Dritte-Welt-Gruppen versuchen, chemisierten, technisierten und monopolisierten industriellen Produktionsformen von Gütern des täglichen Gebrauchs die Handverarbeitung von Naturprodukten entgegenzustellen; Frauenhausgruppen und Notrufe für vergewaltigte Frauen entwickeln ein Hilfskonzept gegen patriarchalisch-konservative Familien- und Frauenduldungskonzepte; Gesprächsgruppen nehmen ihren Ausgangspunkt bei der Sprachlosigkeit vieler Frauen über ihre eigene Identität; kulturelle Gruppen (Frauentheater, -bands, -kneipen, -filmgruppen, -verlage) durchkreuzen die Ausgrenzung von Frauenthemen aus dem monopolisierten Kulturbetrieb mit – übrigens auch kommerziell – gutem Erfolg; spezifische Berufsgruppen (Medienfrauen, Frauen in naturwissenschaftlichen Berufen) werden sich über die Geschlechtsspezifik ihres Arbeitsvertrages, ihrer Arbeitsinhalte und der Umgangsformen am Arbeitsplatz klar und erkennen sie als diskriminierend nicht nur für sich, sondern für alle Frauen; Probleme der Erwerbstätigkeit, der konservativen Rollenzuweisung in Küche und Kinderzimmer, der Doppelbelastung¹³ der Frauen sind weitere Ansatzpunkte für Initiativgruppen, ebenso die Ablehnung der Wehrdienstverpflichtung und Militarisierung von Frauen („Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein!“). Den Frauengruppen sind in vielen Städten bereits Mädchengruppen gefolgt, häufig von Jugend- und Kommunikationszentren ausgehend.

Die Gruppen und Initiativen vermitteln ein facettenreiches Bild. Gemeinsam ist allen formal die strikte Ausgrenzung der Männer, die weibliche Geschlechtsgemeinschaft, inhaltlich die tägliche Erfahrung der Beschränkung eigener Entwicklungsmöglichkeiten, die Ahnung, die Erkenntnis, daß Widerstand notwendig ist, daß die Frauen sich nachhaltig einzumischen haben in die Definition ihrer eigenen Probleme und Lebensperspektiven und den Alleinvertretungsanspruch von Männern auch in diesem Zusammenhang klar zurückweisen müssen.

Dem täglichen Leiden an der Fremdbestimmung wird vor allem von den Feministinnen ein radikales Autonomiekonzept entgegengesetzt, das die Basis für verschiedene Ansätze der praktischen Gegenwehr bildet. Es enthält Schwächen und Stärken gleichermaßen; können einerseits Frauen und Mädchen mit der Konkretheit feministischer Themen und der emotional getragenen Solidarität der „sisterhood“ unmittelbar ange-

13 Wir benutzen den Begriff nur ungern und mit Vorbehalten. Da er aber aus der einschlägigen Diskussion nicht wegzudenken ist, verwenden wir ihn dennoch. Unsere Kritik bezieht sich vor allem darauf, daß mit der Quantifizierung („Doppel“-Belastung) die qualitative Seite der Zuständigkeit der Frau für *alle* Bereiche der Familienexistenz in ihrer persönlichkeitsbehindernden Dimension überhaupt nicht zum Tragen kommt und somit die Erkenntnis ihrer tiefen gesellschaftlichen Verwurzelung qua Begriff erschwert wird.

sprochen werden, kann auf diese Weise durchaus die Schwelle gesenkt werden, die viele Frauen daran hindert, aus der privaten Isolierung herauszutreten, so bringen die Entscheidung der Abgrenzung radikalfeministischer Gruppen gegen herkömmliche Strukturen (z. B. Partnerschaft, Familie, Freundschaften, Parteien, Gewerkschaften, soziale Einrichtungen, ja, die Gesellschaft insgesamt¹⁴) und die daraus häufig entstehende Binnenorientierung mit dem entsprechenden Insider-Klima neue Barrieren hervor.

Vor solcher Binnenorientierung gefeit scheinen Frauengruppen wie die Demokratische Fraueninitiative (DFI).¹⁵ Ihre Offenheit gegenüber vielfältigen fortschrittlichen Kräften, ihre Bereitschaft, mit allen zusammenzuarbeiten, die für die Verwirklichung der Rechte der Frauen streiten (hier ist die Entwicklung gemeinsamer Arbeit mit den Gewerkschaften besonders hervorzuheben) — dieses Konzept gesellschaftlicher Kooperation ermöglicht den Kontakt bis hinein in die Gruppe der Arbeiterinnen, deren Anteil allerdings bislang noch viel geringer ist als angestrebt. Die starke Betonung der gesellschaftlichen Seite der Frauenunterdrückung hatte in der Vergangenheit oftmals aber auch eine gravierende Schwäche zur Folge: Die subjektive Erfahrung dieser Unterdrückung in ihren konkreten Formen wurde in der Regel zur politischen Analyse und zur Organisierung des Widerstands verarbeitet, selten aber zur Veränderung der angeprangerten Situationen hier und jetzt. Diese Frauengruppen diskutierten über Gewalt gegen Frauen und forderten öffentlich finanzierte Frauenhäuser — die autonomen Frauen richteten sie ein. Die DFI diskutierte über die Diskriminierung homosexueller Frauen — die autonomen Frauen gründeten Lesbengruppen. Natürlich verdeutlichen diese Beispiele nicht nur die unterschiedlichen Prioritäten in den Handlungsebenen; auch der unterschiedliche Zuschnitt der Gesellschaftsanalyse ist darin enthalten: Gegenüber dem Drängen vor allem der demokratischen und sozialistischen Frauengruppen auf gesellschaftliche Lösungen spitzen sich manche konkreten Arbeitsergebnisse der autonomen Frauenbewegung zum bewußt vollzogenen Ausstieg aus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu.

Über den Anteil von Frauen in Bürgerinitiativen liegen uns nur wenige Daten vor.¹⁶ Legen wir aber einmal den Augenschein all jener großen Initiativen der Gegenwart — der Anti-AKW-Bewegung, der Friedensinitiativen, der Bewegung gegen die Startbahn West — zugrunde, so sind Frauen dort in gleichem Umfang beteiligt wie Männer, wenn wir sie auch unter den Repräsentanten der Bewegung nicht ganz so zahlreich wiederfinden.

Zur Friedensbewegung haben Frauen ihren besonderen Beitrag geleistet, denkt man einmal an die „Frauen für den Frieden“ und an die Initiative „Frauen in die Bundeswehr — wir sagen nein!“. Die Friedensbewegung hat, ähnlich wie die anderen großen Bewegungen, das Spektrum jener Frauen, die sich gemeinsam mit anderen zur politischen Aktion entschließen, enorm ausweiten geholfen. Die Gründe dafür liegen u. E. vor allem

14 Siehe hierzu z. B. Hannelore Mabry, *Die neue Frauenbewegung und die Partei- und Gewerkschaftsfrage*, in: Dokumentationsgruppe der Sommeruniversität der Frauen (Hrsg.), *Autonomie und Institution. Über die Leidenschaft und Macht von Frauen. Beiträge zur 4. Sommeruni*, Berlin (West) 1979, S. 228 ff.

15 Ähnlich der Sozialistische Frauenbund (SFB) Westberlin. Zu beiden Organisationen siehe Lottemi Doormann (Hg.), *Keiner schiebt uns weg. Zwischenbilanz der Frauenbewegung in der Bundesrepublik*, Weinheim/Basel 1979, S. 28 ff. und S. 62 ff.

16 Siehe hierzu Fred Karl, *Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung*, Reihe Soziale Bewegungen, hgg. vom IMSF, Frankfurt/Main 1981, S. 21.

in der Erkenntnis der unmittelbaren Lebensbedrohung und in der Vielfalt der Aktionsmöglichkeiten, die den verschiedenen Entwicklungsstufen politischen Bewußtseins Rechnung tragen. Das Reservoir der aktivierbaren Frauen reicht sowohl altersmäßig als auch sozial mit großer Wahrscheinlichkeit in den umfassenden Bürgerbewegungen, insbesondere in der Friedensbewegung, weiter als bei den „klassischen“ Bürgerinitiativen der endsechziger und frühen siebziger Jahre. Es reicht ganz offensichtlich in die Altersgruppe jener Frauen, die den Krieg selber erlebt haben und aus dieser Erfahrung heraus einen Zugang zu den Aktionen der Friedensbewegung zu finden vermögen. Es reicht ebenso offensichtlich über die Mittelschichten hinaus in die Arbeiterklasse. Zu vermuten ist aber, daß von dort her zum gegenwärtigen Zeitpunkt am ehesten Frauen mit gewerkschaftsorientierten Lebenszusammenhängen aktiv werden.

Eine Domäne von gesellschaftlich aktiven Frauen insbesondere aus den Mittelschichten sind immer noch alle jene Bürgerinitiativen, die Reform und Ausweitung der Sozial- und Bildungsinfrastruktur fordern. Insbesondere der seit Jahren andauernde rigorose Sozialabbau hat die Frauen auf den Plan gerufen: Viele von ihnen nutzen Demonstrationen und Aktionen gegen Rotstift und Raketen offensiv, um auf ihre Probleme hinzuweisen. Nicht nur die Streichung von Kindergartenplätzen und Erzieherstellen wird angeprangert; auch die Folgen werden unter dem Frauengesichtspunkt bewertet: Zurückdrängung aus dem Beruf in den Haushalt, Verhinderung der beruflichen Entfaltung, Abbau insbesondere von Frauenarbeitsplätzen — das alles steht zur Diskussion. Gerade in den letzten Jahren ist es dabei zu einer deutlichen Verschränkung der inhaltlichen Forderungen gekommen, um die es in den zunächst jeweils punktbezogen arbeitenden Bürgerinitiativen geht. Man verbündet sich eben nicht mehr nur gegen Rotstift *oder* gegen Raketen; vielmehr wird beides in engen Bezug gebracht. Dies ermöglicht den aktivierte Frauen verallgemeinernde Politisierungszugänge über die Betroffenheit in alltagsvermittelten abgegrenzten Problemzusammenhängen hinaus.

Am schwersten kommen die Initiativen und Bewegungen bis heute an die hausarbeitenden Frauen heran. Es gibt Hinweise darauf, daß immer mehr von ihnen die besondere Abhängigkeit ihrer Existenzweise als schwere Last erkennen, sie als gesellschaftliche Isolation und als Behinderung in der Entfaltung ihrer Persönlichkeit erfahren. Nicht nur Pross' Daten zur zwiespältigen Bewertung der eigenen Situation durch die Hausfrauen sind hier anzuführen.¹⁷ Ein weiteres Indiz ist die 1980 gegründete Hausfrauengewerkschaft. So unbedeutend sie faktisch immer noch sein mag — sie weist gleichwohl, z. B. mit der Forderung nach eigenständiger sozialer Sicherung der Hausfrau, auf ein zentrales Problem hin: auf die Lebensabhängigkeit der nur-hausarbeitenden Frauen vom Ehemann. In der Unzufriedenheit mit den überkommenen Bedingungen der Hausfrauenexistenz und ihren Entfaltungsgrenzen ist eine latente Bereitschaft zur Gegenwehr enthalten.

Aber auch von außen kommen unabweisliche Anstöße, die Isolation zu überwinden: Die wachsenden gesellschaftlichen Widersprüche werden heute nämlich nicht mehr nur durch die Kindergarten- und Schulmisere der Kinder¹⁸ in den privaten Zirkel der Fami-

17 Helge Pross, *Die Wirklichkeit der Hausfrau*, Reinbek 1976, S. 169 ff. und S. 222 ff.

18 Einen guten Eindruck von der inhaltlichen Akzentuierung der Bürgerinitiativen-Arbeit der frühen siebziger Jahre in diesem Bereich und der hier besonders aktiven Mitarbeit von Frauen vermittelt der Band von Heinz Grossmann (Hg.), *Bürgerinitiativen. Schritte zur Veränderung?*, Frankfurt/Main 1971.

lie hineingetragen. Das bleivergiftete Gemüse, der Cadmium-Salat, die Plastik-Brötchen, der steigende Gaspreis (obwohl doch gerade des angepriesenen Spareffektes wegen die Ölheizung gegen die Gasanlage ausgetauscht wurde), der bedrohte Arbeitsplatz des Ehemannes, die geplanten Atomraketen im nahegelegenen Waldstück, das bislang das Ziel der gemeinsamen Sonntagsausflüge war — dies alles macht deutlich: Die Existenzbedrohung, die Lebensgefährdung der Familien kann nicht länger mehr als Phantasieprodukt linker Traumtänzer beseite geschoben werden; sie ist tägliche Wohnzimmer- und Familiensonntagsrealität.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Auf verschiedenen Institutionalisierungsebenen haben sich Frauen bis heute vielfältige Ansätze aktiven Handelns geschaffen, die über die traditionellen weiblichen Problemlösungsstrategien der Privatisierung und Personalisierung hinausgehen und damit Zugänge zur Verallgemeinerung von Problemsichten, Lösungsperspektiven und Veränderungsvorschlägen ermöglichen. Hinsichtlich der Probleme des Produktionsbereichs geschieht dies bislang vor allem im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen; Probleme des Reproduktionsbereichs werden eher von Initiativen und selbstorganisierten Frauengruppen aufgegriffen.

Daß diese Aktivierungsansätze sich als so dynamisch und zunehmend tragfähig erweisen, liegt u. E. nicht unwesentlich in dem von der autonomen Frauenbewegung herausgebildeten und vorgelebten Moment der „sisterhood“ begründet. Sie hat — zusammen mit der Initiativkraft und Phantasie der autonomen Frauen — tief in andere Frauenkreise hineinzuwirken vermocht. „Sisterhood“ als unbestechliche Solidarität der letztlich gleichermaßen Diskriminierten gewinnt ihre besondere Qualität und Tiefe aus der Tatsache, daß zu ihrer Herausbildung überwunden werden müssen: die Selbstdefinition der Frauen über die Männer, also auch das Konkurrenzdenken im Hinblick auf sie, und die Fixierung des eigenen Lebenssinns qua Ehemann und Kinder, also über die Familie. Diese unweigerlich ins Zentrum der Vereinzelung und der Privatheit — also der lebenslangen Isolation — führende Perspektive wird durchkreuzt durch die gemeinsame Stärke der Geschlechtsgenossinnen.

2. Frauenleben in der BRD: Restauration — Reform — Krise

Die Vielfalt, mit der sich die Frauenbewegung gegenwärtig in der BRD präsentiert, ist — oberflächlich betrachtet — zurückzuführen auf unterschiedliche soziale Lagen und daraus sich ergebende unterschiedliche Wahrnehmungen der ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Dies erklärt allerdings noch nicht, wodurch die unterschiedlichen Bedürfnisse und Politikzugänge in der Frauenbewegung entstanden sind. Dazu bedarf es der Analyse des historischen Gewordenseins bestimmter Strömungen der Frauenbewegung, weil anzunehmen ist, daß entsprechend den gesellschaftlichen Entwicklungslinien unterschiedliche politische Vorstellungen ausgebildet werden. Ein Rückblick auf die letzten 30 Jahre bundesrepublikanischer Geschichte macht deutlich, daß in den verschiedenen Abschnitten ökonomisch-politischer und ideologischer Entwicklung gesellschaftliche Widersprüche für die Menschen in unterschiedlicher Schärfe sichtbar und erkennbar wurden. Die Art und Weise, wie die Frauen diese Widersprüche aufgriffen und verarbeiteten, war abhängig von ihrer sozialen Lage und den damit verbundenen Möglichkeiten zur Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen.

2.1 Frauen im CDU-Staat

Bis zum Beginn der 60er Jahre existierte in der BRD ein stabiles Rollenbild von der Frau als Hausfrau und Mutter. Für die Tatsache, daß Frauen auch berufstätig waren, gab es vordergründig einleuchtende, dieses Rollenbild nicht erschütternde Erklärungen. Frauen übernahmen dort die Funktion des Familienernährers, wo die Männer im Krieg umgekommen oder arbeitsunfähig zurückgekehrt waren. Aus den gleichen Gründen fungierten Frauen als Geschäfts- und Betriebsinhaberinnen. Frauen wurde eine Erwerbstätigkeit auch dann zugestanden, wenn sie durch ihren Zuverdienst zur Existenzsicherung der Familie beitragen mußten. Ihre eigentlichen Aufgaben wurden aber nach wie vor in Ehe und Familie gesehen. Diese Sichtweise wurde dadurch verfestigt, daß die reaktionäre Mutterideologie der Nazi-Zeit weiterwirkte. Anders als in der DDR konnte in der BRD auch in diesem Punkt eine offensive antifaschistische Umorientierung nicht angepackt werden.

Die Arbeit der Frauen galt, gerade weil sie in Notzeiten so unerlässlich war, als Übergangslösung und Ausdruck von Mangel. Selbst Arbeiter hielten es sich zugute, wenn ihre Frauen nicht arbeiten „mußten“. Hinzu kam, daß sich mit dem Kalten Krieg eine antisozialistische Propaganda entwickelte, die das Bild der Frau in der Arbeitswelt bis zum abschreckenden Zerrbild verunstaltete: Frauenarbeit als Ausdruck der Not und der persönlichen Unfreiheit. Alle in dieser Phase zutage tretenden Diskriminierungen von Frauen, ihre Benachteiligung im Bildungs- und Ausbildungswesen, ihre patriarchalische Bevormundung auch nach der Neufassung des Familienrechts 1957, ihre offene wirtschaftliche Diskriminierung durch die Existenz von Frauenlohngruppen, fanden darin ihre ideologische Begründung. Der Antikommunismus als Staatsdoktrin diente dazu, das Denken von Alternativen zu verhindern bzw. zu bestrafen.

2.2 Reformeuphorie und Frauenemanzipation

Mit dem Ende der vorwiegend extensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals am Ausgang der 60er Jahre wurde nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch ein Wandel eingeleitet. Die neuen Reproduktionsbedingungen des Kapitals erzwangen neue Reproduktionsmöglichkeiten für den Gesamtarbeiter. Die Umrisse einer drohenden Bildungskatastrophe (Sputnik-Schock etc.) riefen Experten und Politiker auf den Plan. Mit Hilfe staatlicher Regulierungsmechanismen suchte man den Anforderungen des Kapitals entgegenzukommen. Unter der Parole „Mehr Chancengleichheit“ setzte eine intensive Bildungswerbung ein, die bislang von Bildungsmaßnahmen vernachlässigte Bevölkerungsschichten wie die Kinder der Landbevölkerung und der Arbeiterklasse in den Städten an höhere Bildungsabschlüsse heranführen sollte.

„Bildung als Bürgerrecht“ — das umfaßte auch das Recht der Frauen und Mädchen auf Bildung. Die oft beschworene katholische Arbeitertochter aus dem Bayerischen Wald, für die sich nun die weiterführenden Bildungsgänge ebenfalls öffnen sollten, hatte bis dahin keineswegs die Ausnahme gebildet, sondern repräsentierte das alltägliche Schicksal der Masse von Mädchen und Frauen aus der Arbeiterklasse.¹⁹ Ausdruck der den neu-

¹⁹ 1960 betrug der Anteil der Mädchen im Bereich der Sekundarstufe II nur 36% gegenüber 45% 1975 (vgl. Grund- und Strukturdaten 81/82, BMBW). 1960 waren unter den Lehrlingen 66% männlich und 34% weiblich, unter den Anlernlingen dagegen die Mädchen mit 88% vertreten (vgl. Renate Wiggershaus, Geschichte der Frauen und der Frauenbewegung, Wuppertal 1979, S. 78 f.).

en ökonomischen Anforderungen geschuldeten Maßnahmen waren die Ansätze zum Ausbau des Bildungswesens in den ersten Jahren der sozialliberalen Koalition.²⁰ Von den Frauen forderte *Willy Brandt* in seiner Regierungserklärung 1969 „stärkere Mitwirkung für die gesellschaftlichen Reformen und die moderne Gestaltung unseres demokratischen Industriestaates“, womit sie schließlich die Möglichkeit erhalten sollten, „ihre gleichberechtigte Rolle in Familie, Beruf, Politik und Gesellschaft zu erfüllen“.²¹

Die neuen Anforderungen wurden besonders von Frauen aus den sozialen Mittelschichten umgesetzt: Sie begannen, sich gegen eine frauenfeindliche gesellschaftliche Aufgabenteilung und das Abschieben in Küche und Kinderzimmer zu wehren, sie reklamierten Ansprüche auf gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und auf Möglichkeiten zu selbstbestimmter Entwicklung. Solche Möglichkeiten boten sich diesen Frauen besonders im Bildungsbereich und wurden hier auch von einer großen Zahl genutzt. Verstärkt besuchten sie weiterführende Schulen, bemühten sich um qualifizierte Bildungsabschlüsse, absolvierten ein Hochschulstudium; ihr Anteil an staatlich geförderten Weiterbildungsmaßnahmen stieg sprunghaft, und unter den Teilnehmern des 2. Bildungsweges vervielfachten sich die Frauenquoten.²²

Neben den vielen ungelerten und angelernten Tätigkeiten, für die Frauen besonders in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs schon immer angeworben wurden,²³ standen ihnen nun vermehrt auch qualifizierte Arbeitsplätze offen, die im Zuge allgemeiner Reformbestrebungen und erhöhter Ansprüche an die Durchschnittsqualifikation des Gesamtarbeiters vor allem durch den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen geschaffen wurden: Frauen wurden als Lehrerinnen, Erzieherinnen, im Gesundheitswesen und für den Ausbau der sozialen Dienste gebraucht.

Die ideologische Wende kündigte sich bereits mit dem Rückgang des weltanschaulichen Einflusses von CDU und katholischer Kirche an, der den politischen Niederlagen des konservativen Blocks voranging. Die sozialliberale Koalition errang ihre Mehrheit auf einer Welle außerparlamentarischer Bewegungen, die sich in den Septemberstreiks 1969 sowie den Kämpfen gegen Notstandsgesetzgebung und Vietnam-Krieg am deutlichsten zeigte und in der Studentenbewegung einen spontanen Ausdruck fand; neue Bedürfnisse entstanden in breiteren Teilen der Bevölkerung, weit über die Bewegung selber hinaus. Überkommene Strukturen in den Familien, im Bildungsbereich, in den Organisationen des politischen Lebens und letztlich auch in den Normen- und Wertvorstellungen hinsichtlich der Geschlechterbeziehungen wurden durch den objektiven gesellschaftlichen Wandel und von den neuen Momenten des ideologischen Überbaus in Frage gestellt. „Emanzipation“ wurde zu einer zentralen politischen Leitvorstellung, zunächst noch ohne ausdrückliche Begrenzung auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft.

20 Z. B. die Analyse im Bildungsbericht 1970, der Strukturplan des Deutschen Bildungsrates, die Planungsarbeit und die Gutachten des Bildungsrates insgesamt, der Bildungsgesamtsplan, Ausbau z. B. des Vorschulerziehungswesens und der Hochschulen, Abschaffung des Numerus clausus, Aufschwung der Gesamtschulentwicklung insbesondere in SPD/FDP-regierten Ländern.

21 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonner Almanach 1970, S. 46/47.

22 Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD, Informationsbericht des IMSF Nr. 31, Frankfurt/Main 1978, S. 111, Tab 3/5; Rolf Casjens / Heike Flessner, Frauen auf dem 2. Bildungsweg, in: Die Deutsche Schule 1/1980.

23 Zwischen 1950 und 1960 stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 2,5 Mill.; nur knapp die Hälfte von ihnen hatte eine Ausbildung, und 1,3 Mill. arbeiteten als Teilzeitkräfte.

Selbstverständlich wurden auch die Frauen von diesen Umdenkungsprozessen erfaßt. Vor allem diejenigen, die als Studentinnen an den Hochschulen oder in qualifizierten Berufen ihre geschlechtsspezifische Diskriminierung bewußt wahrzunehmen begannen, bemühten sich darum, „Emanzipation“ frauenspezifisch zuzuspitzen. Diese Neu belebung der Frauenbewegung aus der sozialen Basis der Mittelschichten heraus sollte für die Differenzierungen innerhalb der Frauenbewegung und ihre ideologischen Auseinandersetzungen entscheidend werden.

Unter der Parole „Das Private ist öffentlich“²⁴ begann die noch junge Bewegung, überkommene Vorstellungen von Rollenzuweisungen, Geschlechterbeziehungen und weiblicher Sexualität öffentlich anzuprangern. Die Hoffnung auf erweiterte Kontrolle frauenspezifischer Lebensbereiche mobilisierte jene Frauen, deren Interessen bis dahin hauptsächlich stellvertretend verwaltet oder schlicht vernachlässigt worden waren. Ermuntert durch ein verändertes politisches Klima begannen immer mehr von ihnen, sich für gesellschaftliche Einrichtungen zu engagieren (z. B. Kinderläden, Kitas, kleine Klassen, freie Schulen); hier allerdings zunächst vor allem in der Rolle der für den Reproduktionsbereich zuständigen Frauen und Mütter und in der Regel mit dem Ziel, auf der Grundlage einer neuen, als bedürfnisorientiert begriffenen Erziehung den Kindern bessere Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen als man sie selber erfahren hatte. Der Anspruch auf Realisierung eines selbstbestimmten Lebenskonzepts trat dahinter vorläufig noch zurück.

Erst die §-218-Kampagne verhalf einer Frauenbewegung zum Durchbruch, die ins Zentrum ihrer politischen Auseinandersetzung nachdrücklich die Herausbildung einer neuen Frauenidentität und ein radikales Selbstbestimmungskonzept stellte. Sollte die Lebensplanung selbstbestimmt erfolgen können, so mußte die freie Entscheidung über eine Schwangerschaft dabei eine zentrale Rolle spielen. Mit der §-218-Kampagne wurde beispielhaft ein Schlüsselproblem der Frauen öffentlich gemacht, das bis dahin als intime, mit Tabus behaftete Privatsache mystifiziert und weggeheimnist worden war. Mit Hilfe von Selbstanzeigeekampagnen²⁵ und anderen eindrucksvollen öffentlichen Aktionen gelang es dieser Frauen-Massenbewegung zu verdeutlichen, daß die rigide Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit im weiblichen Lebenszusammenhang zur Herrschaftssicherung beiträgt. Durch die Konfrontation mit Justiz und Staatsapparat erlangte die Bewegung gleichzeitig eine gesamtgesellschaftliche Dimension.

Der Kern der Bewegung kam zunächst aus den Mittelschichten — Studentinnen und Intellektuelle vor allem, die hier oft neue politische Erfahrungen zu sammeln vermochten. Zeugnis des anfänglichen Selbstverständnisses war die Forderung nach der ersatzlosen Streichung des § 218. Sie fand ihre griffige Formel in dem aus einem bürgerlichen Individualitätskonzept abgeleiteten Slogan „Mein Bauch gehört mir“. Die Betroffenheit derjenigen, die durch hohe Geburtenzahlen oder verpfuschte Abtreibungen die größten Lasten des bisherigen Verbots einer Schwangerschaftsunterbrechung zu tragen hatten — die Arbeiterinnen und nichterwerbstätigen Frauen der Arbeiterklasse —, wurde erst mit der Einbeziehung der materiellen und sozialen Seite in die Abtreibungsdiskussion aufgegriffen. Zweifelsohne ist es aber dem aus den Reihen der Feministinnen und Sozialistinnen durch Protestdemonstrationen und öffentliche Tribunale erzeugten Druck zu-

24 Doormann, Keiner schiebt..., a.a.O., S. 17.

25 Im „Stern“ vom 6. Juni 1971 bekannten 374 Frauen: „Ich habe abgetrieben.“

zuschreiben, daß sich die Parteien der sozialliberalen Koalition nach anfänglichem Zögern für eine Revision des Abtreibungsparagraphen aussprachen — zurückgestutzt allerdings auf die Fristenlösung. Die SPD-Frauen und später die Jungsozialisten,²⁶ die sich vorher vehement für die ersatzlose Streichung eingesetzt hatten, schwenkten damals ebenso wie die Gewerkschaften²⁷ auf die Kompromißformel ein; dies vor allem angesichts der reaktionären ideologischen Gegenoffensive aus Kirchen, CDU/CSU und konservativer Ärzteschaft. Man kann annehmen, daß die Feministinnen durch ihre Erfahrungen mit etablierten Parteien anläßlich der §-218-Kampagne in ihrem Autonomie-Konzept bestätigt wurden.

Die Bewegung um den § 218 verhalf zwar der Frauenbewegung zu einem enormen Aufschwung, legte aber auch die Grundlage für bestimmte Vereinseitigungen. Frauen erlebten in autonomen Frauengruppen praktische Solidarität und Hilfe zur Selbsthilfe. Vielfach wurden sie dort erstmals mit grundsätzlichen Fragen der gesellschaftlichen Diskriminierung der Frauen konfrontiert. Damit waren Anstöße gegeben, das eigene Leben bewußter anzugehen und sich nicht länger nur durch die Rolle in der Familie definieren zu lassen. Dieses neue Selbstbewußtsein war in der §-218-Bewegung im größeren Umfang entstanden und trug zur Verbreiterung der autonomen Frauengruppen bei, blieb aber nicht darauf beschränkt. Verbunden mit den vorab beschriebenen objektiven Veränderungen kam es bei immer mehr Frauen zu einer Umorientierung in den Lebensentwürfen. Die Erfahrung gemeinsamer Handlungsfähigkeit motivierte sie, auf die gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse Einfluß zu nehmen und ihre eigenen Belange organisiert zu vertreten. So erklärt sich eine in den 70er Jahren zu verzeichnende Zunahme an weiblichen Mitgliedern besonders in den Gewerkschaften und den Parteien der sozialliberalen Koalition. Der DGB hatte aus der ersten Krise 1966/67, in der vor allem die vielen schnell für den aktuellen Bedarf der expandierenden Produktion angelernten Frauen wieder arbeitslos geworden waren, seine Lehren gezogen: 1969 wurde das Programm für die Arbeitnehmerinnen verabschiedet und 1972 das Jahr der Arbeitnehmerin ausgerufen. Damit gelang es, die Probleme der erwerbstätigen Frauen und ihre Diskriminierung am Arbeitsplatz ins öffentliche Bewußtsein zu tragen. Dies schlug sich — geht man vom Mitgliederzuwachs aus — am ehesten bei den Arbeiterinnen und Beamtinnen nieder.²⁸

Die wachsende Aktivität von Frauen — hier insbesondere von Arbeiterinnen — in den Gewerkschaften führte nach und nach zur Herausbildung einer gewerkschaftlichen Frauenpolitik, die quantitativ in einer Vielzahl neugegründeter Frauenausschüsse im DGB und den Einzelgewerkschaften zum Ausdruck kam. Die gewerkschaftliche Frauenarbeit wurde aber auch qualitativ gesteigert durch Erfolge in den Betrieben — die Zahl weiblicher Betriebsratsmitglieder hatte sich von 1959 bis 1975 verdoppelt²⁹ — und die Organisierung erfolgreicher Arbeitskämpfe. Ein augenfälliges Beispiel dafür war der Streik der Pierburg-Arbeiterinnen in Neuss. 1973 erkämpften sie in einem fünftägigen Ausstand die Streichung der Lohngruppe 2.

26 Vgl. Juso-Argumente, Problem 25, Frauenarbeit, Materialsammlung, S. 32.

27 Vgl. Beschluß des 9. ordentl. DGB-Bundeskongresses 1972 zur Reform des § 218 StGB, in: G. Leminsky, B. Otto, Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974, S. 376.

28 Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation, a.a.O., Tab. 512.

29 Ebenda, Tab. 5/5.

Die Anziehungskraft der SPD resultierte aus der Entspannungspolitik und der Zielsetzung sozialer Gerechtigkeit; die Partei profitierte aber auch von der Hoffnung vieler Frauen, mit ihr eine emanzipatorische Frauenpolitik entwickeln und zur Überwindung der offensichtlichen geschlechtsspezifischen Benachteiligung beitragen zu können. Von ihrer Programmatik her schien die SPD am ehesten für eine grundlegende Demokratisierung der Gesellschaft Gewähr zu bieten.

Bei der FDP war der Zuwachs an weiblichen Mitgliedern sogar überdurchschnittlich hoch. Das hing mit ihrer Entwicklung zur Mitgliederpartei zusammen, aber wohl auch damit, daß die FDP sich 1972 zur Propagierung einer frauenspezifischen Politik durchrang und durch die Verabschiedung von Thesen zur Gleichberechtigung³⁰ vor allem Frauen aus dem liberal-bürgerlichen Lager gewann.

2.3. Rückzug und Widerstand

Aber weder die SPD noch die sozialliberale Koalition waren in der Lage, die in sie gesetzten Hoffnungen zu erfüllen, geschweige denn, die neugeweckten Bedürfnisse und Ansprüche durch die Realisierung der Reformversprechen einzulösen. Die Fortsetzung der wichtigsten Reformmaßnahmen von SPD/FDP scheiterte daran, daß mit der Krise 1974/75 ein Umverteilungsdruck auf die Staatsfinanzen entstand, der vor allem zugunsten der Profitinteressen der Unternehmen wirkte und Reformen auf das „Machbare“ zurückstutzte. Im Zuge der immer stärker durchgesetzten staatlichen Restriktionspolitik wurden vor allem zu Lasten der Frauen Reformmaßnahmen eingefroren. Dies galt insbesondere für den Bildungs- und Ausbildungsbereich, für den Hochschulzugang, für Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, aber auch für den gesamten Bereich der sozialen Infrastruktur. Auf der Tagesordnung standen nun Appelle statt Gesamtschulen und Gesamthochschulen, Arbeitsplätzen und Kinderkrippen. 1974 schließlich schob die Regierung das Problem „Frauen“ in den Kompetenzbereich des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit ab, wo ein Referat „Politik für Frauen“ eingerichtet wurde.

Doch die eingeleitete Politisierung, das verstärkte Engagement der Frauen war nicht mehr so ohne weiteres abzuschalten. Im Gegenteil, je größer der Widerspruch zwischen Anspruch und Realität klappte, je stärker die Krise den objektiven Spielraum für Reformen einengte, desto umfassender und präziser lernten die bereits aktiven Frauen die Widersprüche zu benennen, in denen sie leben:

— Immer mehr Frauen mit guten Berufsqualifikationen wollten ihre Berufsvorstellungen realisieren und erfuhren, daß ihnen dies vorenthalten wurde. Dies galt in besonderer Weise für jene, die der Bildungswerbung gefolgt waren und eine Hochschulausbildung absolviert hatten.³¹

— Frauen erlebten im Beruf, an ihrem Arbeitsplatz, daß sie trotz des Chancengleichheitspostulats in der Entlohnung, bei der Weiterqualifikation, beim Aufstieg benachteiligt wurden.

30 Wiggershaus, a.a.O., S. 63.

31 Unter den 20jährigen Studenten waren 1965 3,5%, 1975 10,1% Frauen. Vgl. Gesellschaftliche Daten 1979, hg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, S. 69. Von 1957 bis 1972 war der Anteil der Frauen an den Studierenden der wissenschaftlichen Hochschulen von 18,5% auf 26,5% gestiegen. Siehe: Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation, a.a.o., Tab. 3/5.

- Sie erfuhren gleichzeitig, daß Männer diese Probleme nicht hatten – Grundlage dafür, sie in der betrieblichen Auseinandersetzung als Konkurrenten zu betrachten.
- Erwerbstätige Frauen, die in Zeiten günstiger Konjunktur angeworben worden waren, fanden sich in der Krise als industrielle Reservarmee wieder.
- Frauen erfuhren, daß die ihnen zugesicherten Chancen im Widerspruch zu Erfahrungen in der Realität standen: Benachteiligung, Diskriminierung, Gewaltanwendung waren auch weiterhin an der Tagesordnung.

Diese Widersprüche begünstigten die Sensibilisierung vieler Frauen für die zunehmende Einschränkung ihrer Rechte und die in diesem Punkt offen zutage tretende Doppelbödigkeit der herrschenden Ideologie. Wirtschaftliche Entscheidungen auf Kosten der Massenkaukraft und zugunsten von Rationalisierungsmaßnahmen, der Einsatz neuer Technologien und profitorientierte Strukturmaßnahmen trugen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und Ausbildungskapazitäten bei. Die Auswirkungen gingen zu einem wesentlichen Teil zu Lasten der Lebensqualität von Frauen. So waren von der 1973 einsetzenden Arbeitslosigkeit Frauen überproportional betroffen; ihr Anteil an den Arbeitslosen stieg in den folgenden Jahren auf über 50%, obwohl ihr Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt zum gleichen Zeitpunkt nur etwa 36% ausmachte. Zwar zeigen die Strukturdaten zur Frauenarbeitslosigkeit,³² daß Frauen ohne Ausbildung bzw. mit geringer beruflicher Qualifikation am ehesten ihren Arbeitsplatz verloren, aber auch qualifizierte Frauen wurden zunehmend aus dem Erwerbsleben gedrängt bzw. erst gar nicht hineingelassen.³³

Ideologisch begleitet wurde die frauenfeindliche Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik der Bundesregierung von dem Versuch, antiquierte und reaktionäre Leitbilder neu zu beleben. Dies aus zwei Gründen: Erstens hatte sich seit Beginn der 70er Jahre nicht nur die Zahl, sondern auch die Struktur der weiblichen Erwerbstätigen erheblich verändert. Das Erwerbsverhalten von Frauen war dadurch gekennzeichnet, daß immer mehr verheiratete Frauen und Mütter erwerbstätig wurden³⁴ und die Zeiten einer Unterbrechung der Berufstätigkeit sich deutlich verringerten. Zweitens hatte durch die seit 1966 abnehmende und seit 1974 stagnierende Geburtenrate die Rückläufigkeit der Bevölkerungszahlen bedrohliche Ausmaße angenommen. Beide Erscheinungen wurden in einen engen Zusammenhang gestellt und ließen staatliche Gegensteuerung notwendig erscheinen. Diese mußte so ausfallen, daß wirtschaftliche und politische Erfordernisse gleichermaßen durchsetzbar waren. Am 3. Familienbericht wird die Richtung deutlich: Aufwertung der Tätigkeit der Familienhausfrau zugunsten der Zurückdrängung der Erwerbstätigkeit, Flexibilisierung der Übergänge zwischen Beruf und Familie mit der Tendenz der Bereitstellung einer beliebig verfügbaren Arbeitskraftreserve, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

32 Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation, a.a.o., Tab. 2/6.

33 Frauen sind besonders stark im höheren allgemeinbildenden Bildungsbereich von der Akademikerarbeitslosigkeit betroffen. Dafür ist die Ausrichtung auf frauenspezifische Studienrichtungen verantwortlich, deren Absolventinnen durch staatliche Restriktionspolitik bei den öffentlichen Dienstleistungen nicht mehr nachgefragt werden. Vgl. Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation, a.a.o., S. 72.

34 Von 1961 bis 1975 nahm die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 14 Jahren um 18% zu. Das Ausmaß dieser Steigerung läßt sich erst ermesen, wenn man berücksichtigt, daß im gleichen Zeitraum die Zahl der erwerbstätigen Frauen ohne Kinder (aufgrund längerer Ausbildungszeiten) um 10% abgenommen hat. Vgl. Gesellschaftliche Daten 1979, a.a.o., Tab. 46, S. 117.

Die ökonomische Krise setzte für die gesamte fortschrittliche Bewegung, darunter auch für die Frauenbewegung, neue Bedingungen. Die Enttäuschung über den stagnierenden Veränderungsprozeß und die scheinbare Versteinerung gesellschaftlicher Verhältnisse trieben große Gruppen von Studenten, lohnabhängigen Intellektuellen und anderen Mittelschichtangehörigen zurück in die Privatheit. Rückwärtsgewendete Ideologien stützten den Rückzug ab. Nicht mehr die Gesellschaft war zu verändern, sondern das eigene Leben; die subjektive Befindlichkeit wurde zum vorrangigen Gegenstand. Die Bereitschaft, Lebensqualität zumindest im eigenen Verfügungsbereich zu verwirklichen, auf diese Weise hier und jetzt verändernd zu wirken, trug dazu bei, die Basis für alternative Projekte und Bewegungen zu schaffen. Für Frauen, insbesondere aus den Mittelschichten, ergaben sich daraus Ansätze, die bedrohte Lebensperspektive zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Subjektivierung bestimmter Teile der Frauenbewegung.

Während unter den autonom organisierten Frauen die Tendenz durchschlug, sich — durch Rückzug in alternative Bereiche — dem Kampf für die eigenen Rechte in „patriarchalisch strukturierten“ Organisationen zu versagen, verstärkte sich unter den bis dahin nicht zusammengeschlossenen Frauen, und hier vor allem unter den Berufstätigen und den inzwischen Arbeitslosen, die Organisationsbereitschaft. Das Bedürfnis, sich gegen Doppelbelastung, vor allem aber gegen die Benachteiligung im Erwerbsleben und am Arbeitsplatz zu wehren, schlug sich nieder in zunehmender Aktivität nicht mehr nur von höherqualifizierten Frauen, sondern auch von Frauen aus der Arbeiterklasse. Das weiter oben erwähnte Beispiel der Frauen bei Pierburg löste in der Folge eine ganze Reihe von Kämpfen gegen Lohndiskriminierung aus, womit nicht nur die proletarische Seite der Frauenbewegung gestärkt, sondern auch neue Politikzugänge von Frauen aus der Arbeiterklasse eröffnet wurden.

Das Pierburg-Beispiel darf aber nicht vergessen machen, daß die große Mehrheit gerade der Arbeiterinnen — in der Krise unter starken ökonomischen und ideologischen Druck geraten — nicht allein unter den Bedingungen ihrer Arbeitssituation litt, sondern auch unter den Belastungen durch Familienpflichten und Kindererziehung. Die Frauen der Arbeiterklasse waren häufig darauf angewiesen, die Probleme der Doppelbelastung privat zu bewältigen. Dadurch wurden entscheidende Kräfte absorbiert. Gerade aber die Probleme der Doppelbelastung der Frau und konkrete Maßnahmen zu ihrer Minderung gerieten erst allmählich ins Blickfeld der Gewerkschaften. Entsprechende Forderungen nach einem Ausbau der sozialen Dienste wurden vor allem von Frauen in qualifizierten Berufen mit theoretischen Einsichten und praktischen Erfahrungen etwa im Bereich der öffentlichen Kleinkindererziehung in die Gewerkschaften hineingetragen.

Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung sozialpolitischer Forderungen boten sich in jenen Jahren — trotz des nicht überwundenen Antikommunismus — angesichts der durchweg als fortschrittlich aufgegriffenen Frauenpolitik der sozialistischen Länder. Gerade die familienpolitischen Entscheidungen der DDR gaben Denkanstöße für jene Frauen, die den Wunsch nach einer qualifizierten Berufstätigkeit und nach Kindern gleichermaßen zu realisieren hofften.

Die vorab dargestellten Entwicklungen in der Krise erfahren durch Preissteigerung, Reallohnabbau, Streichungen im Sozialbereich sowie durch den Druck der Herrschenden, ihre politischen Disziplinierungsversuche, eine Zuspitzung, die sich in der Frauen-

bewegung unterschiedlich widerspiegelt. Resignation, privatistische Haltungen und zunehmend kämpferische Aktionen stehen sich polarisierend gegenüber. Der Kampf der Frauen bei Heinze und Schickedanz, die starke Beteiligung der Frauen in der Friedensbewegung sowie in weiteren Initiativen einerseits, die Herausbildung einer „neuen Mütterlichkeit“ andererseits sind gleichermaßen Erscheinungsweisen dieser Realität. Das zeigt, daß der Widerstand gegen den Abbau bereits erworbener Positionen und die Formulierung darüber hinausreichender Bedürfnisse von den Frauen entsprechend ihrer sozialen Lage unterschiedlich geleistet werden.

2.4 Interessenvertretung: Soziale Lage und Strategien

Ganz besonders schwer scheint es für Frauen in stark bedrängter ökonomischer und sozialer Lage, aus sich herauszugehen und zu interessengeleitetem öffentlichem Handeln mit anderen zu kommen. Eine Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts zur Sozialisation in Unterschichtfamilien verdeutlicht das:³⁵ Die interviewten Frauen und Mütter zeigen zwar Interesse an einem stärker selbstbestimmten Leben, sie ahnen, daß sie und ihre Familien um vieles betrogen werden und haben Vorstellungen von der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Diese Einsichten bleiben jedoch abstrakt, da es sich hierbei überwiegend um Frauen handelt, die entweder durch ihr Hausfrauendasein von der bewußten Teilnahme an gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen sind oder in der Folge ihrer Doppelbelastung ihre Lebensbedingungen eher zu erleiden als selbstbewußt zu gestalten gelernt haben. Die durch die Not der sozialen Lage aufgezwungenen Handlungen richten sich in die Familie hinein. Aus dem Binnenraum der Familie heraus ist aber Bewegung in die Öffentlichkeit hinein kaum zu erwarten, am ehesten vielleicht, wenn dieser Binnenraum selber bedroht ist (z. B. durch Exmittierung, drastische Mieterhöhungen o. ä.) oder wenn lebensgeschichtliche Brüche wie Scheidung oder Tod des Ehegatten Neuorientierung erzwingen.³⁶ Die starke binnenzentrierte Familienorientierung wird nicht nur durch die tägliche Medienmassage mittels strahlender Fußboden- oder Verwöhnungsexpertinnen bekräftigt. Konservative Familienideologie und -politik erschwert diesen Frauen die Bildung anderer Bewußtseinsinhalte.

Die Last der erwerbstätigen Frauen, Haushalt und Beruf zu verkraften, wird unter solchen Lebensumständen besonders stark und ausweglos empfunden. Obwohl am Beruf die Möglichkeit sozialer Kontakte und der Entwicklung eines neuen Selbstwertgefühls zunehmend geschätzt werden,³⁷ entsteht unter derart belastenden Bedingungen eine Verstärkung der Familienorientierung, die jeglichem öffentlichen, oft auch gewerkschaftlichem Engagement entgegenläuft. Solange deshalb die Lebensbewältigung privat bleibt, gesellschaftliche Handlungen unter diesem Druck ausbleiben, geht auch die Chance zur Entwicklung gesellschaftlicher Einsichten verloren. Die Verhaltensbasis dafür ist in den überkommenen, durch die Geschichte der geschlechtlichen Arbeitsteilung hervorgebrachten weiblichen Konfliktstrategien der Personalisierung und Privati-

35 Klaus Wahl u. a., *Familien sind anders!* Reinbeck 1981, vor allem S. 148 ff., S. 163 ff.

36 Vgl. hierzu Christel Eckart, Ursula G. Jaerisch, Helgard Kramer, *Frauenarbeit in Familie und Fabrik — Eine Untersuchung von Bedingungen und Barrieren der Interessenwahrnehmung von Industriearbeiterinnen*, Frankfurt/M., New York 1979.

37 Siehe hierzu die Untersuchung von Ilona Schöll-Schwinghammer, *Frauen im Betrieb. Arbeitsbedingungen und Arbeitsbewußtsein*, Frankfurt/M. 1979.

sierung angelegt. Sie wird durch die Betriebsleitungen an den Arbeitsplätzen häufig außerordentlich geschickt gegen die Frauen genutzt.³⁸

Wenn Frauen in den letzten Jahren Arbeitskämpfe und Arbeitsniederlegungen aus Anlaß von Lohnungleichheit häufiger und mit Energie durchhalten, so liegt die Begründung zuallererst im geschärften Unrechtsbewußtsein dieser Frauen, aber auch in der zunehmend breiteren Verankerung der Forderung nach gleicher Entlohnung für Männer und Frauen in den Gewerkschaften — sicherlich ein Ergebnis der hartnäckigen Frauenarbeit ebendort. Es kann vermutet werden, daß lohnabhängige Frauen sich zahlreicher, rascher und vielfältiger in kollektive Aktionen einzubringen vermöchten, wenn sich die Gewerkschaften als Interessenvertreter auch jener Probleme konkret und vor Ort annehmen würden, die den Frauen tagtäglich am meisten auf den Nägeln brennen: der Probleme, die aus der Doppelbelastung erwachsen. Das hieße — außer der Durchsetzung frauenspezifischer Forderungen am Arbeitsplatz und in der Arbeitsorganisation — auch, daß sich die Gewerkschaften als ganze stärker und vor allem konkreter als bislang in Diskussionen und Kämpfe um Verbesserungen im Reproduktionsbereich einzumischen hätten. Eine Schlüsselfunktion innerhalb des Reproduktionsbereichs kommt dabei der öffentlichen Kleinkinderziehung (den Krippen und Kindergärten) zu. Daraus ergäbe sich für die erwerbstätigen Frauen überdies ein Weg, in die Lösung ihrer Probleme den privaten und den Berufsbereich gleichermaßen einzubeziehen und die häufig vorfindbare strikte Aussparung der Privatsphäre aus dem gemeinsamen Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen — bislang zuverlässiger Beitrag zur Aufrechterhaltung der Familienorientierung — zu überwinden.

Unter den erwerbstätigen Frauen, die aufgrund einer höheren Qualifikation und einer günstigeren Berufsperspektive materiell festen Boden unter den Füßen haben und trotz ihrer Doppelbelastung z. B. wegen des befriedigenden Arbeitsplatzes eine stärkere Berufsorientierung ausbilden konnten, findet sich gegenwärtig ein bedeutender Teil jenes Frauenpotentials, das Beruf *und* Familie als unverzichtbare persönlichkeitskonstitutive Lebensbereiche begreift und bewußt gegen Doppelbelastung und Ungleichbehandlung von Frauen im Arbeitsleben zu Felde zieht. Viele von ihnen sind aufgeschlossen für den Kampf um Verbesserungen in beiden Bereichen und arbeiten dafür in Parteien und Gewerkschaften. Unter diesen Frauen scheinen uns Anknüpfungspunkte für die Entwicklung einer fortschrittlichen Perspektive möglich, z. B. in der Folge von Erfahrungen über sattsam durchlittene Ungleichbehandlung, aber auch in der Folge der Wirkungslosigkeit sozialpartnerschaftlicher Gewerkschafts- und Politikkonzepte. Auf dieser Basis kann auch der Antikommunismus als häufig verlässliche Barriere gegen die Aktionseinheit mit Kommunisten aufgebrochen werden.

Dies läßt sich für die gewerkschaftliche Arbeit feststellen, ebenso für die Organisierung der eigenen Interessen in jenen Parteien, die dafür am ehesten ernsthaft in Frage kommen: die Kommunisten und in mancher Beziehung die SPD und die Alternativen. Es gilt zugespitzt für die Arbeit in Bürgerinitiativen und autonomen Frauengruppen.

Die rege Entwicklung der Frauengruppen und des großen Anteils an Frauen in

38 Erläuterungen und Belege hierzu aus dem Teilzeitarbeitsbereich im Einzelhandel sind dargestellt in: Hedwig Rudolph, Marga Duran, Margitte Klähn, Melanie Nassauer, Jenny Naumann, Chancen und Risiken neuer Arbeitszeitsysteme — Zur Situation teilzeitarbeitender Frauen im Berliner Einzelhandel, in WSI-Mitteilungen 4/1981, S. 204—211.

Bürgerinitiativen lebt von den Frauen aus den Mittelschichten — Berufstätigen wie Hausfrauen.³⁹ Höhere Qualifikation, Erfahrungen mit eigener, in der Regel identitätsstiftender Berufstätigkeit oder Ausbildung und damit verbundene Ansätze einer eigenen Lebensperspektive; die wachsende Erkenntnis, daß die eigenen bzw. die Familienansprüche ans Leben von einer menschenfeindlichen, unsozialen Politik durchkreuzt, pervertiert, bedroht werden, daß der private Raum aus den gesellschaftlichen Widersprüchen nicht herausgehalten werden kann — dies ist der Hintergrund, vor dem viele Frauen aktiv werden. Analysiert man den Zugang höherqualifizierter Frauen zu den systemkritischen Parteien, so nähern sie sich der DKP eher über die Berufstätigkeit. Die Grünen sind vielfach auch für nichtberufstätige qualifizierte Frauen anziehend. Darin finden die Politikkonzepte beider Parteien ihren Ausdruck: das der DKP ist am arbeitenden Menschen als Gesellschaftssubjekt orientiert; die Grünen gehen von einem eher diffusen Ganzheitskonzept Mensch — Umwelt aus; dabei gerät die Arbeit des Menschen als Grundlage seiner Persönlichkeitsentwicklung aus dem Blick.

Berufstätige Frauen aus den Mittelschichten, vor allem jene mit hoher Qualifikation, bilden an vielen Stellen der Frauenszene den Motor ebenso für Initiativ- und Frauengruppenarbeit wie für den Kampf um die Durchsetzung der Rechte der Frauen an ihren privilegierten Arbeitsplätzen in Redaktionen, Universitäten und Kliniken. Das ist kein singulärer Kampf. Er nützt allen Frauen, insbesondere, wenn er als Kampf *für* alle Frauen begriffen und geführt wird.⁴⁰

3. Gemeinsam handeln: Grenzen und Brücken

Nachdem die Reformeuphorie einem demagogischen Krisenmanagement gewichen ist, steht die gesamte Frauenbewegung gegenwärtig objektiv vor der Situation, Alternativen gegen den fortgesetzten Abbau des Errungenen entwickeln zu müssen. Dazu bedarf es einer starken Frauenbewegung, deren Kräfte nicht zersplittert sind. Dies ist angesichts der verschiedenen Gruppierungen nicht problemlos. Wir fragen deshalb abschließend nach den *jeweiligen Entwicklungsperspektiven, den gegenseitigen Beziehungen, den Möglichkeiten und Barrieren für Bündnisse und letztlich nach den spezifischen Politikzugängen*, die die unterschiedlichen politischen Organisationszusammenhänge den Frauen anbieten. Unserer Auffassung nach kann man bei aller Anerkennung fließender Übergänge in der Frauenbewegung zwischen drei Linien unterscheiden.

Der *ersten Gruppe* ordnen wir all jene Frauen zu, die in Gewerkschaften, Parteien und eher traditionellen Organisationszusammenhängen aktiv geworden sind. Dabei wollen wir jene Frauen bewußt in den Vordergrund stellen, die gewerkschaftlichen und linken gesellschaftlichen Orientierungen folgen. Sie gehören zu den Trägern jenes Verände-

39 Die Beteiligung der berufstätigen Frauen unterstreicht Hannelore Mabry, a.a.O., S. 218.

40 Ein bislang nicht allgemeinpolitisch ausgeweitetes Beispiel ist die Arbeit jener Gynäkologin, die gegen den erbitterten Widerstand ihrer Standeskollegen den Kampf aufgenommen hat gegen die inflationär vorgenommene Maßnahme der Gebärmutter-Totaloperation. Ihre scharfe Kritik gründet sich auf eigene Forschungsarbeiten, die verdeutlichen, daß Totaloperationen in der übergroßen Mehrzahl der Fälle die Beschwerden, deretwegen sie vorgenommen wurden, nicht beseitigen und bei den Frauen schwerste psychische Störungen hervorrufen. Die Haltung der Ärzte ist nach Ansicht dieser Gynäkologin von einem konservativen Frauenbild und von Frauenfeindlichkeit geprägt; s. dazu Berichte in der Zeitschrift „Stern“, Anfang des Jahres 1982.

rungsprozesses, der in der BRD mit der außerparlamentarischen Opposition, mit sozialistischer Politik und der organisierten Linken verknüpft ist. In ihrem Wirken spiegeln sich die Erfahrungen der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegungen wider, sie sind am stärksten in „traditionelle“ gesellschaftliche Bewegungen eingebunden und haben oft genug — das ist die andere Seite der Medaille — in ihren eigenen Organisationen erst darum zu kämpfen, daß Frauenfragen einen dem Stand der Frauenbewegung entsprechenden Stellenwert einnehmen. Gerade in Organisationen wie der SPD — ähnliche Tendenzen finden sich auch in den Gewerkschaften —, die einst die Reformhoffnungen vieler Frauen trugen, entziehen sich die weiblichen Mitglieder zunehmend durch eigenständige Organisationsformen den Verkrustungen in der „Mutterpartei“ und entwickeln dort eine fortschrittliche Frauenpolitik, die weit über das hinausgeht, was in der eigenen Organisation durchsetzbar ist. Damit aber bieten sie eine tragfähige Grundlage für fortschrittliche Bündnisse, und dies nicht nur zur Frauenfrage.⁴¹

Frauen wie diese haben den Schritt von der subjektiven zur gesellschaftlichen Sichtweise der Probleme der Frau bereits getan. Ihr Politikverständnis weist über frauenspezifische Handlungsbereiche hinaus. Ihre Anbindung an die demokratische und linke Bewegung, ihr in der Regel starker Bezug auf die gewerkschaftlichen und sozialen Kämpfe schafft Möglichkeiten zur Integration jener Frauen aus der Arbeiterklasse, deren geschlechtsspezifische Betroffenheit am ehesten im Zusammenhang mit sozialen Kämpfen, mit Klassenkämpfen erkennbar wird.

Gleichzeitig liegen darin jedoch auch Barrieren begründet. Traditionelle, oft genug frauenfeindliche Strukturen behindern in Gewerkschaften und Parteien vielfach die Arbeit der aktiven weiblichen Mitglieder. In ihnen liegen auch Hemmnisse für die Verbreiterung ihrer Basis durch Frauen, die vorerst primär über ihre geschlechtsspezifische Grundbefindlichkeit politisierbar sind. Deren Integration in Parteien und Gewerkschaften scheint eher möglich, wenn sich ihnen dort selbständige Handlungsfelder für Frauenpolitik erschließen. Im Spektrum der politischen Parteien eröffnet die DKP solche Möglichkeiten in besonderer Weise. Erstens bestehen zwischen den Positionen der DKP und den Forderungen einer marxistisch und sozialistisch orientierten Frauenbewegung klare programmatische Schnittpunkte; zweitens eröffnen sich den Frauen in der DKP weit mehr Handlungsfelder als in den etablierten Parteien, weil geschlechtsspezifische Barrieren hier durch die Anforderungen des gemeinsam entwickelten politischen Kampfes überlagert werden. Das birgt aber gleichzeitig die Gefahr, daß geschlechtsspezifische Konfliktsituationen innerhalb der Partei von der aktuellen Politik überformt und damit in ihrer spezifischen Bedeutung unterschätzt werden. Allerdings wirkt sich der jahrzehntelange Antikommunismus bislang auch auf das Verhältnis zwischen Frauenbewegung und DKP aus und beeinträchtigt Bündnismöglichkeiten.

Der zweiten Gruppe ordnen wir Frauen aus dem breiten Spektrum neuer Politikformen, aus Bürgerinitiativen, alternativen Projekten, spontaneistischen Gruppen etc. zu. Ihre gesellschaftspolitische Orientierung gibt in der Regel die Basis für die frauenpolitische Orientierung ab. Wie diese Bewegungen von Ein-Punkt-Initiativen ausgehend immer weitere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in ihre Aktivitäten einbeziehen, so entwickelt sich voraussichtlich auch bei ihren aktiven Mitstreiterinnen in zunehmenden

41 Vgl. die Beschlüsse der AsF-Bundeskonferenz 1981, in: Sozialdemokratischer Informationsdienst „Frau und Gewerkschaft“. dokumente Nr. 14, 15, 16; zur Friedens- und Sicherheitspolitik Antrag D 1 in dokumente Nr. 14.

dem Maße gesellschaftliches Denken, wird das Betroffensein als Frau überlagert oder durchdrungen von gesamtgesellschaftlichen Problemen.

Diese Frauen bringen jene spezifischen Barrieren gegenüber Gewerkschaften, Parteien und fester gefügten Organisationen mit, die der gesamten Protestbewegung anhängen. Ähnliche Vorbehalte werden bisweilen auch gegenüber der DFI geäußert. Man kann annehmen, daß dies weniger gegen die Organisationsform der DFI als vielmehr gegen die in ihrem Programm formulierten Standpunkte gerichtet ist, die auch für Bündnisse mit sozialistischen Positionen offen sind. Unmittelbarkeit der Interessen, Subjektivität des Betroffenseins und Verteidigung individueller Autonomie scheinen nur überwindbar durch Aktionen selbst. Indem die Aktionsfelder, wie etwa die Friedensbewegung, gesamtgesellschaftliche Bedeutung erhalten, werden auch feministische Interpretationen von Gesellschaft überwunden.

Der Zugang zu diesen Initiativen ist nicht allein eine Frage des vorfindlichen, zur Aktivität veranlassenden Bewußtseins, er ist auch eine Frage des objektiven Klassenstandpunktes. Deshalb muß damit gerechnet werden, daß dieser Teil der Frauenbewegung nicht einfach eine Durchgangsstation zu anderen Formen der Politisierung bildet, sondern daß sich hier das Potential nicht-proletarischen Frauenprotests sammelt. Als demokratisches Potential, das im Rahmen einer antimonopolistischen Strategie vermutlich erst sehr langfristig weitergehende als fortschrittlich-bürgerliche Perspektiven zu entwickeln vermag, wird dieser Teil der Bewegung voraussichtlich über sehr lange Zeit hinweg eine eigenständige Position einnehmen. Auch hier ist es aber letztlich das gemeinsame Handeln, das Veränderungen ermöglicht. Wenn das so ist, muß von den Frauen mit sozialistischen Perspektiven die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln bekundet und der Anstoß für Bündnisse gegeben werden. Hier kommt der DFI nach wie vor eine zentrale Aufgabe zu, wie sich an erfolgreichen Aktionen gegen Frauenwehrpflicht, gegen Berufsverbote und zum internationalen Frauentag zeigt.

So könnte es sein, daß der frauenspezifische Zugang zur Politik, die Betroffenheit als Frau, eine tragfähige Basis für *gemeinsames Handeln* zwischen Partei- und Gewerkschaftsfrauen einerseits und Initiativgruppen andererseits bildet und damit Verbindungen zustande kommen, die sich zwischen Protestbewegung und Arbeiterbewegung ansonsten nicht problemlos entwickeln. Die Solidarität der Geschlechtsgenossinnen („sisterhood“) hat im Rahmen eines solchen Zielkomplexes antimonopolistischer *Bündnispolitik* einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert.

Die *dritte Gruppe* der Frauen ist nur sehr ungenau als autonome Frauenbewegung beschreibbar, denn erstens gibt es allerlei Übergänge zur zweiten Gruppe und zweitens sind erhebliche Binnendifferenzierungen feststellbar. Bezieht man die Gruppe auf den konkret-historischen Prozeß, dann hat sie ihre Wurzel in jenem historischen Entwicklungsabschnitt der BRD, als auch andere Gruppierungen, aus den Widersprüchen der Entwicklung flüchtend, scheinbar außerhalb der Gesellschaft Alternativen auszubauen suchten. Im Prinzip unterscheidet die autonome Frauenbewegung nicht sehr viel von den scheinbar befreiten Inseln alternativen Lebens auf dem Lande, in alternativen Projekten oder in anderen Nischen vorgestellter Autonomie. Wie sie setzen sie den scheinbar versteinerten objektiven Verhältnissen die absolute Autonomie ihrer Subjektivität entgegen. Sofern Vorstellungen des gesellschaftlichen Wandels überhaupt entwickelt werden, gründen sie sich auf die Beispielhaftigkeit der eigenen Existenz, auf die abstrakte Negation des Bestehenden und auf die erträumte Utopie.

Die hier gesetzten Positionen, die in ihren radikal-feministischen Ausprägungen zum Teil nahezu dogmatischen Charakter haben, können zu Ausgrenzungen beitragen, die Bündnisse zumindest erschweren. Die Angst vor dem Verlust der Autonomie kann so zur gesellschaftlichen Isolation führen und eine Verengung in der eigenen Politik bewirken, die ungewollt in der Übernahme reaktionärer politischer Inhalte ihre gesellschaftliche Dimension erhält. Das zeigen z. B. die Forderung nach Wehrdienst für Frauen oder die Propagierung einer „neuen Mütterlichkeit“. Unter den autonomen Frauen setzt sich erst nach und nach die Erkenntnis durch, daß „jeder mit Absolutheit vorgebrachte Autonomieanspruch eine Fiktion“ bleiben muß, weil „die Arbeit in Frauengruppen nur insoweit autonom ist, wie es die gesellschaftlichen Bedingungen zulassen.“⁴²

Als Durchgangsposition sind solche Gruppen nur für jene Frauen vorstellbar, die Zugang zu anderen Handlungsfeldern haben, z. B. zu qualifizierter Berufstätigkeit oder aber zu gesamtgesellschaftlichen Initiativen wie etwa der Friedensbewegung. Es kommt letztlich darauf an, diese Zugänge genau zu studieren, die Verletzlichkeit der Subjekte zu erkennen und Handlungsebenen zu schaffen, auf denen die Entwicklung umfassender politischer Einsichten nicht ausgeschlossen, sondern befördert wird.

Wiederum sind es hier die übereinstimmenden Erfahrungen von Frauen, die gemeinsame Handlungsfelder aufdecken helfen. Denn voraussichtlich vermögen die Arbeiterin bei der AEG und die privat wie beruflich gescheiterte Sozialpädagogin mehr Parallelen in ihren Biografien zu erkennen als der AEG-Arbeiter und der arbeitslose Diplom-Politologe. Parallelen in der weiblichen Biografie vermögen aber im Hinblick auf die Entwicklung gemeinsamen Kampfes um bessere Lebensbedingungen letztlich nur dann erfolgreich zu wirken, wenn es gelingt, ein mögliches Verharren auf geschlechtsbezogenen Gemeinsamkeiten durch die Herausbildung einer gesamtgesellschaftlichen Handlungsperspektive zu überwinden. Die Zusammenführung verschiedener Gruppen der außerparlamentarischen Opposition und der Arbeiterbewegung könnte somit durch die Frauenbewegung nachhaltig befördert werden.

42 Ursula Krechel, in: Lottemi Doormann, *Keiner schiebt uns weg*, a.a.O., S. 68.

Politikzugänge bei Frauen und Probleme der Verbindung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung

Eine Tagung des Arbeitskreises zur Frauenfrage
beim IMSF (24. 1. 1982)*

Bettina Wessels

Der im folgenden wiedergegebene Beitrag von *Ute H.-Osterkamp* war eines der Hauptreferate auf einer Tagung des IMSF-Frauenarbeitskreises, bei der Fragen der Politisierung von Frauen, Probleme des Zugangs von Frauen zur „Politik“ — sei es die gewerkschaftliche Interessenvertretung, Arbeit in einer politischen Organisation oder das aktive Engagement in der Frauenbewegung — zur Diskussion gestellt werden sollten. Sowohl der Beitrag von *Ute H.-Osterkamp* als auch die Referate von *Lottemi Doormann* und *Karin Jakubowski* waren konzipiert als kritische Meinungsäußerungen zu zwei Aufsätzen von *Frigga Haug*, die den Ausgangspunkt der Tagungsdiskussion bildeten.¹

Frigga Haug stellt ihre Thesen gegen die ihrer Ansicht nach in der Frauenbewegung vorherrschende Redeweise von den Frauen als Opfern auf mit dem Einwand, daß auch Opfer-Sein eine Tat sei; sie behauptet, daß Frauen irgendwie „freiwillig in ihre Unterwerfung einwilligen“. Denn obwohl Ehe und Familie — die *Frigga Haug* den „wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen“ gegenüberstellt und als „außerordentliche Einschränkung, Abhängigkeit und Entwicklungshemmung“ kennzeichnet — von vielen Frauen selbst als hemmend empfunden würden, komme es doch immer wieder dazu, „daß Mutterschaft und Ehe in dieser Weise von Frauen gewünscht — zumindest heimlich gewünscht und angestrebt — werden“, obwohl eine andere Wahl möglich sei: „Sie werden nicht dazu gezwungen“, meint *Frigga Haug*. Ihre These: „Unterdrückung, wenn sie nicht mit äußerem Zwang arbeitet, braucht die Zustimmung der Unterdrückten. In jedem Tun steckt also ein Stück Einwilligung, auch das Sich-Opfern ist eine Tat und kein Schicksal.“

In der Konsequenz kommt *Frigga Haug* dann bei der Antwort auf ihre Frage, wie die Frauen sich ändern sollen, wie sie zur Selbstbeteiligung bei ihrer Befreiung zu bringen seien, zu dem Schluß: „Wenn Frauen die Bedingungen und Verhältnisse verändern wollen, unter denen sie leiden, müssen sie die von ihnen schon mit dieser Inkompetenz einverständlich besetzten Bereiche in ihren eigenen Persönlichkeiten umbauen, die Sache anders wahrnehmen, d. h., sie müssen auch ihre Gefühle verändern.“ Die Veränderung

* Dieser Kurzbericht soll vor allem den Zusammenhang des anschließenden Textes von *Ute H.-Osterkamp* verdeutlichen.

1 *Frigga Haug, Opfer oder Täter? Über das Verhalten von Frauen*, in: *Das Argument* 123/1980; dies., *Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Arbeiterbewegung*, in: *Das Argument* 129/1981

der eigenen Persönlichkeitsstruktur stelle jedoch einen Verunsicherungsprozeß größten Ausmaßes dar, der sich allein nicht bewältigen lasse. Die Funktion der Frauenbewegung, die Funktion von Frauengruppen sieht *Frigga Haug* deshalb darin, „diese Veränderungsprozesse zu ermöglichen und durchzusetzen“.

Der bisherigen marxistischen Diskussion zur Frauenfrage, die immer vom Primat der ökonomischen Befreiung ausgehe, wirft *Frigga Haug* ein reduktionistisches Vorgehen, ein falsches Nacheinander vor: erst die Befreiung von kapitalistischer Herrschaft, dann „die übrigen Veränderungen, z. B. der Abbau von Herrschaft zwischen Mann und Frau“. Dem hält sie entgegen:

„Für meine Ausführungen mache ich folgende, an dieser Stelle nicht noch einmal ausgeführte Voraussetzungen: daß die Macht der Männer über die Frauen, also die Frauenunterdrückung, älter ist als die Klassenunterdrückung... (und) daß in der Befreiung von der Ausbeutung durch das Kapital mit der Arbeiterklasse als historischem Subjekt die Frauenbefreiung nicht enthalten ist. Eine allgemeine Politik, die... den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung der vorwiegend männlichen Arbeiter auf eine Weise in den Mittelpunkt rückt, daß andere Unterdrückungsfragen, wie die Frauenfrage, bestenfalls hinten an einen Forderungskatalog angehängt werden, ist fragwürdig. Dies nicht allein deswegen, weil sie die Hälfte der Menschheit einzubeziehen vergißt, sondern weil sie, unter der Behauptung, Herrschaft an sich abzuschaffen, nicht alle Machtbeziehungen angeht.“

Im Gegensatz zu den Thesen von *Frigga Haug* verweist *Lottemi Doormann* auf den historischen Kontext der Frauen- und Arbeiterbewegung, ihre Entstehung und ihren jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang. Erinnernd an die immer noch uneingeschränkt gültige Analyse *Bebels* von der doppelten Unterdrückung der Frau in der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft, folgert *Lottemi Doormann*: „Die Frauenfrage... ist... untrennbar verbunden mit der sozialen Frage, d. h. dem Kampf um eine sozialistische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Voraussetzung dafür, die Emanzipation der Frau durchzusetzen.“ Allerdings reiche die traditionelle marxistische Antwort auf die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus — Teilnahme der Frauen an der gesellschaftlichen Arbeit und am sozialen Kampf — heute nicht mehr aus. Um den Emanzipationskampf der Frauen voranzutreiben, „muß der gesamte weibliche Lebenszusammenhang in der kapitalistischen Gesellschaft in den Kampf einbezogen werden“.

Ausgehend von der Betroffenheit der Frauen von der Ausbeutung durch das Kapital — „sogar in besonders krasser, geschlechtsspezifischer Weise“ —, verlangt *Lottemi Doormann* „eine Analyse der heutigen gesellschaftlichen Situation der Frauen, aus der der Kampf, die Forderungen, die Agitationsformen und die gesellschaftliche Perspektive der Frauenbewegung sowie ihres Zusammenhangs zur Arbeiterbewegung und den sozialen Bewegungen überhaupt ableitbar wären“. Abschließend formuliert sie die These: Keines der beiden Merkmale eines wirksamen Frauenkampfes — Eigenständigkeit (Autonomie) einerseits und die Verbundenheit mit der gesamten fortschrittlichen Bewegung andererseits — darf aufgegeben werden, sonst „steht der Fortbestand einer emanzipatorischen Frauenbewegung überhaupt auf dem Spiel“.

Ein wesentlicher Teil der Diskussion befaßte sich mit den Thesen des „Opfer-Täter“-Aufsatzes von *Frigga Haug* und der dazu formulierten Kritik von *Ute H.-Osterkamp*. Eine dabei immer wieder aufgeworfene Fragestellung war die nach dem Zusammenhang

von Bewußtseins- und Persönlichkeitsveränderungen bei Frauen und den gesellschaftlichen Entwicklungsbeschränkungen. „Bei der Untersuchung der psychologischen Widerspiegelung, bei der Betrachtung individueller Prozesse muß gesehen werden, daß das Individuum gesellschaftlich bedingt ist“, faßte *Werner van Haren* seine Kritik an *Frigga Haug* zusammen. Die Frau sei nicht ein sich „frei in der Gesellschaft bewegendes Individuum, das wählen kann“, sondern sie lebe, ebenso wie jeder andere im Kapitalismus, unter sachlichen Zwangsverhältnissen, die es zu erkennen und zu verändern gelte. Die Einsicht in die Notwendigkeit, die Einsicht, wie die eigene Lage zu verändern sei, also die Einsicht in die Determiniertheit des eigenen Handelns, führe zur Aktivierung.

Die Fragen nach dem spezifischen Zugang von Frauen zur Politik, wie Frauen zur Politik kommen, was sie daran hindert bzw. davon abhält — Fragen, die *Frigga Haug* noch einmal in Erwiderung auf die Kritik an ihren Auffassungen als ihre zentrale Fragestellung herausstrich, wurden einmütig als wichtig und richtig erkannt. Die „Besinnung der Frau auf sich selbst als Voraussetzung für die Besinnung auf Frauenfragen und -probleme“, wie *Helga Karl* in der Diskussion forderte, könne, so wurde ihr entgegeng gehalten, jedoch nicht Antwort auf die Frage geben, welche Faktoren bei der Politisierung von Frauen eine Rolle spielen.

Politisierung, das wurde von *Karin Jakubowski* anhand der Erfahrungen aus der Studentenbewegung unterstrichen, entwickle sich nur, wenn man an den alltäglichen Erfahrungen der Betroffenen anknüpfe. Statt aber nach Lösungen zu suchen, innerhalb der gegebenen Umstände „die Psyche zu reparieren und die Emotionen umzuerziehen“, gelte es, Bewußtsein herzustellen über die objektive Widersprüchlichkeit der Berufstätigkeit unter kapitalistischen Verhältnissen, von der die Frauen, besonders wenn sie Kinder haben, in besonderem Maße betroffen sind.

Die Gewerkschafterin *Gisela Kestler* ergänzte diesen Gesichtspunkt. Ansetzen müsse man, so ihre Erfahrung, an der direkten Betroffenheit der Frauen. Diese liege in Lohndiskriminierung, in der Doppelbelastung durch Familie und Beruf, in Arbeitszeit, Stress usw. Aber die Betroffenheit allein führe nicht unmittelbar zur Aktivierung. Wie eine Umfrage der IG Druck und Papier ergeben hat, will ein Viertel der befragten Frauen im Rahmen der Gewerkschaft selbst aktiv werden; der Umsetzung dieser Erkenntnis steht aber eine Vielzahl „äußerer“ Faktoren (z. B. ungenügende Zeit für Sitzungen und Schulungen, unsichere Arbeitsplatzaussichten) und „innerer“ Faktoren (z. B. Angst, bei politischer Aktivität einen existenzbedrohenden Konflikt wie das Risiko einer Scheidung heraufzubeschwören) entgegen.

Insgesamt gelang es Referentinnen und Diskussionsteilnehmern eher, die Unterschiede der Positionen herauszuarbeiten, als die aufgeworfene Fragestellung nach den spezifischen Politisierungszugängen von Frauen in jeder Hinsicht zufriedenstellend zu beantworten. Deshalb wurde die Tagung von allen Teilnehmern als ein Teil einer weiterzuführenden Diskussion begriffen.

Gesellschaftliche Unterdrückung oder psychische Unterwerfungstendenz?

Zu Frigga Haugs „Opfer-Täter“-Konzept*

Ute H.-Osterkamp

I

Der theoretische Hintergrund der jüngsten Arbeiten von *Frigga Haug* zur Frauenfrage ist die Grundkonzeption des „Projekts Ideologie-Theorie“ (PIT). Sein Hauptanliegen ist der Kampf gegen den sogenannten „Ökonomismus“ und „Klassenreduktionismus“, d. h. gegen die Annahme, daß die Menschen in ihrem Verhalten, Fühlen und Denken unmittelbar durch die ökonomische Situation bestimmt sind. In Abgrenzung von dieser These hebt das PIT die Bedeutung des subjektiven Faktors als relative Unabhängigkeit der Menschen von den Bedingungen ihrer Existenz hervor. Das PIT faßt Subjektivität jedoch nicht als Prozeß der bewußten Einflußnahme der Menschen auf die relevanten Lebensbedingungen, in welcher sich zugleich die Bedürfnisse und Interessen erweitern und differenzieren, sondern als „ideologische Subjektion“. Diese ideologische Subjektion ergibt sich nach Vorstellung des PIT durch die Verankerung der vom Staat erlassenen Normen und Werte in den Charakterstrukturen der Individuen, aufgrund derer diese spontan, von innen heraus, wollen, was ihnen zunächst als äußere Zustimmung entgegentrat. Wie es zur Subjektion kommt, wird nicht weiter erklärt.

Da die vom Staat erlassenen Werte und Normen — im Kapitalismus — für alle Gesellschaftsmitglieder formal gleiche Gültigkeit haben, sind in der ideologischen Unterstellung nach Auffassung des PIT die Klassengegensätze praktisch aufgehoben; daraus leitet es wiederum die Berechtigung ab, bei der Analyse des Ideologischen von den materiellen Bedingungen der Existenz abzusehen. Das bedeutet jedoch nichts anderes, als daß die ideologische Unterstellung losgelöst von den Notwendigkeiten der gesellschaftlichen und individuellen Existenzsicherung als ideelles bzw. psychisches Problem gefaßt wird: Die objektiven Entwicklungsbeschränkungen werden in subjektive Entwicklungsbeschränktheiten uminterpretiert. Der Kampf gegen die Unterdrückung ist dann vorrangig als Kampf um die Veränderung der Charakterstrukturen zu führen. Maßstab der Veränderung sind die Vorstellungen, die die jeweiligen Befreier von einem befreiten Menschen im Kopfe haben, wobei die Tatsache, daß diese wiederum keinesweg unabhängig von der eigenen Lebenssituation und Klassenlage sind, nicht weiter reflektiert wird.

* Da dieser Text nicht als selbständiger Artikel, sondern zur Vorbereitung auf eine persönliche Diskussion und Auseinandersetzung mit *Frigga Haug* geschrieben wurde, sind nicht die selbstverständlichen Gemeinsamkeiten, sondern die unerwarteten Divergenzen zwischen meinen und *Frigga H.*'s Positionen hervorgehoben worden. Daraus erklärt sich auch, daß viele der folgenden Formulierungen, für sich genommen, vielleicht schroff wirken. Eine Antwort von *Frigga Haug* auf die vorliegende Kritik an ihrer Position erscheint in der Zeitschrift *Argument*, Herbst 1982.

II

Da sich *FH* explizit auf den PIT-Ansatz bezieht, müssen sich dessen Fehler auch in ihren Ausführungen aufweisen und verdeutlichen lassen. Dies will ich im folgenden an einigen wesentlichen Punkten versuchen und zur Diskussion stellen.

Einen zentralen Stellenwert in den genannten Arbeiten hat die Voraussetzung, daß Unterdrückung, die nicht mit äußerem Zwang arbeitet, mit der Zustimmung der Betroffenen geschieht (1980 a, 646). Die gesellschaftlichen Unterdrückungsstrukturen können nach *FH*'s Meinung nur weiterbestehen, wenn sie von denen, die in ihnen leben, immer wieder hergestellt werden (ebenda). Sie geht dabei von der globalen These aus, daß die Menschen ihre Lebensbedingungen geschaffen haben und also auch verändern können. Diese These ist sicherlich richtig, wenn man sie auf den gesellschaftlich-historischen Gesamtprozeß bezieht. Sie ist aber über ihren Geltungsbereich ausgeweitet und damit falsch, wenn man sie, wie das *FH* tut, umstandslos auf die einzelnen Menschen überträgt. Das Verhältnis zwischen objektiver Bestimmtheit und subjektiver Bestimmung als kollektiver Prozeß wird damit auf die Möglichkeit subjektiver Bestimmung der einzelnen Individuen über ihre Verhältnisse reduziert; damit wird die Verantwortung für die eigene Entwicklungslosigkeit unabhängig von den gesellschaftlichen Lebensbedingungen und den darin liegenden Beschränkungen dem einzelnen zugeschoben.

Da *FH* von der — erstaunlichen — Auffassung ausgeht, daß „Unterwerfung unter Fremdbestimmung innerhalb des Vergesellschaftungsprozesses... zumindest heutzutage nicht mehr mit Gewalt“ geschieht (1980 b, 92), bleibt für sie nur die Annahme, die Unterwerfung sei lediglich eine freiwillige Unterstellung unter Normen. Der Befreiungsprozeß wird damit für sie zu einer rein innerpsychischen Angelegenheit: Er soll im wesentlichen in der Auflösung verfestigter Persönlichkeitsstrukturen und in der Umerzierung der Gefühle bestehen. Diese „Umstrukturierung“ der Persönlichkeit löse, wie es weiter heißt, einen „Verunsicherungsprozeß besonders krisenhaften Ausmaßes“ (1980 a, 649) aus und könne nur im kollektiven Maßstab, z. B. in den Frauengruppen, vollzogen werden. Die Kollektivität wird hier also nicht als Voraussetzung des effektiven Widerstandes gegen die unterdrückenden Verhältnisse diskutiert, sondern soll primär der emotionalen Absicherung der Umpolung der je individuellen Persönlichkeitsstruktur dienen. Welche Gefühle konkret „umzuerziehen“ sind, wird nicht näher bestimmt: Das sei ein großes Forschungsfeld (1981 a). Gegen die Sinnhaftigkeit einer solchen Forschung überhaupt spricht jedoch die materialistische Grundeinsicht, daß sich die Menschen keineswegs beliebig von ihren Bedürfnissen und Gefühlen befreien, sondern dies nur in dem Maße können, wie sie ihnen in ihrem Handeln Rechnung tragen, die Bedingungen ihrer Befriedigung schaffen bzw. sie über die Veränderung der Daseinsverhältnisse, durch welche sie bedingt wurden, selbst verändern.

Die Vorstellung, daß die Menschen, bevor sie die Verhältnisse ändern, sich selbst ändern/befreien müssen, ist zwar außerordentlich verbreitet und entsprechend eingängig, aber dennoch in dieser verkürzten Form falsch. Wenn man sich so einfach per individueller Entschlußkraft über die objektiven Entwicklungsbeschränkungen und subjektiven Unterwerfungstendenzen hinwegsetzen könnte, erhebt sich in der Tat die Frage, warum man die gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt noch verändern soll. Die eigene Entwicklung ist identisch mit meiner Beteiligung an der Änderung der Verhältnisse, unter denen meine Entwicklung behindert ist.

Die „Sucht“ der Frauen nach persönlichen Beziehungen kann somit nicht, wie *FH* empfiehlt, durch die Umpolung der Gefühle auf andere Bereiche bekämpft werden. Vielmehr gilt es, die verschiedenartigen Bedürfnisse, Hoffnungen, Sehnsüchte etc., die in die persönlichen Beziehungen hineingetragen werden und diese in der Regel hoffnungslos überfrachten, zu entschlüsseln, auf ihre realen Ursachen hin zu durchdringen und damit die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen man nach adäquaten Formen ihrer Befriedigung suchen kann. Die „Erziehung der Gefühle“ ist keineswegs Ausdruck der Entwicklung als zunehmender Einflußnahme auf die relevanten Lebensbedingungen, sondern im Gegenteil: Ausdruck der Selbstverleugnung und des Verzichts auf individuelle Entwicklung; sie ist der Versuch, den Konflikt mit den Autoritäten zu vermeiden, von denen man sich existentiell abhängig sieht, indem man ihn in die eigene Psyche verlegt, womit er prinzipiell unlösbar wird, nur die psychische Erscheinungsform wechselt.

III

Unter Entwicklung versteht *FH* offensichtlich die Hineinverlagerung der gesellschaftlichen Kompetenzen in das Individuum, die Aneignung möglichst umfassender Qualifikationen, den Aufstieg in immer höhere Positionen, um möglichst viele Bereiche kontrollieren zu können, autonom, unabhängig von anderen zu werden. Indem sie aber die Gesellschaft aus der Perspektive des Individuums analysiert, sitzt sie zugleich der bürgerlichen Ideologie der „offenen Gesellschaft“ auf, der gemäß jeder, der sich nur hinreichend anstrengt, bis in die höchsten Positionen aufsteigen kann – wofür es dann immer (für das „Beispiel-Denken“) auch die entsprechenden Belege gibt.

Ein zentrales Problem der kapitalistischen Gesellschaften besteht somit nach *FH* darin, daß die „umfassende Kompetenz der einzelnen Gesellschaftsmitglieder“ (1980 a, 647) verunmöglicht sei, was wiederum im besonderen Maße auf die Frauen zutrefte, „sofern sie vom gesellschaftlichen Produktionsprozeß ferngehalten sind“ bzw., wie es sofort anschließend heißt, sich von diesem fernhalten (ebenda). Die Behinderung der Frauen wird dann in den weiteren Ausführungen nur als innerpsychische diskutiert. Schließlich werde niemand zum Hausfrauendasein und zum Verzicht auf ein eigenes Leben gezwungen. Fast alle Berufe stünden heutzutage den Frauen offen, „auch wenn die gesellschaftlichen Erwartungen bestimmte als besonders weiblich ausgeben und die tatsächliche Berufsstruktur markante Geschlechterdifferenzierungen“ aufweist (1980 b, 42).

Aus solchen, mit den herrschenden Gedanken gut übereinstimmenden, Vorstellungen ergeben sich dann vielfältige weitere Fehlschlüsse und Widersprüche. Einerseits wird das Familienleben als Ort unmittelbaren Wohlbens, emotionaler Geborgenheit, der liebevollen Unterstützung individueller Entwicklung idealisiert (z. B. 1980 a, 647), so daß man sich fragt, warum die Frauen den Ort, an dem es ihnen angeblich so gut geht, überhaupt verlassen sollen bzw. wie es dort zu Entwicklungsstörungen kommen kann. Andererseits bedeuten Ehe und Mutterschaft gemäß dieser Theorie nichts anderes als Verzicht auf ein eigenes Leben, auf Entwicklung, auf ein menschliches Dasein überhaupt (1980 b, 42). In Abhebung von der Situation in Familie und Ehe wird die Berufstätigkeit quasi als Garant individueller Entwicklung dargestellt. Diese sei im Gegensatz zur Hausfrauenexistenz zwar mit Risiken und Anstrengungen verbunden und in einem höheren Maße – indem man gezwungen sei, „sich in Lohnabhängigkeit zu verkaufen“ – fremdbestimmt (1980 b, 107 f), aber dennoch der einzige Weg zum Glück (1980 a,

647). Daß viele Frauen diesen Weg dennoch nicht gehen, zumindest zwischen Berufstätigkeit und Ehe hin- und herschwanken, faßt *FH* dann in dem gängigen „männlichen“ Vorurteil zusammen, daß Frauen nicht wissen, was sie wollen (1980 a, 643).

Die objektive Widersprüchlichkeit der Berufstätigkeit unter kapitalistischen Verhältnissen, von der die Frauen, zumal wenn sie Kinder haben, im besonderen Maße betroffen sind, wird nicht weiter berücksichtigt: etwa die Konkurrenz und die Bewährungsangst, die die sozialen Beziehungen und das eigene Denken und Handeln immer wieder durchdringen und zersetzen; oder der Umstand, daß das Hineindrängen der Frauen in die verschiedenen Positionen nur eine Umschichtung der Reservearmee, d. h. das Hinausdrängen der Männer aus diesen Positionen, bedeuten würde, was diese wiederum häufig — in spontaner Reaktion auf die Bedrohtheitssituation — zu unmittelbaren, d. h. gegen die Frauen gerichteten Abwehrmaßnahmen provoziert; oder die Gefahr, daß man infolge der eigenen Überbelastung durch die zusätzliche Berufstätigkeit (die gerade dadurch besonders hart ist, daß sie partiell immer auch gegen den Widerstand der Männer durchgesetzt werden muß) zu wenig auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen kann und damit u. U. objektiv deren Lebensmöglichkeiten beeinträchtigt etc. etc. Mit Alete und der Pille sind diese Probleme mit Sicherheit nicht vom Tisch.

Da *FH* einerseits Entwicklung an die Berufstätigkeit bindet und dabei andererseits die objektiv widersprüchliche Lage der berufstätigen Frau wortlos übergeht, bleibt für sie nur noch die Schlußfolgerung, daß die Hausfrauen freiwillig auf ihre Entwicklung verzichten, weil sie sich durch die Annehmlichkeiten des süßen Lebens haben bestechen lassen, vor den Anstrengungen und Risiken der Entwicklung zurückscheuen oder auch die gesellschaftlichen Normen über die Rolle der Frau — ohne Not — zu stark verinnerlicht haben. Zwar spricht sie zumindest einmal im Zusammenhang mit der Situation der Entwicklungslosigkeit auch vom „Leiden“, wobei sie aber offenläßt, worin dieses bestehen soll; durch die weiteren Ausführungen wird jedoch die Auffassung nahegelegt, daß es sich aus der allgemeinen Bedeutungslosigkeit, der peinlichen Unzulänglichkeit der eigenen Person ergibt — etwa, wenn man sich mangels Wissens nicht an Gesprächen beteiligen kann oder aber bei der Übernahme von Referaten die eigene Unfähigkeit für jeden sichtbar zutage tritt (1980 b, 57 f.; 1981 a, 55 f).

Wir vertreten mit dieser Kritik keineswegs die Parole „Zurück ins Heim“, sondern stellen die These in Frage, daß die Ursachen der mangelnden Berufs- und Entwicklungsfreudigkeit in den Frauen liegt. Es gilt, die spezifischen Widersprüchlichkeiten und Behinderungen der Frau in Familie *und* Beruf bzw. in dem Verhältnis zwischen beiden genau zu analysieren, anstatt so zu tun, als ob mit dem Ratschlag „werde berufstätig“ schon alle Probleme gelöst seien.

IV

Die ökonomische Unabhängigkeit scheint für *FH* mit dem Verkauf der Arbeitskraft erreicht, die Fremdbestimmtheit der Existenz auf die Tatsache reduziert, daß man im Berufsleben bestimmten Regelungen unterworfen ist (1980 b, 107). Bekanntlich ist jedoch die ökonomische Unabhängigkeit weder durch die Berufstätigkeit gewährleistet, noch die Fremdbestimmtheit der Existenz mit der Tatsache gefaßt, daß man im allgemeinen weisungsgebunden arbeitet. Ökonomische Abhängigkeit und Fremdbestimmtheit der Existenz bestehen vielmehr darin, daß die Produktion nicht an der Befriedigung und Entwicklung der Bedürfnisse aller Menschen, sondern an der Steigerung der

Profite orientiert ist. Das heißt aber: daß die Mehrheit der Menschen gezwungen ist, zur Absicherung ihrer individuellen Existenz ihre Arbeitskraft zu verkaufen und damit zugleich die Macht zu stabilisieren, die sie in der prinzipiellen Abhängigkeit und Fremdbestimmtheit der Existenz hält.

Ökonomische Unabhängigkeit, Sicherheit und die Überwindung der Fremdbestimmtheit der Existenz lassen sich nicht individuell, sondern nur gesamtgesellschaftlich erreichen. Solange der Wert der einzelnen an ihrer Verwertbarkeit für die Interessen anderer gemessen wird und die Menschen als nutzlos beiseitegeschoben werden, sobald diese Verwertbarkeit nicht mehr gewährleistet ist, und solange dieses „Schicksal“ potentiell jeden bedroht, kann von ökonomischer Unabhängigkeit und selbstbestimmter Entwicklung keine Rede sein. Die prinzipielle Austauschbarkeit und Bedeutungslosigkeit der arbeitenden Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft und die damit verbundene Notwendigkeit, die Verwertbarkeit und Existenzberechtigung der eigenen Person immer erneut unter Beweis zu stellen, wirken sich dabei bis in die privatesten Beziehungen aus, die wesentlich durch die je individuelle Bedürftigkeit und Verunsicherung bestimmt sind.

Dieses Urtrauma der menschlichen Existenz unter kapitalistischen Verhältnissen, nämlich die Anerkennung und Unterstützung der anderen nur in dem Maße zu erhalten, wie man deren unmittelbaren Bedürfnissen und den daraus erwachsenden Vorstellungen und Erwartungen entspricht, d. h. aber, fortwährend gezwungen zu sein, die nichtkonformen Regungen und Mängel zu verbergen, sich selbst zu verleugnen, ständig auf dem Prüfstand zu stehen und in der Gefahr zu sein, zu versagen, zu enttäuschen, fallengelassen zu werden etc., wird dem einzelnen in unserer Gesellschaft schon von frühester Jugend an vermittelt. Genau diese Angst, nicht akzeptiert, beiseitegeschoben und damit in seinen Lebensmöglichkeiten extrem bedroht zu sein, ist die Basis für die sogenannte Unterwerfungsbereitschaft.

Die Aussage, daß diejenigen, die sich unterwerfen, nicht nur Opfer, sondern auch Täter sind, ist somit entweder banal oder falsch. Banal insofern, als die Unterwerfung natürlich immer von den Individuen selbst mitvollzogen wird, ja gerade der Erhaltung ihrer Handlungsfähigkeit innerhalb fremdbestimmter Verhältnisse dient. Falsch, wenn aus der Tatsache, daß die Menschen die Unterwerfung selbsttätig praktizieren, die Schlußfolgerung gezogen wird, daß sie das „freiwillig“ tun. Genausogut könnte man den Lohnarbeitern die Verantwortung dafür anlasten, daß sie ihre Arbeitskraft verkaufen: Täten sie es nicht, gäbe es keine Ausbeutung mehr.

Täter sind jedoch alle, die sich unterwerfen, in dem Sinne, daß jeder, der innerhalb der Verhältnisse der Fremdbestimmtheit sein individuelles Auskommen sucht, die Unterdrückungsverhältnisse nicht nur mit seiner Unterwerfung bestätigt, sondern zugleich die Unterdrückung an die jeweils Schwächeren weitergibt. Diese Form der Täterschaft bleibt bei *FH* völlig unberücksichtigt.

V

Die Grundsituation, daß man unter Bedingungen der Fremdbestimmtheit und prinzipiellen Ungesichertheit der Existenz in dem spontanen Bemühen um Absicherung und Anerkennung der eigenen Person immer zugleich die Mitmenschen instrumentalisiert, an ihnen das gleiche Verhalten praktiziert, unter dem man selbst leidet, betrifft alle unter kapitalistischen Verhältnissen lebenden Menschen, ob Mann oder Frau, auch wenn

je nach den gesellschaftlichen Anforderungen die Unterdrückung und damit die Bewältigungsformen der Unterdrückung spezifische sein werden. Die relative Bedeutungslosigkeit der Frauen innerhalb der kapitalistischen Produktion beinhaltet im allgemeinen eine unmittelbarere Abhängigkeit von anderen Menschen, speziell den Männern, und damit eine größere Angst vor Liebesverlust, die um so stärker sein wird, je mehr der Verlust der Liebe den Verlust der bis dahin gegebenen Lebensmöglichkeiten einschließt. Zugleich bedeutet die geringere gesellschaftliche Stellung der Frau aber auch eine gewisse Narrenfreiheit. Frauen werden in der Regel weniger auf den unmittelbaren Existenzkampf dressiert, weniger brutal zur Verleugnung ihrer Gefühle gezwungen etc.

Die unmittelbarere Abhängigkeit der Frauen und die dadurch gesetzte Notwendigkeit, sich allseitig gefügig zu erweisen und entsprechend geschmeidig zu halten, was durch ein gewisses Maß an Dummheit bzw. Entwicklungslosigkeit, d. h. durch das Fehlen eines eigenen Standpunktes, durchaus erleichtert wird, bedeutet zwar einerseits größere Unsicherheit und Verunsicherung, zugleich aber auch eine gewisse Offenheit gegenüber Neuem bzw. der Unzulänglichkeit der bestehenden Lebensverhältnisse. Diese Offenheit bleibt jedoch — losgelöst von den Handlungsmöglichkeiten — im allgemeinen unfruchtbar bzw. kann sich u. U. gerade dadurch nur entwickeln und halten, daß die Frauen von der Notwendigkeit, ihre Träume und Kritik in die Tat umzusetzen, relativ entlastet sind bzw. diese Umsetzung den Männern aufzubürden versuchen, womit sie diese wiederum zusätzlich auf Erfolg trimmen.

Die Männer stehen dagegen entsprechend ihrer höheren Bedeutung für die gesellschaftliche Produktion in viel stärkerem Maße unter dem Druck, ihre Brauchbarkeit zu beweisen, perfekt zu sein, eigene Schwächen oder gar Angst, die als größte Schwäche des Mannes gilt, zu verbergen. So werden viele von ihnen zu den „Kulturträgern“ im Sinne *Freuds*, die die Fremdbestimmtheit in Selbstbestimmung uminterpretieren und den Zwang, unter dem sie stehen, verdrängen bzw. nachträglich durch den Erfolg rechtfertigen, der darin besteht, daß man im Dienste der Mächtigen in gewissen Grenzen immer auch an deren Lebensmöglichkeiten partizipieren, sich anderen gegenüber überlegen und damit relativ sicher fühlen kann.

Wenn *FH* von der Möglichkeit der Entwicklung der Frauen auch unter fremdbestimmten Bedingungen spricht, dann scheint sie mir genau diese Selbstvervollkommnung im Auge zu haben, die für die männliche Entwicklung unter kapitalistischen Verhältnissen typisch ist: die möglichst umfangreiche Ansammlung von Fähigkeiten und Kenntnissen, um alle Widersacher und Konkurrenten mit ihnen erschlagen zu können und als der Größte dazustehen. Statt nach den Bedingungen zu fragen, die den Bewährungsdruck setzen und die Entwicklung als Überwindung der eigenen Unzulänglichkeit und Unvollkommenheiten bestimmen, schlägt *FH* in ihrem Entwicklungskonzept die Perfektionierung der Absicherung vor: Die spezifische Absicherung der Männer, sich als Allround-Genie zu gebärden und die Mitwelt durch die eigene Überlegenheit so zu beeindrucken, daß nach Möglichkeit überhaupt erst keiner auf die Idee kommt, diese zu bezweifeln, wird gegenüber der spezifischen Absicherungsform der Frauen, möglichst unauffällig bzw. unausgeprägt zu bleiben und sich dem Überlegenheitsanspruch der Männer von vornherein zu beugen, als Weg individueller Entwicklung propagiert.

Das heißt: Die typische — männliche — Verarbeitungsform des innerhalb kapitalistischer Verhältnisse allgemein gesetzten Bewährungszwangs, nämlich sich zu perfektionieren und damit unangreifbar zu machen — ein Ziel, das erst voll erreicht ist, wenn es

einem gelingt, sich selbst zum Maßstab der Entwicklung überhaupt zu erheben, an dem sich alle anderen messen müssen — wird von *FH* nicht auf ihre realen Ursachen und Konsequenzen hin analysiert, sondern, wie mir scheint, in ihren theoretischen Ausführungen blind reproduziert. Damit übernimmt sie den Anspruch, Maß der Entwicklung zu sein, offensichtlich auch für die eigene Gruppe: so etwa in dem Bild von den Fackelträgern, die Licht in die Finsternis der Zurückgebliebenen bringen (1980 b, 151). Dieser Anspruch zeigt sich auch in den genauen Vorstellungen, die die Autorinnen der „Frauenformen“ etwa darüber haben, wie sich eine rundliche kleine Mittsechzigerin zu kleiden hat, wie Schwule, Ehe- und Liebespaare miteinander zu sprechen, umzugehen haben etc.

Die These, daß *FH* sich nicht bewußt zu dem Bewährungszwang verhält, der innerhalb der kapitalistischen Verhältnisse allgemein gesetzt ist, sondern diesem aufsitzt, läßt sich m. E. auch an ihrem Artikel zum Verhältnis von Arbeiter- und Frauenbewegung verdeutlichen. Hier zeigt sich, daß das frühere politische Engagement im Sozialistischen Frauenbund (SFB) offensichtlich nicht primär aus der subjektiven Betroffenheit, der Erkenntnis der eigenen Entwicklungsbehinderung durch die konkreten Verhältnisse, sondern in Erfüllung irgendwelcher abstrakter Normen geschah, denen man zu genügen bestrebt war. So stellte man sich die Frage, ob etwas sozialistisch sei oder nicht, empfand die Nicht-Existenz von Proletarierinnen in den eigenen Reihen als Mangel, litt, wenn man auf Maidemonstrationen nicht die genügende Beachtung fand etc. etc. Besonders auffallend ist diese Tendenz bei der Erörterung des § 218; dieser wurde nicht in seiner ganzen Fragwürdigkeit und Widersprüchlichkeit für die Frauen, sondern wesentlich unter der Fragestellung diskutiert, auf welche Weise man die größere Anerkennung finden bzw. wie man sich — bei natürlich gewollter Massenwirksamkeit — „den Vorwurf kleinbürgerlichen Reformismus“ ersparen könne (1981 b, 654).

FH übt zwar an dieser Art von Politik Selbstkritik, doch scheint mir diese an den wesentlichen Punkten vorbeizugehen, da sie wiederum nur an dem äußeren Erfolg orientiert ist, der der eigenen Organisation versagt blieb, den autonomen Frauengruppen hingegen spontan zuflog. Den Erfolg der autonomen Gruppen führt *FH* darauf zurück, daß diese von vornherein das Persönliche gegenüber dem Politischen in den Mittelpunkt ihrer Diskussion gestellt haben, während im SFB angesichts der Fülle politischer Aufgaben die Diskussion persönlicher Probleme immer wieder zurückgestellt worden sei. Das habe dazu geführt, daß man sich praktisch zwischen alle Stühle gesetzt, d. h. weder von den Frauengruppen noch von den Organisationen der Arbeiterbewegung volle Anerkennung erhalten habe (1981 b, 651). Die nunmehr in Anlehnung an die autonomen Frauengruppen erhobene These, das Persönliche sei das Politische, klingt zwar sehr schön, ist aber nichtssagend. Die Frage ist doch gerade, wie das Persönliche durch die Politik vermittelt ist bzw. auf welche Weise es die Politik bestimmt: ob man innerhalb der gegebenen Verhältnisse agiert und diese damit festigt bzw. den individuellen oder auch kollektiven Vorteil gegenüber anderen sucht und damit zugleich die eigene Unterdrückung aktiv an die jeweils Schwächeren weitergibt, oder ob man für Verhältnisse kämpft, innerhalb derer mit der vollen Gleichberechtigung aller Gesellschaftsmitglieder die wesentlichen Voraussetzungen für die Entfaltung individueller Potenzen und persönlicher Beziehungen gegeben sind.

„Das Persönliche“ wird nicht näher erläutert, bleibt mehr oder weniger Schlagwort, um sich, wie es den Anschein hat, über die „Verknüpfung“ von Persönlichem und Poli-

tischem sowohl gegenüber den autonomen Frauengruppen als auch gegenüber der Arbeiterbewegung als positive Alternative einzubringen. Zu diesem Zweck reduziert *FH* die Arbeiterbewegung auf den ökonomischen Kampf — der Männer — und versucht, die autonomen Frauengruppen mit ihren eigenen Waffen, nämlich dem Einwand zu schlagen, daß die Beschränkung auf die Mann-Frau-Unterdrückung „die wirkliche Unterstützung der Männermacht durch die ökonomischen Verhältnisse“ (1981 b, 661) nicht fassen kann. Die von ihr kreierten „autonomen sozialistischen Frauengruppen“ und der „Marxismus-Feminismus“ erscheinen dann als der dritte Weg, der den großen Durchbruch bringen wird, durch welchen endlich der „Reichtum an Einfällen, der in der Bevölkerung steckt“ und durch die „langweilige Stellvertreterpolitik storniert“ (1981 b, 663) war, sich voll entfalten kann, Spaß und Menschlichkeit in die Politik kommen und das Auseinander von Arbeiter- und Frauenbewegung endlich aufgehoben ist.

VI

Zum Schluß: Ich meine wie *FH*, daß man sich auch unter kapitalistischen Verhältnissen entwickeln kann und muß, d. h., daß es keineswegs genügt, „auf heutige Kapitalstrukturen und morgigen Sozialismus zu verweisen“ (1980 b, 31). Schließlich kann der Sozialismus nur mit menschlicher Anstrengung gegen den Kapitalismus durchgesetzt werden — wobei mit dem Sozialismus die Probleme nicht gelöst, aber die objektiven Voraussetzungen ihrer Lösung geschaffen sind. Allerdings scheint mir die Frage, „wie bei Fremdbestimmung — welches ohne Zweifel eine Hemmung in der Vergesellschaftung darstellt — die Handlungsfähigkeit der Einzelnen erhalten bleibt oder erhalten werden kann“ (1980 b, 92), zu kurz zu greifen. Entwicklung bedeutet nicht vorrangig Kumulation individueller Fähigkeiten, um innerhalb der gegebenen Verhältnisse möglichst gut zu funktionieren, anderen überlegen und damit relativ abgesichert zu sein; sondern Entwicklung bedeutet primär die Erweiterung der Handlungsfähigkeit, nicht in Leugnung, sondern in Ausweitung subjektiver Lebens- und Erlebnismöglichkeiten.

Die Spezifik menschlicher Entwicklung beinhaltet die bewußte Bestimmung der subjektiven Situation über die gezielte Einflußnahme auf die objektiven Lebensbedingungen, d. h. die Durchbrechung der Unmittelbarkeitsbeziehung: An die Stelle individuellen blinden Reagierens auf die objektiven Lebensbedingungen tritt die gezielte Veränderung der Verhältnisse gemäß den subjektiven Möglichkeiten und Bedürfnissen. Individuelle Entwicklung unter kapitalistischen Verhältnissen bestünde somit partiell immer auch darin, statt aus der Bewährungsangst heraus zu agieren, diese auf ihre realen Ursachen zurückzuführen und zu der „Unzulänglichkeit“ der eigenen Person bewußt zu stehen: Indem man gerade aus der Tatsache, daß man unter kapitalistischen Verhältnissen immer auch gegen die eigenen Interessen, Bedürfnisse, Vorstellungen verstößt, sich gemein, neidisch, unterdrückerisch etc. benimmt, die subjektive Notwendigkeit der Veränderung dieser Verhältnisse ableitet.

Der politische Kampf ist dabei keineswegs nur ein Kampf um die Zukunft, sondern damit immer auch ein Kampf um Lebensmöglichkeiten, die sich in der Gegenwart abzeichnen und hier systematisch behindert werden. Dabei wird die Tatsache, daß man den Kampf um die eigenen Interessen und Bedürfnisse bewußt aufnimmt, statt diese — zumindest sofern sie nicht konform sind — aus der unmittelbaren Existenzangst heraus zu verleugnen, ein prinzipiell verändertes Lebensgefühl einschließen. Die Überwindung der personalisierenden Sichtweise, der persönlichen Schuldzuschreibungen muß

sich unmittelbar entlastend auf die individuelle Situation und die sozialen Beziehungen auswirken, wie diese Entlastung wiederum die allgemeine Bereitschaft erhöhen wird, das objektive Ungenügen bestehender Umweltbeziehungen auf den Begriff zu bringen und gemeinsam anzugehen, statt sich gegenseitig anzukreiden. Spaß, Lebensfreude etc., die *FH* in die Politik hineinragen will, lassen sich ungebrochen nur im Zusammenhang mit dem gezielten Kampf gegen die unterdrückenden Bedingungen erreichen. Alle Versuche hingegen, Spaß innerhalb der bestehenden Verhältnisse der Fremdbestimmtheit zu haben, werden überschattet sein durch das prinzipielle Ausgeliefertsein und die damit verbundene Ungesicherheit der Existenz und das schlechte Gewissen ob der Kleinlichkeit des eigenen Lebens, die die Bemühungen um Absicherung des individuellen Vorteils bzw. des eigenen Profils auf Kosten und unter Herabsetzung anderer immer begleiten wird.

Literatur

- Haug, Frigga: Opfer oder Täter? Über das Verhalten von Frauen. In: *Das Argument* 123, 1980 a
 Haug, Frigga (Hrsg.): *Frauenformen. Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation*. Argument-Sonderband AS 45, 1980 b
 Haug, Frigga (Hrsg.): *Frauen – Opfer oder Täter? Diskussion*. Argument Studienhefte 46, 1981 a
 Haug, Frigga: *Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus*. *Das Argument* 129, 1981 b
 H.-Osterkamp, Ute: *Ideologismus als Konsequenz des Ökonomismus. – Zur Kritik am Projekt Ideologietheorie*. In: *Forum Kritische Psychologie* 11, 1982
Projekt Ideologie-Theorie: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband 40, 1979

Probleme der neuen Friedensbewegung

Thomas Harms

I. Zur Herausbildung der neuen Friedensbewegung — II. Hauptkräfte der Friedensbewegung der BRD — III. Die soziale Zusammensetzung — IV. Motive und Zugänge zur neuen Friedensbewegung — V. Politisches Selbstverständnis und Hauptforderungen — VI. Neue Friedensbewegung — Demokratische Bewegung — Neue Soziale Bewegungen in der BRD.

I. Zur Herausbildung der neuen Friedensbewegung

Von einer „neuen“ Friedensbewegung sprechen wir, weil sie auf qualitativ neue Momente der internationalen Lage und des „Wettrüstens“ reagiert, weil sich ihre soziale Zusammensetzung und ihre sozialen Grundlagen sowie ihr politisch-ideologisches Profil von den Bewegungen früherer Jahrzehnte deutlich unterscheiden, weil sie — in den letzten Monaten immer deutlicher — auch einen qualitativ neuen internationalen Charakter anzunehmen beginnt. Gleichwohl stehen die neuen Bewegungen auch in einer Traditionslinie zu früheren Kämpfen. Voraufgegangen waren in den 70er Jahren die Aktionen zur Durchsetzung der Ostverträge und — ab Mitte der 70er Jahre — zur „Beendigung des Wettrüstens“, maßgeblich initiiert vom „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“. In beiden Bewegungen spielte die DKP eine wichtige Rolle, waren Kräfte aus Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung aktiv. Von einer „Friedensbewegung“ kann deshalb gesprochen werden, weil die Bewegung sich zwar in ihren politischen Hauptforderungen, die im Mittelpunkt des Tageskampfes stehen, auf die Bekämpfung der dringendsten Probleme des „Wettrüstens“ konzentriert, aber von ihren inneren Motiven, Antriebskräften und Zielen her über dieses Ziel hinausgeht, auch eine Bewegung für den Frieden im Sinne demokratischer und humanistischer Zielsetzungen ist.¹

An dieser Stelle wird nur ein Überblick über einige Grundprobleme gegeben. Auf aktuelle strategische und ideologische Diskussionen in der Bewegung wird nicht eingegangen.

Die neue Friedensbewegung entzündete sich an der Entscheidung der NATO, in ganz Westeuropa neue, objektiv strategische Raketensysteme vom Typ Pershing II und „Cruise Missile“ zu stationieren, wovon ein besonders großer Teil in der BRD aufgestellt werden soll. Die Bewegung gegen diesen Beschluß und die damit verbundene, qualitativ gewachsene Gefahr eines Atomkriegs entfaltete sich zunächst nur zögernd. Erst langsam verbreitete sich die Erkenntnis über seine Bedeutung, seine Gefährlichkeit und die besondere Betroffenheit der Bundesrepublik in der Linken und der demokratischen Bewegung. Das Wahljahr 1980 war zwar stärker als die Jahre zuvor durch das Thema „Krieg und Frieden“ geprägt, die Hauptkämpfe wurden aber gegen die mögliche Kanzlerschaft *Franz-Josef Strauß* geführt.

¹ D. h.: Sie ist nicht nur eine „Antikriegsbewegung“

Ende 1980 begann der große Um- und Aufschwung der neuen Bewegung in der BRD. Zwei Impulse waren entscheidend:

— der Sieg *Reagans* in den USA, der sofort zusammen mit seinen Ministern *Haig* und *Weinberger* eine zügellose militaristische Hetze entfachte und neue irrsinnige Rüstungsvorhaben ankündigte. Dies führte zu einer tiefen Beunruhigung breiterer Kreise der Öffentlichkeit;

— das „Krefelder Forum“ im November 1980, mit dem sich die Bewegung gegen den NATO-Beschluß zu einem wirksamen breiten Bündnis mit einer klaren, einheitlichen Forderung zusammenschloß, und das mit der Orientierung auf die Sammlung von 1 Million Unterschriften unter den „Appell“ gleichzeitig eine einfache und wirksame Orientierung zum gemeinsamen Handeln ausarbeitete.

Das Jahr 1981 wurde zum Jahr des Aufschwungs. Die wichtigsten Stationen in Stichworten:

Ostern 81: Zehntausende demonstrieren auf „Osterspaziergängen“; regionale „Krefelder“ Foren entstehen, z. B. in Hamburg;

1. Mai 81: stärker als in den Jahren davor prägen Aussagen gegen das Wettrüsten, für Entspannung den 1. Mai;

3. 6. 81: 40 000 Studenten demonstrieren in Bonn gegen Rotstift und neue US-Raketen;

19. 6. 81: 80 000 Christen demonstrieren anlässlich des 19. Evangelischen Kirchentages;

1. 9. 81: Zehntausende auf den Demonstrationen der DGB-Jugend zum Antikriegstag;

10. 10. 81: 300 000 Menschen, aufgerufen von über 1000 Organisationen und Initiativen, demonstrieren in Bonn.

Im Laufe von knapp 11 Monaten wurde die Bewegung gegen die neuen US-Raketen zur größten außerparlamentarischen Bewegung seit den 50er Jahren. Erstmals in der Geschichte der BRD sah sich der Bundestag gezwungen, sich mit einer einzelnen Demonstration zu befassen.

Knapp 14 Tage vor dem 10. 10. hatten 500 000 US-Bürger gegen die Politik *Reagans* demonstriert, und Ende Oktober kam es zu Massenkundgebungen in Amsterdam, Brüssel, Paris, Madrid, Lissabon, London, Rom und Athen. Insgesamt demonstrierten über eine Million Westeuropäer. Die Bewegung hatte damit europäischen Charakter angenommen. Die Entwicklung zu einer weltweiten Massenbewegung begann sich abzuzeichnen. Auch in Japan und Kanada nahm der Friedenskampf einen Aufschwung.

Zum Zeitpunkt dieses Aufsatzes (Mai 1982) hat sich die Bewegung weiter verbreitert. Eine wachsende Anzahl örtlicher Initiativen arbeitet, 480 000 Menschen haben in der BRD an den „Ostermärschen“ teilgenommen, eine große Demonstration aus Anlaß des NATO-Gipfels unter Teilnahme *Reagans* wird am 10. 6. 1982 stattfinden. Vielleicht die wichtigste Entwicklung dieses Frühjahrs ist der breite Aufschwung der Bewegung für ein Einfrieren des strategischen Raketenpotentials in den USA.²

Die Bewegung entwickelte sich gegen massive Hetze und außerordentlich intensive Propaganda der Befürworter und Einpeitscher des NATO-Beschlusses. Die Hauptfrage,

2 Vgl.: „Der SPIEGEL“, Nr. 16, 19. 4. 82 und: Mark Solomon, Reagan stößt auf Widerstand, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1982

die in der Bewegung und durch die Bewegung geklärt werden mußte und auch klarer wurde, war die Frage: „Ist Pershing = SS 20?“ In immer neuen Analysen und Argumenten widerlegten besonders die den „Krefelder Appell“ tragenden Kräfte die Lüge von der angeblichen „Nach“-Rüstung gegen eine angebliche „Vor“-Rüstung mit SS 20. Besonders auf den qualitativ neuen, *strategischen* Charakter der NATO-Raketen und ihrer Aufstellung in der BRD wurde verwiesen, den der Vergleich mit den SS 20 vertuschen sollte.³

Die Bewegung schuf sich so im Laufe des Jahres 1981 in zäher Auseinandersetzung mit der herrschenden Propaganda die programmatische Grundlage ihres Kampfes, die von allen gemeinsam getragen werden konnte: Ziel ist die Verhinderung eines für Europa und die BRD möglicherweise todbringenden Aufrüstungsschrittes der USA. Die durchzusetzende Forderung ist die Rücknahme des NATO-Beschlusses vom Dezember 1979. Darüber hinausgehende Forderungen können solidarisch diskutiert werden, aber nicht Grundlage der Bewegung sein.

II. Hauptkräfte der Friedensbewegung der BRD

Hauptkennzeichen der neuen Friedensbewegung ist ihr Charakter als Volksbewegung, die alle sozialen Schichten erfaßt und in alle politischen Lager hineinwirkt. Wer sind die Hauptträger der Bewegung?

1. Die *politischen Organisationen* des demokratischen und linken Spektrums inklusive der Kräfte aus SPD und FDP, die zum NATO-Beschluß (und damit zu ihrer Parteiführung) in Opposition stehen. „Abweichler“ aus dem Lager der Unionsparteien (z. B. Untergliederungen dieser Parteien oder ihrer Jugendorganisationen) gibt es nicht, zumindest nicht offen. Spektakuläre Ausnahme ist der inzwischen aus der CSU ausgeschlossene Friedensforscher *A. Mechttersheimer*. Als politische Kraft spielt die DKP eine wichtige impulsgebende, orientierende und organisierende Rolle.

2. Die *Friedensbürgerinitiativen*, die es im ganzen Bundesgebiet gibt. In diesen Initiativen arbeiten Organisierte mit Nichtorganisierten zusammen. Insgesamt sollen etwa 1200 solcher Initiativen arbeiten. In Köln existierten Anfang 1982 etwa 30 mit rund 1500 Mitgliedern. Die Initiativen arbeiten orts- oder stadtteilbezogen, mobilisieren aber auch für zentrale Aktionen. In Hamburg bestehen rund 70 solcher Initiativen.⁴

Zu den „Friedensinitiativen“ im weitesten Sinne zu zählen sind Zusammenschlüsse wie die „Gustav-Heinemann-Initiative“, die AG „Schritte zur Abrüstung“, das „Komitee zur Verteidigung der Grundrechte und der Demokratie“ etc. und auch die vielen regionalen „Foren“ nach Krefelder Vorbild sowie das bundesweite „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KOFAZ). Die Zahl solcher Initiativen, in denen z. B. Politiker und Wissenschaftler zusammenarbeiten oder die den Charakter überparteilicher politischer Bündnisse haben, hat stark zugenommen.⁵

3 Vgl. u. a. G. Bastian, G. Schröder, Wider den NATO-Rüstungsbeschluß (Hg.: Juso-Bundesvorstand), Bonn 1981

4 Nach G. Matthiessen, Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, Manuskript 1982, und Heinz Humbach, Diskussionsbeitrag auf der 2. Tagung des PV der DKP, Manuskript 1982

5 Vgl. die Dokumentationen und Übersichten in: A. Mechttersheimer (Hrsg.), *Nachrüsten?*, Reinbek 1981; K. D. Bredthauer, K. Mannhardt (Hrsg.), *Es geht ums Überleben*, Köln 1981; H. Apel u. a., *Sicherheitspolitik contra Frieden*, Berlin (West)-Bonn 1981, sowie die Dokumentationsteile der Blätter für deutsche und internationale Politik seit 1980 laufend

3. Schon jetzt sind Teile der Arbeiterbewegung in der Friedensbewegung aktiv. Was die Gewerkschaften betrifft, ist das Engagement in der Gewerkschaftsjugend sowie in den Einzelgewerkschaften HBV, IG Druck und IG Metall recht groß. Der DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung“ ist bisher von ca. 1 Million Gewerkschaftern unterschrieben worden – ein eher mageres Ergebnis. Immerhin ist diese Sammlung die erste Initiative dieser Art in der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung.⁶

4. In der Bewegung engagieren sich viele *Christen und kirchliche Gliederungen* beider Konfessionen, vor allem Jugendliche. Das Engagement von Kräften aus der evangelischen Kirche ist stärker entwickelt. Besonders im Vordergrund stehen Organisationen wie „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ (ASF) und „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF), die Initiative „Ohne Rüstung Leben“, Teile der „Pax Christi“-Bewegung, der „Internationale Versöhnungsbund“, die Initiative „Christen für die Abrüstung“ sowie einige höhere Kirchenfunktionäre.⁷

5. Ein wichtiger Träger sind Kräfte und Initiativen, die im weitesten Sinne der *ökologischen und „Alternativbewegung“* zuzurechnen sind (soweit sie nicht, wie die „Grünen“, unter 1. erfaßt sind). Hierzu zählen zum einen die Vielzahl der eigentlichen Umweltschutz- und Anti-AKW-Initiativen, deren wichtigste bundesweite Koordinierungsstelle der BBU ist, der bei der Vereinigung von Ökologie- und Friedensbewegung eine wichtige Rolle spielt. Hierzu zählen aber auch Teile des neopazifistischen Lagers in der BRD wie die radikalpazifistischen „Gewaltfreien Aktionsgruppen“ oder Teile der „autonomen Friedensbewegung“. Dazu kommen Teile der Hausbesetzerbewegung und der „neuen Jugendbewegung“ sowie der internationalen Solidaritätsbewegung.⁸

6. Zu erwähnen ist weiterhin die demokratische *Frauenbewegung* in der BRD, die von Gruppen wie der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) über die Demokratische Fraueninitiative (DFI) bis zu den neofeministischen Gruppierungen reicht und einen eigenständigen Beitrag zur Bewegung leistet.⁹

7. Zusammenschlüsse und Aufrufe spezifischer *Berufs- oder Interessengruppen* treten eigenständig in der Bewegung auf: Ärzte, Naturwissenschaftler, Juristen und Sportler werden aktiv für den Frieden aus ihrer spezifischen Verantwortung heraus. Besonders engagiert sind die demokratischen Friedensforscher.¹⁰

8. Schließlich gibt es auch eine noch kleine Gruppe von *Militärs und Soldaten*, die sich gegen die neuen US-Raketen aussprechen. Es sind dies Offiziere oder (ehemalige) Generale wie *Bastian, Vollmer* und *Löser*, die ihre breit in der Öffentlichkeit wirksame Ablehnung der neuen Raketen mit Vorschlägen für eine Ablösung der Bundeswehr-Doktrin der „Vorne-Verteidigung“ verbinden. Soldaten-Initiativen regt vor allem der Arbeitskreis demokratischer Soldaten (ADS) an.¹¹

6 Vgl. R. Bastian, DGB und Friedenskampf, in: Marxistische Blätter 2/1982; WI-Verlag, Militärische Aufrüstung und soziale Demontage?, Düsseldorf 1981; WI-Verlag, Gewerkschafter fordern: Frieden durch Abrüstung, Düsseldorf 1981

7 Vgl. Duve/Böll/Staack (Hrsg.), Zuviel Pazifismus?, Reinbek 1981; AK „Ohne Rüstung Leben“, Ohne Rüstung Leben!, Gütersloh 1981; ASF (Hrsg.): Frieden schaffen ohne Waffen (Aktionshandbuch), Berlin (West) 1981

8 Vgl. J. Heimbrecht, Ökologie- und Friedensbewegung, in: Marxistische Blätter 2/1982

9 Zur Diskussion um Frieden in der Frauenbewegung vgl. die laufenden Nummern der „Deutschen Volkszeitung“ im Frühjahr 1982

10 Vgl. z. B. Naturwissenschaftler gegen Atomraketen – Aufruf, in: UZ, 29. 10. 1981, S. 3

Angesichts dieser Vielfalt ist die Bewegung nicht durch eine einzelne Organisation zu leiten oder in einer Organisationsform wie der der „Ostermarsch“-Bewegung der 60er Jahre zusammenzufassen.¹² Eine zusammenführende Rolle spielt insbesondere die „Krefelder Initiative“, ansonsten hat sich die Vorbereitung großer Aktionen durch demokratische Tagungen aller einschlägigen Organisationen bewährt. Diese bestimmen einen Koordinierungsausschuß (wie zum 10. 6.). Es können Beschlüsse über den Abstimmungsmodus auf solchen Tagungen gefaßt werden, die eine möglichst große Einheitlichkeit gewährleisten.¹³

Wir haben den Kern der Bewegung, ihr „Gerüst“ dargestellt. Von diesem Kern ist die Masse der Angesprochenen, der Anhänger, der Mobilisierbaren zu unterscheiden: Sie ist viel größer. Es gibt mittlerweile wohl keinen Haushalt in der BRD mehr, der sich nicht zum Thema „NATO-Raketenbeschluß“ eine Meinung gebildet hat. Allein den „Krefelder Appell“ haben mittlerweile fast 3 Millionen Bürger unterzeichnet.

III. Die soziale Zusammensetzung

Die neue Friedensbewegung in der BRD ist eine Volksbewegung, die in ihrem aktiven Kern stark durch das Engagement der Mittelschichten und der Intelligenz bestimmt wird. Führen wir diese These näher aus.

Auf Grund des Ziels der Bewegung, das sich letztlich in der einfachen Formel „Überleben!“ auf den Punkt bringen läßt, ist die Bewegung tatsächlich eine, die *alle* sozialen Schichten und Gruppen des Volkes erfassen kann und zum Teil bereits erfaßt hat. Wie man am Beispiel USA sehen kann, werden sogar realistisch denkende Kreise der imperialistischen Bourgeoisie in bestimmtem Maße aktiv, obwohl bekanntlich auch *E. Kennedy* einem Moratorium in Europa nur bei gleichzeitigem weltweitem „Einfrieren“ zustimmen würde.¹⁴ Das Monopolkapital in der BRD scheint momentan allerdings mehr oder minder einheitlich die Stationierung der neuen US-Raketen in unserem Land zu befürworten. Allerdings unterstützen kleine Teile der nichtmonopolistischen Bourgeoisie (die nicht mehr zur Intelligenz oder den oberen selbständigen Mittelschichtgruppen gezählt werden können) bereits die Bewegung.

Bedeutende Teile der Mittelschichten und der Intelligenz sind demgegenüber in der Bewegung besonders aktiv. Sie stellen momentan einen großen Teil des aktiven Kerns, des Rückgrates der Bewegung, wobei vor allem die *jungen* Angehörigen dieser sozialen Schichten aktiv sind. Untersuchungen über die Aktivisten der Friedensinitiativen in Köln bestätigen diese Aussage. Dort sind v. a. Schüler und Studenten in den Stadtteilinitiativen aktiv (80%). Dazu kommen Lehrer, Sozialarbeiter, Akademiker und einige ingenieurtechnische bzw. Verwaltungsgestellte, die überdies zum großen Teil bereits

11 Vgl. H. J. Löser, Überleben ohne Atomkrieg, in: Die Grünen (Hrsg.), Entrüstet Euch!, Bonn 1981; G. Vollmer, K. D. Bredthauer, Atomkrieg auf deutschem Boden?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1981

12 Vgl. G. Grünwald, Zur Geschichte des Ostermarsches der Atomwaffengegner, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1982

13 So in Vorbereitung des 10. 6. auf der bundesweiten Aktionskonferenz am 4. 4.: Beschlüsse bedurften einer 75%-Mehrheit.

14 Vgl. „Reagans Politik erhöht die Kriegsgefahr“, SPIEGEL-Gespräch mit E. Kennedy, in: Der SPIEGEL, Nr. 18. v. 3. 5. 1982, S. 140 ff.

Erfahrungen im politischen Kampf haben (z. B. in der Anti-AKW-, Berufsverbote- oder Anti-Strauß-Bewegung).¹⁵

Ursache ist zum einen die besondere Sensibilität von Angehörigen dieser Schichten für die Gefährdung des Friedens, ihre Möglichkeit, auf Grund höheren Bildungs- und Informationsniveaus die staatsmonopolistische Manipulation leichter zu durchschauen, und die allgemein größere Möglichkeit, sich in noch vorhandenen Freiräumen politisch zu betätigen. Ursache ist zum zweiten die Tatsache, daß seit den 60er Jahren (der Studenten- und Antinotstandsgesetz-Bewegung) diese Schichten in starkem Maße zu demokratischer Selbsttätigkeit erwacht sind und bereits über eine gewisse Tradition demokratischen Kampfes verfügen.

Das Engagement der heutigen Studentenbewegung für den Frieden ist vor allem auf das Wirken und die Kontinuität der gewerkschaftlich orientierten Kräfte an den Hochschulen zurückzuführen. Die soziale Hauptursache für dieses Engagement liegt im übrigen in der stärkeren Ausprägung des Gegensatzes dieser Schichten zur Monopolbourgeoisie, in der zunehmenden Bedrohung ihrer sozialen Lage mit ihren (durchaus widersprüchlichen) Auswirkungen im Bewußtsein.

Dennoch wäre es verfehlt, den Einfluß, dem bereits jetzt große Teile der Arbeiterklasse durch die Bewegung ausgesetzt sind, sowie den Anteil von Teilen der Arbeiterklasse an der Bewegung selber zu unterschätzen. So ist bereits an dem Aktionskalender der Friedensbewegung für 1981 und 1982 zu sehen, daß es einen Anteil der Gewerkschaftsbewegung am Gesamtaufschwung durchaus gibt. Zu nennen sind insbesondere die Aktivitäten am 1. Mai sowie die Gewerkschaftsaktionen am Antikriegstag. Weiter kann davon ausgegangen werden, daß trotz der ablehnenden Haltung des DGB-Bundesvorstands Tausende von Arbeitern, besonders Arbeiterjugendliche, an der Demonstration vom 10. 10. beteiligt waren. Die gewerkschaftlichen und betrieblichen Aktivitäten anlässlich des Ostermarsches 1982 waren ein weiterer Schritt nach vorne, besonders im Ruhrgebiet.

Zudem sind auch in einer Reihe von Betrieben und Verwaltungen Friedens-Initiativen entstanden. Bei Blohm & Voss in Hamburg arbeitet ein gewerkschaftlicher Arbeitskreis zu Fragen der Umwandlung von Rüstungs- in Friedensproduktion (Konversion), um nur ein Beispiel zu nennen.¹⁶ Schließlich ist davon auszugehen, daß ein beträchtlicher Teil der Unterstützer des „Krefelder Appells“ aus der Arbeiterklasse stammt. Zum Vergleich: An den Hochschulen wurden bisher ca. 100 000 Unterschriften gesammelt (10% der Studentenschaft).

Das Hauptproblem ist, daß auf Grund der relativen Passivität der Gewerkschaften das *aktive, selbsttätige* Ein- und Auftreten der Arbeiterklasse für den Frieden, gegen den NATO-Beschluß, gehemmt wird. Und zweitens, daß die Anpassung vieler Gewerkschaftsführungen an die von der Regierung betriebene Spar- (sprich: Umverteilungs-) und Lohnabbaupolitik eine *Heranführung* größerer Teile der arbeitenden Bevölkerung an die Friedensfrage über eine Bewegung „gegen Sozialabbau und Hochrüstung“ verhindert, ja diese tendenziell der Demagogie von CDU/CSU zuführt. Der DGB-Aufruf

15 Diese Angaben aus: Heinz Humbach, Diskussionsbeitrag auf der 2. PV-Tagung der DKP, 1982 (Manuskript)

16 Wie entwickelt gewerkschaftliche Positionen zum Thema „Konversion“ bereits sind, zeigt: WI-Verlag, Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1980.

„Frieden durch Abrüstung“ hat nicht den entscheidenden Impuls für eine stärkere Selbsttätigkeit gebracht. Eine Verbreitung und Diskussion des Aufrufs in den Betrieben selbst hat kaum stattgefunden.

IV. Motive und Zugänge zur neuen Friedensbewegung

Die besondere Stärke der Bewegung liegt in der Breite der Zugänge und Motive, sich an ihr zu beteiligen oder zumindest mit ihr zu sympathisieren. Ausschlaggebendes Motiv ist die Angst vor einem neuen — diesmal alles vernichtenden — Krieg. Die Bonner Parteien und die (mit wenigen Ausnahmen) gleichgeschaltete Presse versuchten lange Zeit, diese Angst als irrationalen „Spinnkram“ abzutun, als „Feigheit vor dem Feind in schweren Zeiten“. Aber diese Angst ist nicht irrational. Sie spiegelt den in der Tat qualitativ neuen Stand der atomaren Aufrüstung und der mit ihr verbundenen Bedrohung wider. Heute kann die ganze Menschheit in einem Krieg mit den angehäuften Arsenalen vernichtet werden. Die Waffenentwicklung nimmt immer perversere Wege (Neutronen-, B- und C-Waffen etc.). „Unverwundbare“ Potentiale des „gesicherten zweiten Schlages“ wird es bei der rapiden Entwicklung auf dem Sektor der Anti-U-Boot-Waffen u. U. schon in wenigen Jahren nicht mehr geben. Die Situation ist äußerst labil. Die Menschheit steht in der Tat am Rande des atomaren Abgrunds.¹⁷

Dabei ist die Angst — wir kommen zu einem zweiten Zugang — durchaus zielgerichtet: Sie hat in erster Linie die US-Politik und die menschenverachtende US-Führungselite zum Gegenstand, obwohl sich viele Menschen auch von der UdSSR bedroht fühlen. Die Empörung über den *Haig*-Ausspruch, es gebe Wichtigeres als den Frieden, hat dies besonders gezeigt. Und es ist die Angst des BRD-Bürgers, des Europäers, für die US-Interessen geopfert zu werden. Die Angst kann somit einen antiimperialistischen und nationalen, demokratischen Inhalt haben. Nationalist ist, wer seine Nachbarvölker mit neuen „Wunderwaffen“ bedroht — national denkt, wer dies verhindern will. Hierbei ist besonders wichtig, daß die Friedensbewegung gerade durch die Propaganda von oben, sie sei „antiamerikanisch“, gezwungen war, ihre Position zu vertiefen und demokratisch auszubauen: Nicht gegen das amerikanische Volk richte sich der Protest, sondern gegen seine jetzige Führung. Ein gutes Beispiel für Lernprozesse in der direkten Auseinandersetzung mit dem Gegner.

Die Angst — dies ist ein drittes Motiv — fragt auch nach der Zukunft dieses Planeten, wenn nicht endlich mit dem Rüstungswahnsinn Schluß gemacht wird. Auch dieses Moment hat einen objektiven Inhalt: die ungeheure Verschärfung aller „globalen Probleme“, die sich vertiefende soziale Krise in den imperialistischen Ländern sowie die tiefe ökologische Krise im Kapitalismus. Keine Grundforderung der Bewegungen für das Recht auf Arbeit und Bildung, für die Gleichberechtigung der Frau, für eine ökologisch vernünftige Wirtschaft, für die Abschaffung des Hungers auf der Welt etc. kann gelöst werden, wenn nicht Abstriche von der Rüstung gemacht werden. Auch hierin liegt ein objektiver Grund für die *Kristallisationsfunktion*, die die gegenwärtige Friedensbewegung für andere soziale Bewegungen hat.

Die Bewegung entwickelt sich auf dem Hintergrund von 10 Jahren Entspannungspolitik in Europa. Manche Gruppen schätzen diese Periode als erfolglos und enttäuschend

17 Vgl. SIPRI (Hrsg.), Rüstungsjahrbuch '81/'82, Reinbek 1981

ein. Die Dialektik besteht aber gerade darin, daß die *durch die Einleitung der Entspannungspolitik* erzeugten Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen es sind, die heute ganz wesentlich die Bewegung antreiben. Dabei ist gerade das Steckenbleiben der Entspannung — vor allem der militärischen — bei ersten Schritten Hintergrund des besonders ungeduldigen, drängenden Einsatzes vieler Friedenskräfte. Das Hauptmotiv der Entspannung war und ist u. E. nach wie vor das der Aussöhnung mit den sozialistischen Ländern nach zwei Jahrzehnten Kaltem Krieg, Revanche-Politik und „innerdeutscher“ Konfrontation. Endlich damit Schluß zu machen und zu einem vernünftigen Zusammenleben mit den Menschen in der DDR und der UdSSR zu kommen, von der Konfrontation zum friedlichen Nebeneinander der Staaten überzugehen, ist nach wie vor ein wichtiges Motiv in der Bewegung.

Ein vorletztes Motiv ist die Verteidigung und Erkämpfung von mehr *Demokratie*. Wenn der NATO-Beschluß eines zeigt, dann: Das Volk ist im Imperialismus gerade in den entscheidenden Grundfragen seiner Zukunft, seines Überlebens, von jeder Mitsprache ausgeschlossen. Zahlen und Fakten über alle Rüstungsfragen sind Geheimsache. Eine wirkliche Information der Bevölkerung über die neuen Raketen fand vor dem Dezember 1979 nicht statt. Nicht einmal die Delegierten des SPD-Parteitag von 1979 waren annähernd über die Zusammenhänge informiert. Das erzeugt ein Gefühl des Ausgeliefertseins bei vielen Menschen. Und eben den Wunsch nach mehr Transparenz und Mitsprache.

Schließlich ist der *Antimilitarismus* ein weiteres Motiv, das eigenständig und stark in der Bewegung wirkt. Die Durchsetzung des NATO-Beschlusses ist mit einer umfassenden Militarisierung des Lebens in der BRD verbunden.¹⁸ Das fängt an mit preußisch-militaristischen öffentlichen Vereidigungen, gegen die Protest laut wird; geht über die Pläne, auch Frauen in die Bundeswehr einzubeziehen, bis zur verstärkten „Katastrophen“- und „Zivilschutz“-Planung, in deren Verlauf überall in den Städten ausgediente Bunker wieder betriebsfähig gemacht werden. Gegen diesen allumfassenden Militarismus existiert besonders in der Jugend ein starker Widerwillen. Daraus erklärt sich die Radikalität der antimilitaristischen Aktionen und Forderungen, die in der Friedensbewegung verbreitet sind. Sehr populär ist die Forderung nach Umstellung der Rüstung auf Zivilproduktion. Eine Reihe von Gruppen fordert die völlige Abschaffung der Bundeswehr und ihre Ersetzung durch eine „Soziale Verteidigung“.¹⁹

Zusammenfassend kann man festhalten: Auch in der Breite der Motive und Zugänge zur Bewegung widerspiegeln sich ihre neue Qualität und ihr Charakter als Volksbewegung. Neu sind die Tendenzen zu einer nationalen Motivation mit weitgehend demokratischem und antiimperialistischem Charakter. Neue Momente und eine neue Tiefe hat auch der humanistische Zugang zur Bewegung erhalten. Z. B. ist das Motiv des Naturschutzes und der Naturerhaltung gegenüber früher deutlich politisiert. Gleiches gilt für den demokratischen und antimilitaristischen Impuls.

18 Zur marxistischen Militarismus-Theorie vgl. aktuell A. Gottschalk, M. Eihsen, Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: *Marxistische Studien — Jahrbuch des IMSF* 4, 1981

19 Vgl. Die Grünen (Hrsg.), *Friedensmanifest*, Bonn 1982

V. Politisches Selbstverständnis und Hauptforderungen

Entsprechend der großen Breite der Bewegung sowie der Vielfalt der sozialen Gruppierungen, die sie umfaßt, kann nicht von einem einheitlichen politisch-weltanschaulichen Selbstverständnis ausgegangen werden. In der Bewegung wirken mindestens fünf große geistige und politische Strömungen und Traditionslinien zusammen:

- die *sozialdemokratisch-liberale* Strömung im weitesten Sinne,
- die *sozialistische* Strömung, die unterschiedliche Richtungen und Gruppierungen einschließlich der Kommunisten umfaßt,
- die *christliche* Strömung und Traditionslinie, in sich wiederum sehr heterogen,
- die *ökologische* Strömung, die, ausgehend von einem ökologisch geprägten Weltbild, einen spezifischen Zugang zur Friedensfrage entwickeln kann,
- die *pazifistische* Strömung, die sich in bestimmtem Maße mit den anderen überschneidet, aber auch – z. B. in den Organisationen der Kriegsdienstverweigerer – selbständig auftritt und über eine lange Tradition verfügt.

An dieser Stelle ist weder ein unfassenderes Eingehen auf die einzelnen Richtungen noch auf ihr gegenseitiges Verhältnis möglich. Wir wollen aber versuchen, einen Überblick über die wichtigsten, von den verschiedenen Kräften der Bewegung diskutierten politischen Forderungen und die damit verbundenen Grundprobleme zu geben.

1. Die populärste Forderung der neuen Friedensbewegung neben der nach Zurücknahme des NATO-Raketenbeschlusses ist ohne Zweifel die nach einer *atomwaffenfreien Zone in Europa*. Alle relevanten Teile der Bewegung unterstützen diese Forderung.²⁰ Dies hat seine Ursache darin, daß die Beseitigung der Atomwaffen in Europa, das mit solchen Waffen bis obenhin vollgestopft ist, von den Teilnehmern an der Bewegung als ein besonders drängendes und wichtiges, schnell anzugehendes Problem der nuklearen Abrüstung angesehen wird. Außerdem ist diese Forderung einfach und radikal. Ihre Durchsetzung würde eine reale Minderung der Atomkriegsgefahr in Europa bedeuten. Und das ist es, was viele wollen: endlich reale, deutlich spürbare Abrüstung. Ein einheitliches Konzept für eine solche Zone (Größe etc.) existiert jedoch nicht.²¹

2. Als entscheidender Ausweg aus der jetzigen Hochrüstung, als Weg zu einer atomwaffenfreien Zone wird von vielen die Konzeption *einseitiger Abrüstung* angesehen. Eine solche Konzeption beruht auf der Einschätzung, daß der entscheidende Grund dafür, daß es mit der Abrüstung nicht vorangeht, im gegenseitigen Mißtrauen, in den wechselseitig übersteigerten Feindbildern zu suchen ist. Eine Seite müsse den Anfang machen, nur so könne langsam Vertrauen entstehen.²²

Auch hier muß darauf hingewiesen werden, daß die konkreten Vorstellungen darüber, was „einseitige Abrüstung“ sein soll und wie sie durchgesetzt werden kann, sehr weit auseinandergehen und vom gemäßigten „Gradualismus“ bis zum radikalen „Unilateralismus“ alle denkbaren Varianten einer solchen Konzeption in der Bewegung ver-

20 Eine Gesamtdarstellung der Entwicklung sicherheitspolitischer Alternativkonzepte in der Friedensbewegung der BRD gibt meine Diplomarbeit „Zur Entwicklung sicherheitspolitischer Alternativkonzepte in der Friedensbewegung der BRD seit 1979“, abgeschlossen im Juni 1982.

21 Vgl. u. a.: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), „Frieden mit anderen Waffen“, Reinbek 1981, S. 121 ff.

22 Die Konzeption stammt vom Anfang der 60er Jahre. Ihre Hauptexponenten sind Charles E. Osgood, A. Etzioni und E. Fromm.

treten sind. Das Hauptaugenmerk richtet sich klar auf einseitige Reduzierung im Bereich der Atomwaffen. Zuweilen wird auch der Verzicht auf die neuen NATO-Raketen bereits als einseitige „Vorleistung“ gewertet.

3. Diskutiert werden eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Veränderung der *Militärstrategie und Bewaffnung* von NATO und Bundeswehr. In der Diskussion sind Überlegungen, in der NATO zu einer strikten Mindestabschreckung überzugehen, die im wesentlichen auf U-Boot-gestützten Systemen basieren soll. Parallel dazu könnte die Bundeswehr — so manche Überlegungen — zu einer Defensivarmee umgerüstet werden, wobei man sich oft an den Vorschlägen *H. Afheldts* orientiert. Aber auch Überlegungen für ein Defensivkonzept ganz ohne atomaren Abschreckungsschirm sind im Gespräch.²³ Parallel zu solchen Vorschlägen werden vor allem eine deutliche Reduzierung des Rüstungsetats, das Verbot des Waffenexports, der Beginn einer Rüstungskonversionsplanung und weitere innenpolitische Reformschritte wie die Einrichtung eines Abrüstungsamtes gefordert.

4. Insbesondere von den „Grünen“ wird der völlige Verzicht auf eine bewaffnete militärische Verteidigung und der Übergang zur „*Sozialen Verteidigung*“ gefordert. SV soll in Form gewaltfreier Aktionen der Bevölkerung gegen einen potentiellen Aggressor durchgeführt werden und nach außen eine defensive „Warnungs- und Abhaltewirkung“ entwickeln.²⁴

5. Schließlich hat sich eine breite Debatte über die zukünftige bündnispolitische Orientierung der BRD, ihren außenpolitischen Status und über neue Wege zur Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit entwickelt. Eine Gruppe von Kräften, zu der auch die DKP gehört, orientiert vor allem auf die Weiterentwicklung der Entspannung und auf erste Abrüstungsschritte als organische Fortführung des KSZE-Prozesses hin zu einer europäischen Sicherheitsgemeinschaft. Bei sozialdemokratischen Kräften spielt das Konzept der „Sicherheitspartnerschaft“ hierbei eine wichtige Rolle. Von ihnen und anderen wird auch auf eine „Reform“ der NATO gedrängt: Die Westeuropäer sollen in ihr mehr Gleichberechtigung und Einfluß erhalten.²⁵

Von manchen wird aber auch der Austritt der BRD aus der NATO und der Status der Neutralität als eine Lösung der Probleme angesehen. Weniger an einen Alleingang der BRD wird dabei gedacht als an eine kollektive Neutralisierung einer ganzen Gruppe von Staaten in Europa, die einen Status der „Blockfreiheit“ erhalten sollen. Dies wird als Weg zur Auflösung der Militärallianzen, von manchen auch der „Blöcke“ selbst angesehen. Bestimmte Gruppen glauben, hierin auch den Schlüssel für eine Wiedervereinigung Deutschlands gefunden zu haben.²⁶

23 Auch das Konzept einer stabilen Mindestabschreckung stammt vom Anfang der 60er Jahre aus den USA. Zu Afheldts Konzept siehe: H. Afheldt, *Verteidigung und Frieden*, München 1979; zum Defensivkonzept siehe: A. Buro, *Striktes Defensivkonzept als Alternative*, in: „*Antimilitarismus-Information*“, 3/1981

24 Zum Konzept siehe vor allem Th. Ebert, *Soziale Verteidigung*, Band 1, 2, Waldkirch 1981

25 Das Konzept der „Sicherheitspartnerschaft“ breitet aus K. Voigt, *Wege zur Abrüstung*, Frankfurt 1981; Eppers Überlegungen zur Zukunft der NATO in: E. Eppler, *Wege aus der Gefahr*, Reinbek 1981, S. 205 ff.

26 Vgl. u. a. Die Grünen (Hrsg.), *Friedensmanifest*, Bonn 1982; H. Rasch, *NATO-Bündnis oder Neutralität?*, Köln 1981; U. Albrecht, *Disengagement, atomwaffenfreie Zone, Neutralismus*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6—7/1981; die „deutsche Frage“ wird aufgerollt bei: Berlin-AG in der AL

Vier Hauptprobleme tauchen in der Diskussion über die politische Programmatik der Friedensbewegung auf:

1. die ambivalente Haltung mancher Gruppen zur Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz. Sie wird vielfach als gescheitert oder zumindest als in der alten Konzeption gescheitert angesehen. Dies betrifft besonders die gleichgewichtige bi- und multilaterale Abrüstung;

2. die Gleichsetzung von Ost und West unter dem Titel der „Supermächte“ oder der „Blocklogik in Ost und West“. Dies behindert sowohl die Kämpfe gegen die NATO-Aufrüstung als auch die Erkenntnis über realistische Alternativen. Die „Überwindung der Blöcke“ im Sinne eines „Dritten Weges“ ist kein möglicher Weg zum Frieden. Von diesem Ansatz - der das Bemühen um die Schaffung einer „staatsunabhängigen“, „autonomen“ Friedensbewegung in den sozialistischen Ländern implizieren kann - gehen gegenwärtig die nicht unwirksamen Versuche zur Desorientierung und Spaltung der Friedensbewegung aus;

3. die nach wie vor wirkenden Elemente der imperialistischen „Bedrohungslüge“ in der Bewegung, die nicht wenige daran hindern, das alte „Feindbild“ der UdSSR aufzugeben und eine realistische Bewertung der sowjetischen Politik und der sowjetischen Friedensinitiativen vorzunehmen;

4. die vielfach noch fehlende Klarheit über realistische Wege zum Ziel einer abgerüsteten und friedlichen Welt. Daß dieses die Veränderung materieller Kräfte- und Machtverhältnisse bedeutet und nur in langwierigen Klassenauseinandersetzungen zu erreichen ist, ist verständlicherweise nicht Gemeingut der Bewegung. Entscheidend bleibt, die Einheit in der Ablehnung der neuen NATO-Raketen allen Differenzpunkten zuzuordnen.

VI. Neue Friedensbewegung – Demokratische Bewegung – Neue soziale Bewegungen in der BRD

Nach unserer Meinung spiegelt das Wachsen der neuen Friedensbewegung eine qualitative Höherentwicklung der Klassenauseinandersetzung in der BRD wider und treibt diese aktiv voran. Sie erhält Impulse und Verstärkung aus anderen sozialen Bewegungen, wirkt aber auch selber befruchtend auf diese zurück. Folgende Aspekte seien in aller Kürze aufgeführt:

1. Das qualitativ neue Niveau an *Selbsttätigkeit* bisher passiver Bürger in Friedensinitiativen und die Bereitschaft, mit dem eigenen Namen (z. B. auf einem Aufruf) für das Ziel „Frieden durch Abrüstung“ einzustehen.

2. Die Erhöhung des *Organisationsgrades* der demokratischen Bewegung in der BRD gegenüber allem, was es in den 60er und 70er Jahren bisher gegeben hat. Organisationsgrad meint sowohl die organisierte Tätigkeit der einzelnen Gruppierungen selber wie ihren lokalen und bundesweiten Zusammenschluß, der am beeindruckendsten am 10. 10. zum Ausdruck kam. Mit dem Anwachsen der neuen Friedensbewegung ist ein Netz organisierten demokratischen Bürgerprotests im ganzen Land entstanden, der – zu-

mindest in der einen und wichtigsten Forderung gegen die NATO-Raketen — *an einem Strang* zieht.

3. Das *neue Niveau des Zusammenschlusses* und Bündnisses vorher separat operierender sozialer und politischer Bewegungen. Die neue Friedensbewegung ist zu einem Kristallisationspunkt, zu einer Klammer geworden, die unterschiedliche Bewegungen zusammenführt, und die vorher fehlte. Hierin wird eine Gesetzmäßigkeit deutlich, die ihren objektiven Hintergrund in dem immer engeren Zusammenhang aller Seiten der einheitlichen Krisenstrategie des Großkapitals hat. Dabei ist die Friedensbewegung nicht an die Stelle der alten Bewegungen getreten, wie die Massenaktionen gegen die „Startbahn West“ in Hessen, der bundesweite Studentenstreik im Herbst 1981, die Aktionen gegen „Rotstiftpolitik“ etc. zeigen.

4. Das Hineinwirken der Bewegung — und damit des außerparlamentarischen Massenkampfes — in das bestehende Parteiensystem und das System des bürgerlichen Parlamentarismus. Wichtige Teile von SPD und FDP — bei der SPD bis hinein in die Führung — unterstützen die Bewegung, die Führungen aller Bonner Parteien sind zum Manövrieren gezwungen. Breit verankert ist in der Bewegung der Gedanke, eine „neue, eine echte Weise von Demokratie“ (*H. Gollwitzer*) praktizieren zu wollen. Man will sich nicht mehr auf „die in Bonn“ verlassen, sondern seine Belange selber in die Hand nehmen.

Hier entsteht eine Gegenkraft zum imperialistischen „Volksparteien“-System und seiner Ideologie, das die sozialen und politischen Gegensätze in unserer Gesellschaft vertuschen und die Bürger auf die Führungen der mit dem staatsmonopolistischen System verbundenen Parteien fixieren soll. Die Friedensbewegung als solidarisch handelnde Volksbewegung verkörpert in gewisser Weise hierzu ein Gegenmodell.

Drei Zentren europäischer Friedens- und Rüstungsforschung Eine vergleichende Analyse

Jürgen Reusch

1. Das SIPRI, Stockholm — 2. Das IISS, London — 3. Das IIF, Wien — 4. Zur Frage des globalen nuklear-strategischen Gleichgewichts — 5. Rüstungsausgaben und soziale Folgen — 6. Das euronukleare Gleichgewicht — 7. Triebkräfte des Wettrüstens und die Abrüstung

Die anwachsenden politischen und ideologischen Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden haben auch einen Aufschwung derjenigen Forschung nach sich gezogen, die sich mit diesen Fragen beschäftigt. Die hier vorgestellten und miteinander verglichenen europäischen Institute stellen eine in gewisser Weise repräsentative Auswahl dar. Sie vertreten drei Hauptströmungen im wissenschaftstheoretischen und weltanschaulichen Streit um Krieg und Frieden. Ihre Ausstrahlung auf die BRD ist beträchtlich.

Das Londoner *International Institute for Strategic Studies* (Internationales Institut für strategische Studien) macht sich zum Multiplikator der NATO-Kreise, die unter Berufung auf die angebliche kommunistische Bedrohung Frieden und Sicherheit durch militärische Stärke erhalten zu wollen vorgeben. Das *Stockholm International Peace Research Institute* (Stockholmer Internationales Friedensforschungsinstitut) dagegen vertritt in seinem unbestritten ernsthaften Friedensengagement eine „neutrale“, bürgerlich-pazifistische Linie der Friedenssicherung durch Abrüstung und Abbau von Spannungen bei prinzipieller Beibehaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Das Wiener *Internationale Institut für den Frieden* mobilisiert Wissenschaft im kapitalistischen und sozialistischen Europa für eine Friedenssicherung, die auch die sozialökonomischen Grundlagen des Krieges aufdecken und verändern helfen soll.

Die drei Institute haben nicht exakt die gleichen Arbeitsgebiete und lassen innerhalb ihrer Veröffentlichungen in unterschiedlichem Maße divergierende Auffassungen zu. Dennoch gestatten es die Äußerungen ihrer führenden Repräsentanten und die in ihren regelmäßigen Publikationen bevorzugt vertretenen Positionen, eine Hauptlinie zu erkennen, zu der hier kritisch Stellung genommen wird. Zweck der Analyse ist es, herauszuarbeiten, was diese Institute dem Kampf der Arbeiter- und Friedensbewegung jeweils geben können und was nicht.

1. Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)

SIPRI wurde 1966 in Stockholm aus Anlaß des 150. Jahrestages ununterbrochenen Friedens in Schweden gegründet.¹ SIPRI betrachtet sich selbst als unabhängiges Institut

¹ Die nachstehenden Informationen stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus den SIPRI-Jahrbüchern: *World Armaments and Disarmament*, SIPRI Yearbook, Stockholm—New York—London, 1969 ff. Zur Information über alle drei Institute wurde herangezogen: W. S. Schaposchnikow u. a., *Internationale nichtstaatliche Organisationen und Einrichtungen*, Handbuch, Moskau 1982 (russ.), S. 239 ff., 247 f., 334 ff.

für Fragen der Friedens- und Konfliktforschung mit besonderer Berücksichtigung der Probleme von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Es beabsichtigt, den Stand und Charakter des Wettrüstens sowie die Versuche zu seiner Beendigung zu erforschen und erklärt in seinen Statuten, einen wissenschaftlichen Beitrag zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte und zu einem dauerhaften Frieden leisten zu wollen. Seine Finanzierung wird durch die schwedische Regierung gesichert und beträgt pro Jahr etwa eine Million Dollar.² Der Mitarbeiterstab sowie Vorstand und wissenschaftlicher Beirat sind international besetzt. Eine formelle Mitgliedschaft kennt es nicht.

Der erste Direktor des SIPRI war *Prof. Dr. Robert Neild* (Großbritannien); ihm folgte 1972 *Frank Barnaby*, der unlängst von *Frank Blackaby* abgelöst wurde. Stellvertretender Direktor ist immer ein Mitglied des schwedischen Außenministeriums, und gewöhnlich gehört auch ein schwedischer Offizier mittleren Ranges dem Institut als Berater an.³ Der Vorstand des SIPRI besteht aus acht Personen. 1981 gehörten ihm neben *Barnaby* folgende Mitglieder an: *Dr. Rolf Björnerstedt* (Schweden) als Vorsitzender; *Robert Neild* als stellv. Vorsitzender; *Tim Greve* (Norwegen); *Dr. Max Jakobson*; *Prof. Dr. Karl-Heinz Lohs* (DDR); *Prof. Dr. Leo Mates* (Jugoslawien); *Prof. Dr. Bert Röling* (Niederlande). Er wird von der schwedischen Regierung für fünf Jahre ernannt und tritt zwei- bis dreimal jährlich zusammen. SIPRI's Mitarbeiterstab ist international und umfaßt ca. 40 Personen, die für 1—5 Jahre angestellt sind. Nicht alle Wissenschaftler, die sich an seinen Veröffentlichungen beteiligen, sind ständige Mitarbeiter des Instituts. Außerdem besitzt das Institut einen 24köpfigen wissenschaftlichen Rat, der mindestens einmal in fünf Jahren tagt; ihm gehören auch Wissenschaftler aus der UdSSR an. Er ist lediglich ein beratendes Organ.

SIPRI gibt an, daß sich seine Veröffentlichungen überwiegend auf US-amerikanische Quellen stützen, nämlich Materialien des US-Kongresses und militärtechnische Zeitschriften, Publikationen der US-Regierung und großer US-Forschungsinstitutionen. SIPRI verwendet nur öffentlich zugängliches Material. Die Quellen werden jedoch nicht in allen Fällen aufgeführt. SIPRI weist darauf hin, dieses Material, auf das man sich deswegen stütze, weil es im Unterschied zu dem anderer Länder reichlich zur Verfügung stehe, dürfe keineswegs unkritisch benutzt werden. Seine fast alleinige Verwendung schließe keine dementsprechende Wertung ein. Dieser kritische Anspruch wird allerdings nicht in allen Fällen eingelöst.

Die wichtigste und einzige regelmäßige Veröffentlichung von SIPRI ist sein Jahrbuch. Es trägt heute den Titel „World Armaments and Disarmament. Sipri Yearbook“; Erscheinungs- und Berichtsjahr sind gleich. 1981 erschien der zwölfte Band, an dessen Erstellung 18 Autoren beteiligt waren. Die Jahrbücher haben einen Umfang von rund 500 Seiten; als ihre Aufgabe wird bezeichnet, zum umstrittenen Thema des Wettrüstens und den Versuchen, es zu stoppen, einen sachkundigen und ausgewogenen Bericht zu geben. Die Jahrbücher 1980 und 1981 sind auch in gekürzter deutscher Übersetzung erschienen.⁴ 1980 wurde ein kumulativer Index zu den bisherigen zehn Jahrbüchern veröffentlicht. Eine übersichtliche Zusammenfassung der SIPRI-Forschungen kann auch

2 U. Albrecht, A. Eide, M. Kaldor, M. Leitenberger, J. Robinson, Forschungsführer Militär- und Rüstungsindustrie, in: Freimut Duve (Hrsg.), *Technologie und Politik*, Bd. 4, Reinbek 1976, S. 159.

3 Ebd., S. 161.

4 SIPRI Rüstungsjahrbuch 1980/81 und 1981/82, Reinbek 1980 und 1981. Wenn möglich, wird aus den deutschen Fassungen des SIPRI-Jahrbuchs zitiert.

dem Handbuch „Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter“ entnommen werden, das in englischer und deutscher Fassung vorliegt.⁵

Ein SIPRI-Jahrbuch besteht aus zwei Teilen: einer analytischen Darstellung und reichhaltigem statistischem Material. Die wichtigsten Themen sind: Entwicklung und Vergleich der Weltrüstungsausgaben; Entwicklung von Militärtechnologie und Abschreckungsstrategie; Produktion konventioneller Waffen; Waffenhandel; militärische Nutzung des Weltraums; Entwicklung der nuklearen Waffen; Einschätzungen des Stands der Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsbemühungen usw. Jedem Kapitel folgen entsprechende Statistiken. Es ist zu Recht kritisiert worden⁶, daß die Fülle der Informationen häufig zu wenig aufbereitet und gelegentlich willkürlich ausgewählt ist. Eine zweite Kritik richtet sich gegen die „überempirische Betonung“ des Jahrbuchs. Obwohl das SIPRI-Jahrbuch im theoretischen Niveau dem Jahrbuch des Londoner IISS weit voraus ist, verfügt es über keine zusammenhängende methodologische Grundlage bei der Verarbeitung des Datenmaterials. Die Kapitel des SIPRI-Jahrbuchs haben verschiedene Autoren und können divergierende Standpunkte sowie unterschiedliche Qualität aufweisen.

Die SIPRI-Jahrbücher vertreten den Standpunkt, Rüstung führe durchaus nicht zu Sicherheit und Frieden, und die bisherigen Bemühungen, den Rüstungswettlauf zu bremsen, zu stoppen oder umzukehren, seien der Größe der Gefahr keineswegs angemessen.

Außer den Jahrbüchern veröffentlicht SIPRI auch die Reihen „Stockholm Papers“ und „Research Reports“ sowie zahlreiche Monographien, vor allem Analysen der Entwicklung neuer Waffenarten, ihrer militärstrategischen, politischen, sozialen und biologischen Wirkung, Analysen zum Stand von Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsverhandlungen usw., und zwar alle in englischer Sprache. Zu diesen und ähnlichen Fragen veranstaltet SIPRI auch internationale Symposien und nimmt seinerseits an Konferenzen anderer Institutionen teil, z. B. der Pugwash-Konferenz, Tagungen der Weltföderation der Wissenschaftler, dem Weltkongreß der Friedenskräfte 1973 in Moskau und Symposien des IIF.

Es ist durchaus solchen Fachleuten und Friedensforschern zuzustimmen, die SIPRI's ernst zu nehmende und konstruktive wissenschaftliche Tätigkeit im Sinne der Friedenssicherung hervorheben.⁷ Die weitere Darstellung wird allerdings auch zeigen, daß SIPRI's „neutraler“ Standpunkt bestimmte Wesenszüge des Wettrüstens nur unzulänglich oder direkt falsch zu erklären vermag.

2. Das Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS)

Das Londoner Internationale Institut für Strategische Studien wurde 1958 von einer Gruppe britischer Wissenschaftler, Politiker, Journalisten und Kirchenvertreter ge-

5 World Armaments and Disarmament, SIPRI Yearbooks 1968—1979, Cumulative Index, London 1980; SIPRI (ed.), Armaments and Disarmament in the Nuclear Age, Stockholm 1976; dt.: Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter. Ein Handbuch, Reinbek 1977.

6 Albrecht u. a., a. a. O., S. 159 f.

7 Ebd., S. 161; Gert Bastian, Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschuß in der Darstellung der Bundesregierung, in: G. Schröder, G. Bastian, Wider den NATO-Rüstungsbeschuß, Bonn 1981, S. 17; Nino Pasti, in: Generale für den Frieden, Interviews von G. Kade, Köln 1981, S. 247; ders., Nachwort zu G. Kade, Wer bedroht uns, Köln 1981, S. 143.

gründer.⁸ Nach eigenen Angaben wurde es 1964 in ein internationales Institut umgewandelt. Das IISS beansprucht Unabhängigkeit von Regierungen und behauptet, niemandes besondere Interessen zu vertreten. Ihm gehören als Mitglieder öffentliche Institutionen, Beamte der staatlichen Bürokratien, besonders von Verteidigungsministerien, Journalisten, Politiker, private Unternehmen usw. aus über 60 Ländern an, und zwar 600 individuelle und etwa 500 korporative Mitglieder. Sozialistische Länder gehören dem Institut nicht an.

Über seine Finanzquellen macht das Institut nur vage Angaben. Es verfügt über einen Etat, der durch Zuwendungen einer „Anzahl von Ländern in Amerika, Europa und Asien“ gespeist wird, d. h. Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Verkaufserlösen, private Spenden z. B. von Stiftungen; es kursieren nicht nachprüfbar Gerüchte über Finanzhilfen von Regierungen kapitalistischer Länder. 1974–76 erhielt das IISS etwa 72 000 DM Zuschüsse von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung.⁹ Wie immer die Finanzierung auch vor sich gehen mag — dem rein quantitativen Umfang seiner Forschungstätigkeit nach kann das Institut auf beträchtliche Mittel zurückgreifen.

Der Direktor des Institutes ist *Christoph Bertram* (BRD); *Gregory Treuerton* ist stellv. Direktor. Dem insgesamt 37köpfigen Beirat des Instituts steht *Ernst van der Beugel* (NL) vor. Alle leitenden Organe werden auf einer jährlichen Mitgliederversammlung gewählt. Der Mitarbeiterstab des IISS ist international. Es vergibt regelmäßig — meist einjährige — Forschungsaufträge an Wissenschaftler, die nicht dem Institut angehören. Die so gewonnenen Arbeiten werden in den Schriften des IISS veröffentlicht.

Das IISS weist seiner Arbeit drei Hauptfunktionen zu: Es bezeichnet sich als Forschungsinstitut, Informationszentrum und Diskussionsforum für Probleme der internationalen Sicherheit. Es geht von der Annahme aus, daß im „Atomzeitalter“ internationale Sicherheit, Verteidigung und Rüstungskontrolle vernünftiges Handeln erfordern und will dazu einen Beitrag leisten. Dieses Selbstverständnis verdient besondere Beachtung, weil es im Vergleich zu SIPRI und IIF einen grundsätzlich anderen Standpunkt deutlich macht: Das Londoner Institut geht keineswegs eindeutig davon aus, daß Wettrüsten und Sicherheit sich umgekehrt proportional verhalten; es tritt nicht konsequent für Abrüstung ein; sein Anliegen ist nicht, auf die besorgniserregende Höhe der Militärausgaben zu verweisen, sondern es sucht nach Wegen, Rüstung und Sicherheit auf einen Nenner zu bringen. Insofern ist es durchaus dem Sicherheitsverständnis der Abschreckungsstrategie verpflichtet. Konsequenterweise bezeichnet sich das IISS daher auch nicht als Friedensforschungsinstitut.

Über seine Informationsquellen gibt das Institut nur spärliche Auskunft. Es gehören dazu: verschiedene militärtechnische Handbücher, Informationen aus der Presse und von Mitgliedern des Instituts.¹⁰ Die Lektüre der IISS-Publikationen zeigt rasch, daß US-Regierungsbehörden, besonders die CIA, NATO-nahe Zeitschriften und ähnliche Quellen bevorzugt werden. Das IISS läßt den kritischen Umgang mit diesen Quellen vermissen. Häufig bleibt unklar, aus welchen Quellen die Informationen stammen. Der scheinbaren Objektivität der Fakten gegenüber ist Mißtrauen angebracht.

⁸ Informationen über das IISS sind, wenn nicht anders angegeben, aus dem Jahrbuch „The Military Balance“ (TMB), London, 1959 ff., entnommen, sowie aus der Zeitschrift des Instituts.

⁹ Albrecht u. a., a. a. O., S. 147 und 177, Anm. 5

¹⁰ Laut Albrecht u. a., a. a. O., S. 148, wertet das IISS als einzige BRD-Zeitung die „Frankfurter Allgemeine“ aus, was nicht gerade auf einen gründlichen diesbezüglichen Informationsstand schließen läßt.

Die wichtigste Veröffentlichung des IISS ist sein Jahrbuch „The Military Balance“ (Das militärische Kräfteverhältnis, TMB; Umfang 1981/82 etwa 120 Seiten, Auflage ca. 13 000 Exemplare,¹¹ was angesichts des niedrigen Preises eine recht hohe Verbreitung andeutet). Das schmale Buch enthält intensives Zahlenmaterial über Bewaffnungen konventioneller und nuklearer Art, über Mannschaftsstärken und Verteidigungsausgaben der wichtigsten Länder der Erde. In seiner heutigen Form ist das Jahrbuch in drei Hauptabschnitte gegliedert: der erste und umfangreichste stellt die Bewaffnung der militärischen Bündnisse und einzelnen Länder detailliert dar; der zweite enthält Tabellen (Rüstungsausgaben, Kräftevergleiche usw.); der dritte und kürzeste gibt eine als „Analyse“ bezeichnete Einschätzung des militärischen Gleichgewichts, besonders für Europa. TMB verzichtet weitgehend auf theoretische Ausführungen und methodologische Überlegungen. Die scheinbare Objektivität der dargebotenen Fakten enthält allerdings massive Bewertungen, die nicht immer offen als solche erkennbar sind. TMB will offenbar keine theoretischen Einsichten vermitteln, sondern rein quantitative und teils qualitative Bewertungen und Kräftevergleiche anstellen.

Neben TMB publiziert das IISS den „Strategic Survey“ (Strategische Übersicht), eine jährlich erscheinende Analyse der wichtigsten Konflikte in der Welt und der Rüstungsbegrenzungs- und Kontrollaktivitäten. Die Zeitschrift des IISS, „Survival“ (Überleben), erscheint sechsmal im Jahr mit einem Umfang von 40 bis 50 Seiten und enthält neben eigenen Artikeln auch Nachdrucke aus anderen Zeitschriften, Dokumente und Buchrezensionen.

Die Schriftenreihe des IISS, „Adelphi Papers“, bringt kurze Monographien aus dem Forschungsprogramm des Instituts (acht bis zehn Hefte pro Jahr, bisher insgesamt etwa 170). Ausgewählte Monographien werden in der „Adelphi Library“ auch in Sammelbänden herausgegeben. Daneben hat das IISS zahlreiche Bücher vorgelegt. Alle IISS-Veröffentlichungen erscheinen in englischer Sprache.

Das Institut veranstaltet zahlreiche Seminare und Gesprächsrunden, „Alastair Buchan Memorial Lectures“ (in Erinnerung an den ersten Direktor des IISS) und eine jährliche Konferenz, deren Ergebnisse ebenfalls in den „Adelphi Papers“ veröffentlicht werden. Die Themen der letzten Konferenzen geben einigen Aufschluß über Schwerpunkte, die das IISS setzt: „Neue konventionelle Waffen und die Sicherheit in Ost und West“; „Perspektiven der sowjetischen Macht in den achtziger Jahren“; „Die Zukunft der nuklearen Abschreckung“; „Konflikte in der Dritten Welt und die internationale Sicherheit“.

Verschiedentlich wurde mit Recht darauf hingewiesen, daß das IISS der NATO nahesteht und Einschätzungen hervorbringt, die gewöhnlich NATO-Standpunkte unterstreichen. Konsequenterweise stützt sich die Bundesregierung in der Verteidigung ihrer Positionen gegen Friedensbewegung und kritische Friedensforschung auf das Londoner Institut (s. u.). Am schwerwiegendsten werden die vom IISS gelieferten Fakten dadurch diskreditiert, daß sie, der politischen Großwetterlage folgend, von Fall zu Fall abgeändert werden, wenn es neue Rüstungsschritte zu rechtfertigen gilt. General *Nino Pasti* sagt daher über das IISS: „Sein Ruf als unabhängige Forschungseinrichtung, die exakte Informationen liefert, ist völlig ungerechtfertigt“.¹² Das mag auch damit zusammenhän-

11 Albrecht u. a., a. a. O., S. 146.

12 Pasti, Nachwort, a. a. O., S. 125. Zur Kritik am IISS allgemein: ebd. S. 125 ff. und ders., in: Generale für den Frieden, a. a. O., S. 246 ff.; Albrecht u. a., a. a. O., S. 146 ff.; Dieter S. Lutz, *Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa*, Reinbek 1981, S. 97; Max Schmidt/Stefan Doernberg, *Der Kampf*

gen, daß an der Abfassung des IISS-Jahrbuchs „informierte“ Mitglieder im britischen Verteidigungsministerium und der US-Botschaft beteiligt sind.¹³

3. Das Wiener Internationale Institut für den Frieden (IIF)

Das IIF wurde 1957 auf Initiative des Weltfriedensrats als ein internationales Institut gegründet.¹⁴ Von SIPRI und IISS unterscheidet es sich in Größe, Struktur und Aufgabenstellung beträchtlich. Das IIF gibt kein den Jahrbüchern der beiden anderen Institute vergleichbares militärisches Handbuch heraus. Militärtechnische Studien und Kräftevergleiche sind nicht sein Hauptanliegen. Das IIF ist, gemessen an SIPRI oder IISS, ein relativ kleines Institut mit einer geringen Zahl fester Mitarbeiter. Dennoch hat es eine außerordentlich umfangreiche und international vielbeachtete wissenschaftliche Tätigkeit entwickelt, die auch auf die BRD ausstrahlt.

Laut Satzung verpflichtet sich das IIF, „zur Erhaltung, Sicherung und Festigung des Friedens in der ganzen Welt beizutragen“. Es konzentriert seine Aktivitäten auf Friedensforschung, die Organisation von wissenschaftlichen Konferenzen und Symposien sowie die Veröffentlichung ihrer Resultate. Das IIF ist zu einem anerkannten Treffpunkt für Wissenschaftler aus Ost und West geworden und ermöglicht einen offenen Meinungsaustausch über alle Aspekte der Friedensproblematik, über die Ursachen von Konflikten und die Wege zu ihrer Überwindung aus unterschiedlichen wissenschaftstheoretischen und weltanschaulichen Positionen. *Bredow* sagte schon 1973 über das IIF: „Das Wiener Internationale Institut für den Frieden... versucht seit einiger Zeit in beispielhafter Weise, Wissenschaftler aus Ost und West zu gemeinsamen, offenen Diskussionen zusammenzubringen, um die sich anbahnende gesamteuropäische Kooperation vorbereiten zu helfen.“¹⁵

Mitglieder des Instituts sind Organisationen (z. B. wissenschaftliche Institutionen der Friedensforschung aus Österreich, Bulgarien, Ungarn, Polen, der UdSSR, Finnland, der CSSR, der DDR und auch der BRD, wie die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) und Einzelpersonen. Das IIF wird durch Beiträge seiner Mitglieder finanziert; der jährliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf mindestens 10 Dollar für Personen und 1000 Dollar für Institutionen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des IIF liegt in der Organisation von Tagungen, deren Dokumente in verschiedenen Sprachen veröffentlicht werden. Deren wissenschaftliche und politische Breite hat das IIF selbst zu einem aktiven Faktor der Entspannung und Friedenssicherung in Europa werden lassen, ganz im Sinne seines Selbstverständnisses, öffentlichen Druck in Richtung auf Friedenssicherung entwickeln zu wollen.

Einige Themenkreise dieser Konferenzen seien hier genannt: Rüstung — globale Probleme — Ökologie; Marxisten und Christen; Probleme der Entspannung in Europa;

um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, Schlüsselfrage internationaler Politik, in: IPW-Forschungshefte, 2/1980, S. 40.

13 Albrecht u. a., a. a. O., S. 149.

14 Angaben über das IIF sind entnommen aus einem Informationsmaterial des Instituts, Wien o. J. (1979), der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ und Büchern des IIF, besonders Wilfried v. Bredow (Hrsg.), Zum Charakter internationaler Konflikte, Köln 1973

15 Bredow, Einleitung, ebd. S. 8.

Fragen des Charakters und der Lösung internationaler Konflikte; die Rolle der Öffentlichkeit im Friedenskampf; Wege des Verbots neuer Massenvernichtungswaffen; Rüstungskonversion; die Rolle der transnationalen Monopole im Wettrüsten usw. Für 1982 plante das Institut u. a. Symposien über neue Chemische Waffen; über aktuelle Probleme gegenwärtiger antimilitaristischer Bewegungen und über vertrauensbildende Maßnahmen. Bei solchen Anlässen arbeitet das IIF häufig mit anderen wissenschaftlichen Institutionen zusammen, z. B.: International Peace Research Association; International Peace Science Society; SIPRI; Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Berlin (IPW); Peace Research Institute, Oslo (PRIO); Weltföderation der Wissenschaftler; Club of Rome; Weltfriedensrat u. a. 1974 erwarb das IIF den Status C einer nichtstaatlichen Organisation bei der UNESCO, 1978 den Status B (konsultativ). Das IIF arbeitete mit an der 1978 von der UNESCO herausgegebenen Bibliographie zu den sozialökonomischen Folgen des Wettrüstens und der Abrüstung. Im gleichen Jahr beteiligte es sich an der UNO-Sondertagung über Abrüstung.¹⁶

Das IIF veröffentlicht eine Vierteljahreszeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ in deutscher und englischer Sprache. Führende Repräsentanten haben auch beachtenswerte eigene Forschungsarbeiten vorgelegt, so z. B. *Gerhard Kade*.

Als Quellen verwendet das IIF die Veröffentlichungen anderer Friedensforschungs- und Konfliktforschungsinstitute in Ost und West, Materialien der UNO, einschlägige Periodika usw. Ähnlich wie SIPRI und im Unterschied zum IISS legt das IIF über seine Quellen genau Rechenschaft ab.

Mindestens alle drei Jahre einmal tagt die Vollversammlung des Instituts; sie wählt ein Exekutivkomitee, das wiederum aus seiner Mitte ein Präsidium bestimmt. Zur Zeit gehören diesem Gremium an: *Dr. Georg Fuchs* (Österreich), Präsident; *Prof. Dr. Gerhard Kade* (BRD) und *Dr. Nikolai Poljanow* (UdSSR), Vizepräsidenten; *Prof. Dr. Walter Hollitscher* (Österreich), Kanzler; *W. Wassiljew* (UdSSR), geschäftsführender Direktor; sowie eine Reihe weiterer Mitglieder. Das Exekutivkomitee benennt einen wissenschaftlichen Beirat, der Wissenschaftler aus etwa zwanzig Ländern umfaßt.

Die nachstehende Analyse versucht, die wissenschaftliche Tätigkeit der drei Institute zu einigen Hauptfragen der Friedensbewegung und Friedensforschung zu vergleichen. Sie beginnt mit der Behandlung des globalen nuklear-strategischen Gleichgewichts; es folgen die Problematik der Militärausgaben und ihrer sozialökonomischen Folgen, die Bewertung des nuklearen Gleichgewichts in Europa und damit zusammenhängend des NATO-Beschlusses von 1979 und schließlich die Frage der Ursachen des Wettrüstens und der Möglichkeiten zu seiner Beendigung.

4. Das globale nuklear-strategische Gleichgewicht

Zwischen USA und UdSSR, zwischen NATO und Warschauer Vertrag (WV) besteht etwa seit dem Beginn der siebziger Jahre ein annäherndes militär-strategisches Gleichgewicht.¹⁷ Seine nukleare Seite wurde 1972 und danach in den SALT-Verträgen, die kon-

¹⁶ Schaposchnikow u. a., a. a. O., S. 242.

¹⁷ Wenn im folgenden einfach von Gleichgewicht gesprochen wird, so ist damit immer ein annäherndes, ungefähres Gleichgewicht gemeint.

ventionelle 1973 beim Beginn der Wiener MBFR-Verhandlungen als Ausgangspunkt anerkannt. Dieses Gleichgewicht ist eine von verschiedenen Komponenten des internationalen Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus und darf nicht mit diesem Kräfteverhältnis selbst identifiziert werden. Gleichgewicht bedeutet nicht Gleichheit, sondern besteht etwa dann, wenn beide Seiten über die Fähigkeit verfügen, sich gegenseitig Vernichtungen von unerträglichem Ausmaß beizubringen und keine Seite zum allesvernichtenden Erstschlag in der Lage ist. Kernwaffen spielen hierbei die entscheidende Rolle und bilden den Kern dieses Gleichgewichts.

Für die Sicherung von Frieden und Entspannung und die Möglichkeit konkreter Abrüstungsschritte hat das Gleichgewicht eine zentrale Bedeutung. Es geht nicht darum, einen „Fetisch“ Gleichgewicht zu schaffen. Gleichgewicht ist kein Selbstzweck, sondern unerläßliche Voraussetzung für Abrüstungsschritte nach dem Prinzip der gleichen Sicherheit. Beim heutigen Stand des internationalen Kräfteverhältnisses ist das militär-strategische Gleichgewicht die notwendige militärische Komponente der friedlichen Koexistenz. Diese und die Erhaltung des Friedens beruhen allerdings nicht schlicht auf dem Gleichgewicht „an sich“, sondern auf der Fähigkeit des Sozialismus, dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Daß der Frieden heute in starkem Maße durch das Gleichgewicht gesichert wird, ist makaber und erschütternd, aber eine Realität. Auf die Dauer kann die Menschheit aber nicht auf Waffenbergen überleben, sondern nur, wenn das Gleichgewicht als Basis für echte Abrüstung dienen wird.

Von den hier verglichenen Instituten stellen SIPRI und IISS regelmäßig umfassende militärische Kräftevergleiche an. Beide zeigen, wenn auch mit abweichenden Zahlen, daß eine jahrelange strategische Überlegenheit der USA bestand, und kommen ungefähr übereinstimmend zu dem Ergebnis, etwa seit 1972 könne man vom Beginn des strategisch-nuklearen Gleichgewichts sprechen (vgl. Tab. 1, 2).

Es ist die für das IISS insgesamt typische Tendenz erkennbar, die Zahlen so auszuwählen, daß das Verhältnis für die USA etwas ungünstiger erscheint. Die Quellen aus regierungsoffiziellen US-Kreisen bleiben im einzelnen im dunkeln. Festzuhalten ist zunächst, daß beide Institute das numerische Verhältnis der nuklearen strategischen Trägermittel mit etwa 2000 zu 2500 für USA und UdSSR angeben. Andere Schätzungen, die sich auf die Zahlen berufen, die Experten bei den SALT-Verhandlungen erarbeiteten, setzen das US-Potential mit 2300 Trägereinheiten etwas höher an.²⁰ Bei diesem Verhältnis kommt den strategisch verwendbaren Nuklearsprengköpfen die ausschlaggebende Bedeutung zu (vgl. Tab. 3).

Tab. 3 zufolge stehen heute 9000 Atomsprengköpfen der USA 7000 der UdSSR gegenüber. Das IISS nennt die gleichen Zahlen. Beide Institute beziehen ihre Informationen hier aus US-Quellen. Die Kennziffern sind mit Vorbehalt aufzunehmen; andere Schätzungen nennen Zahlen, die das Verhältnis weit höher zugunsten der USA ange-

18 Zusammengestellt aus SIPRI Yearbook 1968/69, S. 33; Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter, S. 55 ff.; SIPRI Yearbook 1974, S. 106 f.; SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 219 ff. In den verschiedenen Jahrbüchern sind für gleiche Jahre unterschiedliche Zahlen angegeben; darauf wird hier im einzelnen nicht verwiesen. Der Sachverhalt erinnert an die Unsicherheit solcher Schätzungen.

19 Zusammengestellt aus TMB, 1973/74, S. 71; ebd. 1980/81, S. 90 f. und ebd. 1981/82, S. 5, 10, 106 f.

20 Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus? Dokumentation des Verteidigungsministeriums der UdSSR, hier nach „Neues Deutschland“, 27. 1. 1982; Europa in Gefahr, Moskau 1981, S. 25.

Tab. 1: Entwicklung des strategisch-nuklearen Gleichgewichts von 1965—1981 nach SIPRI¹⁸

		1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
USA	ICBM	854	934	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1053	1052	1052
	SLBM	464	592	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	676	600
	Bomber	738	708	697	646	581	517	565	525	500	500	500	430	348	348	348	348	348
	Summe	2056	2234	2407	2356	2291	2227	2275	2235	2210	2210	2210	2058	2058	2058	2057	1976	2000
UdSSR	ICBM	262	338	720	900	1200	1498	1527	1527	1547	1567	1587	1507	1447	1400	1398	1398	1398
	SLBM	—	—	27	59	155	248	360	456	564	664	700	716	857	889	921	950	950
	Bomber	155	155	155	150	140	140	140	140	140	140	160	180	156	156	156	156	156
	Summe	417	493	1109	1109	1495	1886	2027	2123	2251	2371	2447	2403	2460	2445	2475	2504	2504

ICBM: Intercontinental ballistic missile, Interkontinentalrakete; SLBM: Submarine-launched ballistic missile, U-Boot gestützte Rakete.

Tab. 2: Entwicklung des strategisch-nuklearen Gleichgewichts von 1965—1981 nach IISS¹⁹

		1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
USA	ICBM	854	904	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1054	1052
	SLBM	496	592	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	656	576
	Bomber	630	630	600	545	560	400	360	390	397	397	397	387	373	366	365	338	316
	Summe	1980	2126	2310	2255	2110	2110	2070	2100	2107	2107	2107	2097	2083	2076	2075	2048	1944
UdSSR	ICBM	270	300	460	800	1050	1513	1527	1527	1575	1618	1527	1477	1350	1400	1398	1398	1398
	SLBM	120	125	130	130	160	304	448	500	628	720	784	845	909	1028	1028	1028	989
	Bomber	190	200	210	150	150	140	140	140	140	140	135	135	135	135	156	156	150
	Summe	580	625	800	1080	1360	1957	2115	2167	2343	2478	2446	2457	2394	2563	2582	2582	2537

Abkürzungen: siehe Tab. 1

ben.²¹ Außerdem verdient es nähere Betrachtung, wie sich die Zahlen des IISS im Lauf der Jahre verändert haben. 1979 stellte das Institut fest, die USA besäßen insgesamt 11 000 Nuklearsprengköpfe für strategische Trägermittel, was eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr sei. Ein Jahr später verblüffte es die Leser mit der Behauptung, die USA hätten diese Zahl um 364 Stück vermindert, daher betrage sie jetzt 7301.²² 1981 wurde sie dann mit 9000 angegeben, unter Hinzurechnung der strategischen Bomber. Derlei Zahlenspiele finden ihre Erklärung nicht im Auf und Ab der Rüstungsproduktion, sondern in den politisch-strategischen Absichten der Kräfte, denen das IISS offenbar verpflichtet ist. *Harold Brown* hatte nämlich die Zahl der US-Sprengköpfe strategischer Verwendbarkeit Anfang 1980 mit 9200 und die der Sowjetunion mit 6000 angegeben. In der US-Politik wurde die Tendenz erkennbar, ein wachsendes Ungleichgewicht zuungunsten der USA konstruieren, und das IISS machte sich zum Propagandisten dieser Tendenz.

Tab. 3: Strategische Nuklearsprengköpfe der USA und der UdSSR von 1967–1981 nach SIPRI²³

	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
MIRV:															
USA	1710	1710	1710	1938	3386	4626	6490	7086	8010	8634	7130	7274	7273	7000	7032
UdSSR	747	959	1355	1746	1887	1983	2111	2231	2287	3353	3894	4393	4937	5920	6848
Gesamt:															
USA	4500	4200	4200	4000	4600	5700	6784	7650	8500	8900	8500	9000	9200	9200	9000
UdSSR	1000	1100	1350	1800	2100	2500	2200	2500	2500	3500	4000	4500	5000	6000	7000

MIRV bedeutet, daß sich auf einer Raketenspitze mehrere Sprengköpfe befinden, die noch nach dem Abschluß einzeln lenkbar sind.

Aus der Tatsache, daß die USA etwas weniger Trägermittel, aber wesentlich mehr und auch technologisch höherwertige Sprengköpfe besitzen, ergibt sich eine ganz grobe Gleichwertigkeit der Vernichtungspotentiale beider Seiten. Bei Berücksichtigung anderer quantitativer und qualitativer Faktoren (Verhältnis zwischen land- und seegestützten Raketen und Bombern, Verhältnis der U-Boote, Verhältnis von U-Booten und seegestützten Raketen, Reichweite, Treffsicherheit, Schnelligkeit, Sprengkraft, Verwundbarkeit, Nachladbarkeit, Verhältnis von Einfach- und Mehrfachsprengköpfen und vie-

21 *Harold Brown* selbst gab 1980 ein Verhältnis USA : UdSSR von 9200:6000 an; vgl. N. Pasti, in: *Generale für den Frieden*, a. a. O., S. 272; 1981 schätzte Lutz das Verhältnis auf 10 000 zu 7000; vgl. „Militärische Beurteilungen“ und „gesicherte Informationen“. Eine Fallstudie zur demokratischen Sicherheitspolitik, in: D. S. Lutz/D. Gremliza (Hrsg.), *Rüstung zum Tode?*, Hamburg 1981, S. 109.

22 Vgl. TMB 79/80, S. 3 und 80/81, S. 3 und 109. Die Reduzierung um 364 ergab sich durch die Ausgliederung verschiedener Systeme und ihre Hinzurechnung zu den Theatre Nuclear Forces (TNF), den Atomwaffen für den europäischen Kriegsschauplatz. Dieses Verfahren wurde jedoch ein Jahr später wieder rückgängig gemacht. Vgl. auch N. Pasti in: G. Kade, *Wer bedroht uns*, a. a. O., S. 137.

23 Zusammengestellt nach SIPRI Yearbook 1968/69, S. 33; SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 221; Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter, S. 57. Die Zahlen der MIRV entstammen SIPRI-Berechnungen, die der Sprengköpfe insgesamt stützen sich auf US-Quellen. Es finden sich auch hier für gleiche Jahre unterschiedliche Zahlen.

ler anderer Faktoren, die nur schwer gegeneinander aufzurechnen sind) ergibt sich noch klarer der Schluß, daß man von einem ungefähren nuklear-strategischen Gleichgewicht sprechen kann. Die Betonung muß aber auf ungefähr liegen, denn die Gesamtschau ergibt eine zugunsten der USA sich entwickelnde Bilanz. G. Kade, stellvertretender Präsident des IIF, ist im einzelnen näher darauf eingegangen, wie die USA das nuklear-strategische Gleichgewicht aushöhlen, mit welchen Waffensystemen sie Überlegenheit erreichen wollen und welche strategischen Absichten dahinterstehen. Hier sind, neben Pershing II und Cruise Missiles, besonders die MX-Raketen, die Trident-II-Raketen, der B-1-Bomber und der Mark-12a-Sprengkopf für Minuteman-III-Raketen zu nennen.

Im Unterschied zum IISS, das die Rolle der USA insgesamt unkritisch beurteilt, gibt SIPRI schon zu einem recht frühen Zeitpunkt aufschlußreiche Informationen, wie die USA an die Frage des Gleichgewichts herangehen.²⁴ Es zitiert den US-Verteidigungsminister Clifford, der 1969, den Fakten entsprechend, noch die klare nuklear-strategische Überlegenheit der USA feststellte. Nur fünf Monate später behauptete sein Nachfolger Laird, die UdSSR besitze bereits die nuklear-strategische Überlegenheit und nähere sich einer Erstschlagskapazität. Laird hatte bei dieser ans Wunderbare grenzenden Prognose nicht nur das militär-technologische Niveau der UdSSR maßlos übertrieben, sondern auch die damals recht hohen Steigerungsraten der sowjetischen strategischen Rüstung, die mit den USA gleichzuziehen versuchte, einfach in die Zukunft hochgerechnet. Das wiederum sollte Anlaß sein, weitere Aufrüstungsmaßnahmen der USA zu rechtfertigen. SIPRI zitiert das Eingeständnis des ehemaligen US-Verteidigungsministers McNamara, von 1961 an die gleichen Methoden verwandt zu haben wie später Laird (und Nachfolger). Daraus zieht SIPRI die zutreffende Schlußfolgerung: „Während der 60er Jahre waren derartige Bemühungen (um Rüstungsbegrenzung, J. R.) unmöglich gewesen, weil die USA eine zu große Überlegenheit hatten... Überlegene Stärke ist keine Basis für erfolgreiche Verhandlungen. Erst als die Sowjetunion Ende der sechziger Jahre annähernd gleichzog, schien ein Abkommen über einen Stopp an dem erreichten Punkt vorstellbar.“²⁵ Damit erkennt SIPRI, ähnlich wie auch das IIF, die friedenserhaltende Rolle des globalen Gleichgewichts an, wie sie auch von anderen marxistischen und nichtmarxistischen Friedensforschern hervorgehoben wird, während das IISS dazu zu neigen scheint, dem Überlegenheitsstreben der USA theoretischen Flankenschutz zu geben.

Von den weiteren quantitativ und qualitativ meßbaren Komponenten des globalen militär-strategischen Gleichgewichts sollen hier die Truppenstärken ausgewählt werden, zu denen besonders das IISS detailliert Stellung nimmt. Für 1980 gibt es folgende Größenverhältnisse an: WV 4.669.000 Mann (davon UdSSR 3.568.000), NATO 4.907.000 Mann (davon USA 2.050.000). Diese aus NATO-nahen Quellen stammenden Zahlen stimmen ungefähr mit denen sowjetischer Analysen überein. Auch Kade geht von den IISS-Kennziffern aus²⁶, d. h. von einer ungefähren Parität, kritisiert aber mit Recht, das IISS verzichte auf den notwendigen Hinweis, daß der Warschauer Vertrag nicht nur die NATO als potentiellen Gegner anzusehen hat, sondern (bei der derzeiti-

24 SIPRI Yearbook 1968/69, S. 33 ff.

25 Ebd. S. 20 f.

26 TMB 1980/81, S. 96; vgl. auch: Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?, in: „Neues Deutschland“, 30./31. 1. 1982 und G. Kade, Wer bedroht uns, a. a. O., S. 20 ff.

gen politischen Konstellation) auch die VR China (und in gewisser Weise auch andere, der NATO nicht angehörende kapitalistische Länder). Allein die Mannschaftsstärke der chinesischen Armee wird vom IISS mit 4.450.000 angegeben.²⁷ Diese notwendige Gegenüberstellung hat das Institut offensichtlich nicht einfach vergessen, sondern es verzichtet darauf, um den Eindruck eines für die UdSSR relativ günstigen Kräfteverhältnisses zu erwecken. Denn wie sonst wäre es zu erklären, daß das IISS, einer allgemeinen Tendenz der NATO folgend, etwa seit 1969, also seit der Zeit, da die chinesische Führung sich offen an die Seite des Imperialismus zu stellen begann, nicht mehr die „kommunistischen Mächte“ (d. h. den WV, China, Korea, Vietnam usw.) den „westlichen Allianzen“ gegenüberstellt²⁸, sondern nur noch WV (bzw. UdSSR) und NATO (bzw. USA) vergleicht und die anderen Regionen der Welt unkommentiert danebenstellt?

Kade verzichtet auch nicht auf die notwendige Differenzierung, daß ca. eine halbe Million US-Militärangehörige auf 386 Stützpunkten außerhalb der USA und rund um die UdSSR gruppiert sind (ähnlich einem Teil der französischen und britischen Streitkräfte) — ein weiterer Hinweis, wer wen bedroht. Das zeigt auch, daß rein numerische Gegenüberstellungen bei aller Wichtigkeit allein noch kein reelles Bild des tatsächlichen Kräfteverhältnisses geben.

5. Rüstungsausgaben und soziale Folgen

Die Ausgaben eines Staates für militärische Zwecke und ihre Steigerungsraten geben wichtige Auskünfte über die militärischen Potentiale und deren zukünftige Entwicklung. In dieser Frage divergieren die Angaben und Einschätzungen der drei Institute sehr stark.

Wer in irgendeiner Weise Interesse daran hat, die sowjetischen Militärausgaben möglichst hoch anzusetzen, z. B. um „die Botschaft von der sowjetischen Bedrohung unters Volk zu bringen“ (SIPRI), stützt sich am besten auf die Publikationen des IISS, so wie es offenbar auch die Bundesregierung — allerdings ohne Hinweis auf ihre Quellen — praktiziert.²⁹ Das vom IISS verwandte, aus CIA-Darstellungen übernommene Verfahren zur Schätzung der sowjetischen Militärausgaben ist mehr als zweifelhaft und wird in Kritiken von SIPRI und IIF als unwissenschaftlich verworfen: Es ist die Dollar-Schätzung, d. h., es wird zu errechnen versucht, wieviel Dollar es die USA kosten würde, die angenommenen sowjetischen Rüstungsleistungen zu finanzieren.³⁰ Die völlig unterschiedlichen ökonomischen Verhältnisse, die unterschiedliche Preisstruktur der sowjetischen Wirtschaft, unterschiedliche Arbeitsproduktivität in verschiedenen Industriezweigen und die ebenfalls unterschiedliche Besoldungsstruktur der sowjetischen Streitkräfte

27 TMB 1980/81, S. 62.

28 TMB 1969/70 und 1970/71.

29 Aspekte der Friedenspolitik. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses, eine Veröffentlichung der Bundesregierung, Bonn 1981, S. 32 f. Die hier genannten Zahlen stimmen z. T. mit den in TMB 81/82, S. 112 gegebenen überein. Das oben angeführte Zitat stammt aus SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 27.

30 S. z. B. TMB 1973/74, S. 8 f. und 1976/77, S. 109 f. Die Dollar-Schätzung wird von SIPRI einer grundsätzlichen Kritik unterworfen in Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 27 und 153. Das IISS erwähnt zwar auch mögliche Unsicherheiten in diesen Berechnungen, zieht die Methode aber grundsätzlich nicht in Zweifel.

bleiben dabei völlig unberücksichtigt. Das führt z. B. zu der absurden Konsequenz, daß die sowjetischen Militärausgaben steigen, wenn der US-Wehrsold erhöht wird. Auf diese Weise kommt das IISS-Jahrbuch für 1975 zu dem Ergebnis, die sowjetischen Rüstungsausgaben lägen fast 40% über denen der USA. Andere dort wiedergegebene Studien, z. B. der CIA, geben sogar 50% höhere sowjetische Rüstungsausgaben an.³¹ Ebenso dubios wie diese Angaben ist auch die Behauptung des IISS, die UdSSR verwende jährlich 12–14% ihres Bruttosozialprodukts für Rüstung, die USA hingegen nur 5,9 (1975) bis 5,5 (1980) Prozent.

In einer Studie des IIF hat *Nino Pasti* darauf hingewiesen, die vom IISS benutzte CIA-Methode sei eigens dazu erfunden worden, um die sowjetischen Rüstungsausgaben höher als in Wirklichkeit anzugeben und mit Hilfe dieser Bedrohungslegende die Tatsache zu vertuschen, daß die USA von allen Staaten der Welt die meisten materiellen Mittel für Rüstung aufwendeten. *Pasti* zitiert aus einer internen CIA-Schätzung, die trotz solcher Verrenkungen nicht um das Eingeständnis herumkommt, die US-Militärausgaben seien die höchsten.³²

SIPRI analysiert eine weitere Methode, die sowjetischen Rüstungsausgaben zu schätzen, nämlich auf Rubel-Basis.³³ Da die Besoldung der sowjetischen Wehrpflichtigen viel niedriger ist als das Gehalt der US-Berufssoldaten, fallen Veränderungen in der Mannschaftsstärke hier wenig, Veränderungen in der Ausrüstung hingegen viel höher ins Gewicht. Deshalb wird diese Methode meist dann angewandt, wenn besonders hohe Steigerungsraten des sowjetischen Verteidigungshaushalts angegeben werden sollen.

SIPRI benutzt in seinen Vergleichen bis 1974 die von der Sowjetunion selbst veröffentlichten Zahlen über militärische Ausgaben. Seither verwendet das Institut die Methode der Schätzung der Restbeträge: Es wird ausgerechnet, wieviel übrigbleibt, wenn alle anderen bekannten Posten vom Gesamtetat abgezogen werden. SIPRI kann dabei natürlich nicht mit Sicherheit sagen, ob der errechnete Restbetrag wirklich ausschließlich für militärische Zwecke ausgegeben wird.³⁴ Aber auch diese neue, durchaus angreifbare Methode führt das Institut zu der Schlußfolgerung, daß USA und NATO in den Militärausgaben führend sind, obwohl jetzt die Ausgaben der UdSSR und des WV wesentlich höher angesetzt werden. SIPRI errechnet eine „ungefähre Parität“ der beiderseitigen Rüstungsausgaben. Die Schätzungen für 1980 besagen, die Sowjetunion habe etwa 3,5 Prozent weniger für Rüstung ausgegeben als die USA. Vergleicht man die Weltmilitärausgaben, so entfallen 1980 auf den WV nur 26 Prozent, auf die NATO dagegen 43 Prozent.³⁵

31 TMB 1981/82, S. 13 und 112.

32 Nino Pasti, Verteidigung, Sicherheit und amerikanische Kriegspropaganda, in: Georg Fuchs, Atomenergie, Kernwaffen und die Friedensbewegung, Wien 1979, S. 92 f.; ders., Nachwort, in: G. Kade, Wer bedroht uns, a. a. O., S. 143 ff. Scharfe Kritik an der IISS-Methode üben auch Albrecht u. a., a. a. O., S. 155 f.

33 Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 153.

34 SIPRI Yearbook 1974, S. 172 ff.; dazu ausführlicher Albrecht u. a., a. a. O., S. 162 ff. SIPRI gibt zur Begründung für seine veränderte Methode „neue Erkenntnisse und Informationen“ an.

35 Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 153 und 9. Die im gleichen Band aufgeführte Tabelle, S. 158 und 159, ist eine gekürzte Fassung aus SIPRI Yearbook 1981, S. 156. Die hier wiedergegebene Tabelle 4 stammt aus SIPRI Rüstungsjahrbuch, ebd. S. 9. Vgl. auch G. Kade, Die Bedrohungslüge: Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten“, Köln 1979, S. 56.

Tab. 4: Weltmilitärausgaben 1971 und 1980 nach SIPRI (in Prozent):

	1971	1980
NATO (mit USA)	49%	43%
USA	32%	24%
VR China	10%	9%
andere Industrieländer	5%	6%
Dritte Welt	9%	16%
WV (mit UdSSR)	27%	26%
UdSSR	25%	24%

Damit löst sich die angebliche sowjetische Überrüstung in nichts auf. Das Verhältnis zwischen NATO und WV beträgt demnach 1980 1,65 zu 1. Kade gibt für 1977 ein Verhältnis von 1,72 zu 1 an — wobei auch hier gilt, daß der WV nicht nur zur NATO ins Verhältnis gesetzt werden darf. Außerdem wird von SIPRI und IIF warnend hervorgehoben: Die Entscheidung der US-Regierungen *Carter* und *Reagan*, die Rüstungsausgaben drastisch zu steigern, verschiebt die bestehenden Kräfteverhältnisse auf gefährliche Weise — eine Tendenz, auf die das IISS nicht eingeht.³⁶ Die Realität übertrifft die Befürchtungen noch: Das US-Militärbudget für 1981 wurde auf 182 Mrd. Dollar angehoben, 38 Mrd. mehr als im Vorjahr und doppelt soviel wie die Gesamtausgaben 1976.³⁷ Die Tendenz setzt sich fort. SIPRI kommentiert³⁸: „Mit dem generellen Richtungswechsel bei ihren Militärausgaben reagieren die USA keineswegs auf irgendwelche plötzlichen neuen Erkenntnisse über die Rüstungsausgaben der Sowjetunion.“ Nein, es handelt sich vielmehr um einen neuen expansiven Kurs, den, wie SIPRI schreibt, die USA nicht nur selbst eingeschlagen haben, sondern zu dem sie auch ihre Verbündeten drängen. Das ist einer der Faktoren, die das ungefähre militärstrategische Gleichgewicht gefährden.

Während das IISS die Steigerung der Rüstungsausgaben als einen gewissermaßen natürlichen Prozeß zu betrachten scheint, dessen soziale Folgen nicht untersucht werden, gehen SIPRI und noch ausführlicher das IIF auf die unheilvollen sozialökonomischen Folgen der Rüstung ein. Das IIF ist dieser Problematik in mehreren wissenschaftlichen Konferenzen nachgegangen, SIPRI hat in den Jahrbüchern und einzelnen Untersuchungen dazu Stellung genommen. SIPRI schreibt: „Die grundlegende wirtschaftliche Auswirkung der Militarisierung der Welt, in der wir leben, ist leicht beschrieben. Sie liegt in der Vergeudung der begrenzten Ressourcen dieser Welt. Würden die Ressourcen an Rohstoffen, Produktionskapazitäten und vor allem an menschlichen Fertigkeiten und menschlicher Erfindungskraft, die heutzutage in der Rüstungsindustrie eingesetzt sind, für die Zivilwirtschaft genutzt, so hätte dies einen tiefgreifenden Effekt auf den Lebensstandard des Durchschnittsbürgers in der Welt.“³⁹ Auch das IIF hat vielfach warnend auf das Ausmaß der Ressourcenverschwendung für militärische Zwecke aufmerksam

36 Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 8 und 149; G. Kade, Wer bedroht uns, a. a. O., S. 94 ff.

37 Victor Perlo, USA — Hochrüstungskurs — Bedrohung der Menschheit, in: Marxistische Blätter, 6/1981, S. 26.

38 SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 149 ff.

39 Ebd. S. 33.

gemacht, und beide Institute verwiesen besonders auf die Fehllenkung intellektueller Kapazitäten für die Rüstung, z. B. auf die Tatsache, daß 400 000 Wissenschaftler und Ingenieure der Welt (25 Prozent der Gesamtzahl) für militärische Zwecke arbeiten und dabei die Hälfte aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Rüstung verbrauchen.⁴⁰ *Stefan Doernberg* verweist mit Recht auf *Marx'* Feststellung, daß Rüstung „ökonomisch dasselbe ist, als wenn die Nation einen Teil ihres Kapitals ins Wasser wüfere“.⁴¹ SIPRI lenkt den Blick auch auf die militärische Verwendung knapper Rohstoffe und Energie als ökologisches Problem. An anderer Stelle hat das Institut die ökologisch katastrophalen Folgen des Vietnamkrieges, wie sie durch die USA verursacht wurden, in dankenswerter Offenheit untersucht.⁴²

Das SIPRI-Jahrbuch kritisiert allerdings ungenannte Kommentatoren, die die Verschlechterung der Wirtschaftslage in den „westlichen Industrieländern“ im letzten Jahrzehnt auf die Rüstung zurückführten. Diese These sei nicht haltbar, denn von 1945 bis 1973 hätten sich diese Länder trotz Rüstungsausgaben ökonomisch sehr erfolgreich entwickelt; die danach eingetretene Verschlechterung sei mit keiner signifikanten Änderung dieses Rüstungstrends verbunden gewesen.⁴³ Hier beginnen SIPRI's Analysen erhebliche Verwirrung anzurichten.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaftskrise 1974–76, die praktisch alle kapitalistischen Länder erfaßte, aus einer tiefgreifenden Verschlechterung der Kapitalverwertungsbedingungen hervorging.⁴⁴ Das hat zu einem merklichen Wandel in den sozialökonomischen Folgen der Rüstung geführt, der bisher am gründlichsten von der marxistischen politischen Ökonomie erforscht wurde und sich in den Arbeiten des IIF widerspiegelt. Für die von SIPRI erwähnte Prosperitätsphase der kapitalistischen Länder trifft die in gewisser Weise konjunkturfördernde Funktionsbestimmung der Rüstung (z. B. Korea-Boom) zu, aber, wie *Wladimir Aboltin* auf einer IIF-Konferenz hervorhob, nur mit vielen Einschränkungen. Der antizyklische Einfluß von Rüstung, etwa durch Nachfragebelebung oder Kapitalentwertung, d. h. Kompensierung von zyklischer Überakkumulation, kann nur als vorübergehend und trügerisch bezeichnet werden. Gleichzeitig werden nämlich negative Folgen viel größeren Ausmaßes vorbereitet, und sie sind heute das bestimmende Moment.⁴⁵ Die Jahre 1973/74 markieren nicht nur

40 SIPRI Yearbook 1974, S. 141; Randall Forsberg, *Resources Devoted to Military Research and Development. An International Comparison*, Stockholm 1972 (SIPRI); Eric Burhop, *Der destabilisierende Einfluß des Wettrüstens auf dem Gebiet der modernen Waffentechnologie auf die Weltsicherheitslage*, in: Alexander Kaljadin, G. Kade, *Entspannung und Abrüstung*, Wien 1976, S. 29 f.; S. Doernberg, *Die Abrüstungsfrage im Wechselverhältnis politischer, ökonomischer und sozialer Aspekte*, in: W. v. Bredow (Hrsg.), *Ökonomische und soziale Folgen der Abrüstung*, Köln 1974, S. 29 ff.; G. Kade, *Die Bedrohungs-lüge*, a. a. O., S. 67 f. und ders., *Wer bedroht uns*, a. a. O., S. 100 f.

41 Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin 1955, S. 47.

42 *Rüstungsjahrbuch 1981/82*, S. 34; H. A. Westing, *Ecological Consequences of the Second Indochina War*, Stockholm 1976 (SIPRI).

43 SIPRI *Rüstungsjahrbuch*, ebd.

44 Jörg Goldberg, Heinz Jung, *Die Wirtschaftskrise 1974–1976 in der BRD*, Frankfurt/M. 1976; Jörg Huffschmid, Herbert Schui (Hrsg.), *Gesellschaft im Konkurs. Handbuch zur Wirtschaftskrise*, Köln 1976; IMSF-Autorengruppe, *Widersprüche und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus*, in: *Marxistische Blätter*, 4/81, S. 17 ff.

45 W. Aboltin, *Wettrüsten ruiniert die Wirtschaft, Abrüstung bringt Prosperität*, in: W. v. Bredow, *Ökonomische und soziale Folgen der Abrüstung*, a. a. O., S. 96 ff. Aboltin kritisiert hier auch solche bürgerlichen Theorien, die Rüstung zum Prosperitätsfaktor hochstilisieren. Zur marxistischen Diskussion über

einen tiefgreifenden Wandel kapitalistischer Verwertungsbedingungen, sondern auch gerade solche „signifikanten Änderungen“ des Rüstungstrends, die das SIPRI-Jahrbuch nicht erkennen kann. Die von ihm statistisch dargestellte jahrzehntelange Dauer der Militarisierung und deren heute gigantisches Ausmaß haben zu einer neuen Qualität geführt.⁴⁶ Die Rüstung ist seit 1973/74 genausowenig die einfache Ursache der Krise, wie sie vorher die Ursache von Prosperität war. Aber, wie in verschiedenen Beiträgen auf Konferenzen des IIF angeführt, sie begann unter dem Einfluß der krisenhaften Tendenzen, die sich seit dieser Zäsur durchsetzten, ihre zeitweilige und beschränkt konjunkturstimulierende Wirkung zu verlieren, wirkte vorwiegend destruktiv und krisenverschärfend.⁴⁷ Der Preis, der für Rüstung gezahlt werden muß, ist heute so hoch, daß die Reproduktion Schaden erleiden muß: Die mit Rüstung verbundene Ressourcenvernichtung untergräbt die Grundlagen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses selbst; Rüstung behindert zunehmend den gesamtgesellschaftlichen wissenschaftlich-technischen Fortschritt; Rüstung „muß“ immer mehr durch Sozialabbau auf breiter Front finanziert werden, führt damit wieder zur Krisenverschärfung („strukturelle Militarisierung“) und behindert den zivilen Produktionsprozeß.

Frank Blackaby, der Verfasser des hier besprochenen Kapitels im SIPRI-Jahrbuch, stimmt solchen marxistischen Erklärungsansätzen nicht zu. Für ihn ergibt sich ein merkwürdiges Paradoxon: Die heute einflußreiche neokonservative oder monetaristische Doktrin wolle einerseits Staatsausgaben/Staatsverschuldung abbauen, andererseits die Rüstung steigern.⁴⁸ Was *Blackaby* als „Schizophrenie“ bezeichnet, ist die tiefe innere Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die heute in ihrer privatmonopolistischen Entwicklungsvariante zum Ausdruck kommt. Ohne den theoretischen Erklärungsansatz der Militarismus- und MIK-Konzeption muß dieser Widerspruch unerklärbar bleiben. Insofern dringen verschiedene Wissenschaftler in den hier genannten Arbeiten des IIF weiter vor als das SIPRI-Jahrbuch, indem sie die profit- und machtstrategischen Interessen der miteinander verflochtenen und am Militarisierungsprozeß beteiligten Kräfte herausarbeiten, die sich durchzusetzen versuchen bei Inkaufnahme einer weiteren Untergrabung der Grundlagen des kapitalistischen Systems.⁴⁹ Von seinem Ansatz Rüstung = Vergeudung ausgehend, plädiert *Blackaby* entschieden für Kürzung von Rüstungsausgaben, was ganz dem Friedensengagement von SIPRI entspricht. Er argumentiert dabei (links)keynesianistisch: Für Erhöhung der zivilen Staatsausgaben, besonders für die Befriedigung sozialer Bedürfnisse. Das würde Arbeitslosigkeit

die sozialökonomische Funktion von Rüstung vgl. M. Eihsen, A. Gottschalk, Rüstung und Militarisierung als Triebkräfte des SMK, in: Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik, Beiträge des IMSF 6/I, Frankfurt/M. 1981, S. 372; A. Gottschalk, M. Eihsen, Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im Staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 4/1981, S. 75 ff.

46 Doernberg, Die Abrüstungsfrage, a. a. O., S. 31.

47 Doernberg, ebd.; Aboltn, ebd.; Klaus Engelhardt, Rüstungsinteressen und Abrüstung in kapitalistischen Staaten, in: Bredow, Ökonomische und soziale Folgen..., a. a. O., S. 168 ff. Zum diesbezüglichen neuen marxistischen Diskussionsstand s. Albrecht Charisius, K. Engelhardt, Horst Fiedler u. a., Militarismus heute, 2. Aufl., Berlin 1981, bes. Abschn. II und III.

48 SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 34 f.

49 Vgl. die zitierten Arbeiten von Doernberg, Engelhardt. Zum aktuellen Diskussionsstand der Militarismus- und MIK-Konzeption vgl. die genannten Arbeiten von Gottschalk/Eihsen und Charisius u. a.

keit abbauen und die Inflation nicht wesentlich erhöhen. Solchen Vorschlägen kommt für die Erarbeitung von Sofortforderungen ein hoher Stellenwert zu, aber darüber hinaus besteht die Notwendigkeit, ein umfassendes, internationale und nationale, politische und sozialökonomische Seiten berücksichtigendes Programm für Abrüstung und Friedenssicherung zu erarbeiten, Alternativen der Friedensproduktion zu entwickeln, massenhaften Druck auf die militaristischen Kräfte auszuüben, wie es z. B. in den Arbeiten von *Doernberg, Kade* u. a. angedeutet ist.⁵⁰ Der Kampf um Abrüstung kann und muß jetzt und in naher Zukunft Erfolge zeitigen, aber er ist zugleich auch Bestandteil des Kampfes um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen.

6. Das euronukleare Gleichgewicht

Das militärische Kräftegleichgewicht in Europa enthält viele Komponenten, die hier aus Platzgründen nicht betrachtet werden können. Ein Teil davon ist Gegenstand der Wiener MBFR-Verhandlungen, und verschiedene Analysen haben gezeigt, daß das IISS auch hier zu undurchsichtigen Zahlenmanipulationen, wie z. B. Übertreibungen der sowjetischen Truppenstärken, neigt.⁵¹ Hier soll — ihrer hervorragenden Bedeutung wegen — nur der Frage nachgegangen werden, wie die Institute das euronukleare Kräfteverhältnis im Bereich der Mittelstreckenwaffen beurteilen, in welcher Weise sie also in die Debatte um den NATO-Beschluß eingreifen. Allgemein gesagt, verteidigt das IISS diesen Beschluß, während Stimmen, die für SIPRI und IIF sprechen, ihn, mit allerdings unterschiedlichen Akzenten, ablehnen.

Bei der Frage, welche Systeme in der Diskussion um den NATO-Beschluß zu berücksichtigen sind, stützt sich das SIPRI-Jahrbuch auf den zweifelhaften Begriff „eurostrategisch“: „Der Begriff ‚eurostrategisch‘ bezeichnet Kernwaffen, die in Europa stationiert sind, bzw. bei denen die Wahrscheinlichkeit besteht, daß sie in Europa eingesetzt werden, und mit denen es möglich ist, Ziele zu erreichen, die in einer beträchtlichen Entfernung innerhalb des Territoriums des Gegners liegen“.⁵² Da nicht in den SALT-Verhandlungen erfaßt, würden sie auch „Grauzonenwaffen“ genannt. Diese Definition enthält durchaus richtige Elemente der Funktionsbestimmung der Waffen, doch kann die Verwendung des Begriffs „eurostrategisch“ wegen der damit zusammenhängenden strategischen Vorstellungen irreführend sein. *Nino Pasti* hat in einer Arbeit des IIF eine unseres Erachtens einleuchtendere Unterscheidung vorgeschlagen⁵³: Strategische Kernwaffen sind solche, die für den Einsatz auf dem Territorium von USA und UdSSR bestimmt sind, die also, von wo auch immer gestartet, das Territorium dieser beiden Länder erreichen können. Taktische oder operative Kernwaffen dagegen sind für den Ein-

50 Vgl. SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, und *Doernberg, a. a. O., G. Kade, Wer bedroht uns, a. a. O., S. 116 ff.* Zur Frage der Rüstungskonversion vgl. die IIF-Veröffentlichung *Eric Burhop/Jörg Huffschild (Hrsg.), Von der Kriegs- zur Friedensproduktion, politische, wirtschaftliche und soziale Probleme, Köln 1980 (Materialien einer IIF-Konferenz von 1979).*

51 Vgl. *TMB 78/79, 79/80, jeweils S. 108 ff. und 80/81, S. 115.* Vgl. dazu die ältere Arbeit von *René Aron u. a., Probleme der Analyse sowjetischer Sicherheitspolitik, Schriften der Hess. Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt/M. 1973,* und für den neueren Stand: *Nino Pasti, Nachwort in G. Kade, Wer bedroht uns, a. a. O., S. 129 ff.*

52 SIPRI Rüstungsjahrbuch 1980/81, S. 97.

53 *Nino Pasti, Verteidigung, Sicherheit und amerikanische Kriegspropaganda, a. a. O., S. 94.*

satz auf dem Territorium der jeweiligen Verbündeten gedacht. Der Unterschied ist wesentlich. Der Einsatz strategischer Waffen würde die beiden Großmächte zerstören; sie sind Gegenstand von SALT-Verhandlungen, taktische dagegen nicht. Der Begriff „eurostrategisch“ legt die Vorstellung nahe, es gebe Atomwaffen, die im Sinne der NATO-Doktrin zu einer Eskalationsstufe unterhalb der strategischen, aber oberhalb der taktischen gehören. Hier liegt ein entscheidender Denkfehler. Aus der Sicht der UdSSR sind Kernwaffen, die von Westeuropa aus sowjetisches Territorium vernichten können, ebenso strategisch wie die US-Interkontinentalraketen, und nicht nur „eurostrategisch“. D. h., die Sowjetunion spielt das US-„Spiel“ von der abgestuften Eskalation, vom auf Europa begrenzten Nuklearkrieg nicht mit. Umgekehrt werden die sowjetischen Mittelstreckenwaffen, die nur Westeuropa, nicht aber die USA erreichen können, mit dem Prädikat „eurostrategisch“ falsch eingeordnet, denn sie sind in keiner Weise strategisch. Es gibt nicht neben dem globalstrategischen Kräfteverhältnis noch einmal abgetrennte, regionale „strategische“ Gleichgewichte. Die Bezeichnung „eurostrategisch“ ist weiterhin wenig ergiebig, weil sie es erlaubt, die echten strategischen NATO-Systeme, die ins europäische Kräfteverhältnis hineingehören, auszuschließen. Es sollte daher besser von euronuklearem Gleichgewicht im weitesten Sinne gesprochen werden, wobei diese Klassifizierung bezüglich der Mittelstreckenwaffen noch weiter eingegrenzt werden muß.

Diese Frage ist durchaus nicht akademisch, denn von ihr hängt es ab, welche Kernwaffen miteinander verglichen werden müssen, wenn z. B. die Stichhaltigkeit der „Nachrüstungs“-Argumente geprüft werden soll. SIPRI zählt dazu nicht nur die bekannten Mittelstreckenwaffen, sondern auch eine Reihe von Systemen mit kürzeren Reichweiten unter 1000 km, z. B. die sowjetischen SS-12-Raketen und die Pershing 1A. Dagegen schließt SIPRI verschiedene NATO-Atombomber mit strategischer Verwendungsfähigkeit in die Berechnung nicht ein. Auch die auf U-Booten stationierten US-Raketen vom Typ Poseidon werden nicht mitgezählt, weil sie schon unter SALT-II fallen. Allerdings verweist SIPRI darauf, ein Teil von ihnen sei für Europa bestimmt und SACEUR (NATO-Oberkommando in Europa) unterstellt.⁵⁴ Auf diese Weise zählt SIPRI 1040 Systeme des WV und 629 der NATO; das Verhältnis der Sprengköpfe (einschließlich der Bomber) beträgt nach dieser Rechnung 2442 zu 1352, also 1,8 zu 1 zugunsten des WV. Selbst bei Berücksichtigung der (nach SIPRI) 48 amerikanischen Poseidon-Raketen vermittelt das immer noch ein schiefes Bild von den tatsächlichen Kräfteverhältnissen im euronuklearen Mittelstreckenbereich. Doch immerhin entbehrt SIPRIS Berechnung jeder Effekthascherei und hebt sich ab von den abenteuerlichen Verrenkungen, mit deren Hilfe das IISS eine gefährliche nukleare Überlegenheit der Sowjetunion in Europa zu beweisen versucht.⁵⁵

Das IISS untersucht das Kräfteverhältnis der für den europäischen Kriegsschauplatz bestimmten Atomwaffen (TNF = Theatre Nuclear Forces. Theatre ist NATO-Jargon und meint Europa, weil es den Schauplatz des von den USA in Erwägung gezogenen Atomkrieges abgeben soll. Die Verwendung der Fachsprache soll nicht zur Gewöhnung an deren zynischen Hintersinn führen). Gemeint sind also nicht nur Mittel-

54 SIPRI Rüstungsjahrbuch 1980/81, S. 97 ff. und SIPRI Yearbook 1980, S. 176 ff.

55 Der finnische Major G. Hagglund spricht von „intellektuellen Akrobatiken“ des IISS zur Aufrechterhaltung der Legende von der sowjetischen Bedrohung, zit. in Albrecht u. a., a. a. O., S. 150.

streckensysteme, sondern fast das ganze Spektrum der Atomwaffen kurzer, mittlerer und langer Reichweite. In diesem Sammelbegriff ist die Differenzierung in taktische und strategische Systeme nicht enthalten.⁵⁶ Solche Vergleiche haben durchaus ihren Sinn. Bezüglich des NATO-Beschlusses liefern sie aber keine Anhaltspunkte, denn eine realistische Auskunft über das Verhältnis der Atomwaffen, die die UdSSR von Europa aus strategisch bedrohen, zu den dagegen gerichteten sowjetischen Systemen ist auf diese Weise nicht zu bekommen.

Für 1979 konstatiert das IISS zwar eine leichte *quantitative* Überlegenheit des WV (2,6:1), geht aber im allgemeinen noch von einem ungefähren Gleichgewicht aus („something very close to parity“). Bei Berücksichtigung qualitativer Faktoren verkleinert sich der Abstand auf ein Verhältnis von 1,1:1.⁵⁷ Das IISS-Jahrbuch behauptet allerdings, die Bilanz verschiebe sich weiter zugunsten des Warschauer Vertrages. Die SS-20 wird noch ganz selbstverständlich als Modernisierung der alten SS-4/5 anerkannt.

Ein Jahr später macht das IISS eine völlig andere Rechnung auf.⁵⁸ Die Kriterien sind ohne einsichtige Gründe drastisch verändert. Plötzlich wird nur noch dem sowjetischen Bomber Tu-22M (Backfire) die Fähigkeit zugeschrieben, auf *einem* Flug mehrere Ziele anzugreifen, nicht aber den entsprechenden NATO-Systemen. Gerade die US-Bomber vom Typ F-111 und FB-111 aber werden dem Backfire als technisch mindestens ebenbürtig, wenn nicht überlegen angesehen.⁵⁹ Ausgerechnet den hochmodernen US-Bomber FB-111, der für den euronuklearen Einsatz bestimmt ist, zählt das IISS gar nicht auf. Die Zahl der schon stationierten SS-20 wird mit 160 angegeben, jedoch nicht erwähnt, daß schätzungsweise ein Drittel davon für den asiatischen Teil der UdSSR bestimmt ist. Besonders schwerwiegend ist die Ausklammerung der Poseidon-Raketen aus der Bilanz, was das Kräfteverhältnis extrem zuungunsten der NATO manipuliert.

Ist es ein Zufall, daß die Bundesregierung in ihrer Werbebroschüre für den NATO-Beschluß genau dieses letzte Argument benutzt? Gerade hier müssen die kritischen Einwände ansetzen.⁶⁰ Zweifellos sind diese Systeme in SALT-II schon gezählt, aber ebenso zweifellos sind sie von der NATO ausdrücklich für den Einsatz in Europa bereitgestellt worden und in die entsprechende Zielplanung voll integriert, müssen also von der Sowjetunion eingerechnet werden und fordern Reaktionen heraus. Die schematische

56 TMB, lfd., jeweils Kap. „The Balance of Theatre Nuclear Forces in Europe.“

57 TMB, 79/80, S. 116 f. Die Problematik der hier angewandten Methode erkennt das IISS zwar an, behält sie jedoch bei. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß das IISS die Zahl der in Europa gelagerten taktischen Nuklearsprengköpfe der USA mit 7000 entschieden zu niedrig angibt. Die gleiche Kritik muß sich auch gegen das SIPRI Yearbook 1980, S. 160, richten. Das IISS übertreibt zugleich die sowjetischen Zahlen. G. Kade, *Wer bedroht uns*, a. a. O., S. 46, schätzt die Zahl der US-Sprengköpfe auf 8000–10 000, davon allein in der BRD 5000, und die der UdSSR auf 3000. N. Pasti, in: *Verteidigung, Sicherheit und amerikanische Kriegspropaganda*, a. a. O., schätzt die sowjetische Zahl auf 3500–4000, alle auf sowjetischem Territorium. Albrecht u. a., a. a. O., S. 152, sprechen sogar von ca. 20 000 US-Sprengköpfen. Lutz, *Weltkrieg wider Willen?* a. a. O., S. 75 f., äußert die Vermutung, das Verhältnis betrage inzwischen 10 000 zu 7000 zugunsten der USA.

58 TMB 80/81, S. 114 ff.

59 Anton Andreas Guha, *Der Tod in der Grauzone*, Frankfurt/M. 1980, S. 84.

60 Aspekte der Friedenspolitik, a. a. O., S. 26 f. und 72 f. Vgl. dazu Lutz, „Militärische Beurteilungen“..., a. a. O., S. 111; Bastian, *Notwendige Anmerkungen zum NATO-Doppelbeschluß...*, a. a. O., S. 29 f. Auch der sowjetische Friedensforscher Daniil Proektor hält die Einrechnung von drei bis fünf amerikanischen U-Booten mit 80 Poseidon-Raketen für erforderlich: ders., *Das europäische Dilemma*, Moskau 1981, S. 71 f.

Trennung von globalem und regionalem Gleichgewicht erweist sich besonders an diesem Beispiel als fragwürdig.

Die höchst zweifelhafte Verfahrensweise des IISS beruht offensichtlich nicht auf neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern auf dem politischen Einfluß der Brüsseler NATO-Ministerratstagung vom Dezember 1979. So stellt das IISS 1980 plötzlich eine klare euronukleare Überlegenheit des Warschauer Vertrages fest und empfiehlt dringend die Aufstellung neuer US-Mittelstreckenraketen.⁶¹ Womit das Rechenkunststück seinen Zweck erfüllt hat und die „wissenschaftlich“ begründete Parteinahme für den NATO-Beschluß vollbracht ist. Ein Jahr später verstärkt das IISS diese Tendenz mit wiederum drastisch veränderten Zahlen und behauptet eine Überlegenheit des WV im Verhältnis 2,9:1, 1512 Systeme der NATO sieht es durch 4430 Systeme des WV bedroht. Aber nicht nur die Auswahl der gezählten Waffen ist unredlich, sondern das ganze Verfahren: Denn der Vergleich von Atomwaffen auch mit relativ kurzen Reichweiten gestattet keineswegs eine Schlußfolgerung darüber, ob die UdSSR im Mittelstreckenbereich Überlegenheit besitzt oder nicht. Andererseits ist die IISS-Bilanz aber auch keine echte Aufrechnung aller Atomwaffen in und für Europa, weil auf der NATO-Seite wichtige Systeme ausgelassen oder in ihrer militärischen Bedeutung verniedlicht werden.

Das IISS reproduziert ein Argument, das *Helmut Schmidt* 1977 vor dem Institut vortrug⁶²: Das globalstrategische Gleichgewicht neutralisiere die Nuklearpotentiale der „Supermächte“ und erhöhe die Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenpotentiale in Europa, daher sei „Nachrüstung“ erforderlich. Der Denkfehler (oder die Täuschung) besteht darin, daß das globale Gleichgewicht keineswegs eine vorher bestehende allesvernichtende Erstschlagsfähigkeit der USA aufgehoben hat; eine solche bestand bisher noch gar nicht. Die gedankliche Abkoppelung des regionalen Gleichgewichts vom globalen ist daher unsinnig. Das IISS macht sich also nicht nur der Anstiftung zur Realisierung des tödlichen NATO-Beschlusses schuldig, sondern hilft den NATO-Kreisen auch, ihr Streben nach Erstschlagsfähigkeit theoretisch zu begründen.

Als vorläufige Schlußfolgerung aus den von SIPRI und IISS und teilweise auch vom IIF vorgelegten Einschätzungen ergibt sich: Der WV besitzt als Atomwaffen in und für Europa mit Mittelstreckenreichweite die Raketen SS-20, SS-4/5, die U-Boot-Raketen SS-N-5 sowie die Bomber Tu-22M (Backfire) und eine Reihe älterer Bombertypen Tu-16 und Tu-22 (Badger und Blinder). Zusammen ergibt das knapp 1000 Systeme. Die NATO besitzt ihrerseits die amerikanischen Poseidon- und britischen und französischen U-Boot-Raketen, die französischen landgestützten Raketen, die britischen und französischen Bomber (Jaguar, Vulcan, Buccaneer, Mirage) sowie die amerikanischen Flugzeuge, die zu Land und auf Flugzeugträgern stationiert sind. Das sind insgesamt etwa 1000 oder geringfügig mehr Systeme. Als grobe Annäherung und unter Vernachlässigung

61 TMB 80/81, S. 117 und 81/82, S. 126 ff. Vgl. auch die Anmerkungen von Nino Pasti, Nachwort, in: G. Kade, *Wer bedroht uns*, a. a. O., S. 128 f.

62 Vortrag von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor dem IISS in London am 28. Okt. 1977, hier zit., in: Alfred Mechttersheimer (Hrsg.), *Nachrüsten?*, Reinbek 1981, S. 129 f. Das IISS reproduzierte das Argument auch in ultrarechter Variante mit scharfer Polemik gegen den sogenannten Verhandlungsteil des „Doppelbeschlusses“: W. G. Hyland, *Soviet Theatre Forces and Arms Control Policy*, in: *Survival*, Sept./Oct. 1981, S. 195. Die Tatsache, daß das IISS solche Beiträge veröffentlicht (für deren Inhalt es sich formal als nicht verantwortlich erklärt), läßt Hinweise zu, welche Interessen es tatsächlich vertritt.

qualitativer Aspekte, die für die NATO zu Buche schlagen würden, ergibt sich demnach ein ungefähres Gleichgewicht.⁶³ Damit besitzt die NATO in Europa alle Optionen, sowohl für den selektiven Einsatz gegen militärische Zentren als auch für umfassende Angriffe auf Städte. Von der Notwendigkeit, eine Lücke im Mittelstreckenbereich zu schließen, kann überhaupt keine Rede sein.

Das IISS ist aus fadenscheinigen Motiven von seiner früheren Auffassung, die SS-20 sei lediglich eine einfache Modernisierung der alten SS-4/5, abgerückt. Hingegen werden die neuen US-Mittelstreckensysteme gerade als einfache Weiterentwicklung schon vorhandener Waffen hingestellt. Die kritischen Analysen von SIPRI und IIF gelangen zu anderen Schlußfolgerungen.⁶⁴ Die SS-20 sind demnach zwar höherwertig als ihre Vorgänger, sonst wäre ihre Stationierung ja auch sinnlos, aber sie geben der UdSSR keinerlei neue Option, die sie nicht schon jahrelang besäße. Ihre Treffsicherheit liegt laut SIPRI bei einer Abweichung von 400 m. Das entspricht etwa der der Pershing I und genügt nicht für die Zerstörung gesicherter militärischer Punktziele. Sie stellen die sowjetische Antwort auf die Forward Based Systems der USA (d. h. atomare Bomber und die Poseidon-U-Boot-Raketen) ebenso dar wie ihre Vorgänger. Die Pershing-II mit einem Streukreisradius von nur 45 m oder weniger ist dagegen jene qualitativ völlig neue Waffe, die die Zerstörung von Punktzielen erstmals gestattet. Ähnliches gilt für die fast unverwundbaren Marschflugkörper. Sowohl SIPRI-Autoren als auch G. Kade vom IIF lehnen daher mit Recht den NATO-Begriff der „Modernisierung“ ab. Kade wie auch SIPRI-Direktor Frank Barnaby hoben hervor, die USA verschafften sich mit den neuen Waffen erstmals die echte Fähigkeit zum atomaren Erstschlag. Die durch SALT-II geschaffenen Begrenzungen werden dadurch unterlaufen, das strategische Arsenal außerhalb SALT-II wird vergrößert, und die Gefahr einer, wie es kaltschnäuzig heißt, „Kriegführungsstrategie“ seitens der US-Administration rückt näher.

Diese Warnung bestätigt die Befürchtungen von Millionen Menschen, die sich in der Friedensbewegung engagiert haben. Damit ist auch die Frage nach den Ursachen dieses Rüstungswahnsinns und den Möglichkeiten seiner Beendigung aufgeworfen.

7. Triebkräfte des Wettrüstens und die Abrüstung

In ihren Analysen bezüglich der Triebkräfte des Wettrüstens und der Perspektiven der Abrüstung kommen die verglichenen Institute zu gegensätzlichen Schlußfolgerungen, deren Inhalt für die Arbeiter- und Friedensbewegung sehr bedeutsam ist.

Über den Verlauf des Wettrüstens nach dem Zweiten Weltkrieg geben nur SIPRI und das IIF ernstzunehmende Auskunft. Das Wiener Institut hat eine umfangreiche Arbeit

63 Als Quellen wurden benutzt TMB 79/80 ff., jeweils Kap. „The Balance of the T.N.F. in Europe“; SIPRI Rüstungsjahrbuch 1980/81, S. 97 ff. Das hier geschätzte Verhältnis wird in absehbarer Zeit durch umfangreiche technologische Neuentwicklungen zugunsten von USA und NATO verändert; vgl. SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, Kap. 7 u. 8. Zwar modernisieren beide Seiten, doch konstatiert SIPRI eine klare Vorreiterrolle der USA. Zur Problematik von militärischen Kräftevergleichen nehmen IISS und SIPRI wenig Stellung. Vgl. dazu Lutz, *Weltkrieg wider Willen?* a. a. O., passim. Vergleichend wurden herangezogen die Arbeiten von Lutz, Bastian, Guha, Proektor sowie „Europa in Gefahr“ und „Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus?“.

64 Vgl. TMB 79/80 und 80/81; Hyland, a. a. O., und SIPRI Rüstungsjahrbuch 1980/81, S. 97 ff., 81/82, S. 46 f. S. a. Kade, *Wer bedroht uns*, a. a. O., S. 40 ff. Die Barnaby-Äußerung findet sich in der Süddeutschen Zeitung, 13. 6. 1980, zit. nach Fred Schmid, *Abrüsten oder Totrüsten*, Frankfurt/M. 1981, S. 19 f.

vorgelegt, die den Zusammenhang zwischen Frieden, Rüstung und Monopolen aufdeckt. G. Kade hat gezeigt, daß seit dieser Zeit alle wichtigen Rüstungsschritte, besonders bei den Atomwaffen, von den USA ausgegangen sind. SIPRI hat im Jahrbuch von 1974 eine wertvolle Chronologie des atomaren Wettrüstens gegeben, die zu ähnlichen Ergebnissen kommt, ohne allerdings wie Kade aufzudecken, daß die Ursache dafür im gegen den realen Sozialismus gerichteten imperialistischen Streben nach Weltherrschaft liegt.⁶⁵ Bekanntlich kommt den USA das „Verdienst“ zu, das Zeitalter der Atomwaffen und ihrer Anwendung eingeleitet zu haben. SIPRI'S Darstellung zeigt, daß die USA schon die Sowjetunion mit einer strategischen Bomberflotte bedrohten (1800 B-47), als diese überhaupt erst mit dem Aufbau einer solchen beginnen konnte, nämlich 1956. Die USA begannen auch zuerst mit der Entwicklung nuklearer interkontinentaler Raketen, doch gelang der UdSSR, die wegen ihres technologischen Rückstands auf dem Gebiet des Baus strategischer Flugzeuge hier die Kräfte konzentrierte, die erfolgreiche Erprobung zuerst (1957, USA 1958). SIPRI zeigt ganz unzweideutig, daß die USA nicht nur bei Bombern, sondern auch bei Raketen Überlegenheit anstrebten und auch erreichten. 1962 verfügten sie über 294 interkontinentale Raketen, die UdSSR dagegen erst über 75. Die Einrichtung der seegestützten Atomstreitmacht der Sowjetunion begann erst in den späten sechziger Jahren und war in den siebziger Jahren noch im Aufbau. Eine der wichtigsten Neuerungen des Wettrüstens, die einzeln lenkbaren Sprengköpfe (MIRV), wurden in den USA schon seit 1957 entwickelt und 1970 serienmäßig stationiert. Die UdSSR zog erst 1975 nach.⁶⁶ Sowohl SIPRI wie auch das IIF führen Fakten auf, die zeigen, daß die UdSSR lediglich die Überlegenheit der USA beendete und etwa seit 1972/73 ein Gleichgewicht hält.

Das IISS gibt überhaupt keine, SIPRI recht wenig Auskunft darüber, welche Gründe die USA veranlaßten, nach 1945 derart massiv strategisch-nukleare Überlegenheit anzustreben. Sehr viel konkretere Informationen erhält der Leser aus den Publikationen des IIF. Das Londoner Institut argumentiert massiv mit der Bedrohungslegende. Dafür wurden schon eine Reihe Belege angeführt. In der Zeitschrift der IISS erhalten Strategen das Wort, die zu den ausgesprochenen Hardlinern des Konfrontationskurses gehören. Edward N. Luttwak z. B. behauptet in einem Artikel, der aus dem Rechtsblatt „Commentary“ übernommen wurde⁶⁷, die UdSSR sei zur größten Militärmacht der Welt geworden, während die USA überwiegend Rüstungsversäumnisse zu verzeichnen und besonders in Vietnam ihre militärische Inkompetenz bewiesen hätten. Es sei für die US-

65 G. Kade, Max Schmidt, Frieden, Rüstung und Monopole, Köln 1980; G. Kade, Die Bedrohungsflüge, a. a. O.; ders., Wer bedroht uns, a. a. O., bes. S. 14 ff. Eine Chronologie des atomaren Wettrüstens gibt das SIPRI Yearbook 1974, S. 97 ff.

66 SIPRI Yearbook, ebd., S. 100 und 104 f.; Herbert York, The Origin of MIRV, SIPRI Research Report 9, Stockholm, Aug. 1973.

67 Edward N. Luttwak, Towards Rearming America, in: Survival, Jan./Feb. 1981, S. 29 ff., entnommen aus: Commentary, Sept. 1980; vgl. auch Colin S. Gray, A New Debate on Ballistic Missile Defence, in: Survival, March/Apr. 1981, S. 60 ff. Gray erregte Aufsehen, als er mit Keith Payne zusammen in „Foreign Affairs“ 39 (1980) einen Artikel veröffentlichte, der unter dem Titel „Victory is Possible“ ernsthaft vorschlug, in einem Atomkrieg den Sieg über die Sowjetunion zu erringen und danach eine Weltordnung nach US-imperialistischem Muster aufzubauen. Die deutsche Fassung ist dokumentiert in: C. Bredthauer/K. Mannhardt, Es geht ums Überleben, Köln 1981, S. 181 ff. Vgl. weiter Richard K. Betts, Hedging against Surprise Attack, in: Survival, July/Aug. 1981, S. 146 ff. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Rüstung noch ein langer Weg bis zum „Gleichgewicht“, und Kritiker, die den sowjetischen Gleichgewichtsvorstellungen Glauben schenkten, seien als Defätisten abzulehnen. Mit ähnlichen Auffassungen läßt das IISS auch andere Strategietheoretiker zu Wort kommen.

Was die Aufdeckung der Bedrohungslegende und ihrer systemmäßigen Hintergründe betrifft, sind besonders die von *Gerhard Kade* im Rahmen der IIF-Forschungstätigkeit vorgelegten Arbeiten zu erwähnen.⁶⁸ *Kade* wies nach, daß „Bomberlücken“, „Raketenlücken“, „Panzerlücken“ und abermals die „Raketenlücken“ in Europa propagandistische Manöver waren und sind, um imperialistischen Strategien der Konfrontation und Überlegenheit in der Öffentlichkeit einen defensiven Anstrich zu geben.

Im Unterschied zum IISS liegt SIPRI nicht auf der Linie der Bedrohungslegende. Seine Position ist jedoch in sich widersprüchlich. SIPRI und IIF üben massive Kritik an vielen Schritten, mit denen die USA das Wettrüsten anheizten. Den USA wird vorgehalten, in der Entwicklung von Silo-Killern die Initiative ergriffen zu haben, also bei typischen Erstschlagswaffen. Mit der Präsidentendirektive 59 nehme das „Gewaltelement“ in der US-Politik zu. Die Neutronenbombe wird als sehr gefährliche Neuerung betrachtet, die den Unterschied zwischen konventioneller und atomarer Kriegführung weiter verwischt und das qualitative Wettrüsten verschärft. Sie sei, heißt es, eine offensive Waffe, ein Instrument begrenzter nuklearer Strategie. SIPRI betont auch, die USA besäßen seit 1945 bis heute ununterbrochene Überlegenheit bei konventionellen Waffen.⁶⁹

Auf die Ursachen des Wettrüstens eingehend⁷⁰, gibt SIPRI den beiden „Großmächten“ die Schuld, wenn diesen auch unterschiedliche, aber kaum näher charakterisierte Motive eingeräumt werden. In anderem Zusammenhang wird die Konkurrenz der „Supermächte“ für das Wettrüsten verantwortlich gemacht. Die Art und Weise, wie SIPRI diesen populären und auch in der bundesdeutschen Friedensforschung und Friedensbewegung häufig anzutreffenden Erklärungsansatz zu belegen versucht, dokumentiert dessen innere Widersprüchlichkeit. Wenn SIPRI schreibt, jede „Supermacht“ behaupte, nur auf die Bedrohung durch die andere Seite zu reagieren, kann als Beispiel lediglich auf die USA verwiesen werden, die stets die Bedrohungslüge benutzten. Das Jahrbuch des Instituts zeigt ja häufig selbst, daß jede wichtige neue Waffengeneration zuerst von den USA entwickelt wurde, daß diese auch die höchsten Rüstungsausgaben aufweisen. Welch groteske Züge das Wettrüsten annimmt, verdeutlicht SIPRI am Beispiel der US-Militärplanner, die ein sowjetisches Abwehrsystem gegen die Cruise Missiles als „Bedrohung“ bezeichnen und dieser mit vorsorglichen weiteren Aufrüstungsschritten begegnen wollen. In ihrer Gesamtheit sind das im Grunde Argumente gegen die Supermachtthese. Aber da die SIPRI-Analysen nicht zu der Kernfrage vorstoßen, welche gesellschaftlichen Kräfte aus welchen Motiven ein konkretes Interesse daran haben, der Sowjetunion militärisch überlegen zu sein, gelangt das Jahrbuch immer wieder zu verwirrenden

68 Hauptsächlich G. Kade, Die Bedrohungslüge, a. a. O., und ders., Wer bedroht uns, a. a. O. A. Kaljadin/G. Kade, Entspannung und Abrüstung, a. a. O., Abschnitt 1, Charakter und Ausmaß des modernen Wettrüstens.

69 S. SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 42, 85, 94 ff.; G. Fuchs, in „Wissenschaft und Frieden“, 3/81, S. 24 ff. und: Nino Pasti, Verteidigung, Sicherheit und amerikanische Kriegspropaganda, a. a. O., S. 98.

70 SIPRI Rüstungsjahrbuch 1981/82, S. 20 ff., 76 ff. und 93.

Schlußfolgerungen, die der Erarbeitung einer konsequenten Friedensstrategie alles andere als förderlich sind.

Das SIPRI-Jahrbuch vertritt die These, die längst verselbständigte, allen rationalen Überlegungen zuwiderlaufende militärische Konkurrenz der „Supermächte“ müsse die Triebkraft dieser Entwicklung sein. SIPRI spricht vom „technologischen Wettrüsten“, d. h., es wird eine sich selbst immer weiter eskalierende Eigendynamik der militärischen Entwicklung auf beiden Seiten angenommen.⁷¹ Auch auf Diskussionsforen des IIF traten manche Wissenschaftler mit ähnlichen Positionen auf, z. B. *Senghaas* und *Bredow*. Dem haben Autoren wie *Peter Klein*, *Doernberg*, *Engelhard*, *Kade* u. a. mit Argumenten widersprochen, die nicht nur die Supermächtheorie entkräften, sondern auch die tieferliegenden Ursachen des Wettrüstens aufdecken. *Klein* arbeitet heraus, daß der Ost-West-Gegensatz nicht die Ursache des Wettrüstens sei, denn dieser bestehe bereits viel länger und habe zwei Weltkriege hervorgebracht, bevor überhaupt jemand von „Supermächten“ sprechen konnte. Die treibenden Faktoren des Wettrüstens sind, so *Klein*, die „politischen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“. *Doernberg* arbeitet heraus, das dem Kapitalismus eigene Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik sei das von Rüstungsprofit und expansiver Strategie. Bei *Kade* findet man den wichtigen Hinweis, die NATO habe zwar kein langfristiges Sozialprogramm, jedoch ein Langzeit-Rüstungsprogramm. Sie sei die treibende Kraft aller quantitativen und qualitativen Rüstungsmaßnahmen, finanziere diese immer mehr durch massiven Sozialabbau und zielt damit auf die ökonomische und politische Schwächung des realen Sozialismus und aller fortschrittlichen Kräfte in der Welt.⁷² SIPRI selbst hat gezeigt, daß die Sowjetunion im Wettrüsten stets der nachziehende Teil ist und keine Überlegenheit anstrebt. Das Wettrüsten liegt demnach nicht in einem technokratischen Gleichgewichtsdenken beider Mächte begründet. *Doernberg* verweist darauf, das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln bringe keine ökonomischen Ursachen von Rüstung hervor und verhindere die Existenz von sozialen Gruppen von Rüstungsprofiteuren.⁷³ Die im SIPRI-Jahrbuch vertretene These vom „technologischen Wettrüsten“ enthält, vor kapitalistischem Hintergrund gesehen, durchaus einen realen Kern: Es besteht ja tatsächlich ein Zusammenhang zwischen der militär-technologischen Dynamik und der gesamten Militarisierung der Gesellschaft. Die

71 Ebd., S. 77, 87 und 23. Es sei hier angemerkt, daß an anderer Stelle im Kap. 2 des gleichen Jahrbuchs, S. 38 ff., die These von der Verselbständigung der Technologie in Zweifel gezogen wird. Dieses Kapitel ist von Alan Krass verfaßt, das erstgenannte von Frank Blackaby.

72 Dieter Senghaas, Rüstungsdynamik als restriktive Bedingung in Versuchen einer Überwindung des Ost-West-Konflikts, in: St. Doernberg, J. Galtung, A. Gromyko, D. Senghaas (Hrsg.), Probleme des Friedens, der europäischen Sicherheit und der Zusammenarbeit, Köln 1975, S. 122 ff.; W. v. Bredow, Zum Verhältnis von Abrüstung und friedlicher Koexistenz, in: Kaljadin, Kade, Entspannung und Abrüstung, a. a. O., S. 69. Auch Senghaas spricht in anderem Zusammenhang jedoch davon, daß westliche Rüstungsaktivitäten „profitabler Kapitalverwertung“ dienen; vgl. ders., Rüstungsdynamik und Abrüstung, panoramische Perspektiven, in: Bredow, Ökonomische und soziale Folgen..., a. a. O., S. 147. Peter Klein, Probleme der Abrüstung unter den Bedingungen der internationalen Entspannung, in: Kaljadin, Kade, a. a. O., S. 81 ff.; K. Engelhardt, Rüstungsinteressen und Abrüstung in kapitalistischen Staaten, in: Bredow, Ökonomische und soziale Folgen, S. 168; Doernberg, Die Abrüstungsfrage, a. a. O., S. 27; Kade, Die Bedrohungslüge, a. a. O., S. 63 ff.

73 Doernberg, ebd. Vgl. auch ders., Friedliche Koexistenz und die Widersprüche zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, in: Bredow, Zum Charakter internationaler Konflikte, a. a. O., S. 154 f. Ähnlich auch: Kade, Die Bedrohungslüge, a. a. O., S. 60 ff., 69 ff.

wissenschaftlich-technische Revolution findet mit Einschluß ihrer militärischen Seite in der Revolutionierung der Produktivkräfte ihre materielle Basis, aber Richtung, Ziel und Zweck dieser Entwicklung werden nicht von den Produktivkräften selbst, sondern von den Produktions-, Eigentums- und Machtverhältnissen bestimmt.

Im SIPRI-Jahrbuch wie auch in Arbeiten des IIF werden die aktuellen Modifizierungen der NATO-Abschreckungsstrategie untersucht, die zu einer direkten Strategie der Führ- und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges gelangen. Aber SIPRI's Behauptung, die UdSSR verfolge einen „ähnlichen Kurs“, steht auf schwachen Füßen. Zum einen erkennt SIPRI an, daß die UdSSR sich vernünftigerweise nicht auf das Mörderspiel einer sogenannten abgestuften oder begrenzten Eskalation einläßt. Klein führt aus, daß die UdSSR aber generell keine Abschreckungsstrategie vertritt. Denn alle Theorien vom Gleichgewicht des Schreckens o. ä. verkennen, daß auf diese Weise stets nur ein instabiles, Rüstungseskalation hervorbringendes Gleichgewicht zu erreichen ist, also die Kriegsvorbereitung perfektioniert wird. Abschreckung verträgt sich daher auch nicht mit Normalisierung und Entspannung. Die Tatsache, daß die UdSSR der Bedrohung durch die NATO ein genügend starkes Verteidigungspotential entgegenhält, bedeutet keineswegs ihr Einschwenken auf die imperialistische Abschreckungsstrategie. Ihre Militärdoktrin kennt keine Erstschlagskonzeption und schließt eine solche unter allen Umständen aus.⁷⁴

Damit wäre die Frage aufgeworfen, wie die hier verglichenen Institute zur Frage der Beendigung des Wettrüstens Stellung nehmen. Vom IISS gehen dazu keine nennenswerte Impulse aus; im Gegenteil, seine künstlich aufgebauchten Bedrohungslegenden sind eher Plädoyers für weitere Schritte der Rüstungseskalation.⁷⁵ Seine wenigen Monographien über Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollprobleme gehen nicht vom Bestehen eines globalen Gleichgewichts aus. Sie huldigen der „Rüstungskontrolle“, d. h. dem Prinzip der Erhöhung von Sicherheit durch Regulierung des Wettrüstens, nicht durch echte Abrüstung, und konzentrieren sich auf militärtechnische Probleme, z. B. die Überwachung von Vereinbarungen. Anders das Stockholmer Institut, das nach eigenem Bekunden alle Abrüstungs- und Friedensbemühungen unterstützen will; seine Jahrbücher gehen in Analysen und Dokumentationen daher stets auf solche Fragen ein. Im Jahrbuch 1981 z. B. finden sich Abschnitte über die zweite Kontrollkonferenz zum Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, über die Bemühungen zum Verbot inhumaner, unterschiedslos tötender Vernichtungsmittel, über die Rolle der UNO auf dem Gebiet der Abrüstung, über die Madrider KSZE-Nachfolgekonferenz und über den Stand der Einschränkungen von Atomversuchsexplosionen. (Diese Abschnitte sind in der gekürzten deutschen Fassung teilweise nicht enthalten.) Daneben

74 SIPRI Rüstungsjahrbuch, 1981/82, S. 30 ff.; N. Pasti, Verteidigung, Sicherheit..., a. a. O., S. 94 ff.; Kade, Wer bedroht uns, a. a. O., S. 72 ff., 87 ff. SIPRI's Aussage zur Sowjetunion befindet sich im Rüstungsjahrbuch, ebd. S. 61 f.; vgl. dazu P. Klein, Probleme der Abrüstung, a. a. O., S. 83 f. Über die sowjetische Militärdoktrin gibt Auskunft D. Ustinow, Gegen Wettrüsten und Kriegsgefahr, in: W. Falin, W. Sagladin, D. Ustinow, Angebote zum Frieden, Frankfurt/M. 1981, bes. S. 49 f.

75 Die IISS-Zeitschrift „Survey“ dokumentiert Ergebnisse von Verhandlungen zu Fragen der Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzung und -kontrolle; daraus allein läßt sich aber noch kein Engagement für effektive Abrüstungsschritte erkennen, wie z. B. die heftige Polemik des IISS für den NATO-Beschluß zeigt. Vgl. auch Ted Greenwood, Reconnaissance, Surveillance and Arms Control, Adelphi Papers 88, London 1972; Disarmament in Europe, Adelphi Papers 10, London 1964.

hat SIPRI außerordentlich viele Monographien über Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsfragen veröffentlicht.⁷⁶ SIPRI verwendet sich sehr energisch für konkrete Schritte, die das Wettrüsten zu begrenzen geeignet sind, und geht, wie übrigens auch das IIF, dabei vom Prinzip des Gleichgewichts und der gleichen Sicherheit aus. Es betont, daß sich Abrüstung nicht nur auf USA und UdSSR erstrecken darf. Da SIPRI aber die systemmäßigen Ursachen von Rüstung verkennt, fehlt seiner Darstellung häufig die richtige Stoßrichtung. Eine Erfolgsbedingung des Kampfes um Abrüstung ist nämlich, daß nicht nur die abstoßenden Erscheinungen, sondern gerade die politischen und ökonomischen Wurzeln bekämpft und vernichtet werden. Darauf hingewiesen zu haben, ist das Verdienst des IIF, z. B. in Arbeiten von *Kaljadin*, *Kade* u. a.⁷⁷ *Kade* kritisiert das (auch von *Helmuth Schmidt* vertretene) Konzept der „Rüstungskontrolle“, das lediglich Spielregeln für den Verlauf des Wettrüstens aufstellt, mit dem die USA aber echte Abrüstung verhindern und das „Gleichgewicht des Schreckens“ erhalten wollen. Für die BRD hat *Kade* Gedanken zu einer „alternativen Sicherheitspolitik“ entwickelt, nämlich: Sicherheit bedarf des Abbaus der militärischen und politischen Konfrontation. Sie ist vorrangig durch politische, nicht militärische Schritte zu erreichen. Sie muß die nationalen Interessen der Völker berücksichtigen und kann nicht durch Unterordnung unter die USA entstehen. Sie bedarf einer defensiven Militärpolitik und der Reduzierung der militärischen Potentiale. Sie verlangt nach einer Außenpolitik gegenüber Ost und West, die auf Berechenbarkeit, gegenseitiger Achtung und Kooperation aufbaut. Als aktuelle Hauptlosung erhebt *Kade* die Forderung nach einem Referendum über den NATO-Beschluß. *Kade* und andere IIF-Autoren würdigen auch mit Recht die friedenserhaltende Rolle der Sowjetunion, die sich von der Überlegenheits- und Konfrontationsstrategie der USA deutlich abhebt.

Fassen wir zusammen: Die Gefahr eines Krieges wächst. Für die Wissenschaft heißt es Farbe bekennen: Ergreift sie Partei für den Frieden oder nicht? Das IISS versagt sich dieser Notwendigkeit weitgehend; seine strategischen Studien sind NATO-Interessen untergeordnet. SIPRI und IIF entsprechen ihr auf unterschiedliche Weise. SIPRI liefert reiches Datenmaterial und wertvolle Einzelanalysen, verfügt aber über eine mangelhafte und in sich nicht schlüssige Gesamtkonzeption. Das IIF hat große Verdienste in der Initiierung eines fruchtbaren wissenschaftlichen Friedensdialogs. Doch wäre eine Intensi-

76 Einige SIPRI-Titel seien hier genannt: *Strategic Arms Limitation*, Stockholm 1972, SIPRI Research Report 5; *Disarmament or Destruction? Armaments and Disarmament*, Stockholm 1975; F. Barnaby, *Preventing Nuclear Weapon Proliferation. An Approach to the Non-Proliferation Treaty Review Conference*, Stockholm 1975; *Strategic Disarmament. Verification and National Security*, London 1977; J. Goldblat, *Arms Control: A Survey and Appraisal of Multilateral Agreements*, London 1978; *Postures for Non-Proliferation. Arms limitation and Security Policies to Minimize Nuclear Proliferation*, London 1979. Vor dem internationalen Abrüstungsforum in Tutzing warnte Barnaby 1979 eindringlich vor der Verbreitung der Atomwaffentechnologie und sagte: „Fanatiker und Verrückte können in absehbarer Zeit den Atomkrieg auslösen“; zit. in Fred Schmid, *Abrüsten oder Totrüsten*, a. a. O., S. 50.

77 Z. B. G. Fuchs, *Die Bedeutung des Teststoppabkommens für die Verminderung der radioaktiven Kontamination der Umwelt*, in: Doernberg u. a., *Probleme des Friedens...*, a. a. O., S. 50 ff.; P. Klein, *Probleme der Abrüstung*, a. a. O., S. 85; A. Kaljadin, *Für ein umfassendes Verbot der Atomtests*, in: G. Fuchs, *Atomenergie, Kernwaffen und die Friedensbewegung*, a. a. O., S. 72 ff.; ders., *Multilaterale Abkommen über nukleare Rüstungsbegrenzung*, in: ebd. S. 79 ff. *Kade* entwickelt seine Überlegungen zu einer alternativen Sicherheitspolitik und zur Abrüstung in: *Zu einigen aktuellen Aspekten der Abrüstung*, in: Kaljadin, *Kade*, a. a. O., S. 119 ff. und: *Wer bedroht uns*, a. a. O., S. 116 ff., 27 ff.

vierung eigenständiger marxistischer Friedensforschung durchaus im Interesse der Arbeiter- und Friedensbewegung. Die Friedensforschung steht vor der Aufgabe, die Methodologie militärischer Kräftevergleiche weiter auszuarbeiten und ein Gegengewicht zu den imperialistischen Bedrohungslegenden zu schaffen. Vor allem kommt es darauf an, die Ergebnisse solcher Forschungen mehr in den Dienst der Aufdeckung der Triebkräfte und Ziele des Wettrüstens und einer wirkungsvollen Abrüstungs- und Kriegsverhinderungsstrategie zu stellen.

Rüstung und Arbeitsplätze

Zur ökonomischen Diskussion um Rüstung, Zyklus, Wachstum und Arbeitsplätze im Kapitalismus

Rainer Volkmann

1. Fragestellung — 2. Zyklusargumente: Rüstung als Instrument von Beschäftigungspolitik?
— 3. Rüstung und kapitalistisches Wachstum

1. Fragestellung

Angesichts der gegenwärtigen Weltlage ist zu befürchten, daß in wachsendem Maße ökonomische Außenexpansion, auf die nach wie vor in der BRD gesetzt wird, nur mit Macht, Drohung und Gewalt, d. h. mit militärischer Hilfestellung und Terrainsondierung, durchgesetzt werden kann: Die Strategie der außenwirtschaftlichen Expansion als Krisenüberwindung erzwingt eine — eben auch militärische — Disziplinierung anderer Länder.

Rüstung kann somit geeignet sein, international ökonomische Einflußsphären zu sichern. Ihre Anwendung bzw. Androhung der Anwendung — nur diese ist letztlich in der Lage, außenwirtschaftliche Expansion zu erzwingen — entspricht daher dem allgemeinen Interesse des BRD-Groß- und Monopolkapitals an der Absicherung des kapitalistischen Weltsystems. Allerdings muß vor der — möglichen — Anwendung von Rüstungsgütern erst deren Produktion erfolgen; und deren quantitative und qualitative Ausweitung impliziert gleichzeitig eine verstärkte Umorientierung inländischer Unternehmen von bisher tatsächlicher oder zukünftig angestrebter Exportintensivierung auf den einheimischen Markt, da Rüstungsaufträge und -finanzierung fast ausnahmslos durch das nationale Verteidigungsministerium vergeben bzw. geleistet werden. Konsequenz wachsender Rüstungsproduktion kann somit die Reduzierung der ökonomischen Möglichkeiten zur außenwirtschaftlichen Expansion sein, weil Teile der zuvor exportorientierten Produktion nunmehr stofflich-physisch militärischen Charakter bekommen haben und für zivile ausländische Nachfrage nicht zur Verfügung stehen. Von daher ist der Druck der US-Regierung auf die Natostaaten und Japan zu einer forcierten Aufrüstung — auch — als eine Strategie zur Eindämmung des sehr erfolgreichen Vordrängens westeuropäischer Konzerne auf früher einmal US-amerikanisch dominierten Märkten zu verstehen.¹ Ein aufrüstendes Nato-Europa und Japan lenken zunächst zwangsläufig Ressourcen und Kapital verstärkt auf die nationale Reproduktionssphäre und ermöglichen dem US-Kapital, altes Einflußterrain zurückzuerobern.

Rüstungsproduktion ist Produktion von Gütern, die in konkreten Betrieben von Arbeitern in meist normalen Arbeitszusammenhängen produziert werden. Oft ist Rüs-

1 M. Maximowa, Besonderheiten der modernen Weltwirtschaft und die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik heute, Frankfurt/Main 1982, S. 15.

stungsproduktion Montage ziviler Vorprodukte zum militärischen Endprodukt. Die einzelnen Unternehmen produzieren deshalb Rüstungsgüter, weil sie damit höheren Profit erzielen (hier sei an den für Rüstungsproduktion typischen geringen Eigenkapitaleinsatz erinnert!) als bei ziviler Produktion.

Läßt sich also auf verschiedenen Ebenen als Bestimmungsgrund für Rüstungsproduktion regelmäßig das Profitmotiv identifizieren, so muß auf ein besonderes Charakteristikum verwiesen werden: Rüstungsgüter sind Produkte zur gezielten massenhaften Menschenvernichtung. Dies hat auch in der BRD, in jüngster Zeit vor allem wegen der Bedrohung der Existenz der BRD schlechthin, wachsende gesellschaftliche Widerstände entstehen lassen. Diese Widerstände richten sich unmittelbar auch gegen das Rüstungskapital und seine Profit- und Verwertungsmöglichkeiten. Um diese Widerstände zu brechen und auszuschalten, versucht das Rüstungskapital, Ängste und Sorgen der Bevölkerung und in der Arbeiterklasse um Arbeitsplätze und vor Massenarbeitslosigkeit für seine Zwecke zu mobilisieren und zu nutzen, indem es auf den Zusammenhang pocht, daß Rüstungsproduktion Arbeitsplätze bzw. fungierende Arbeiter erfordert.

Dieser Sachverhalt liegt auch den entsprechenden wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionen zugrunde. In dem vorliegenden Beitrag sollen wichtige, im Rahmen dieser Diskussion in der BRD und anderen Ländern vorgetragene, Argumente referiert werden. Sie sind zweifellos auch für die Argumentation der Friedensbewegung wichtig, vor allem, wenn diese sich darauf orientiert, die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften in stärkerem Maße als bisher zu gewinnen. Dabei geht es zum einen um die Wirkung von Rüstung und Rüstungsausgaben im Zyklus der kapitalistischen Wirtschaft und zum anderen um die Wirkung auf den Reproduktionsprozeß unter Wachstumsgesichtspunkten.

Die Frage nach dem Zusammenhang von Rüstung und Arbeitsplätzen muß zunächst davon ausgehen, daß von deren Beantwortung nicht auf mehr oder weniger Legitimation von Rüstung geschlossen werden darf, gleichwohl der Kampf gegen Rüstung und Militarisation unter anderem *auch* mit ökonomischen Argumenten geführt werden muß. Darüber hinaus ist als Selbstverständlichkeit mit eher tautologischem Inhalt zu akzeptieren, daß jede materielle Produktion — auch die Rüstungsproduktion — die Verausgabung menschlicher Arbeitskraft verlangt; und dieser gesellschaftliche Akt vollzieht sich regelmäßig organisiert an Arbeitsplätzen. Danach sind in der BRD etwa 200 000 bis 300 000 Beschäftigte in der Rüstungswirtschaft tätig; unterschiedliche Angaben beruhen auf verschiedenen Berechnungsmethoden, erfaßten Produktionsbereichen — vor dem Hintergrund, daß in der BRD weder eine Rüstungsindustrie offiziell ausgewiesen wird, die einzelnen Unternehmen nicht ihre Beschäftigungszahlen aus den sogenannten „Sonderfertigungen“ ausweisen, noch der Begriff des Rüstungsgutes präzise erfaßt werden kann, weil eher ein geringer Teil der Rüstungsproduktion eindeutig militärischen Charakter hat, über die Zugehörigkeit anderer Güter zum Rüstungsbereich erst der Nachfrager bzw. Endverbraucher (die Bundeswehr) entscheidet und nicht zuletzt Geheimhaltungsvorschriften empirische Forschungen erheblich behindern.²

2 Vgl. die Problemvorstellung bei J. Huffs Schmid (Hrsg.), *Rüstungs- oder Sozialstaat?* Köln 1982, 2. Auflage, S. 34 ff., dort angeführte Literatur und eigene Berechnungen; auch ders., E. Burhop (Hrsg.), *Von der Kriegs- zur Friedensproduktion*, Köln 1980, S. 100 ff.; auch C. Bielfeldt, *Zur Ermittlung der militärisch abhängig Beschäftigten in der BRD*, in: *antimilitarismus information*, Nr. 2/1974. Einzelne Branchen-

Die Frage nach dem Zusammenhang von Rüstung und Arbeitsplätzen ist in der ökonomischen Diskussion der allgemeinen Fragestellung nach den Wachstums- und Wohlfahrtseffekten von Rüstungsproduktion untergeordnet, was sich bereits, wie zu zeigen sein wird, in der etwas künstlichen Differenzierung nach kurz- und langfristigen Arbeitsplatzeffekten abzeichnet. Es handelt sich dabei auch nicht um eine völlig neue Frage. *J. B. Say* war z. B. nicht der erste, der sich damit beschäftigte. Vor ihm war diese Frage auch Gegenstand der Erörterungen der bürgerlichen Klassiker. *Say* machte den Versuch, Opportunitätskosten der Unterhaltung des napoleonischen Heeres zu ermitteln:³ „*Smith* nennt den Soldaten einen unproduktiven Arbeiter. Wäre er um Himmels wegen nicht mehr! Aber er ist ein destruktiver Arbeiter; nicht nur, daß er die Gesellschaft weder um Produkte bereichert noch Produkte konsumiert, sondern oft genug ist er aufgerufen, ohne eigenen Vorteil die Früchte der Arbeit anderer zu zerstören.“⁴

Solche Opportunitätskosten von in der Realität äußerst heterogener Verausgabung staatlicher Finanzmittel zum Kauf und/oder zur Finanzierung von überwiegend privatwirtschaftlicher Produktion und Übernahme der Endprodukte durch den Staat sowie zur unmittelbaren Einstellung militärischer Personen werden regelmäßig berechnet. Hierbei kann etwa auf Methoden der Wirtschaftsforschung zurückgegriffen werden, die die Multiplikatoreffekte z. B. staatlicher Konjunkturprogramme errechnen, also die direkte im Zusammenhang mit der unmittelbaren Auftragsvergabe entstehende Arbeitsplatzschaffung (hier informieren die branchenspezifischen Kapitalintensitäten über die Einrichtungskosten von Arbeitsplätzen). Hinzu kommt die Erfassung des indirekten, über die Verausgabung des um ein Vielfaches höheren Gesamteinkommens entstandenen, Arbeitsplatzaufbaus — im Vergleich zu alternativen Verwendungen staatlicher Programme. Der letzte Aspekt bereitet die größten Schwierigkeiten; einmal müßte die inter- und intraindustrielle Verflechtungsstruktur hinreichend bekannt sein, also z. B. die gesamte Vorleistungsstruktur militärischer Endprodukte genügend erfaßbar sein, was gegenwärtig angesichts der zu groben Input/Output-Raster in der BRD noch nicht befriedigend möglich ist. Zum anderen beanspruchen die multiplikativen Ausbreitungsprozesse Zeit, deren Länge bekannt sein muß, um abschließend beurteilen zu können, wann denn nun ein arbeitsplatzschaffender Multiplikatorprozeß endgültig versickert ist.⁵ Unter Beachtung der genannten Probleme und Schwierigkeiten soll nun

und Unternehmensbeschäftigtenzahlen finden sich bei: A. Gottschalk, M. Eihsen, Rüstung und militärisch-industrieller Komplex im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4/1981, insbesondere S. 69 ff.; auch U. Albrecht, P. Lock, H. Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung? Reinbek b. Hamburg 1978, S. 18 ff. Eine übersichtartige Auflistung weiterer Untersuchungen — auch für die USA-Wirtschaft — findet sich bei: U. Albrecht, Rüstungskonversionsforschung, Baden-Baden 1979, S. 24 f.

3 Dieser Hinweis findet sich mit entsprechender Quellenangabe bei G. Kennedy, *The economics of defense*, London 1975, S. 32. Die Berechnung von Opportunitätskosten kommt heute insbesondere in der Konversionsforschung zur Anwendung und fußt historisch in der Beschäftigung mit Umstellungsproblemen der aus dem II. Weltkrieg mit einer unzerstörten und vollbeschäftigten Kriegswirtschaft herausgekommenen US-Wirtschaft. Vgl. dazu mit umfangreicher Literaturaufarbeitung auch zur Konversionsmethodik: U. Albrecht, *Konversionsforschung*, a.a.O., S. 27 ff.

4 J. B. Say, *Traité d'économie politique*, 1803, Book II, zitiert bei G. Kennedy, *The economics...*, a.a.O., S. 32. Bei gleicher Quelle findet sich ein informativer Überblick über das Verhältnis der klassischen Nationalökonomien zu den ökonomischen Konsequenzen von Rüstung.

5 Zur Problematik dieses Sachverhaltes vgl.: J. G. Grunwald, *Die Möglichkeiten zur Bestimmung zeitlicher Verzögerungen in der Stabilitätspolitik*, Berlin 1979, insbesondere S. 247–276.

die ökonomische Diskussion über die Arbeitsplatzeffekte der Rüstung im näheren erörtert werden.

2. Zyklusargumente: Rüstung als Instrument von Beschäftigungspolitik?

Der als politische Waffe verwendete und unbestreitbare Zusammenhang von Rüstungsproduktion und dafür notwendiger Bereitstellung von Arbeitsplätzen kann dem keynesianischen Hinweis zugeordnet werden, daß die Existenz dauerhafter Unterbeschäftigung im Kapitalismus möglich ist, aber durch staatliche Nachfrageerhöhung zumindest verringert werden kann. Da für *Keynes* weder Gebrauchswertfragen noch in der Kurzfristanalyse Wachstumsüberlegungen eine Rolle spielten, kann die Frage, welche staatliche Nachfrage denn hier die konjunkturelle Nachfragerücke ausfüllen soll, beliebig eben auch mit staatlicher Rüstungsnachfrage beantwortet werden: Rüstungsausgaben schaffen Einkommen, deren multiplikative Verausgabung sich positiv auf Renditeerwartungen niederschlägt und zusätzliche Investitionen und Arbeitsplätze anregt. Dieser kurzfristige Einkommens- und Arbeitsplatzeffekt ist nun prinzipiell mit anderen staatlichen Ausgaben vergleichbar. Zunächst profitieren regelmäßig das verarbeitende Gewerbe, insbesondere Elektro- und Elektronikindustrie, der Maschinen-, Fahrzeug- und Luftfahrzeugbau, die Metallverarbeitung — also die Schlüsselbereiche der Ökonomie.⁶ Damit ist nichts anderes beschrieben als die staatlich gelenkte Ausnahme von Teilen des privatwirtschaftlich organisierten Kapitals aus dem üblichen Verwertungs- und Konkurrenzprozeß, indem ihm überdurchschnittliche und sichere Verwertung staatlich, also nicht marktmäßig, garantiert wird und damit dem übrigen Kapital durch solchermaßen erfolgte Reduzierung von Konkurrenz und Konkurrenten tendenziell günstigere Verwertung möglich ist.⁷

Unter Arbeitsplatzüberlegungen kann hier empirisch verwiesen werden etwa auf die Nachkriegsperiode der USA, in der die mit Ende des Zweiten Weltkrieges erwarteten Beschäftigungseinbrüche eben nicht stattfanden: Schließlich war mit nahtlosem Übergang zum Kalten Krieg ein hohes Rüstungsausgabenniveau beibehalten worden, welches kompensatorisch jene durch Beendigung des Zweiten Weltkrieges prinzipiell überflüssigen Arbeitsplätze in der aufgeblähten Rüstungsindustrie weiterhin beanspruchte.⁸

Gerade in einer Krisensituation wie gegenwärtig in der BRD hat Rüstungsproduktion die konjunkturelle Wirkung, daß dem von ihr ausgelösten Einkommenseffekt einer multiplikativen Erweiterung der monetären Nachfrage in der Volkswirtschaft nicht auch ein zusätzlicher Kapazitätseffekt, d. h. eine Erweiterung des Marktangebotes, gegenübersteht. Die Nachfrageerhöhung lastet die bisher unterausgelasteten Kapazitäten

6 Nach nicht mehr ganz aktuellen Zahlen für 1976 entfielen in der BRD 82 Prozent der Zahlungen des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung allein auf die vier Industriezweige Luftfahrzeugbau, Maschinenbau, elektrotechnische Industrie und Straßenfahrzeugbau (vgl. im einzelnen U. Albrecht, P. Lock, H. Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung, a.a.O., S. 24 ff.).

7 Zur Preisentwicklung von Rüstungsgütern vgl. ebenda S. 53 ff.; zu Berechnungen der Profitentwicklung in Rüstungsbetrieben vgl. J. Huffschild (Hrsg.), Rüstungs- oder Sozialstaat?, a.a.O., S. 86 ff.

8 So etwa G. Kennedy, *The economics...*, a.a.O., S. 37. Dieser Sachverhalt wird allerdings kontrovers behandelt.

im zivilen Produktionsbereich besser aus, denn Rüstungsgüter erhöhen weder die Zahl der gegenwärtigen Konsum- noch der Investitionsgüter und scheiden mit ihrer Fertigstellung aus dem volkswirtschaftlichen Angebot aus.⁹ Darüber hinaus scheint die haushaltsrechtlich gegebene Dispositionsfreiheit offenbar bei Rüstungsausgaben recht groß zu sein, d. h. prinzipiell durch Flexibilität (nach oben) gekennzeichnet zu sein, was u. U. auch unter Konjunkturaspekten wünschenswert sein kann.¹⁰ In einer Ausweitung von Rüstungsausgaben sind regelmäßig auch personale Militärausgaben enthalten. Diese unmittelbare Schaffung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst ist problemlos zu vollziehen, da selten neu auszubildende Qualifikationsstandards im staatlichen Militärbereich erforderlich sind: Die hauptsächliche Betätigung von Militärpersonen in Verwaltungs- und Kontrolltätigkeiten stimmt mit ziviler Tätigkeit überein; gleiches gilt für große Teile des technisch-organisatorischen Bereichs (Wartung etc.).

Insgesamt kann unter den genannten sozialökonomischen und konjunkturellen Bedingungen von einer prinzipiellen Eignung von Rüstungsausgaben zur Krisenbekämpfung gesprochen werden, zumal die Erhöhung von Rüstungsausgaben regelmäßig auch zusätzliche Nachfrage nach ziviler Produktion nach sich zieht, die durch diese andere Verwendung, ohne daß stofflich ein enger Zusammenhang zur ausschließlichen militärischen Verwendung gegeben ist, zur Rüstungsware wird. In diesem Bereich erübrigen sich auch nennenswerte zeitbeanspruchende Umstellungen von Produktion und Verfahren.

Im Gegensatz dazu sind jene Rüstungsausgaben zu sehen, die sich auf die Entwicklung und Erprobung neuer Militärtechnologien beziehen und hier besondere Qualifikation erfordern und zunächst die zivile Güterproduktion kaum berühren. Es bleibt unter dem Gesichtspunkt der Krisenbekämpfung der — erwünschte — Einkommenseffekt, der unmittelbar aber nur im geringen Maße zusätzliche Arbeitsplätze finanziert. Regelmäßig wird neue Waffentechnologie in den Großkonzernen entwickelt, bei denen Rüstungsproduktion einen kleinen Teil der Gesamtproduktion darstellt und daher die ja nicht regelmäßig anfallenden, sehr spezialisierten Aufträge etc. eher durch innerbetriebliche Umschichtungen erfahrener und bereits speziell qualifizierter Belegschaftsteile erledigt werden können als mit zusätzlichen Arbeitsplätzen und Neueinstellungen, bei denen die betriebsspezifischen Anforderungen nicht vorausgesetzt werden können.¹¹ Hier bleiben also nennenswerte Neueinstellungen aus — ganz abgesehen davon, daß sich für Arbeitslose mit vergleichsweise geringer Qualifikation für spezialisierte Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie kaum Perspektiven ergeben. In der Tat hat sich die Militärtechnologie seit Ende des Zweiten Weltkrieges gewandelt. Bestanden bis dahin militärische Beschaffungen aus Großserienproduktion und massenweiser Einführung vorhandener Waffen und Waffentechnologie — ergänzt durch die Vergrößerungen des Militärpersonenbestandes —, so werden heute Militärausgaben regelmäßig zur Beschaffung neuer bzw. neu zu entwickelnder Waffensysteme verwendet; denn hoch-

9 J. Huffschnid, *Ökonomie der Abrüstung*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/1977, S. 537; G. Brandt, *Divergierende Funktion militärischer Rüstung*, in: E. Krippendorff (Hrsg.), *Friedensforschung*, Köln 1970, 2. Auflage, S. 263.

10 Ein Hinweis, auf den P. Lock, H. Wulf, *Wachstum durch Rüstung?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 4/1977, S. 417, dort Fußnote 4, abstellen.

11 J. Huffschnid, *Ökonomie der Abrüstung*, a.a.O., S. 541 ff.

spezialisierte, forschungsintensive Waffensysteme sind heute Ausdruck des qualitativen Rüstens.¹²

Unstrittig ist, daß Rüstungsausgaben mit den bisher gemachten Einschränkungen Arbeitsplätze schaffen bzw. sichern einschließlich des Vorleistungsbereichs. In einer allgemeinen Unterbeschäftigungssituation profitiert davon auch der Konsumgütersektor durch die Verausgabung der im Rüstungsbereich (zusätzlich) geschaffenen Einkommen. Eine somit mögliche anhaltende Verbrauchszunahme könnte hier Produktionsengpässe zeitigen, wenn der Konsumgütersektor bei seinen Beschaffungen zusätzlicher Kapazitäten auf Beschaffungsnotwendigkeiten eines expandierenden Rüstungssektors trifft — letzterer dürfte vor dem Hintergrund der politischen Priorität seine Interessen durchsetzen. Dann expandiert der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich einmal in Abhängigkeit von der wachsenden Rüstungsproduktion *und* von der verstärkten Nachfrage des Konsumgüterbereichs, der früher oder später zusätzliche Kapazitäten aufbauen muß aufgrund der auf ihn fallenden, mit der Beschäftigungserhöhung im Rüstungsbe- reich verbundenen, lohninduzierten Konsumnachfrage. Unter der Voraussetzung, daß die Finanzierung wachsender Rüstungsausgaben bald durch Kreditaufnahme, vor allem aber durch zunehmende Besteuerung der Masseneinkommen erfolgt, reduziert sich tendenziell diese auf den Konsumgüterbereich fallende Nachfrage. Zu diesem Zeitpunkt erweisen sich die zuvor aufgebauten Kapazitäten teilweise als Überkapazitäten. Gleiches trifft für den Grundstoff- und Produktionsgüterbereich zu, der stagnierende bzw. rückläufige Aufträge für Anlagen aus dem Konsumgütersektor erfährt. Damit einhergehender Arbeitsplatzabbau und Massenarbeitslosigkeit sind die Folgen.¹³ Von diesem Zeitpunkt an beginnt der Konsumgütersektor zu schrumpfen und verliert damit tendenziell eine ihm gerade häufig zugeschriebene Fähigkeit zur Krisenstabilisierung; denn bisher ist seine Produktionsentwicklung durch die eher einkommensunelastische Konsumnachfrage gekennzeichnet, was sich in einem durch wesentlich geringere Amplituden gekennzeichneten Zyklusmuster der Produktion von Konsumgütern im Vergleich zu Investitionsgütern zeigte.¹⁴ Nunmehr — und seriöserweise kann hier nur auf eine Tendenz verwiesen werden — unterliegt auch der Konsumgütersektor einer stärker gewordenen zyklischen Beeinflussung; weniger dadurch, daß die Rezession die Konsumgüterproduktion auf ein besonders niedriges Niveau zwingt, sondern dadurch, daß ein nur kurzfristig gültiges, erheblich expansiveres Produktionswachstum mit entsprechendem Kapazitätsaufbau erfolgte und nun um so stärker abgebaut werden muß. Damit wird der Zyklus der Beschäftigungsentwicklung durch die verstärkte Eigenbewegung des Konsumgütersektors verschärft.

Konsequenterweise müßte, vom Standpunkt keynesianistisch begründeter Instrumentalisierung der Rüstung als antizyklischer Konjunktur- und Beschäftigungspolitik,

12 H. Fiedler, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Militarismus der Wirtschaft im gegenwärtigen Imperialismus, in: Institut für internationale Politik und Wirtschaft der DDR (Hrsg.), IPW-Bericht 10/1978, S. 27. So wird auch von „technologischem Krieg“ (Fiedler) gesprochen. Entsprochen Entwicklung und Erstausrüstung der Bundeswehr noch dem traditionellen Rüstungsbeschaffungsmuster, so beinhalten die gegenwärtig durchgeführten Modernisierungen fast ausschließlich qualitative „Verbesserungen“ (vgl. Wirtschaftswoche, Nr. 33, vom 5. 8. 1977, S. 17).

13 Diese Schlußfolgerungen gelten nur für sog. Friedenszeiten.

14 K. W. Rothschild, Rüstungswirtschaft und Vollbeschäftigung, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik 1956, S. 158.

in Phasen der Vollbeschäftigung Rüstung reduziert werden — was nicht geschieht. Somit entlarvt sich Rüstungskeynesianismus als bloße Rechtfertigung für Rüstung *auch* in Krisenzeiten.

In die bisherige theoretische Auseinandersetzung soll ein „verteidigungspolitischer“ Gesichtspunkt eingebracht werden: Die Funktion von Rüstung (auch) als Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit hängt angesichts des technologischen Standards von der Präsenzstärke ab — also von jener Verteidigungs-/Vernichtungsfähigkeit, die innerhalb kürzester Zeit angesichts reduzierter Vorwarnzeiten etc. einsatzfähig ist. Dieser Zwang zur permanenten Mobilisierung erfordert ständige Inanspruchnahme der für diese militärische Verwendung erforderlichen Produktionsressourcen, die somit in einer permanenten Konkurrenz zu ihrer zivilen Inanspruchnahme stehen.¹⁵ Diese „permanente Mobilisierung“ erfordert unter Finanzierungsgesichtspunkten eine stetige Liquidisierung, die bei Unterbeschäftigung hingenommen werden kann, bei Vollbeschäftigung dagegen regelmäßig Preiserhöhungsspielräume schafft. Überhaupt erhält die Frage nach dem Zusammenhang von Rüstung und Arbeitsplätzen im Fall ausgelasteter Kapazitäten einen anderen Stellenwert, da in dem Maße, wie Produktionsressourcen für Rüstungszwecke beansprucht werden, eine alternative Verwendung ja nicht möglich ist — letztere aber in einem prosperierenden Akkumulationsprozeß mit Vollbeschäftigung jederzeit gegeben wäre.

Die bisherige Argumentation war auf den Fall einer Volkswirtschaft mit unterausgelasteten Kapazitäten bezogen, in der Rüstungsausgaben (genauer: nur absolut wachsende Rüstungsausgaben) zur Beschäftigungsanhebung eingesetzt werden können, um die erwünschte konjunkturelle Stimulanz über den Funktionszusammenhang, den der Multiplikator beschreibt, zu erbringen.¹⁶ Gegenüberstellungen von alternativen Verwendungen staatlicher Gelder belegen nun — auch unter Einschluß der Verflechtungsproblematik — deutlich, daß Rüstungsausgaben mit Abstand die wenigsten Arbeitsplätze schaffen; mithin Umverteilungen innerhalb des Staatshaushalts bei Vollbeschäftigung eben diese gefährden und in Krisenzeiten unter der allerdings unrealistischen Prämisse gegebener Staatsausgaben die Arbeitslosigkeit erhöhen.¹⁷ Überhaupt — so abschließend — läßt sich bezweifeln, ob Rüstungsausgabenvariationen kurzfristig durchführbar sind; denn bekanntlich beanspruchen insbesondere die technologisch aufwendigen Rüstungsprojekte mehrjährige Planungs- und Realisierungsphasen.¹⁸

15 G. Brandt, *Divergierende Funktionen...*, a.a.O., S. 262.

16 K. Engelhardt, *Ökonomische und soziale Aspekte der Abrüstung*, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 22. Jg. 1974, S. 723.

17 Vgl. für die BRD etwa: J. Schmidt, *Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung*. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Staatsausgaben. DIW-Beiträge zur Strukturforchung, H. 46, Berlin (West) 1977. Danach schafft eine Veränderung der Staatsausgaben zugunsten der Verteidigung um 10 Mrd. DM rd. 180 000 Arbeitsplätze, die gleiche Staatsausgabenvariation zugunsten *aller anderen* Bereiche jeweils mindestens 9 bis 50 Prozent Arbeitsplätze mehr — unter Einschluß der mittelbar geschaffenen.

18 C. Lo, *Die widersprüchlichen Funktionen der amerikanischen Rüstung nach dem 2. Weltkrieg*, in: G. Krell (Hrsg.), *Die Rüstung der USA. Gesellschaftliche Interessen und politische Entscheidungen*, Baden-Baden 1981.

3. Rüstung und kapitalistisches Wachstum

Rüstung reduziert den Reproduktionsprozeß

Zunächst plausibel erscheint die Vorstellung, daß wachsende Rüstung einen Ausgabenstrom mit multiplikativer und akzeleratorischer Vervielfachung darstellt, der sich über die gesamte Wirtschaft ausbreitet und alle Unternehmen in irgendeiner Weise berührt. Probleme treten allenfalls auf der Angebotsseite in Form von Knappheit von Arbeitskräften und Ressourcen auf.¹⁹ Diese Vorstellung ist bereits von den Klassikern der Nationalökonomie kritisiert worden und wurde regelmäßig schon im Zusammenhang mit eher tautologischen Begründungen erweitert, wonach durch die Zuordnung von Militärausgaben zum staatlichen Konsum weder der staatliche noch der private Ausrüstungsstand erhöht wird.²⁰ Interpretiert und vor allem präzisiert lautet die Erkenntnis, daß eine Rüstungsgesellschaft letztlich nicht reicher wird, obwohl doch (Rüstungs-)Güter hergestellt werden, weil eben durch Rüstung die gesellschaftlichen Reproduktionsmöglichkeiten nicht erweitert werden. Es werden keine Produktionsmittel (Maschinen u. a.) für weitere Produktion zur Verfügung gestellt. Damit verkürzt sich der gesellschaftliche Akkumulationsprozeß.²¹ Damit einhergehende Einschränkungen zukünftiger Konsummöglichkeiten resultieren darüber hinaus auch aus der Nichtvornahme jener staatlichen Infrastrukturleistungen, die private Investitionen zumindest dann initiiert hätten, wenn diese staatlichen Vorleistungen in komplementärer Beziehung zu privaten Investitionen stehen, aber bei gegebener staatlicher Finanzmasse und der Entscheidung für Rüstungsausgaben eben nicht vorgenommen werden konnten. Hier erfolgt eine absolute Einschränkung von gesellschaftlichen Akkumulationsfähigkeiten, die bei — allerdings über Geldschöpfung — ausweiterbarer staatlicher Finanzmasse immer noch eine relative Einschränkung bleibt.²² Genauer: Rüstungsausgaben reduzieren gesamtwirtschaftlich die Zahl der Arbeitsplätze nicht nur dadurch, daß sie keine Anlagen zur Reproduktion finanzieren, sondern darüber hinaus verhindert die staatliche Finanzierung von Rüstung über die entsprechend geringer ausfallende öffentliche Infrastrukturleistung die Mobilisierung zusätzlicher privater Investitionen. Langfristig werden somit weniger Arbeitsplätze geschaffen. Während Produktionsmittel ihren ökonomischen Sinn und profitablen Zweck darin haben, in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft die dortige Produktion von Halb- und Fertigwaren zu ermöglichen und/oder zu erweitern, was jeweils die Neuinstallation von Arbeitsplätzen bedeutet, finden Rüstungsgüter nicht diesen weitergehenden, akkumulierenden Einsatz. Mit ihrer Fertigstellung wird kein weiterer Produktionsweg beschritten; der Produktionsmittelmarkt der Gesellschaft und damit die Investitionsquote werden eingeschränkt.²³ Diese Ver-

19 K. W. Rothschild, *Rüstungswirtschaft...*, a.a.O., S. 152.

20 H. Regling, *Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung*. Hamburg 1970, S. 84.

21 Rothschild schlägt vor, zur Berechnung der Wachstumsverluste die (vermutlich sachlichen, R.V.) Militärausgaben mit den industriellen Kapitalkoeffizienten zu multiplizieren, um jene Sozialproduktentwicklung zu bestimmen, auf die wegen der Militärausgaben verzichtet wird. (Vgl. K. W. Rothschild, *Militärausgaben und Wirtschaftswachstum*, in: A. Reif [Hrsg.], *Die Zukunft der Wirtschaft*, München 1976, S. 128.)

22 J. Huffs Schmid (Hrsg.), *Rüstungs- oder Sozialstaat?*, a.a.O., S. 172.

23 Über den bei konstanter Kapitalproduktivität positiven Zusammenhang von Investitionsquote und Wachstumsrate vgl. für die BRD: K.-W. Schatz, *Wachstum und Strukturwandel der westdeutschen Wirtschaft im internationalen Verbund*, Tübingen 1974, darin insbesondere S. 135 ff.

knappung des Produktionsmittelangebots ermöglicht die Durchsetzung von höheren Preisen, so daß bei gegebener monetärer Nachfrage real weniger Investitionen und damit weniger Arbeitsplätze finanziert werden können. Einschränkungen dieser Schlußfolgerungen ergeben sich für den Fall, bei dem Militärausgaben Investitionen in das Sozialkapital darstellen, also die gesellschaftliche Infrastrukturausstattung durch den Bau von Flugplätzen, Hafenanlagen, Straßen etc. erhöhen.²⁴

Ein möglicher Einwand lautet, daß die gesellschaftliche Investitionsquote immer dann nicht negativ berührt wird, wenn die Rüstungsausgaben anstelle des privaten Verbrauchs treten.²⁵ Dies wäre z. B. der Fall, wenn die Rüstungsfinanzierung über Besteuerung der überwiegend für Konsumzwecke verausgabten Einkommen der Lohnabhängigen erfolgt. Dieser angebliche Zusammenhang verkennt die Bedeutung der privaten Massenkaukraft für die private Investitionstätigkeit — ein in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur hinreichend bestätigter Zusammenhang.²⁶

Die reduzierte Versorgung der Volkswirtschaft mit heutigen Produktionsmitteln und damit künftigen Konsummitteln — unter Einschluß personeller und kapazitiver Konsequenzen für den Vorleistungsbereich — charakterisiert Rüstungsausgaben als umfassende Beeinträchtigung gesellschaftlicher Reproduktions- und Arbeitsmöglichkeiten. Aber auch die gegenwärtige Konsumtion und damit Arbeitsplätze im Konsumgüterbereich werden beschränkt; das zeigt sich gegenwärtig in der BRD im Zusammenhang von wachsenden Rüstungsausgaben und staatlicher Umverteilung zu Lasten der Massenkaukraft und folglich erstmals in der Geschichte der BRD in rückläufigem realem Konsum.²⁷

Rüstung und Außenwirtschaft

Wachstums- und Allokationsaspekte hängen eng miteinander zusammen, was am Beispiel der BRD mit ihrer großen Exportabhängigkeit und einem im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Industriesektor belegt werden kann. Private Akkumulation hängt von der Realisierung produzierter Profite ab, dies wiederum von erfolgten Absätzen zu unter Konkurrenzgesichtspunkten günstigen Preisen. Für die BRD spielt dabei bisher das Exportwachstum eine hervorragende Rolle, nicht zuletzt durch die von vornherein über die Grenzen der monetären Binnennachfrage hinaus aufgebauten und staatlich geförderten Produktionskapazitäten, die Massenproduktionsvorteile und Stückkostendegressionen zu erreichen erlaubten. Dies führt als Produktivitätssteigerung und — im internationalen Vergleich — Reallohnstückkostensenkung zu erheblichen Begünstigungen für die private Akkumulation in der BRD. Erfolgreiche Export-

24 W. Wittmann, Militärausgaben und wirtschaftliche Entwicklung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 122, 1966, S. 112. Der entscheidende Punkt ist die Allgemeinzugänglichkeit, d. h. der Subventionscharakter für weitere private Wirtschaftstätigkeit nach Fertigstellung dieser militärisch-bestimmten Leistungen. Gerade dies wäre untypisch für den Militärssektor einer Gesellschaft.

25 Ebenda, S. 111.

26 Vgl. G. Lorenzen, Der Beitrag der Akzelerationshypothese zur Erklärung der Nettoinvestitionen in den Sektoren der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1975; H. B. Chenery, Overcapacity and the Acceleration Principle, in: *Econometrica*, 1952, S. 12 ff.; B. G. Hickman, Capacity, Capacity Utilization and the Acceleration Principle, in: National Bureau of Economic Research (Hrsg.), *Problems of Capital Formation. Studies in Income and Wealth*, Vol. 19, Princeton 1957.

27 HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg, Konjunktur von morgen, Nr. 608 vom 11. 3. 1982.

expansion mit insbesondere technischen Gütern war für die BRD-Unternehmen möglich und verhinderte auch, daß, da die Nachfrage nach Importen positiv mit der Entwicklung der Inlandseinkommen wächst, eine erfolgreiche binnenwirtschaftliche Wachstumspolitik u. U. gebremst werden muß, um das aus wachsendem Einkommen und damit steigender Importnachfrage drohende Handelsbilanzdefizit zu vermeiden.²⁸

Ein hoher und vor allem wachsender Rüstungssektor umfaßt in wachsendem Maße Kapital, welches dieser außenwirtschaftlichen Expansion — hier soll dieses geschlossene Argument überprüft werden, ohne daß auf Möglichkeiten und Sinnhaftigkeit der außenwirtschaftlichen Expansion eingegangen werden soll — entzogen wird, darüber hinaus auch dem produktivitätssteigernden Effekt von teilweise funktionierenden Konkurrenzbeziehungen nicht mehr unterzogen ist, weil es nunmehr — spezialisiert — rüstungstechnologische Monopolstellungen innehat und einem Nachfrager gegenübersteht, der preisunelastisch ist: Geringere Massenproduktionsvorteile und Produktivitätsfortschritte im gesellschaftlichen Durchschnitt sind die Folgen.²⁹ Höhere Stückkosten führen bei Vorherrschen kostenorientierter Preissetzung zu entsprechend höherem Preisniveau, was reale Nachfrageabwertung gegebener Kaufkraft im In- und Ausland bedeutet und damit Absatz und inländische Beschäftigung verringert. Folgen diesen reduzierten Exportmöglichkeiten auch noch verstärkte Rohstoffimporte aufgrund zunehmender Rüstungsproduktion, dann werden — im System fester Wechselkurse und Interventionsverpflichtung der Notenbank zwecks Stabilhaltung der Kurse — Geldvernichtungsprozesse mit ihrer Rezessionstendenz gefördert.³⁰

Dieser Zusammenhang führt zur gegenwärtigen Waffenexportpolitik, die, selbst wenn der Waffenexport als Instrument zur „Disziplinierung“ unsicherer ökonomischer Einflußsphären eingesetzt wird, dennoch Arbeitsplätze in der BRD-Wirtschaft gefährdet. Eine ökonomisch erfolgreiche Entwicklung der Dritten Welt schlägt sich u. a. auch in wachsender Importnachfrage nach westdeutschen Gütern nieder. Voraussetzung dafür ist aber die finanzielle Fähigkeit zum Kauf von Produktionsmitteln, mit deren Einsatz ein inländischer Akkumulationsprozeß — ob planvoll gelenkt oder einzelwirtschaftlich organisiert — initiiert werden könnte. Waffenkäufe der Dritten Welt, die sich ja auch niederschlagen als Rüstungsaufträge an BRD-Rüstungsunternehmen und somit zumindest dort auch eine gewisse Zeit als sichere Arbeitsplätze, schließen aber gerade bei finanziell begrenzten Möglichkeiten den Kauf von Produktionsmitteln aus. Die BRD verliert inländische Arbeitsplätze doppelt: Es bleibt nennenswerte Nachfrage nach Produktionsmitteln als (allerdings nur hinreichende) Voraussetzung für einen Akkumulationsprozeß in der Dritten Welt aus; und langfristig reduziert diese Nicht-Entwicklung weitere Nachfragemöglichkeiten nach westdeutschem Export.³¹ Und

28 K. W. Rothschild, Militärausgaben und Wirtschaftswachstum, a. a.O., S. 129.

29 Ebenda, S. 130.

30 C. Lo, Die widersprüchlichen Funktionen..., a.a.O., S. 90.

31 P. Lock, H. Wulf, Wachstum durch Rüstung?, a. a.O., S. 421. Auf einen beachtenswerten Sachverhalt verweisen Lock und Wulf: Wenn aus der wachsenden Militarisierung der Dritten Welt deren Importfähigkeit nachläßt, wäre die BRD besonders benachteiligt, da aus der BRD überwiegend Investitionsgüter und keine Nahrungsmittel für die Dritte Welt exportiert werden. Andere Länder wie etwa USA und Frankreich exportieren auch Nahrungsmittel, so daß letztere selbst bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Dritten Welt zumindest teilweise profitieren von der dann einsetzenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln, während der Import von Investitionsgütern (aus der BRD) zurückgestellt wird.

selbst eine Marktöffnungsfunktion von Rüstungsexporten ist fraglich — und empirisch nicht belegbar.³²

Forschungs- und Entwicklungsausgaben in der Rüstung

Unbestritten ist, daß Rüstungsproduktion auch in forschungsintensiven Wirtschaftszweigen erfolgt — wobei militärische Forschungsausgaben ohnehin einen hohen Anteil an den gesamten Forschungsaufwendungen haben.³³ In der Literatur wird unter sogenannten Spill-over- und Spin-off-Effekten monetär erfaßbare und/oder kostenlose Ausbreitung von Kenntnissen, Produkten, Produktionsverfahren und Materialien als Ergebnis von militärischer Forschung und Entwicklung für zivile Produkte und Produktionsverfahren verstanden. Wenn auch die Verifizierung bisher nicht erfolgt ist — im einfachsten Falle genügt bereits der Hinweis auf Japan und auch (bisher) die BRD, die eine bemerkenswerte ökonomische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ohne bedeutende Rüstungsproduktion durchführten, während die rüstungsintensiven USA, auch England und Frankreich, ein eher bescheidenes Wirtschaftswachstum zeigten.³⁴ Die Analyse — die hier nicht abgeschlossen werden kann — muß fragen:

- Inwieweit werden die Nebenwirkungen militärischer Forschung und Entwicklung zu Hauptentwicklungen uminterpretiert?
- Was ist der ökonomische Preis für die Nutzbarmachung militärischer F+E-Ergebnisse auch für die zivile Produktion?³⁵
- Welche Blockaden der Übertragung von F+E-Erkenntnissen auf den zivilen Bereich entstehen aus den besonderen Bedingungen militärischer Forschung und Entwicklung, u. a. den Geheimhaltungsvorschriften, die gesellschaftlich verschwenderische Parallelforschung notwendig machen mit allerdings doppelt zu besetzenden Arbeitsplätzen für hochschulqualifiziertes Fachpersonal, das dann vergleichsweise selten von Arbeitslosigkeit betroffen ist?

Eine Argumentation, die *auch* den zivilen Nutzen und die zivile Übertragbarkeit militärischer F+E-Kenntnisse vorsieht, entlarvt sich schon dadurch, daß die angeblich stimulierenden Effekte militärischer Forschung richtigerweise zu Nebenprodukten erklärt werden. Diese bleiben ohnehin fraglich, ruft man sich die technologische Rüstungsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung, deren Endprodukte extremen militärischen Anforderungen — da die Finanzierung unproblematisch ist — gerecht werden müssen: Kriterien, in denen Kostenminimierung und alltägliche Gebrauchswertsteigerung — für die zivile Vermarktung wichtige Faktoren — wie Fremdkörper wirken und zivile Anwendung verhindern.³⁶

32 E. Ehrenberg, *Der deutsche Rüstungsexport*, München 1981, S. 41. So stellte gerade die erhebliche militärische Unterstützung des Schah-Regimes durch die BRD eine Desavouierung der iranischen Opposition dar und führte konsequenterweise mit der Überwindung der Schah-Diktatur zum drastischen Abbau der Wirtschaftsbeziehungen durch die neue iranische Regierung.

33 Bundesministerium für Forschung und Technologie, *Bundesbericht Forschung*, Nr. 6, Bonn 1979, S. 40 f.

34 Stockholm International Peace Research (SIPRI), *Rüstungsjahrbuch 80/81*, Reinbek b. Hamburg 1980, S. 51.

35 „Preis“ könnte im einfachsten Fall die Differenz zwischen der Geldsumme sein, die die gleichen zivilen Güter bzw. Erkenntnisse bei direkter Forschungsförderung hervorgebracht hätte, und der tatsächlichen Summe der militärischen Forschungs- und Entwicklungsförderung. Rothschild spricht hier von der sog. „Umwegrentabilität“ (K. W. Rothschild, *Militärausgaben...*, a.a.O., S. 135).

Als Ergebnis unserer Überlegungen kann ein Widerspruch formuliert werden, der in spezifischer und zugespitzter Form den Ziel-Mittel-Konflikt der kapitalistischen Produktionsweise ausdrückt: Rüstungsproduktion als profitable Kapitalverwertung für die beteiligten Unternehmen, als Mittel der profitablen Einflußsicherung nach innen und außen ist durchaus geeignet, die Profitproduktion und -realisierung voranzutreiben. Je größer dabei der rüstungskapitalistische Erfolg, desto mehr werden die perspektivischen Wachstums- und damit auch die Systemsicherungsgrundlagen beeinträchtigt. Als innere Logik dieser Entwicklung ergibt sich eine zunehmende Gefahr für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die unter kapitalistischen Bedingungen nicht nur, aber eben auch von funktionierenden Akkumulationsprozessen abhängen.

36 Wenn der Trend von der gesellschaftlichen Herstellung von militärischen Endprodukten immer mehr zur gesellschaftlichen Arbeit von Forschung und Entwicklung und wachsender Militarisierung der Wissenschaft anhält, wird die Vorstellung vom physischen Vorhandensein militärischer Endprodukte, welche irgendwann und irgendwie doch noch zivil genutzt werden können, zunehmend ad absurdum geführt (H. Fiedler, *Wissenschaftlich-technischer Fortschritt...*, a.a.O., S. 29).

Die Wirtschaftspolitik des Kapitals in der Krise — Tagungsbericht*

Bernhard Roth

Am 5. und 6. Juni 1982 veranstaltete das IMSF in Frankfurt eine internationale wissenschaftliche Tagung zu dem Thema „Die Wirtschaftspolitik des Kapitals in der Krise. Ein Vergleich der kapitalistischen Hauptländer“.

Referenten aus fünf kapitalistischen Ländern analysierten die Situation ihrer Heimatländer und schufen damit die Grundlage für eine vergleichende Diskussion. Zusatzinformationen vermittelten die Beiträge über weitere Länder. Im Mittelpunkt der Referate standen folgende Fragestellungen:

- Welche theoretisch-ideologischen Veränderungen traten im Gefolge der Weltwirtschaftskrise auf? Angesprochen war die Wendung vom Keynesianismus hin zu verschiedenen Varianten angebotsorientierter und monetaristischer Theorien.
- Welche Veränderungen in den Zielen und Instrumenten der Wirtschaftspolitik sind feststellbar, welche dominieren aktuell in dem jeweiligen Land?
- Welche Rolle spielen die Monopole und internationalen Konzerne bei der Gestaltung und bei Änderungen der nationalen Wirtschaftspolitik?
- Wie reagierte die Arbeiterbewegung auf die Krisenpolitik des Kapitals, welche Alternativen wurden entwickelt, und welche Durchsetzungsmöglichkeiten gibt es hierfür?

An der Tagung nahmen 170 Wissenschaftler und Interessierte aus der Bundesrepublik teil. Weiterhin waren der Einladung des IMSF Prof. Dr. Jochen Höhne vom IPW und Prof. Dr. Herbert Meißner vom Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR gefolgt.

USA

Die Reihe der Referate wurde von *Barry Cohen*, Mitherausgeber der theoretischen Zeitschrift der KP-USA, der „Political Affairs“, eröffnet. Die Wende zu den „Reagonomics“, d. h. einer wirtschaftspolitischen Mixtur aus monetaristischen und angebotsorientierten Rezepten zur Bekämpfung der Krise, sei eine Reaktion auf das Versagen keynesianischer Regulierungen in den siebziger Jahren, aber auch auf den relativen politischen und wirtschaftlichen Positionsverlust der USA in der Welt gewesen. In den siebziger Jahren sahen sich die USA mit einer Kumulation von Krisen (3 Rezessionen, Dollarkrise und Zusammenbruch des Systems von Bretton-Woods, Zahlungsbilanzprobleme, steigende Inflation und Arbeitslosigkeit) konfrontiert, die mit den keynesschen Regulierungsmethoden nicht nur nicht beherrschbar waren, sondern durch den Einsatz dieser Instrumente sogar eine Verschärfung erfuhren. Vor diesem Hintergrund vollzog

* Die Referate und Tagungsmaterialien (Diskussionsbericht, Schlußwort, Statistiken) sind vollständig publiziert in: *Marxistische Blätter*, Frankfurt/Main, Nr. 5 (Sept./Okt.) 1982

sich die Wende zu oder besser gesagt die Wiederbelebung von „fundamentalistischen“ Wirtschaftstheorien, die einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft — bei gleichzeitiger Verstärkung der Rolle des Staates in der Rüstung — und Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des kapitalistischen Marktes predigten.

Die „Reaganomics“ versuchen, diese Gedanken in vier wesentlichen Grundsätzen umzusetzen: Erstens in der „Angebotsorientierung“, die die Produktions- und Investitionstätigkeit durch Steuersenkungen für die Unternehmen und Reichen und durch den Abbau sozialer Schutzbestimmungen anregen soll. Zweitens im Monetarismus, der mit einer Politik des knappen Geldes der Inflation Herr werden will. Drittens in einer umfassenden Militarisierung der Gesellschaft und viertens in der Doktrin vom Haushaltsausgleich. In der Realität jedoch gerieten diese Elemente der „Reaganomics“ in Widerspruch zueinander. Während die Angebotsorientierung expansiv wirken soll, stärke die monetaristische Politik rezessive Tendenzen. Das Ziel des Haushaltsausgleichs, das über Kürzungen der Sozialausgaben erreicht werden soll, rücke in immer weitere Ferne, da Hochrüstung, Steuerkürzungen für die Reichen und Einnahmeausfälle durch die sich vertiefende Rezession die Einsparungen überkompensierten.

Da die „Reaganomics“ nicht alle ihre Ziele erreichen könnten, konzentrierten sie sich auf Prioritäten, auf Steuersenkungen und auf die Aufrüstung. Jedoch sei dieses Konzept insgesamt kein realistischer Ausweg für das US-Kapital, wie *Barry Cohen* mehrfach herausarbeitete. Kurzfristig wirkten die „Reaganomics“ als „ökonomische Neutronenbombe“, d. h., sie vernichteten Arbeitsplätze und ließen die Profite unversehrt. Langfristig aber zerrütteten sie die Grundlagen der US-Industrie, bedrohten Industriezweige wie z. B. die Bau- und Automobilindustrie, die früher für die Einleitung von Aufschwüngen eine Lokomotivenfunktion gehabt hätten, und schufen erhebliche Disproportionen. Eine Kettenreaktion von Unternehmenszusammenbrüchen sei nicht mehr unwahrscheinlich.

Für die arbeitenden Menschen der USA stellten die „Reaganomics“ eine „soziale Konterrevolution“ dar, eine rigorose Umverteilung zugunsten der Monopole und zu Lasten der Werktätigen und diskriminierter Gruppen der US-Gesellschaft. Die Protestbewegung gegen diese Politik unter Einschluß der AFL/CIO-Gewerkschaften nehme zunehmend den Charakter einer Massenbewegung an, wenngleich einige Gewerkschaften (Automobil) in Tarifverträgen soziale Verschlechterungen hingenommen hätten und Rückzugstendenzen zeigten.

In der Diskussion wurde zunächst auf Kräfteverschiebungen innerhalb des US-Kapitals eingegangen. In der Tat habe die traditionell dominierende „Ostküstenbourgeoisie“ relativ z. B. zu den Ölkonzernen und den Rüstungsunternehmen an Boden verloren. Weiter wurde die Frage nach den Realisierungschancen, nach der Rationalität der Reaganpolitik gestellt. *B. Cohen* sah insbesondere in dem Versuch, den Positionsverlust der USA in der Welt mit militärischen Mitteln wettmachen zu wollen, sowie in der Widersprüchlichkeit der Wirtschaftspolitik, die zugleich „Stop and Go“ versuche, unrealistische Momente in der US-Politik. Letztlich werde diese Politik nicht zur Stärkung der Position des US-Kapitals führen, auch wenn Teile des Monopolkapitals aktuell begünstigt würden. Zur Situation der Widerstandsbewegung gegen diese Politik erläuterte *Cohen*, daß diese in Auseinandersetzung mit den „Reaganomics“ rasch erstarke und daß der Mythos eines Amerika ohne Klassen und Klassenkampf nicht mehr aufrechtzuerhalten sei.

Japan

Besondere Bedingungen und Regulierungsmethoden des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Japan, aber auch Annäherungen an die in den USA und Großbritannien praktizierte Wirtschaftspolitik standen im Mittelpunkt des Referats von *Prof. Dr. Kyōichi Maekawa*, Dekan an der Universität Kyoto und Vorstandsmitglied des Rates der Vereinigung der Ökonomen Japans. Auch in Japan hätten die keynesschen Rezepte keinen Ausweg aus dem Dilemma von sinkender Produktion und Arbeitslosigkeit, von Inflation und von Zahlungsbilanzproblemen dargestellt. Die zyklische Krise von 1974/75 enthüllte schwere Strukturprobleme (Überakkumulation in der Schwer- und Chemieindustrie, Rohstoff-, Energie- und Nahrungsmittelprobleme) und traf Japan schwerer als andere kapitalistische Länder. Jedoch wurde diese Krise unter Beibehaltung der bisherigen Industrieförderungspolitik und der keynesianischen Instrumentarien durch eine weitere Ausweitung des öffentlichen Sektors, durch eine strikte Rationalisierung, durch eine Förderung des Personalabbaus — abgestützt durch die Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung — und nicht zuletzt durch eine Exportexpansion zunächst überwunden. Zugleich jedoch vertiefte sich die staatliche Finanzkrise, verstärkte sich die Inflation, stieß die Außenexpansion an die Grenze von Gegenmaßnahmen der Konkurrenten und minderte sich die Konsumtionskraft der Gesellschaft infolge zunehmender Arbeitslosigkeit.

In den achtziger Jahren liebäugelte das japanische Großkapital deshalb zunehmend mit den „Reaganomics“ und dem „Thatcherismus“. Diese Konzepte bildeten den Hintergrund der vom Kabinett *Suzuki* angestrebten Verwaltungsreform. Die Rüstungsausgaben, die bisher in Japan eine untergeordnete Rolle gespielt hätten, erhielten nun Priorität, der Staat reduziere seine Interventionen mit dem Ziel, Konzentrationsprozesse nicht zu behindern und bisher geschützte Klein- und Mittelunternehmen der Konkurrenz preiszugeben, die ohnehin geringen Sozialausgaben zu kürzen und die Aufwendungen für Bildung und kommunale Selbstverwaltung zu reduzieren. Bereits 1977 stellte die Linke in Japan diesen Tendenzen in der Wirtschaftspolitik „Vorschläge zur Wirtschaft Japans“ entgegen, in denen eine Stärkung der Massenkaufkraft und der sozialen Infrastruktur, eine Stärkung des Binnenmarktes, demokratische Kontrollen der Konzerne und die Durchsetzung demokratischer Regierungsformen gefordert wurden.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie die im Vergleich zu anderen kapitalistischen Staaten relativ günstigen Prognosen für Japan zu erklären seien, wenn dort neuerdings eine ähnliche Politik wie in den USA und Großbritannien betrieben werde. *Maekawa* verwies hier auf die besondere Industrieförderungspolitik Japans — etwas Vergleichbares gebe es z.B. in den USA nicht —, auf die besonders enge Kooperation zwischen Staatsapparat und Großindustrie, die ihre Entscheidungen gegenseitig abstimmen, und auf die relativ erfolgreiche Exportorientierung Japans.

Zu beachten sei auch die besondere Industriestruktur Japans. Eine Vielzahl von Kleinstunternehmen, in denen die Arbeiter mit Niedrigstlöhnen und unter schlechtesten sozialen Bedingungen oft nur wenige Stunden pro Woche arbeiteten, seien billige Zulieferanten der Großkonzerne, die ihrerseits einem relativ kleinen Teil der Arbeiterklasse bessere Existenzbedingungen böten und so deren Arbeitsmotivation und Produktivität hochhielten. Würde man im übrigen die Berechnungsmethoden der BRD-Arbeitsmarktstatistik auf Japan anwenden, so errechne sich eine Arbeitslosenquote,

die jener in den USA gleichkomme. Hohe technische Produktivität, eine umfassende Subventionierung und Förderung der dominanten Kapitale und schließlich die besonderen japanischen Arbeitsverhältnisse — gewaltige Lohnunterschiede zwischen Groß- und Kleinunternehmen, lange Jahresarbeitszeit, schlechte Arbeitsbedingungen und geringe soziale Absicherung — erklärten die relativen Wachstumserfolge Japans.

Großbritannien

Die heutigen Probleme des britischen Imperialismus lassen sich zu einem wichtigen Teil aus dessen Reaktion auf den Verlust seiner Hegemonie Ende des 19. Jahrhunderts erklären. Dies war eine der Hauptthesen im Referat von *Dr. Sam Aaronovitch*, Dozent für Ökonomie an der Universität London und Mitarbeiter der Zeitschrift „Marxism today“. Auf den drohenden Verlust seiner Weltrolle reagierte Großbritannien mit rascher imperialistischer Expansion, mit einer Verstärkung seiner Rolle als Finanzzentrum der Welt sowie einem starken Kapitalexport. Diese Expansion auf finanzkapitalistischer Grundlage sei auf Kosten der Modernisierung und Weiterentwicklung der englischen Industrie gegangen. Geld- und Industriekapital seien in England, im Unterschied etwa zu Deutschland, immer scharf voneinander getrennt geblieben, wobei das Finanzkapital, verkörpert durch die „City of London“, den dominanten Einfluß auf die Tory-Partei und die staatlichen Institutionen ausgeübt habe und ausübe. Der bürgerliche Staat entwickelte folglich kein dauerhaftes Programm der industriellen Modernisierung und beschränkte sich allenfalls auf eine globale keynesianische Nachfragesteuerung. Alle Ansätze zu einer solchen Industriepolitik seien im entscheidenden Augenblick für die Aufrechterhaltung der Weltrolle Großbritanniens geopfert worden.

Sowohl Tory- wie Labour-Regierungen scheiterten an dem Versuch einer industriellen Umgestaltung Großbritanniens. Dies um so mehr, da eine starke, gut organisierte Arbeiterbewegung harten Rationalisierungsstrategien zu ihren Lasten entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Die Integration dieser machtvollen Kraft erforderte Zugeständnisse und erhöhte die Anfälligkeit der Politik. Der relative Niedergang Großbritanniens setzte sich die gesamte Nachkriegszeit über fort und bildete den Hintergrund für den Sieg einer neuen Politik in der Tory-Partei, des „Thatcherismus“.

Diese Politikvariante versuche, die extremsten Elemente der liberalistischen Ökonomie mit einem autoritären „Law and Order-Populismus“ zu verbinden. Monetaristische Deflationspolitik, Disziplinierung und Einschränkung des Spielraums der Gewerkschaften, Ausdehnung des privaten Sektors und Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Marktgesetze stellten die wichtigsten binnenwirtschaftlichen Maßnahmen dar. Eine Verstärkung der Aufrüstung, Erhöhung des internationalen Konkurrenzdrucks auf die nationale Industrie durch die Aufrechterhaltung des Freihandels und eines stabilen hohen Wechselkurses sowie eine Förderung des Geldkapitalexports sind wichtige internationale Orientierungen dieser Politik.

Diese Politik erzielte partielle „Erfolge“, so z.B. eine gewisse Schwächung der Gewerkschaften und eine Senkung der Inflationsrate, erreichte jedoch aus denselben Gründen wie die *Reagan*-Administration keinen Haushaltsausgleich. Der Preis der monetaristisch orientierten Politik, ein drastischer Produktions- und Investitionsrückgang, eine sinkende industrielle Profitrate sowie eine gewaltig ansteigende Arbeitslosigkeit, sei unterschätzt worden.

Zusammenfassend stellte *S. Aaronovitch* fest, daß auch der „Thatcherismus“ das zentrale Dilemma nicht lösen könne, nämlich den Weltmachtanspruch mit den Erfordernissen einer binnenwirtschaftlichen Rekonstruktion der Industrie zu vereinbaren. Auf längere Sicht würden die eingeschlagenen Strategien die Position Großbritanniens weiter schwächen. Die Situation der Arbeiterbewegung sei durch eine gewisse Stärkung der Labour-Linken gekennzeichnet, die sich bereits 1973 abzeichnete, jedoch niemals ihren Niederschlag in den jeweiligen Labour-Regierungen fand. Zur Zeit jedoch befinde sich die Labour-Partei selbst in einer schweren Krise, ausgelöst durch den Austritt rechter Führungspolitiker in die neue Sozialdemokratische Partei und eine Gegenoffensive der Mitte und der Rechten von Labour und der Gewerkschaften gegen die Linke.

Ein wesentlicher Fortschritt sei jedoch die Erarbeitung eines Alternativprogramms gewesen, das Forderungen für eine Wiederankurbelung der Wirtschaft enthalte und zugleich Teile einer Strategie demokratischer und sozialistischer Kräfte sei mit dem Ziel, die Arbeiterklasse als hegemoniale Kraft der Gesellschaft zu etablieren.

In der Diskussion wurden insbesondere die Rolle der englischen Arbeiterbewegung und Besonderheiten in der Struktur des englischen Kapitals und seiner Beziehung zum Staat angesprochen. Trotz ihrer Stärke und Organisiertheit hätten die Gewerkschaften in Großbritannien in der Nachkriegszeit eine insgesamt defensive Position eingenommen, zum Teil verursacht durch die Dominanz ökonomistischer Vorstellungen. Die Labour-Linke habe zuwenig Sensibilität für Massenstimmungen entwickelt und sich teilweise auch selbst isoliert. Ein schwerer Mangel sei das Fehlen einer einheitlichen Strategie der Linken und der Umstand, daß das Bewußtsein für wirtschaftspolitische Alternativen nur bei einer kleinen Gruppe Gewerkschafter existiere.

Hervorgehoben wurde die besondere Struktur des englischen Kapitalismus: Das Industrie- und Finanzkapital sei, anders als in anderen Ländern, nicht in einer Koalition vereint, der englische Staat sei ein zaudernder, widerwillig intervenierender Staat, der besondere Rücksichten auf die starke und zahlenmäßig große Arbeiterbewegung nehmen müsse. Auf die Frage, ob man Großbritannien ungeachtet dieser Besonderheiten als einen besonderen Typ des staatsmonopolistischen Kapitalismus bezeichnen könne, verwies *S. Aaronovitch* auf die Notwendigkeit einer sehr differenzierten, die Entstehungsbedingungen der jeweiligen Kapitalismen einbeziehenden Analyse und auf die Gefahr, daß die SMK-Theorie solche Differenzierungen unter Umständen in ein zu enges Schema pressen könnte, wobei diese Theorie allerdings weit interpretierbar sei.

Frankreich

Erwartungsgemäß wich der Bericht von *Bernhard Marx*, Chefredakteur der Zeitschrift „Economie et politique“, aus Paris von jenen der übrigen kapitalistischen Länder ab. In Frankreich wird mit der Politik der Linken in Ansätzen das praktiziert, was in anderen Ländern noch bloßes Forderungsprogramm ist. Unmittelbar nach den Wahlen im Frühsommer 1981 wurden die Mindestlöhne und Sozialausgaben erhöht und umfangreiche Strukturereformen (Nationalisierung wichtiger Unternehmen, Dezentralisierung, Erstellung sektoraler Entwicklungspläne) eingeleitet. Hinzu kam eine Arbeitszeitverkürzung (39-Stunden-Woche, 5 Wochen Urlaub) bei Lohnausgleich, die zusammen mit einer konjunkturellen Belebung zusätzliche Arbeitsplätze schaffen sollte.

Erster Erfolg dieser Politik sei ein zwar schwacher, aber im Vergleich zu den europäi-

schen Nachbarn spürbarer Aufschwung gewesen, der sich auf eine verstärkte Konsumentennachfrage stützte. Die Zuwachsraten der Arbeitslosigkeit hätten sich halbiert und die Inflation verlangsamt. Allerdings drohe diesem konsumorientierten Aufschwung seit dem Jahreswechsel der Atem auszugehen, und neue Probleme träten auf. So absorbiere der Import einen großen Teil der erhöhten Konsumnachfrage, die Unternehmen investierten trotz steigender Profite mit abnehmender Tendenz, und die öffentlichen Finanzen seien von steigenden Defiziten bedroht. Ursachen seien insbesondere weltwirtschaftliche Einflüsse, Gegegenstrategien der Unternehmer, aber auch Inkonsistenzen und Unklarheiten in der Politik der Linken.

Während Frankreich eine expansive Politik betreibe, verstärkten die anderen kapitalistischen Länder ihre Sparpolitik. Frankreich werde so zum Opfer von Exportoffensiven, über die die übrigen Länder ihre binnenwirtschaftlichen Probleme zu exportieren versuchten. Die amerikanische Hochzinspolitik fördere nicht nur den französischen Kapitalexport und verstärke damit die Zahlungsbilanzprobleme, sondern verteuere zusätzlich die Investitionen im Inland. Das heimische Kapital versuche, die französische Wirtschaftspolitik wie in anderen Ländern auf eine Politik der einseitigen Profitstimulierung festzulegen. Anstelle produktiver Investitionen wende sich das Kapital deshalb zur Zeit spekulativen Finanzinvestitionen zu und forciere die Abwanderung ins Ausland.

Die Politik der Linken sei angesichts dieser Entwicklungen der Gefahr ausgesetzt, auf Rezepte auszuweichen, die bereits in anderen kapitalistischen Ländern praktiziert würden und dort zunehmend krisenverschärfend wirkten. Zu beachten sei, daß das jetzige Wirtschaftsprogramm der Linken nicht die Verwirklichung des Programms der FKP sei, sondern Ausdruck der Kräfteverhältnisse innerhalb der Linken, die den Einfluß der Kommunisten begrenzen.

Notwendig sei (gerade angesichts der neuen Probleme) die Fortführung einer expansiven Politik vermittelt der Steigerung der Massenkaufkraft. Der Binnenmarkt müsse wiedererobert werden: durch Verbesserungen in der Technologie, in der Qualifikation der Werk tätigen und durch die Schaffung neuer beschäftigungswirksamer Betätigungsfelder. Die Grundlage einer solchen Strategie könne der nationalisierte Sektor sein. Hier müßten die Arbeiter und Angestellten bei allen wichtigen Entscheidungen intervenieren, d. h., die Leitung der Unternehmen dürfe in Zukunft nicht mehr den Kapitalvertretern überlassen werden. Anstelle der Profitratenorientierung als Maßstab der Unternehmensführung müßten neue Effizienzkriterien entwickelt werden, die nicht im Gegensatz zu den Löhnen stünden und dennoch einen rationellen Einsatz der materiellen Ressourcen bewirkten. Ein solches Kriterium sei zur Zeit in der Diskussion. Wenn die Linke nicht zurückweichen wolle, müsse ihr Kampf neue Dimensionen gewinnen. Eine solche neue Dimension sei die schrittweise Übernahme der Wirtschaftsleitung durch die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand zunächst die Frage nach dem Erfolg der Arbeitszeitverkürzung im Hinblick auf eine Minderung der Arbeitslosigkeit. *B. Marx* betonte, daß das Ziel einer Arbeitszeitverkürzung und des Abbaus der Arbeitslosigkeit nach wie vor im Mittelpunkt der französischen Wirtschaftspolitik stehe. Die positiven Effekte einer Arbeitszeitverkürzung kämen jedoch nur im Zusammenhang mit einer Erhaltung und Steigerung der Massenkaufkraft zum Tragen.

In Erläuterung der Unterschiede der neuen, diskutierten Effizienzkennziffer zur Pro-

fitrate wurde gezeigt, daß eine Steigerung der Profitrate immer im Widerspruch zu höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen stünde, ein solches Kriterium also für eine linke Wirtschaftspolitik unbrauchbar wäre. Aber auch die Linke brauche Kennziffern für eine effiziente Produktion, und die diskutierte Kennziffer drücke deshalb den geschaffenen Neuwert in Relation zum eingesetzten materiellen Kapital aus. Letztlich jedoch stehe hinter der Diskussion um eine neue Effizienzkennziffer die entscheidende Frage nach der Intervention der Arbeiterklasse in alle Wirtschaftsbereiche.

BRD

Als Kern der Neuorientierung des westdeutschen Kapitals analysierten *Dr. Jörg Goldberg*, wissenschaftlicher Mitarbeiter des IMSF, und *Prof. Dr. Jörg Hufschmid* von der Universität Bremen die Monopolisierung in internationalen Dimensionen. Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1974/75 habe der sozialliberalen Reform- und Integrationspolitik die Grundlagen entzogen und schrittweise eine Umorientierung eingeleitet, in deren Mittelpunkt eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen des westdeutschen Kapitals mit besonderem Blick auf dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit stehe. Diese Orientierung sei erst im Rahmen der zyklischen Krise 1980/82 voll durchgesetzt, jedoch bereits nach 1975 in „vorsichtigen“ Etappen eingeleitet worden.

Binnenwirtschaftlich beinhalte dies eine Politik der Reallohnsenkung, des Abbaus des Systems der sozialen Sicherung und eine restriktive Geldpolitik, zugleich jedoch auch eine Subventionierung der Unternehmen zwecks Stärkung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die binnenwirtschaftliche Austeritätspolitik, kombiniert mit Modernisierungs- und Rationalisierungsstrategien, stelle die Grundlage einer forcierten Außenexpansion des westdeutschen Kapitals dar. Nicht mehr die Erreichung einer gesamtwirtschaftlichen Belebung stehe im Mittelpunkt dieser Politik der „Angebotsorientierung“, sondern die Stärkung der Außenexpansion der stärksten westdeutschen Monopole mit Mitteln, die den binnenwirtschaftlichen Reproduktionszusammenhang aus dem Gleichgewicht brächten und binnenwirtschaftliche Disproportionen in Kauf nähmen.

Möglich sei eine solche Strategie, weil sich die internationalen Monopole vom nationalen Reproduktionszusammenhang weitgehend abgekoppelt hätten und deshalb binnenwirtschaftliche Störungen kaum noch negativ auf deren Verwertungsbedingungen zurückschlagen würden. Jedoch stoße eine solche Internationalisierungsstrategie, die die Krise exportieren wolle, an die Grenzen weltweit stagnierender oder schrumpfender Binnenmärkte, d. h. letztlich auch an einen enger werdenden Spielraum auf dem Weltmarkt. Im Inland wachse die Polarisierung, da die Verbesserung der Verwertungschancen des internationalen Monopolkapitals mit einer Zerrüttung der Gesamtwirtschaft und mit zunehmenden sozialen Problemen einhergehe.

Eine entscheidende Frage im Zusammenhang mit den Durchsetzungschancen dieser Strategie sei die Reaktion der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Zwei Tendenzen könnten analysiert werden. Auf der einen Seite werde die Forderung nach gewerkschaftlicher „Autonomie“ erhoben, d. h. nach einer Lösung der Gewerkschaftsbewegung von der engen Bindung zur Regierung und zur Regierungspartei und nach einer Abkoppelung von den „Sachzwängen“ der monopolistischen Kapitalverwertung. Eine verstärkte Militanz in der Gegenwehr und eine Ausweitung des gewerkschaftli-

chen Betätigungsfeldes auf alle Bereiche der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik prägen die Diskussion um dieses Konzept. Auf der anderen Seite werde unter Verzicht auf die Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele auf gesamtgesellschaftlicher Ebene versucht, die Sozialpartnerschaft auf neue Grundlagen zu stellen, etwa durch das Streben nach partiellen Erfolgen in einzelnen Branchen, Konzernen etc., wobei jedoch große Gruppen von solchen „Erfolgen“ ausgegrenzt blieben. Insgesamt herrsche jedoch in den westdeutschen Gewerkschaften noch eine „Abwartehaltung“ vor in der Hoffnung auf eine Wiederbelebung, die eine Fortsetzung der früheren Reformpolitik ermögliche. Eine solche Haltung sei jedoch zunehmend unrealistisch.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach Erfolgsmöglichkeiten und Grenzen der westdeutschen Internationalisierungsstrategie. Auf die Frage, ob die Monopole wegen ihrer wachsenden Unabhängigkeit von den nationalen Reproduktionsbedingungen zu „vaterlandslosen Gesellen“ geworden seien, wurde präzisiert, daß die Monopole am Nationalstaat ein vitales Interesse hätten, da dieser ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidend mitbestimme. An einer Erhaltung gesamtwirtschaftlicher Proportionen und an einer gesamtwirtschaftlichen Belebung hätten die internationalen Monopole jedoch kein unmittelbares Interesse. Grenzen der Internationalisierungsstrategie fänden sich vermutlich weniger im Inland, etwa in Gestalt des Widerstands der inländischen Arbeiterbewegung, sondern seien eher in Gegenreaktionen der Weltmarktkonkurrenten angelegt. Stoße diese Strategie an solche Grenzen, so sei eine Rückkehr zu einem neuen „Etatismus“ zu erwarten, d. h. eine Art „Rückeroberung“ des Binnenmarktes durch erneute umfangreiche staatliche Interventionen. Es wurde darauf verwiesen, daß im Innern von der Politik des Sozialabbaus auch das kleinere und mittlere Kapital profitiere und somit zum Mitträger oder Mitdulder der monopolistischen Außenorientierung werden könne.

Österreich, Skandinavien, Chile

In drei weiteren Kurzreferaten wurde über die Situation in einigen kleineren kapitalistischen Ländern berichtet. Nicht die keynesianisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik in *Österreich*, sondern eine Reihe Sonderfaktoren bilde die Hauptursache für die relativ günstige Situation dieses Landes. Auch angesichts der anhaltenden Weltwirtschaftskrise, so *Dr. Michael Graber*, Mitglied des Politbüros und Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des ZK der KPÖ, seien in Österreich die staatsmonopolistischen Regulierungsmethoden nicht wesentlich geändert worden. Der sogenannte „Austrokeynesianismus“ sei eine spezifisch österreichische Mischung von Nachfragesteuerung und sozialpartnerschaftlich ausgerichteter Einkommenspolitik, die der Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit des österreichischen Kapitals diene.

Diese Politik begründe jedoch die relative wirtschaftliche Stabilität nicht allein. Der relativ bedeutende sozial- und beschäftigungspolitische Spielraum Österreichs beruhe vielmehr insbesondere auf der Existenz einer umfangreichen verstaatlichten Industrie, auf dem relativen Energie- und Rohstoffreichtum, auf dem hohen Niveau des Handels mit den sozialistischen Ländern und auf den Deviseneinnahmen aus dem hochentwickelten Fremdenverkehr. Aufgrund dieser Sonderfaktoren sei das „österreichische Modell“ nicht exportierbar. Die Sonderstellung sei auch nicht, wie westeuropäische sozialdemokratische Führer meinen, aus der besonderen österreichischen Form der So-

zialpartnerschaft zu erklären, sondern existiere – pointiert ausgedrückt – trotz derselben.

Über Probleme des *skandinavischen Modells* sprach Dr. Pekka Kosonen aus Helsinki. Man könne von einem „schwedischen Modell“ sprechen, das auf einer starken Position der Arbeiterbewegung und auf einer jahrzehntelangen Regierungszeit der Sozialdemokraten beruhe und das man als einen staatlich vermittelten Klassenkompromiß interpretieren könne. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Staatsinterventionismus stark ausgebaut: Im Mittelpunkt standen eine vorausschauende aktive Arbeitsmarktpolitik, eine Strukturpolitik, die die industrielle Basis Schwedens modernisierte, und eine umfassende Sozialpolitik. Ein solcher „Sicherheitsstaat“ habe allerdings zwei Gesichter: Die soziale Sicherheit sei mit einer wachsenden Kontrolle über die Individuen einhergegangen. *Finnland* hingegen könne man eigentlich nicht zum skandinavischen Modell rechnen. Eine un stabile Regierungspolitik habe lange Zeit eine effektive keynesianische Konjunkturpolitik und eine Strukturpolitik schwedischen Typs verhindert. Auch der Anteil des öffentlichen Sektors sei erst nach Regierungsantritt einer großen Koalition von Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten 1966 langsam ausgeweitet worden. Während andere skandinavische Länder zunächst auch nach der Krise 1974/75 ihre traditionelle interventionistische und antizyklische Politik fortsetzten – mit der Folge wachsender Staatsverschuldung –, betrieb *Finnland* eine krisenverschärfende Politik, indem u. a. der Anteil des öffentlichen Sektors am Sozialprodukt vermindert wurde. Heute sei feststellbar, daß das schwedische Modell zunehmend in die Krise gerate, daß die bürgerliche Regierung nun auf Profitstimulierung setze und daß eine Art „*Finnlandisierung*“ des skandinavischen Modells festzustellen sei.

Chile ist das Land, in dem die Doktrin des Monetarismus am rigorosesten und konsequentesten in die Praxis umgesetzt wurde. *Maximo Aguilera*, Mitarbeiter für Wirtschaftsfragen in der KP Chiles, stellte insbesondere die Frage, wem diese monetaristische Strategie zugute komme. Hauptnutznießer seien die internationalen Konzerne, die Chile wieder auf den Status eines Rohstofflieferanten im Rahmen der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung zurückgedrängt hätten. Voraussetzung einer solchen Strategie sei die Öffnung Chiles für ausländisches Kapital und für Importwaren gewesen, verbunden mit Löhnen auf einem möglichst niedrigen Niveau. Es wäre aber falsch, die monetaristische Wirtschaftspolitik der *Pinochet*-Diktatur nur als eine von außen durchgesetzte Politik zu betrachten.

Für Teile der heimischen Monopolbourgeoisie bedeutete diese Politik eine Chance zur Modernisierung und Verbesserung ihrer Expansionschancen. Der Monetarismus forciere die Entwicklung staatsmonopolistischer Strukturen in Chile. Mit ihrer Lobpreisung der Effektivität der Marktwirtschaft diene diese Wirtschafts ideologie unmittelbar nach dem faschistischen Putsch als Propagandainstrument zur Reprivatisierung der nationalisierten Industrie. Zum anderen schien dieses Konzept damals den neuen Machthabern als adäquates Rezept zur Lösung praktisch-politischer Aufgaben wie der Inflationsbekämpfung, der Beschleunigung der Konzentrationsprozesse und der Öffnung Chiles für das internationale Industrie- und Finanzkapital. Jedoch zeige die tiefgreifende und schwere Krise in Chile heute, daß der Monetarismus kein dauerhaftes Mittel zur Lösung der Probleme von Ländern des „abhängigen Kapitalismus“ darstelle und zu keiner dauerhaften Sicherung der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in diesen Ländern führe.

Diskussionsfragen

In einer abschließenden Diskussionsrunde wurde zunächst noch einmal das Konferenzthema selbst problematisiert. Könne man wirklich von einer „Wirtschaftspolitik des Kapitals“ sprechen, da doch am Beispiel vieler Länder gezeigt worden sei, daß in die Wirtschaftspolitik auch Forderungen der Arbeiterklasse und der Mittelschichten eingegangen seien? Dagegen wurde eingewandt, daß dieser Titel der Konferenz allenfalls für die französischen Verhältnisse unzutreffend sei, jedoch in allen anderen Ländern sich gerade in der Krise das monopolkapitalistische „Gerippe“ zeige, d. h., daß mit abnehmenden wirtschaftspolitischen Spielräumen die staatlichen Maßnahmen zunehmend auf die Verwertungssicherung des monopolistischen Kapitals konzentriert würden.

Ein zweiter Diskussionsschwerpunkt war die Frage, inwieweit die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Analyse der differenzierten Entwicklungen und Strategien in den einzelnen kapitalistischen Ländern in der Lage sei. Presse diese Theorie nicht die festzustellenden Differenzierungen in ein zu enges Schema und verschließe so den Zugang zu konkreten Einzelanalysen? Berge nicht die weite Interpretierbarkeit dieser Theorie Gefahren in sich? Entgegnet wurde, daß natürlich jede allgemeine Theorie, die die Kernstrukturen einer Gesellschaft auf einem bestimmten Entwicklungsniveau erfassen wolle, notwendig einen Interpretationsspielraum zulasse. Kern der SMK-Theorie sei aber, daß das Monopol die ökonomischen Reproduktionsprozesse dominiere und daß im Zusammenhang mit der Monopolisierung notwendig ein System staatlicher Regulierungen entstanden sei, das vorrangig im Verwertungsinteresse der Monopole wirke. Hervorgehoben wurde, daß die Krisenbewältigungsstrategien in den wichtigsten kapitalistischen Staaten zunehmend nur noch der Aufrechterhaltung der Profitchancen der monopolistischen Kapitale dienten und immer weniger Raum für integrative Zugeständnisse an die Werktätigen und nichtmonopolistische Schichten gegeben sei.

Insbesondere anhand der Erfahrungen der französischen Linken wurde die Notwendigkeit einer einheitlichen internationalen Strategie der Linken abgeleitet. Die Ausweichstrategien des Kapitals (Direktinvestitionen, spekulativer Kapitalexport), die Hochzinspolitik der USA und Exportoffensiven konkurrierender Länder, die einen großen Teil der zusätzlich geschaffenen Kaufkraft einer expansiven Wirtschaftspolitik abschöpften, bedrohten linke Alternativen. So unbestritten die Notwendigkeit einer linken internationalen Alternativstrategie war, so war doch eine unterschiedliche Gewichtung zwischen nationalen und internationalen Alternativstrategien in der Diskussion feststellbar. Während einige Redner eine internationale Alternativstrategie als unabdingbar für einen nationalen Erfolg ansahen, legten andere das Schwergewicht auf nationale Strategien. Der Nationalstaat sei letztlich die Basis jeder linken Alternativstrategie, weshalb die „Rückeroberung“ der Binnenmärkte, die Modernisierung der nationalen Industrie und die jeweils nationale Belebung der Wirtschaft die Grundlage für internationale Vereinbarungen darstelle.

Schließlich wurde auch mehrfach nach dem realen Gehalt, nach der „Rationalität“ der Strategien des Kapitals gefragt. Kriterium dieser Rationalität sei nicht die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und eine gesamtwirtschaftliche Belebung, sondern die Sicherung der Verwertungsbedingungen der jeweils dominierenden Kapitale. Dies könne durchaus mit wachsender binnenwirtschaftlicher Zerrüttung einhergehen. Zu keiner ab-

schließenden Beurteilung gelangte die Diskussion hinsichtlich der Erfolgchancen dieser Krisenstrategien auch für das Monopolkapital. Der „Thatcherismus“ und die „Reaganomics“ beinhalteten selbstzerstörerische Momente, die letztlich auch das „heimische“ Monopolkapital beeinträchtigen könnten. Andererseits wurden am Beispiel der BRD auch reale Erfolgchancen einer angebotsorientierten Politik, die auf Stärkung der internationalen Expansion setze, diskutiert. Zwar wurde überwiegend ein Scheitern dieser Außenexpansion an einem stagnierenden Weltmarkt und an Gegenmaßnahmen der Weltmarktkonkurrenten angenommen, denkbar wäre jedoch auch ein gewisser Erfolg, der auf einer rigorosen Umverteilung im Inland zugunsten der expandierenden Kapitale fuße. Dies würde allerdings zu einer starken Polarisierung der Gesellschaft führen mit einer immer umfassenderen Ausgrenzung von Gruppen ins soziale Abseits.

Die Analyse der unterschiedlichen Politikvarianten, der differierenden Ziele und Instrumentarien der Wirtschaftspolitik und der unterschiedlichen Reaktionen der Arbeiterbewegung auf die Strategien in den einzelnen kapitalistischen Ländern erwies sich als äußerst anregend für eine weitere Diskussion. Die konkrete Analyse der jeweiligen nationalen Strukturen und Kräfteverhältnisse ist eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer und sozialistischer Alternativstrategien. Durch die Betonung unterschiedlicher Aspekte in den einzelnen Länderanalysen wurde angeregt, die „eigene“ nationale Analyse auf das Wirken dieser bisher vielleicht zuwenig beachteten Faktoren zu lenken. So wurden beispielsweise die Gefahren einer steigenden Staatsverschuldung und deren Rolle in der Krisenverursachung und -verstärkung in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich beurteilt. So wurde das Augenmerk noch mehr als bisher auf die Notwendigkeit einer internationalen Absicherung nationaler Alternativen gelenkt. So wurden Anregungen für eine Anwendung der SMK-Theorie zur Erklärung internationaler Beziehungen gegeben. Am Beispiel Frankreichs, aber auch Österreichs wurde die große Bedeutung eines verstaatlichten Sektors, auch unter kapitalistischen Verhältnissen, für die Durchsetzung von Interessen der Arbeiterklasse und für die Realisierung von Alternativstrategien gezeigt. Diese und weitere Anregungen können die Diskussion in den verschiedenen Ländern vorantreiben und zu einer Konkretisierung von Alternativen gegen die Krisenpolitik des Kapitals beitragen.



Sozialpolitik in der Wirtschaftskrise — Krise der Sozialpolitik

Angelina Sörgel

1. Fragestellung — 2. Sozialpolitik in der Krise — Krise der Sozialpolitik? / Verbesserungen der 70er Jahre / Rücknahme der Reformen — 3. Sozialpolitik als Ausdruck der Sozialfunktion des SMK-Staates / Aufgaben und Problemfelder / Leistungsabbau — 4. Perspektiven

1. Fragestellung

Die BRD erlebt gegenwärtig, 1981/82, den bisher schärfsten Sozialabbau ihrer Geschichte. Artikel und Meldungen immer neuer Kürzungen überschlagen sich — Analysen und Kritiken der Sparpolitik folgen einander dicht auf dem Fuße.

An dieser Stelle soll den zahlreichen informativen Darstellungen der Kürzungsmaßnahmen im Sozialbereich¹ nicht noch eine weitere hinzugefügt werden. Ich möchte vielmehr die Gelegenheit nutzen, mich einigen grundsätzlichen Fragen und Problemen der Sozialpolitik im SMK zuzuwenden, die sich angesichts dieser Krise neu oder anders stellen:

1. Wir waren es in der Geschichte der BRD bisher gewohnt, die Sozialdemokratie als Träger des Reformismus zu sehen, d. h. als eine politische Kraft, die soziale Reformen durchführt, die im Rahmen der bestehenden Eigentumsverhältnisse das Los der arbeitenden Menschen erleichtern — nicht mehr, aber auch nicht weniger. Gegenwärtig erleben wir dagegen die Einschränkung sozialer Rechte durch eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung.

2. Die gegenwärtige Politik und ihre Auswirkungen auf die soziale Lage der Bevölkerung wird mit Recht durch marxistische, linkssozialdemokratische und andere fortschrittliche Wissenschaftler, Journalisten, Politiker als eine erneute Bestätigung dafür angesehen, daß soziale Zugeständnisse nicht freiwillig gewährt werden. Sie sind Ergebnis des täglichen Klassenkampfes und als solches prinzipiell gefährdet, besonders in Zeiten der wirtschaftlichen Krise, in der die Position der Arbeiterbewegung geschwächt ist; mit anderen Worten, sie sind „konjunkturanfällig“.² Auf der anderen Seite enthalten die sozialen Leistungen auch ein ökonomisches Element. Sie dienen der Reproduktion

1 R. Hickel, Haushaltsoperation '82 — Politisch-ökonomische Hintergründe, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/81, S. 1062 ff.; A. Böpple, Sozialpolitik in der BRD — Löcher im Netz der sozialen Sicherung, Frankfurt/M. 1981; E. Walch, Der von „oben“ verordnete Katalog der Grausamkeiten, in: Marxistische Blätter 1/82, S. 20 ff.; J. Goldberg, Von der Wohlfahrts- zur Opfergesellschaft, in: Rote Blätter Nr. 2—3/82, S. 31 ff.; W. Roßmann, Wiederholt sich die Geschichte? Brünnings Notverordnungen, die Bonner Sparpolitik und die Haltung der Gewerkschaften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/82, S. 56 ff.; zusammenfassende Darstellung: G. Hautsch, Operation 82, 83..., Frankfurt/M., 1982 und A. Gottschalk/M. Eihsen im Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, sowie das Memorandum 1982 „Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung — Alternativen der Wirtschaftspolitik“.

2 F. Niess, Die Maschen des sozialen Netzes. Zur Konjunkturgeschichte d. Sozialstaats, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/1982, S. 344.

der Ware Arbeitskraft. In welchem Verhältnis stehen nun ökonomische Reproduktionsbedingungen des Kapitals und soziale Bedürfnisse der Arbeiterklasse? Mit anderen Worten: Was ist der Kern der Sozialpolitik im SMK der BRD, und ist dieser durch die Kürzungen im Sozialbereich betroffen?

3. Die Behandlung dieser Frage erlaubt es, den gegenwärtigen Sozialabbau, vor allem aber die bisherige weitgehende Duldung dieses Abbaus durch die Gewerkschaftsbewegung und die Tendenzen der weiteren Entwicklung präziser einzuschätzen. Die Grenzen des Sozialstaats nach unten sind ökonomisch und politisch bestimmt; das eine ist aber mit dem anderen vermittelt: Die politische Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen, hängt auch mit dem Niveau der materiellen Lebenssicherung zusammen. Die Schärfe des Abbaus sozialer Leistungen muß also vor dem Hintergrund des erreichten Standes der sozialen Versorgung beurteilt werden, der materiellen Grundlage der dominierenden Politik der Sozialpartnerschaft, um beurteilen zu können, ob die von der Regierung geforderte „Sozialpartnerschaft auf niedrigerem Niveau“ auch weiterhin von dem überwiegenden Teil der Arbeiterbewegung als Strategie für die 80er Jahre akzeptiert wird.

2. Sozialpolitik in der Krise — Krise der Sozialpolitik?

Die soziale Frage ist im Kapitalismus durch die Lohnarbeit bestimmt; Armut ist die Folge der Akkumulation des Kapitals, die Lebensbedingungen sind wesentlich durch die industriellen Arbeitsbedingungen festgelegt, Existenzunsicherheit entspringt dem Gang der kapitalistischen Wirtschaft. Sozialpolitik richtet sich daher im Prinzip auf die Anforderungen und Folgewirkungen kapitalistischer Produktion — auf die Ausbildung und Erhaltung der Arbeitskraft, auf die Arbeitsbedingungen, auf die Milderung sozialer und ökologischer Fehlentwicklungen, die der kapitalistischen Produktionsweise entspringen — und auf die Abschwächung der Unsicherheit der Existenz der Lohnarbeit.

Die staatliche Sozialpolitik hat ihre Grenze in den privaten Eigentumsverhältnissen; sie erstreckt sich daher nicht bzw. nur in Form der Rahmengesetzgebung³ auf die betrieblichen Arbeitsbedingungen. Ihr eigentlicher Gegenstand im engeren Sinne ist die materielle Absicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit; die Versorgung mit sozialer Infrastruktur; monetäre Ausgleichszahlungen und Sachleistungen. Über die soziale Lage der Beschäftigten im Betrieb entscheidet wesentlich die unmittelbare Kampfkraft der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften.

Verbesserungen der 70er Jahre

Die sozialen Bedingungen der Arbeiterklasse haben sich unter der SPD/FDP-Koalition gegenüber den Jahren davor verbessert, besonders in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

Betrieblicher Bereich

Im *betrieblichen Bereich* sind vor dem Hintergrund des hohen Wachstums der 70er Jahre Zuwächse der Einkommen erzielt worden. Die bereinigte Bruttolohnquote stieg von 61,8% in 1969 auf 66,1% in 1974 an; durch den Reallohnabbau der letzten drei Jahre ist sie heute auf 65% gefallen.

³ Mindestarbeitsbedingungen, Arbeitszeitordnung, Heimarbeiter-, Frauen- und Jugendarbeitsschutz, Kündigungsschutz.

Eine ganze Reihe von Maßnahmen wurde verabschiedet, die die Bedingungen der Beschäftigten im Betrieb in verschiedener Hinsicht verbessern.

- Das *Betriebsrentengesetz* sichert die Unverfallbarkeit von Anwartschaften auf eine spätere Betriebsrente auch beim Wechsel des „Arbeitgebers“. Die Firmen sind Zwangsglieder im „Pensionierungs-Sicherungsverein“. 1976 verfügten 36% der Unternehmen über betriebliche Altersversorgungssysteme, und 65% der abhängig Beschäftigten hatten einen Anspruch auf Betriebsrente erworben. Die durchschnittliche Höhe schwankt allerdings sehr stark.⁴
- Das *Konkursausfallgeld* garantiert den Beschäftigten gegebenenfalls den rückständigen Nettoverdienst der letzten drei Monate bei Konkurs des Unternehmens. Es wird vom Arbeitsamt gezahlt. 1981 gab es 11 653 Insolvenzen.
- Durch das *Arbeitssicherheitsgesetz* werden Betriebsärzte verbindlich vorgeschrieben für Unternehmen ab einer gewissen Größenordnung oder für mehrere Unternehmen ein Werksärzteezentrum.
- Durch die *Arbeitsstättenverordnung* und die *Arbeitsstoffverordnung* werden sicherheitstechnische, hygienische und medizinische Anforderungen an die Arbeitsstätten selbst und an giftige, explosive und sonstwie gefährliche Hilfs-, Roh- und Betriebsstoffe gestellt.
- Der *Jugendarbeitsschutz* und der *Mutterschutz* wurden ebenfalls verbessert. Für die Jugendlichen gilt die 5-Tage-Woche mit mindestens 2 beschäftigungsfreien Sonnabenden und Sonntagen; der Urlaub wurde verlängert auf 25 bis 30 Arbeitstage (nach Alter) und die Freistellung an Berufsschultagen erweitert. werdende Mütter erhalten einen verbesserten Arbeitsschutz, erhöhte gesundheitliche Vorsorge und die Möglichkeit, nach den jetzt 8 Wochen gesetzlichen Mutterschutzes weitere 4 Monate in Anspruch zu nehmen.
- Die *Lohnfortzahlung* im Krankheitsfall wurde auch für die Arbeiter in voller Höhe durchgesetzt.
- Schließlich ist auch die *berufliche Bildung* auf ein höheres Niveau gehoben worden; in einigen Bereichen wurde die Stufenausbildung eingeführt, das Berufsgrundbildungsjahr und die Möglichkeiten der Umschulung und beruflichen Fortbildung durch das Arbeitsförderungsgesetz geschaffen.

Alle diese Gesetze bleiben in vielen Punkten hinter den Forderungen der Gewerkschaften, die selbst bereits Kompromißcharakter tragen, zurück. Es besteht auch eine erhebliche Diskrepanz zwischen den neuen Rechtsansprüchen und ihrer Durchsetzung in den Betrieben.⁵ Bei aller Relativierung spielen sie aber eine Rolle für das tägliche Arbeitsleben von rund 80% der Beschäftigten.

⁴ G. Bäcker u. a., Sozialpolitik — Eine problemorientierte Einführung, Köln 1980, S. 367, von dem auch die vorige Angabe stammt, spricht von einem Durchschnitt von 250,— DM im Monat und damit einer Aufstockung der Renten um 20% bis 30%. Diese Angabe ist aber recht unwahrscheinlich; bei der Klöckner-Hütte Bremen z. B. beträgt der Durchschnitt monatl. 50,— DM. Bei W. Baumann heißt es realistischer: „Leider liegen keinerlei gesicherte Zahlen oder Schätzungen über den Umfang der Bezieher von Betriebsrenten vor“ (ders., Die im Schatten leben, Armut und Lohnabhängigkeit in der BRD, Köln 1982, S. 100).

⁵ vgl. z. B. für das Arbeitssicherheitsgesetz R. Rosenbrock u. a., Gesundheitspolitik im Betrieb — Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zur Praxis des Arbeitsschutzes, in: WSI-Mitteilungen 10/1980, S. 570 ff.

Reproduktionsbereich

Im Bereich der *Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft* wurde für zahlreiche Leistungen der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert, sie wurden dynamisiert, und es wurden auch neue Leistungen eingeführt:

- In der *Alterssicherung* wurde die Rentenversicherung für Frauen und Selbständige geöffnet sowie für Arbeitslose, die Geldleistungen nach dem AFG erhalten. Die Rente nach Mindesteinkommen ist eingeführt worden, und es wurde die flexible Altersgrenze geschaffen. Gleichzeitig wurden 1972 die jährliche Rentenanpassung um ein halbes Jahr vorgezogen, womit sich auch das allgemeine Rentenniveau hebt⁶, und die Kriegsofferrenten dynamisiert.
- In der *Gesundheitspolitik* wurden die gesetzliche Krankenversicherung für Studenten, Landwirte und Selbständige geöffnet, der Leistungskatalog um die Vorsorge erweitert, ein Anspruch auf unbegrenzten Krankenhausaufenthalt eingeräumt, die Rehabilitationsleistungen vereinheitlicht und die Mutterschaftshilfe sowie die Leistungen für Maßnahmen im Rahmen des § 218 ausgebaut. Auch der Anspruch auf eine Haushaltshilfe bei Krankheit eines Kindes bzw. auf fünf bezahlte freie Tage wurde von der SPD/FDP-Regierung eingeführt.⁷
- Im *schulischen Bildungswesen* wurde durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz, das Jugendlichen innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen der Eltern den Lebensunterhalt und die Ausbildungskosten bis zur Vollendung des jeweiligen Ausbildungsweges decken soll und als Zuschuß oder als Darlehen gezahlt wird, die Chancengleichheit erhöht.
- Schließlich wurden die *monetären Transfers* ausgebaut durch die Einführung des Kindergeldes, des Wohngeldes und des Prämiensparens. In der Sozialhilfe wurden die Regelsätze 1971 um 20% angehoben und danach jährlich gemäß der Preisentwicklung angepaßt, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhöht und die Rückgriffmöglichkeiten auf Familienangehörige erschwert.⁸
- Daneben erhöhten sich die Investitionen und Personalausgaben im Gesundheits- und Bildungsbereich in den 70er Jahren beträchtlich.

Die Verabschiedung aller dieser Gesetze konzentriert sich im wesentlichen auf die erste Hälfte der 70er Jahre. Mit der Krise 1974 kam die sozialliberale Reformpolitik ins Stocken; schon ab 1975, mit dem ersten Haushaltsstrukturgesetz, wurden Reformmaß-

⁶ Die Rente wird nach der sog. Rentenformel berechnet:

$$\frac{P \times B}{100} \times \frac{J \times St}{100} = \text{Jahresrente.}$$

P = persönliche Bemessungsgrundlage, die durch das Verhältnis des Bruttoeinkommens des Rentenbezieher, das bis zu einer bestimmten Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt wird, zum durchschnittlichen Bruttoeinkommen aller Versicherungsbezieher in allen Versicherungsjahren gebildet wird.

B = allgemeine Bemessungsgrundlage, die dem Durchschnittseinkommen der letzten 3 Kalenderjahre vor dem Jahr des Versicherungsfalls entspricht.

J = Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre.

St = Steigerungssatz pro Jahr.

Daraus ergeben sich zwei Wirkungen: Die Renten hinken hinter der allgemeinen Brutto Lohn- und Gehaltsentwicklung her. Damit bleiben sie hinter den Preissteigerungen in der Regel zurück. Eine Beschleunigung oder Verzögerung der Rentenanpassung hebt oder senkt auch das allgemeine Rentenniveau.

⁷ BM für Arbeit und Sozialordnung, Ratgeber Soziale Sicherheit.

⁸ ebenda

nahmen storniert oder wieder zurückgenommen⁹; 1976/77 folgten das unsoziale „Sozialpaket“ und das 21. Rentenanpassungsgesetz¹⁰, Maßnahmen, die gegenwärtig durch die „Operation '82“, die Beschlüsse des Bundesrats zum Abbau der Sozialhilfe und des Deutschen Städtetages über die Tarif- und Gebührengestaltung der Städte und Gemeinden sowie die geplante „Gemeinschaftsinitiative“ ihre Fortsetzung finden.

Rücknahme der Reformen

Dieser Rückzug aus der Reformpolitik wird mit der Krise der staatlichen Finanzen erklärt. Stagnierende, sogar wieder ansteigende Arbeitslosigkeit und wachsende Inanspruchnahme des sozialen Systems, Erhöhung des Leistungsniveaus verursachen selbstverständlich steigende Ausgaben bei sinkenden Einnahmen im System der sozialen Sicherheit. Seit 1975 ist die Sozialversicherung defizitär. Besonders stark sind die Ausgaben der Krankenversicherung und der Rentenversicherung in den 70er Jahren gestiegen; allerdings mit sinkenden Zuwachsraten in der 2. Hälfte der 70er Jahre, die Folge des 1. Kostendämpfungsgesetzes im Gesundheitswesen und der Kürzungen der Rentenansprüche durch das 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz sowie der Verlagerung von Finanzierungslasten der Rentenversicherung auf andere öffentliche Haushalte (Krankenversicherung und Bundesanstalt für Arbeit) sind.

Tabelle 1

Finanzen der Rentenversicherung

		1971	1975	1980	1981 ²
Einnahmen ¹	— in Mill. DM	58 571	91 554	135 731	143 127
	— Wtr* in %	+13,8	+4,6	+7,8	+5,4
davon:					
— Bundeszuschüsse	— in Mill. DM	7 893	11 195	22 430	19 970
	— Wtr* in %	+7,8	-4,3	+5,5	-11,0
Ausgaben	— in Mill. DM	53 012	95 142	132 989	140 042
	— Wtr* in %	+10,6	+14,2	+5,4	+5,3

1) Renten und Bundeszuschüsse nach kassenmäßigem Anfall

2) vorläufige Zahlen

* Wtr = Wachstumsraten

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 4/82, S. 67*, eigene Berechnung

Für 1982/83 wurde erneut eine defizitäre Entwicklung der Rentenversicherung prognostiziert.

Noch explosiver ist die Entwicklung der Ausgaben bei der Bundesanstalt für Arbeit verlaufen; von 1971—1981 haben sie sich beinahe verfünffacht (+472%), während die eigenen Einnahmen um 393% zunahmen. 1981 zahlte der Bund 8 Milliarden DM dazu (vgl. Tab. 2).

⁹ vgl. A. Sörgel, Stabilisierung der Gewinne — Zur Antikrisenpolitik der Bundesregierung, in: J. Hufschmid/H. Schui, Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973—1976 in der BRD, Köln 1976, S. 376 ff.

¹⁰ vgl. A. Böpple, a.a.O., S. 73 ff.

Tabelle 2
Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit

		1971	1975	1980	1981
Einnahmen ¹	— in Mill. DM	4 033	9 234	19 050	19 872
	— Wtr* in %	+12,8	+15,6	+8,8	+4,3
Liquiditätshilfe des Bundes					
Ausgaben	— in Mill. DM	—	7 282	1 840	8 209
	— in Mill. DM	4 928	17 836	21 674	28 165
	— Wtr* in %	+26,1	+72,3	+9,8	+29,9
davon:					
— Arbeitslosenunterstützung ²	in Mill. DM	1 027	10 749	10 122	14 579
— Beschäftigungsförderung ³	in Mill. DM	1 825	3 612	6 327	7 427

1) Ohne Liquiditätshilfen des Bundes

2) Arbeitslosengeld, Anschlußarbeitslosenhilfe, Kurzarbeitergeld incl. Renten- und Krankenversicherungsbeiträge

3) incl. Renten- und Krankenversicherungsbeiträge

*) Wtr=Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: Vgl. Tab. 1, eigene Berechnung

Aber es wäre zu einfach, die unsoziale Politik der gegenwärtigen Regierung, ihre Abkehr von konstituierenden Prinzipien der eigenen Politik alleine durch diese schlichte Rechnung zu erklären, die einen unumgänglichen Zwang zur Haushaltssanierung unterstellt. Es handelt sich hier nicht um Naturnotwendigkeiten. Der Sozialabbau ist vielmehr Ausdruck einer bestimmten politischen Reaktion auf die Krise.

Grundlage der Reformpolitik der SPD stellte das wirtschaftliche Wachstum dar. In den mittel- und langfristig angelegten Programmen Anfang der 70er Jahre wurde ein durchschnittliches reales wirtschaftliches Wachstum von 4 bis 5% jährlich unterstellt, auf dessen Grundlage durch eine bloße Veränderung der Zuwachsraten der Gewinn- und Lohnneinkommen und des Staatsanteils nach und nach der staatliche Anteil auf Kosten des privaten vergrößert werden sollte. Charakteristisch für dieses Konzept war die Erwartung im SPD-Langzeitprogramm: „Niemandem wird dadurch etwas genommen“.

¹ Schon im Orientierungsrahmen '85, der 1975 zu einer Zeit diskutiert und verabschiedet wurde, als wirtschaftliche Stagnation herrschte, wurde auf weitere Quantifizierungen sozialdemokratischer Reformpolitik wohlweislich verzichtet. Es tauchte nun die Frage auf, wie Reformen bei verringertem wirtschaftlichem Wachstum zu finanzieren seien. In der Antwort finden sich die widersprüchliche Haltung der SPD und der Zwiespalt, in den sie sich begibt, bereits angelegt:

Einmal wird darauf verwiesen, daß Reformpolitik durchaus auch bei sinkenden Wachstumsraten möglich sei, der Mitteleinsatz aber gezielter vorgenommen werden müsse, und es heißt: „Dabei können schwerwiegende Probleme der Durchsetzung entstehen. Der Widerstand der Privilegierten wird um so erbitterter sein, je weniger Maß-

nahmen aus einer Neuverteilung von Zuwächsen finanziert werden können, je mehr sie also aus einer Umverteilung von Besitzständen finanziert werden müssen."¹¹ Zum anderen wird aber auch hier bereits der „alternative“ Weg aufgezeigt; es ist die Rede von Personalkostensenkungen im öffentlichen Dienst, von einer Kontrolle der öffentlichen Transferzahlungen und von Gebühren- und Abgabenerhöhungen.¹²

Die Sozialpolitik in den Jahren der Wirtschaftskrise und -stagnation seit 1974 wird von diesen beiden widersprüchlichen Haltungen bestimmt. Es gibt Kräfte in der SPD, vor allem von ihrer gewerkschaftlichen Basis her, die versuchen, die einfache Wahrheit, daß dem Arbeiter nichts geben kann, wer dem Kapital nichts nimmt, in ihrer Partei durchzusetzen. Die zahlreichen Reformen, darunter auch solche, die in Rechte der Unternehmer eingreifen (Betriebsverfassungsgesetz, Mitbestimmung) oder ihre Gewinne antasten (Berufsbildungsabgabe, Lohnfortzahlung, Betriebsrenten), belegen das. Auf der anderen Seite gelingt es immer wieder, diese zu integrieren in das Konzept gewinnorientierter Wirtschafts- und Sozialpolitik, das inzwischen von dem dominierenden Flügel der SPD vertreten wird und die letztlich Konsequenz nur halbherzig durchgeführter Reformen darstellt: In dem Moment, wo auf eine, auch nur partielle, Veränderung der Eigentumsverhältnisse verzichtet wird, zentrale gesellschaftliche Planung und Regulierung, wenigstens in wichtigen Teilbereichen, nicht stattfinden darf, eine staatliche Kontrolle der Umsetzung beschlossener wirtschaftlicher und sozialpolitischer Reformen im Herrschaftsbereich des Unternehmers entfällt — in dem Moment wird vom Kapital die Politik der marktmäßigen „Herstellung“ der Grundlagen der Sozialpolitik erzwungen, wenn die Reformpolitik kein ausreichendes Profitniveau gewährleistet.

Eben dies ist aber der Fall: Die hohen Wachstumsraten des „Wirtschaftswunders“ gehören endgültig der Vergangenheit an; die Krise 1966/67 kann nicht mehr als einmaliger „Fehltritt“ in der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen werden, der durch keynesianische Wirtschaftspolitik relativ leicht gesteuert werden konnte¹³, sondern als der Beginn der Normalisierung kapitalistischer „Wachstumszyklen“. Die Wachstumsraten des BSP lagen in den 50er Jahren im Durchschnitt bei 8%, in den 60er Jahren bei 5% und in den 70er Jahren bei unter 3%. 1981 nahm das BSP um 0,3% ab; für das laufende Jahr 1982 wird mit einem leichten Zuwachs von 0,5–1% gerechnet.

Die integrative Kraft der SPD reicht nicht aus, um Störungen der Akkumulation des Kapitals in neuen, profitablen Bereichen zu vermeiden. Außerhalb der Gewerkschaft-

11 Vorstand der SPD (Hrsg.), Zweiter Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985, Hamburg o.J. (1975), S. 28.

12 ebenda, S. 30 f.

13 In einer Jubelbroschüre der Bundesregierung von 1979/80 „Demokratie als Auftrag — Drei Jahrzehnte Bundesrepublik Deutschland“ heißt es zu diesem Thema noch stolz: „Die Bundesregierung tat zur Bekämpfung des wirtschaftlichen Abschwungs das Gegenteil dessen, was die Reichsregierung in der Zeit der wirtschaftlichen Katastrophe Anfang der 30er Jahre gemacht hatte.

Während damals die Reichsregierung die Staatsausgaben drastisch kürzte und so die Katastrophe noch beschleunigte, ließ die Bundesregierung mehrere Konjunkturprogramme anlaufen, förderte die Investitionsneigung, erhöhte das Kindergeld und senkte einen Teil der Steuern. So stützte sie die Konjunktur und verbesserte die Beschäftigungslage. Die soziale Stabilität blieb erhalten.“ Ebenda, S. 126.

Drei weitere Jahre wirtschaftlicher Krise reichten schon aus, um diesen „historischen Fortschritt“ wieder rückgängig zu machen; ein Zeichen dafür, daß es sich hier nicht um eine Frage der gewachsenen Erkenntnismöglichkeiten handelt, sondern um eine Frage der Kampfbereitschaft gegenüber dem kapitalistischen System.

ten, die überwiegend an die SPD gebunden bleiben, formieren sich neue Bewegungen gegen den KKW-Bau, gegen das unsoziale Mietrecht, gegen Zerstörungen der Umwelt, die von der SPD nicht beherrscht werden und „Investitionshemmnisse“ darstellen.

International kompliziert sich die Situation ebenfalls durch die Entwicklung und Festigung der nationalen Autonomie verschiedener Rohstoffproduzenten der „3. Welt“, die sich zusammenschließen und ihre nationalen Interessen gegenüber den rohstoffimportierenden Industrieländern bzw. deren Konzernen behaupten.

Zur Überwindung all dieser mittel- und langfristigen Veränderungen reichten die herkömmlichen Mittel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht aus. Das System der Sozialversicherung ist auf gleichmäßige Wachstumsraten mit entsprechendem stetigem Einnahmefluß eingerichtet; in der Krise versagt es auf Dauer und müßte zur Finanzierung erhöhter Sozialausgaben durch die Erschließung zusätzlicher Finanzquellen ergänzt werden. Diese könnten im wesentlichen nur durch die Abschöpfung von Gewinninkommen erschlossen werden; ein Schritt, der in harten sozialen Auseinandersetzungen erzwungen werden müßte, vor denen die SPD-Führung zurückschreckt. Die Unternehmer dagegen fordern in dieser Situation eine grundsätzliche Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die ihnen ein angemessenes Profitniveau durch günstige Produktionsbedingungen im Inland und verbesserte Absatzsichten im Ausland eröffnet. Verringerung des Staatsanteils und seine Verlagerung zu gewinnfördernden Maßnahmen, begleitet von einem Lohnabbau nach innen, Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (durch Technologiepolitik) nach außen, begleitet von wirtschafts- und militärpolitischer Einmischung oder Bedrohung anderer Länder, vor allem der „3. Welt“, sind die Kernstücke der gewünschten Umorientierung.

Diese Situation „verarbeitet“ die SPD-Führung mit wachsender Ausprägung einer zwiespältigen Position. Zum einen macht sie die Interessen und Forderungen „der Wirtschaft“ zur Leitlinie ihres praktischen Handelns und gibt faktisch deren Druck nach. Zum anderen argumentiert sie gegenüber ihrer Wählerbasis und den Gewerkschaften, nur die Stimulierung eines investitionsfreundlichen Klimas für das Kapital sei die reale Basis eines wirtschaftlichen Wiederaufschwungs, der mittelfristig die Rückkehr zu den alten Strategien sozialdemokratischer Reformpolitik erlaube. Entsprechend werden die Gewerkschaften zur analogen Still- und Durchhaltepolitik ermahnt. Sozialabbau und weitere Aufrüstung, zwei Kehrseiten ein und derselben Medaille, sollen hingenommen werden als vermeintliche Garanten eines neuen Wachstums.¹⁴ Sozialpolitik wird so in der Tat zur variierbaren Restgröße der Wirtschaftspolitik.

3. Sozialpolitik als Ausdruck der Sozialfunktion des SMK-Staates

Sozialpolitik ist nicht in das willkürliche Belieben der Regierung und des Kapitals gestellt. Sie hat objektive Ursachen und objektive Grenzen, die im erreichten Stand der Produktivkraftentwicklung, dem Grad der Vergesellschaftung der Arbeit und längerfristigen demographischen, ökologischen und geographischen Veränderungen liegen. Daß Sozialpolitik in Reaktion auf sich verändernde ökonomische und soziale Bedingungen

14 Daß der letzte Haushalt (1982) der Bundesregierung nicht nur ein Haushalt des Sozialabbaus, sondern gleichzeitig, trotz auf den ersten Blick nur durchschnittlicher Zuwachsraten des Verteidigungsetats, ein Schritt zur Aufrüstung der BRD ist, hat J. Huffschild zuletzt in den Marxistischen Blättern 1/82 überzeugend vorgerechnet. S. ebenda, Was kostet uns die Rüstung? S. 14 f.

wachsende Bedeutung gewinnt, zeigt ihre längerfristige Betrachtung. Die Sozialausgaben im weitesten Sinne ziehen schon in der Weimarer Republik den größten Anteil der Staatsausgaben auf sich, wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist. Die sozial bedingten Ausgaben¹⁵ ziehen 1925 38,5%, 1930 sogar mehr als 40% der staatlichen Ausgaben auf sich. Heute übertreffen die staatlichen Ausgaben im Rahmen der Sozialfunktion die für die Sicherung des Herrschaftsapparates, den zweitgrößten Block.

1977 entfielen auf die Soziale Sicherung 24,8% der direkten Staatsausgaben,¹⁶ zuzüglich der Ausgaben für Bildung, Ausbildung, Gesundheit und Sport sogar 57,9%, während die allgemeinen Dienste knapp 28% beanspruchten.¹⁷ Von den laufenden Ausgaben, Bruttoinvestitionen und Vermögensübertragungen zusammen waren es 1979 für die Soziale Sicherung 39%, für alle sozial bedingten Ausgaben 67,8% (s. Tabelle 4). Der Kapitalstock wurde zu 3,2% durch die Soziale Sicherung, zu 30% durch dieselbe zuzüglich Bildung und Gesundheit beansprucht; von den Beschäftigten im unmittelbaren Staatsdienst entfielen 10,4% bzw. 44,2% auf diese Bereiche.¹⁸

In der Tat entfällt der größte Teil der staatlichen Ausgaben, die rund 50% des BSP ausmachen, auf die Reproduktion der Arbeitskraft. Rund 80% der monetären Transfers und mehr als die Hälfte der Realtransfers fließen den privaten Haushalten zu. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Renten- und Pensionszahlungen und Sachleistungen im Gesundheits- und Schulwesen. Diese Leistungen werden überwiegend durch die abhängig Beschäftigten selber finanziert; z. T. durch die versicherungsrechtlichen Zahlungen und Sachausgaben der Sozialversicherung,¹⁹ z. T. über die Steuerzahlungen.²⁰ Das ändert aber nichts daran, daß sie über die staatlichen Apparate umverteilt werden und im öffentlichen Bewußtsein als staatliche Leistungen erscheinen.

Die staatlichen Ausgaben für die Sozialfunktion unterliegen Schwankungen. Z. B. ist der Anstieg der Sozialausgaben Ende der 20er Jahre auf die Weltwirtschaftskrise zurückzuführen und wird gefolgt von einem Rückgang in den 30er Jahren, v. a. im 2. Weltkrieg; dem folgt ein erneuter Anstieg in der Nachkriegszeit, der sich dann relativ kontinuierlich bis in die 80er Jahre fortsetzt. Dabei muß ein Anstieg der Ausgaben nicht einmal eine Erhöhung der sozialen Ansprüche der Bevölkerung, eine Leistungsverbesserung, beinhalten. Das Gegenteil ist sogar häufig der Fall, wenn in Kriegs- oder Krisenzeiten trotz erheblicher Verschlechterungen der individuellen Leistungen die Zahl der Anspruchsberechtigten sich sprunghaft erhöht.²¹ Diese Schwankungen ändern aber bisher nichts an der langfristigen Tendenz des Zuwachses sozial bedingter Ausgaben in unserem Jahrhundert, die Ausdruck säkularer Veränderungen der Produktions-

15 Statistisches Bundesamt, 100 Jahre Statistik, Wiesbaden 1972. Als sozial bedingte Ausgaben lassen sich die für Unterricht und Wissenschaft, soziale Sicherheit und Gesundheit ansehen; gemeindliche Anstalten und Wohnungswirtschaft z. T., sie sind aber hier nicht eingerechnet.

16 Darunter sind die Ausgaben für Sachinvestitionen, Vorleistungen und Entgelte für die staatlichen Beschäftigten zu verstehen, mit anderen Worten, die staatliche Nachfrage auf dem Güter- und dem Arbeitsmarkt.

17 Angaben nach: Ifo-Institut, Strukturberichterstattung, Materialband „Staat“.

18 Allgemeine Dienste 45,8% und 4,9% des Kapitalstocks.

19 Diese wurden 1980 zu 22% durch Beiträge der Versicherten und zu 54% aus öffentlichen Mitteln incl. unterstellter Arbeitgeber-Beiträge finanziert. Sozialbericht 1980, Materialband, S. 18.

20 Die Steuereinnahmen machen rund 88% der Staatseinnahmen aus; von ihnen entfielen 1980 auf die Einkommen- und die Umsatzsteuer rund 56%.

21 vgl. Frank Niess, a.a.O.

und Reproduktionsbedingungen und der Vergesellschaftung der Arbeit ist und im Zuge der Entstehung eines quantitativ sehr gewachsenen Arbeiterheeres mit steigendem Bildungsniveau und Massengewerkschaften durchgesetzt wird. Sicherung der Verwertbarkeit der Arbeitskraft für das Kapital, Schutz der natürlichen Ressourcen vor Raubbau und soziale Integration der wachsenden Arbeiterklasse müssen staatlich auf dem erreichten Niveau der Produktivkraftentwicklung in gewissem Maße gewährleistet werden. Nicht zufällig bildete die Sozialpolitik immer ein Kernstück des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD. Schon der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“, wie er in den Anfängen nach 1945 entwickelt und als herrschende BRD-Variante des SMK der Nachkriegszeit durchgesetzt wurde, beinhaltet ein starkes sozialintegratives Moment — auch unter den CDU-Regierungen. Die Sozialausgaben stiegen auch in den 50er und 60er Jahren kontinuierlich an. Wirtschaftliches Wachstum *und* eine aktive Sozialpolitik sind die materiellen Grundlagen der Politik der Sozialpartnerschaft, die die gesellschaftliche Entwicklung in der BRD bis heute prägt.²²

Aufgaben- und Problemfelder

Die Höhe der Sozialausgaben an sich sagt noch nichts aus über die tatsächliche Problemadäquanz der sozialen Systeme. Denn auch der Bedarf an sozialen Leistungen ist aufgrund von Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur, in den industriellen Arbeitsprozessen in Produktion und Verwaltung, im demographischen Altersaufbau und der Verlängerung der Ausbildungszeiten etc. stark gewachsen.²³

Für alle sozialen Leistungen entsprechend der Definition der Sozialberichte²⁴ wurden 1980 rund 450 Mrd. DM ausgegeben; das entspricht einem Anteil am BSP von 30%. Von diesem Sozialbudget entfällt der größte Teil auf den Funktionsbereich „Alter und Hinterbliebene“ (38%), gefolgt vom Bereich „Gesundheit“ (34%) und dem Bereich „Ehe und Familie“ (14%). Auf die Arbeitsförderung entfielen 1,6%.²⁵

Alterssicherung

1980 wurden 107 Mrd. DM Renten an 12,1 Mill. Rentenfälle verteilt, davon waren ein knappes Drittel Altersruhegelder, 30% Witwenrenten, 14% Erwerbsunfähigkeitsrenten

22 vgl. E. Reidegeld, Staatliche Sozialpolitik in den ersten Nachkriegsjahren und in der Bundesrepublik, in: U. Albrecht u. a., *Geschichte der Bundesrepublik*, Beiträge, Köln 1979, S. 132 ff. „Die ‚soziale Marktwirtschaft‘ brachte die Befreiung unseres Volkes von wirtschaftlicher Not und sozialem Zwang. Die soziale Sicherheit ist das Werk der Union. Das Programm ‚Wohlstand für alle‘ wurde Realität“, strich L. Erhard noch 1965 die sozialpolitischen Verdienste der CDU-Regierungen heraus. Zu einer realistischeren Einstellung vgl. W. Müller, *Die Grenzen der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft*, in: G. Schäfer, C. Nedelmann (Hrsg.), *Der CDU-Staat I, Analysen zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1969, S. 14 ff.

23 Zu der Entwicklung der Problemfelder vgl. H. Jung, *Der Klassenkampf als Triebkraft der Sozialpolitik*, in: H. Jung, J. Schleifstein (Red.), *Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik*, Staatsdiskussion und Staatstheorie, Beiträge des IMSF 6/1, Frankfurt/M. 1981, S. 347 f.

24 Die Leistungen der Arbeitgeber und die indirekten staatlichen Leistungen sind darin eingeschlossen, nicht enthalten sind private Vorsorge, natural erbrachte persönliche Leistungen im Familienverbund und diejenigen der privaten Wohlfahrtsverbände.

25 Die Beschreibung der Leistungen im folgenden orientiert sich an G. Bäcker u. a., a.a.O. und G. W. Brück, *Allgemeine Sozialpolitik, Grundlagen — Zusammenhänge — Leistungen*, Köln 1981.

Tabelle 3: Staatliche Ausgaben nach Aufgabenbereichen 1925, 1932 und 1969 (in v. H.)

Jahr	Insgesamt Mill. DM	Öffentl. Sicherheit Rechtssch.	Vertei- digung	Unter- richt/ Wissensch.	Soziale Sicherung	Gesund- heit	Wirt- schaft	Ver- kehr	Gemeind- liche Anstalten	Wohnungs- wirtschaft
1925	14 446	8,8	4,4	12,4	20,9	5,2	2,2	7,9	3,4	7,4
1932	14 763	8,6	4,9	12,8	32,1	3,3	3,3	6,3	3,3	2,3
1969	196 227	3,3	10,4	11,7	17,3	3,8	8,4	7,4	3,5	3,2

Quelle: Statistisches Bundesamt, 100 Jahre..., a.a.O.

Tabelle 4: Staatsausgaben¹ nach Aufgabenbereichen in 1979

	Allgemeine staatliche Verwaltung		Verteidigung		Unterrichts- wesen		Gesundheits- wesen		Soziale Sicherung		Wohnungs- wesen		Sonstige Dienste f. d. Allgemeinheit		Wirtschafts- förderung, -ordnung		Sonstige Ausgaben ²	
	Mill. DM	in v. H.	Mill. DM	in v. H.	Mill. DM	in v. H.	Mill. DM	in v. H.	Mill. DM	in v. H.	Mill. DM	in v. H.	Mill. DM	in v. H.	Mill. DM	in v. H.	Mill. DM	in v. H.
Staatsverbrauch	53390	19,2	38670	13,9	55770	20,0	82150	29,5	23710	8,5	4330	1,6	5840	2,1	14720	5,3		
Brutto- investitionen	3750	8,2	300	0,7	7680	16,9	3470	7,6	950	2,1	8870	19,5	2530	5,6	17990	39,5		
Geleistete Übertragungen	19180	6,4	1060	0,4	5770	1,9	1690	0,6	229700	76,7	4640	1,6	1590	0,5	35680	11,9		
Summe*	76320	11,8	40030	6,2	69220	10,7	87310	13,5	254360	39,3	17840	2,8	9960	1,5	68390	10,6	24230	3,7

Quelle: Stat. BA, Fachserie 18 VGR Reihe 1 Konten+Standardtabellen 1980, Stuttgart/Mainz 1981. Eigene Berechnung.

* = Laufende Ausgaben, Bruttoinvestitionen + Vermögensübertragungen d. Staates.

1 incl. Sozialversicherung.

2 aus den vorliegenden Quellen nur pauschal zu entnehmen; die Prozentwerte der drei oberen waagerechten Spalten beziehen sich daher auf eine Gesamtsumme ohne „Sonstige Ausgaben“.

und 19% vorgezogene Altersruhegelder. Die Leistungen der Rentenversicherung umfassen Renten aufgrund

- Erreichens der Altersgrenze von 65 Jahren (bei 15 Jahren Wartezeit, d. h. rentenpflichtiger Tätigkeit);
- Ausnutzens der „flexiblen Altersgrenze“ ab 63 Jahre für Männer, 60 Jahre für Frauen, Behinderte sowie Berufs- und Erwerbsunfähige mit entsprechender Rentenminderung bei mind. 35 Jahren Wartezeit;
- vorzeitiger Berufsaufgabe wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit (5 Jahre Wartezeit);
- vorzeitiger Verrentung nach einjähriger Arbeitslosigkeit und Erreichens der flexiblen Altersgrenze von 60 Jahren;
- von Renten an Hinterbliebene.

Neben den Rentenzahlungen (rd. 80% der Ausgaben) leistet die gesetzliche Rentenversicherung Zahlungen für die Krankenversicherung der Rentner und für Rehabilitationsmaßnahmen. Rentenberechtigt sind im Prinzip alle abhängig Beschäftigten und deren Hinterbliebene; seit 1972/73 können auch Selbständige und freiberuflich Tätige der Pflichtversicherung beitreten. Wer nicht oder nur Teile seines Arbeitslebens berufstätig war, hat keinen Anspruch auf eigene Rentenbezüge.

Dem Anspruch nach soll die Rente „Lohnersatzfunktion“ haben und beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben die lebensdurchschnittlich erreichte Einkommensposition sichern. Der DGB fordert in seinem Aktionsprogramm ein Rentenniveau von drei Vierteln des Bruttoarbeitsverdienstes; die IG Metall verlangte auf ihrem 12. Gewerkschaftstag 90% des Nettoverdienstes. Davon kann keine Rede sein; die durchschnittliche Rentenhöhe liegt bei 40 Versicherungsjahren um 64% der Durchschnittseinkommen. Diese 40 Versicherungsjahre sind aber mehr die Ausnahme als die Regel; die durchschnittliche Versicherungszeit beträgt bei der Arbeiterrentenversicherung 37, bei der Angestelltenversicherung 38 Jahre, bei den Frauen 22 bzw. 27 Jahre. Die Einnahmen aus der gesetzlichen Rentenversicherung werden ergänzt durch betriebliche oder öffentlich-rechtliche Altersversorgungssysteme. In der Beamtenversorgung wird schon nach 35 Dienstjahren ein Netto-Pensionsniveau von 81–85% erreicht, so daß für diese Beschäftigtengruppe bei Berücksichtigung der Zusatzversorgung die Forderung nach Erhalt des selben Lebensstandards im Alter realisiert ist. Rund ein Viertel der Rentnerhaushalte hat aber weniger als 1000,— DM monatlich zur Verfügung, von den verwitweten Rentnerinnen sogar 42%. Nach Schätzungen von *Baumann* sind 1,5 bis 2 Millionen alter Menschen über 60 Jahre pauperisiert.²⁶

Auf die Situation der alten Menschen hatten die Sparmaßnahmen im Bereich der Rentenanpassung in der 2. Hälfte der 70er Jahre gravierende Auswirkungen. Durch das 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz wurden die Anpassungstermine hinausgeschoben, ihre Bemessungsgrundlage wurde nach unten gedrückt und die bruttolohnbezogene Anpassung für 3 Jahre ausgesetzt (bis 1982). Ab 1984 droht das erneut. In der Folge sank das Rentenniveau, gemessen an der durchschnittlichen monatlichen Rente im Verhältnis zum durchschnittlichen Bruttomonatsarbeitsentgelt, von 49% in 1977, dem bisher höchsten erreichten Stand, auf 44% in 1981.²⁷ Damit ist es wieder auf den Stand von 1975 gefallen.

Gesundheit

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung wird über die Krankenversicherung organisiert. Sie umfaßt rund 90% der Bevölkerung durch eigene gesetzliche oder freiwillige Versicherung bzw. durch die Mitversicherung als Familienangehörige; privat sind rund 8% versichert.

Ihre Leistungen umfassen:

- Maßnahmen zur Vorsorge und Früherkennung;
- ärztliche und zahnärztliche Behandlung durch Kassenärzte und Versorgung mit Zahnersatz bei Kostenbeteiligung;
- Versorgung mit Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln (1,— DM Gebühr pro Mittel);
- Behandlung in Krankenhauseinrichtungen, Anspruch auf Kuren;
- Hauspflege und Haushaltshilfe für die Dauer eines Krankenhausaufenthalts, wenn Kinder unter 8 Jahren oder behinderte Kinder zu versorgen sind;
- Mutterschaftshilfe (ärztliche Betreuung, Vorsorgeuntersuchungen, Beratungen und Entbindung);
- Geldleistungen, darunter das Krankengeld nach Ablauf der Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber in Höhe von 80% des Bruttoentgelts (maximal 100% des Nettoentgelts) für höchstens 78 Wochen, Mutterschaftsgeld 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt, Ersatz für Verdienstaufschlag 5 Tage im Jahr, wenn ein Kind unter 8 Jahren krank ist.

Das Niveau der gesundheitlichen Versorgung hat sich in den vergangenen 10 Jahren qualitativ und quantitativ verbessert; die Zahl der niedergelassenen Ärzte hat von 1970–1977 um 15% zugenommen, damit kommen auf 1 Arzt 1053 Einwohner (1970 waren es 1195).²⁸ Diese Durchschnittszahl über die „Ärztenschwemme“, wie das von konservativer Seite bezeichnet wird, täuscht allerdings über regionale, sektorale und fachliche Unterschiede im Versorgungsgrad hinweg. Die gesundheitliche Versorgung in strukturschwachen Gebieten und auch den Arbeitervierteln der Großstädte ist schlechter, der Anteil der allgemein-praktischen Ärzte ist zurückgegangen, in Krankenhäusern, vor allem aber in den Betrieben besteht ein Mangel an Ärzten. Nach verschiedenen Berechnungen sind es in den Krankenhäusern 20000 Ärzte, in den Gesundheitsämtern 5000, die man noch brauchen könnte. Ein menschenwürdiger Ausbau der psychiatrischen Anstalten würde einen Bedarf von 5000 bis 10000 weiteren Ärzten bedeuten. Auch die Nachfrage nach Leistungen ist erheblich angestiegen; neben der auffallenden Häufigkeit von Frühverrentungen und einer allgemeinen Zunahme der Berufskrankheiten zeigt das der steigende Krankenzugang in den Krankenhäusern, der bei 176 pro Tausend Einwohner in 1978 liegt (1970 waren es 146). Die Prognos AG errechnete bis 1990 einen Mehrbedarf von 120000 Stellen im Gesundheitswesen.²⁹

27 Das Rentenniveau beschreibt das Verhältnis der durchschnittlichen monatl. Renten zum durchschnittlichen monatlichen Arbeitsentgelt der Arbeiter und Angestellten, s. Renten Anpassungsbericht 1981, BTDr 9/290, S. 58 f.

28 Die Zahl der Ärzte liegt in der Allgemeinmedizin heute bei 140 000 (1972: 100 000), die der Zahnärzte bei 33 000 (1972: 31 000), der Krankenschwestern bei 192 000 (1972: 123 000), der Pfleger und Helferinnen bei 44 000 (1972: 21 000); die Zahl der Masseur hat sich verdreifacht, die der Heilpraktiker verdoppelt.

29 H. Tofaute, Grundlagen und Möglichkeiten einer beschäftigungssichernden Personalpolitik im öffentlichen Dienst, in: C. Schäfer/H. Tofaute, Beschäftigungssichernde Finanzpolitik, Eine Chance für Vollbeschäftigung, Frankfurt/New York 1980, S. 111.

Die sog. Kostendämpfung im Gesundheitswesen im Rahmen der Operation '82 wird ebenfalls eine Einschränkung (Anspruch auf Kuren, Brillen und andere Hilfsmittel, Entbindungsaufenthalt), vor allem aber eine Verteuerung der Leistungen mit sich bringen (Rezeptgebühr, Eigenbeiträge, besonders beim Zahnersatz, Wegfall der studentischen Krankenversicherung), während gleichzeitig die Krankenversicherungsbeiträge steigen.

Ehe und Familie / Soziale Transfers

Der Bereich „Ehe und Familie“ ist im Sozialbericht ein Sammelposten, der verschiedene Leistungen umfaßt, die sich auf Kinder, Ehegatten und Mütter beziehen. Für die Kinder wurden 1980 rund 18 Mrd. DM Kindergeld gezahlt; dazu kommen Leistungen wie Kindergrundfreibeträge bei der Einkommensteuer, Kinderausgleichbeträge für Empfänger von Sozialhilfe und Zuschläge zum Kindergeld im ersten halben Jahr nach der Geburt. Bei den Ehegatten werden das steuerliche Ehegatten-Splitting angerechnet und die Steuerprogressionswirkungen, für die Mütter die Kosten für den Mutterschaftsurlaub in Anschlag gebracht. Diesen Leistungen verwandt sind weitere verschiedene Transferzahlungen, die hier aufgezählt werden, wie Wohngeld, Sparprämien und Sozialhilfe.

- Anspruch auf Kindergeld haben 8,7 Millionen Familien, davon 3,8 Millionen mit einem Kind (50,— DM monatlich), 3,1 Millionen mit zwei Kindern (170,— DM monatlich) und 1,6 Millionen mit drei und mehr Kindern (410,— DM monatlich + 240,— DM für jedes weitere).
- Anspruch auf Wohngeld haben 1980 1,9 Millionen Haushalte, das entspricht mehr als 6% aller Haushalte. Sie beziehen im Durchschnitt 85,— DM monatlich. Gemessen am bisherigen Höchststand von 1975 (1,67 Mill.) bedeutet das einen Rückgang; allerdings lag die Zahl 1977 noch tiefer und ist wieder angestiegen.³⁰
- Anspruch auf Sozialhilfe hatten 1980 0,6 Millionen Haushalte, und zwar im monatlichen Durchschnitt 329,— DM. Die Regelsätze erhöhten sich von 1970—1974 jahresdurchschnittlich um 11,6% und 1975—1980 um 4,6%; absolut stieg die Sozialhilfe von 3,34 Mrd. DM auf 13,27 Mrd. DM in 1980.³¹
- Anspruch auf Sparprämien hatten 1977 rund 15 Millionen Sparer mit einem Durchschnittssparbetrag von 2906,— DM. Die Leistungen der Bundesregierung für die Vermögensbildung stiegen von 2,5 Mrd. DM in 1969 auf 9,4 Mrd. DM in 1977 an; 1980 betragen sie aufgrund der Auswirkungen des 1. Haushaltsstrukturgesetzes (Kürzung der Sparprämie von 20% auf 14%, der Wohnungsbauprämie von 23% auf 18%) nur noch 6,3 Mrd. DM.

Alle diese Bereiche werden durch die Sparmaßnahmen 1981/82 eingeschränkt:

- Das Kindergeld wird ab dem 2. Kind herabgesetzt um jeweils 20,— DM.
- Das Wohngeld wird gekürzt durch die Senkung pauschaler Freibeträge bei der Berechnung des Anspruchs.
- Die Arbeitnehmer-Sparzulage ist von 30/40% auf 23/33% bzw. 16/26% (je nach Anlageart) herabgesetzt worden.
- Der Regelsatz der Sozialhilfe soll 2 Jahre lang nur noch um 3% statt entsprechend

³⁰ Wirtschaft und Statistik 8/81, S. 555.

³¹ WiSta, 11/1981, S. 796 H.

der Teuerungsrate angepaßt werden; der Mehrbedarfszuschlag wird um 30% des Regelsatzes auf 20% gesenkt.

- Mutterschaftsgeld und -urlaub gibt es nur noch, wenn mindestens 9 Monate innerhalb der letzten 12 Monate vor der Entbindung ein Arbeitsverhältnis bestand oder Leistungen aus der ALV bezogen wurden.

Arbeitsförderung / Arbeitsmarkt / Berufliche Bildung

Der gesamte Bereich „Beschäftigung“ wurde durch die sozialliberale Koalition auf ein konzeptionell neues Niveau gehoben, das im AFG (Arbeitsförderungsgesetz) seine gesetzliche Verankerung fand. Insbesondere wurde der Gedanke der präventiven Beschäftigungspolitik in den Mittelpunkt gestellt, d. h. die vorausschauende Anpassung der Qualifikation der Arbeitskräfte an strukturelle Veränderungen der Technologie und Zweigstruktur der Wirtschaft durch berufliche Fortbildung und Umschulung. Im Laufe der Jahre haben von 1972–1980 an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung teilgenommen (in Tausend Personen):³²

1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
260	227	233	271	152	136	175	209	247

Nach Erhebungen der BfA vergrößert sich die Chance der Teilnehmer an solchen Maßnahmen zur Wiedereingliederung in das Arbeitsleben. In diesem reduzierten Sinne ist auch das Berufsgrundbildungsjahr positiv zu beurteilen; es dient als „großes Auffangbecken für jugendliche Schulabsolventen ohne Hauptschulabschluß“.³³ Nach einer repräsentativen Befragung des IAB nahmen 29% der Hauptschulabgänger ohne Schulabschluß das Berufsgrundbildungsjahr wahr und holten damit ihren fehlenden Schulabschluß nach.

Im Verlauf der Krise hat allerdings die materielle Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit wieder einen wachsenden Teil der Gesamtausgaben der BA an sich gezogen; 1970 lag er bei 20%, inzwischen bei mehr als der Hälfte. Obwohl der Anteil der Geldempfänger an den Arbeitslosen kontinuierlich sinkt und inzwischen nur bei gut zwei Dritteln der Arbeitslosen liegt, sind das immerhin 1981 rd. 1,4 Millionen. Die Durchschnittskosten für einen Arbeitslosen betragen bei Anspruch auf Arbeitslosengeld gut 28000,— DM jährlich.

Bei allen diesen Leistungen wurden wesentliche Kürzungen vorgenommen:

- Die Anspruchsberechtigung für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe wird eingeschränkt. Die Leistungen werden ggf. beim Lohnsteuerjahresausgleich berücksichtigt. Die Sperrzeit wird auf 8 Wochen verdoppelt. Die 59er-Regelung entfällt, die es erlaubte, daß Arbeitnehmer, die vor Erreichen der flexiblen Altersgrenze von 60 Jahren ihr Arbeitsverhältnis aufgaben, einen Betrag in Höhe der Rente erhielten. Die Voraussetzungen für die Berechtigten werden verschärft.
- Das Unterhaltsgeld bei Maßnahmen der beruflichen Bildung wird auf 68% des früheren Nettoentgelts herabgesetzt statt bisher 80%; bei Inanspruchnahme, die „nur“

³² Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 1980 Jahreszahlen, Nürnberg 1981, S. 189.

³³ W. Baumann, a.a.O., S. 49.

dem beruflichen Aufstieg dienen soll, auf 58%, die als Darlehen gewährt werden. Das Übergangsgeld für Behinderte wird auf 75% herabgesetzt von bisher 100%. Nach Beendigung der Ausbildung soll es sogar nur noch 68% betragen.

Leistungsabbau

Dieser Leistungsabbau im System der Sozialen Sicherheit ab 1975 bzw. 1981 wird verschärft durch die parallelen Maßnahmen auf dem Gebiet der Staatseinnahmen: Bei den direkten Steuern werden für Eltern, deren Kinder Bafög in Anspruch nehmen, auf die Freibeträge eigene Einkünfte der Kinder angerechnet; Freiberufler müssen die volle Mehrwertsteuer zahlen, und die sog. Mehrwertsteuroption beim Bauherrenmodell entfällt. Bei den indirekten Steuern werden die Tabak-, die Branntwein- und die Schaumweinsteuer erhöht. Kommunal werden die meisten Tarife und Gebühren angehoben, eine Maßnahme, durch die die Gemeinden und Städte die Lasten an die Bürger weiterreichen, die ihnen durch die Sparmaßnahmen auf Bundesebene und die wachsende Arbeitslosigkeit entstehen.

Die SPD hat mit diesen Sparmaßnahmen ihren eigenen Reformen die Spitze abgebrochen: bei der Arbeitsmarktpolitik durch die Schwerpunktverlagerung auf die Unterstützungsleistungen; in der Rentenpolitik durch die finanzielle Schlechterstellung der Rentner und den Verzicht auf die Gleichstellung der Frauen, die absehbare Folge der Finanzentwicklung der Rentenversicherung; in der Gesundheitspolitik durch die Bescheidung auf das Kurieren anstelle des weiteren Ausbaus der Vorsorge und durch die Verteuerung der Leistungen; in der Sozialpolitik i.e.S. durch die Kürzung sämtlicher relevanter monetärer Transfers, die weniger als je Ungleichheiten in der Verteilung ausgleichen können. Ging es zuerst in der regierungsoffiziellen Interpretation darum, den sogenannten „Wildwuchs“ in der Sozialen Sicherheit zu „beschneiden“, mit anderen Worten, wirkliche und fiktive Mißbräuche zu beseitigen, so werden heute durch die SPD-geführte Bundesregierung neugeschaffene Rechtsansprüche wieder zurückgenommen, reale Leistungen abgebaut.

Realistischerweise muß man aber auf der anderen Seite feststellen: Das Niveau der Sozialleistungen in der BRD hat sich mittelfristig erhöht und trägt nach wie vor zu einem relativ hohen Lebensstandard der BRD-Bevölkerung im internationalen Vergleich bei. Nimmt man die wesentlichen sozio-ökonomischen „Antriebskomplexe“ der Sozialpolitik zum Maßstab und läßt sie Revue passieren, dann zeigt sich:

- Soziale und ökonomische Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse haben sich einkommensmäßig durch die Tarifeinkommen und die Erhöhung staatlicher Transferzahlungen gegenüber 1970 verbessert, wenn auch nicht mehr in den vergangenen drei Jahren.
- Die Folgen der Unsicherheit der Existenz des Lohnarbeiters wurden durch die Maßnahmen des AFG abgeschwächt, die gegenwärtig wieder abgebaut werden.
- Die sozialen Infrastrukturleistungen sind in den 70er Jahren besonders im Bildungs- und im Gesundheitswesen ausgebaut worden.
- Die sozialen Gebrechen der kapitalistischen Ordnung (Armut, Obdachlosigkeit, Drogen) werden statistisch nur unzureichend erfaßt. Nimmt man die Inanspruchnahme und Höhe der Sozialhilfe als Indikator für ihre Linderung, wären auch diese z. T. geringfügig gebessert worden.

— Schließlich sind zusätzliche Systeme materieller Begünstigungen neu geschaffen worden (Sparförderung etc.), die ebenfalls gegenwärtig eingeschränkt werden.

Der gegenwärtige Abbau der Sozialpolitik läßt sich am treffendsten durch die *Veränderung ihres Charakters* beschreiben: Soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit wird von früherer „Leistung“ und zukünftiger Leistungsbereitschaft abhängig gemacht; die Chancengleichheit im Bildungswesen wird wieder vermindert; die Gleichbehandlung der Frauen in Ausbildung, Beruf und Altersversorgung wird zurückgestellt; insgesamt wird der Kontroll- und Fürsorgecharakter des Systems der Sozialen Sicherheit verstärkt, der demokratische Rechtsanspruch auf Leistungen ohne „Gegenleistung“ zurückgedrängt. In Umkehrung der euphorischen Analysen der Sozialpolitik der 70er Jahre geht heute der Weg zurück „von der systemgestaltenden zur systemstabilisierenden Sozialpolitik“.³⁴

Die Sozialpolitik der SPD, die einst mit dem Anspruch auftrat, den Weg zu einer neuen Gesellschaftsordnung, die den Grundwerten des Sozialismus entspreche, zu bahnen,³⁵ ist so auf das Wesen kapitalistischer Sozialpolitik, auf reaktive, systemimmanente und stabilisierende Maßnahmen, zurückgeführt worden.

4. Perspektiven

Der Prozeß des Sozialabbaus steht erst an seinem Anfang. Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, der Versuch der Haushaltssanierung über Ausgabenkürzungen packen das eigentliche Problem — die Arbeitslosigkeit — nicht an der Wurzel: Eine Sanierung der Staatsfinanzen wird letztlich nur auf der Grundlage wirtschaftlichen Wachstums gelingen, das durch diese Politik nicht gefördert wird. Sie eröffnet vielmehr einen kumulativen Prozeß: Staatliche Ausgabenkürzungen und Stelleneinsparungen vermindern die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und erhöhen die Arbeitslosigkeit. Ein weiterer Rückgang der staatlichen Einnahmen ist die Folge. Er wird begleitet von einer stärkeren Inanspruchnahme des Systems der Sozialen Sicherheit. Einnahmeminderungen bei Ausgabenerhöhungen führen zur weiteren Verschärfung der Finanzkrise. Diese wird beantwortet durch eine Einschränkung staatlicher Leistungen, weitere Einschränkungen verschärfen die Krise usw.

Aus sich heraus käme dieser Prozeß erst zum Stillstand bei einem Niveau und einer inhaltlichen Ausrichtung staatlicher Leistungen, tariflicher Einkommen und politischer Reaktion, wie sie das BRD-Kapital als kurzfristig profitabel betrachtet. Die Vorschläge der CDU/CSU zur Wirtschaftspolitik machen denn auch diesen Weg zum Programm. Die im Februar 1982 verabschiedete „7-Punkte-Strategie für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik“ beinhaltet:

- Gesundung der Staatsfinanzen „über die Ausgabenseite“, d. h. durch weitere Leistungskürzungen;
- Investitionsförderung durch weitere Steuergeschenke an die Unternehmen und durch die „Beseitigung bürokratischer und politischer Investitionshemmnisse“, d. h. durch die Aufhebung aller Beschränkungen im Kernkraftwerksbau und bei den Kommunikationstechnologien;

³⁴ In Umkehrung der Formulierung von G. W. Brück, a.a.O., S. 30.

³⁵ vgl. SPD-Langzeitprogramm 1, Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973—1985, Texte, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 27.

- staatliche Förderung der Schaffung neuer Unternehmen durch Sofort-Abschreibungen, Verlustvortrag und den Einsatz staatlichen Risikokapitals;
- Liberalisierung des Mietrechts durch die Einführung von Staffelmieten und laufende Anpassung des Mietspiegels;
- Ausbau der Kernkraftwerke und Weiterentwicklung der Kernenergietechnik;
- maßvolle Lohnabschlüsse;
- „Öffnung“ des Arbeitsmarktes durch Teilzeitarbeitsplätze, Arbeitsteilung.³⁶

„Privatisierung“ der „Marktwirtschaft“, Zurückdrängung demokratischer, sozialer und Einkommensansprüche, unbedingter Vorrang der Unternehmensförderung sind die Haupttendenzen dieser Politik, die innenpolitische Absicherung für die Expansion nach außen. Daß sie für durchsetzbar gehalten wird, zeigt u. a. die Reaktion der Unternehmerverbände auf die „beschäftigungspolitischen“ Vorschläge der sozialliberalen Koalition durch die sog. Gemeinschaftsinitiative. Noch vor wenigen Jahren wurde das Investitionszulagengesetz von 1975 von den Unternehmen freudig aufgegriffen und voll ausgeschöpft — auch wenn es seinem eigentlichen Zweck, der Schaffung zusätzlicher Investitionen, nicht gerecht wurde. Heute dagegen stoßen dieselben angebotenen Subventionen nur auf Geringschätzung oder Ablehnung durch die Kapitalverbände und Unternehmenssprecher! Darin spiegeln sich sowohl veränderte Wachstumsbedingungen, die weitere Investitionen im Inland nicht geboten erscheinen lassen, als auch politische Einschätzungen wider. Angesichts dieses harten Widerstandes der Unternehmer, der im eigenen Regierungsbündnis durch die FDP positiv aufgegriffen wird, weicht die SPD-Führung immer weiter zurück: Die Finanzierung der Gemeinschaftsinitiative durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, das Aussetzen der Lohnfortzahlung innerhalb von drei Karenztagen, die neuen Zumutbarkeitsregelungen bei der Arbeitslosengeldzahlung — das alles wären in der Tat Maßnahmen, die den Kern sozialdemokratischer Sozialreform betreffen, erkämpfte Fortschritte endgültig rückgängig machten. Der Sozialabbau würde eine neue, bedrohlichere Stufe erreichen.

Nun setzen sich objektive Prozesse nicht anders als durch subjektive Träger durch. Auch die objektive Bestimmung der Sozialfunktion durch die Veränderung der Verwertungsbedingungen und deren Folgen für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion stellt nur die Basis eines Prozesses dar, dessen eigentliche Triebkraft die Arbeiterbewegung ist. Die Frage nach der *Abwehr* des Sozialabbaus durch die Betroffenen, nach den Gegenkräften, die die aufgezeigten Maßnahmen und Tendenzen hervorrufen, ist damit entscheidend für eine Beurteilung und Einschätzung der weiteren Perspektiven.

Sie ist weder leicht noch eindeutig zu beantworten. Bisher war die unmittelbar gegen die Rotstift-Politik und den Reallohnabbau gerichtete Gegenwehr, gemessen an dem Umfang des Sozial- und Lohnabbaus, eher gering. Insbesondere von seiten der Gewerkschaften, die historisch und ihrem Selbstverständnis nach *die* Arbeiterorganisation zur Führung sozialer Abwehrkämpfe bilden, ist nur in Einzelfällen zu einer aktiven, massenmobilisierenden Gegenwehr aufgerufen worden. Die Ursachen dafür sind sicher vielfältig; hier soll auf einige wesentliche Momente eingegangen werden, die sich aus dem Vorhergehenden ableiten.

1. Der eigentliche Anspruch sozialdemokratischer Reformen, die sozial gestaltende und transzendierende Komponente, ist aufgegeben worden. Aber die materielle Exi-

³⁶ Handelsblatt v. 10. 2. 82, S. 3 (Nr. 28).

stanzsicherung ist durch die Kürzungen, so unsozial sie auch sind, noch nicht grundsätzlich in Frage gestellt worden. Eben das ermöglicht und erleichtert es, daß die gegenwärtige Politik des Sozialabbaus von so großen Teilen der SPD und der Gewerkschaften noch geduldet und sogar mangels der Bereitschaft, offensive Alternativen aufzugreifen, weiter getragen wird.

2. Der Grad der Betroffenheit durch die Kürzungsmaßnahmen ist äußerst verschieden; es gibt keine einzige Maßnahme, die alle abhängig Beschäftigten gleichzeitig und im selben Ausmaß beträfe:

- Von der Kindergeldkürzung sind nur Familien mit mehr als einem Kind betroffen;
- von der Novelle des AFG sind nur Umschüler, Arbeitslose und Behinderte betroffen;
- die Kürzungen im Bildungsbereich zielen „nur“ auf die Bezieher von Bafög etc.;
- die Wohngeld- und Mietregelungen betreffen die Empfänger und Gruppen unter den Mietern des sozialen Wohnungsbaus;
- von den Rentenkürzungen sind nur die alten Leute betroffen;
- die Kürzungen bei der Sozialhilfe zielen auf die Anspruchsberechtigten.

Auf alle wirken sich die Steuererhöhungen aus, die schon durchgesetzt sind; auf alle auswirken werden sich die kommunalen Gebühren- und Tarifierhöhungen; auf alle auswirken würde sich eine erneute Mehrwertsteuererhöhung.

Als eigenständige Kraft organisiert ist von den betroffenen Gruppen keine in einer nennenswerten Größenordnung, auch wenn es bei den alten Leuten, den Kinderreichen und den Arbeitslosen Ansätze dazu gibt. Die Gewerkschaften sind in ihrem Kernbereich, der Vertretung der aktiv Beschäftigten in der Arbeitssphäre, meist nicht unmittelbar und aktuell betroffen.

3. Diese beiden Faktoren zusammen erleichtern es, daß bei der Durchsetzung der unsozialen Maßnahmen auf bestehende Vorurteile gegenüber den jeweils anderen betroffenen Gruppen und insgesamt gegenüber der „staatlichen Bürokratie“ zurückgegriffen werden kann. Gleichzeitig fallen Beitragsleistung und Inanspruchnahme von Leistungen häufig bei den einzelnen Individuen bzw. Gruppen auseinander. Im Verein mit einer Reihe wirklicher Mißstände im bürokratischen Apparat, besonders den Korruptionsaffären der jüngsten Zeit, in die staatliche „Würdenträger“ tief verstrickt sind, führt das dazu, daß die reaktionäre Demagogie der „Zurückdrängung“ des Staates selbst bei den negativ Betroffenen auf fruchtbaren Boden fallen kann. Exemplarisch dafür ist die Diskussion um das „Sonderopfer“ des öffentlichen Dienstes. Auf der gleichen Ebene liegt das Ausnutzen von Interessengegensätzen zwischen verschiedenen Beschäftigtengruppen — Ausländern und einheimischen Arbeitern, Facharbeitern und Ungelernten, Auszubildenden und älteren Kollegen, Frauen und Männern — und verschiedenen Bevölkerungsgruppen — Alten und Jüngeren, Arbeitslosen und Beschäftigten, Behinderten und Gesunden.

Die Diskussion um die Wirtschafts- und Sozialpolitik wird so zum Vehikel der bewußtseinsmäßigen Verankerung und Durchsetzung reaktionärer Ideologien, jede „Standesvereinigung“ hat ihren konservativen Spruch dazu beigetragen: vom Hartmannbund bis zur Steuer„gewerkschaft“; ganz zu schweigen von den monopolistisch beherrschten Wirtschaftsverbänden. Die Bonner Parteien selber — und zwar ohne Ausnahmen, wenn auch verschieden im Grad der Abstufung — greifen diese Argumente willig auf.

Die z. Z. noch vorherrschende Tendenz ist der Prozeß der Gewöhnung an den Sozial-

abbau, das Aufnehmen fortschrittsfeindlicher Ideologien und die Veränderung des allgemeinen gesellschaftspolitischen Klimas. Die SPD als Partei wird diesen Prozeß nicht zu Ende führen können, aber sie erlaubt es, heute unter Beteiligung und/oder Duldung eines entscheidenden Flügels der Führungen des DGB und der Einzelgewerkschaften grundsätzliche wirtschafts- und gesellschaftspolitische Weichen zu stellen.

Diese Kräfte sind nicht bereit und in der Lage, durch massive gewerkschaftliche Aktionen die Sozialdemokraten in der Regierung in eine andere Richtung zu drängen, sondern sie lassen sich auf immer neue Zugeständnisse ein, um die SPD als Regierungspartei zu retten. Die positive Aufnahme der „Gemeinschaftsinitiative“, eines reinen Subventionsprogramms, als beschäftigungspolitischer Impuls durch *H. O. Vetter* ist ein deutlicher Beleg dafür.

Unterstrichen werden muß: Es geht nicht allein um die Abwehr unsozialer Maßnahmen, es geht in erster Linie darum, eine grundsätzliche gesellschafts- und wirtschaftspolitische Wende in unserem Land hin zu einer aggressiven und reaktionären imperialistischen Großmachtpolitik zu verhindern. Sozialabbau auf der einen und Aufrüstung auf der anderen Seite gehen Hand in Hand; sie sind Ausdruck ein und derselben Strategie des Monopolkapitals.

Materialistische Staats- und Überbautheorie heute – Diskussionsbericht

Achim Bühl

Zu einer „Diskussionsrunde über materialistische Staats- und Überbautheorie heute in der BRD“ hatte das IMSF für den 24. April 1982 Vertreter linker Gruppen und Arbeitszusammenhänge eingeladen, die sich mit diesen Fragen wissenschaftlich beschäftigen, dazu publiziert haben und publizieren und im Selbstverständnis einen materialistischen Ansatz vertreten. Ausgangsbasis für das IMSF waren jüngst veröffentlichte Arbeitsergebnisse (Beiträge in *Marxistische Studien*, Jahrbuch des IMSF 4, 1981 und IMSF-Beiträge 6/1, *Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD*, Frankfurt/Main 1981) und die Ansicht, daß es im wechselseitigen Interesse liegen könnte, die Positionen, Begründungszusammenhänge und Arbeitsperspektiven der auf diesem Gebiet tätigen linken Produzenten so genau wie möglich zu kennen. „Die Auseinandersetzung ist nur halb so gut“, hieß es in der Einladung, „wenn sie durch Vorurteile und Unkenntnis geprägt ist. Hier läge nach unserer Ansicht die Funktion der Zusammenkunft.“

Der Einladung kamen nach Vertreter der Zeitschrift „Das Argument“ (*W. Elfferding, M. Jäger*), der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ (*F. O. Wolf*), der Zeitschrift „Konsequent“, der Zeitschrift „Sozialist“ (*W. Krumbein, W. Schäfer*), der Sozialistischen Studiengruppen – SOST (*J. Bischoff, K. Voy*) sowie *H.-U. Deppe* und weitere Kollegen aus Düsseldorf und Marburg. Die Positionen des IMSF vertraten *Ch. Butterwegge, G. Hautsch, H. Jung, J. Schleifstein*. Im Diskussionsbericht führen wir nachfolgend bei Beiträgen und Positionen der Übersicht halber nur die Gruppen, aber nicht mehr die Einzelpersonen an. Die Vertreter von ARGUMENT (vgl. auch den Diskussionsbeitrag von *M. Jäger* in dieser Ausgabe von *Marxistische Studien*. Ihm liegt das Thesenpapier zur Diskussionsrunde zugrunde), PROKLA, SOZIALIST, SOST hatten schriftliche Thesen vorgelegt, das IMSF als Darstellung seiner Position den Aufsatz „Korporatismus‘ statt ‚Etatismus?‘“ (Jahrbuch 4, 1981). Soweit nachfolgend Textstellen zitiert werden, stammen sie aus diesen Thesen.

Die Diskussionsrunde erörterte in der Reihenfolge die nachfolgenden drei Problemkomplexe:

- I. Grundbestimmungen des Staates (Herrschaftsinstrument, Verdichtung von Kräfteverhältnissen, Besonderung?)
- II. Vergesellschaftung und Staatsfunktionen im heutigen Kapitalismus (Sozialfunktion u. a.)
- III. Formierung und Struktur des herrschenden Überbaus (Korporatismus als Strukturproblem und Herrschaftsform u. a.)

I.

Im ersten Problemkomplex ging es um die Darstellung der Wesensbestimmung des heutigen Staates in der BRD und um den Bezug dieser Bestimmung zur Marxschen Theorie.

Seitens des IMSF wurde an dem Sachverhalt angeknüpft, daß die SMK-Theorie deshalb kritisiert wird, weil sie auch den Staat im heutigen Kapitalismus als Instrument der Klassenherrschaft des Kapitals bzw. des Monopolkapitals ansehe. In der Polemik werde dies als Instrumentalisierung des Staates durch die SMK-Position bezeichnet. In der Tat sehe die SMK-Theorie den Staat in der Tradition von *Marx* und *Engels* als Instrument der Klassenherrschaft. Der Begriff Instrument werde hier in seiner philosophischen Bedeutung gebraucht. Schließlich gebe es keine gesellschaftliche Einrichtung, welche nicht Mittel für irgendeinen Zweck sei, denn sonst sei sie ja Selbstzweck. Die Grundthese sei somit, daß der Staat Instrument für bestimmte politische, ideologische und ökonomische Zwecke bestimmter Gesellschaftsgruppen sei, ein Mittel — und zwar jeweils konkret historisch — von bestimmten Klassen, ein Instrument bestimmter Klassenkräfte, und er dies auch geblieben sei. Der Staat sei jedoch — und dies habe besonders *Lenin* unterstrichen — zugleich Resultat des Klassenkampfes. Man habe nie geleugnet, daß der Staat zugleich eine Verdichtung der jeweiligen Kräfteverhältnisse der Klassen sei. Die Frage bleibe jedoch in Richtung *Poulantzas* und *Laclau*, ob die Begrifflichkeit der Verdichtung von Klassenkräften die Dominanz einer bestimmten Klasse oder einer Fraktion einer Klasse ausschließe. Diese Frage müsse mit einem klaren Nein beantwortet werden. Bis auf ganz seltene Übergangsformen habe es keinen Staat ohne eine solche Dominanz gegeben. Ein zweites Problem bei der Verdichtungsthese — gerichtet an die Vertreter des ARGUMENT — bestehe darin, daß man, ausgehend von der Dominanz einer bestimmten Klasse bzw. einer bestimmten Klassengruppierung innerhalb eines solchen Kräfteverhältnisses — dessen Ausdruck der Staat sei —, betonen müsse, daß der Staat in seinen Institutionen und Apparaten wesentlich ein Herrschaftsmittel sei.

Dem hielt der Vertreter von PROKLA entgegen, daß Nichtselbstzwecksein nicht schon Instrument heißen müsse. Das Modell Handwerker-Handwerkszeug sei dem Staat nicht angemessen. Etwas könne durchaus ein Mittel sein, ohne deshalb Instrument eines Subjekts zu sein. Seine eigene Position bestimmte er in seinen Thesen wie folgt: „Staat als verselbständigte politische Herrschaftsgewalt beruht letztlich immer auf einer spezifischen Kombination von ‚Herrschaft‘ und ‚Führung‘. D. h. auf einer Verbindung eines zentralisierten Gewaltapparates mit dezentralen ideologischen Führungsapparaten bzw. auf dem (tendenziellen) Monopol der physischen Gewalt mit der ideologischen Hegemonie. Hierin ist immer schon der Trend angelegt, daß der Widerstand zwischen ‚Sicherheit‘ und ‚Zustimmung‘, zwischen ‚Zentralisierung der Staatsapparate‘ und ‚staatlicher Durchdringung der Gesellschaft‘ zu einem zentralen Thema der staatlichen ebenso wie der antistaatlichen Politik wird... Staat als spezifisch ökonomische Instanz beruht letztlich auf der Möglichkeit der äquivalentlosen Aneignung von Wert (Steuerstaat) sowie der unmittelbaren, ebenfalls äquivalentlosen Aneignung von Arbeitsvermögen (Wehrdienst, Zwangsarbeit, Schulpflicht). Hierin ist bereits der Widerspruch angelegt, daß die Wahrnehmung der funktional für die Reproduktion des Kapitals erforderlichen formellen und materiellen Staatsfunktionen zugleich zu einer Austrocknung der Springquellen der kapitalistischen Akkumulation führen kann... Staat als Nationalstaat beruht auf der ausschließlichen Verfügung über die beiden elementarsten materiellen Voraussetzungen der Akkumulation des Kapitals, die lebendige Arbeit und die Erde (als allgemeinsten Arbeitsgegenstand), d. h. über ein Staatsvolk und ein Territorium.“

Gegen die IMSF-Position hoben die Vertreter des ARGUMENT hervor, daß die

Charakterisierung als Instrument den souveränen Umgang mit dem Werkzeug signalisiere, und zwar nach bestimmten Zwecken und Regeln. Der Staat könne jedoch im Kern so nicht begriffen werden. In der Funktionsweise des Staates gebe es sehr wohl Instrumentbeziehungen bzw. Instrumentalisierungen, dennoch sei der Staat im Kern nicht als Instrument zu fassen. Es müsse die Charakterisierung des Staates als sozialtranszendente Macht, als illusorisches Gemeinwesen beachtet werden. Aus den Äußerungen von *Marx, Engels* und *Lenin* folge für sie keine kohärente Theorie im Sinne einer Instrumentalisierung. Die Dominanz einer Klasse sei für sie mit der Vorstellung des Staates als Verdichtung des Kräfteverhältnisses von Klassen nicht ausgeschlossen. Sie bedeute, daß der Staat im Sinne der Reproduktion bürgerlicher Herrschaft und ihrer Ausübung funktioniere. Bewußt zu diesem Zweck werde der Staat jedoch nicht eingesetzt. Entsprechend war in den ARGUMENT-Thesen formuliert worden: „Immer wieder zitierte Formulierungen von *Marx* und *Engels* über den Staat als ‚Herrschaftsinstrument‘ der Bourgeoisie usw. müssen im historischen Kontext der Polemiken gegen preußische Staatsvergottung und Hegelschen Staatsidealismus gesehen werden. Sie sind nicht falsch, aber sie antworten nicht unbedingt auf unsere Fragen nach Funktion und Perspektive des Staates im entwickelten Kapitalismus... Z. B. entfernt der Begriff des ‚Instrumentes‘ die Klasse zunächst einmal aus dem Staat und stellt ihn als Neutrum neben die Klasse.“ „Ein entscheidender Fortschritt in der Staatstheorie scheint mir in diesem Sinne zu sein, den Staat nicht als ‚Instrument der Klassenherrschaft‘ aufzufassen — wonach die Arbeiterklasse dann immer nur in Gestalt ihrer ‚Berücksichtigung‘ durch die Politik der Bourgeoisie im Staat vorkommt —, sondern als ‚Verdichtung eines Kräfteverhältnisses‘ zwischen Klassen (*Poulantzas*). Dieser Begriff stellt den Staat in den Klassenkampf hinein.“

In der Sicht der Vertreter des ARGUMENT impliziert der Instrument-Begriff, daß die Staatsmacht wie ein Werkzeug ergriffen werden könne. Der Werkzeugbegriff des Staates führe völlig in die Irre. Diese These werde durch die real vorfindbare Machtspaltung zwischen christdemokratischem und sozialliberalem Parteienblock in den westeuropäischen Ländern widerlegt. Durch diese Machtspaltung entstehe der Eindruck, daß man sich ihr einordnen müsse („das kleinere Übel wählen“). Gerade über diesen ideologischen Mechanismus ließen sich die unterworfenen Klassen integrieren, ein derartiger Mechanismus sei mit der Begrifflichkeit des Werkzeuges jedoch nicht mehr faßbar. Damit plädierten sie allerdings nicht dafür, daß es nur noch integrative Mechanismen gebe bzw. daß die Integration überwiege.

Gegenüber dieser Ansicht machte der Vertreter der SOST geltend, daß es abwegig sei, den Instrument-Begriff analog zum Werkzeugbegriff des Arbeitsprozesses zu interpretieren. Ohnehin müsse man immer von der gesellschaftlichen Form ausgehen, in der der Arbeitsprozeß sich vollziehe. Es könne sich daher nicht um die Vergleichbarkeit der Staatsproblematik mit dem Strukturzusammenhang im Arbeitsprozeß handeln. Die eigentliche Frage sei vielmehr, ob das Basis-Überbau-Konzept uns anleite, das Primäre zu erkennen, und wie Primäres und Abgeleitetes (Basis und Politik/Ideologie) gedacht und analytisch verbunden werden könnten gemäß den Strukturen und Widersprüchen im primären Produktionszusammenhang selbst. An die Vertreter des ARGUMENT wandte sich sein Vorwurf, daß man klar benennen müsse, was das Primäre bzw. die Basis sei. Die ARGUMENT-Richtung kritisiere zwar andere Erklärungsansätze wie die Instrumentalisierung, sei selbst jedoch nicht fähig, begrifflich zu umreißen, was die Ba-

sis des Staates eigentlich sein solle und wie sich die abgeleiteten Strukturen dazu verhielten. Die Basis könne man natürlich nicht ohne Bewußtsein aufweisen, Ökonomie bedeute nicht einfach Gesetze ohne Subjekte, die Reproduktion des gesellschaftlichen Gesamtkapitals laufe mit den Subjekten und ihrem Bewußtsein ab. Die eigentlichen Streitpunkte seien daher, was als Bewußtsein bereits in der Ökonomie vorhanden sei, wie man das Verhältnis unbewußt/bewußt interpretiere, wie sich gesellschaftliches Bewußtsein weiterentwickle und bestimmte politische Kräfteverhältnisse ihrerseits mit Rückwirkungen auf den gesamten Reproduktionsprozeß zustande kämen. Erklärt werden müsse ferner, was für die spätkapitalistischen Gesellschaften materialiter Überbau sei.

In den SOST-Thesen war formuliert worden: „Es ist richtig, die Marxsche Basis-Überbau-Konzeption zur Grundlage der Analyse der Veränderung des kapitalistischen Staates und der Überbauten zu machen. Diese Konzeption enthält aber selbst eine — für den Marxismus weitreichende — These: Im Bereich der politischen Überbauten gibt es keine allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, keine Formbestimmtheit des Prozesses...“. „... ideologische Formen... sind vielmehr der übergreifende Begriff für alle nicht auf die materielle Produktion bezogenen Anschauungs- und Bewußtseinsformen.“ „Der Klassencharakter der ideellen und materiellen Verhältnisse im Überbau ist daher nicht allein und primär durch Herrschaftsverhältnisse bestimmt. Die Menschen in einer Gesellschaftsformation gestalten nämlich auf der Grundlage der aus der materiellen Produktion hervorgehenden Ideenformationen ihren politischen, künstlerischen usw., kurz ideologischen Überbau selbst.“

Seitens des Vertreters von SOZIALIST wurde hervorgehoben, daß die Debatte über den Instrument-Charakter nicht überflüssig sei. Die empirischen und politischen Probleme lägen in der Frage, wer denn dieses Werkzeug bediene und wie sich der Klassencharakter der Gesellschaft in den Klassencharakter des Staates hinein vermittele. Die „Staatsableitung“ — sich auf den Strukturzusammenhang beschränkend — sei keine Erklärung des Zusammenhangs von Politik und Ökonomie. Die SMK-Theorie ihrerseits wiederum tendiere stark zu einer personalpolitischen Diskussion, indem sie ihr Augenmerk auf Verbände und Personen richte, welche ihre Interessen im Staatsapparat durchsetzten. Die Herstellung eines tragfähigen Zusammenhangs zwischen Struktur- und Handlungstheorie bezüglich des Staates müsse noch geleistet werden. Der hier noch vorliegende Dualismus müsse überwunden werden auch mit Hilfe der Auswertung bürgerlicher Untersuchungen wie etwa des Bereichs der Implementationsforschung. Diese Feststellung gelte insbesondere im Unterschied zu den Staatsanalysen des italienischen Eurokommunismus. Hier werde die Analyse von Institutionen bewußt in den Mittelpunkt gerückt. Der Schwerpunkt liege hier weniger im Nachweis, was die Linke mit den Institutionen des Überbaus nicht anfangen könne, sondern darin, in welcher Weise einzelne Institutionen im Sinne des Ziels einer Massendemokratie positiv benutzt und verändert werden könnten. Eine solche Schwerpunktlegung auf eine institutionelle Staatsanalyse sei auch für die BRD-Linke anzustreben. „Diese institutionelle Staatsanalyse könnte sich einen Besonderungsbegriff zu Hilfe nehmen, der jenseits der Thematisierung eines höchst abstrakten Gegenüber von Staat und Gesellschaft sich konkret auf das jeweilige Maß der Anbindung von Institutionen an partialisierte oder gesellschaftliche Willensbildungsprozesse und der nicht nur indirekten, sondern unmittelbaren Interventionskraft in der Ökonomie bezieht.“

Die Diskussionspositionen aufgreifend, wurde seitens des IMSF für ein Festhalten am

Instrument-Begriff plädiert. Er umschreibe in allgemeiner Form die Grundfunktion staatlichen Handelns (Abstraktionsniveau für verschiedene Formationen). Auch Gramsci habe festgehalten an der Bestimmung des Staates als Instrument der herrschenden Klasse. Nur so gerate das handelnde Subjekt nicht außer Blick. Man könne und müsse dann konkret bestimmen, wer eigentlich das handelnde Subjekt sei, welches seine Klasseninteressen im komplizierten Prozeß in staatliches Handeln umsetze, wer innerhalb der herrschenden Klasse sich in Teilapparaten durchsetze. All diese Fragen erschlossen sich uns durch das Festhalten am Instrumentbegriff. Auf eine ARGUMENT-These eingehend, wurde ausgeführt: Marx unterscheide im Kommunistischen Manifest sehr wohl zwischen Macht und Herrschaft, gerade dafür sei die Basis-Überbau-Beziehung wesentlich. Die Begriffe Macht und Herrschaft würden eben unterschiedlichen Sphären bei Marx zugeordnet (ökonomische Herrschaft/staatlicher Überbau). Den Vorwurf des Klassenreduktionismus und des Ökonomismus, den man der SMK-Theorie mache, müsse man dann bereits an Marx und Engels richten, denn bei ihnen liege bereits das Primäre in der ökonomischen Klassenherrschaft, die politische Herrschaft werde daraus abgeleitet. Zu fragen wäre ferner, ob im SMK nicht sogar noch engere Strukturzusammenhänge zwischen Kapital und Staat bestünden als im vormonopolistischen Kapitalismus, die „Instrumentthese“ also sogar noch an Bedeutung gewinne. Solche Strukturzusammenhänge schlossen die handelnden Subjekte in jedem Fall ein.

Demgegenüber betonte ein ARGUMENT-Vertreter, daß der Staat nicht als Instrument der Monopolbourgeoisie betrachtet werden könne, da sonst die Arbeiterklasse außerhalb stünde. Der Staat müsse vielmehr als soziales Verhältnis begriffen werden, worin die Arbeiterklasse eingeschlossen sei. Hierfür sei Laclau gerade richtungsweisend.

Seitens des IMSF wurde darauf erwidert, daß die Stellung des Proletariats im Kapitalverhältnis das der ausgebeuteten, der beherrschten Klasse sei. Egal, ob der Staat als herrschender Apparat dieser oder jener Fraktion der Bourgeoisie diene, er sei ein die Arbeiterklasse als Gewalt- und Integrationsapparat beherrschendes Instrument, ein Instrument der Klassenherrschaft. Verdichtung könne als deskriptive Kategorie verstanden werden, um exakter zu fassen, wie sich der Klassenkampf auf verschiedenen Ebenen materialisiert, Antagonismen zur Austragung kommen. Der Staat könne jedoch keinesfalls auf Verdichtung reduziert werden. Eine offene Frage sei in der Diskussion bisher, ob es etwa eine Instrumentalisierung des Staates durch die unterdrückte Klasse geben könne, was eine logische Konsequenz der „Verdichtungthesen“ sei. Demgegenüber müsse betont werden, daß es eine Durchdringung des Staatsapparates, auch wesentlich im Sinne einer Außerkräftsetzung der Repressionsfunktion, nur in revolutionären Phasen geben könne, nicht jedoch im normalen Reproduktionsgang außerhalb einer revolutionären Krise.

Ein weiterer IMSF-Vertreter wies darauf hin, daß der soziale Gehalt des Machtbegriffes bei den Vertretern des ARGUMENT völlig unklar sei und die Tendenz etwa bei Jäger sichtbar werde, ihn — darin Foucault folgend — in psychische Strukturen aufzulösen.

Ein SOST-Vertreter hob nochmals hervor, daß der entscheidende Diskussionspunkt darin liege, inwieweit eine Klasse als Handlungssubjekt anerkannt werde. Dabei sei es ein Fehler, dies einfach als Subjekttheorie zu sehen. Man müsse von objektiv ablaufenden Gruppierungsprozessen sprechen. Die sozialen Verhältnisse stellten sich als objektive Gesetzmäßigkeiten dar, obwohl sie qua individuellem Handeln exekutiert würden.

Falsch sei es, dies auf autonomes individuelles Handeln zurückzuführen. Die handelnden Subjekte könnten sich nur im sozialen Kontext, im politischen Raum konstituieren.

Der PROKLA-Vertreter fragte nun danach, wie kollektives Handeln als Summe von individuellem Handeln zustande kommen könne. Die individuelle Handlungsfähigkeit nur im Rahmen von Klassenverhältnissen zu betrachten, greife zu kurz. Wesentliche Bestimmungsverhältnisse (z. B. das Verhältnis Mann—Frau) blieben dabei ausgeblendet. Individuelles Verhalten und Handeln gewinne auch politisches Gewicht (z. B. neue soziale Bewegungen). Die Wirkungsweise der sozialen Integration dürfe nicht auf raffinierte staatliche Handlungsstrategien reduziert werden.

Der Vertreter von SOZIALIST fragte nach der Art und Weise, wie die bürgerliche Klasse herrsche. Es sei konkret zu fragen, wer denn nun herrsche und die herrschende Klasse sei, und vor allem, weshalb die herrschende Klasse eine über sie hinausreichende Massenbasis besitze. Die Arbeiterklasse könne sich auch selbst beherrschen. Im Korporatismus werde manifest, daß Teile der herrschenden und der beherrschten Klasse sich zusammentäten zwecks Regelung von Entscheidungen. Hier zeige sich, daß der Begriff der herrschenden Klasse die wahren Verhältnisse versimpele.

Auf die Frage eines ARGUMENT-Vertreters antwortend, warum das allgemeine Wahlrecht die bürgerliche Herrschaft nicht gefährde, betonte ein IMSF-Sprecher, daß Herrschende und Regierende mit dem allgemeinen Wahlrecht formal getrennt worden seien. Dies ändere aber nichts am Klasseninhalt der Herrschaft. Im entwickelten Kapitalismus müsse eben die herrschende Klasse nicht personell identisch auch die politische Macht ausüben, um ihren Klasseninteressen Geltung zu verschaffen. Der „Instrumentbegriff“ trenne durchaus zwischen staatlich-politischer und ökonomischer Klassenherrschaft. Dadurch, daß bestimmte Teile der Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staatsapparat hineinwüchsen, verliere er jedoch nicht seinen Klassencharakter, dies sei vielmehr Ausdruck unterschiedlicher monopolkapitalistischer Integrationsstrategien.

Darauf erwiderte der ARGUMENT-Vertreter, daß ihm dies erneut zeige, daß die soziale Integration nicht nur Ergebnis strategischer Überlegungen des Kapitals sein könne. Das Theorem der letztinstanzlichen Determination des Politischen durch die Ökonomie greife eben nicht. *Laclau* habe sehr deutlich gezeigt, daß die Politik noch einmal auf die Ökonomie übergreife.

Zum Schluß der Diskussion über diesen Themenkomplex hob ein IMSF-Vertreter hervor, daß man den Instrumentbegriff als historisch gewachsenen Begriff betrachten müsse. Die Bezeichnung „Staat als Instrument der herrschenden Klasse“ werde sowohl von *Rosa Luxemburg* als auch von *Lenin* benutzt. Es müsse gefragt werden, ob es zwingende Gründe gebe, welche dafür sprechen, diesen Begriff fallenzulassen. Der Staat sei in erster Linie politische Klassenmacht. Seine Existenz erwachse aus dem Klassenantagonismus in der Gesellschaft.

Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft brauche als klassenantagonistische Gesellschaft die Ausdehnung und Sicherung der ökonomischen Macht durch politische Mittel, durch den Staat. Es habe allerdings bestimmte Tendenzen in der SMK-Theorie gegeben in Richtung „Macht der 100 Familien“. Dies seien jedoch lediglich Vereinfachungen auf der politisch-agitatorischen Ebene in der Anfangszeit gewesen. Zu fragen sei ferner, was Klassenreduktionismus als Vorwurf eigentlich bedeuten solle. Wenn es bedeute, daß die SMK-Theorie staatliche Herrschaft in historischer Abstraktion und Verallge-

meinerung auf politische Klassenherrschaft „reduziere“ — reduzieren im Sinne einer wissenschaftlichen Abstraktion —, könne er darin alles andere als einen Vorwurf erblicken. Wenn man damit primitive Versimpelungen meine in dem Sinne, als ob überhaupt im politisch-staatlichen Bereich nichts anderes wirksam wäre als bewusstes Vertreten des monopolkapitalistischen Klasseninteresses, renne man nur offene Türen ein.

II.

Im Mittelpunkt des zweiten Komplexes standen Diskussionen über den Vergesellschaftungsbegriff sowie über die Einschätzung staatlicher Sozialpolitik.

Vertreter des IMSF wiesen darauf hin, daß Vergesellschaftung ein von der Basis ausgehender und übergreifender Prozeß sei, welcher auch das Milieu bestimme, in dem sich Repressionsfunktionen realisierten. Ohne die Begrifflichkeit der Vergesellschaftung könne auch die Problematik des Korporatismus, welche man selber mit der Begrifflichkeit „staatsmonopolistische Verflechtung“ umreißt, nicht erklärt werden. Im Vergesellschaftungsprozeß sei nämlich nicht nur das Problem des Antagonismus der Grundklassen im engeren Sinne und der Auswirkungen auf den Überbau zu sehen, sondern indem man Vergesellschaftung der Arbeit und der Produktion als einen Prozeß der historischen Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit fasse, gehe man so vom Gesamtproduktionsprozeß aus und verbinde damit vor allem die Herausbildung staatsmonopolistischer Strukturen. Daher seien nicht mehr nur einfach im traditionellen Sinne privat-kapitalistische Eigentumsverhältnisse zu analysieren, sondern eben staatsmonopolistische Eigentumsverhältnisse, welche festzumachen seien an der Funktion, die der Staat im Gesamtproduktionsprozeß des Systems spiele, sowie an gemischten Eigentumsformen.

Vertreter des ARGUMENT betrachteten als wichtiges ungelöstes Problem der praktischen Staatserfahrung und der Staatstheorie das Verhältnis von wachsenden Aufgaben der Vergesellschaftung und von Repression des Staates. Der Ausbau des Repressionsapparates sei nur eine andere Form der „Vergesellschaftung“ als „Sozialpolitik“. Die Dichotomisierung des „Staates des SMK“ in seine Vergesellschaftungsfunktion und in seinen Charakter als „Herrschaftsinstrument“ stelle eine sozialistische Praxis vor falsche Alternativen. Sie lege die Vorstellung nahe, daß nach einer „Machtübernahme“ die Früchte der Vergesellschaftung einfach geerntet werden könnten. Diese Vorstellung werde gestützt durch die Bestimmung der Herrschaftsfunktion des Staates als Instrument der herrschenden Klasse. Sie verstelle den Blick für die Bedeutung des Staates als „ideologische Macht“, die Kompetenzen der Selbstvergesellschaftung an sich gezogen und zentralisiert habe. Ein sozialistisches Projekt müsse von vornherein als Rücknahme von Vergesellschaftungskompetenzen in die Gesellschaft konzipiert werden, ohne daß damit anarchistische Illusionen verknüpft seien. Die Auffassung des Staates als Vergesellschaftungs- und Herrschaftsinstrument blende die ideologietheoretische Problematik und das Programm des „Absterbens des Staates“ aus. Das Verständnis des Staates als „ideologische Macht“ stelle die Form der Vergesellschaftung (Selbstvergesellschaftung vs. Fremdvergesellschaftung, Vergesellschaftung von oben/von unten) in den Mittelpunkt. Sie mache sensibel für die Folgen der Staatlichkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und projiziere ihre Umarbeitung durch die Kompetenzerweiterung der Massen von Anfang an. Eine derartig ideologietheoretisch angelegte Staatsanalyse

liege gewissermaßen quer zur Begrifflichkeit des „SMK-Staates“. Sie bejahe das Erbe der Vergesellschaftungsfunktion und negiere die Herrschaftsfunktion, aber sie stelle darüber hinaus eine neue Frage: Wie können die Resultate des kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesses beerbt werden? Dies sei nur durch die Erweiterung der politischen Handlungsfähigkeit der Massen selbst, durch ihre antietatistische Aktion möglich. Ein leitender Gesichtspunkt der Staatstheorie müsse daher die Rücknahme des Staates in die Gesellschaft sein.

Die Vertreter von SOZIALIST betonten den Unterschied zwischen der Vergesellschaftung insgesamt und staatlicher Vergesellschaftung. In der „Vergesellschaftungsforschung“ sehe man den Vorteil, daß der Vergesellschaftungsbegriff von der abstrakten Ebene des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen auf die empirische Ebene der Unterscheidung alternativer Vergesellschaftungsformen — staatliche Vergesellschaftung, korporative Vergesellschaftungsformen (z.B. Bi- oder Tripartismus), Selbstverwaltung des Kapitals oder der Arbeit bzw. diverse Mischformen — heruntergeholt werde. Als zentrale Grundthese betrachte man die Vorstellung, daß der wachsende Organisationsbedarf im Kapitalismus nicht nur zu staatlichen Organisationstypen führe, sondern recht häufig zu Konfliktlösungsmechanismen am Staat vorbei. Gerade eine solche Vergesellschaftung am Staat vorbei, was vor allem korporatistische Phänomene belegte, sei möglich und zunehmend zu beobachten. Sozialistische Politik habe alle verschiedenen Formen von Vergesellschaftung darauf hin zu überprüfen, inwieweit sie für eine sozialistische Reformpolitik dienstbar gemacht werden könnten. Im Sinne eines „dritten Weges zum Sozialismus“ könne es weder um einseitige Staatsfixierung noch um modernistischen Antietatismus gehen, sondern um die Berücksichtigung vielfältigster Organisationsformen im Rahmen eines pluralistisch angelegten Institutionensystems der Übergangsgesellschaft.

H.-U. Deppe ging auf die Frage der Sozialpolitik in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft am Beispiel des Gesundheitswesens ein. Nach seiner Ansicht ist gerade hier die Verflechtungs- und Instrumentalisierungsthese (für Klasseninteressen) empirisch sehr gut belegbar. In diesem Bereich seien vor allem korporatistische Strukturen weit entwickelt und relativ stabil.

Nach Ansicht des Vertreters von PROKLA ist die Hervorhebung der Monopolisierung und der Sozialfunktion für den heutigen bürgerlichen Staat bzw. die kapitalistische Gesellschaft mechanistisch. Demgegenüber betonte er die Notwendigkeit der Herausarbeitung von in der gegebenen Situation alternativen Politikmodellen.

Die Vertreter der SOST wandten sich zum einen gegen die These von der bestimmten Rolle staatsmonopolistischer Produktionsverhältnisse im heutigen Kapitalismus und zum anderen gegen die Hervorhebung einer Sozialfunktion als Charakteristikum des heutigen kapitalistischen Systems. Diese Thesen könnten empirisch nicht gestützt werden, weil der Umverteilungsanteil — ziehe man die monetären Transfers ab — gering bleibe. Ihre These lautet, „daß der Haupteffekt des sozialstaatlichen Transfersystems in einer Umverteilung der Revenue der privaten Haushalte besteht, vor allem in der Umverteilung von Einkommensbestandteilen von der erwerbstätigen zur akut nicht (Krankheit, Arbeitslosigkeit) oder nicht mehr (Rentner) erwerbstätigen Bevölkerung“. „Die Stabilisierung von monopolistischen Produktions- und damit Ausbeutungsverhältnissen vermittelt der ökonomischen und sozialpolitischen Potenz des Staates ist somit höchst fragwürdig. Wenn der Ressourcentransfer des Staates zugunsten der Mo-

nopole nicht die eigentliche Qualität des ‚Sozialstaates‘ ausmacht, sondern statt dessen ein kompliziertes Umverteilungssystem von Revenueb Bestandteilen unter den privaten Haushalten, dann wird in der SMK-These auch der Klassencharakter dieses Systems falsch bestimmt.“ Der derzeitige Sozialabbau sei nicht einfach als Scheitern eines bestimmten Akkumulationstyps zu begreifen, er sei auch Ausdruck dessen, daß Formen von Sozialaktivität und neue Bedürfnisse von den alten Strukturen nicht mehr eingefangen werden könnten.

Diesen Themenkomplex abschließend, wandten sich die Vertreter des IMSF gegen die These einer Vergesellschaftung am Staat vorbei. Wenn seit der Krise 74/75 verstärkte Orientierungen auf „nichtstaatliche“ Regulierungsformen zu beobachten seien, dann sei dies Ausdruck einer spezifischen staatsmonopolistischen Strategie („privatmonopolistische Entwicklungsvariante des SMK“). Die Behauptung, im staatlichen Handeln kämen auch Systeminteressen des Kapitalismus zum Ausdruck, bedeute keineswegs, daß deswegen nur eine einzige Herrschaftsstrategie möglich sei. Um die typischen Merkmale des bürgerlichen Staates heute, seiner Tendenzen und seiner Basis zu analysieren, müsse man in erster Linie auf die durch die Vergesellschaftung, Monopolisierung und Internationalisierung hervorgerufenen Zusammenhänge für den Überbau und speziell den Staat aufmerksam machen, welche eine engere Verflechtung der Monopole mit dem Staatsapparat und generell mit dem Staat, die Verschmelzung bzw. Verflechtung der Macht von Monopolen und Staat bewirkten. Ein spezifisches Merkmal und eine Besonderheit des SMK-Staates sei gerade die Verdichtung der staatlichen Sozialpolitik und ihr Umschlag in eine sozialpolitische Staatsfunktion. Grundlage seien der Vergesellschaftungsprozeß der Reproduktion der Arbeitskraft und die zunehmende soziale Instabilität der Gesellschaft. Ihre unmittelbare Antriebskraft sei die Reaktion des Systems auf den sozialen Druck und Klassenkampf der Arbeiterklasse unter den neuen welt-historischen Konstellationen. Ein wesentlicher Verflechtungsbereich sei damit gerade der gesamte Sozialbereich, die Sozialversicherungen und -kassen, die Leistungsträger und ihre Organisationen und Verbände etc. Auch für das Gesundheitssystem seien daher Überlegungen angebracht, ob wir es hier schon mit staatsmonopolistischen Komplexen zu tun hätten.

III.

Der letzte Diskussionskomplex konzentrierte sich vor allem auf die Interpretation des Korporatismus, und zwar vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der Strukturierung des Überbaus als Herrschaftsstrategie. Aus Zeitmangel konnte auf die darin weiter involvierten Fragen nicht mehr eingegangen werden.

Die Vertreter von ARGUMENT gingen davon aus, daß es neben bürgerlichen auch marxistische Vertreter der Korporatismus-Debatte gebe. Bei letzteren liege der Schwerpunkt der Fragestellung bei der Problematik, wo der Klassenantagonismus eigentlich durchschlage. Der korporatistischen Theorie folgend, bestehe ihre Vorstellung darin, daß der Klassenantagonismus sich in die Arbeiterklasse selber hineinverlagere. Die korporatistische Strategie beziehe sich daher im Kern auf vorhandene und praktizierte Versuche der Spaltung der Arbeiterklasse. Über Mechanismen der Marginalisierung/Segmentierung und Partialisierung versuche man, Teile der Arbeiterklasse in den Herrschaftsapparat einzubeziehen. Die sozialliberale Strategie stütze sich auf die fungieren-

den Arbeiter und betreibe die Spaltung zwischen ihnen und den marginalisierten Arbeitern. Zwar müßten die beiden Varianten des faschistisch-klerikal gefärbten Korporatismus und des sozialliberalen voneinander unterschieden werden, betont werden müsse jedoch, daß korporatistische Strategie heute vor allem die sozialliberale sei, die Politik der Spaltung der Arbeiterklasse, welche letzten Endes darauf beruhe, daß sie von Teilen der Arbeiterklasse selber durchgeführt werde. So würden in Form tripartistischer Herrschaftsorgane Teile der Arbeiterklasse in staatliche Organe integriert.

Die Vertreter von SOZIALIST bezeichneten die Korporatismus-Debatte als ein äußerst heterogenes Spektrum weit auseinanderliegender Ansätze. Zu differenzieren sei zwischen der eher traditionellen Verwendung des Korporatismus-Begriffs für ständische Strukturen, der Benutzung als quasi Systembegriff anstelle von Kapitalismus und Sozialismus sowie der Verwendung in empirischer Absicht, um insbesondere veränderte Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen zu thematisieren. Der Ansatz, Korporatismus im Sinne ständischer Strukturen zu verwenden, sei für die Untersuchung z.B. von aktuellen Binnendifferenzierungen insbesondere unter den verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen durchaus erfolgversprechend. Im Gegensatz zur ersten und dritten Verwendungsart sei die Verwendung als Systembegriff abzulehnen, da hiermit auch Thesen der Trennung der Gewerkschaften in Führung und Basis, Verratsthesen und offene Angriffe auf die Gewerkschaften verbunden seien. Zugleich wende man sich jedoch auch gegen einseitige Analysen von Korporatismus-Institutionen als Mechanismen von Einbindung, wie es etwa beim IMSF geschehe. Unter Korporatismus wolle man selber eine institutionalisierte Form, in der zwischen Großinstitutionen, die wiederum maßgebliche Interessen artikulieren, Kompromisse ausgehandelt werden, verstehen. Beim Korporatismus handele es sich um eine kapitalistisch formbestimmte Vorstufe von Wirtschafts- und Sozialräten, wobei die Differenzen im Grad der Öffentlichkeit, den inhaltlichen Entscheidungskompetenzen und der personellen Besetzung lägen. Diese Beurteilung laufe darauf hinaus, korporative Gremien nicht als unzumutbare institutionelle Form aufzufassen, sondern als einen durch politische und soziale Auseinandersetzungen veränderbaren Organisationstypus; es gehe im Rahmen einer allgemeinen Hegemoniegewinnungsstrategie nicht um die Abschaffung solcher Gremien, sondern um ihre tiefgreifende Veränderung und Indienstnahme z.B. für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik.

SOST-Vertreter hoben den Modecharakter der Korporatismusdiskussion hervor. Gleichfalls hielten sie die Ansicht von der zentralen Bedeutung „der ‚sozialintegrativen Einbindungsstrategie‘ innerhalb des SMK“ für unzutreffend. „Unsere These vom Einfluß der subalternen Klassen auf den gesamten politischen Überbau übersieht ja nicht den Klassencharakter des Staates.“ In der Vergangenheit „sind in vielen kapitalistischen Metropolen denn auch sozialdemokratische Parteien an der Entwicklung des ‚Sozialstaates‘ beteiligt gewesen; die Einbindung von Gewerkschaften und Parteien in die bürgerliche Hegemonie erfolgt keineswegs aus einer Strategie des Monopolkapitals. Die Arbeiterklasse setzt eine Ausgestaltung des Soziallohns und der sozialen Dienste durch, kann aber keine systematische Ausgestaltung dieser Bereiche erreichen...“. Bei veränderter ökonomischer Situation „erfolgt die Einschnürung und Beseitigung wiederum entlang der korporativen Interessen. Es handelt sich auch dann nicht um eine sozialintegrative Strategie seitens der Monopolbourgeoisie zur Konsensbildung mit der Arbeiterklasse..., sondern es findet eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses

im Überbau statt ... (dieses) ist letztlich für die Ausgestaltung des Kompromisses unterschiedlicher sozialer Blöcke verantwortlich."

Im Thesenpapier des PROKLA-Vertreters wird für die Analyse historischer Politikmodelle plädiert: „Im Unterschied zu einem Phasenmodell der kapitalistischen Entwicklung werden bei einer derartigen Analyse auch die ‚Alternativen der Konterrevolution‘ deutlich: Die bürgerliche Klasse hat aufgrund der Pluralität von Widerspruchsebenen, auf denen sie ‚spielt‘, immer unterschiedliche ‚Optionen‘, einen konterrevolutionären Ausweg aus politischen, ökonomischen und ideologischen Krisen zu finden. Die Situation des Proletariats ist dagegen nicht symmetrisch: Da es strategisch durch die eine Ebene hindurch muß, das Kapitalverhältnis zu überwinden und den Staat zum Absterben zu bringen, gibt es keine ‚Alternativen der Revolution‘. Allerdings sind die strategischen Wege dahin unterschiedlich, je nach dem Politikmodell der kapitalistischen Macht und des herrschenden bürgerlichen Staates, mit dem der Klassenkampf des Proletariats konfrontiert ist. In diesem Sinne wäre m. E. auch die Debatte über das ‚Modell Deutschland‘ neu aufzunehmen.“

Die Vertreter des IMSF verwiesen darauf, daß Integrationsversuche schon eine lange Geschichte hätten, daß man zu Korporatismus früher Eingliederung gesagt habe. Derartige Erscheinungen bezögen sich also zunächst einmal auf Versuche, Klassenharmonie und Sozialpartnerschaft durchzusetzen. Die korporatistische Idee als solche finde man schon in präfaschistischen Ideen, etwa bei *Pareto* und *Spann*, in den Vorstellungen einer ständestaatlichen Verbändestruktur. Ausdrücklich sei zu betonen, daß man bei der Anwendung auf heutige Konstellationen beachten müsse, daß es verschiedene Möglichkeiten klassenintegrativer Modelle gebe, daß eine Einbindung — und gerade dies würden die ARGUMENT-Vertreter übersehen — auch unter CDU-Vorzeichen möglich sei. Man denke historisch etwa an die Zustimmung zu „*Adenauers*“ Remilitarisierung in der Hoffnung, dafür soziale Zugeständnisse zu bekommen. Der Hauptkritikpunkt bestehe jedoch darin, daß man die Gewerkschaften als Klassenorganisationen völlig der Integrationspraxis zuordne. Dies sei das Ziel des Kapitals. Vor einer globalen Identifikation von Gewerkschaften mit Integrationsmechanismen sei ausdrücklich zu warnen. Es müsse hier die Differenzierung zwischen sozialintegrativen, auf Sozialpartnerschaft bedachten Kräften und der um Klassenautonomie ringenden Strömung in den Gewerkschaften in ihrer Bedeutung gesehen werden. Man müsse auch festhalten, daß die bürgerliche Politikwissenschaft damit nur Themen aufgegriffen habe, die im Rahmen der SMK-Theorie schon einige Jahrzehnte lang erörtert würden und bekanntlich Kernstück der SMK-Konzeption seien. Insofern liege über der gesamten Korporatismusdebatte ein Hauch der ungenannten Kenntnishaftigkeit von Realitäten des SMK, die nun als Ausgangspunkt neuer strategischer Überlegungen genommen werden sollten. Dies sei verbunden mit einer Modernisierung der Pluralismus-Konzeption, wie sie bisher im Rahmen der Politologie vorherrschend gewesen sei.

Dieser Bericht sollte möglichst adäquat die Positionen der an der Diskussion beteiligten Gruppen und Personen wiedergeben. Es konnte nicht um eine Analyse und Bewertung der vorgetragenen Standpunkte gehen. Dem Bericht lagen die Notizen des Verfas-

sers und die Thesenpapiere zugrunde. Zum Abschluß sei die Ansicht referiert, die zum Ende der Diskussionsrunde geäußert wurde: Die Unterschiede und Gegensätze wurden nicht verwischt; anregend war der informative Charakter; ein sachliches Diskussionsklima war beherrschend. Dies regt für andere und weiterführende Probleme zu ähnlichen Arbeitstreffen an.

Korporatismus — ein „weiterentwickeltes Pluralismusmodell“?*

Michael Jäger

Nachdem die Korporatismus-Debatte in diesem Jahrbuch, im IMSF-Beitrag 6/I und in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ bereits mehrmals aufgegriffen und beurteilt wurde, kann ich mich zur Einführung darauf beschränken, die von *Ulrich Kypke* rekonstruierte Definition von Korporatismus in Erinnerung zu rufen: „Als kleinster gemeinsamer Nenner der unterschiedlichen Konzepte und Ansätze... kann festgehalten werden“, schreibt *Kypke*, „daß es um die Beschreibung strategischer Ambitionen zur Verknüpfung von strukturellen und legitimatorischen Herrschaftstechniken geht, deren erkenntnistheoretischer Nutzen eine gewisse Flexibilität im Wechsel von mehr autoritären zu mehr freiwilligen Integrationsinstrumenten zu sein scheint“, wobei *die Gewerkschaften* als Gegenstand solcher Integration und zugleich „als zentrale korporative Akteure“ eingeschätzt werden.¹

Kypke beklagt sich über die „Begriffsvielfalt“ der Debatte, die es schwer mache, „einen noch irgendwie operationalisierbaren Ausgangspunkt identifizieren zu können“.² Mir geht es jedoch so, daß ich bereits jenen „kleinsten“ Nenner theoretisch und politisch gravierend finde, die unbestreitbare Begriffsvielfalt, auch Unklarheit vieler Ansätze als Durchgangsstadium des Theorieprozesses hinnehme und selber an der Arbeit der Klärung teilzunehmen versuche, statt die Debatte wegen ihres momentanen Zustands zu diskriminieren oder gar zu verdrängen. Die Debatte über dialektische Logik ist auch recht begriffsvielfältig, obwohl sie sogar weit älter ist als die Korporatismus-Debatte: Wer wirft ihr das vor? Ich denke, daß *Kypke* selbst in diesem Punkt weniger kritisch wäre, wenn er die Debatte nicht ihrem Inhalt nach als Versuch begreifen würde, „die gesellschaftspolitischen Denkmuster des Pluralismuskonzepts zu renovieren“, „ein weiterentwickeltes Pluralismusmodell“ zu entwerfen³ u. dgl. m. — eine Einschätzung, die meines Erachtens gänzlich in die Irre führt.

Da ich sie nicht für zufällig halte, möchte ich ihr die folgenden Ausführungen widmen. Ich will zu zeigen versuchen: 1. daß die Protagonisten der Korporatismus-Debatte mit dem Pluralismus-Modell *gerade gebrochen haben* und *gerade deshalb* ihre Resultate neuartig und für marxistische Aneignung bedeutsam sind, 2. daß *Kypke* und andere, die

* Die Redaktion der Zeitschrift „Das Argument“ bat um die Möglichkeit einer Replik auf die Beiträge zum Schwerpunkt „Staat und politisches System im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik“ in „Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF“ 4/1981. Autor dieser Replik ist Michael Jäger; auf sie antwortet Ulrich Kypke.

1 U. Kypke, Kritische Übersicht zur aktuellen Korporatismus-Diskussion in der BRD, in: Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Staatsdiskussion und Staatstheorie (Beiträge des IMSF 6/I), Frankfurt am Main 1981, S. 183–201, hier: S. 189

2 Ebd., S. 190

3 Ebd., S. 184, S. 188

vor dem Hintergrund der SMK-Theorie argumentieren, *selbst dem Pluralismusmodell viel näher stehen als die Protagonisten der Korporatismus-Debatte* und 3. daß diese Nähe zu einer verhängnisvollen Handlungsunfähigkeit im Verhältnis zu Selbstblockierungsprozessen der Arbeiterklasse beitragen kann, während es gerade die marxistischen Teilnehmer der Korporatismus-Debatte sind, die solche Prozesse *thematisieren*.

1.

Daß es eine *pluralistische Sichtweise des korporatistischen Phänomens* gibt, soll keineswegs bestritten werden. Durch den Wortlaut der Korporatismus-Debatte wird dies zwar eher verdeckt, da sie sich gern in toto als Ende des Pluralismus-Paradigmas aufspielt.⁴ Schon ihr wichtigster Promotor *Schmitter* hatte den korporativen „Typ“ als Gegenteil des pluralistischen definiert — um dann freilich hinzuzufügen: In der westeuropäischen Wirklichkeit träten beide Typen stets „gemischt“ auf.⁵ Diese „Gemischtheit“ ist in der Tat so augenscheinlich — für diejenigen, denen Pluralismus als reales Phänomen statt als falsche Beschreibung gilt —, daß selbst dem klassischen Faschismus plurale Verfaßtheit nachgewiesen werden konnte, was seinerzeit zur Widerlegung der Totalitarismustheorie beitrug.⁶ Aber noch eher als in der Realität gibt es in der Theorie Mischungen, die den behaupteten Gegensatz von Korporatismus- und Pluralismus-Paradigma in Zweifel ziehen. Das Pluralismus-Paradigma ist jedenfalls in der westdeutschen Diskussion von der Korporatismus-Debatte nicht so sehr abgelöst worden als vielmehr bruchlos in sie übergegangen. Es hatte beschrieben, wie eine unbestimmte Vielzahl gesellschaftlicher Interessenverbände Einfluß auf einen als klassenneutral verstandenen Staat ausübt, wobei dieser teils als bloßer Spielball außerstaatlicher Kräfte, teils als schiedsrichterliches Gemeinwohlorgan konzipiert wurde. So bestimmt es noch heute Teile des *christdemokratischen Beitrags zur Korporatismus-Debatte*, nämlich die Begründung der Geißlerschen „neuen sozialen Frage“, die sich für im korporativen System nicht artikulationsfähige Interessengruppen stark macht und damit stillschweigend Konzepte und Zielsetzungen eines früheren linken Flügels von Pluralismus-Theoretikern aufgreift und mit rechten Vorzeichen versieht.⁷ Es hat in seiner *Fraenkelschen Variante* auch den *sozialliberalen Beitrag* unverkennbar vorgeprägt. *Fraenkels* „Neopluralismus“ hatte die Konzeption vieler um Einfluß konkurrierender *pressure groups*, die noch einseitig dem liberalen Marktwettbewerbsdenken verpflichtet ist, sozialdemokratisch weitergeführt zur Theorie der Parität der gesellschaftlichen Hauptgruppen. Das legte, wie *Blanke* zeigt, eine staatsrechtliche Vorstellung von autonomer Rechtsetzungsbefugnis dieser Hauptgruppen nahe. Denn die Idee jener Parität war am Modell der Tarifverträge und „Arbeitsgemeinschaften“ entwickelt worden — deren Aushandlungspraxis brauchte man sich nur auf außertarifliche Konfliktfälle ausgedehnt denken, um auf die Vorstellung zu kommen, „daß das *staatlich* gesetzte Recht de facto nichts anderes ist als ein von den ‚autonomen Gruppen‘ ausgehandeltes Kompro-

4 Vgl. etwa Alemann/Heinze, *Verbandepolitik und Verbandeforschung in der Bundesrepublik*, in: dies. (Hrsg.), *Verbände und Staat*, Opladen 1979, S. 33

5 Schmitter, *Interessenvermittlung und Regierbarkeit*, in: Alemann/Heinze, a. a. O., S. 94 f., S. 101

6 Etwa: Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1969; Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966

7 Vgl. Geißler, *Verbände und neue soziale Frage*, in: Alemann/Heinze, a. a. O., S. 180—186

mißresultat".⁸ An diesem Gedankengut kann eine sozialliberal-korporative Strategie unmittelbar anknüpfen. Hoffnungen auf gewerkschaftliche „Gegenmacht“ werden vor diesem Hintergrund zu ihren Stützpunkten. Was sie vom Pluralismus-Paradigma in den korporativen Diskurs hinüberrettet, ist der naive Glaube an die „Benutzbarkeit“ staatlicher Organe, sei es nun durch Druck von außen oder durch Teilnahme.

Dieser Glaube reicht in die wissenschaftliche Debatte hinein, so, wenn unter Korporatismus z. T. einfach die „neue aktive Rolle der großen Interessengruppen und ihre institutionalisierte Macht im politischen System“ verstanden wird.⁹ Pluralistisch gefärbt ist auch die Theorie des Briten *Winkler*, obwohl seine Korporatismus-Definition dem Staat unbeschränkte Kontrollmacht über die Wirtschaft zuschreibt sowie die Ersetzbarkeit von Wettbewerbs- durch Einheitsdenken für einen Wesenszug von Korporatismus hält. Denn gleichwohl behauptet er, die „großen Oligopole“ würden „durch die Korporatismustheorie nicht beunruhigt sein, sofern sie Zugang zu den Prozessen des staatlichen decision-making haben und folglich eine reelle Möglichkeit, Einfluß über die Substanz der Kontrollen“, die sie selbst betreffen, „und des Umfangs der finanziellen Unterstützungsleistungen auszuüben“.¹⁰

Geprägt und eröffnet wurde die Debatte allerdings von Vertretern der *Systemtheorie*, die eine nichtmarxistische Alternative zum Staatsinstrumentalismus und insofern einen wissenschaftlichen Fortschritt gegenüber dem Pluralismus-Paradigma darstellt. Sie basiert auf der Übernahme des naturwissenschaftlichen Gedankens, daß organische Systeme sich in ihrer Umwelt durch Filtrierung und Verarbeitung von Umwelteinflüssen im Gleichgewicht und damit „am Leben“ erhalten; *Luhmanns* Fassung des Filtrierungsvorgangs als „Komplexitätsreduktion“ ist besonders bekannt geworden. Wird der Staat derart als organisches System gedacht, so erscheint er nicht mehr als passives Medium, in das gesellschaftliche Kräfte „einfließen“, sondern als *Umformulierungsmacht*; er ist nicht mehr „Instrument“ dieser Kräfte, sondern instrumentalisiert seinerseits die gesellschaftliche „Umwelt“. Der Fortschritt an Realismus, den das systemtheoretische Paradigma bringt, hat seinen Preis. Erstens macht es den Staat unkritisch zum Naturereignis, dem, wie jedem „organischen Leben“, ein Recht auf Selbsterhaltung ohne spezifische Begründung und letztlich, was nur konsequent ist, ohne Beschränkung der Selbstverteidigungsmittel zuerkannt werden muß. Zweitens zwingt es dazu, die Realitätsperspektive dieses Leviathan zu übernehmen: eine Anordnung, in der die Gesellschaft nicht als sie selbst, sondern als „Umwelt“ von etwas anderem, eben von jenem Staats-Lebewesen konzeptualisiert wird (ausführliche Darstellung und Kritik bei *Narr*¹¹). Stärken und Schwächen wirken sich in *Schmitters Korporatismus-Definition* sichtbar aus. Korporatismus ist für ihn ein „System der Interessenvermittlung“, dessen „Bestandteile“, also vor allem Gewerkschaften und Kapitalverbände, einerseits „staatliche Anerkennung oder Lizenz“ und ein ausdrückliches Repräsentationsmonopol erhalten, andererseits diesen Machtzuwachs mit Selbstverwandlung bezahlen: Sie haben „bestimmte Auflagen bei

8 Blanke/Jürgens/Kastendieck, Kritik der Politischen Wissenschaft. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, Ffm./New York 1975, S. 203

9 Vgl. Alemann/Heinze, Auf dem Weg zum liberalen Ständestaat? Einführung in die Korporatismusdiskussion, in: dies. (Hrsg.), Verbände und Staat, a. a. O., S. 45

10 Winkler, Corporatism, in: Archives Européennes de Sociologie, vol. 17 (1976), no. 1, S. 133

11 Narr, Theoriebegriffe und Systemtheorie. Einführung in die moderne politische Theorie, Stuttgart, Berlin/W., Köln, Mainz 1965

der Auswahl des Führungspersonals und bei der Artikulation von Ansprüchen oder Unterstützung zu beachten".¹² Schmitters theoretische Leistung ist es, gezeigt zu haben, daß solche Verwandlung keineswegs in faschistischen Formen erfolgen muß, sondern auch „freiwillig“ erfolgen kann, oder umgekehrt: daß ein „freiwilliger“ Eintritt in den Staat genauso sehr der Logik der Umformulierung unterliegt wie ein erzwungener, nur daß die Logik im letzteren Fall sichtbarer wird, etwa, wenn sie sich als „Zerschlagung der Arbeiterorganisationen“ präsentiert. Schmitters Grenze liegt darin, daß er den Unterschied solcher Möglichkeiten in systemtheoretischer Realitätsperspektive formuliert, als einen von „staatlichem“ und „gesellschaftlichem“ Korporatismus, d. h. als Unterschied, ob der Korporatismus im Staat oder außerhalb des Staates entsteht.¹³ Solche Differenzierung erfaßt weder die Evolution des korporatistischen Phänomens infolge der Akkumulationsgeschichte des Kapitals noch macht sie verständlich, daß und wie auch der Faschismus „aus der Gesellschaft entstand“ bzw. daß auch der sozialliberale Korporatismus ohne ein Entstehungsmoment *im Staat* — in Gestalt sozialliberaler Regierung — nicht denkbar wäre.

Das Verhältnis der Schmitterschen Typologie zur Realität korporatistischer Systeme wird anschaulich in den apologetischen Ausführungen von *Nenning*, einem Mitglied des Parteivorstands der Sozialistischen Partei Österreichs, der dieselbe Typologie spontan formuliert: „Wenn in parlamentarisch-demokratischen Systemen die Gewerkschaften staatliche Aufgaben übernehmen, so mit wesentlichem Unterschied zur Diktatur. Sie werden ihnen nicht von oben, vom Staat, übertragen, aufgezwungen — sie übernehmen sie selber, erklären sich selber für ‚berufen‘ (ÖGB-Statuten).“¹⁴ Interessant ist die *Funktion* des Hinweises in *Nennings* Gedankengang: Er soll beweisen, daß die Gewerkschaften in Österreich nicht nur Ordnungsmacht sind, wie ihr Kritiker vorhalten, sondern *auch* Gegenmacht. „Sie sind dies gerade dadurch und nur dann, wenn sie... Staatsorgane, Ordnungsmacht werden: Nur das gibt ihnen die nötigen Bedienungshebel für Gegenmacht.“ Später offenbaren die „Hebel“ die merkwürdige Eigenschaft, ihre „Bediener“ zu verwandeln, nämlich sie zur „emanzipatorischen Bürokratisierung“ zu zwingen: „Auf die Macht des bürgerlichen Staates, die Macht der kapitalistischen Ökonomie antwortet die Gegenmacht der Arbeiterbewegung — als gleichfalls bürokratische Macht. Armeen, die einander auf demselben Schlachtfeld treffen, legen sich in der Regel die etwa gleiche Ausrüstung zu.“¹⁵ Hierüber macht sich auch die Systemtheorie keine Illusionen. Ihre Begriffe wie „Selektion“, „Kanalisation“ oder „Komplexitätsreduktion“ erlauben allerdings auch keinen Fortschritt über *Nennings* Fatalismus hinaus,¹⁶ in

12 Schmitter, Still the Century of Corporatism?, in: The Review of Politics, vol. 36 no. 1, Jan. 1974, S. 94 f.

13 Schmitter, Interessenvermittlung und Regierbarkeit, a. a. O., S. 96

14 Nenning, Die siamesischen Zwillinge. Merkmale österreichischer Arbeiterbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8/79, S. 454—466 und 9/79, S. 539—551; hier: S. 460

15 Ebd., S. 459, S. 540

16 *Nennings* Argument, Gewerkschaften müßten sich bürokratisieren, um mithalten zu können, kehrt in der wissenschaftlichen Debatte — nicht nur bei Systemtheoretikern — wieder in der Umkehrung, wenn Gewerkschaften „stark zentralisiert“ seien, sei das ein Hinweis auf ihren korporatistischen oder korporatistischem Charakter. Das ist jedoch eine ideologische Verdrehung, da nicht nach Zentralisierung als solcher, die je nach Umständen ein Moment revolutionärer Arbeitermacht wie ein Moment des Verlusts von Autonomie sein kann, gefragt werden müßte, sondern nach ihrem demokratischen oder undemokratischen Charakter. Typisch für die Verwirrung, der die Korporatismus-Debatte in dieser Hinsicht bisher unterliegt, ist der sog. Zentralisations-Index von Heady. Headays Indikatoren würfeln demokrati-

dem Sinne etwa, daß es möglich würde, zwischen einem Schlachtfeld und einer Falle zu unterscheiden. Und weder die Floskel von der „gesellschaftlichen Entstehung“ noch die Absichtserklärung in den ÖGB-Statuten läßt begreifen, wie das korporatistische System in Österreich *wirklich* entstanden ist. Wesentliche Existenzbedingungen wie die Koalition von SPÖ und Konservativen in den 50er Jahren oder der Wandel der SPÖ-Politik zwischen den 20er und den 50er Jahren — wozu *Nenning* bemerkt, die Gewerkschaften hätten sich schon in der Ersten Republik in den bürgerlichen Staat integrieren wollen, seien aber von der SPÖ „behindert“ worden¹⁷ —, Fragen also des Zusammenspiels von staatlicher und gesellschaftlicher Entstehung, ließen sich mit *Schmitters* theoretischer Verallgemeinerung nicht fassen.

2.

Von einem *marxistischen politikwissenschaftlichen Paradigma* sollte man erwarten, daß es den Staatsinstrumentalismus überwindet zugunsten einer Theorie des „Klassencharakters“ der Staatsinstrumente — ja sogar der Relativierung oder Auflösung des Instrumentalbegriffs selbst, soweit er sich als Stützpunkt für „Bedienungshebel“-Argumentationen à la *Nenning* eignet — und die Naturalisierung des Staates zugunsten einer Theorie seiner historischen und gesellschaftlichen Relativität; wobei dies nicht nur in allgemeinen Bekenntnissen, sondern mehr noch in konkreten Analysen wie derjenigen des korporatistischen Phänomens geschehen müßte. Ein Blick auf den marxistischen Zweig der Korporatismus-Debatte zeigt, daß es damit nicht zum besten steht. Noch immer kann man nur in einem sicher sein, nämlich, daß staatliche Politik stets aus ökonomischen Bedingungen abzuleiten versucht wird. Die Annahme, dies erfülle bereits die obigen Erwartungen, verbunden mit der Vorstellung, der Staat sei irgendwie „weniger wichtig“ als Ökonomie und bürgerliche Gesellschaft, ist ein Aspekt von Ökonomismus. Ökonomistische Politikwissenschaft stellt keine überlegene Alternative zu Pluralismus-Paradigma und Systemtheorie dar. Weil sie die Zweitrangigkeit des Staates im Sinne der Ableitungsreihenfolge mit Zweitrangigkeit nach Kriterien politischer Macht und Relevanz verwechselt, tendiert sie dazu, den Staat *nur abzuleiten*, ohne eine eigenständige *Theorie über das Abzuleitende* zu formulieren. Die paradoxe Folge ist, daß nicht eigentlich der Staat, sondern Pluralismus-Paradigma oder Systemtheorie (oder andere bürgerliche Staatsillusionen) „ökonomisch fundiert“ werden.

Den Theoretikern, die vor dem Hintergrund der SMK-Theorie argumentieren, kann man Ökonomismus sicherlich nicht vorwerfen. Ganz zu Recht stellt z. B. *Heinz Jung*¹⁸ fest, daß die korporatistische Strategie ebensowenig wie jede andere, die auf politische Reproduktion des Kapitalverhältnisses zielt, „am Staat vorbei“ geht. Ihre Selbsteinschät-

sche und antidemokratische Züge von „Zentralisation“ bunt durcheinander, z. B. zentrale Kontrolle über Streikfonds einerseits, Unterrepräsentation der Gewerkschaftsminderheit auf der zentralen Ebene andererseits, und machen auch keinen Unterschied zwischen Zentralisation qua freiwilliger Satzung und staatlichem Zwang, z. B. dem Verbot inoffizieller Streiks. Dieser Index demonstriert nur, daß auch ganz unklare Begriffe exakt quantifiziert werden können. Vgl. Heady, Trade Unions and national wage policies, in: *Journal of Politics* 32/1972, S. 407–439

¹⁷ *Nenning*, a. a. O., S. 548

¹⁸ *Jung*, „Korporatismus“ statt „Etatismus“? Staatsmonopolistische Vergesellschaftung und politisch-staatlicher Überbau heute, in: *Marxistische Studien*, Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt am Main 1981, S. 11–41

zung, sie hielten eine Art Generallinie besetzt, die die Extreme von Ökonomismus und „Politizismus“ gleichermaßen umschiffe und in solcher Ausgewogenheit bereits das Richtige treffe,¹⁹ scheint mir dennoch der Prüfung zu bedürfen. Zweifellos ließe sie sich nur dadurch einlösen, daß die vorfindbaren theoretischen Konzepte über Politik nicht bloß in ein adäquates Basis-Überbau-Modell „richtig eingeordnet“, sondern dabei auch *umgearbeitet* würden: Auch ein Pluralismus-Paradigma, das über die Ableitung aus ökonomischen Gesetzmäßigkeiten hinaus in seiner „relativen Eigenständigkeit“ gewürdigt wird, bleibt immer noch ein Pluralismus-Paradigma. Wie sieht es nun mit der Umarbeitung des Pluralismus-Paradigmas durch die SMK-Theoretiker aus? Ich meine, daß sie einen bloß reformistischen Charakter hat und deshalb sein Gravitationsfeld nicht wirklich verläßt.

Ich möchte hierzu drei allgemeinere Bemerkungen machen und dann kurz auf die Argumentation von *Kypke* eingehen.

Erstens wird es nützlich sein, daran zu erinnern, daß die Gefahr bloß reformistischer Theorieumarbeitung auch zu Beginn der Marxschen Arbeit an einer Kritik der Politischen Ökonomie eine Rolle spielte. Auch damals gab es eine Periode sozialistischer Kritik, die darin bestand, bürgerliche Theoriemodelle, und zwar die ökonomischen Systeme von *Smith* bzw. *Ricardo*, mehr oder weniger zu übernehmen und gewissermaßen mit umgekehrten, „linken“ Vorzeichen zu versehen. So könnte man zeigen, daß die Anhänger *Proudhons* oder die von *Marx* auf den ersten Seiten der „Grundrisse“ angegriffenen Arbeitszettler an einem zu wenig radikalen „sozialistischen Ricardianismus“ scheitern sind. Aber noch mehr: Man könnte zeigen, daß *Marx* und *Engels* selbst in ihren Anfängen dem Typus dieser zu wenig radikalen Kritik unterlagen; daß ihre Leistung gerade darin bestand, seine Unvereinbarkeit mit den Erfordernissen des politischen Kampfes Schritt für Schritt zu erkennen und ihn schließlich zu überwinden. Der Reformismus, den ich hier indizieren will, hat also gar nichts Ehrenrühriges.

Angreifbar wäre es allerdings schon — damit komme ich zur zweiten Bemerkung —, wenn auf einen entsprechenden Reformismus-Vorwurf diejenigen, auf die er gemünzt ist (sei es zu Recht oder zu Unrecht), gar nicht eingingen, ihn nicht annahmen oder entkräfteten, sondern totzuschweigen versuchten. Was die SMK-Theoretiker angeht, so wird es Zeit, daß sie sich äußern: Ich bin nicht der erste, der den Pluralismus-Vorwurf erhebt. Beispielsweise hat *Bodo Zeuner* schon 1976 den in seiner Sicht *gemeinsamen Fehler des Pluralismus- und des SMK-Modells* so formuliert: „Wo ökonomische Systemzwänge sich auf das Staatshandeln auswirken, müssen sie entweder ignoriert oder als Ergebnis bewußten Drucks mächtiger kapitalistischer Interessengruppen fehlinterpretiert werden.“²⁰ Ist diese Diagnose richtig, dann ist der Einspruch der SMK-Theorie gegen das Pluralismus-Modell weniger eine Widerlegung als ein strategisches Einfallstor. Man sieht sich einem Kreislauf unvollständiger, deshalb unabschließbarer Pro- und Kontra-Argumente gegenüber: Die Pluralisten können stets auf die *formelle Gleichberechtigung* der großen einflußnehmenden „Verbände“ hinweisen. Die SMK-Theoretiker können stets darauf hinweisen, daß das *Resultat der Einflußnahme* im Interesse des Kapitals liegt. Weder das eine noch das andere Argument beweist, was es beweisen soll, weil beide auf

¹⁹ Vgl. Jungs Bemerkung über die Position „der Marxisten“, ebd., S. 11

²⁰ Zeuner, *Verbandsforschung und Pluralismustheorie. Etatozentristische Fehlorientierungen politologischer Empirie und Theorie*, in: *Leviathan* 2/76, S. 151

der *handlungstheoretischen Ebene* verbleiben. In Wahrheit ist die formelle Gleichberechtigung der „Verbände“ *nur formell*, ist das Resultat der Einflußnahme nicht nur Resultat der *Einflußnahme*, sondern mehr noch der „Systemzwänge“, die sich vielleicht auch ohne Einflußnahme durchgesetzt hätten.

Hier zeichnet sich bereits die Korporatismus-Problematik ab, in der ja gerade untersucht wird, inwiefern auch das Resultat der Einflußnahme *der Gewerkschaften* im Interesse des Kapitals liegt. Jene Diagnose wurde daher jüngst von *Rolf Heinze* direkt auf die Adaption der Korporatismus-Problematik durch die SMK-Theorie bezogen; auch er spricht verallgemeinernd von einer „verkürzte(n) handlungstheoretische(n) Perspektive...“, die die Politikformulierung einseitig durch das bewußte Agieren von Akteuren... determiniert sieht, anstatt die strukturellen Hintergründe der Politikentstehung in die Analyse mit einzubeziehen”.²¹

In diesem Zusammenhang noch eine dritte Bemerkung: Ich finde die uneingestandene Vorliebe der SMK-Theoretiker für den handlungstheoretischen Nährboden des Pluralismus-Modells sehr verständlich. Eine Wissenschaft, die nicht auf dem *l'art pour l'art*-Standpunkt steht, kann sich nämlich ein Desinteresse am Handelnden gar nicht leisten und deshalb nicht einfach wegen der Schwächen von Handlungstheorie in eine rein strukturalistische Position umkippen. Überdies wird an der schon erwähnten Bemerkung von *Heinz Jung* eine unglückliche Konfundierung deutlich: Es scheint, daß die SMK-Theoretiker Strukturalismus für eine Begleiterscheinung speziell von Ökonomismus halten — *Jung* spricht von „strukturalistisch-ökonomistischen Mißverständnissen des Marxismus“ — und folglich wohl die Schwächen der Handlungstheorie ebenso einseitig für eine Begleiterscheinung von Politizismus, weshalb dann der Gedanke nahe liegt, daß mit jener Generallinie, die Ökonomismus und Politizismus gleichermaßen vermeidet, zugleich auch schon eine Generallinie im Verhältnis von Struktur- und Handlungstheorie gefunden wäre. Man hätte sich dieses Problems dann nicht nochmals anzunehmen, wenn Modelle spezifisch politischer Beschreibung, z. B. der Mechanismen von „Einflußnahme“, zur Debatte stehen. Tatsächlich verhält es sich aber so, daß es *so wohl* in der Ökonomie *als auch* in der Politik jeweils strukturalistische *und* handlungstheoretische Einseitigkeiten gibt, die nicht aufeinander reduziert werden können; und während diese Spaltung in Extreme für den Bereich der ökonomischen Theorien meines Erachtens durch *Marx* ein für alle Mal entmachtet wurde, steht eine entsprechende Bewältigung für den Bereich politischer Theorien, nämlich für die *Spaltung in Pluralismus- und Systemtheorien*, eben noch aus. Selbstverständlich kann man eine solche Aufgabe aber *nicht einmal in Angriff nehmen*, wenn man nicht sehen will, daß hier eine Spaltung überhaupt vorliegt, wenn man statt dessen z. B. versucht, die Systemtheorien als „geringfügige Abwandlung“ der Pluralismustheorien o. dgl. zu deuten.

Wie luxuriös mutet da *Kypkes* Abneigung gegen die Korporatismus-Debatte an, von der er doch selbst schreibt — womit wir zum Begreifen des Ausgangspunkts gelangen —, daß sie die *Verknüpfung von strukturellen und legitimatorischen Herrschaftstechniken* thematisiere (s. o.)! Ich kann mir keine Problematik denken, die geeigneter wäre, Gegenstand einer exemplarischen Entmachtung der Spaltung von Pluralismus- und Systemtheorie zu sein. Daß *Kypkes* Argumentation einen anderen Verlauf nimmt, läßt

21 Heinze, *Verbändepolitik und „Neokorporatismus“*. Zur politischen Soziologie organisierter Interessen, Opladen 1981, S. 78

sich jetzt aus der *Ausblendung des systemtheoretischen Extrems* erklären: Er gibt sich Mühe, die systemtheoretischen Protagonisten der Debatte in Pluralisten umzubiegen, und konfrontiert dann den angeblichen Pluralismus der Korporations-Debatte mit seinem eigenen, „linken“ Pluralismus. Ersteres zeigt sich am meisten in seiner Charakterisierung der Schmitter'schen Konzeption, die als Grundlegung einer „Untersuchung von Tendenzen zur Oligarchisierung und Monopolisierung von Entscheidungsfeldern im Grenzbereich der Interessen von Staat und gesellschaftlichen Großbereichen“ vorgestellt wird:²² Da fällt der zentrale systemtheoretische Aspekt, nämlich, daß die Interessen, laut Schmitter, im Staat *nicht bleiben, was sie sind* (s. o.), unter den Tisch.²³ Letzteres zeigt sich vor allem in Kypkes Reaktion auf die Behauptung von Esser/Fach²⁴, wonach in korporatistischen Strategien eine Selektion angezielt *und von den Gewerkschaften mitgetragen* werde, die „die Gesellschaft tendenziell in zwei Abteilungen spaltet: nützliche, weil (direkt oder indirekt) produktive, und überflüssige, weil nicht verwertbare Elemente“.

Dies ist in meinen Augen die *wichtigste Behauptung* im Kontext der Korporatismusdebatte, diejenige, die es am dringlichsten macht, daß Marxisten sich mit ihr befassen und sie sich aneignen. Wenn sie zutreffend ist, bedeutet sie, daß die korporative Strategie in

22 Kypke, a. a. O., S. 188

23 Ich möchte das Thema „Umformulierungsmacht des Staates“ zum Anlaß nehmen, ein Mißverständnis aufzuklären, dem Harald Werner in seinem Kommentar zu meinem Vortrag über „Marxistische Staatstheorie“ unterliegt. Vgl. Jäger, *Marxistische Staatstheorie*, in: *Argument* 124, Berlin/West, S. 795–808 und: Werner, *Das Staatsbewußtsein der Arbeiter in der BRD*, in: *Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF* 4, Frankfurt am Main 1981, S. 156–172. Die Substanzialität des Staates bestehe für mich darin — schreibt Werner —, „daß er in den Individuen wurzelt — und dies deshalb, weil jeder, der sich mit dem Staat einläßt, sich in ihm auflöst, wie in einer Säure.“ Ich habe so etwas keineswegs behauptet. Ich habe nie geschrieben, daß der Staat in den Individuen „wurzelt“, sondern daß er *in sie hineingeht*, abgesteckte Plätze in ihnen „besetzt, sie von innen beherrscht“ (Jäger, a. a. O., S. 801). Das ist wohl kaum dasselbe. Ferner löst sich nach meinem Text nicht derjenige im Staat auf, der sich mit ihm „einläßt“ — so als wollte ich eine Politik „am Staat vorbei“ empfehlen —, sondern wer ihn „wie ein leeres Mauerwerk zu betreten meint“ (ebd). Ich hätte auch sagen können: wer ihn betritt, ohne mit dem Pluralismus-Modell gebrochen zu haben. Oder, um beim Bild der Säure zu bleiben: Es geht nicht um die Aufforderung, ein Schmuckstück im Salzsäurefaß liegenzulassen, wo es hineingefallen ist, sondern um den Hinweis, daß im Salzsäurefaß Salzsäure ist und man also beim Hineinfassen geeignete Handschuhe tragen sollte. — Werner entgegnet mir: Die Arbeiter seien schon wegen ihrer Klassenlage nicht in Gefahr, sich in der Säure des Staates aufzulösen, von „folgeschweren Ausnahmen“ einmal abgesehen. Ihr Verhalten dürfe nicht so interpretiert werden, als ob sie dem Staat zustimmten, vielmehr handle es sich um bloße Duldung wegen „Mangel an Antizipation politischer Herrschaft“. Die Alltagserfahrung schein dem zwar zu widersprechen, jedoch stütze sie sich „in diesem Fall freilich auf nichts mehr als auf das im vierjährigen Turnus ablaufende Wahlverhalten“ (a. a. O.). Der Behauptung kann ich nicht zustimmen, wohl aber dem Argument, das, wie mir scheint, eher *meine* Behauptung vom „Säurecharakter“ des Staates belegt: Die Arbeiter stimmen dem Staat nicht zu — einverstanden —, sondern werden von ihm *paralysiert, handlungsunfähig gemacht*, und zwar nicht zuletzt gerade in dem Maße, wie sie in jenem „vierjährigen Turnus“ gefangen sind, der sie jedesmal von neuem vor die Notwendigkeit zu stellen scheint, für das Linsengericht eines „kleineren Übels“ auf ihr politisches Selbstbestimmungsrecht zu verzichten; die „mangelnde Antizipation politischer Herrschaft“ besteht darin, daß ihnen noch niemand eine nicht nur dem Inhalt, sondern auch der Form nach *überzeugende Alternative* zum bürgerlichen Parteiensystem oder auch nur einen Weg aus ihm heraus hat zeigen können. Es handelt sich hier nicht nur um „propagandistische und organisatorische Schwächen der Kommunisten“ (Werner, S. 171), sondern auch um *theoretische Schwächen* bei der Analyse der Mechanismen bürgerlicher Macht.

24 Esser/Fach, *Internationale Konkurrenz und selektiver Korporatismus. Beitrag für die Tagung des AK „Parteien — Parlamente — Wahlen“ der DVPW am 23./24. 2. 1979*, MS, S. 16 ff.

ökonomischen Krisenzeiten: jene Zunahme von Krisenbewußtsein und Kapitalismuskritik in der Arbeiterklasse, die dann notwendig eintritt, zu einem System der *Selbstblockierung der Arbeiterklasse* kanalisiert dergestalt, daß fungierende und nicht fungierende Arbeiter sich gegenseitig diskriminieren, statt gemeinsam gegen das kapitalistische Krisenmanagement zu kämpfen;²⁵ man müßte dann fragen, welche Mechanismen in der Politik, in den Organisationsstrukturen, in den Zielvorstellungen der Arbeiterklasse solche Selbstblockierung befördern, zu Stützpunkten einer sie bezweckenden Strategie werden können, und wie man sie beseitigt oder ihre Entstehung verhindert. *Kypke* aber sieht in der Diagnose von *Esser/Fach* nur eine *Schuldzuweisung* und reagiert mit *Entschuldigungen*: Den Gewerkschaften solle „etwas untergeschoben werden...“, für das sie nichts können: Die für die wirtschaftspolitische Weiterentwicklung wesentlichen einkommens- und ordnungspolitischen Fragen werden *weniger mit* Beteiligung der Gewerkschaften entschieden — *die Gewerkschaften haben* da allenfalls eine ‚*Verbindungs-macht*‘ —, sondern entstehen im Rahmen der Dispositionspalette des ‚freien‘ Unternehmertums, unter Dominanz der führenden Konzerne. Die Bemühungen um Ansätze einer gesamtgesellschaftlichen oder wenigstens branchenweiten überbetrieblichen Mitbestimmung sind so alt wie die Bundesrepublik. Legitimerweise kann man danach fragen, wie ernsthaft und mit welcher ‚Power‘ sich die Gewerkschaften für eine solche Mitbestimmung eingesetzt haben, aber ihnen umstandslos die Verantwortung für die ordnungspolitischen Fehlentscheidungen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung anzulasten, ist eine verfehlt Argumentation.²⁶ Das ist ein klassisches Mißverständnis der *Frage nach dem Täter*, das ich, weil der Aspekt der mehr oder weniger starken ‚Power‘ in den Vordergrund gerückt wird, die entfaltet wird oder entfaltet werden soll, als linkspluralistisch bezeichne. Es geht doch nicht um Schuld. *Kypke* müßte dann schon konsequent sein und auch die Kapitalisten entschuldigen.²⁷ Aber ist es nicht unsere Pflicht, *selbst „schuldlos“ Gewerkschaften* davon abzubringen, eine Politik der Gesellschaftsspaltung mitzutragen — deren *Existenz* weder von *Kypke* noch von einem anderen SMK-Theoretiker widerlegt wird? Übrigens auch, indem wir Stützpunkte der Spaltungsstrategie *sogar in manchen Mitbestimmungsmodellen* kenntlich machen, statt nur den Mangel ihrer Durchsetzung zu kritisieren?²⁸

Wir nützen den Arbeitern nicht dadurch, daß wir ihnen auf die Schultern klopfen. Das haben *Esser/Fach*, meine ich, besser begriffen als *Kypke*.

25 Vgl. hierzu auch Zoll u. a., *Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise I — Erster Bericht: Krisenbetroffenheit und Krisenwahrnehmung*, Köln 1981

26 *Kypke*, a. a. O., S. 198 f.

27 Vgl. Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, in: Marx/Engels, *Werke* Bd. 23, Berlin 1972, S. 16

28 Vgl. hierzu Kastendieck/Kastendieck/Reister, *Inkorporierung der Gewerkschaften? Zum Verhältnis von Staat — Kapital — Gewerkschaften und zum Adressatenproblem einer alternativen Wirtschaftspolitik*, in: *Alternative Wirtschaftspolitik* 3, Argument-Sonderband 68, Berlin/West 1981, S. 144—177

Replik zu M. Jäger

Ulrich Kypke

Jäger wendet sich mit seiner Kritik gegen die Skepsis, die von Autoren des IMSF dem Korporatismusbegriff entgegengebracht wird. Hinter der Auseinandersetzung um die Begrifflichkeit steht seine weitergehende Behauptung, „... daß Kypke und andere, die vor dem Hintergrund der SMK-Theorie argumentieren, selbst dem Pluralismusmodell viel näher stehen als die Protagonisten der Korporatismus-Debatte...“.

In der nachfolgenden kurzen Replik soll auf die Stichhaltigkeit dieser zwei zentralen Aussagen von Jäger anhand seiner eigenen Ausführungen eingegangen werden.

Jäger beklagt die „Begriffsvielfalt“ des Korporatismus ebenso wie die „Unklarheit vieler Ansätze“ bei zahlreichen Autoren. Was Jäger an der Debatte dennoch theoretisch und politisch „gravierend“ findet, ist die von ihm selbst zitierte Definition des kleinsten gemeinsamen Nenners der unterschiedlichen Konzepte und Ansätze von Korporatismus.¹ Darin kann man ihm nur zustimmen. Die Debatte um die Bestimmung neuer Momente von Strukturen und Entwicklungstendenzen in den Klassenauseinandersetzungen und deren Rückbeziehung auf die Weiterentwicklung der Gesellschaftsanalyse ist dringend nötig. Nur sollte der Inhalt einer Debatte nicht mit dem Etikett verwechselt werden.

Es ist allgemein — um auch hier einem möglichen Mißverständnis vorzubeugen — natürlich nichts dagegen einzuwenden, für ein spezifisches Phänomen einen spezifischen Begriff zu benutzen. Gerade der Begriff des Korporatismus ist, wie ich ausführlich gezeigt habe², von seiner eigenen Karriere her so diffus und widersprüchlich besetzt, daß er von den Inhalten der aktuellen Staatsdiskussion eher ablenkt, als daß er bestimmte Ergebnisse zu strukturieren und zu klären hilft. Wie bei allen neuen oder renovierten Begriffen muß sich auch der Korporatismus die Frage stellen lassen, ob er als analytischer Begriff tauglich ist, die Analyse des Staates und seiner Apparate präziser zu leisten. Diese inhaltliche Leistung des Begriffes vermisste ich bisher.

Jäger erhebt den Korporatismusbegriff, wenn ich es richtig verstanden habe, zu einem „marxistischen politikwissenschaftlichen Paradigma“. Nach Kuhn³, auf dessen Paradigmenbegrifflichkeit ich mich beziehe, werden vereinfacht diese zwei Anforderungen an ein Paradigma gestellt: Es muß als Leistung einer „wissenschaftlichen Gemeinschaft“ etwas *Neuartiges* bieten, um Anhänger zu motivieren, sich an den Fragestellungen zu beteiligen, und die Fragestellung muß *offen* genug sein, um einen produktiven weiterführenden Streit zu ermöglichen. Beide Anforderungen je für sich und noch mehr in der Kombination sind typisch für bürgerliche Theoriebildung, für die die „Karriere von Konzepten“ (*Fach*), die Innovationskonkurrenz um „neue“ Definitionen für den wis-

1 U. Kypke, Kritische Übersicht zur aktuellen Korporatismus-Diskussion in der BRD, in: Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik. Staatsdiskussion und Staatstheorie (Beiträge des IMSF 6/1), Frankfurt am Main 1981, S. 189.

2 Ebd.

3 Th. S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt am Main 1978, S. 25 ff.

senschaftlichen Daseinskampf lebenswichtig sind. Der Marxismus als materialistische Wissenschaft dagegen zielt auf Erkenntnis im Kontext von politischem Handeln. Materialistische Wissenschaft hat keine Paradigmen zu bieten.

Kommen wir zum zweiten gewichtigen Einwand von Jäger, der Pluralismusvermutung im „SMK-Modell“. Zunächst zeigt er an der bürgerlichen Korporatismusdebatte zutreffend auf: „Das Pluralismusparadigma ist jedenfalls in der westdeutschen Diskussion von der Korporatismus-Debatte nicht so sehr abgelöst worden als vielmehr bruchlos in sie übergegangen.“ Die bürgerliche Politikwissenschaft vollzieht damit — mit zeitlicher Verzögerung —, worum sich die SMK-Theorie schon seit langer Zeit Gedanken gemacht hat. Jung⁴ stellt deshalb zurecht fest: „Insofern liegt über der gesamten Korporatismus-Debatte ein Hauch der ungenannten Kenntnisnahme von Realitäten des SMK, die nun als Ausgangspunkt neuer strategischer Überlegungen genommen werden sollen.“

Wie Jäger nun dazu kommt, in die Schublade Pluralismus im Sinne des von ihm zitierten B. Zeuner auch die SMK-Theorie reinzuschieben, ist unerfindlich und wird von ihm auch nicht inhaltlich begründet. Arrangements der Herrschenden, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen durch eine spezifische Verknüpfung von teils repressiven und teils integrativen Methoden strategisch in das eigene Herrschaftskonzept einzubinden, sind so alt wie der entfaltete Kapitalismus. Die Formen dieser Einbindung mit ihrer spezifischen historischen Ausprägung und Entwicklungstendenz müssen jeweils genau untersucht werden. Die IMSF-Beiträge 6/I und 6/II sowie das vorliegende Jahrbuch (Bd. 4/1981) repräsentieren diese Bemühungen. Dieser analytischen Sichtweise die Etikette von „Einflußtheorien“ anzuhängen und dann zu behaupten, man habe damit die „gemeinsamen Fehler des Pluralismus- und des SMK-Modells“ erfaßt, hilft der Diskussion nicht weiter. Ich habe im Gegenteil eine Absage an vorschnelle „Schuldzuweisungen“ (Jäger) vorgenommen, wenn ich mich dagegen verwahrt habe, den Gewerkschaften entsprechend einer simplen Theorie staatlicher Machtteilhabe die Verantwortung für einkommens- und ordnungspolitische Fragen zuzuschreiben, die eben nicht durch Mitbeteiligung der Gewerkschaften, sondern im staatsmonopolistischen „Kartell“ gegen sie entschieden worden sind. Dies ist keine „Frage nach dem Täter“, wie Jäger unterstellt, sondern die Frage der materiellen Machtverteilung zu den heutigen Bedingungen im Herrschaftssystem der BRD.

Unter diesem Aspekt noch eine Bemerkung zur Theorie der Gesellschaftsspaltung im Konzept des „selektiven Korporatismus“ (Esser/Fach)⁵. Konstitutionsbedingung dieser Theorie ist die Annahme, daß die Gewerkschaftsführung autonom und souverän im Sinne der Herrschenden handeln kann (und handelt!) und sich dabei fest auf ihre, diese Strategie mittragenden Klientele innerhalb der Gewerkschaften — auf „die da drinnen“ — stützen kann. Das „Drinnen/Draußen“-Modell wird bei Esser/Fach in der Konsequenz auf die ganze Gesellschaft übertragen; diese „neue“ Gesellschaftsspaltung ersetzt die „alte“ Klassenspaltung.

Esser/Fachs Ansatz ist das theoretische Substrat einer empirischen Untersuchung

4 H. Jung, „Korporatismus“ statt „Etatismus“? Staatsmonopolistische Vergesellschaftung und politisch-staatlicher Überbau heute, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4/1981, S. 28.

5 J. Esser, W. Fach, Internationale Konkurrenz und selektiver Korporatismus. Beitrag für die Tagung des AK „Parteien — Parlamente — Wahlen“ der DVPW am 23./24. 2. 1979, MS.

(Stahlkrise an der Saar), in der das Zusammenspiel und auch die Machenschaften verschiedener Fraktionen der Bourgeoisie unter Beteiligung einiger Gewerkschaftsführer aufgezeigt wurden. Solche Untersuchungen sind wichtig, zumal staatsmonopolistische Verflechtungen auch in der Form realer Verschwörungen aktuelle Herrschaftsmethoden sein können. Das Problem bei *Esser/Fach* liegt darin, daß sie ihre empirischen Ergebnisse weniger in eine Gesellschaftsanalyse eingebracht haben, als vielmehr vorgefundene Phänomene verallgemeinert und dies als neue „Theorie des selektiven Korporatismus“ etikettiert haben.

Meine Einwände gingen in eine zweifache Richtung: Zum einen gegen die zentrale Aussage dieser Theorie⁶, zum anderen — und das ist das hier wichtigere — gegen die theoretische Beliebigkeit, mit der der Korporatismusbegriff für diese und jene Inhalte beansprucht wird. Für *Jäger* selbst wird die Aussage von *Esser/Fach*, nämlich die neue Spaltung der Gesellschaft in zwei Abteilungen (s. o.), zu der „wichtigste(n) Behauptung im Kontext der Korporatismus-Debatte“. Die Inhalte mal beiseite gelassen, stellt sich doch die Frage, wieso diese — materiell gewiß diskussionswürdige — Problematik gerade das zentrale Problem des Korporatismus sein soll? Andere Promotoren dieses Begriffes, etwa *Schmitter* oder *Alemann* oder *Lehmbruch* oder *Winkler* oder *Panich*, haben je eigene und andere Vorstellungen von dem, was den Korporatismus ausmacht. Hier zeigt sich das ganze Argumentationsdilemma, dem *Jäger* aufsitzt, indem er keine Trennung zwischen der materiellen Diskussion und seiner eigenen Etikettierung zu machen bereit ist.

So tragfähig *Jäger* der Korporatismus-Begriff in seinen vorstehenden Ausführungen zu sein scheint — an anderer Stelle⁷ äußert er selbst gewichtige Zweifel: Die Frage, ob in Westdeutschland ein System des Korporatismus („Sozialliberaler Korporatismus“) existiere, beantwortet er selbst mit einem glatten Nein. Warum ist der Korporatismus denn so wichtig, wenn es ihn gar nicht gibt?

Der bisherige Verlauf der sogenannten Korporatismus-Debatte nährt weiterhin Zweifel an der Eignung dieser Etikette. Die inhaltliche Diskussion kann auf diesen Begriff getrost verzichten.

6. U. Kypke, a.a.O., S. 192 ff.

7. M. Jäger, Ökonomie und Politik des sozialliberalen Korporatismus, in: *Das Argument*, AS 51, West-Berlin 1980, S. 132.

Was bringen „neo-schumpeterianische“ Kriseninterpretationen? Eine Replik*

Alfred Kleinknecht

I. Gibt es lange Innovationszyklen? – II. Innovations- und Wachstumsschübe – III. Bemerkungen zur Kritik von J. Goldberg – IV. Thesen zu wirtschaftspolitischen Implikationen und Forschungsbedarf

I. Gibt es lange Innovationszyklen?

J. A. Schumpeter (der „Karl Marx der Bourgeoisie“) hat für die Untersuchung des langfristigen Wachstumsrhythmus im Kapitalismus folgendes Phasenmodell vorgeschlagen:

	„Aufschwung“ (A)	„Abschwung“ (B)
„Industrieller Kondratieff“	1787–1813	1814–1842
„Bürgerlicher Kondratieff“	1843–1869	1870–1897
„Neomerkantilistischer Kondratieff“	1898–1924	1925– ?

Jede der obengenannten „Aufschwung“-Perioden geht Schumpeter zufolge mit der rapiden Ausbreitung spezifischer Basistechnologien einher. Die nachfolgende „Abschwung“-Phase ist mit der Sättigungs- und relativen Stagnationstendenz der ursprünglichen Wachstumssektoren verbunden. Als entscheidende technologische Faktoren, die eine stoffliche Umwälzung des Reproduktionsprozesses bewirken, können genannt werden:

- „Industrieller Kondratieff“: Substitution von Wasserkraft durch Dampfkraft, Ablösung des Holzes (als Brennstoff) durch Kohle bzw. (als Baustoff) durch Eisen, Aufkommen der Textilindustrie;
- „Bürgerlicher Kondratieff“: Eisenbahnwesen, Dampfschiffe, Substitution von Eisen durch Stahl;
- „Neomerkantilistischer Kondratieff“: elektrotechnische und chemische Innovationen, Benzin- und Dieselmotor.

* Diese Replik bezieht sich auf Jörg Goldbergs Kritik an meinem Artikel „Innovation, Akkumulation und Krise“ (Prokla 35, Juni 1979) in seinem Aufsatz „Neue ökonomische Krisentendenzen im Kapitalismus. Ein Literaturbericht“, in: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 3/1980, S. 254 ff. Zwischen der Kritik und der Replik ist viel Zeit vergangen. Inzwischen liegen neue Forschungsergebnisse vor; außerdem hat innerhalb der Innovationsforschung eine interessante Kontroverse stattgefunden. Sie sollen daher berücksichtigt werden.

Ich möchte mich bei Heinz Kappei, Michael Narazny und Christian Steffen für ihre hilfreichen Anmerkungen zum Manuskript dieses Beitrages bedanken.

Mein von *Goldberg* rezensierter Aufsatz drehte sich um die Frage, ob und inwieweit ein solcher Ansatz auch für das 20. Jahrhundert relevant sein könnte. Ich ging dabei — in einem selbstverständlich nur groben Überblick — von einer Phaseneinteilung aus, die, im Anschluß an die „A-Periode“ raschen Wachstums von den 1890er Jahren bis zum 1. Weltkrieg, die Zwischenkriegszeit als „B-Periode“ langsameren Wachstums und verstärkter Krisenanfälligkeit einstuft. Diesem Schema zufolge wären die 50er und 60er Jahre wieder als eine erneute „A-Periode“ relativer Prosperität und die 70er und 80er Jahre als „B-Periode“ mit verschärften Wachstumsproblemen einzuordnen. Wenngleich ich Versuchen, eine solche Abfolge von Wachstumsperioden in ein rigides Zyklenmodell zu pressen, skeptisch gegenüberstehe, habe ich versucht zu zeigen, daß die obige Periodisierung durch charakteristische Variationen der Wachstumsraten von Industrieproduktion und Nationalprodukt unterstützt wird.

Ferner habe ich mich auf Daten von *G. Mensch* bezogen, der versucht hat nachzuweisen, daß sich sogenannte „Basisinnovationen“ in den „B-Perioden“ krisenhafteren Wachstums häufen. Wie aus nachfolgender Tabelle ersehen werden kann, sind *J. J. Van Duijn* und *H.-D. Haustein* u. a. mittlerweile zu vergleichbaren Ergebnissen gekommen.

Tabelle 1: „Basisinnovationen“ in Zehnjahresperioden bei 3 Autoren
(19. und 20. Jahrhundert)

	<i>Mensch</i>	<i>v. Duijn</i>	<i>Haustein</i>		<i>Mensch</i>	<i>v. Duijn</i>	<i>Haustein</i>
1800-1809	1	1	1	1890-1899	10	9	14
1810-1819	2	2	3	1900-1909	1	1	7
1820-1829	7	3	7	1910-1919	2	8	8
1830-1839	7	4	6	1920-1929	7	3	10
1840-1849	4	4	7	1930-1939	19	14	20
1850-1859	5	5	8	1940-1949	8	11	14
1860-1869	7	7	8	1950-1959	5	7	15
1870-1879	8	9	8	1960-1969	—	5	13
1880-1889	19	17	21	1970-1979	—	1	7

Quellen: *G. Mensch*, Das technologische Patt, Frankfurt 1975; *J. J. van Duijn*, De lange Golf in de Economie, Assen 1979; *H.-D. Haustein/E. Neuwirth*, Long Waves in World Industrial Production, Energy Consumption, Innovations, Inventions, and Patents and their Identification by Spectral Analysis, Working Paper: WP-82-9, International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg (Austria), Januar 1982.

Die von *Mensch* hypothetisierte Häufung von Basisinnovationen um 1820/30 ist in den Daten der beiden anderen Autoren nicht zu erkennen. Hingegen werden die Häufungspunkte in den 1880er und 1930er Jahren bei allen drei Fallsammlungen deutlich. Dies könnte darauf hindeuten, daß sich die behauptete Diskontinuität im Innovationsaufkommen erst im entwickelteren Kapitalismus eingeschleppt hat.

Selbstverständlich haben wir es in obiger Tabelle mit ausgesprochen „weichen“ Daten zu tun. Es kann z. B. kritisiert werden, daß keiner der 3 Autoren eine eindeutige Definition des Begriffs „Basisinnovation“ gegeben hat. Theoretisch erscheint es sinnvoll, zu unterscheiden zwischen der ursprünglichen radikal neuen Basistechnologie und den Folgeinnovationen, die sich innerhalb eines einmal gegebenen „Paradigmas“ bewegen; diese theoretisch plausible Unterscheidung ist jedoch bei konkreten Fallbeispielen oft

schwer anzuwenden. Die Definition einer Basisinnovation als „Initialzündung“ zu einer neuen Wachstumsindustrie bleibt ebenfalls relativ vage. Für das Studium des Zusammenhangs von Innovation und Wachstum erweist sie sich außerdem als zirkulär.

Wahrscheinlich ist es von einem wissenschaftlichen Standpunkt aus am redlichsten, die der Tabelle 1 zugrunde liegenden Innovationslisten schlechthin als eine Aufzählung der (nach subjektiver Auffassung der Autoren) wichtigsten technikgeschichtlichen Meilensteine im 19. und 20. Jahrhundert zu begreifen. Bei allen drei Autoren wird man sich dabei im einzelnen noch streiten können über die Vollständigkeit bzw. Repräsentativität ihrer Fallsammlung, die herangezogenen Quellen, die genaue Bestimmung der Innovationszeitpunkte und insbesondere über ihre Auswahlprinzipien. Die bislang härteste Kritik ist hierzu von einer Autorengruppe aus der Universität von Sussex gekommen.¹ Ich bin an anderer Stelle auf diese Kritik ausführlicher eingegangen als dies hier möglich ist.² Die theoretische Kritik von Clark/Freeman/Soete läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Einführung radikal neuer Produkte oder Verfahren ist an sich bereits ein äußerst risikoreiches Unterfangen. Es ist daher schwer einzusehen, weshalb die Unternehmen dies ausgerechnet in den krisengeschüttelten „B-Perioden“ tun sollten, in denen die Unsicherheit bei der Vorausschätzung künftiger Marktentwicklungen am größten und die Konsum- und Investitionsnachfrage am schwächsten sind. Wenn es überhaupt eine konjunkturell beeinflusste Häufung von Innovationen gibt, so ist diese eher für die „A-Perioden“ mit expandierender Nachfrage, steigenden Profiten und günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für die Unternehmen zu erwarten.

Dem ist entgegenzuhalten, daß die Innovationsstrategie von Firmen aus einem Vergleich von Innovationsrisiken und Innovationsanreizen erklärt werden muß: In den „A-Perioden“ sind nicht nur die Innovationsrisiken, sondern auch die Innovationsanreize niedriger. Mit den bereits laufenden Produkten innerhalb der gegebenen, schnell expandierenden Anlagesphären können sehr viel leichter Kapital akkumuliert und Profite abgeschöpft werden als durch die risikoreiche Einführung völlig neuer Produkte, deren Marktaussichten nur vage bestimmbar sind. Es ist für die Unternehmen also kurzfristig profitabler, ihre Forschungs- und Entwicklungsausgaben (F+E) auf eine Weiterentwicklung der bereits am Markt etablierten Produktlinien zu konzentrieren. Ein Umschalten in der F+E-Strategie wird erst durch das „rien ne va plus“ in den existierenden Anlagesphären (Marktsaturation, Überkapazitäten) erzwungen.

Hier zeigt sich ein elementarer Widerspruch kapitalistischer Produktivkraftentwicklung: Der Zwang zur Realisierung der risikoreichsten Innovationsprojekte ist gerade dann am größten, wenn auch die Risiken und Unwägbarkeiten der Konjunkturentwicklung am höchsten sind. Vor dem Hintergrund der 1930er Jahre sind die politik- und sozialgeschichtlichen Implikationen einer solchen relativen Pattsituation evident. Dies soll hier nicht weiter ausgeführt werden.

Um die Hypothese einer Häufung von radikalen Innovationen während der 1930er Jahre einem unabhängigen Test zu unterziehen, habe ich eine Fallsammlung von 120

1 J. Clark/C. Freeman/L. Soete, Long Waves and Technological Developments in the 20th Century, in: D. Petzina/G. van Roon (Hrsg.), Konjunktur, Krise, Gesellschaft. Wirtschaftliche Wechsellagen und soziale Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1981.

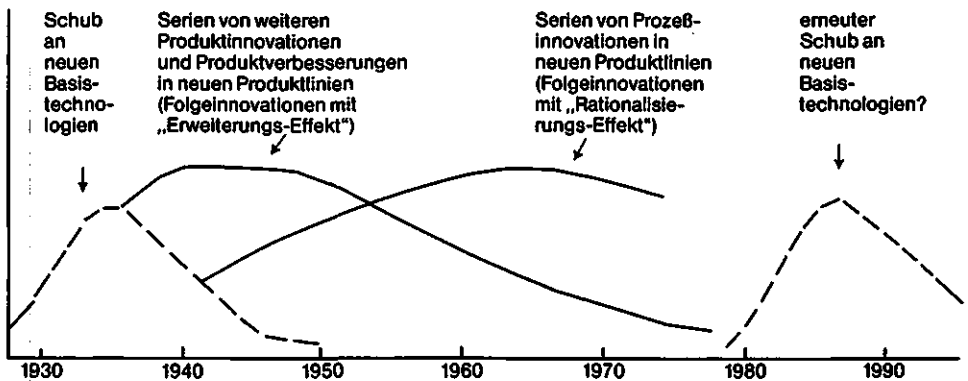
2 A. Kleinknecht, Observations on the Schumpeterian Swarming of Innovations, in: FUTURES, Band 13, No. 4, August 1981.

„wichtigen Innovationen“ von K. B. Mahdavi³ ausgewertet. Mahdavi hat diese Fälle als repräsentative Beispiele ausgewählt, um Effizienzprobleme von F+E-Prozessen zu untersuchen. Da ihn dabei obige Fragestellung nicht interessiert hat (und ihm vermutlich auch gar nicht bekannt war), kann seine Fallsammlung unter dem Aspekt der Verteilung von Innovationen über die Zeit durchaus als Zufallsstichprobe aufgefaßt werden.

Eine Gruppierung der Mahdavi-Fälle nach Innovationstypen (radikal neue Produkte versus Produktverbesserungen und Prozeßinnovationen) ergibt, daß die radikalen Produktinnovationen tatsächlich in den 30er und 40er Jahren (mit Gipfelpunkt in den 30ern) eine statistisch hochsignifikante Häufungstendenz aufweisen. Demgegenüber tendieren die Produktverbesserungen und Prozeßinnovationen eher zu einer (statistisch nicht signifikanten) Häufung während der „A-Perioden“. Da die „radikal neuen Produkte“ den „Basisinnovationen“ bei den oben zitierten Autoren definitorisch relativ nahekommen dürften, kann dieses Ergebnis als Bestätigung der Innovationshäufungshypothese interpretiert werden.⁴

Das obige Ergebnis scheint das im folgenden zu skizzierende langfristige Ablaufmuster zu unterstützen:

Schaubild 1



Die Skizze der produkt- und prozeßbezogenen Folgeinnovationen in stilisierter Darstellung erfolgte in Anlehnung an einen Vorschlag von J. Utterback⁵. Dieser glaubte, einen solchen charakteristischen Verlauf bei vielen „major innovations“ feststellen zu können, ohne dies allerdings mit dem hier diskutierten Zeithorizont zu verbinden.

Es gibt deutliche Indizien, daß sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität in den 70er Jahren gegenüber den 50er und 60er Jahren trendmäßig abzuschwächen scheint.⁶ Der Umstand, daß in den 50er und 60er Jahren höhere Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität mit steigendem Arbeitseinsatz vereinbar waren, während gegenwärtig

3 K. B. Mahdavi, *Technological Innovation. An Efficiency Investigation*, Stockholm 1972.

4 Für nähere Details vgl. „Observations...“, a. a. O.

5 J. M. Utterback, *The Dynamics of Product and Process Innovations*, in: C. T. Hill/J. M. Utterback (Hrsg.), *Technological Innovation for a Dynamic Economy*, New York, Oxford u. a. 1979.

6 M. Wegener, *Produktivitätsfortschritte in den 80ern*, *Wirtschaftsdienst* Nr. 2, Februar 1980, 60. Jahrgang, S. 86 ff.

trotz schwächerer Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität der „Freisetzungseffekt“ des technischen Fortschritts dominiert, kann nur aus der Verschiebung zuungunsten der produktbezogenen Folgeinnovationen erklärt werden. Daß diese Verschiebung (d. h. die sich abschwächende Kompensation des „Freisetzungseffekts“ durch den „Erweiterungseffekt“) erst mit einer gewissen Zeitverzögerung auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen hat, wäre aus der zunächst noch hohen Rate der Prozeßinnovationen erklärbar, die zu einer vorübergehenden Ausweitung der Beschäftigung im Investitionsgütersektor geführt hat. Aus dieser Sicht kann im Prinzip die „Entkoppelungs“-Diagnose der Memorandum-Gruppe unterstützt werden: Angesichts der Verschiebungen in Struktur und Volumen des Innovationsaufkommens gilt die alte Formel „mehr Investitionen = mehr Beschäftigung“ nicht mehr, da in der Reifheitsphase des „Innovations-Lebenszyklus“ selbst hohe Gewinne nicht zu mehr Erweiterungsinnovationen und -investitionen führen.

Es muß an dieser Stelle allerdings einschränkend hinzugefügt werden, daß es in der empirischen Innovationsforschung bislang nur wenige Belege für die in Schaubild 1 unterstellte Verschiebung bei den Folgeinnovationen gibt.⁷ Entsprechende Forschung ist jedoch im Gange.

II. Innovations- und Wachstumsschübe

Unbeschadet der Frage, ob die in Schaubild 1 skizzierte Verschiebung bei den Folgeinnovationen empirisch gesichert ist, kann natürlich untersucht werden, ob es überhaupt Belege für Serien von Folgeinnovationen gibt und ob diese einen Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum aufweisen.

Ich habe dafür eine US-amerikanische Innovationsstudie ausgewertet, die eine Stichprobe von 500 Innovationen aus 6 Ländern im Zeitraum 1953–73 enthält. Die Verteilung dieser 500 Fälle über 30 Branchen der westdeutschen Industrie zeigt, daß sie sich sehr deutlich in denselben Branchen konzentrieren, denen auch die Fälle von radikalen Produktinnovationen aus den 30er und 40er Jahren (vgl. „Observations“, Anm. 2) zuzuordnen sind. Ein auf Basis dieser Innovationsfälle gebildeter quantitativer Indikator der relativen „Innovativität“ von Branchen erweist sich als hoch korreliert mit den branchenweisen Wachstumsraten der Industrieproduktion während der 50er und 60er Jahre.⁸

Auf Basis von 3 Stichproben mit insgesamt 17 260 Patentanmeldungen im niederländischen Patentamt habe ich inzwischen mit ähnlicher Methode einen weiteren unabhängigen Innovationsindikator gebildet. Dieser Patentindikator bestätigt im wesentlichen die Resultate des auf Basis der US-Studie gebildeten Indikators.⁹

7 Die einzigen mir bekannten Untersuchungen (neben den Arbeiten Utterbacks) sind: C. Freeman/J. K. Fuller/A. Young, *The Plastics Industry: A Comparative Study of Research and Innovation*, National Institute Economic Review, November 1963, Nr. 26 und G. Mensch, *Indizien für eine Innovationslücke*, Wirtschaftsdienst VII/1977, S. 347 ff.

8 A. Kleinknecht, *Prosperity, Crisis, and Innovation Patterns: Some More Observations on neo-Schumpeterian Hypotheses*, Research Memorandum 1981-23, Nov. 1981, Ekonomische Fakuliteit, Vrije Universiteit, Postbus 7161, 1007 MC Amsterdam.

9 Ders., *Patenting in the Netherlands: A Cross-Section Test on the Industry Life Cycle Hypothesis*, Beitrag zum OECD Workshop „Innovation Indicators and Patent Statistics“, 29.–30. Juni 1982 in Paris (erhältlich unter OECD-Registriernummer: DSTI-SPR-82.28).

Es gibt also in den 50er und 60er Jahren für die Bundesrepublik und für die Niederlande einen engen Zusammenhang zwischen dem branchenweisen Wachstumstempo und dem Grad an Innovativität von Branchen. Dabei korrespondiert die einseitige Verteilung der Innovationen bzw. der Patentanmeldungen über die Branchen mit der branchenweisen Verteilung der radikalen Innovationen, die sich zeitlich in den 30er und 40er Jahren konzentrieren. Dieses Ergebnis kann als empirischer Beleg für den Zusammenhang von „Basisinnovationen“ und Folgeinnovationen gewertet werden.

Die beiden obengenannten Indikatoren enthalten jedoch (qua Selektionsmodus) relativ wenig Informationen über die *Verlaufsform* der Folgeinnovationen. Eine nähere Auswertung der amerikanischen Studie ergibt immerhin noch, daß im letzten Drittel des Beobachtungszeitraumes (1967–73) eine deutliche Verringerung des Bedeutungsgrades der Innovationen stattgefunden haben muß.¹⁰ Die Patentstatistiken enthalten keine Information über die relative Bedeutung der erfaßten Fälle. Im Gegensatz zu dem Material der US-Studie erlauben jedoch die Statistiken der Patentämter Rückschlüsse über das Volumen der Folgeinnovationen, unterstellt man einmal, daß deren Entwicklung von den Zeitreihen angemeldeter Patente einigermaßen verlässlich widergespiegelt wird. Diese letzteren zeigen etwa in den Niederlanden einen relativ konstanten Anstieg bis 1969 und fallen danach kontinuierlich ab.¹¹ Dies ist selbstverständlich nur ein recht grobes Indiz für den Realitätsgehalt von Schaubild 1. Es steht außer Zweifel, daß hier noch sehr viel eingehendere Forschung notwendig ist.

III. Bemerkungen zur Kritik von J. Goldberg

In bezug auf meine Begründung für die Diskontinuität im Aufkommen neuer Basistechnologien führt *Goldberg* aus: „Ähnlich wie *Schumpeter* greift *Kleinknecht* als Erklärung auf das ‚Verbummeln‘ von Innovationen durch die Einzelkapitalisten zurück...“ (S. 254). In der angefügten Fußnote heißt es weiter, daß bei *Schumpeter* dem Unternehmer als Führerfigur (!) entscheidende Bedeutung zukomme (ebenda). Nun läßt sich die Schumpetersche Erklärung von Innovationsschüben in der Tat auf die „soziologische“ Hypothese eines zyklischen Auftretens von Unternehmergenies reduzieren. Aus meinen Ausführungen in PROKLA 35 ergibt sich jedoch eindeutig, daß der delikate Hinweis auf die Parallele mit *Schumpeter* irreführend ist. Ich habe versucht, die Dominanz bestimmter Innovationstypen in bestimmten Phasen langfristiger Wachstumsschübe nicht mit subjektivistischen Hilfskonstruktionen (Unternehmerpersönlichkeiten, Generationswechsel etc.) zu erklären, sondern aus der Logik des Profitsystems. Dieser Erklärung zufolge ergeben sich auffallende Parallelen zwischen spezifischen historischen Phasen, wie etwa zwischen den 1880er und 1930er Jahren (Schübe an neuen Basistechnologien), den Phasen rascher Diffusion dieser Technologien (mit Dominanz des „Erweiterungs-Effekts“) in den 1890er Jahren bis zum 1. Weltkrieg bzw. in den 1950er und 60er Jahren oder auch zwischen Phasen mit Dominanz des „Freisetzung-Effekts“ des technischen Fortschritts wie in den 1920er Jahren (Taylorismus, Fordismus) oder in den 1970ern (Mikrochips).

¹⁰ Vgl. Kleinknecht, *Prosperity...*, a. a. O., S. 18

¹¹ Jaarsverslag van de Nederlandse Octrooiraad (Jahresbericht des niederländischen Patentamtes), laufende Jahrgänge, Hrsg.: Informatiedienst Octrooiraad, Postbus 5820, 2280 HV Rijswijk.

Ich habe versucht, dieses Konzept spezifischer Innovationstrends mit der Diskussion des Marx'schen Profitratentheorems zu verbinden. Meiner Hypothese zufolge würde sich insbesondere in der Anfangsphase der raschen Diffusion der neuen Basistechnologien (Dominanz der Produktinnovationen) eine Gegentendenz gegen den Fall der Profitrate ergeben. Demgegenüber würde sich aus der zweiten Folgeinnovationskurve in Schaubild 1 (Prozeßinnovationen) ein beschleunigter Fall der Profitrate erklären. Das Argument, daß neue Produkte bzw. die Erschließung neuer Anlagesphären eine Gegentendenz gegen den Fall der Profitrate darstellen, stammt im übrigen nicht von mir, sondern wurde bereits in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts von *Karl Marx* diskutiert.¹² Ich habe in obigem Beitrag lediglich festgestellt, daß statistische Daten zur Langfristentwicklung von Kapitalkoeffizient, Arbeitsproduktivität etc. für die Bundesrepublik diese Hypothese zu bestätigen scheinen. Ich kann im folgenden nicht detailliert auf *Goldbergs* Kritik eingehen, die sich stark auf meine empirische Beweisführung in diesem Punkt konzentriert. Es sei hier lediglich angemerkt, daß neben der Problematik der Kapitalstockberechnung¹³ vor allem auch das Aggregationsniveau der statistischen Daten ein entscheidendes Problem für meine empirische Argumentation darstellt. Die Datenlage macht es schlechthin unmöglich, die Wachstumseffekte einzelner Basistechnologien isoliert zu betrachten. Selbst bei einer Desaggregation der verarbeitenden Industrie in 30 oder mehr Branchen hat man noch immer relativ grobe Kategorien wie etwa „Chemische Industrie“, „Elektrotechnische Ausrüstungen“ etc., in denen alte und neue Produktlinien vermengt sind. Kein Wunder also, daß gerade in jenen Branchen, in denen diese Vermengung besonders stark ist, die zur Diskussion stehenden Indikatoren in ihrem absoluten Niveau meiner Hypothese zu widersprechen scheinen, während die *Veränderungsrichtung* dieser Indikatoren mit der Hypothese konsistent ist. Hierzu sei noch angemerkt, daß mittlerweile eine Auswertung des Profitratenindikators von *Altwater/Hoffmann/Semmler* meine Argumentation in PROKLA 35 bestätigt hat.¹⁴ Es wäre natürlich interessant, die obige Hypothese noch mit weiteren unabhängigen Berechnungsergebnissen von Profitrate und organischer Zusammensetzung des Kapitals zu konfrontieren.

IV. Thesen zu wirtschaftspolitischen Implikationen und Forschungsbedarf

1. Wenn die oben skizzierten Hypothesen über den Zusammenhang zwischen längerfristiger Wirtschaftsstagnation und Innovationsaktivität realistisch sind, so kann für die vor uns liegenden 80er und 90er Jahre ein erneuter Schub an neuen Basistechnologien

12 Man beachte etwa die folgende Passage: „Andererseits öffnen sich neue Produktionszweige, besonders auch für die Luxuskonsumtion, die... ihrerseits wieder auf Überwiegen des Elements der lebendigen Arbeit beruht und erst nach und nach dieselbe Karriere wie die andren Produktionszweige durchmachen.“ In: K. Marx, *Das Kapital*, Band 3, S. 246 f., Berlin 1972. Wie sich aus dem letzten Halbsatz ergibt, hat Marx auch durchaus die temporäre Gültigkeit dieser Gegentendenz gesehen.

13 Eine brauchbare Diskussion dieser Problematik findet sich bei E. Helmstädter, *Der Kapitalkoeffizient*, Tübingen 1969. Dem Vorschlag Goldbergs, anstelle des effektiven den potentiellen Kapitalstock zu verwenden, möchte ich lieber nicht folgen, da hier die Probleme der Kapitalstockberechnung noch ergänzt werden durch nicht sehr viel minder problematische Potentialschätzungen.

14 A. Kleinknecht, Überlegungen zur Renaissance der ‚langen Wellen‘ der Konjunktur (‚Kondratieff-Zyklen‘), in: W. H. Schröder/R. Spree (Hrsg.), *Historische Konjunkturforschung*, Stuttgart 1981.

erwartet werden. Mögliche Schwerpunkte dieses Innovationsschubes sind zu vermuten im Bereich neuer Kommunikations- und Transportsysteme, der Biotechnologie, dem Abbau von Rohstoffen in den Weltmeeren, neuer Energiequellen sowie der Substitution und insbesondere des Recycling von (Energie-) Rohstoffen.

2. Sowohl die Auswertung der US-amerikanischen Studie (vgl. Anm. 8) als auch der Patentstichproben (vgl. Anm. 9) legt den Schluß nahe, daß sich die Innovationsaktivität während der 50er und 60er Jahre stark auf dem durch die Basistechnologien der 30er und 40er Jahre vorgegebenen Pfad entlang bewegt hat. Die erfolgreiche Umsetzung bestimmter neuer Basistechnologien scheint also die weitere Technikentwicklung stark zu determinieren. Andererseits zeigt die Auswertung von Fallstudien wichtiger Innovationen der 30er und 40er Jahre (vgl. Anm. 2), daß der Staat die einzuschlagende Innovationsrichtung stark beeinflusst hat, besonders durch sein Auftreten als Abnehmer von Innovationsprodukten (Rüstungsgüter!); bei der Selektion von neuen Basistechnologien scheinen also durchaus politische Handlungsspielräume zu bestehen. Es wäre daher eine durchaus belangreiche Aufgabe, einmal die gegenwärtig diskutierten und z. T. auch schon praktisch umgesetzten Strategien staatlicher Innovationsförderung¹⁵ aufzuarbeiten.

3. Es ist ein nicht zu unterschätzendes Verdienst der Umweltbewegung speziell in der Bundesrepublik, eine breitere Diskussion über die einzuschlagende Richtung in der Technikentwicklung provoziert zu haben. Damit besteht die Chance, die Entscheidungsprozesse über die Innovationsaktivitäten der 80er und 90er Jahre zumindest teilweise zu demokratisieren, anstatt sie (wie in den 30er Jahren) ausschließlich anonymen „Marktkräften“ (oder besser: dem diskreten Zusammenspiel von Großunternehmen und Staatsapparat) zu überlassen. Damit diese Chance aber auch wirklich wahrgenommen werden kann, muß sich die politische Ökonomie der Ökologie annehmen, damit diese nicht den Ideologen einer abstrakten Technik- und Industrieferndlichkeit (*Bahro, Ullrich*) überlassen bleibt. Die einmal eingeschlagene Innovationsrichtung übt über Jahre und Jahrzehnte hinweg Einfluß aus auf neue Arbeitsplätze, Qualifikationsprofile und generell auf die Gebrauchswertseite der Reproduktion der Arbeitskraft. Deshalb ist eine umfassende Beeinflussung der Technikentwicklung auch von Gewerkschaftsseite aus bedeutsam.

4. Hier wird die künftig noch eingehender zu untersuchende Hypothese vertreten, daß es einen gesetzmäßigen Zusammenhang gibt zwischen dem Rationalisierungsdrill des technischen Fortschritts und der Reifheitsphase von Industrie-Lebenszyklen. Demnach ist für die Zukunft zu erwarten, daß sich der „Freisetzungseffekt“ des technischen Fortschritts in den etablierten Industriezweigen fortsetzen wird — relativ unabhängig von der Höhe der Lohnabschlüsse. Defensivstrategien wie Arbeitszeitverkürzung, Subventionierung notleidender Branchen etc. *allein* reichen nicht aus, die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Eine wirkliche Kompensation der Rationalisierungseffekte in „reifen“ Industriezweigen kann auf die Dauer nur durch die Initiierung neuer Industrie-Lebenszyklen erreicht werden.

5. Das Ingangsetzen neuer Industrie-Lebenszyklen muß nicht auf eine bloße Fortschreibung des „quantitativen Wachstumstrips“ hinauslaufen. Natürlich gibt es gegen-

15 Vgl. exemplarisch: R. Rothwell/W. Zegveld, *Industrial Innovation and Public Policy: Preparing for the 1980s and the 1990s*, London 1981.

wärtig eine starke Tendenz, unter dem Stichwort „Modernisierung der Volkswirtschaft“ auch arbeitsplatzvernichtende Innovationen staatlich zu fördern und eine Lösung der Krisenprobleme durch eine aggressive Exportstrategie erreichen zu wollen. Eine Lösung der Krise ist jedoch von einer Politik der Expansion reifer Industriezweige kaum zu erwarten, abgesehen davon, daß dies auch ökologisch wenig wünschenswert ist. Um einen Brückenschlag zwischen der Forderung der Memorandum-Gruppe nach einer Ausweitung des Binnenmarktes und den Ansprüchen der Ökologiebewegung zu ermöglichen, müssen alternative Innovationsstrategien erarbeitet werden, die arbeitsplatzschaffende *und* zugleich ökologisch sinnvolle Innovationslösungen beinhalten. Hierzu gibt es in der Diskussion um Alternativen der Wirtschaftspolitik bereits recht gute, bislang aber leider viel zu wenig beachtete Vorschläge.¹⁶ Dennoch besteht hier ohne Zweifel noch Bedarf an weiteren Forschungsarbeiten, an denen sich insbesondere auch naturwissenschaftlich geschulte Kollegen beteiligen sollten.

6. Schumpeter hat in seinem späten Standardwerk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ vorausgesagt, daß sich die industrielle Innovationstätigkeit immer stärker auf wenige Großunternehmen konzentrieren werde. Auch ohne eine systematische quantitative Auswertung vorzunehmen, hatte ich bei der Durchsicht niederländischer Patentstatistiken den Eindruck, daß Schumpeters Vermutung realistisch war. Dieser Eindruck von der „output-Seite“ der Erfindungstätigkeit korrespondiert mit Daten über die „input-Seite“: Angaben bei J. Hagedoorn zufolge vereinigen die 5 großen Multinationals (Philips, Shell, Unilever, AKZO, DSM) beinahe 70% der unternehmerischen F+E-Aktivitäten in den Niederlanden auf sich¹⁷. Es wäre sicherlich eine interessante Forschungsarbeit, einmal vergleichbare Daten für die Bundesrepublik zusammenzustellen und etwa die Huffschmidtsche Profitratendifferenzierungs-Hypothese aus diesem Blickwinkel zu beleuchten.

7. Während Wissenschaftler aus sozialistischen Ländern bereits seit Jahren über den Zusammenhang von Innovation und langfristiger Wachstumsentwicklung forschen und publizieren,¹⁸ zeigen sich marxistisch orientierte Politökonomien in der Bundesrepublik hierzu noch immer erstaunlich unbedarft. Ähnlich wie die Repräsentanten der

16 Vgl. z. B. den ausgezeichneten Beitrag von U. Ewers, Aktionsbereiche für eine Vollbeschäftigungspolitik, in: DAS ARGUMENT 122, 22. Jg. Juli/August 1980.

17 Hagedoorn führt weiter aus, daß auch von den verbleibenden 30% wiederum ein bedeutender Teil auf Großunternehmen wie Hoogovens, Fokker, RSV und VMF entfalle. Generell könne festgestellt werden, daß Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten nur in großen Ausnahmefällen überhaupt eigene F+E-Abteilungen finanzieren könnten; vgl. das Kapitel „Innovatiebeleid“ von J. Hagedoorn in: „Economisch Beleid uit de Klem“, Redaktion: C. van Ewijk/R. de Klerk/G. Reuten/B. Thio, Hrsg.: Verlag SUA und Tijdschrift voor Politieke Economie, Nijmegen 1980. Die Gruppe „Economie uit de Klem“ ist eine Art niederländisches Gegenstück zur westdeutschen Memorandum-Gruppe.

18 Vgl. z. B. neben dem Zitat in den Quellen von Tabelle 1 auch die folgenden Titel: H.- D. Haustein/H. Maier, Basic, Improvement, and Pseudo-Innovations and their Impact on Efficiency, in: Technological Forecasting and Social Change No. 16, 1980; dieselben, Innovation, Efficiency Cycle and Strategy Implications, in: Technological Forecasting and Social Change No. 17, 1980. H.- D. Haustein, Innovation and Industrial Strategy, Working Paper WP-81-65, Mai 1981, IIASA Laxenburg; Thomas Kuczynski, Spectral Analysis and Cluster Analysis as Mathematical Methods for the Periodization of Historical Processes — a Comparison of Results Based on Data about the Development of Production and Innovation in the History of Capitalism. Kondratieff Cycles — Appearance or Reality? Papier für den 7. Kongreß der International Economic History Association, Edinburg, August 1978. W.- D. Hartmann/H.- D. Haustein, Leitung industrieller Forschung und Entwicklung, Berlin 1979.

herrschenden Wirtschaftstheorie haben sich auch die Vertreter wirtschaftspolitischer Alternativkonzepte weitgehend in Endlos-Diskussionen über letztendlich verteilungstheoretische Krisenerklärungen verrannt. Es ist an der Zeit, daß die Problematik von Innovations- und Wachstumstrends in der Alternativ-Diskussion berücksichtigt wird. Dies bietet die Chance, die Diskussion über einen wichtigen Teil des theoretischen Erbes von *Karl Marx* wiederaufzunehmen: die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Diese steht im Zentrum des Marxschen Profitraten-Theorems. Akkumulation und Krise bei *Marx* ist mehr als nur Kreislauf-, Verteilungs- und Monopoltheorie! Ein *theoretischer* Innovationsschub bei den westdeutschen Politökonomien ist äußerst wünschenswert.

Die Sozialforschungsstelle Dortmund

Josef Hülsdünker/Rolf Schellhase/Brunbild Spannhake

1. Die Gründungsphase von 1946 bis 1949; 1.1 Gründung und programmatische Grundlagen; 1.2 Organisation, innere Struktur, Veröffentlichungen; 2. Die Sozialforschungsstelle in den 50er Jahren; 3. Die Sozialforschungsstelle in den 60er Jahren; 4. Die Wiedereinrichtung der SFS als Landesinstitut; 4.1 Organisatorische Veränderungen; 4.2 Inhaltliche Schwerpunkte

1. Die Gründungsphase von 1946 bis 1949

1.1. Gründung und programmatische Grundlagen

Die Bemühungen um die Errichtung der Sozialforschungsstelle Dortmund (SFS), eines der größten westeuropäischen Institute für empirische Sozialforschung in den 50er und 60er Jahren, reichen in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Auf Initiative von Otto Neuloh¹ kam es im April 1946 zur Gründung der „Gesellschaft Sozialforschungsstelle an der Universität Münster e. V. zu Dortmund“, die die Funktion der Trägerorganisation für die rechtliche Vertretung und Finanzierung der SFS ausüben sollte.²

Sowohl das Gründungsdokument wie die Beiträge in der ab 1949 erscheinenden Vierteljahresschrift der SFS „Soziale Welt“ lassen den engen Zusammenhang von Praxisorientierung und spezifischem Gesellschaftsbild, das der Arbeit des Instituts zugrunde gelegt war, erkennen.³

Als ein Exempel für die hier wirksame sozialpartnerschaftliche Grundhaltung der SFS sei aus der Fülle des Belegmaterials⁴ Neulohs Vorstellung vom Betrieb als „Konvivium“, als eine Art Sozialgebilde herausgegriffen, wo über die Realisierung der an die Adresse der Betriebsführung gerichteten „Grundregeln der assoziativen Sozialpolitik“⁵ noch bestehende Interessenkonflikte eliminierbar seien. Das reibungslose Funktionie-

1 H. Koch, Zur Geschichte der „Gesellschaft zur Förderung der Sozialforschung in Dortmund e. V.“ und zu den Forschungen der Sozialforschungsstelle bis Ende der 60er Jahre, in: Sozialforschungsstelle (SFS) (Hg.), Untersuchungen zu Problemen industrieller Arbeit, Dortmund Mai 1980, S. 29. Zur ersten Entwicklungsphase der Sozialforschungsstelle Dortmund vgl. R. Schellhase, Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster (Sitz Dortmund) in den fünfziger Jahren. Ein Beitrag zur Geschichte der institutionalisierten Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Diss., Münster 1982

2 Vgl. O. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle Dortmund als Modell für die Entwicklung der sozialwissenschaftlichen Forschung seit 1945, in: Gesellschaft zur Förderung der Sozialforschung in Dortmund e. V., 1978 (im folgenden: Bericht der Fördergesellschaft 1978), S. 38

3 Vgl. W. Brepohl, O. Neuloh, K. G. Specht, H.-J. Teuteberg, Zehn Jahre „Soziale Welt“. Zur Erinnerung an Ursprung und Zielsetzung der Zeitschrift, in: Soziale Welt, 1/1960, S. 6 f.

4 Vgl. W. G. Hoffmann (Hg.), Beiträge zur Soziologie der industriellen Gesellschaft, Dortmund 1952 (Vorbemerkung); C. Jantke, Industriebetriebsforschung als soziologische Aufgabe, in: Soziale Welt, 5/1950, S. 15. Ders., Das sozialreformerische Anliegen der deutschen industriellen Sozialforschung, in: W. G. Hoffmann (Hg.) a.a.O., 1952, S. 29 f. F. Siegmund-Schultze, Die Eingliederung der Industriearbeiterschaft in den sozialen Organismus des Volkes, in: W. G. Hoffmann (Hg.), 1952, S. 118 ff.

5 O. Neuloh, Sozialpolitik im großbetrieblichen Industriesystem, in: W. G. Hoffmann (Hg.), 1952, S. 81 f.

ren der sozialen Beziehungen insbesondere im industriellen Großbetrieb wird als Voraussetzung für das Funktionieren der industriellen Gesellschaft gewertet, wirkt es sich doch „nach innen auf die Glaubwürdigkeit sozialer Ordnung überhaupt aus und nach außen auf die Gesellschaft selbst als eine positive oder negative Potenz“.⁶ Ganz im Einklang mit der „human relations“-orientierten Betonung der Bedeutung der „sozialen Beziehungen“ bei Neuloh moniert Jantke, daß das „Studium der zwischenmenschlichen Verbundenheitsformen und des sozialen Prozesses im industriellen Sektor“ gegenüber der „Verwissenschaftlichung“ der technischen und ökonomischen Elemente des Produktionsprozesses noch defizitär sei. Ziel einer sich der „sozialen Reform“ verpflichteten fühlenden Sozialwissenschaft sei die Schaffung „einer sinnvolleren, der sozialen Befriedigung im Arbeitsalltag dienenden Gestaltung des ‚Arbeitskraftgefüges‘“.⁷ Die Grundlage für die Realisierungsfähigkeit derartiger Konzepte wurde vor allem in dem angeblich klassenübergreifend hergestellten Konsens über die Notwendigkeit einer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Neuordnung oder auch „Neugestaltung des Volksganzen“ (Siegmond-Schultze) gesehen, welche nach der Interpretation der Soziologen der SFS die wirtschaftliche, politische und kulturelle Integration der Arbeiter zum Inhalt habe, wobei angesichts der Dominanz von Wirtschaftsfragen gegenüber den anderen gesellschaftlichen Teilbereichen dem Betrieb als Ort der wirtschaftlichen Integration besondere Bedeutung zukomme.

Wegen der konstatierten Komplexität des sozialen Lebens und der Vielschichtigkeit der Probleme wurde von vornherein großer Wert auf das Prinzip der Interdisziplinarität von Soziologen, Ökonomen, Juristen, Psychologen und Historikern in der Arbeit der SFS gelegt.⁸ Um die SFS „möglichst nahe an die Praxis des industriellen Lebens heranzubringen, sollte das Institut im Ruhrgebiet errichtet werden.“⁹ Zugleich war mit der Institutsgründung in Dortmund eine bis dato fehlende institutionelle Verankerung von sozialwissenschaftlicher Forschung und Lehre beabsichtigt. Die Verbindung der Trägergesellschaft mit der Universität Münster war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß damals noch keine Hochschulen im Ruhrgebiet existierten.¹⁰ Bereits im Vorfeld der Gründung der SFS wurde darauf hingewirkt, daß Regierung und Kommunen (insbesondere die Stadt Dortmund), die Wirtschaft (Kammern, Unternehmen, Verbände), die Gewerkschaften und die Universitäten Münster und Köln im Rahmen der Trägergesellschaft kooperieren.¹¹ Gleichzeitig wurden der SFS in der Vereinssatzung — neben der unter unterschiedlichen Aspekten vorzunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Erforschung des Raumes Rheinland/Westfalen — Aufgaben in Schulung und Fortbildung von Berufstätigen sowie in bezug auf Beratung und Gutachtertätigkeit für die verschiedenen Interessengruppen zugewiesen.

Die skizzierten Prinzipien einer klassenübergreifenden Partizipation haben die Arbeit der Sozialforschungsstelle über sämtliche im folgenden dargestellten Entwicklungsphasen hinweg bis in die Gegenwart hinein beeinflusst.

6 Ebd.

7 Vgl. Jantke, 1952, S. 129

8 Vgl. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 36

9 Vgl. G. Boldt, Die Entstehung der Sozialforschungsstelle, in: Sozialforschungsstelle an der Universität Münster-Dortmund 1946–1956, Dortmund 1956, S. 7

10 Vgl. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 35 ff.

11 Vgl. ebd.

1.2 Organisation, innere Struktur, Veröffentlichungen

Nach der Vereinssatzung gliederte sich die Gesellschaft in die Organe Präsidium, wissenschaftliche Leitung, Kuratorium und Mitgliederversammlung. Das jeweils für zwei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählte *Präsidium* setzte sich aus dem Präsidenten, dem stellvertretenden Direktor, dem Geschäftsführer (*Neuloh*) sowie je einem Vertreter der Tarifparteien zusammen.¹²

Die *wissenschaftliche Leitung* oblag dem wissenschaftlichen Direktor und den Abteilungsleitern. Ein vom Präsidenten zu berufendes *Kuratorium* war für die Beratung des Präsidiums und für die „Aufrechterhaltung einer möglichst engen Verbindung zwischen der Gesellschaft, der Wissenschaft und der Praxis“ zuständig.¹³ Die *Mitgliederversammlung* hatte über die Wahl des Präsidiums, die Entlastung von Präsidium und Kuratorium, An- und Verkauf von Grundstücken und über Satzungsfragen zu entscheiden.¹⁴

Entsprechend der Favorisierung von Multidisziplinarität wurden bereits zu Beginn folgende vier Abteilungen eingerichtet: eine wirtschaftsgeschichtliche und -räumliche (*Kuske*), eine soziologische und sozialpolitische (*Neuloh*), eine sozialrechtliche (*Boldt*) und eine sozialpsychologische Abteilung (*Graf*). Später folgten die Abteilungen „Soziale Volkskunde“ und „Sozialpädagogik“.¹⁵ Der Haushalt (1946: 150 000 RM) wurde zu je einem Drittel von den Provinzialverwaltungen Rheinland und Westfalen, den IHKs und der Wirtschaft sowie von den Gewerkschaften aufgebracht. Das Haushaltsvolumen stieg bis 1954 auf 750 000 DM.

Die ersten wissenschaftlichen Arbeiten des SFS waren Problemen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der sozialen Lage der Bevölkerung sowie den neuen rechtlichen Bedingungen gewidmet. Autoren waren u. a. *Schiller*, *Seebohm*, *Kromphart*, *Pfister*, *Giersch*, *Rohlfing*, *Olivier* und *Graf*, *Schultze-Westen*, *Lamprecht*, *Brehpohl* und *Boldt*.¹⁶

Ein großer Teil der hier genannten Arbeiten erschien in den Publikationsreihen „Dortmunder Schriften zur Sozialforschung“, „Soziale Forschung und Praxis“ sowie in der „Sozialen Welt“.

2. Die Sozialforschungsstelle in den 50er Jahren

Die Erhöhung der Mitarbeiterzahl von 20 auf 40 und die Sicherung einer langfristigen – wesentlich auf öffentlichen Geldern basierenden – Finanzierung charakterisieren

12 Vgl. Boldt, 1956, S. 10

13 Aufgaben und Satzungen der Gesellschaft Sozialforschungsstelle an der Universität Münster – Sitz Dortmund e. V. (vervielfältigtes Typoskript ohne Erscheinungsdatum), S. 13

14 Vgl. ebd., S. 13 f.

15 Vgl. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 38

16 K. Schiller, Sozialaufbau und regionale Wirtschaftsplanung, Hamburg 1947; C. Seebohm, Voraussetzungen für eine Wirtschaftsdemokratie, Dortmund 1949; W. Kromphardt, Marktspaltung und Kernplanung in der Volkswirtschaft, Hamburg 1947; B. Pfister, Wirtschaftliche Vernunft und wirtschaftliche Weisheit, Hamburg 1947; H. Giersch, Der Ausgleich der Kriegslasten vom Standpunkt sozialer Gerechtigkeit, Hamburg 1948; M. Rohlfing, Lohn und Lebenshaltungskosten, Hamburg 1947; G. Olivier, O. Graf, Ernährung – Gesundheit – Leistung, Hamburg 1948; I. Schultze-Westen, Das Flüchtlingsproblem, Hamburg 1948; H. Lamprecht, Die Bevölkerungsumschiebung in Nordrhein-Westfalen, Dortmund 1949; W. Brehpohl, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung, Recklinghausen 1948; G. Boldt, Das Recht des Bergmanns, Recklinghausen 1947

den Ausbau der SFS in den 50er Jahren.¹⁷ Bei Beibehaltung der Problem- und Praxisorientierung traten „an die Stelle kurzfristiger Erhebungen und zeitlich begrenzter Untersuchungen... mehrjährige Projekte mit ausgedehnter Feldarbeit als neue Methode der Sozialforschung“.¹⁸ 73 Publikationen erschienen in dieser Etappe. Neben Arbeiten auf den Gebieten der Ökologie und Soziographie, der Soziologie der industriellen Großstadt, des industriellen Sozial- und Arbeitsrechts sowie der Sozialpsychologie und -pädagogik galt die Aufmerksamkeit insbesondere industrie- und betriebssoziologischen Fragestellungen.¹⁹

Angesichts eines Verständnisses von „Soziologie als Gegenwarts- und Krisenwissenschaft...“, die ihre Thematik stets dadurch zugeteilt erhalten (hat), daß sie sich den im sozialen Strukturwandel jeweils erschütterten, in Umbruch geratenen und instabil werdenden Erscheinungen des menschlichen Zusammenlebens zuwandte“,²⁰ lag der Schwerpunkt „vor allem (auf) Fragen der industriellen Betriebsverfassung und Mitbestimmung sowie (der) Soziologie der Arbeitskraft, (der) Einstellung der Arbeitnehmer zum technischen Fortschritt und zu Wirkungen der Arbeitszeitveränderungen“.²¹

Als die industrie- und betriebssoziologische Pilotstudie der SFS wird die von Kleiber, Paul und Schmidt unter der Leitung von Neuloh ab 1950 erarbeitete und von Jantke 1953 redigierte Untersuchung „Bergmann und Zeche“ bezeichnet, die sich als Beitrag zur „Diskussion über den Stand der menschlichen Beziehungen im Arbeitsprozeß untertage und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten zu reformerischen Maßnahmen“ definiert.²²

Zum Komplex Mitbestimmung/Betriebsverfassung legte die SFS drei große Untersuchungen vor: die beiden Studien von Neuloh „Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung“ (1956) und „Der neue Betriebsstil“ (1960) sowie die Studie von H.-J. Teuteberg über die „Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland“ (1961).²³

In von Neuloh/Wiedemann und Wiedemann erstellten und aufeinander aufbauenden Studien beschäftigte sich die SFS in der zweiten Hälfte der 50er Jahre mit den zunehmend wichtiger werdenden Problemen von technischem Fortschritt, Rationalisierung und den daraus resultierenden sozialen Konsequenzen.²⁴ Ferner erschien eine Arbeit

17 Vgl. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 42 f.

18 Ebd., S. 42

19 Vgl. ebd., S. 43 f.

20 H. Schelsky, Zur Standortbestimmung der Gegenwart, in: F. Jonas (Hg.), Geschichte der Soziologie. Bd. 2., Reinbek 1976, S. 464

21 Vgl. Neuloh, „Die Sozialforschungsstelle...“, S. 44

22 C. Jantke, Bergmann und Zeche. Die sozialen Arbeitsverhältnisse einer Schachanlage des nördlichen Ruhrgebiets in der Sicht der Bergleute. (In Verbindung mit W. Kleiber, O. Neuloh, H. Paul, R. Schmitz), Tübingen 1953

23 O. Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956. Ders., Der neue Betriebsstil. Untersuchungen über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung, Tübingen 1960; H. J. Teuteberg, Geschichte der industriellen Mitbestimmung in Deutschland. Ursprung und Entwicklung ihrer Vorläufer im Denken und in der Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts, Tübingen 1961

24 O. Neuloh, H. Wiedemann, Arbeiter und technischer Fortschritt. Untersuchungen in der nordrhein-westfälischen Metallindustrie über die Anforderungselemente technischer Neuerungen und die Reaktionen der Arbeiter, Köln/Opladen 1960; H. Wiedemann, Die Rationalisierung aus der Sicht des Arbeiters. Eine soziologische Untersuchung in der mechanischen Fertigung, Köln/Opladen 1967 (2. überarbeitete und erweiterte Auflage)

zur Kontroverse um die tarifvertraglich vereinbarte Einführung einer neuen, die wöchentliche Arbeitszeit deutlich senkenden Schichtregelung.²⁵

Die ca. zehn Jahre nach der Gründung der SFS veröffentlichte Doppeluntersuchung von Popitz/Bahrdt/Jüres/Kesting über „Technik und Industriearbeit“ und „Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“ kann als die wohl bekannteste Studie nicht nur der SFS, sondern auch der bundesdeutschen Industrie- und Betriebssoziologie überhaupt gelten und hat bis in die Gegenwart diese Disziplin beeinflusst.²⁶

Die Studien weisen trotz unterschiedlicher Themenstellungen und Zugänge wesentliche Gemeinsamkeiten auf. Das in der Regel über die klassischen Methoden der empirischen Sozialforschung wie Befragungen, Beobachtungen, Arbeitsplatzbeobachtungen, Betriebsbesichtigungen, Interviews, Expertengespräche – vor allem im Rahmen von Einzelfallstudien – gewonnene Material erweist sich trotz der zum Teil dezidiert aus der Sicht der Beschäftigten vorgenommenen Erhebungen in der Auswertung schließlich in typischer „human relations“-Tradition als Formulierung von Handlungsanweisungen an die Betriebsleitungen und das Management als dem „Herz“ des Betriebs.²⁷ Charakteristisch ist dabei die auch dem 1974 ins Leben gerufenen staatlichen „Aktionsprogramm ‚Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens‘“ zugrunde liegende doppelte Zielsetzung von Humanisierung einerseits und Erhöhung von Rentabilität und Produktivität als dem zentralen Entwicklungsprinzip der „Industriegesellschaft“ andererseits; die sich letztlich über die Durchsetzung der Kapitalverwertungsinteressen herstellenden Belastungen am Arbeitsplatz und negativen Folgewirkungen technischer Neuerungen für die Lohnabhängigen werden interpretiert als innerhalb des Systems lösbare, offenbar lediglich von Kenntnissen und Haltungen abhängige „Teilproblem(e) des gewaltigen aktiven und passiven Anpassungsprozesses zwischen Gesellschaft und Industrie, ... des sozialen Wandels und der Bildung neuer sozialer Strukturen ...“.²⁸ Die Handlungsanweisungen an das Management erstrecken sich denn auch von Maßnahmen zur Entfaltung der „Individualnatur“ (Förderung des betrieblichen Vorschlagswesens; Darreichung von Freizeithilfen; „Mobilisierung der aktiven Mitarbeit am betrieblichen Geschehen“ zwecks Humanisierung der menschlichen Beziehungen im Betrieb [Neuloh 1960]), über die Effektivierung der Kalkulator- und Meisterfunktion zwecks spannungsfreierem Aufspüren von Rationalisierungslücken (Wiedemann) bis hin zu Vorschlägen für das streßfreiere Anlernen der Arbeiter an neuen Maschinen bei technischen Umstellungen (Neuloh/Braun/Werner); selbst für die Lohnabhängigen und ihre Interessenvertretungen positiv einzuschätzende Vorschläge wie Mitbestimmung, Verbesserung des Informationszugangs, Änderung der Lohn- und Leistungssysteme (Neuloh/Wiedemann) werden als Maßnahmen zur Schaffung von Vertrauen in die Kompetenz der Betriebsleitung und zur Einleitung von für den Erfolg der Rationalisierungen notwendigen Einstellungsänderungen der Lohnabhängigen zum technischen Fortschritt propagiert.²⁹ Demgegenüber – und auch hier erinnern diese ersten

25 O. Neuloh, R. Braun, E. Werner, Die durchlaufende Arbeitsweise. Sonntagsarbeit im Urteil der Stahlarbeiter, Tübingen 1961

26 H. Popitz, H. P. Bahrdt, E. A. Jüres, H. Kesting, Technik und Industriearbeit, Tübingen 1957. Dies., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957

27 Neuloh, 1960, S. 254

28 Vgl. Neuloh, Braun, Werner, S. 14

29 Vgl. Neuloh, Wiedemann, 1960

industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen an das aktuelle staatliche Humanisierungsprogramm — bleiben die gewerkschaftlichen Vorstellungen unberücksichtigt.³⁰ Dem entspricht vor allem in den von *Neuloh* mitarbeiteten Studien die konsequente Leugnung des in den Konflikten und Belastungen zum Ausdruck kommenden Klassencharakters der „industriellen Beziehungen“.

Die Studien von *Popitz u.a.* heben sich insofern von denen *Neulohs u. a.* ab, als sie Kooperation und Arbeitsteilung in Abgrenzung zu den „human relations“-Theoremen wesentlich mehr von den technischen und organisatorischen Erfordernissen der Anlagen als von sozialen Beziehungen bestimmt sehen und zudem — bei aller Genugtuung über die von ihnen konstatierte nachlassende Wirksamkeit marxistischer Erklärungsansätze bzw. deren Verunglimpfung als utopische, dogmatische oder gar „eingehämmerte“ Auffassungen — die Skepsis der Lohnabhängigen in bezug auf mögliche positive Wirkungen des technischen Fortschritts, der Effizienz und Reichweite der Mitbestimmung in ihren Thesen über das dichotome Gesellschaftsbild des Arbeiters zum Ausdruck bringen und auf eine Illusionierung über die Integrierbarkeit von Kapital- und Arbeiterinteressen im Sinne einer affirmativen „cow-sociology“ verzichten.

3. Die Sozialforschungsstelle in den 60er Jahren

Die Übernahme der Funktion des wissenschaftlichen Direktors durch *Helmut Schelsky* leitete 1960 „geradezu ein(en) Umbruch der bisherigen Institutsverfassung“ ein.³¹ Zwar favorisierte auch *Schelsky* ein soziologisches Forschungsinstitut mit „Praxisbezug“,³² jedoch sollte sich dieser auf die 60er Jahre beziehen und damit auf eine Gesellschaft, die die Phase der Konsolidierung und Stabilisierung erfolgreich abgeschlossen hatte („nivellierte Mittelstandsgesellschaft“). Nach seiner Einschätzung war gegen Ende der 50er Jahre die Zeit für eine Forschung, die durch ein — wie er es sah — antiideologisches Orientierungs- und Realitätsbedürfnis geprägt war und einem „Konkretismus, ... der das perfide Terrain des Abstrakten zu vermeiden suchte“, verhaftet war, abgelauften.³³ Zwar strebte er keine Abschaffung der empirischen Sozialforschung an, jedoch ging es ihm um die Sicherung ihrer Praxisbedeutung durch theoretische Anleitung und Fundierung, ohne hingegen die von den Gründern der SFS fixierte Orientierung der Forschung auf „Verbesserung des Vorgefundenen“ qualitativ zu erweitern.

In dieser Phase der SFS, die durch Auflösung der Abteilungen zugunsten von Projektgruppen und die stärkere Konzentration auf soziologische Fragestellungen gekennzeichnet war, verdoppelte sich die Zahl der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter auf fast 100; der Etat überstieg 1969 1 Mio DM. Die vorläufige Schließung der SFS im Jahre 1970 und ihre Überleitung in die Fakultät für Soziologie der damals neu gegründeten Universität Bielefeld ist zum einen durch den hohen Landesanteil an den Haushaltsmitteln der SFS begründet (1968: 66,5%),³⁴ zum anderen praktisches

30 Vgl. dazu B. Spannake, Die Arbeitsbedingungen zwischen Humanisierung und Rationalisierung. Ansätze gewerkschaftlicher Strategiebildung, Köln 1982, S. 130-150

31 Vgl. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 45

32 Vgl. H. Schelsky, Rückblicke eines „Anti-Soziologen“, Opladen 1981, S. 53

33 H. Schelsky, Über die Aufgabe empirischer Sozialforschung heute, Dortmund, Ms 1960

34 Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Bericht 1968, Dortmund, S. 4; H. Schelsky, Rückblicke eines „Anti-Soziologen“, S. 53

Ergebnis der Arbeit *Schelskys* im Bereich der Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftsplanung an der SFS in den 60er Jahren.³⁵

In Anbetracht des enormen wissenschaftlichen „Out-puts“ der SFS in dieser Zeit (allein über neunzig Projekte 1967/1968, mehr als in den gesamten 50er Jahren³⁶) müssen sich diesbezüglich Anmerkungen auf Stichworte beschränken. *Schelsky* folgend lassen sich vier Abteilungen unterscheiden:

1. Allgemein theoretisch-methodische Arbeiten (vor allem der Funktionalismus *Luhmanns*, *Matthes'* Verstehende Soziologie und seine Religionssoziologie).

2. Wirtschafts- und verwaltungsnahe Gebiete der Soziologie — einschließlich Sozialpolitik und Berufssoziologie (vor allem *Hartmanns* Soziologie des Unternehmers, in Zusammenarbeit mit *Wienold* und *Biermann*) — die zum Teil funktionalistisch-systemtheoretisch begründeten industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen von z. B. *Landwehrmann*, *Reichwein*, *Knebel* u. a., *Papalekas* Automatisierungsstudie, Arbeiten über die Soziologie der Verwaltung von *Jaeggi*, *Wiedemann* und vor allem *Luhmann* und die Thematisierung von Problemen der Regionalstrukturentwicklung durch *Storbeck* und *Steinberg* u. v. a. mehr.

3. Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftsplanung von vor allem *Helmut Klages*, *Helmut Schelsky*.

4. Industrie der Entwicklungsländer (vor allem *H.-A. Stegers* Lateinamerikaforschung, *Pfeffers* Arbeiten über Afrika u. a.)³⁷

Während der 60er Jahre erschienen mit den um Detailtreue bemühten „Materialien aus der empirischen Sozialforschung“ und den „Arbeitsunterlagen zur Lateinamerikaforschung“ zwei zusätzliche Publikationsorgane des Instituts.

4. Die Wiedereinrichtung der SFS als Landesinstitut

4.1 Organisatorische Veränderungen

Anders als in den vorherigen Etappen untersteht die 1972 neuerrichtete Sozialforschungsstelle als Landesinstitut unmittelbar der Fachaufsicht des Wissenschaftsministers des Landes NRW, wodurch einerseits eine größere materielle Sicherheit garantiert ist (1978 z. B. trug das Land 50% des 1,7 Mio Haushaltes der SFS),³⁸ andererseits jedoch die Abhängigkeit von ministeriellen Entscheidungen, z. B. in Personalfragen, wächst.³⁹ Mit der Statusänderung gingen einige organisatorische Veränderungen einher. Der in „Gesellschaft zur Förderung der Sozialforschung in Dortmund e. V.“ umbenannte Verein gliedert sich nun in *Vorstand*, *Mitgliederversammlung* und *Kuratorium*. Dem *Vorstand* gehören der Vorsitzende (*Direktor H. von Zwoell*, *Commerzbank Dortmund*) der stellvertretende Vorsitzende (*G. Siebert*, *Hoesch-Hüttenwerke AG Dortmund*) und andere Mitglieder⁴⁰ an, worunter je ein von der Stadt Dortmund, den Gewerkschaften

35 Vgl. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 48

36 Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Bericht 1967/68, Dortmund, S. 2

37 Vgl. H. Schelsky, Rückblicke eines „Anti-Soziologen“, S. 53; Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Berichte 1961-1968, Dortmund

38 Vgl. Bericht der Fördergesellschaft 1978, S. 14. SFS (Hg.), 1980, S. 10

39 Vgl. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 50

40 Vgl. Satzung, § 8, in: Bericht der Fördergesellschaft 1978, S. 9. Vgl. SFS (Hg.), 1980, S. 31

und den Unternehmern zu benennender Vertreter sein muß.⁴¹ Das Landesinstitut seinerseits besitzt mit dem *Forschungsrat*, dem *wissenschaftlichen Beirat*⁴² und dem vom Wissenschaftsminister nach Anhörung der beiden anderen Organe berufenen *geschäftsführenden Direktor*, der gleichzeitig Inhaber eines Soziologielehrstuhls an der Universität Dortmund sein muß (1972–1975: *W. Pöhler*; 1975–1981: *G. Schmidt*; inzwischen: *U. Schumm-Garling*), drei für die Forschungspolitik verantwortliche Organe.

Der *Forschungsrat*, bestehend „aus vier von den wissenschaftlichen Mitarbeitern aus ihrer Mitte gewählten Vertretern und dem geschäftsführenden Direktor... ist das Entscheidungsgremium in allen wissenschaftlichen Angelegenheiten“. Der *wissenschaftliche Beirat* mit lediglich beratender und unterstützender Funktion „besteht aus acht Wissenschaftlern, von denen vier vom Minister für Wissenschaft und Forschung auf Vorschlag der Sozialforschungsstelle berufen werden, zwei auf Vorschlag der Universität Dortmund und zwei ohne solchen Vorschlag“. Trotz der nur beratenden Funktion dieses Gremiums besteht insofern „Einigungszwang“, als bei Meinungsverschiedenheiten der Minister interveniert.⁴³ Im Hinblick auf die innere Struktur des neuen Landesinstituts bleibt noch hinzuzufügen, daß die inzwischen 22 Mitarbeiter (Stand 1980) nicht in Abteilungen aufgeteilt sind, sondern in Forschungsgruppen arbeiten.⁴⁴

4.2 Inhaltliche Schwerpunkte

Die in dem Ordnungsdekret der Landesregierung bestimmte Hauptaufgabe des Instituts besteht in der „Forschung — insbesondere empirischer Art — auf dem Gebiet sozialwissenschaftlicher Fragen der industriellen Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im Lande Nordrhein-Westfalen“;⁴⁵ angesichts der inzwischen in der Region vorhandenen Forschungskapazitäten für Stadtentwicklungs- und Raumforschung, Umweltschutz, Arbeits- und Unfallschutz sowie Arbeitsphysiologie wurde von vornherein eine Konzentration auf Arbeitswissenschaft und Betriebssoziologie vorgenommen.

Kennzeichnend für diese vierte Entwicklungsphase ist das Aufgreifen der durch die „Kölner Schule“ verfeinerten Methoden der empirischen Sozialforschung, wobei deren auf *M. Webers* Soziologie des sozialen Handelns zurückgehende theoretische Fundierung als Voraussetzung für die Regelung der „sozialkulturellen Beziehungen von Wirtschaft, Betrieb und Gesellschaft“ angesehen wird.⁴⁶

Ähnlich wie in den 50er Jahren dominiert die empirische Sozialforschung des Betriebes, der als Anknüpfungspunkt für die praktische Veränderung von Arbeitsformen und betrieblichen Sozialstrukturen sowie als „die zentrale Instanz der ‚Umsetzung‘ ökonomischer

41 Vgl. Satzung § 9, in: Bericht der Fördergesellschaft 1978, S. 9 f.

42 Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats (März 1979) sind: Prof. Dr. H.-P. Bahrdt, Göttingen (Vorsitz); Prof. Dr. Chr. Ferber, Düsseldorf; Prof. Dr. H. Kern, Göttingen; Prof. Dr. G. Brandt, Frankfurt/M.; Prof. Dr. H.-G. Rolff, Dortmund; Prof. Dr. J. Rutenfranz, Dortmund; Prof. Dr. U. Schumm-Garling, Dortmund; Prof. Dr. L. Bußmann, Dortmund. Vgl. Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund, März 1979, S. 1

43 Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 50 f. Hier: Zusammensetzung des Forschungsrates der SFS, in: SFS (Hg.), 1980, S. 10

44 Vgl. SFS (Hg.), 1980, S. 10; Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 51

45 Ebd., S. 51; vgl. SFS (Hg.), 1980, S. 9

46 Vgl. Neuloh, Die Sozialforschungsstelle..., S. 52; siehe dazu auch die Erörterung diesbezüglicher Probleme bei G. Schmidt, Vom Nutzen und Nachteil der (Industrie-) Soziologie, in: SFS (Hg.), 1980, S. 34 ff.

mischer und sozialer Strukturbedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses" verstanden wird.⁴⁷ Grundlagen einer so begründeten Auswahl des empirischen Feldes sind gesellschaftstheoretische Überlegungen, wonach die Gesellschaft nun interpretiert wird als „Industriekapitalismus“ bzw. als „spezifisch durchgesetztes Prinzip der Organisation gesellschaftlicher Produktion und... der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und somit auch als *Bedingungsrahmen des Einsatzes und der Verwertung der menschlichen Arbeitskraft*“.⁴⁸ Da die wesentlichen Merkmale dieses „Bedingungsrahmens“ (Industrie und Kapitalismus) nicht hinterfragt werden und die Analyse der Ursachen der „industriekapitalistischen“ Widersprüche ausgeblendet wird, ist die Reduzierung des Forschungsinteresses auf „industriewirtschaftliche“ Folgeprobleme der krisenhaften ökonomischen Entwicklungen (Ausländerbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, berufliche Weiterbildung, Verfügbarhalten von Qualifikationsreserven, Folgeprobleme des technisch-organisatorischen Wandels etc.) ebenso fast zwangsläufige Konsequenz wie das Bemühen um die Lösung von Schwierigkeiten, die aus in ihrer Entstehung ebenfalls nicht näher erklärten „Veränderungen des politisch-kulturellen Bereichs“ resultieren (Reaktion auf veränderte Herrschaftssensibilität, gewachsene Ansprüche der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften auf die qualitative Verbesserung des Arbeits- und Lebensprozesses sowie ihre Interessen an „mehr Beteiligung[,] mehr Mitwirkung[,] mehr Mitbestimmung“).⁴⁹

Daraus folgt zugleich, daß die neue SFS, im Unterschied z. B. zu *Neuloh*, die Existenz von objektiven Interessengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit zwar nicht leugnet, jedoch diese aufgrund fehlender Infragestellung der grundlegenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse im Grunde akzeptiert bzw. danach trachtet, „industrielle Konflikte“ zu minimieren.⁵⁰

Zwar wird in diesem Zusammenhang erkannt, daß die „industrie-soziologische Forschung die politische Auseinandersetzung zwischen Interessenten um die Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht ersetzen“ könne;⁵¹ dennoch bietet sich die SFS als neutrale Instanz der Bewertung des Machbaren — neben staatlichen Stellen — beiden Tarifparteien als Berater an.⁵² Dieser Neutralitätsanspruch leitet sich direkt aus dem Selbstverständnis der SFS her, wonach sich Industriesoziologen als „Apotheker“ vor dem Anspruch hüten müßten, „gesellschaftliche Synthesen zu erarbeiten“ oder gar „Wertstandpunkte“ als „gewissermaßen Verantwortungsinstanz für menschliches Handeln“ setzen zu können.⁵³

Die von *Neuloh* formulierte Charakterisierung der Forschungstätigkeit der neuen SFS („Rückkehr von dem gelehrten Sport zum Dienst an der Lösung sozialer Fragen“⁵⁴) kann angesichts der großen Ähnlichkeit der Positionen in den 50er und 70er Jahren in bezug auf das empirische Feld, den Praxisbezug, das wissenschaftliche Selbstverständnis sowie das Gesellschaftsbild nur unterstrichen werden. Neu ist — sieht man einmal von

47 SFS (Hg.), 1980, S. 13

48 Vgl. ebd., S. 15

49 Vgl. ebd., S. 10; Schmidt, ebd., S. 37

50 Ebd., S. 19

51 G. Schmidt, ebd., S. 39

52 Vgl. ebd., S. 37

53 Vgl. ebd., S. 39 f.

54 *Neuloh*, Die Sozialforschungsstelle ..., S. 52

der Studie von Popitz u. a. ab — die Anerkennung der Existenz von Interessengegensätzen zwischen Kapital und Arbeit. Die Tabuisierung der Beschäftigung mit dem „gesellschaftlichen Bedingungsrahmen“ für Arbeitseinsatz und -verwertung zugrunde liegenden Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung als der eigentlichen Ursache „industrieller Konflikte“ muß trotz der Desillusionierung über einen möglichen Interessenausgleich von Arbeit und Kapital die Beschränkung auf die Suche nach sozialpartnerschaftlichen Kompromissen aufrechterhalten.

Gegenwärtig gibt es drei Forschungsschwerpunkte an der SFS:

1. Industrieller Konflikt und Partizipation;
2. Berufliche Bildung und Arbeitskräfteeinsatz;
3. Technisch-organisatorische Veränderungen in Industriebetrieben.

Die Zielsetzungen des *ersten, privilegierten Schwerpunktes* der SFS⁵⁵ sind geradezu charakteristisch für das Selbstverständnis des Instituts. „Die Arbeiten dieses Forschungsschwerpunktes richten sich darauf, die sich in Streiks, Aussperrungen und betrieblichen Konflikten darstellenden Interessen, Zielsetzungen, Strategien und Handlungsprozesse nachzuzeichnen und zu untersuchen, weshalb es zu diesen Konflikten kam und was sie bewirkten. Zielsetzung dieser Untersuchung ist es, dazu beizutragen, daß die potentiellen Konfliktparteien ihre Handlungsbedingungen und Durchsetzungschancen besser abzuschätzen vermögen und damit für sie ruinös wirkende Konflikte vermeiden.“⁵⁶

Diesem Schwerpunkt können bisher die *drei Arbeiten* über „Belegschaften und Gewerkschaften im Streik“, „Inoffizielle Streiks, informelle Systeme und betriebliche Gegenmacht“ sowie über die „Konstitutionsbedingungen industrieller Konflikte“ zugeordnet werden.⁵⁷ 1981 stand die „Analyse der Entwicklungstendenzen industrieller Konflikte und der Zusammenhang von gewerkschaftlicher Tarifpolitik“ im Mittelpunkt der Arbeit.⁵⁸

Im Rahmen des *zweiten Forschungsschwerpunktes* laufen nach Abschluß des Projekts über „Bedingungen und soziale Folgen von Betriebsstillegungen“ von R. Lichte und G. Bosch⁵⁹ gegenwärtig vier Untersuchungen:

- Gewerblich-technische Berufsausbildung und Auszubildende in industriellen Großbetrieben;
- zwei Begleitforschungen zu Modellversuchen zur Öffnung gewerblich-technischer Berufe für Frauen sowie
- eine theoretische Studie über den Anwendungsbezug von Industriesoziologie.
- Ferner wird eine Untersuchung über lokale und regionale Arbeitsmarktpolitik vorbereitet.⁶⁰

Die Forschungstätigkeit in dem *dritten, stark anwendungsbezogenen Schwerpunkt* fand bisher im Rahmen des staatlichen Humanisierungsprogramms statt. Dabei handelt es sich zum einen um zwei Begleitforschungen zu Projekten zur Humanisierung in einer Eisengießerei und zu neuen Arbeitsstrukturen in der Bekleidungsindustrie;⁶¹ zum ande-

55 Bericht der Fördergesellschaft 1978, S. 15

56 SFS (Hg.), 1980, S. 19

57 Vgl. Bericht der Fördergesellschaft 1978, S. 16

58 Vgl. Auszug aus dem Forschungsbericht der SFS, März 1979, S. 20

59 Vgl. Bericht der Fördergesellschaft 1978, S. 17

60 Vgl. SFS (Hg.), 1980, S. 16

61 Vgl. Bericht der Fördergesellschaft 1978, S. 18 ff.; SFS (Hg.), 1980, S. 13 ff.

ren ist das unter Mitarbeit von *W. Pöhler* durchgeführte Projekt zur Auswertung der Erfahrungen mit dem staatlichen Forschungsprogramm zur „Humanisierung des Arbeitslebens“ hervorzuheben, bei dem Prioritätensetzung und Ablauf wesentlich durch den bei der Hans-Böckler-Stiftung gegründeten Beirat, der sich vor allem aus Mitarbeitern des DGB-Arbeitskreises „Humanisierung des Arbeitslebens“ rekrutiert, beeinflusst werden.⁶²

Dieses Projekt verweist auf die Ambivalenz der bisherigen Tätigkeit des neugegründeten Instituts. Einerseits bewegt sich die SFS innerhalb der beschränkten Reichweite des staatlichen Humanisierungsprogramms. Darüber hinaus dürften die allgemein zugänglichen Detailanalysen über Streikverläufe und innergewerkschaftliche Informationssysteme etc. auch für Unternehmer im Hinblick auf zukünftige Konflikte verwertbares Herrschaftswissen sein. Ferner wäre interessant zu erfahren, welche humanisierungsrelevanten Ergebnisse die im Rahmen der Humanisierungsprojekte erfolgten „zweiseitigen“ Beratungen von Betriebsleitung und Arbeitnehmervertretungen erbracht haben. Andererseits leisten die Studien – neben der Aufdeckung von Humanisierungsdefiziten im Arbeitsprozeß – auch unverkennbar Beiträge zur Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftspolitik, was insbesondere für die erwähnte Pöhler-Studie, die erste Streikuntersuchung, die sich mit den Gründen des Scheiterns des ersten Tarifkampfes seit 50 Jahren in der Chemischen Industrie (1971)⁶³ befaßte, und die zweite Streikuntersuchung, die für die Gewerkschaften wichtige Rückschlüsse für den Aufbau der von ihnen angestrebten betrieblichen Frühwarnsysteme zulassen,⁶⁴ gilt. Erwähnenswert sind auch die über den gewohnten Rahmen der Humanisierungsprojekte hinausgehenden Planungen, im Zusammenhang mit dem Gießereiprojekt die Untersuchung der Einflüsse unterschiedlicher Mitbestimmungsstrukturen bei der Durchsetzung von Humanisierungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen und auf diese Weise einem umfassenderen Humanisierungsbegriff Geltung zu verschaffen.⁶⁵

62 Vgl. Auszug aus dem Forschungsbericht der SFS, März 1979, S. 52 f.

63 Auch diese Studie wurde von *W. Pöhler* geleitet; vgl. Abschlußbericht, Bd. 1, zum Forschungsprojekt 132/3 „Offene und verdeckte Konflikte im Betrieb“, Dortmund 1975, S. 1

64 Bericht der Fördergesellschaft 1978, S. 16

65 Vgl. Auszug aus dem Forschungsbericht der SFS, März 1979, S. 44 f.

Das Öko-Institut, Freiburg

André Leisewitz

1. Gründung, Selbstverständnis, Zielsetzung – 2. Organisation, Handlungsfelder, Veröffentlichungen – 3. Hauptarbeitsgebiete des Öko-Instituts – 3.1 Umweltbelastungen – 3.2 Kernenergie – 3.3 Alternativen der Energieversorgung – 4. Schlussbemerkung

1. Gründung, Selbstverständnis, Zielsetzung

Das 1977 gegründete „Öko-Institut. Institut für angewandte Ökologie e. V.“ mit Sitz in Freiburg/Brsg. versteht sich als Teil der ökologisch orientierten Bürgerinitiativenbewegung. In seiner Gründungserklärung heißt es: „Nur wenige Wissenschaftler sind bislang bereit, Bürger zu unterstützen und ökologischen Interessen zu dienen. Langfristig wird es Bürgerinitiativen nur gelingen, ihre Forderungen in Planungen und vor Gericht durchzusetzen, wenn sie selbst die nötige wissenschaftliche Begründung liefern. Mit dem Institut wollen wir Bürgern helfen, wissenschaftliche Unterstützung für dieses Verfahren zu gewinnen, indem wir Gutachten liefern und Sachverständige vermitteln.“ Das Institut beabsichtigt, „mehr als nur die Abwehr drohender Schäden“ zu unterstützen und will „selbst Alternativen für die Zukunft entwerfen und die Bedingungen ihrer Verwirklichung erforschen.“¹

Obwohl erst seit fünf Jahren tätig, hat das Öko-Institut doch bereits eine beachtliche Zahl von Veröffentlichungen vorgelegt. Durch Gutachten und zahlreiche Vorträge seiner Mitarbeiter, durch verschiedene politische Initiativen im Rahmen der Auseinandersetzung um die Energie- und besonders Kernenergiepolitik, durch seine Aktivität bei BI-Bewegungen gegen Kernenergieanlagen (Wyhl, Gorleben u. a.) und eigene wissenschaftliche Veranstaltungen ist es in der Ökologiebewegung bekanntgeworden. Zugleich stellt das Öko-Institut eine für die Bundesrepublik neue Form der Organisation von Wissenschaftlern dar und ist insofern auch Ausdruck einer in den letzten Jahren deutlich gewachsenen Strömung unter kritischen Wissenschaftlern. Seine insgesamt anregenden Untersuchungen und sein Einfluß in der Ökologie- und Alternativbewegung lassen es angezeigt sein, die Tätigkeit des Öko-Instituts hier zu besprechen.

Das Öko-Institut steht mit seiner Absicht, „im Gegengewicht zu staatlichen und industriellen Stellen interessenunabhängige ökologische Forschung“ zu betreiben², keineswegs allein. Ende der siebziger Jahre wurden in der Bundesrepublik mehrere kleine Alternativ-Institute und -Forschungsgruppen gegründet, denen nicht nur der positive Bezug auf die Ökologiebewegung und eine z. T. recht enge Bindung an deren Organisationen wie den BBU gemeinsam sind, sondern auch ein relativ homogenes „ökologisches Weltbild“ und eine gleichgerichtete Kritik am herrschenden Wissenschaftssystem.

1 Gründungserklärung des Öko-Instituts vom 6. 11. 1977, in: Öko-Institut. Eine Vereinigung besorgter Wissenschaftler und Bürger, Freiburg o. J.

2 L. Pröstler, in: H. Bossel/W. Dürrschmidt (Hrg.), Ökologische Forschung. Wege zur verantworteten Wissenschaft, Karlsruhe 1981, S. 79.

1980 schlossen sich diese Gruppen zur „Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF)“ zusammen. Das Öko-Institut zählte zu den Gründungsmitgliedern und ist das größte und einflußreichste dieser gegenwärtig etwa drei Dutzend Institute und Gruppen.³

Im Selbstverständnis des Öko-Instituts wie der in der AGÖF zusammengeschlossenen Forschergruppen wird der Begriff „ökologische Forschung“ nicht im engen, biologischen Sinne verwendet. „Der Begriff ‚ökologische Forschung‘ sagt etwas aus über den Inhalt, die Zielsetzung, die Mittel und die ethischen Maßstäbe dieser Forschung, die sich an den ökologischen Grundprinzipien des Haushaltens mit Ressourcen, der eigenständigen Entfaltung und der Partnerschaft mit Mitwelt, Umwelt und Nachwelt orientiert. Die ‚ökologische Forschung‘ ist damit ein Teil der ökologischen Bewegung. Sie ist mit ihr und aus ihr entstanden.“⁴ Unter jüngeren Wissenschaftlern hat sich, konstatiert H. Bossel (ehemaliges Vorstandsmitglied des Öko-Instituts und einer der Sprecher der AGÖF), ebenso wie in der Gesamtgesellschaft ein beachtlicher Wertwandel vollzogen, in dessen Zentrum Erkenntnis und Bereitschaft stehen, gegenwärtiges Handeln stärker unter Berücksichtigung weitreichender Zukunfts-Folgen zu bewerten, weil immer deutlicher werde, daß die aktuellen, auf unmittelbaren Nutzen für Individuen und Gesellschaft zielenden Handlungs- und Politikmaximen an Grenzen der ökonomischen und ökologischen Belastbarkeit von Gesellschaft und Natur stießen. Die ökologische Gegen-Orientierung, die in der BI-Bewegung ihren Ausdruck finde, verlange demgegenüber die Berücksichtigung der Interessen aller gesellschaftlichen Akteure, die vom eigenen Handeln gegenwärtig oder zukünftig direkt oder indirekt betroffen würden, was den sorgsamsten Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen einschließe.⁵ Das dieser Auffassung zugrundeliegende Gesellschaftsbild kommt von der Systemtheorie her: Gesellschaft wird als mit der Natur vernetztes System handelnder Individuen und Gruppen mit unterschiedlichen Interessen verstanden, die — bei „ganzheitlicher“ Betrachtung — durchaus ausgleichsfähig sind, wenn sich die neue Wertorientierung als handlungsbestimmend durchsetzt. „Ökologischer Forschung“ kommt die Funktion zu, sozusagen den „Königsweg“ zukunftssichernder Gesellschaftsentwicklung mit der Regulierung der Beziehung Gesellschaft — Natur als Kern zu erforschen.

Da die „ökonomistische“, auf unmittelbaren Nutzen zielende Wertorientierung nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in deren Wissenschaftssystem dominiert, hat, so Bossel, die Auseinandersetzung mit dessen Strukturen und inneren Maßstäben vielen jüngeren Wissenschaftlern Anlaß zu Neuorientierung und „Ausstieg“ gegeben. Als Springpunkte der Auseinandersetzung sieht er:

— Die Ideologie der „Wertfreiheit“, die Wertbezüge leugne und Wertungen tabuisiere. Sie sei in Anbetracht der weitreichenden Folgen von Wissenschaft und Technik nichts als ein Konstrukt, um sich „der Verantwortlichkeit für das eigene Tun elegant zu ent-

3 Vgl. Der Fischer Öko-Almanach 82/83. Daten, Fakten, Trends der Umweltdiskussion, Frankfurt/M. 1982, S. 407 f.

4 H. Bossel, „Kritische ökologische Forschung“ als Reaktion auf die „etablierte Wissenschaft“, in: H. Bossel/W. Dürschmidt, a.a.O., S. 9.

5 Dazu ausführlich H. Bossel, Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft. Neue Leitbilder — Neue Werte — 30 Szenarien, Frankfurt/M. 1978.

ziehen.⁶ Durch sie aufgeworfene Legitimationsdefizite würden durch Dogmatik (Wissenschafts-, Fortschritts-, Weltanschauungsgläubigkeit) ausgefüllt.

— Das herrschende Wissenschaftssystem sei, obwohl eine gesamtgesellschaftliche Einrichtung, partikulären Interessen unterworfen, die jenen des „ökologischen Gemeinwesens“ (die Mit-, Um- und Nachwelt einschließlich der Natur) als eigentlichem Bezugspunkt der Verantwortung von Wissenschaftlern oft diametral entgegengesetzt seien.

— Mit ihrer Konzentration auf eine analytische Betrachtungsweise von Detailproblemen und deren Verallgemeinerung zu umfassenden Aussagen werde die etablierte Forschung den komplexen Verknüpfungen der Realität nicht gerecht, die erst von einer ganzheitlichen, „holistischen Betrachtungsweise“ erfaßt würden.

— Die herrschende Wissenschaft sei „expansiv und grenzmißachtend“, auf Naturbeherrschung zwecks Naturausbeutung aus. Sie zeitige Folgen, die in Raum und Zeit weit über ihren unmittelbaren Anwendungsbereich hinausreichten und die „niemand... überschauen oder gar kontrollieren kann.“

— Die Organisationsform der etablierten Wissenschaft sei undemokratisch und weit von ihren eigenen Idealen entfernt. Anpassung, Selbstzensur, Einfallslosigkeit seien die unvermeidbare Folge.

Das herrschende Wissenschaftssystem hat also seine eigenen Ideale verraten. „Alternative Forschung“, die sie retten will — die Einheit von Theorie und Praxis, von Kompetenz und Entscheidung, von individuellem und gesellschaftlichem Erkenntnisinteresse —, müsse sich mithin nach Struktur, Inhalt und Zielen deutlich vom traditionellen Wissenschaftsbetrieb unterscheiden. Stichworte sind „interdisziplinär“, „ganzheitlich“, „wertgeleitet“, „selbstverantwortlich“, „partnerschaftlich“, „dezentral“. Systematisch vernachlässigte Themen müßten aufgegriffen, die „Erhaltung und Entfaltung des ökologischen Gemeinwesens“ zum zentralen Bezugspunkt gemacht werden.

Diese Reaktion auf staatsmonopolistische Vergesellschaftungsprozesse von Wissenschaft und Technik versteht sich selbst als deutliche Absage an jede marxistische Gesellschaftsanalyse.⁷ Als Kritik von Vergesellschaftungsprozessen überhaupt, des Industrialismus, von Großorganisation und Zentralismus bezieht sie sich positiv und explizit auf die Industriegesellschaftstheorie und versteht von daher die ökologische Krise als eine auch ihren Ursachen nach globale, durch industrielle Technikentwicklung ausgelöste und unlösbare Krise. In ihr sind insofern gleiche ideologische Muster, Motivationen und Orientierungen wirksam wie in den neuen sozialen Bewegungen insgesamt.⁸ Es ist vor dem Hintergrund dieses Versuchs, die Realität ökologischer Krisen und deren Ursachen über die Industriegesellschaftstheorie und systemtheoretisch inspirierte Ganzheitsbetrachtung zu erfassen, verständlich, daß die Probleme der Verantwortung, der Werte und Handlungsnormen ein besonderes Gewicht gewinnen, also Fragen der Ethik, und zwar einer gerade auf das Individuum bezogenen Ethik. Hier liegt der An-

6 H. Bossel, „Kritische ökologische Forschung“..., a.a.O., S. 9 und ff.

7 Vgl. H. Bossel, Bürgerinitiativen entwerfen die Zukunft, a.a.O., und: A. Bechmann, Technologischer Fortschritt und ökologische Krise, in: Öko-Mitteilungen H. 2/1981, S. 18 ff.

8 Vgl. den Beitrag von K. Maase in diesem Band sowie R. Steigerwald, Marxistische Arbeiterbewegung und nichtproletarischer Protest, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, H. 6/1982, S. 797 ff. Zur „Infrastruktur“ der neuen sozialen Bewegungen gehören im übrigen auch die „Wissenschaftsläden“, die sich an verschiedenen Hochschulorten gebildet haben. Vgl. die Übersicht in: Wechselwirkung, H. 3/1982, S. 51 ff.

satzpunkt für die in den letzten Jahren so bemerkenswert gewachsene Bedeutung, die linksprotestantische Kräfte in den Alternativ- und Protestbewegungen gewonnen haben, wie sie etwa durch die *Eppler*-Richtung repräsentiert werden. Diese mit der Sozialdemokratie verbundene Strömung findet sich ebenfalls im Öko-Institut, dessen langjährigen ersten Sprecher, den Theologen und Biologen *Günter Altner*, man ihr z. B. zu rechnen kann.⁹

Die Gründungserklärung des Öko-Instituts faßt die im Schnittpunkt dieser Strömungen entwickelten Interpretationsmuster zusammen. Sie versteht die ökologische Krise als weltumspannende, von den Industriegesellschaften ausgelöste Zivilisationskrise: „Als Träger der technischen Zivilisation sind wir im Begriff, die Lebensgrundlagen der gesamten Gattung zu zerstören.“ Diese Krise ist im Inneren der Industriegesellschaften mit der ökonomischen (Wachstums-)Krise einerseits und der demokratiegefährdenden Legitimationskrise des Staates andererseits verbunden. Hilfe sei daher nicht von Staat und Organisationen, sondern allein vom Handeln der Betroffenen zu erwarten.

2. Organisation, Handlungsfelder, Veröffentlichungen

Das Öko-Institut wurde 1977 von etwa 40 Mitgliedern als eingetragener Verein gegründet; es hat heute Gemeinnützigkeitsstatus. Die Mitgliedschaft steht jedermann offen, der die Vereinsziele anerkennt. Gegenwärtig zählt das Institut über 3000 Mitglieder, von denen Anfang der 80er Jahre etwa 20 Prozent Wissenschaftler waren.¹⁰

Satzungsgemäß ist Zweck des Vereins „die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der Luft- und Lärmemission, der Abwasserbeseitigung, der Verringerung der Strahlenbelastung durch kerntechnische Anlagen und die Verbesserung der Sicherheit dieser Anlagen.“¹¹ Dieses Ziel soll durch wissenschaftliche Veranstaltungen und Forschungsvorhaben, Vergabe und Vermittlung von Forschungsaufträgen, Erstellen von Gutachten, Beratung und Unterstützung von Bürgern, Veröffentlichung eigener wissenschaftlicher Arbeiten, Seminare und Vorträge sowie durch Zusammenarbeit mit vergleichbaren nationalen und internationalen Institutionen erreicht werden.

Die jährlichen Mitgliederversammlungen sollen in Verbindung mit einer wissenschaftlichen Tagung abgehalten werden. Themen dieser Tagungen waren 1981 „Das Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung in der BRD“, 1982 „Arbeitsplatz und Umweltschutz“. Die Mitgliederversammlungen beschließen die längerfristige Aufgabenstellung und das Jahresprogramm des Instituts, wählen dessen Vorstand und haben über die Finanzen des Vereins zu entscheiden.

Der Vorstand rekrutiert sich aus den „aktiven Mitgliedern“ des Instituts, deren Status nur auf schriftlichen Antrag und mit zeitlicher Begrenzung erlangt werden kann. Er umfaßt insgesamt 10 Personen, deren Mehrheit ehrenamtliche Mitarbeiter sein müssen, und wird auf zwei Jahre gewählt. Der von ihm benannte 1. Sprecher des Instituts ist ge-

9 Vgl. z. B. G. Altner, *Leidenschaft für das Ganze. Zwischen Weltfurcht und Machbarkeitswahn*, Stuttgart/West-Berlin 1980.

10 H. Bossel, in: H. Bossel/W. Dürrschmidt, a.a.O., S. 81.

11 Öko-Institut. Institut für angewandte Ökologie e. V., Freiburg i. Br., Satzung. Stand: 8. März 1981. Sofern nicht anders vermerkt, sind die folgenden Angaben der Satzung, der unter FN 1 genannten Broschüre oder den Öko-Mitteilungen entnommen.

genwärtig Prof. Dr. Arnim Bechmann (West-Berlin), Geschäftsführer ist Dipl.-Ing. Leo Pröster. Der Beratung des Vorstands dient ein vom Vorstand gewähltes Kuratorium.¹²

Grundlegende Entscheidungen wie Schwerpunktbildung für die Institutsarbeit, Konstituierung von Projekten u. ä. werden vom Vorstand getroffen. Die wissenschaftliche Arbeit einschließlich der Beratungstätigkeit wird von Projektgruppen und externen Mitarbeitern, die z. T. in anderen Institutionen arbeiten, getragen; feste Planstellen sind ausschließlich der Geschäftsführung vorbehalten.¹³ Die Projektgruppen werden aufgabenbezogen gegründet und arbeiten im Rahmen der festgelegten Aufgabenstellung „autonom“.

Das Institut finanziert seine Tätigkeit aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, aus der Veröffentlichung seiner Arbeiten und aus Forschungsaufträgen von Dritten. Hier sind insbesondere projektgebundene Förderungsmittel des Umweltbundesamtes und des BMFT zu nennen.¹⁴

Die Institutsatzung sieht die Möglichkeit vor, eigenständige Arbeitsstellen als regionale Arbeitsbasis zu bilden. Derzeit existiert keine entsprechende Arbeitsstelle; jedoch verfügte das Institut vom Sommer 1979 bis Ende 1980 über eine Arbeitsstelle Hannover, die aus Anlaß der Auseinandersetzung um Gorleben gegründet und von dem Leiter des Gorleben-Hearings im niedersächsischen Landtag, H. Hirsch, geleitet wurde.

Das Öko-Institut arbeitet u. a. im Rahmen der AGÖF mit einer größeren Zahl anderer alternativer Forschungsgruppen zusammen. Enge Beziehungen bestehen zum BBU. International gibt es Zusammenarbeit mit Organisationen und Instituten u. a. in den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz und Belgien.

Das Öko-Institut gibt folgende Veröffentlichungsreihen heraus:

- „Öko-Mitteilungen“, zweimonatliche Mitgliederzeitschrift mit Überblick über die laufende Institutsarbeit, Zusammenfassungen neuerer Arbeiten und Originalbeiträgen;
- „Öko-Berichte“, Einzelstudien zu Umwelt- und Energieproblemen. Bis April 1982 erschienen insgesamt 22 Berichte.
- „Unterrichtsmaterialien“, bisher sieben Materialsammlungen vornehmlich zu Energiefragen und zur Beurteilung anderer Unterrichtseinheiten.

Neben diesen im Eigenverlag erscheinenden Reihen hat das Öko-Institut eine größere Zahl von Publikationen in anderen Verlagen herausgebracht. Sie werden im folgenden erwähnt. Hier soll nur der „Fischer Öko-Almanach. Daten, Fakten, Trends der Umweltdiskussion“ genannt werden, der als Handbuch konzipiert und bereits in zwei Ausgaben (1980, 1982/83) erschienen ist. Der Almanach hat eine weitgehend feststehende Grundstruktur und gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Umweltsitua-

12 Ihm gehören an: Prof. Dr. G. Altner, C. Amery, Prof. Dr. H. Bossel, Dr. E. Eppler, Prof. Dr. P. Fornalaz, Prof. Dr. L. v. Friedeburg, Prof. Dr. Th. Ginsburg, Dr. H. Gruhl, Prof. Dr. B. Grzimek, Prof. Dr. M. Jänicke, Prof. Dr. R. Jungk, Dipl.-Ing. K. W. Kieffer, G. McRobie, Prof. Dr. P. C. Mayer-Tasch, Prof. Dr. D. H. Meadows, Prof. Dr. D. L. Meadows, Prof. Dr. E. Rehbinder, Prof. Dr. U. E. Simonis, Dr. H. E. Schött, Prof. Dr. M. Schrenk, Dr. Chr. Schütze, Prof. Dr. F. Vester, S. de Witt.

13 A. Bechmann, Die neue Institutsstruktur, in: Öko-Mitteilungen 1/1981, S. 7 ff. Feste Mitarbeiter gibt es gegenwärtig etwa 6.

14 Es handelt sich um die Finanzierung des Projekts „Abschätzung der Umweltverträglichkeit energierelevanter Gesetzesvorhaben“ durch das Umweltbundesamt, das vom Öko-Institut zusammen mit zwei anderen Instituten bearbeitet wird, und der Studie „Analytische Weiterentwicklung zur Deutschen Risiko-studie Kernkraftwerke“ durch das BMFT, an der zwischen 15 und 20 Wissenschaftler beteiligt sind.

tion in der BRD und im globalen Maßstab, verbunden mit Grunddaten und Trendanalysen zur sozialen und ökonomischen Entwicklung. Er enthält darüber hinaus eine Rubrik „Zukunft“ mit Beiträgen zu längerfristigen Trends globaler Umweltgefahren. Im Anhang gibt er eine informative Zusammenstellung von Institutionen und Publikationen zu Umweltproblemen.

3. Hauptarbeitsgebiete des Öko-Instituts

Die eigenständigen wissenschaftlichen Arbeiten des Öko-Instituts konzentrierten sich in den vergangenen Jahren im wesentlichen auf drei Arbeitsgebiete:

- Umweltbelastungen in der BRD;
- Sicherheitsprobleme von Kernenergieanlagen und Einrichtungen des Kernenergie-Brennstoffzyklus;
- Alternativen der Energieversorgung der BRD unter besonderer Berücksichtigung regenerativer Energiequellen.

Neben diesen Arbeitsgebieten nahmen relativ breiten Raum Veröffentlichungen ein, die mehr der „Umsetzung“ ihrer Ergebnisse und der Kritik von Wachstumsstrategien und Konzeptionen eines „harten Weges“ der Energie- und Technologieentwicklung dienten. Neuerdings werden bisher wenig beachtete Fragestellungen wie Umweltschutz und Arbeitsplätze sowie Rüstung und Ökologie aufgegriffen. Anders als die im folgenden zu besprechenden Einzelarbeiten geben die beiden Bände des „Öko-Almanachs“ jeweils sehr fakten- und materialreiche *Übersichtsdarstellungen* zu den einzelnen Themenbereichen, die entweder auf Literaturstudien oder eigener Forschungsarbeit der beteiligten Autoren beruhen; in sie sind auch viele Ergebnisse aus eigenständigen Arbeiten des Öko-Instituts eingegangen.

3.1 Umweltbelastungen

Die hier zusammenzufassenden, nach Themenstellung und Tiefe der Ausarbeitung recht unterschiedlichen Arbeiten betreffen folgende Themenbereiche: Umweltchemikalien und Umweltchemikalienrecht, u. a. in Auseinandersetzung mit dem 1980 verabschiedeten Chemikaliengesetz¹⁵; Umweltbelastungen durch einzelne Schadstoffe wie Blei, Stickstoff, Thallium, Schwermetalle¹⁶; die Belastung einzelner Medien und daraus resultierende Gesundheitsgefährdungen für den Menschen — hier sind die 1981 erschienenen Studien zur Trinkwasserkrise und zur Schadstoffbelastung von Muttermilch zu nennen, die beträchtliche Resonanz auslösten¹⁷; zumeist kürzere Mitteilungen zur öko-

15 Öko-Bericht 2: A. Nawrath, Rechtsschutz vor Umweltchemikalien, 1978; Öko-Bericht 5: G. Gersemann, J. Krause, Das Recht der Umweltchemikalien, 1981; Umweltchemikalien. Öko-Magazin Bd. 2, Fellbach 1980.

16 Öko-Institut, IFEU-Institut, Tutorium Umweltschutz Heidelberg, Thallium, 1979; Öko-Bericht 8: Umweltgift Blei. Basisinformationen zur Verseuchung des Raumes Goslar, 1980; Öko-Bericht 11: W. Bieter, E. v. Kameke, Zur Problematik des Stickstoffdüngers in der Landwirtschaft, 1980; Öko-Bericht 13: J. Alt u. a., Nierenfunktionsstörungen bei Anwohnern von Schwermetallhütten, 1980; hier ist auch zu nennen: Öko-Bericht 22: R. Griefshammer, Reizkampfstoff CS — Eigenschaften, Einsatzbedingungen, Wirkungen, 1982.

17 Öko-Bericht 18: U. Lahl, B. Zeschmar, Wie krank ist unser Wasser? Die Gefährdung des Trinkwassers: Sachstand und Gegenstrategien. Hrg. Öko-Institut, BBU und BUND, 1981; Öko-Bericht 19: E. Pröstler, Stillen trotz verseuchter Umwelt? Hrg. Öko-Institut, BBU, BUND und WWF Schweiz, 1981. Die Mut-

logischen Belastung einzelner Regionen und Arbeiten zur Landschaftsplanung.¹⁸ Es handelt sich meist um einzelne Fall-Studien — mit Ausnahme der Trinkwasserstudie —, keine auf die Gesamtbelastung einzelner Medien oder Regionen bzw. auf die Gesamteinwirkung einzelner Belastungsformen abzielenden Untersuchungen; ihr Niveau ist recht unterschiedlich. Insgesamt liegt in diesem Arbeitsbereich noch kein Versuch vor, ein Gesamtbild der Umweltbelastungen zu geben und daran anknüpfend eine Gegenstrategie zu entwickeln (wie dies für die Arbeiten zur Energieversorgung gilt).

Beachtung verdient insbesondere die Trinkwasser-Studie.¹⁹

Trotz großer Aufwendungen für die Sanierung der Gewässer in der BRD durch Kläranlagenbau und Maßnahmen zur Reduzierung der Einleitung bestimmter Schadstoffe seit der Mitte der siebziger Jahre hat sich die Gewässerbelastung nur zu den schwerabbaubaren Schadstoffen verschoben, deren Konzentration weiterhin steigt. Für die Trinkwasseraufbereitung gewinnen daher neben Verfahren der natürlichen Reinigung zunehmend chemische Verfahren, besonders die Chlorung, Gewicht. Zusammen mit anderen Trinkwasser belastenden Schadstoffen ergibt sich hier ein wachsendes gesundheitsgefährdendes Potential (Erhöhung des Krebsrisikos u. a.). Die hohe Belastung der Oberflächengewässer und der gestiegene Wasserverbrauch haben zugleich zu erhöhter Grundwasserentnahme geführt. Industrielle Entnehmer konkurrieren hier mit Trinkwasserwerken. Folgen sind neben der Verschwendung hochwertigen Grundwassers für industrielle Brauchwasserzwecke und dem Abdrängen von Trinkwasserwerken zur (aufwendigeren) Nutzung der Oberflächengewässer die Gefahr der Zerstörung von Grundwasserreservoirs durch übermäßige Entnahmen, deren zunehmende Verschmutzung sowie ökologische Folgeschäden für einzelne Regionen durch Grundwasserabsenkung. Dies würde zugleich eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung selbst bedeuten. Um einer Trinkwasserkrise zu begegnen, fordern die Autoren der Studie ein System von Gegenmaßnahmen, u. a. zum generellen Gewässerschutz und zur Reinhaltung der Grundwasserreservoirs, die der ausschließlichen Nutzung für Trinkwasserzwecke vorbehalten bleiben sollen; Umstellung der Trinkwassergewinnung im wesentlichen auf Grund- und Quellwasser, der Brauchwassergewinnung auf Oberflächenwasser; umfassende Maßnahmen der Wasserwiederverwendung und zur Einschränkung von Wasserverschwendung.

An sich sollten die offenkundigen Interessendifferenzen zwischen Wasserwerken und den mit ihnen um das Grundwasser konkurrierenden bzw. gewässerverschmutzenden Konzernbetrieben zu einer ausgeprägten Frontstellung führen. Daß dies nicht der Fall ist, können die Autoren auf die engen Verflechtungs- und Beteiligungsverhältnisse zwischen den wasserbelastenden Energie- und Chemiekonzernen und den großen Wasserwerken zurückführen. Sie verweisen auf vielfältige Formen der „Einbindung“ der Wasserwerke über Verbände, wissenschaftliche Gesellschaften, kommunale und übergeord-

termilchstudie war Gegenstand einer Anfrage im Bundestag und von Auseinandersetzungen mit dem Gesundheitsministerium. Die Trinkwasserstudie wurde heftig von Wasserversorgungsunternehmen und dem Bundesgesundheitsamt angegriffen; sie stand ebenfalls im Bundestag zur Debatte.

18 Verschiedene Beiträge in den Öko-Mitteilungen und: Öko-Magazin Bd. 3, Landschaftsplanung, Fellbach 1980.

19 Öko-Bericht 18, a.a.O.; U. Lahl, B. Zeschmar, Trinkwasserkrise in der Bundesrepublik. Zur großen Koalition von Wasserwerken, Industrie und Politik, in: Blätter f. dt. u. int. Politik, H. 12/1981, S. 1474—1495; dies., Trinkwasser und Gesundheit, in: Öko-Mitteilungen 1/1982, S. 16—19.

nete Institutionen, die ein Aufbrechen dieser Konflikte abblocken und zur Absicherung der profitablen Nutzung von Wasserressourcen durch Konzernbetriebe beitragen. Eine ähnlich detaillierte Untersuchung von Interessenstrukturen fehlt in den meisten anderen Arbeiten.

Ein neueres Projekt betrifft die Ausarbeitung einer Konzeption zur „Umweltverträglichkeitsprüfung“. Die Forderung nach einer umfassenden Abschätzung der Folgen geplanter umweltbelastender Maßnahmen wird seit langem von der Umweltschutzbewegung erhoben, und Veranstaltungen wie das Gorleben-Hearing oder die Anhörung im Hessischen Landtag zum Startbahn-Bau hatten den Sinn, dieser Forderung scheinbar nachzugeben und Bürgerbeteiligung und -information zu suggerieren. Die Bundesregierung, die 1971 in ihrem Umweltprogramm eine „Umweltverträglichkeitsprüfung“ aller öffentlichen und privaten umweltbelastenden Maßnahmen angekündigt hatte, ist über 1975 verabschiedete, jedoch wirkungslos gebliebene „Grundsätze zur Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen des Bundes“ nicht hinausgekommen. Diese betreffen private Maßnahmen nicht, kennen kein geregeltes rechtsverbindliches Verfahren und schließen die Öffentlichkeit aus. Die Vorstellungen des Öko-Instituts knüpfen an den vorliegenden weiterreichenden Entwurf einer EG-Richtlinie an und setzen besonders auf volle Beteiligung der Betroffenen, Rechtsverbindlichkeit und Überprüfbarkeit durch Verbandsklagen und die Einbeziehung sozialer Belastungen. Hierzu liegt eine erste Übersichtsdarstellung vor.²⁰

3.2 Kernenergie

Die meisten Veröffentlichungen zu diesem Themenschwerpunkt sind zur Unterstützung von BI-Bewegungen gegen den Bau von AKWs bzw. aus den Auseinandersetzungen um solche Anlagen oder Einrichtungen des Kernenergie-Brennstoffzyklus entstanden. Gerade hier gibt es eine sehr enge Verbindung zwischen der Tätigkeit des Öko-Instituts und der Ökologie-Bewegung, wobei eine Reihe von politischen Initiativen und Aufklärungsaktionen direkt vom Öko-Institut selbst ausging (Pressekonferenzen, Unterschriftenaktionen, öffentliche Versammlungen usw.). Die Veröffentlichungen betreffen das Atomrecht²¹; Sicherheitsprobleme von AKWs²²; Gefahren der End- und Zwischenlagerung und der Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen²³; zusammenfassende Auseinandersetzungen mit den Befürwortern des Kernenergieausbaus in der BRD²⁴.

20 Zeitbombe Umwelterstörung. Wir fordern die Umweltverträglichkeitsprüfung. Öko-Magazin Bd. 4, Fellbach 1982. Vgl. auch: A. Bechmann, Die Umweltverträglichkeitsprüfung. Ein politisches Instrument, das noch geschaffen werden muß, in: Öko-Mitteilungen 1/1981, S. 16–19.

21 Öko-Bericht 1: S. de Witt, Probleme des Atomrechts, 1977; Öko-Bericht 6: Ders., Klagebefugnis der Gemeinden, 1979.

22 Öko-Bericht 7: Arbeitsgruppe Schneller Brüter an der Universität Bremen (R. Donderer u. a.), Nukleare Exkursionsunfälle im schnellen natriumgekühlten Reaktor von Kalkar (SNR – 300), 1979; Die Risiken der Atomkraftwerke – Der Anti-Rasmussen-Report der ‚Union of Concerned Scientists‘, Hrg. Öko-Institut, Fellbach 1980; u. a.

23 Öko-Bericht 4: E. Grimmel, Warum der Salzstock in Gorleben als Atommülldeponie ungeeignet ist, 1978; Öko-Bericht 9: Autorengruppe, Probleme und Risiken der Endlagerung radioaktiver Abfälle, 1980; Öko-Bericht 15: Autorengruppe, ... Auch keine Zwischenlösung. Probleme und Risiken der ‚Zwischenlagerung‘ von Atommüll, 1980; Atom-Müll. Öko-Magazin Bd. 1, Fellbach 1980; H. Hatzfeld, H. Hirsch, R. Kollert (Hrg.), Der Gorleben-Report, Frankfurt/M. 1979; versch. Beiträge in: Öko-Mitt. 2/1982.

24 Öko-Bericht 10: H. Hirsch, Argumente gegen die Kernenergienutzung, Hannover 1980; G. Altner, C. Amery, R. Jungk, A. B. Lovins u. a., Zeit zum Umdenken. Kritik an v. Weizsäckers Atom-Thesen, hrg.

Bei den Arbeiten sind generell zwei Argumentationsstränge zu unterscheiden. Viele Untersuchungen beurteilen den Bau von Kernenergieanlagen und Einrichtungen der Wiederaufarbeitung, Zwischen- und Endlagerung primär unter naturwissenschaftlich-technischen Gesichtspunkten mit einer stärkeren Akzentuierung von Risiken, die sich aus den Betriebsprozessen ergeben können. Sie bewegen sich also auf dem gleichen Terrain wie Risikostudien und Gutachten von Institutionen und Befürwortern des Kernenergiekomplexes, legen jedoch schärfere Sicherheitskriterien an und gehen z. T. methodisch anders vor. Gegenwärtig wird eine etwa 15köpfige Forschungsgruppe des Öko-Instituts vom BMFT finanziert, um eine Kritik der ab 1979 erschienenen „Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke“²⁵ zur Reaktorsicherheit zu erarbeiten. Neben einer „immanenten“ Überprüfung der DRS geht es hierbei um eine Kritik ihrer Methodik und ihres Risikobegriffs sowie um die Ermittlung von in der DRS nicht behandelten (sozialen und gesundheitlichen) Folgen. Zwischenberichte zeigen, daß sich hierbei ein weitaus größeres Risikopotential ergibt.²⁶

Der zweite Argumentationsstrang bezieht sich nicht auf den Nachweis höherer Risiken, sondern auf deren Bewertung und auf die Kritik der Argumente, die den Ausbau der Kernenergienutzung als zwingend für die Energieversorgung der BRD darstellen. Die dezidierte Ablehnung des Kernenergieausbaus wird einmal mit dem hohen Gefahrenpotential der neuen Technologie, insbesondere der zweiten Generation von Kernenergieanlagen (Brüter, HTR-Anlagen, Wiederaufarbeitungs- und Entsorgungseinrichtungen) und der damit verbundenen Tendenz zum Überwachungsstaat begründet. Hinzu kommt das Argument, daß die Stromversorgung aus AKWs teurer als bei anderen Energieträgern sei und daß der Ausbau der Kernenergienutzung am eigentlichen Energie-Problem der BRD vorbeigehe, nämlich der Bereitstellung neuer Energieträger für Wärmeerzeugung und als Treibstoffe (Substitution des in erster Linie hierfür eingesetzten Öls) und statt dessen eine Energieform liefere (Strom), bei der kein unüberwindbarer Engpaß zu erwarten sei. Die Option für (forcierten) Kernenergieausbau sei mithin für die Lösung der Energieprobleme der BRD ungeeignet und vom zukünftigen Energiebedarf her überflüssig (vgl. weiter unten). In diesem Argumentationsstrang verbinden sich ganz unterschiedliche technische, energiewirtschaftliche und allgemein-zivilisationskritische Argumente, letztere mit einem deutlichen Einschlag von Wachstums- und Technikpessimismus. Die Analyse der Triebkräfte des Kernenergieausbaus, der Interessen des hier angelegten Kapitals und der Struktur und Einflußmechanismen des Kernenergiekomplexes bleibt demgegenüber weitestgehend ausgeklammert, die Kritik demzufolge oft moralisch und „aufklärerisch“, die Entwicklung von Alternativen aufs Technische und den Wandel von Verhaltensnormen begrenzt — Eigentümlichkeiten, die fast alle Arbeiten des Instituts charakterisieren.

von S. de Witt und H. Hatzfeld, Reinbek 1979; G. Altner, I. Schmitz-Feuerhake (Hrg.), Die Gefahren der Plutonium-Wirtschaft. Der ‚Schnelle Brüter‘: Die nächste Auseinandersetzung in der Energiediskussion, Frankfurt/M. 1979.

25 Deutsche Risikostudie Kernkraftwerke. Eine Untersuchung zu dem durch Störfälle in Kernkraftwerken verursachten Risiko, Hrg. BMFT, Köln 1979 ff.

26 Vgl. Öko-Mitteilungen 1/1981, S. 13 ff. und 2/1982, S. 6 ff.

3.3 Alternativen der Energieversorgung

Auf diesem Gebiet hat das Öko-Institut die umfassendsten Ausarbeitungen vorgelegt, die zudem in der energiepolitischen Diskussion der Bundesrepublik durchaus Berücksichtigung gefunden haben. Die Arbeiten, die durch *A. B. Lovins* und frühere Untersuchungen von *Bossel*²⁷ angeregt wurden, liegen in geschlossener Form vor²⁸ und sind besonders von der Kernenergie-Lobby heftig attackiert worden.²⁹ Sie haben auch Eingang in Bericht und Empfehlungen der Enquête-Kommission des Bundestages „Zukünftige Kernenergiepolitik“ gefunden.³⁰

Die Autoren der „Energiewende“ gehen davon aus, daß die bisherige Strategie, das Energieangebot für eine wachsende Wirtschaft über solche „Großtechnologien“ wie Kernenergienutzung oder Kohleveredelung zu erweitern und Erdöl als Energieträger zurückzudrängen, deswegen unrealistisch ist, weil diese Strategie wegen der langen Bauzeit von AKWs (und der erforderlichen Entsorgungseinrichtungen) zu langsam, weil Strom aus Kernenergieanlagen zu teuer und dem Energiebedarf nicht angepaßt sei. Zudem treffe diese Strategie auf einen wachsenden politischen Widerstand. Die angebotsorientierten Strategien der Energieversorgung seien nicht in der Lage, das gegenwärtige Hauptproblem — die Abhängigkeit vom Erdöl — zu lösen. Nimmt man die Berechnungen der Enquête-Kommission, so trifft dies in der Tat zu. Der hier vorgegebene, dieser Strategie entsprechende „Pfad 1“, der für das Jahr 2000 einen Primärenergiebedarf von 600 Mio. t SKE (1978: 390) prognostiziert, muß trotz maximalem Kernenergie-Ausbau von einem Erdöl- und Erdgas-Verbrauch auf dem gegenwärtigen Niveau ausgehen.³¹ Daher seien die Möglichkeiten einer Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch durch die systematische Verbesserung der Energienutzung als Hauptstrategie zu prüfen.

Die Studie zur „Energiewende“ enthält zwei Teile. Zuerst werden Szenarien des zukünftigen Energiebedarfs (bis 2030) berechnet (Endenergie- und Primärenergiebedarf), wobei die regierungsamtlichen Prognosen des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums zugrunde gelegt und der wirtschaftliche Strukturwandel (zwei Varianten) sowie Verbesserungen der Energienutzung eingerechnet werden. Dann folgt eine Berechnung von Szenarien der Energiebedarfsdeckung. Dies setzt eine Abschätzung verschiedener zukünftiger Energiepotentiale (insbesondere der regenerativen Energiequellen) voraus und erfolgt in drei Varianten, die von einer Fortschreibung der gegenwärtigen Relationen der Primärenergieträger bis zur maximalen Nutzung regenerativer Energiequellen reichen.

Methodisch arbeitet die Studie mit der Kategorie der „Energiedienstleistung“. Damit wird der Blick zuerst vom Primärenergiebedarf weg auf den Bedarf an Nutz-Energie ge-

27 Vgl. *A. B. Lovins, Sanfte Energie*, Reinbek 1978; *H. Bossel u. a., Energie richtig genutzt*, Karlsruhe 1976.

28 *F. Krause, H. Bossel, K. F. Müller-Reißmann, Energie-Wende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran*, Frankfurt/M. 1980; *Öko-Bericht 14: K. F. Müller-Reißmann, H. Bossel, Ein Bären dienst für die Kernenergie. Stellungnahme zur Kritik der KFA Jülich an der „Energiewende“*, 1980; *Öko-Bericht 16: F. Krause, Daten und Fakten zur Energiewende. Technische Berichte zur Energiestudie (Teil 1–5)*, 1981; *Öko-Bericht 17: J. Thiele, Alternative in der Energiegewinnung — Nutzung der Biomasse in der Bundesrepublik. Technische Berichte zur Energiestudie (Teil 6)*, 1980.

29 *K. Schmitz u. a., Energiewende? Jül — Spez — 73*, Jülich 1980, und andere Publikationen.

30 *Zukünftige Kernenergie-Politik. Kriterien — Möglichkeiten — Empfehlungen. Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages, Zur Sache 1/1980, 2/1980.*

31 *Ebd.*, S. 76, Tab. 3.

lenkt, die spezifische energetische Bedürfnisse befriedigt (Raumwärme; Transportleistung; Prozeßwärme usw.). Eine optimale Versorgung mit Energiedienstleistung kann entweder — bei gegebener Umwandlungs- und Nutzungstechnologie — über eine Ausweitung des Primärenergieverbrauchs oder, bei Verbesserung der Umwandlungs- und Nutzungstechnologien, auch bei Stagnation oder Senkung des Primärenergieverbrauchs erfolgen. Für den Gesamtnutzungsgrad der Energie wird heute eine Größenordnung von 35 Prozent angegeben. Der durchschnittliche Verlust bei der Umwandlung von Primär- in Endenergie liegt in der BRD gegenwärtig bei etwa 30 Prozent, bei der Umwandlung von Endenergie in Nutzenergie bei etwa 50 Prozent. Der entscheidende Ansatz zur Senkung des spezifischen Energieverbrauchs und damit auch des Primärenergiebedarfs liegt damit bei der Optimierung der Nutzungssysteme. Demgegenüber ergeben sich nur begrenzte Einsparpotentiale bei der Verbesserung der vorgeschalteten Umwandlungstechnologien.

Die Studie legt ausdrücklich die (optimistischen) Wachstumsprognosen der Bundesregierung zugrunde (Zuwachs des BSP/Kopf bis 2030 auf das 3,2fache von 1973) und geht von in amtlichen und offiziellen Statistiken berechneten Wachstumsraten bezüglich Wohnraum, Pkw-Benutzung, Wasserverbrauch usw. aus, schließt also Energieeinsparung als Resultat von Verhaltenswandel aus. Die Berechnungen der Energieeinsparpotentiale durch Optimierung der Nutzungstechnologien im Bereich der Niedertemperaturwärme (Gebäude, Prozeßwärmeerzeugung), der Treibstoffe (Pkw- und Motorenkonstruktion) und des Elektroenergiebedarfs (Haushaltsgeräte, elektrisch angetriebene Maschinen) fußen durchgängig auf bereits gegenwärtig bekannten Technologien (von der Wärmedämmung und Kraft-Wärme-Kopplung bis zu Veränderungen in Maschinenkonstruktionen) und gehen von Prognosen zur Einsatzmöglichkeit solcher Technologien aus, die oft von Verbänden und Instituten der betroffenen Industriezweige selbst ausgearbeitet worden sind. Bei konsequenter Verbesserung und Anpassung der Energienutzung an die spezifischen Bedürfnisse prognostiziert die Studie einen im nächsten Jahrzehnt steigenden, dann allmählich sinkenden Primärenergiebedarf bei wachsender Energiedienstleistung. Der für 2030 errechnete Primärenergieeinsatz liegt, je nach Relation der zu seiner Deckung herangezogenen Energieträger, zwischen 54 und 65 Prozent des Primärenergiebedarfs von 1973.

Unabhängig von der Diskussion um einzelne Parameter (eingehende Prognosegrößen, Abschätzung der jeweiligen Einspar- und Verbesserungspotentiale, Verfügbarkeit von Technologien und regenerativen Energiequellen in der BRD, Kosten usw.) liegt das Hauptverdienst dieser Studie darin, durch den Energiedienstleistungsansatz und die Konzentration auf Optimierung der Energienutzungssysteme als Hauptstrategie der Energieversorgung einen neuen Gesichtspunkt in die Energiediskussion gebracht und systematisch quantifiziert zu haben. Die entwickelte Argumentation gegen den Ausbau der Kernenergienutzung nicht von Gesichtspunkten mangelnder Sicherheit oder Nichtbeherrschbarkeit dieser Technologie, sondern vom Energiebedarf her — das „Ölproblem“ liegt gerade im Bereich des nichtelektrischen Energieverbrauchs (bei Heizung, Warmwasser, Prozeßwärme und Treibstoffen), während Kernenergie hier nur mit großen Umwandlungsverlusten zur Bedarfsdeckung beitragen könnte —, ist durchaus schlüssig. Zu den Vorteilen dieser Energieversorgungsstrategie gehören das rasche Wirksamwerden von entsprechenden Maßnahmen zur Energieeinsparung. Sie könnte zugleich Element einer aktiven Beschäftigungspolitik sein; was ihre Kosten betrifft, so

gehen die Autoren davon aus, daß die Einsparungen durch Reduzierung des spezifischen Energieverbrauchs die höheren Aufwendungen für die Optimierung der Nutzungssysteme übersteigen. Eine solche Strategie würde auch die Ausschöpfung nationaler Energieressourcen begünstigen, was insbesondere die Kohle betrifft, deren Nutzung als Übergangstrategie begriffen wird, bis regenerative Energiequellen technisch besser verfügbar sind.³² Verfahren der Kohleveredelung werden abgelehnt.

Spätestens bei der Frage nach Durchsetzungsmöglichkeiten rächt sich auch hier die weitestgehende Beschränkung der Autoren auf die technische Seite des Problems. Wurden schon im Rückblick die Strukturveränderungen der Energieversorgung in der BRD nicht als Resultat von Kapitalstrategien verstanden, so regiert im Blick auf die Zukunft das naive Vertrauen auf die Effizienz der Marktwirtschaft.³³ Der gegenüber den Verfechtern vergleichbarer Alternativstrategien immer wieder erhobene Vorwurf unerträglicher dirigistischer Eingriffe und der Verletzung individueller Entscheidungsrechte (also die Warnung vor Eingriffen in die Kapitalverwertungs- und Profitsphäre) trifft sie offensichtlich am wunden Punkt ihrer „ökologischen Grundwerte“ (klein, dezentral, basisorientiert und sanft) und veranlaßt sie zum Bekenntnis, der „sanfte Weg“ setze sich quasi von selbst, ohne Gebote und Verbote, über Eigenverantwortung und Markt durch. Bedauerlich, daß diese Seite gerade den Theologen des Öko-Instituts überlassen bleibt.

4. Schlußbemerkung

Die Arbeiten des Öko-Instituts sind insgesamt anregend und geben eine Vielzahl von Anstößen für die Ausarbeitung demokratischer Alternativen im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik. Ihre Hauptschwäche resultiert aus dem theoretischen Ansatz des Instituts, dem Bezug auf die Industriegesellschaftstheorie mit ihrer Negierung der sozialen Formbestimmtheit jeder Produktivkraft- und Technologieentwicklung in den Mensch-Natur-Beziehungen. Die Auffassung, daß Industriesysteme generell umweltzerstörend wirken müßten³⁴, kehrt diese Beziehung im Sinne eines technologischen Determinismus um. Sie verstellt zugleich den Zugang zur Analyse der politischen Ökonomie der Umweltbeziehungen und der hier wirkenden Interessenantagonismen. Die Folge ist zum einen die prinzipielle Offenheit einer solchen Position für alle anti-industriellen Konzeptionen individueller Selbstversorgung, handwerklicher Kleinkooperativen usw., also für die Verherrlichung individueller Kleinproduktion, die der Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität und der Entfaltung der Gattungspotenzen in der Naturaneignung als dem eigentlichen Schlüssel zur Überwindung naturzerstörerischer Produktivkraftformen entgegensteht.

32 Vgl. H. Hatzfeld u. a. (Hrg.), Kohle. Konzepte einer umweltfreundlichen Nutzung. Eine Übergangstrategie für die Ökologiebewegung, Frankfurt/M. 1982; H. Bossel, Umriss der zukünftigen Energieversorgung in der Bundesrepublik. Möglichkeiten, Grenzen, Forderungen, in: Blätter f. dt. u. int. Politik, H. 4/1982, S. 491—499, H. 5/1982, S. 605—617.

33 Vgl. F. Krause, H. Bossel, K. F. Müller-Reißmann, a.a.O., S. 197 ff.; Öko-Bericht 14, a.a.O., S. 11; generell: H. Bossel, Bürgerinitiativen, a.a.O., S. 91 ff.

34 Vgl. A. Bechmann, Technologischer Fortschritt und ökologische Krise, a.a.O.; ders., Argumente zum Verhältnis von Produktivkräften und Umweltkrise, in: Alternative Umweltpolitik. Argument-Sonderband 56, West-Berlin 1981, im Anschluß an O. Ullrich, Weltniveau. In der Sackgasse des Industriesystems, West-Berlin 1979.

Folgen sind zum anderen die weitgehende Beschränkung auf technologische Alternativen und die Hilflosigkeit bei der Bestimmung von Strategien zu ihrer Durchsetzung. Die Einsicht in die Notwendigkeit gesellschaftlicher Gegenmacht, um monopolistische Interessen an kostenloser Vernutzung natürlicher Ressourcen und Abwälzung ökologischer Folgekosten auf die Gesellschaft zu brechen, wird durch solche Maximen des „ökologischen Weltbildes“ gehemmt, denen zufolge sich „sanfte Alternativen“ kraft ihrer Rationalität, ohne Machtentfaltung, auf „sanftem Wege“ durchsetzen sollten. Eine Auffassung, die freilich durch alle Aktionen der Ökologiebewegung selbst in Frage gestellt wird. Schließlich: die Ablehnung zentraler Planung und staatlicher Eingriffe zugunsten von mehr „Eigeninitiative“ und „Selbstverantwortung“ paßt durchaus in das Konzept des Sozialabbaus, der konservativen Wende zu „weniger Staat“ auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.

Die Beschränkung auf eine technologische Sichtweise stellt das Öko-Institut auch vor das Problem, von der „flexiblen Marktwirtschaft“ überall dort vereinnahmt zu werden, wo seine Alternativkonzeptionen profitabler Kapitalverwertung zugänglich sind, ohne seinen Wert- und Gesellschaftsvorstellungen von Gerechtigkeit und Humanität einen Schritt näher zu kommen. Man kann die Einbeziehung von Vertretern des Instituts in staatliche Kommissionen — im Falle der Energie-Enquête — oder seine Förderung aus offiziellen Mitteln im Sinne von Versuchen einer solchen Integration, der Nutzbarmachung vernünftiger und durchaus nicht systemwidriger Technologie-Konzepte für Strategien des SMK deuten; man kann sie auch als Alibi-Unternehmen oder Versuche von Gruppen der SPD interpretieren, politischen Einfluß im Bereich der Alternativ-Bewegung zu gewinnen.

Jedoch versteht sich das Öko-Institut als Akteur in der umweltpolitischen Auseinandersetzung und ist insofern immer wieder mit den herrschenden Interessen konfrontiert, die einer Lösung von Umweltproblemen entgegenstehen. Insofern unterliegt es einem Druck, der zur schärferen Akzentuierung der sozialen Dimension der Umweltprobleme, ihrer Eingebundenheit in Klassenbeziehungen, führen könnte. Die Aufnahme neuer Themenbereiche wie Rüstung und Ökologie, betriebliche Umweltprobleme und des Zusammenhangs von Umweltschutz und Arbeitsplatzbeschaffung sowie die Aktionsorientierung, die in der Herausgabe von „Global Future“, der Anschlußstudie zu „Global 2000“, und dem „Aktionskatalog '81“ zum Ausdruck kommt³⁵, könnten Ansatzpunkte dazu sein.

35 Global Future. Es ist Zeit zu handeln, Hrg. A. Bechmann, G. Michelsen, Freiburg i. Brsg. 1981; Aktionskatalog '81 des Öko-Instituts, in: Blätter f. dt. u. int. Politik, H. 2/1982, S. 235—240.

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU

M. Sotow

1. Die Aufgaben des Instituts — 2. Geschichte und Organisation des Instituts — 3. Fonds, Archive, Bibliothek — 4. Marx-Engels- und Lenin-Werke — 5. Forschungsrichtungen des Instituts — 6. Internationale Beziehungen

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion gründet ihre gesamte revolutionär-umgestaltende Tätigkeit auf das feste Fundament der marxistisch-leninistischen Theorie. „Das theoretische Erbe von *Marx*, *Engels* und *Lenin* ist der größte Schatz unserer Partei, der gesamten kommunistischen Weltbewegung“, betont der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, *L. I. Breshnew*. „Mit Recht kann man sagen, daß die schöpferische Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus und deren organische Verbindung mit der revolutionären Praxis der Arbeiterklasse und aller Werktätigen der ausgeprägteste, der bemerkenswerteste Wesenszug der gesamten historischen Tätigkeit unserer Partei ist.“¹ Die gründliche Aneignung der revolutionären Theorie, ihre schöpferische Weiterentwicklung wurden von der KPdSU stets zu ihren vorrangigen, ureigenen Aufgaben gerechnet.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung dieser Aufgabe leistet das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, die höchste wissenschaftliche Forschungseinrichtung der Partei. Seine ganze Tätigkeit verläuft unter unmittelbarer Leitung des Zentralkomitees der KPdSU.

1. Die Aufgaben des Instituts

Das ZK der KPdSU legt in seinen Dokumenten die Hauptrichtungen der Tätigkeit des Instituts für Marxismus-Leninismus und seiner ihm angeschlossenen Institute fest. Von großer Bedeutung für die Tätigkeit des Instituts in den letzten Jahren war der Beschluß des ZK der KPdSU „Über die Aufgaben, den Aufbau und den Stellenplan des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU“ (1968), dessen Verwirklichung eine neue Etappe in seiner Geschichte eingeleitet hat. Die Aufgaben des Instituts, die in diesem Dokument festgelegt sind, hat das ZK in seinen darauffolgenden Beschlüssen ergänzt und konkretisiert. Diese Aufgaben ergeben sich aus neuen Erfordernissen des Lebens, der wachsenden Rolle der Partei und der marxistisch-leninistischen Theorie beim Aufbau des Kommunismus. Bei der Erfüllung seiner Aufgaben stützt sich das Institut auf das theoretische Erbe von *Marx*, *Engels* und *Lenin*, auf das Statut und Programm der KPdSU, auf Beschlüsse der Parteitage und Plenartagungen des ZK sowie die Ausarbeitungen führender Funktionäre der Kommunistischen Partei.

1 L. I. Breshnew, *Auf dem Wege Lenins*, Berlin 1971, Bd. 1, S. 375.

Das Hauptziel des Instituts ist die umfassende Erforschung des Marxismus-Leninismus in der Einheit all seiner Bestandteile sowie der revolutionären Praxis, der Theorie und der Geschichte der KPdSU. Dieses Ziel steht in untrennbarem Zusammenhang mit den Aufgaben des kommunistischen Aufbaus, des revolutionären Weltprozesses insgesamt. Das Institut sieht seine Aufgaben in der weiteren Erforschung der Geschichte und der Entwicklung der Theorie des Marxismus-Leninismus als einer einheitlichen internationalen Lehre, dem konzentrierten Ausdruck der welthistorischen und revolutionären Erfahrungen und des revolutionären Denkens aller Völker. Diese lebendige und sich entwickelnde Lehre ist für Millionen Menschen Anleitung zum Kampf für eine revolutionäre Umgestaltung der Welt, dient den Kommunisten als Grundlage ihres Handelns.

Für große Verdienste bei der wissenschaftlichen Erforschung, Herausgabe und Verbreitung des Ideenguts von *Marx, Engels, Lenin* und anlässlich seines 50. Gründungstages wurde das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU im Jahre 1971 mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet.

2. Geschichte und Organisation des Instituts

Im Januar 1921 hat das ZK der KPR(B) auf *Lenins* Initiative den Beschluß gefaßt, ein Marx-Engels-Institut zu gründen. Zu dessen Aufgaben sollten das Studium und die Förderung des Studiums des Marxismus und der Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung sowie die wissenschaftliche Propaganda des Marxismus unter breiten Massen der Werktätigen gehören. Im Jahre 1923 wurde das Lenin-Institut gegründet, dessen offizielle Eröffnung im Mai 1924 stattfand. Das Lenin-Institut wurde zur Basis für das Studium und die Verbreitung des Leninismus unter den breiten Massen der Kommunisten und Parteilosen. Im Jahre 1928 wurde das Lenin-Institut mit der Kommission für Sammlung und Studium der Materialien über die Geschichte der Oktoberrevolution und der Geschichte der KPR (Istpart) zusammengelegt, die ihre Tätigkeit bereits 1920 aufgenommen hatte.

Zur gründlicheren Erforschung des Marxismus-Leninismus als einer einheitlichen internationalen Lehre wurden das Marx-Engels-Institut und das Lenin-Institut im November 1931 zu einer einheitlichen wissenschaftlichen Forschungseinrichtung der Partei in unserem Lande, dem Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B), zusammengelegt. Zu seinen Aufgaben gehörten die wissenschaftliche Vorbereitung und Herausgabe der Werke von *Marx, Engels* und *Lenin*; das Studium und die Förderung des Studiums des Lebens und Wirkens von *Karl Marx, Friedrich Engels* und *Lenin* und deren Lehre; Sammlung, Erforschung und Herausgabe der Dokumente zur Geschichte der KPdSU(B), wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Partei, Ausarbeitung der Fragen des Parteaufbaus, der kommunistischen Jugendbewegung; Sammlung, Studium und wissenschaftliche Herausgabe der Dokumente zur Geschichte der Komintern. Seit 1956 heißt diese Einrichtung Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.

Das Institut gliedert sich heute folgendermaßen: Abteilung für die Werke von *Marx, Engels* und *Lenin* (mit Untergliederung in die Sektoren *Marx-Engels-Werke, Lenin-Werke, Geschichte des Marxismus-Leninismus*); Abteilung für die Geschichte der KPdSU (mit einer unter ihrer Leitung stehenden wissenschaftlich-methodischen Einrichtung, die Parteiveteranen bei der Vorbereitung und Herausgabe ihrer Erinnerungen

helfen soll); Abteilung für Parteaufbau; Abteilung für wissenschaftlichen Kommunismus; Abteilung für die Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung; Abteilung für angeschlossene Institute und zur Koordinierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit; Zentrales Parteiarchiv und Bibliothek. Bestandteil des Instituts ist auch das Marx-Engels-Museum. Durch das Institut erfolgt die wissenschaftlich-methodische Leitung des Zentralen Lenin-Museums; dem Institut sind als „Filialen“ Institute für die Geschichte der Partei in Moskau, Leningrad und in 14 Unionsrepubliken angeschlossenen. Organ des Instituts ist die Zeitschrift „Fragen der Geschichte der KPdSU“.

3. Fonds, Archive, Bibliothek

Lenin, der sich um den literarischen Nachlaß der Begründer des Marxismus sehr sorgte, stellte 1921 das Marx-Engels-Institut vor die Aufgabe, ihre veröffentlichten Arbeiten, Originale, Manuskripte, Briefe und andere Dokumente zusammenzutragen und entsprechende Kataloge zusammenzustellen.²

In Erfüllung von *Lenins* Vermächtnis leistete das Institut einen unschätzbaren Beitrag zum Ideenreichtum des Marxismus-Leninismus, indem es einen von der Bedeutung und vom Umfang her einmaligen Fonds von Dokumenten zusammentrug sowie gesammelte Werke von *Marx*, *Engels* und *Lenin* herausbrachte. Diese Arbeit wird fortgesetzt.

Das Zentrale Parteiarchiv verfügt heute über einen in der ganzen Welt einmaligen Fonds von Dokumenten der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus. Es besitzt über 8000 Manuskripte von *Marx* und *Engels*, ein Drittel davon sind Originale. In seinen Beständen gibt es auch 6500 Briefe an *Marx* und *Engels* und viele andere Dokumente über die Geschichte des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse.

Aus *Lenins* handschriftlichem Nachlaß besitzt das Archiv über 34 000 Manuskripte, Briefe und Dokumente, dazu 396 Fotos von ihm, 874 Meter Film, auf dem *Lenin* festgehalten wurde, 14 Grammophonschallplatten mit seinen Reden. Im Archiv sind Fonds und Sammlungen zusammengetragen, die den Inhalt von *Lenins* Dokumenten ergänzen und näheren Aufschluß über sie geben sowie Angaben biographischen Charakters enthalten. Eine wichtige Sammlung stellen die Briefe an *Lenin* dar; sie zeugen von seinen umfangreichen Kontakten zu örtlichen Parteiorganisationen, zu Funktionären der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Im Archiv werden Dokumente der Familie *Uljanow* und von *N. K. Krupskaja* aufbewahrt. Von großer Bedeutung sind die Fonds der zentralen Einrichtungen und Organisationen der Partei sowie persönliche Fonds. Der Gesamtumfang dieser Materialien übersteigt heute zwei Millionen Archivakten.

Die Bibliothek des Instituts verfügt über eine einmalige Sammlung von Werken *Marx*, *Engels* und *Lenins*, die zu deren Lebzeiten herausgegeben wurden, über eine umfangreiche Sammlung der sozialistischen und der Arbeiterpresse, unschätzbare Materialien zur Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland und anderen Ländern, zur Geschichte der KPdSU, seltene Ausgaben von Werken, die revolutionäres Gedan-

2 W. I. Lenin, Über Kultur und Kunst, Berlin 1960, S. 599.

kengut enthalten. Die Bibliothek zählt in ihren Beständen an die zwei Millionen Bände, Zeitschriften und Zeitungen in vielen Sprachen der Welt.

Dieser umfangreiche dokumentarische und bibliothekarische Fonds wurde zur Ausgangsbasis für die Herausgabe des literarischen Nachlasses von *Marx, Engels, Lenin*.

4. Marx-Engels- und Lenin-Werke

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU hat zwei Ausgaben von *Marx'* und *Engels'* Werken sowie fünf Ausgaben von *Lenins* Werken zum Druck vorbereitet und herausgebracht, Ausgaben, die weitestgehende Verbreitung und internationale Anerkennung gefunden haben.

Die erste Ausgabe von Werken von *Marx* und *Engels* wurde in den Jahren 1928—1940 vorbereitet. Insgesamt sind 28 Bände (33 Bücher) erschienen. Der wissenschaftliche Wert dieser Ausgabe bestand darin, daß hier zum erstenmal über 450 Werke und 779 Briefe von *Marx* und *Engels* und alles in allem 1247 Werke und 3298 Briefe veröffentlicht wurden.

Die zweite Ausgabe von *Marx'* und *Engels'* Werken in russischer Sprache, die 1981 vollendet wurde, besteht aus 39 Grundbänden und 11 zusätzlichen Bänden (insgesamt 54 Bücher). Von ihrem Bestand, ihrem Umfang und dem Charakter des wissenschaftlichen Nachschlageapparates her sucht die zweite Ausgabe ihresgleichen. Zum erstenmal liegt der große theoretische Reichtum, der in den Werken von *Marx* und *Engels* enthalten ist, so vollständig vor. Die 50 Bände der zweiten Ausgabe schließen über 2000 Werke und mehr als 4000 Briefe der Begründer des Marxismus ein. Einen beträchtlichen Teil des neu aufgenommenen Materials stellen die bis dahin unbekanntes bzw. als verschollen geltenden Schriften, Dokumente und Briefe von *Marx* und *Engels* dar, die in den letzten Jahrzehnten durch Bemühungen sowjetischer und ausländischer Wissenschaftler aufgefunden wurden.

Die Vollendung der zweiten Ausgabe ist ein wichtiges Ereignis im ideologischen Leben der KPdSU, der ganzen kommunistischen Weltbewegung. Auf der Grundlage ihrer 39 Grundbände kam eine Ausgabe in ukrainischer Sprache heraus, sind Ausgaben von Werken von *Marx* und *Engels* in allen sozialistischen Ländern Europas erschienen oder geht die Arbeit an solchen Ausgaben ihrem Ende zu.

Gemeinsam mit fortschrittlichen Verlagen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika bringen das Institut für Marxismus-Leninismus und der Moskauer Verlag „Progreß“ gesammelte Werke von *Karl Marx* und *Friedrich Engels* in englischer Sprache heraus. Diese Ausgabe wird in allen Ländern vertrieben, deren Bevölkerung sich weitgehend der englischen Sprache bedient. Gesammelte Werke von *Marx* und *Engels* auf der Grundlage dieser 50bändigen Ausgabe werden auch in Italien, Frankreich und Japan verlegt.

Im Jahre 1975 wurde mit der Verwirklichung des großartigen Plans begonnen, eine Gesamtausgabe der Werke von *Marx* und *Engels* (MEGA) in der Originalsprache herauszubringen. Diese Arbeit wird vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU gemeinsam mit dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED ausgeführt. Die Ausgabe, die vermutlich 100 Bände zählen soll, wird den gesamten überlieferten literarischen und Brief-Nachlaß der Begründer des Marxismus erfassen, darunter unvollendete Manuskripte, Auszüge, Konспекte, Notizbücher, Vermerke und Unter-

streichungen in Büchern usw. Bis Ende 1981 sind 16 Bände (Bücher) dieser einmaligen Ausgabe herausgekommen.

Die MEGA ist eine wirklich internationale Ausgabe. Ihre Bände werden in vielen Ländern vertrieben. Die in dieser Ausgabe veröffentlichten Werke und Briefe bilden die Grundlage für deren weitere Übersetzung in andere Sprachen, und der wissenschaftliche Apparat der Ausgabe, der die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft berücksichtigt, wird sowohl bei der Forschungsarbeit als auch bei der Vorbereitung neuer Publikationen von Werken der Begründer des Marxismus benutzt.³

Außerordentliche Bedeutung mißt die KPdSU nach wie vor dem literarischen Nachlaß *Lenins* bei. Ohne das Neue, das *Lenin* beigetragen hat, gibt es keinen Marxismus und kann es ihn auch nicht geben. *Lenin*, der sämtliche Bestandteile der marxistischen Lehre bereicherte, leitete eine neue Etappe in deren Entwicklung ein. *Lenins* Werke stellen einen Fundus von Erkenntnissen ohnegleichen dar, sie sind eine große umgestaltende Kraft, eine erprobte Waffe der Kommunisten der ganzen Welt.

Das Institut für Marxismus-Leninismus hat viel zur Herausgabe der Werke von *Lenin* geleistet; erschienen sind fünf Ausgaben von *Lenins* Werken. Die erste Ausgabe, mit der bereits 1920 begonnen wurde, bestand aus 20 Bänden (26 Büchern) und enthielt über 1500 Werke und Briefe. Von 1924 bis Anfang der 30er Jahre war die wichtigste Aufgabe des Instituts, die zweite und die dritte Ausgabe von *Lenins* Werken in 30 Bänden⁴ zum Druck vorzubereiten und herauszugeben. Jede von ihnen enthielt 2780 Werke. Im Jahre 1950 wurde die vierte Ausgabe von *Lenins* Werken in 35 Bänden vollendet (später wurde sie auf 45 Bände erweitert).

Ein neuer großer Schritt vorwärts in der wissenschaftlichen Editions- und Forschungsarbeit des Instituts war die Vorbereitung und Herausgabe der fünften, der Gesamtausgabe der Werke *Lenins*. In der Zeit von 1957 bis 1965 erschienen 55 Bände dieser Ausgabe, die 9000 Werke und Dokumente enthielt, von denen mehr als die Hälfte in den vorhergehenden Ausgaben fehlte. Über 1000 Arbeiten und Briefe davon wurden zum erstenmal publiziert.

Lenins gesammelte Werke wurden in die meistgesprochenen Sprachen der sowjetischen Unionsrepubliken übersetzt, in allen sozialistischen Ländern sowie in Großbritannien, Argentinien, Griechenland, Italien, Frankreich und Japan verlegt.

Eine wichtige Ergänzung der vielbändigen Ausgaben der Werke von *Marx*, *Engels* und *Lenin* stellt die Veröffentlichung neuer, früher nicht publizierter Dokumente der Begründer des Marxismus-Leninismus in solchen Ausgaben wie „Archiv *Marxa i Engelsa*“ („Marx-Engels-Archiv“) und „*Leninsche Sammlungen*“ dar. Das Institut hat 16 Bände des „Archivs“ und 39 Bände der „*Leninschen Sammlungen*“ zum Druck vorbereitet und herausgegeben.

Von großer Bedeutung für die Propagierung der marxistisch-leninistischen Theorie sind die dreibändigen Ausgaben ausgewählter Werke von *Marx* und *Engels* und ausgewählter Werke *Lenins*, die vom Institut zum Druck vorbereitet wurden und weitgehende Verbreitung gefunden haben. Für das Studium einiger aktueller Probleme des

3 Die Erfahrungen der gemeinsamen Arbeit an der MEGA finden ihren Niederschlag im „Marx-Engels-Jahrbuch“, das in deutscher Sprache erscheint und gemeinsam vom IML beim ZK der KPdSU und IML beim ZK der SED herausgegeben wird. Bisher sind vier Ausgaben des Jahrbuchs erschienen.

4 Die 2. und 3. Ausgabe waren von ihrem Bestand her identisch.

Marxismus-Leninismus leisten thematische Sammelbände wichtige Hilfe, darunter „Karl Marx und Friedrich Engels über die sozialistische Revolution“ (russ.), „W. I. Lenin über die sozialistische Revolution“ (russ.) in zwei Bänden, „Karl Marx und Friedrich Engels über die wichtigsten Grundsätze des Parteaufbaus“ (russ.).

In den letzten Jahren gab das Institut eine Reihe von Monographien heraus, von denen vor allem die wissenschaftlichen Biographien von *Karl Marx*, *Friedrich Engels* und *W. I. Lenin* zu nennen sind. Die Marx-Biographie wurde ebenso wie die Engels-Biographie zweimal verlegt. Beide wurden in einige Sprachen der Völker der Sowjetunion und viele Fremdsprachen übersetzt. Die Lenin-Biographie erlebte in russischer Sprache bereits sechs Auflagen. Übersetzungen erschienen in den Sprachen der Völker der Sowjetunion, aller sozialistischen Länder sowie in englischer, italienischer, spanischer, französischer und anderen Sprachen.

Im Jahre 1982 erscheint der abschließende 12. Band der vielbändigen Ausgabe „Wladimir Iljitsch Lenin. Biographische Chronik. 1870—1924“ (russ.). Damit wird ein grundlegendes Werk vollendet, an dem ein großes Kollektiv von Wissenschaftlern 10 Jahre gearbeitet hat. Zum erstenmal wurden als dokumentarische Basis für das Studium des Lebens und Wirkens von *Lenin* die Fakten zusammengetragen und systematisiert, die bei der vieljährigen Erforschung von Archivmaterial, Presse, Erinnerungen und zahlreichen anderen Quellen gefunden werden konnten, insgesamt rund 30 000 Einzeldaten. In dieser Ausgabe werden zum erstenmal vollständig oder teilweise etwa 10 000 dem Leser früher unbekannte Dokumente *Lenins* veröffentlicht.

Zur Erweiterung der dokumentarischen Basis zum Studium des Lebens und Wirkens von *Marx*, *Engels* und *Lenin* sowie der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung gibt das Institut Sammlungen von Dokumenten heraus. Besonders seien die Sammlungen hervorgehoben, die die engen Beziehungen von *Marx* und *Engels* zur revolutionären Bewegung in Rußland, ihr Interesse für dessen sozialpolitische Entwicklung veranschaulichen — so „Marx, Engels und das revolutionäre Rußland“ (russ.), „Russische Zeitgenossen über Marx und Engels“ (russ.), „Briefwechsel der Familienangehörigen von Marx mit russischen Politikern“ (russ.). Dazu kommt das Quellenwerk „Russische Bücher in den Bibliotheken von Marx und Engels“ (russ.), das mit ausführlichen Annotationen und Anmerkungen versehen ist.

Umfangreiche Arbeit leistet das Institut bei der Sammlung und Veröffentlichung von Memoirenzeugnissen von *Lenins* Zeitgenossen. Die größte Publikation dieser Art ist die fünfbandige Ausgabe „Erinnerungen an W. I. Lenin“ (russ.). Hier sind die Erinnerungen von *Lenins* Verwandten, seiner Freunde und Mitstreiter, Teilnehmer der russischen und internationalen revolutionären Bewegung, von Staatsmännern und Militärs, Arbeitern und Bauern, Vertretern der Intelligenz zusammengetragen.

5. Forschungsrichtungen des Instituts

Die Forschungsarbeit des Instituts auf dem Gebiet der Geschichte und der Theorie des Marxismus-Leninismus, des Studiums des theoretischen Erbes von *Marx*, *Engels* und *Lenin* findet ihren Niederschlag in Monographien und Sammlungen von Aufsätzen, die den aktuellsten Problemen der Marx- und Lenin-Forschung gewidmet sind. Gegenwärtig erscheint eine Reihe von Monographien, die sich mit den wichtigsten programmatischen Werken *Lenins* auseinandersetzen.

Eine der Hauptaufgaben des Instituts ist die schöpferische wissenschaftliche Verallgemeinerung der revolutionär-umgestaltenden Tätigkeit und der welthistorischen Erfahrungen der KPdSU und der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die Erforschung der theoretischen Probleme des entwickelten Sozialismus, der Gesetzmäßigkeiten seines Hinüberwachsens in den Kommunismus und der Wirkungsweise dieser Gesetzmäßigkeiten. Bei dieser Arbeit stützt sich das Institut auf die Forschungsergebnisse der wissenschaftlichen Parteigeschichte seit Gründung der Leninschen Partei.

Im Laufe seiner über 60jährigen Tätigkeit gab das Institut mehrmals die Entschlüsse und Beschlüsse der Parteitage und Konferenzen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Plenartagungen des ZK, deren Protokolle und stenographischen Berichte heraus. Gegenwärtig erscheint die achte Ausgabe der Sammlung „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion im Spiegel der Entschlüsse und Beschlüsse der Parteitage, Konferenzen und Plenartagungen des ZK“ (russ.). Dreizehn Bände dieser Ausgabe, die die Dokumente für die Zeit von 1898 bis Mitte 1980 enthalten, sind bereits herausgekommen.

Das Institut hat Dokumente des ZK und anderer zentraler Einrichtungen der Partei, ihrer örtlichen Organisationen, ausgewählte Werke vieler Funktionäre der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, darunter von *N. A. Wosnessenski*, *F. E. Dzierzynski*, *M. I. Kalinin*, *G. K. Ordshonikidse*, *S. G. Schaumjan* publiziert. Von großer Bedeutung ist die Veröffentlichung des Briefwechsels *Lenin* mit dem ZK der SDAPR(B) und örtlichen Parteiorganisationen.

Das Institut hat reiche Erfahrungen bei der Vorbereitung und Herausgabe grundlegender Arbeiten zur Entwicklung der Geschichtswissenschaft in der Sowjetunion. Dazu gehören „Geschichte des Bürgerkrieges in der UdSSR“ (russ.), die sechsbändige „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. 1941—1945“ (russ.), die zwölfbändige „Geschichte des zweiten Weltkrieges“ (russ.), an der neben anderen wissenschaftlichen Einrichtungen auch das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU arbeitet.

Das Institut schließt gegenwärtig die sechsbändige Ausgabe der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ ab. Fünf Bände (8 Bücher) zur Geschichte der KPdSU von ihrer Gründung bis Ende der 50er Jahre sind bereits erschienen. Dieses vielbändige Werk ist eine in diesem Umfang erstmalige, auf reichhaltigem dokumentarischem Material beruhende wissenschaftliche Darstellung des heroischen Weges unserer Partei. Die vielbändige Ausgabe verdeutlicht, daß die Quelle der Kraft und Unbesiegbarkeit unserer Partei in ihrer unerschütterlichen Treue zu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus, in ihrer selbstlosen Arbeit im Interesse der Werktätigen, im unversöhnlichen Kampf gegen die Klassenfeinde und in der Unterstützung ihrer Politik durch die Volksmassen liegt. Dieses Werk gibt eine wissenschaftliche Verallgemeinerung der welthistorischen Erfahrungen der KPdSU und ihrer revolutionär-umgestaltenden Tätigkeit, es zeigt die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Partei und der wachsenden Bedeutung ihrer führenden Rolle beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus auf.

Eine Reihe der vom Institut publizierten Monographien gilt dem Studium der wichtigsten Probleme des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, der Gesetzmäßigkeiten des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktionsweise; unter-

sucht wird der Kampf der Partei für die Kollektivierung der Landwirtschaft und deren Umgestaltung auf sozialistischer Grundlage, für die Kulturrevolution, für die Lösung der Nationalitätenfrage, die Wiederherstellung der von den Interventen, Weißgardisten und faschistischen Okkupanten zerstörten Volkswirtschaft.

Eine der wichtigsten Richtungen in der Tätigkeit des Instituts ist die Ausarbeitung der Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus. Im Mittelpunkt stehen hierbei die sozialpolitischen Probleme des kommunistischen Aufbaus, Fragen der Gestaltung der kommunistischen gesellschaftlichen Beziehungen und der Entwicklung der sozialistischen Nationen. In den Arbeiten des Instituts werden die theoretischen Konzeptionen vom Sowjetvolk als einer neuen historischen Menschengemeinschaft, vom Staat des gesamten Volkes und der sozialistischen Lebensweise ausgearbeitet. Konkrete Forschungen sind der Sozialpolitik der KPdSU in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Volksintelligenz gewidmet.

Bei der Erforschung der Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus ist ein komplexes Herangehen erforderlich. Dies gilt für solche Monographien wie „Die marxistisch-leninistische Lehre vom Sozialismus und die Gegenwart“ (russ.), „Der entwickelte Sozialismus“ (russ.), „Die Sozialpolitik der KPdSU unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus“ (russ.), „Der Leninismus und die Nationalitätenfrage unter den gegenwärtigen Bedingungen“ (russ.) und andere. Sie behandeln die Rolle der KPdSU bei der Ausarbeitung der Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, bei der Herausbildung der wissenschaftlichen Weltanschauung des Sowjetvolkes, bei der Durchsetzung der kommunistischen Ideale.

In den Forschungsarbeiten, die das Institut vorbereitet hat, ist die Leninsche Lehre von der Partei, ihre allseitige Entwicklung unter den gegenwärtigen Bedingungen, die Verstärkung der Rolle der Kommunistischen Partei in allen Bereichen des Lebens und der Tätigkeit des Sowjetvolkes aufschlußreich dargelegt. Von großer Bedeutung für die Verdeutlichung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei in der gegenwärtigen Etappe und die Vervollkommnung ihrer Erziehungsarbeit ist das vom Institut vorbereitete Buch „Leonid Iljitsch Breschnew. Kurzer biographischer Abriss“ (3. Auflage 1981, russ.), das die umfang- und erfolgreiche Tätigkeit des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR behandelt.

Große Bedeutung mißt das Institut den Problemen der Geschichte und der Theorie der internationalen kommunistischen Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegung bei. Vorbereitet und herausgegeben wurde das Buch „Die Kommunistische Internationale. Kurzer historischer Abriss“ (russ.), in dem die Entwicklungsetappen der Komintern und eine Reihe wichtiger Probleme des Werdegangs und der Erstarkung der kommunistischen Weltbewegung behandelt werden. In den Arbeiten des Instituts wird die Weiterentwicklung der Leninschen politischen, strategischen und taktischen Grundlagen der kommunistischen Bewegung analysiert. Mit seinem Studium der Dialektik der gegenwärtigen internationalen Entwicklung und der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus trägt das Institut bei zur Ausarbeitung der Probleme der Theorie der revolutionären Weltbewegung unter den Bedingungen, die sich in der Welt nach dem zweiten Weltkrieg, der Entstehung des sozialistischen Weltsystems und dem Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus herausgebildet haben. Dabei nimmt in den Arbeiten des Instituts in den letzten Jahren die Untersuchung des dialektischen Zusammenhangs

von friedlicher Koexistenz, Klassenkampf und sozialem Fortschritt in der gegenwärtigen Etappe einen wichtigen Platz ein.

Mit seiner vielseitigen Tätigkeit beteiligt sich das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU aktiv am ideologischen Kampf gegen den Imperialismus, gegen die Konzeptionen, die von den Ideologen des Monopolkapitals entwickelt werden, sowie gegen alle Varianten des Antikommunismus, Trotzismus, Maoismus, des rechten Opportunismus und linken Extremismus, der revisionistischen Strömungen in der Arbeiterbewegung.

Das Institut behandelt die aktive, schöpferische und umfassende Tätigkeit der KPdSU, die sich auf den Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus richtet, zum gemeinsamen Kampf für den Sieg der marxistisch-leninistischen Ideologie beiträgt.

6. Internationale Beziehungen

Das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU festigt und erweitert seine schöpferischen Beziehungen mit wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der kommunistischen und Arbeiterparteien, es unterhält Kontakte mit einer Reihe anderer Forschungszentren, Archive und Bibliotheken im Ausland. Die internationale Zusammenarbeit umfaßt einen weiten Kreis von Problemen: Durchführung gemeinsamer bi- und multilateraler Forschungen, Herausgabe von Werken der Klassiker der Marxismus-Leninismus, Veröffentlichung von Dokumentensammlungen, Forschungsarbeiten, Abhaltung internationaler wissenschaftlicher Konferenzen und Kolloquien, Erfahrungsaustausch usw. Der Umfang dieser Zusammenarbeit wächst; namhafte Funktionäre der internationalen kommunistischen Bewegung beteiligen sich hierbei. Die internationale Zusammenarbeit des Instituts ist ein wichtiger Beitrag zur Festigung der internationalen Verbindungen der Bruderparteien, der Werktätigen der ganzen Welt, zur Ausarbeitung theoretischer Probleme, zur Verbreitung der Ideen des Marxismus-Leninismus; sie fördert die Erhöhung des Niveaus der Gesellschaftswissenschaften, die auf den methodologischen Grundsätzen der Lehre von *Marx*, *Engels* und *Lenin* beruhen.

* * *

Der XXVI. Parteitag der KPdSU hat die große Bedeutung und schöpferische Kraft des Marxismus-Leninismus als ideologisch-theoretische Grundlage der Tätigkeit der KPdSU bei der Lösung der ökonomischen und sozialpolitischen Probleme der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft und im Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt unterstrichen. Der umfassenden Entwicklung und Verbreitung des Marxismus-Leninismus ist die gesamte Arbeit des Instituts für Marxismus-Leninismus gewidmet. Sie ist untrennbar mit den großen Aufgaben verbunden, die von der Kommunistischen Partei und dem ganzen Sowjetvolk unter der Führung des Leninschen ZK der KPdSU gelöst werden.

Der Finnische Forscherverband

Pekka Kosonen / Sakari Hänninen

1. Organisation, Themen, Publikationen – 2. „Der finnische Kapitalismus“

1. Organisation, Themen, Publikationen

Der Finnische Forscherverband (Suomen Tutkijaliitto) wurde 1976 als eine demokratische und fortschrittliche Wissenschaftlerorganisation gegründet. Grundlage seiner Tätigkeit ist der wissenschaftliche Sozialismus. Der Forscherverband vereint in seinen Reihen marxistische Wissenschaftler und Spezialisten der verschiedensten Fachrichtungen. Gegenwärtig zählt er rund 450 Mitglieder.

Der Forscherverband hat und konnte kein direktes internationales Vorbild haben. Aus eigenem Antrieb, selbständig gegründet, ist er eine Weiterführung der fortschrittlichen Studentenbewegung, die sich in den siebziger Jahren in Finnland entwickelt hatte. Seinerzeit hatte die marxistische Wissenschaft ihre Stellung an den Universitäten stabilisieren können, und ein Teil der marxistischen Wissenschaftler kam in Kontakt zur kommunistischen Arbeiterbewegung. Der Forscherverband ist in seiner Tätigkeit unabhängig von jeder anderen Organisation, aber seine Mitglieder können natürlich auch in anderen fortschrittlichen Organisationen tätig sein.

In seiner Tätigkeit versucht der Forscherverband eine fruchtbare Diskussion zwischen verschiedenen marxistisch orientierten und demokratischen Auffassungen zu fördern. Wichtige Schwerpunkte der Arbeit sind auch die Durchsetzung einer fortschrittlichen Wissenschaftspolitik und die Friedensarbeit. Das Gerüst der Tätigkeit bilden bestimmte ständige Arbeitsformen. Zwei „Besonderheiten“ verdienen dabei erwähnt zu werden: die erste ist der sogenannte Klassikerclub, in dem man sich monatlich mit Referat und Diskussion mit einem Klassiker beschäftigt. Die zweite ist die sogenannte Sommerschule, die an einem verlängerten Wochenende im Juni außerhalb der Universitätsstädte auf dem Land zu einem aktuellen Thema abgehalten wird. 1981 wurde das Thema „Begrifflichkeitswerdung der Geschichte“ diskutiert, und 1982 lautet das Thema „Staat und Hegemonie“. Außerdem werden ständig Seminare zu den verschiedensten Themen organisiert. Die größten sind die interdisziplinären Symposien des Forscherverbandes, 1980 zum Thema „Evolution“ und 1982 zum Thema „Mensch und Natur“. An diesen Symposien, wie auch an anderen Veranstaltungen des Forscherverbandes, haben zahlreiche Wissenschaftler aus dem Ausland teilgenommen. Das wichtigste Instrument des Forscherverbandes ist jedoch seine Zeitschrift „Tiede ja Edistys“ („Wissenschaft und Fortschritt“). Die Zeitschrift wurde im selben Jahr wie der Verband ins Leben gerufen und erscheint vierteljährlich. Sie hat den Anspruch, ein interdisziplinäres, internationales, kritisches und aktuelles Diskussionsforum zu sein. Neben dieser Zeitschrift gibt der Forscherverband die Mitgliederzeitschrift „Ukuli“ und Veröffentlichungsreihen heraus, in denen die Mitglieder, aber auch Nichtmitglieder, ihre For-

schungsergebnisse publizieren können. Die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit ist auch eines der Hauptziele des Forscherverbandes.

2. „Der finnische Kapitalismus“

Die wissenschaftliche Untersuchung des Kapitalismus stellt einen Teil der Arbeit des Forscherverbandes dar. Als eine Art Zusammenfassung erschien 1979 das Werk „Suomalainen kapitalismi“ (Der finnische Kapitalismus)¹. Das Werk ist das Ergebnis kollektiver Arbeit; schon 1972 war ein Projekt entstanden, das von marxistischen Studenten und jungen Wissenschaftlern betrieben wurde, und seit 1976 schrieb eine 12köpfige Arbeitsgruppe das Werk. Diese beiden Gruppen verfügten allerdings nicht über bezahlte Mitarbeiter, sondern die Untersuchung entstand in freiwilliger Nebentätigkeit. Aus diesem Grund nahm die endgültige Fertigstellung relativ viel Zeit in Anspruch.

Das Werk „Der finnische Kapitalismus“ ist Teil der internationalen Diskussion über den heutigen, den staatsmonopolistischen Kapitalismus; es versucht dabei, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln. Die theoretische Grundlage ist vor allem die Marxsche Kapitalismustheorie, die Kritik der politischen Ökonomie. Sie kann jedoch nicht direkt auf die empirische Forschung angewendet werden, wie es bei der sogenannten Realanalyse versucht wird: Dann besteht nämlich die Gefahr, daß die konkrete Untersuchung tatsächlich nur beim Beweisen der im „Kapital“ dargestellten allgemeinen Gesetzmäßigkeiten stehenbleibt. Die Aufgabe ist vielmehr darin zu sehen, die neuen Formen darzustellen, in denen sich die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus verwirklichen, und eine konkrete Analyse unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen des jeweiligen Landes vorzunehmen. Das setzt *erstens* eine theoretische Auffassung von der historischen Entwicklung des Kapitalismus und seiner verschiedenen Phasen voraus. Aber *zweitens* muß man — bei der Analyse eines bestimmten Landes, wie z. B. Finnlands — die Besonderheiten der historischen Entwicklung des jeweiligen Landes einbeziehen: Man muß sich hüten, das Besondere mit dem Allgemeinen gleichzusetzen.

Das Werk versucht, einen relativ umfassenden Überblick über die verschiedenen Aspekte des Kapitalismus zu geben, was auch in den Überschriften der einzelnen Kapitel deutlich wird: 1.) Die historische Entwicklung des Kapitalismus in Finnland. 2.) Über die Ausgangspunkte für eine Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus. 3.) Der Staat, die Reproduktion des Kapitals und die Wirtschaftskrise. 4.) Der Staat und die Reproduktion der Arbeitskraft. 5.) Finnlands internationale Stellung. 6.) Das politische System und seine Widersprüche. 7.) Aspekte der ideologischen Entwicklung, und 8.) Aussichten zur Überwindung der Krise.

Als grundlegende Entwicklung wird die Reproduktion des Kapitals gesehen. Das Wirtschaftswachstum in Finnland war sowohl in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen als auch nach dem Zweiten Weltkrieg relativ stark. Besonders nach dem Zweiten Weltkrieg hat ein rascher Prozeß des Strukturwandels von einer landwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsstruktur zu einer von Industrie und Dienstleistungssektor dominierten Wirtschaftsstruktur stattgefunden. Die Aufgabe besteht nun darin zu analysieren, wie das Wirtschaftswachstum und die Veränderungen der Wirtschaftsstruktur sich

¹ Suomalainen kapitalismi. Tutkimus yhteiskunnallisesta kehityksestä ja sen ristiriidoista sodanjälkeisessä Suomessa. Vastaava kirjoittaja Pekka Kosonen, Helsinki 1979, 484 S.

vollzogen haben. Ein zentrales Charakteristikum war die hohe Akkumulationsrate: Der herrschende Wirtschaftszweig, die Holz- und Papierindustrie, ist ein kapitalintensiver Bereich, in dem umfangreiche Investitionen getätigt wurden. Die großen Investitionen haben jedoch nicht zu einem Absinken der Rentabilität geführt, sondern die Rentabilität der finnischen Industrie wies besonders in den Jahren 1960—74 eine steigende Tendenz auf und ist nach der Krise erneut gewachsen. Diese Entwicklung wurde durch die relativ günstigen Weltmarktpreise und durch die Anstrengungen beeinflusst, im Vergleich zu den sogenannten Konkurrenzländern auf einem niedrigeren Lohnniveau zu produzieren.

Die in Finnland nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgte Wirtschaftspolitik wird in dem Werk als „traditionelle Wirtschaftspolitik“ bezeichnet, für die an erster Stelle Bemühungen um die Investitionen der Unternehmen und die allgemeinen Bedingungen der Wirtschaft sowie die Regulierung der Löhne stehen. Eine keynesianistische aktive Konjunktursteuerung dagegen ist nicht charakteristisch für sie. Die staatliche Wirtschaftsregulierung wurde besonders in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre einerseits in Form der Einkommenspolitik, andererseits durch die Bereitstellung von besonderen Finanzmitteln für die Unternehmer betrieben. Das Wirtschaftswachstum und der Druck der Forderungen der Arbeiterklasse machten auch die Durchsetzung vieler sozialer Reformen auf dem Gebiet des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie der Altersversorgung möglich; die Rolle der öffentlichen Hand wuchs deutlich. In den Jahren der Krise 1975—77 und danach wurde eine relativ zurückhaltende Wirtschaftspolitik verfolgt, bei der die Betonung der Unternehmerinvestitionen auf Kosten der Reallöhne und Sozialleistungen noch mehr im Vordergrund stand.

Finnland ist ein interessantes Land, da es in gewisser Weise zwischen Ost und West steht. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich die Beziehungen zur Sowjetunion gut, und deren Anteil am finnischen Außenhandel ist relativ groß. Der größte Anteil des Außenhandels geht jedoch in die kapitalistischen Länder, für die Finnland ein Exporteur von relativ wenig veredelten Produkten der Holzindustrie und ein Importeur von Maschinen und Konsumgütern ist. Der Freihandelsvertrag mit der EWG hat die Abhängigkeit vom kapitalistischen Markt erhöht; Finnlands Stellung ist in gewisser Hinsicht zweigespalten.

Die Studie analysiert auch Finnlands politisches und ideologisches System. Interessant ist die Phase seit 1966 mit einer Regierungskoalition, an der das Zentrum und die Linke einschließlich der Kommunisten beteiligt sind. Diese Konstellation wird als Integrationspolitik charakterisiert, die die Durchsetzung der staatlichen Regulierungspolitik ermöglicht hat. Gleichzeitig wächst die Bürokratisierung und findet eine Anbindung der Arbeit der Massenorganisationen an staatliche Vorgaben statt.

In den letzten Jahren haben verschiedene Wissenschaftler die Arbeit an den Themen fortgesetzt, die in der Studie „Der finnische Kapitalismus“ behandelt werden, obwohl keine umfassenden Projekte existieren. Zu den Schwerpunkten gehören Fragen im Zusammenhang mit der Lage der Arbeiter und ihrer Lebensweise sowie Probleme der Staatstheorie und des politischen Systems Finnlands; zu diesen Fragen sind in naher Zukunft einige Veröffentlichungen geplant.

Die Anschrift des Finnischen Forscherverbandes lautet: Suomen Tutkijaliitto, Vuorikatu 8 A 3, 00100 Helsinki 10, Finnland.

Übers. aus dem Finnischen: *Arnold Bruns*

IMSF - 1982

Publikationen, Konferenzen, Seminare und Vortragsveranstaltungen des IMSF

(Ohne Veröffentlichungen des IMSF oder seiner Mitarbeiter in Zeitschriften, in von Dritten herausgegebenen Sammelbänden usw. Der Berichtszeitraum deckt sich nicht ganz mit dem Kalenderjahr 1982; er umfaßt die Jahrbuchperiode 1982 von Oktober 1981 bis September 1982.)

I. Publikationen

1. Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5/1982, DM 30,—
2. Theorie und Methode, Bd. 6: Staatsmonopolistische Komplexe. Zu einer Kategorie der aktuellen Kapitalismusanalyse. Beiträge aus der UdSSR zu einer Konzeption sowjetischer Ökonomen. Hrg. IMSF, Frankfurt/Main 1982, 114 S., DM 15,—
3. IMSF-Informationsbericht Nr. 34: Jugendliche in der DKP. Eine empirische Studie über ihre Politikzugänge. Verfasser: Arbeitsgruppe des IMSF. Frankfurt/M. 1982, 99 S., DM 10,—
4. IMSF-Informationsbericht Nr. 35: Krise der Automobilindustrie — Das Beispiel des Multi General Motors/Opel AG. Verfasser: *Dietmar Düe, Jörg Hentrich*. Frankfurt/M. 1982, 150 S., DM 15,—
5. IMSF-Informationsbericht Nr. 36: Vereine. Geschichte — Politik — Kultur. Verfasser: *F. Kröll, S. Bartjes, R. Wiengarn*. Frankfurt/M. 1982, 140 S., DM 15,—
6. „Keine Startbahn West!“ — Protestbewegung in einem überlasteten Ballungsraum. Eine Untersuchung des IMSF, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 1. Aufl. 242 S., 1981; 2. erw. u. aktual. Aufl. 290 S., 1982, DM 12,50
7. Soziale Bewegungen. Analyse und Dokumentation des IMSF — Heft 11: *H. Bömer, B. Goergens, G. Hautsch, B. Semmler*, Neue Beweglichkeit — neue Impulse? Betriebs- und Tarifikämpfe 1980/81: Hoesch/Dortmund — Post — Metall, Frankfurt/M. 1982, 128 S., DM 8,—
8. Arbeitslose. Protest und Bewegung. IMSF-Autorengruppe, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1982, 207 S., DM 11,80
9. *Gert Hautsch*, Operation '82, '83 usw. Sozialer Besitzstand wird amputiert, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1982, 143 S., 8,50 DM
10. Weltmarkt und nationale Wirtschaftspolitik heute. Materialien einer gemeinsamen wissenschaftlichen Konferenz der Institute IMEMO, Moskau, IPW, Berlin-DDR, und IMSF, Frankfurt am Main. Herausgegeben vom IMSF, Frankfurt/M. 1982, Verlag Marxistische Blätter, 235 S., DM 19,80
11. Die Wirtschaftspolitik des Kapitals in der Krise — Ein Vergleich der kapitalistischen Hauptländer. Marxistische Blätter H. 5/1982, Frankfurt am Main
12. *F. Deppe, L. Müller, K. Pickshaus, J. Schleifstein*, Einheitsgewerkschaft. Quellen — Grundlagen — Perspektiven. Mit umfangreichem Dokumententeil und Fotos, Frankfurt/M. 1982, Nachrichten Verlag, 288 S., DM 25,—

13. Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse. Vierteljährliche Konjunkturübersicht. Verfasser: *Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus*. Beilage zur Zeitschrift „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Nachrichten Verlag, Frankfurt/M.), vier Ausgaben

14. Bibliographie zum Thema Frauenerwerbstätigkeit, 1981, 28 S., DM 5,—

II. Konferenzen, Seminare, Veranstaltungen

1. Kolloquium des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU und des IMSF über „Die Sozialpolitik des Staates in der kapitalistischen und der sozialistischen Gesellschaft“ vom 6. — 7. Oktober 1981 in Mörfelden bei Frankfurt/M. Fortsetzung des vorangegangenen Kolloquiums in Moskau (1981). Referenten: *Prof. Dr. M. P. Mtschedlow*, stellvertr. Direktor des IML, Moskau; *Prof. Dr. P. P. Lopata*, *Prof. Dr. A. G. Sdrawomyslow*, *Dr. A. E. Kruchmalew*; *Dr. E. Dähme*, *Dr. A. Sörgel*, *Prof. Dr. D. Dankwerts*. 35 Teilnehmer. Veröffentlichung als Arbeitsmaterial des IMSF, 1982.

2. „Demokratische und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik: Grundlagen — Probleme — Perspektiven“ / Marxistische Woche '81, Hamburg 18. — 23. Oktober 1981, veranstaltet vom IMSF, der Marxistischen Abendschule (MASCH) Hamburg, und dem MSB Spartakus, Hamburg. Einwöchige Vortrags- und Diskussionsveranstaltung und Abendveranstaltungen. 250 Dauerteilnehmer, einschl. Abendveranstaltungen etwa 2500 Teilnehmer. Vorträge von: *H. Jung*, Staat und staatsmonopolistischer Kapitalismus in den 80er Jahren; *J. Goldberg*, Massenarbeitslosigkeit, Krisentheorie und wirtschaftliche Gegenstrategie; *J. Schleifstein*, Gewerkschaftsgeschichte und Gewerkschaftstheorie; *W. Gerns*, Neue soziale Bewegungen und antimonopolistische Alternativen; *L. Peter*, Wissenschaft und Technik im Kapitalismus heute; *H. Holzer*, Massenmedien als ideologische Apparate; *M. Markart*, Jugend, Individuum und Protestbewegung. Abendveranstaltungen; *J. Hund*, „... ganz Frau und trotzdem frei zu sein...“, Diskussionsveranstaltung zur Perspektive weiblicher Existenz im Kapitalismus; *E. Hahn*, Die Sinn- und Wertkrise der bürgerlichen Gesellschaft; Lesung mit *H. P. Piwitt*; *U. Maske*, Neue Musik und Jugendprotest; Technik — Rationalisierung — Gegenwehr. Bedrohung der Arbeitsplätze: Beispiel Hamburg (mit betrieblichen und wissenschaftlichen Experten); Politische Podiumsdiskussion „Was uns trennt — was uns eint“. Zur Strategie der Linken. Teilnehmer: *J. Bischof* (SOST), *L. Doormann* (DFI), *W. Gehrcke* (DKP), *L. Hajen* (SPD), *Th. Langer* (Grüne), *H. Mahler* (Betriebsratsvors.), *Chr. Schmidt* (Altern. Wahlbew.), *O. Scholz* (Jusos); *G. Brosius*, Alternativen in Rüstungsbetrieben — Umstellung auf Friedensproduktion?; *K. Maase*, Kulturtheorie in der Diskussion.
Berichte: Marxistische Blätter H. 1/1982; Das Argument 132 (1982), Veröffentlichung der Vorträge von *L. Peter* und *E. Hahn* in: rote blätter H. 12/1981.

3. Politikzugänge bei Frauen und Probleme der Verbindung von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung. Diskussionsrunde des Arbeitskreises zur Frauenfrage, 24. Januar 1982, Frankfurt/M. Referate von *F. Haug*, *U. H.-Osterkamp*, *L. Doormann*, *K. Jakubowski*. 50 Teilnehmer.

Tagungsberichte: Marxistische Blätter H. 3/1982; Das Argument 133 (1982); Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5/1982.

Veröffentlichung des Referats von *U. H.-Osterkamp*: ebd.

4. Tagung „Einheitsgewerkschaft: Historische Quellen, politische Grundlagen, aktuelle Probleme“, 27./28. Februar 1982, Frankfurt am Main/Bergen-Enkheim. 250 Teilnehmer. Vorträge von *J. Schleifstein*, Zu den historischen Quellen und politischen Grundlagen der Bildung von Einheitsgewerkschaften nach 1945; *F. Deppe*, Die Funktion der Einheitsgewerkschaft und der Kampf um eine gesellschaftliche Neuordnung nach 1945; *L. Müller/K. Pickshaus*, Aktuelle Probleme der Einheitsgewerkschaft und gewerkschaftlicher Klassenpolitik.

Diskussion mit Zeitgenossen des gewerkschaftlichen Neuaufbaus, Funktionären der Arbeiterbewegung und Wissenschaftlern über „Einheitsgewerkschaft und die Rolle der Kommunisten. Ein Kapitel verdrängter Geschichte und seine aktuellen Bezüge.“ Mit einer Ausstellung bisher weitgehend unveröffentlichter Dokumente der Einheitsgewerkschaft.

Tagungsberichte: Marxistische Blätter H. 3/1982; konsequent H. 2/1982.

Tagungsprotokoll: *Deppe/Müller/Pickshaus/Schleifstein*, Einheitsgewerkschaft. Quellen — Grundlagen — Perspektiven. Mit umfangreichem Dokumententeil und Fotos, Frankfurt/Main 1982, Nachrichten-Verlag.

5. Wochen-Seminar „Das ‚Kapital‘ im Original“ zur Einführung in den ersten Band des „Kapital“, veranst. von IMSF und dem MSB Spartakus, 21.—26. März 1982, mit *Prof. Dr. Alfred Lemnitz*, Berlin/DDR. 40 Teilnehmer.

6. Gemeinsames Rundtischgespräch mit Wissenschaftlerinnen des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der USAP, in Budapest vom 29. 3. bis 4. 4. 1982 zum Thema „Frauenprobleme in Ungarn und in der Bundesrepublik Deutschland“.

7. Gemeinsames Kolloquium von Wissenschaftlern des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR und des IMSF über „Sozialstruktur und Lebensweise im Kapitalismus“ in Berlin/DDR, 3.—6. Mai 1982.

8. Diskussionsrunde „Materialistische Staats- und Überbauteorie heute“, 24. April 1982 im IMSF, mit Vertretern der Zeitschriften „Das Argument“, „Probleme des Klassenkampfes“, „konsequent“, „Sozialist“, der Sozialistischen Studiengruppen (SOST) u. a.
Tagungsbericht: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5/1982

9. Internationale Wissenschaftliche Tagung des IMSF „Die Wirtschaftspolitik des Kapitals in der Krise — Ein Vergleich der kapitalistischen Hauptländer“, Frankfurt/M., 5./6. Juni 1982, 160 Teilnehmer. Referate von: *B. Cohen* (New York), Theorie und Praxis der ‚Reagonomics‘; *K. Maekawa* (Kyoto), Im Zeichen der Wirtschaftskrise: Umgruppierung des staatsmonopolistischen Kapitalismus Japans; *S. Aaronovitch* (London), Die Lage des britischen Kapitalismus; *B. Marx* (Paris), Alternative Frankreich: Weg aus der Krise?; *J. Goldberg/J. Huffschmid* (Frankfurt am Main/Bremen), Beispiel Bundesrepublik: Konservative Wende unter sozialdemokratischer Führung; Kurzbeiträge von *M. Graber* (Wien), *P. Kosonen* (Helsinki), *M. Aguilera* (Chile).

Tagungsbericht: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5/1982

Tagungsprotokoll: Referate, Diskussionsübersicht und statistische Materialien: Marxistische Blätter H. 5/1982

Autoren dieses Bandes

Lothar Bading, Hamburg, geb. 1949, Dipl.-Soziologe, Doktorand; Arbeitsgebiet: Fragen der Gewerkschafts- und Energiepolitik.

Achim Bühl, Marburg, geb. 1956, Studium der Gesellschaftswissenschaften; Arbeitsgebiete: Politische Theorie des Marxismus, politische Soziologie, Geschichte der Arbeiterbewegung.

Michael Ellwardt, Marburg/L., geb. 1949, Doktorand der Soziologie; Arbeitsgebiet: Staatstheorie, Verbände- und Überbautheorie; Diss. über Verbändeinteressen und Wettbewerbsgesetzgebung in der BRD.

Dr. Heike Flessner, Oldenburg, geb. 1944, Studienleiterin an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, Erziehungswissenschaftlerin.

Dr. Sakari Hänninen, Helsinki, geb. 1949, Politologe, Assistent an der Universität Helsinki.

Thomas Harms, Hamburg, geb. 1956, Diplom-Politologe.

Dr. Johannes Henrich von Heiseler, Dierdorf, geb. 1938, Soziologe, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Probleme der Entwicklung gesellschaftlichen Bewußtseins.

Josef Hülsdünker, Münster, geb. 1951, Soziologe, z. Zt. Lehrbeauftragter an der FHS in Dortmund; Arbeitsschwerpunkte: Industrie- und Betriebssoziologie, Gewerkschaftspolitik.

Michael Jäger, West-Berlin, geb. 1946, Studium der Politikwissenschaft und Germanistik; 1973–78 Ass. am Psychol. Inst. der FU, Doktorand und Studienreferendar; Arbeitsgebiete: Parteientheorie, Korporatismus-Debatte, Staatstheorie.

Alfred Kleinknecht, Amsterdam, geb. 1951, Forschungsassistent an der Vrijen Universiteit Amsterdam. Wirtschaftswissenschaftler.

Dr. Heidi Knake-Werner, Oldenburg, geb. 1943, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, Sozialwissenschaftlerin.

Dr. Pekka Kosonen, Helsinki, geb. 1950, Soziologe, Forschungsassistent der Finnischen Akademie der Wissenschaften.

Dr. Ulrich Kypke, Bonn, geb. 1944, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler; Arbeitsgebiet: Politisch-administrative Systeme; z. Zt. arbeitslos.

Dr. André Leisewitz, Frankfurt/Main, geb. 1947, Dipl.-Biologe, Mitarbeiter des IMSF; Arbeitsgebiet: Wissenschaftsgeschichte, Probleme des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Dr. Kaspar Maase, Bad Vilbel, geb. 1946, Lektor und Mitarbeiter des IMSF, Veröffentlichungen zur Kultur- und Freizeittheorie, Kultur- und Freizeitpolitik; Arbeitsgebiete: Kulturpolitik, Lebensweise der Lohnarbeiter in der BRD.

Morus Markard, Westberlin, geb. 1948, Dipl.-Psychologe, Redaktion „Forum Kritische Psychologie“; Arbeitsgebiete: „Sozialpsychologie“, Subjektentwicklung in der frühen Kindheit.

Dr. Ute H.-Osterkamp, Westberlin, geb. 1935, Privat-Dozentin, wiss. Angestellte am

Psychologischen Institut der FU Berlin; Arbeitsgebiet: Objektive Bedingungen subjektiver Entwicklung/Entwicklungsbehinderung.

Dr. Jürgen Reusch, Frankfurt/Main, geb. 1947, Stellvertr. Leiter des IMSF; Sinologe und Politologe; Arbeitsgebiete: Rüstung/Abrüstung, Friedensbewegung, politische Prozesse der BRD.

Witich Roßmann, Marburg, geb. 1951, Politikwissenschaftler, Doktorand; Arbeitsgebiete: Analyse sozialer Bewegungen, Gewerkschaftstheorie.

Bernhard Roth, Marburg, geb. 1950, Dipl.-Volkswirt, Doktorand; Arbeitsgebiete: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Krisenprozesse und -theorie.

Kurt Schacht, Hamburg, geb. 1932, Mitarbeiter beim Parteivorstand der DKP; Arbeitsgebiet: Parteienentwicklung und -soziologie.

Rolf Schellhase, Münster, geb. 1951, Soziologe, Promotion 1982; Arbeitsschwerpunkte: Industrie- und Betriebssoziologie, Militärsoziologie, Geschichte der Soziologie.

Dr. Angelina Sörge, Bremen, geb. 1948, Diplom-Ökonomin; Arbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik, Monopoltheorie, Bilanzanalyse.

M. Sotow, Moskau, Wissenschaftlicher Sekretär des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU.

Dr. Brunhild Spannake, Münster, geb. 1955, Soziologin, z. Zt. Lehrbeauftragte am Soziologischen Institut der Universität Münster; Arbeitsgebiete: Industrie- und Betriebssoziologie, soziale Folgen neuer Produktionstechnologien, Gewerkschaftstheorie, Frankreichforschung.

Dr. Rainer Volkmann, Hamburg, geb. 1947, Dipl.-Volkswirt, Wiss. Mitarbeiter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (Fachgebiet: Volkswirtschaftslehre); Arbeitsgebiet u. a.: Preis- und Beschäftigungspolitik, Wohnungsbaupolitik, regionale Wirtschaftspolitik.

Dr. Harald Werner, Oldenburg, geb. 1940, Lehrbeauftragter an der FHS Emden, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und Universität Bremen; Arbeitsgebiete: Bewußtseinsforschung, Didaktik der Arbeiterbildung.

Bettina Wessels, Frankfurt/M., geb. 1950; Studium der Kunstgeschichte; Journalistin.

Zusammenfassungen

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 10—41

Kaspar Maase

Neue Bewegungen: Gesellschaftliche Alternative oder kultureller Bruch?

Der Beitrag betrachtet die Wechselwirkung von drei Strömungen: breite Bewegungen im Reproduktionsbereich, Formen des Krisenprotests und der Identitätssuche sowie betrieblich-gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. In den neuen sozialen Bewegungen dominieren Positionen und Interessen v. a. der lohnabhängigen Mittelschichten. Das hängt zusammen mit deren wachsender Aktivität wie mit Blockierungen der Arbeiterbewegung der BRD. V. a. die Regierungsrolle der SPD in der Tendenzwende seit der Krise 1974/75 läßt die neuen sozialen Bewegungen zum Kristallisationspunkt von Krisen-Gegenwehr werden. Generationsgemeinschaften und Geschlechterproblematik sind Schienen, über die Mittelschichtpositionen die Ausbildung von Persönlichkeits- und Reproduktionsbedürfnissen auch in der Arbeiterklasse beeinflussen.

An den neuen Bewegungen werden Züge der Identitätssuche und des kulturellen Bruchs mit der bisherigen Lebensweise und ihren Werten herausgearbeitet. Ein zentrales Motiv ist die Einstellung, daß nur Widerstand sinnvolles Leben ermöglicht. Die Barrieren zwischen neuen Bewegungen und Arbeiterbewegung resultieren nicht allein aus politischen Blockaden systemerhaltender Kräfte; tiefe Differenzen in Lebensweise und Kultur zwischen Arbeiterschaft und den Trägern der neuen Bewegungen erfordern hohe politische Bewußtheit, um die aktivsten und kritischsten Kräfte der Arbeiterklassenjugend für die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 42—71

Witich Roßmann

Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik

Mit der Entwicklung der Produktivkräfte sind weitreichende gesellschaftliche und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten entstanden, die sich in der Zunahme sozialer Bedürfnisse in der Arbeiterklasse reflektieren. Ihre Umsetzung in Aktionen der Arbeiterbewegung hängt von vielen Faktoren ab; Generationswechsel, die Rolle von Zentren, ökonomisch-politische Zyklen und Avantgardegruppen werden näher untersucht. In den 70er Jahren sind neue soziale Bedürfnisse in Inhalt und Form gewerkschaftlicher Politik eingegangen; dazu trugen „alte“ und „neue“ Gruppen der Gewerkschaftsbewegung bei. Die neuen Bedürfnisse prägen einen veränderten Typus des gewerkschaftlichen Aktivistens, der selbständig handelt, hohe Ansprüche an innergewerkschaftliche Demokratie stellt und ein „Scharnier“ zu den neuen sozialen Bewegungen bildet.

Tendenzen klassenautonomer Politik und der Aufnahme neuer sozialer Bedürfnisse sind im DGB Minderheitspositionen. Erhaltung und Ausbau gewerkschaftlicher Gegenmacht hängen davon ab, wie die von ihnen erkannten Probleme und Alternativen aufgegriffen werden.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 72—79

Johannes Henrich von Heiseler

Wandel des Wertsystems?

Der Autor knüpft an die Untersuchungen von Ronald Inglehart, Elisabeth Noelle-Neumann u. a. über den gesellschaftlichen Wertwandel in der BRD und setzt sich mit den gängigen theoretischen Deutungen dieses Wertwandels auseinander. Unbezweifelbar ist, daß in wichtigen Bereichen Veränderungen im Wertsystem stattgefunden haben. Soziale und generationelle Differenzierungen dieser Veränderungen werden angesprochen. Hervorgehoben werden gewachsene Ansprüche auf Autonomie und Kontrolle und auf eine gleichberechtigte Stellung der Frauen im persönlichen und gesellschaftlichen Leben. Die Veränderungen des Wertsystems werden auf Veränderungen im Bereich der Produktion zurückgeführt.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 80–94

Harald Werner

Die Sozialpsychologie der Arbeiterklasse und die „neuen sozialen Bewegungen“

Der Autor versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob die im Zusammenhang mit den „neuen sozialen Bewegungen“ entstandenen politischen Orientierungen Einfluß auf die Bewußtwerdungsprozesse der Arbeiterklasse in der BRD nehmen werden. Er geht bei der Beantwortung von Grundmerkmalen der Sozialpsychologie der Arbeiterklasse aus und hebt besonders die Bedingungen hervor, die sich aus dem Zerfall sozialpartnerschaftlichen Denkens ergeben. Aus einem Vergleich der Individualitätsform des Lohnarbeiters mit sozialpsychologischen Merkmalen der genannten Bewegungen kommt er zu dem Schluß, daß sich zwar bestimmte Einflüsse feststellen lassen, daß aber letztendlich der kongruenten Übernahme der entsprechenden Ideologien erhebliche Barrieren entgegenstehen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 95–106

Morus Markard

„Lieber einen Stein in der Hand als ein Brett vor'm Kopf“? Psychologische Überlegungen zur „neuen Jugendbewegung“

Das Denken in Kategorien des Generationskonflikts isoliert (verschieden alte) Gruppen vergleichbarer Klassen- und Interessenlage gegeneinander. Dies verschärft die Wirkung einer an der Logik der Subjektentwicklung vorbeigehenden *Erziehungshaltung* gegenüber politisch agierenden Jugendlichen, die die Weitergabe historisch gewonnener Kampferfahrungen erschwert und gemeinsame Perspektiven vernebelt. Der „Dialog“ mit der Jugend ist ein Kampfmittel der Herrschenden zur gewaltlosen Befriedung der Jugend. Die Dialogstrategie muß sich praktischer Solidarität (und solidarischer Diskussion) mit den Jugendlichen entschlagen. Solche Beziehungen sind allein auf der Basis gemeinsamer Interessen möglich.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 107–142

Lothar Bading

Beispiel Hamburg: Soziale Bewegungen – politische Strömungen und Verallgemeinerungen – Wahlen

Der Verfasser geht der Entwicklung der Bürgerinitiativen und sozialen und politischen Protestbewegungen Hamburgs seit Mitte der 70er Jahre nach. Insbesondere versucht er auf der Basis der Analyse der Hamburger Klassen- und Sozialstruktur, den Rekrutierungsboden der sozialen Bewegungen und der sie politisch repräsentierenden Kräfte und deren soziales Profil zu bestimmen.

Der Beitrag enthält ebenfalls eine Darstellung der wichtigsten politischen Kräfte im außerparlamentarischen Raum (linke Sozialdemokraten, DKP, KB/GAL) und ihrer Rolle im Prozeß der politischen Verallgemeinerung der sozialen Bewegungen. Eine Analyse der Bürgerschaftswahlergebnisse vom Juni 1982, besonders hinsichtlich der Struktur der Wählerschaft der GAL und des Wahlverhaltens enttäuschter früherer sozialdemokratischer Arbeiterwähler, schließt den Beitrag ab.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 143–156

Kurt Schacht

SPD in den 80er Jahren

Der Verfasser analysiert die neuere Entwicklung der SPD unter Einbeziehung der z. Z. vorliegenden soziologischen Studien. Ihm geht es darum, deutlich zu machen, wie sich die Krise der Sozialdemokratie auf die soziale Basis dieser Partei auswirkt und wie die Verschiebung der Mitgliederstruktur mit der Öffnung zur sogenannten Volkspartei eine neue Stufe der Integrationspolitik ermöglicht hatte. Die aktuelle Krise der Sozialdemokratie ist vor allem durch die Krise des staatsmonopolistischen Systems bedingt. Ausdruck der Krise der SPD ist ihre nachlassende Integrationsfähigkeit, die innerhalb der SPD-Führung zu heftigen Diskussionen um die anzustrebende Integrationsstrategie geführt hat (Debatte um die Löwenthal-Thesen). Eine bestimmte Reaktion ist die Erweiterung sozialdemokratischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Gegenwärtig ist noch

nicht abzusehen, wie die SPD ihre frühere Integrationsfähigkeit zurückgewinnen kann. Rein taktische Maßnahmen sind dazu offensichtlich unzureichend. Gleichwohl bleibt die SPD eine der entscheidenden politischen Formationen in der BRD.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 157—169

Michael Ellwardt
Strukturalismus wider Klassenkampf?

Der Verfasser kritisiert Konzeptionen der Soziologen N. Poulantzas und J. Hirsch, die sich in wesentlichen theoretischen Grundlagen auf die strukturalistischen Auffassungen von M. Foucault stützen. Der Verfasser behandelt jene Problembereiche, die die Auffassung der genannten Autoren zum Klassenkampf berühren. Dabei spielt der Staat als zusammenfassende, überdeterminierende Struktur eine wesentliche Rolle. Gezeigt werden kann insbesondere, wie bei J. Hirsch mit der Aufnahme strukturalistischer Vorstellungen eine Metamorphose von einer materialistischen Gesellschaftskonzeption zu einer Ideologie der Subjektivität, die in den Alternativbewegungen zum Ausdruck kommt, vollzogen wird.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 170—188

Heike Flessner / Heidi Knake-Werner
Sich einmischen — seine Identität finden — gemeinsam kämpfen.
Bedürfnisentwicklung und Politikzugänge von Frauen

Im Mittelpunkt des Beitrages steht die Frage, wie und warum sich Frauen gegenwärtig in zunehmendem Maße in ihre eigenen Angelegenheiten mischen und politisch aktiv werden. Der Aufsatz beschreibt im ersten Teil aktuell vorfindbare Bewegungen und Handlungsfelder von Frauen in bezug auf die Artikulation und Wahrnehmung ihrer Interessen. In einem zweiten Schritt wird versucht, die darin bis heute erkennbaren unterschiedlichen Herangehensweisen als Ausdruck der Verarbeitung konkret-historischer Gesellschaftsprozesse zu analysieren. Dabei wird die soziale Lage der Frauen als entscheidendes Differenzierungskriterium für die Herausbildung der je spezifischen Politikzugänge zugrunde gelegt. Abschließend werden drei Richtungen politischen Handelns voneinander unterschieden und auf die Möglichkeit hin untersucht, Bündnisse im Interesse aller Frauen zu knüpfen.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 192—200

Ute H.-Osterkamp
Gesellschaftliche Unterdrückung oder psychische Unterwerfungstendenz?
Zu Frigga Haugs „Opfer—Täter“-Konzept

Die These von F. Haug, daß Menschen, indem sie sich den Verhältnissen fügen, zugleich ihr Einverständnis mit diesen bekunden, wird als Verdoppelung der Oberfläche kritisiert, die in der Auffassung gründet, die Einflußgröße ideologischer Faktoren unabhängig von den objektiven Lebensbedingungen erfassen zu können. Als wesentliche Konsequenzen dieser Auffassung werden herausgestellt: die Uminterpretation der objektiven Entwicklungsbeschränkungen in subjektive Entwicklungsbeschränkheiten und die Reduktion des Kampfes der Arbeiterklasse auf den Kampf um die ökonomische Absicherung, der durch den Kampf um die Selbstbestimmung — die als individuelle Befreiung von den Normen verkürzt wird — „ergänzt“ werden muß.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 201—212

Thomas Harms
Probleme der neuen Friedensbewegung

Die neue Friedensbewegung hat 1981 einen Aufschwung genommen. In der BRD trägt sie bereits den Charakter einer Volksbewegung. Eine besonders aktive Rolle spielen in ihr die Mittelschichten und die Intelligenz. Relevante Teile der Arbeiterklasse unterstützen die Ziele der Bewegung, ihr aktives Eingreifen wird durch die relative Passivität der Gewerkschaften jedoch gehemmt. Das Erstarken der neuen Friedensbewegung widerspiegelt ein höheres Niveau der Klassenauseinandersetzung in der BRD. Die Bewegung wirkt als Kristallisationspunkt aller anderen Bewegungen in der BRD und gleichzeitig aktiv auf diese zurück.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 213—239

Jürgen Reusch
Drei Zentren europäischer Friedens- und Rüstungsforschung.
Eine vergleichende Analyse

Der Autor gibt eine vergleichende Darstellung und Kritik der wissenschaftlichen Tätigkeit der drei bedeutendsten westeuropäischen Institute, die Untersuchungen zur Friedens- und Rüstungsforschung durchföhren: das Londoner International Institute for Strategic Studies, das Stockholm International Peace Research Institute und das Internationale Institut für den Frieden (Wien). Einer Darstellung der Organisation und Tätigkeitsschwerpunkte der genannten Institute folgt eine vergleichende Analyse ihrer Untersuchungen zum globalen nuklear-strategischen Gleichgewicht, zu Rüstungsausgaben und sozialen Folgen, zum euronuklearen Gleichgewicht sowie zu Triebkräften des Wettrüstens und Möglichkeiten der Abrüstung.

Während die Studien des Londoner IISS methodisch zweifelhaft und eindeutig NATO-Interessen untergeordnet sind, liefert SIPRI zwar reichhaltiges Datenmaterial und wertvolle Einzelanalysen, verfügt jedoch über eine mangelhafte und in sich nicht schlüssige Gesamtkonzeption. Die Verdienste des IIF liegen insbesondere auf dem Gebiet der Initiierung eines fruchtbaren internationalen Friedensdialogs. Der Verfasser betont die Notwendigkeit der Intensivierung einer marxistischen Friedensforschung.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 240—251

Rainer Volkmann
Rüstung und Arbeitsplätze

Der Beitrag erörtert die Beschäftigungseffekte von Rüstungsausgaben und -produktion, wie sie im Spektrum der Wirtschaftswissenschaften diskutiert werden. Er untersucht zuerst die vorwiegend als antizyklische Beschäftigungspolitik kreierte Rüstungsproduktion in der Krisenphase des Zyklus. Unter bestimmten Bedingungen sind kurzfristige Nachfrageerweiterungen nicht ausgeschlossen. Die Arbeitsplatzeffekte liegen allerdings bei Rüstungsausgaben unter den Effekten, die von Ausgaben bzw. Nachfrageerweiterungen im Bereich ziviler Produkte und Dienste ausgehen. Entscheidend sind die Langfristüberlegungen vom Standpunkt der Entwicklung des Reproduktions- und Akkumulationsprozesses. Indem Rüstungsproduktion keine Produktionsmittel für die Erweiterung der gesellschaftlichen Reproduktion zur Verfügung stellt, wird der gesamtwirtschaftliche Akkumulationsprozeß, der für die Einrichtung von Arbeitsplätzen entscheidend ist, künstlich verringert: Der Verzicht auf die Schaffung möglicher Arbeitsplätze ist die längerfristige Konsequenz.

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 5, 1982, S. 263—282

Angelina Sörgel
Sozialpolitik in der Wirtschaftskrise — Krise der Sozialpolitik

Im Mittelpunkt des Beitrages steht die Beantwortung der Frage, ob es ökonomische und soziale Grenzen der Restriktion der sozialen Leistungen in der BRD gibt, wodurch sie bestimmt sind und wo sie liegen. Theoretischer Ausgangspunkt ist die Bestimmung der sozialen Leistungen als Bestandteil der Reproduktion der Ware Arbeitskraft und damit des Reproduktionsprozesses des Gesamtkapitals und als Ergebnis des Klassenkampfes der Arbeiterklasse bzw. ihres sozialen Druckes. Die empirische Bestandsaufnahme umfaßt die Periode der sozialliberalen Koalition. Zu Beginn der 70er Jahre stehen, wie nachgewiesen wird, beachtliche Verbesserungen im Interesse der Arbeiterklasse. Jedoch läuft mit der Krise 1974/75 eine umfassende Reformzurücknahme an, die bis heute andauert und sich verschärft hat. Als Hauptgefahr der Sozialrestriktion wird die Tendenzwende der Gesamtpolitik hervorgehoben.

Karl Marx — zu seinem hundertsten Todestag am 14. März 1983

„...einen großen Hebel der Geschichte“

**Zum 100. Todestag von Karl Marx:
Aktualität und Wirkung seines Werks**

Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen
(Frankfurt/M.) und der Marx-Engels-Stiftung (Wuppertal)

Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF, Sonderband I

Ca. 370 Seiten. Mit Grafiken von Jörg Scherkamp.

DM 30,— Auslieferung: Oktober 1982

„...einen großen Hebel der Geschichte“ — so sah Marx die Wissenschaft und entsprechend entwickelte er seine revolutionäre Theorie. Was leistet sie für die Probleme der Gegenwart? Marxisten aus der Bundesrepublik, der UdSSR, der DDR und Frankreich untersuchen Hauptaspekte der Marxschen Theorie in ihrer Bedeutung für aktuelle theoretische, ideologische und politische Probleme: Materialistische Geschichtsauffassung und Epochencharakter, Arbeiterklasse und Partei, Formationstheorie, Politiktheorie bei Marx, Rüstung und Friedensfrage, Ökologie, Technikentwicklung, Ideologiebegriff, Kulturauffassung, Krisentheorie, Entfremdung, Wissenschaftsbegriff — das sind Themen dieses Bandes. Die Autoren: F. Deppe, J. Goldberg, H. H. Holz, J. Huffscheid, H. Jung, M. Klöckner, R. Kumpf, P. P. Lopata, K. Maase, Th. Metscher, H. Mies, L. Peter, H. J. Sandkühler, J. Schleifstein, W. Schwarz, A. Sörgel, R. Steigerwald, I. Taubert, J. Texier, B. Werlein.

Außerdem: Fünfzehn Antworten auf eine Umfrage der Redaktion „Was bedeuten für Sie Karl Marx und sein Werk heute?“

Das revolutionäre Subjekt in der Welt von heute

Internationale wissenschaftliche Konferenz aus Anlaß des 100. Todestages von Karl Marx, veranstaltet vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) und der Marx-Engels-Stiftung am 10. und 11. März 1983 in Trier.

Vorträge und Diskussion. Referenten aus der UdSSR, der DDR, Lateinamerika, Frankreich und der Bundesrepublik.

Nähere Informationen:

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Liebigstr. 6, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon 06 11 / 72 49 14**

IMSF-Beiträge 6

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Theorie · Diskussion · Empirische Analyse

IMSF-Beiträge 6/I

Bereits erschienen

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Staatsdiskussion und Staatstheorie

Die Hauptabschnitte:

1. Zur Entwicklung der Staatsauffassung bei den marxistischen Klassikern
2. Kritik von am Marxismus orientierten Staatskonzeptionen
3. Kritik bürgerlicher und reformistischer Staatsvorstellungen
4. Aspekte der Analyse des Staates und des politischen Herrschaftsmechanismus im SMK
5. Aktuelle Entwicklungsprobleme
6. Der BRD-Staat im Massenbewußtsein

Beiträge von: Dr. H.-J. Axt, Dr. Ch. Butterwegge, Prof. Dr. F. Deppe, M. Eihsen/A. Gottschalk, Dr. J. H. v. Heiseler, Prof. Dr. J. Huffschild, Dr. H. Jung, U. Kypke, Prof. Dr. J. Schleißein, C. Skrobanek, Dr. A. Sörgel, Dr. H. Werner

Redaktion: Dr. Heinz Jung, Prof. Dr. Josef Schleißein

494 Seiten, DM 30,—

Als Beilage der Graphikzyklus „Staat und Revolution“ von Carlo Schellemann

IMSF-Beiträge 6/II

Erscheinungstermin IV. Quartal 1982

Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik

Empirische Analysen · Fakten

Die Hauptabschnitte: Ökonomische Grundlagen und Finanzstruktur ● Der Staatsapparat ● Zur inneren Struktur und Gliederung des Staates der BRD ● Der Staat im Reproduktionsprozeß des SMK ● Einzelaspekte der empirischen Analyse ● Staat und Arbeiterbewegung

Mitarbeit von: A. Bühl, Dr. C. Butterwegge, M. Ellwardt, A. Gottschalk/M. Eihsen, Dr. G. Hautsch, Dr. H. Jung, Dr. U. Kypke, H. Mestars, A. Schulte, C. Skrobanek, Dr. A. Sörgel

Redaktion: Dr. Heinz Jung

Etwa 400 Seiten, DM 30,—

Bezug über den Buchhandel oder direkt vom IMSF.

Gesamtpreis bei Abnahme beider Bände DM 50,—.

IMSF

**Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1**

IMSF-Neuerscheinungen 1982

Theorie und Methode Band VI

Staatsmonopolistische Komplexe

Zu einer Kategorie der aktuellen Kapitalismusanalyse

Beiträge aus der UdSSR zu einer Konzeption sowjetischer Ökonomen, 114 Seiten, DM 15,-

Informationsbericht Nr. 34

Jugendliche in der DKP

Eine empirische Studie über ihre Politikzugänge

Arbeitsgruppe des IMSF, 99 Seiten, DM 10,-

Informationsbericht Nr. 35

Krise der Automobilindustrie - Das Beispiel des Multi General Motors/Opel AG

Verfasser: D. Döe, J. Hentrich, 150 Seiten, DM 15,-

Informationsbericht Nr. 36

Vereine. Geschichte - Kultur - Politik

Verfasser: F. Kröll, S. Bartjes, R. Wiengarn, 140 Seiten, DM 15,-

Soziale Bewegungen - Analyse und Dokumentation des IMSF
Heft 11

Neue Beweglichkeit - neue Impulse? Betriebs- und Tarifikämpfe 1980/1981

Hoesch/Dortmund - Post - Metall

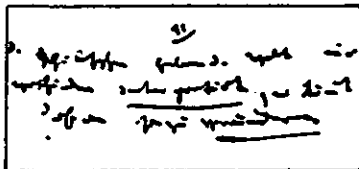
Verfasser: H. Bömer, B. Goergens, G. Hautsch, B. Semmler,
128 Seiten, DM 8,-

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1

DIALEKTIK

Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften **4**

Für den Frieden —
Aufgaben der Philosophie
und der Wissenschaften



STUDIEN
ZUR
DIALEKTIK

Pahl-
Rugenstein
Verlag

DIALEKTIK 4
Für den Frieden —
Aufgaben der Philo-
sophie und der
Wissenschaften

Redaktion: Hans Heinz Holz
und Hans Jörg Sandkühler
231 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-7609-0684-2

Fordern Sie bitte
den Sonderprospekt
DIALEKTIK an.

Inhalt Zur Einführung: Frieden ist möglich *Von Hans Heinz Holz und Hans Jörg Sandkühler* · **Der Kommentar** Nuklearer Frieden *Von Dieter Henrich* · **Aufsätze** Hans Jörg Sandkühler Für eine Philosophie des Friedens · Hermann Klenner »...und das Gerede verstummt vor den ernstesten Wiederholungen der Geschichte« · Volker Bialas Mechanisches Gleichgewicht, Balance of Power und friedliche Koexistenz · Hans Heinz Holz Zur Logik der Koexistenz · Ingetrud Pape Das Maß des Friedens · Dorothee Sölle Aufrüstung tötet auch ohne Krieg · Hermann Kant Wie recht behält einer, der sein Leben nicht behält? · Kurt W. Rothschild Ökonomische Aspekte des Friedens · Gerhard Stuby Das Friedensgebot des Grundgesetzes und der internationalen völkerrechtlichen Dokumente · Morus Markard Welchen Beitrag kann die Psychologie zur Friedenssicherung leisten? · Ulrich Gutschow Lernen für den Frieden · Wolfgang Popp Handlungsorientierte Friedenserziehung · **Glosse** Zum ewigen Unfrieden oder wat Schmidt mit Kant tau daun hett *Von Joachim Schickel* · **Diskussion und Kritik** · **Literaturbericht** Friedensforschung zwischen Philosophie und Geschichte · **Dokumente** Dokumente der Friedensbewegung vom Einstein-Russell-Manifest (1955) bis zum Appell der Schriftsteller Europas (1981) · Mitteilungen · Autoren

Pahl-Rugenstein · Gottesweg 54 · 5000 Köln 1

Klassiker der Soziologie

Einführung in die Soziologie

Von F. TÖNNIES

2., unveränd. Aufl.
1981. XXVIII, 328 S.,
kart. DM 32,-

Max Weber und die Rationalisierung sozialen Handelns

Hrsg. von W. M. SPRONDEL/
C. SEYFARTH

1981. X, 266 S., kart. DM 39,-

Alfred Schütz und die Idee des Alltags in den Sozialwissenschaften

Hrsg. von W. SPRONDEL/
R. GRATHOFF

1979. X, 214 S., kart DM 29,80

Maurice Merleau-Ponty und das Problem der Struktur in den Sozial- wissenschaften

Hrsg. von R. GRATHOFF/
W. SPRONDEL

1976. VI, 194 S., kart. DM 29,80

Soziologie als exakte Wissenschaft

Von H.-J. DAHME

Teil I: Simmel im Urteil
der Soziologie
1981. VIII, 232 S.,

Teil II: Simmels Soziologie
im Grundriß

1981. VIII, 308 S.,
»Copythek« DM 48,-
Beide Bände werden nur
gemeinsam abgegeben

Handwörterbuch der Soziologie

Hrsg. von A. VIERKANDT
Gekürzte Studienausgabe
Vorwort von R. König.
Einleitung von P. Hochstim
1982. XX, 236 S., kart. DM 32,-

Handwörterbuch der Soziologie

Hrsg. von A. VIERKANDT
1. unveränd. Nachdruck
1959. XII, 690 S., Ln. DM 138,-

Soziologie-autobiographisch

Von T. PARSONS, u. a.

Aus dem Amerikanischen übersetzt von
M. zur NEDDEN PFERDEKAMP/u. a.
1975. X., 232 S.,
»flexibles Taschenbuch« DM 9,80

Soziologisches Lesebuch

Hrsg. von G. EISERMANN
1969. VIII, 408 S., kart. DM 34,-

Preisänderungen vorbehalten

 **Ferdinand Enke Verlag Stuttgart**



Georg Assmann u. a. (Hrsg.)

Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie

2., überarbeitete und erweiterte Auflage 1978. 758 S. 12 x 19 cm.

Folieneinband DM 18,80

Das „Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie“ wurde von Soziologen und Gesellschaftswissenschaftlern der DDR in der Absicht geschrieben, einen Überblick über die wichtigsten Probleme und Methoden der Soziologie zu geben und vor allem die Grundlagen und Hauptaspekte einer selbständigen, im Gegensatz zur „bürgerlichen“ Soziologie stehenden, marxistisch-leninistischen Soziologie darzustellen. Insofern spiegelt das Wörterbuch in seinen über 230 Artikeln das Selbstverständnis und den aktuellen Stand der Soziologie in der DDR und indirekt auch der anderen sozialistischen Länder, deren soziologische Forschung es einbezieht. Theorien, Methoden und Ansätze der „bürgerlichen“ Soziologie werden sowohl referiert als auch aus der Sicht der marxistisch-leninistischen Soziologie beurteilt.

Manfred Buhr und Alfred Kosing

Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie

4., überarbeitete Auflage 1979. 385 S. 12 x 19 cm. Folieneinband DM 12,80

Von „Abbild“ bis „Zweckmäßigkeit“ reicht die alphabetisch geordnete Reihe der grundlegenden Begriffe des dialektischen und historischen Materialismus, der marxistisch-leninistischen Erkenntnistheorie und der an die Philosophie angrenzenden Wissenschaftsdisziplinen, die von den Autoren in allgemeinverständlicher Weise erläutert werden. Auch zahlreiche fundamentale Begriffe aus dem Arsenal der zeitgenössischen bürgerlichen Philosophie erfahren eine Erklärung und Wertung.

Gestützt auf die einschlägigen Lehrbücher, Gesamtdarstellungen und Monographien, auf neue Forschungsarbeiten und auf die Erkenntnisse der sowjetischen philosophischen Wissenschaften, vermittelt dieses von Wissenschaftlern der DDR erarbeitete Wörterbuch einen beträchtlichen Fundus gesicherten Grundwissens der marxistisch-leninistischen Philosophie.

Peter Christian Ludz

Ideologiebegriff und marxistische Theorie

Ansätze zu einer immanenten Kritik

2., durchgesehene Auflage 1977. 356 S. 15,5 x 22,6 cm. Folieneinband DM 42,-

Die Aufsatzsammlung skizziert in kritisch-immanenter Analyse die Entwicklung des Ideologiebegriffs seit Hegel, Marx und den Junghegelianern bis in die Gegenwart. Mit Hilfe des Ideologiebegriffs wird ferner die ideologische Entwicklung besonders in der Sowjetunion und der DDR (unter Einbeziehung der Situation in Polen, Jugoslawien und der CSSR) untersucht. Aufgrund dieser ideologiekritischen und ideologienhistorischen Analysen wird ebenso Material für eine kritische Gesellschaftstheorie wie für eine Geschichte des neueren marxistischen Revisionismus bereitgestellt.

Westdeutscher Verlag

Neuerscheinung



Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA)

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Dritte Abteilung · Briefwechsel

**Band 2 · Karl Marx/Friedrich Engels
Briefwechsel Mai 1846 bis Dezember
1848**

Text/Apparat 54, 1209 Seiten.
Mit 33 Abbildungen sowie
Zeichnungen von Friedrich Engels
Kunstleder im Schuber 135,— M.
Best.-Nr.: 744 900 8
Bestellwort: MEGA, 3. Abt., Bd. 2

In etwa 300 Briefen — darunter die im Anhang zum großen Teil erstmals veröffentlichten Briefe an Marx und Engels — werden neue Angaben über die Tätigkeit von Marx und Engels als Führer des Brüsseler Kommunistischen Korrespondenz-Komitees, über ihre führende Rolle in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“, über ihre Bemühungen um die Schaffung und Festigung des Bundes der Kommunisten und über das Wirken der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vermittelt.

Dritte Abteilung · Briefwechsel

**Band 3 · Karl Marx/Friedrich Engels
Briefwechsel Januar 1849 bis
Dezember 1850**

Text/Apparat
Etwa 52, 2 190 Seiten. Mit 43 Abbildungen. Kunstleder im Schuber 135,— M.
Bestellangaben: 744 901 6/MEGA,
3. Abt. Bd. 3

Die von Marx und Engels zwischen 1849 bis 1850 gewechselten Briefe widerspiegeln ihre Tätigkeit in den letzten Etappen der Revolution von 1848/49 und zu Beginn ihrer Emigration. Die Briefe dokumentieren den Kampf von Marx und Engels gegen die Konterrevolution sowie ihre Bemühungen um die theoretische Verallgemeinerung der Erfahrungen der Revolution, insbesondere in der „Neuen Rheinischen Zeitung. Politisch-ökonomische Revue“. Aus dieser Zeit sind nur wenige Briefe von Marx und Engels überliefert, somit sind die im Band zum Teil erstmals veröffentlichten Briefe dritter Personen an sie von besonderem Wert.

Vierte Abteilung Exzerpte · Notizen · Marginalien Band 2

Text/Apparat
Etwa 52, 1 822 Seiten. Mit 25 Abbildungen und 2 Karten. Kunstleder im Schuber 135,— M. Bestellangaben:
744 949 7/MEGA, 4. Abt. Bd. 2

Die in diesem Band enthaltenen Exzerpte werden erstmals im vollen Wortlaut publiziert. Sie bilden einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des Entwicklungsweges von Marx und Engels bei der Herausarbeitung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse. Es handelt sich um fünf Hefte, die Marx 1843 in Kreuznach als „Historisch-politische Notizen“ niederschrieb, um seine Pariser Hefte mit Auszügen aus Werken bedeutender bürgerlicher Ökonomen und um Engels' Auszüge aus Alisons Buch „The Principles of Population“.



DIE WELT- BEVÖLKERUNG IN ZAHLEN

Herausgegeben
von Parviz Khalatbari

1982 · Etwa 236 Seiten · 26 Abb. · Kunstleder · etwa 28,— M
Bestell-Nr. 7539986 · Bestellwort: Weltbevölkerung 6652

Es handelt sich um ein tabellarisches Nachschlagewerk, in dem für alle Länder der Erde mit einer Bevölkerung über 250 000 Personen (auf je zwei Buchseiten) Auskunft über 26 wesentliche demographische Kennziffern gegeben wird. Hierbei wurden die Daten für den Zeitraum von 1950 bis zum Jahre 2000 jeweils in Fünfjahresintervallen erfaßt.

Ab 1980 handelt es sich um Vorausberechnungen.

Die Kennziffern ermöglichen einen Überblick über den Bevölkerungszustand zu den jeweiligen Zeitpunkten, über die Struktur der Bevölkerungsbewegung.

Die Angaben sind gegliedert nach Erdteilen, Regionen und Staaten.



Akademie-Verlag

1086 BERLIN, Leipziger Straße 3/4, Postfach 1233

Marxistische Blätter



Unsere Zeitschrift feiert 1983 ihren 20sten Geburtstag. Sie ist die älteste marxistische Zeitschrift in der Bundesrepublik. Bei uns schreiben Betriebsräte und Vertreter von Bürgerinitiativen, Wissenschaftler und Künstler. Vertreter der Friedens- und Arbeiterbewegung kommen ebenso zu Wort wie Vertreter der Jugendbewegung. Führende Kommunisten aus dem In- und Ausland nehmen zu brennenden Fragen Stellung. Wir veröffentlichen Kommentare und Hintergrundinformationen, Analysen, Diskussionsbeiträge und Streitgespräche, Berichte und Buchkritiken.

Die Marxistischen Blätter sind eine linke Zeitschrift. Die Marxistischen Blätter mischen sich ein.

1/82: Aufrüstung = Sozialabbau

Was kostet uns die Rüstung?; „Operation 82“; Gewerkschaften und DKP gegen Sozialabbau. Und: Sozialenzyklika des Papstes; Gespräche mit Kommunisten aus Frankreich und Chile.

2/82: Perspektiven der Friedensbewegung

NATO-Raketen — die Schlüsselfrage; SPD und DGB zum Friedenskampf; „Supermächte“; Ideologische Fragen und „neue“ Friedensbewegung; Diskussionsthese zur „Sozialen Verteidigung“; DKP zu Pazifismus und alternativer Sicherheitspolitik. Und: Polen sowie Gespräche zum Ostermarsch und zu Wahlbündnissen.

3/82: Arbeitslosigkeit

Ursachen der Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik; Arbeitslosenbewegung in Westeuropa; Frauen-, Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit; Gespräche zur Erwerbslosenbewegung vor 50 Jahren und zur Umstellung auf Friedensproduktion. Und: Kommunistische Bündnispolitik.

4/82: Frauen

...ein Leben lang Männchen machen?; Rotstiftpolitik und Frauenarbeitslosigkeit; Ausländerinnen; Frauenbewegung; DKP-Frauenprogramm; Marxismus und Neofeminismus; Clara Zetkin und Gleichberechtigung in der DDR; Gespräch: Frauen und Gewerkschaft. Und: Faschismus-Diskussion.

5/82: Krisenpolitik des Kapitals

Beiträge aus USA, Japan, Großbritannien, der Bundesrepublik, Österreich, Chile und Finnland; Alternativen in Frankreich?; Tagung des IMSF zum Thema; Gespräch zum Kampf für die Verteidigung von Arbeitsplätzen. Und: Wohnungspolitik; Arbeiter- und Friedensbewegung.

6/82: UdSSR — „die andere Supermacht“?

...der Mensch steht im Mittelpunkt; Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Umweltpolitik; Sozialistische Demokratie; Nationalitätenfrage; Sowjetische Friedenspolitik und hiesige Friedensbewegung. Und: Militär im Weltraum; Zwei Jahre Reagan und „das andere Amerika“.

Die Marxistischen Blätter erscheinen alle zwei Monate. 128 (und manchmal 144) Seiten stark — für nur 4,80 DM. Das Jahresabonnement kostet 21,50 DM (nur ab Verlag); für Lehrlinge, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende nur 17,50 DM (zuzügl. Versandkosten).

Verlag Marxistische Blätter

Heddernheimer Landstraße 78a · 6000 Frankfurt am Main 50

ARGUMENT
STUDIENHEFTE
SH 50

FRAUENPOLITIK
OPFER/TÄTER
DISKUSSION 2



'ASTHETIK
DES
WIDERSTANDS'
LESEN

ARGUMENT
STUDIENHEFTE
SH 51

W. GOLDSCHMIDT
STAATS-
THEORIEN

EINFÜHRUNG
IN DIE
POLITISCHE
SOZIOLOGIE 3



DAS
ARGUMENT
133

Inhalt	373
Aufbau des neuen Untersuchungs-	374
ansatzes: Das Konzept der Frage-	377
Frage(n) linear Politik	
Julius Adenauer: Politische (Re-)Konstruktion des Postwar-	381
Plans: Hegel	382
Reinhold Niebuhr: Vom Krieg zum Frieden	383
Karl Heinrich Popper	384
Wissenschaft und Kritik des Antisemitismus	385
Stefan Müller	386
Die Krise der Sozialpolitik in der Arbeitsmarktpolitik	387
Stefan Müller	388
Wissenschaft und Sozialpolitik	389
Christoph Schulte	390
Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft, Postkolonial-	391
Studienhefte (SH) 50: Arbeitsmarktpolitik	392
Frankfurt/Alten: Stadtentwicklung 1970: Postkolonial-Colonial-	393
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	394
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	395
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	396
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	397
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	398
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	399
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	400
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	401
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	402
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	403
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	404
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	405
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	406
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	407
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	408
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	409
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	410
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	411
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	412
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	413
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	414
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	415
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	416
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	417
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	418
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	419
forschung: Ein Beitrag zur Stadtentwicklung, 1970: Postkolonial-Colonial-	420

Das Argument-Konzept

Das Verlagsprogramm soll der Entwicklung der theoretischen Kultur der Linken dienen. Wissenschaftliche Zuarbeit zu den sozialen Bewegungen: den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft und der Kultur, der Frauenbefreiung, der Naturbewahrung und der Friedensbewegung. Zuarbeit zu einem sozialistischen Projekt, das diese Bewegungen aneinanderlagert.

Die wissenschaftliche Taschenbuchreihe **Argument-Sonderbände** stellt im Rahmen dieses allgemeinen Projekts einen Verbund spezieller Projekte dar. Die einzelnen Serien innerhalb der Reihe sind Medien der Forschung und Kommunikation spezifischer Praxisbereiche:

- Gewerkschaftsfragen/Arbeitergeschichtsschreibung
- Frauen-Forschung
- Kultur-von-unten/Eisler/Brecht
- * Literatur im historischen Prozeß
- * Gulliver/Deutsch-Englische Jahrbücher
- Ideologie-Theorie
- * Kritische Psychologie
- * Kritische Medizin
- Automation und Qualifikation
- Alternative Wirtschaftspolitik
- Alternative Umweltpolitik
- Theorie der Politik und der Parteien
- Internationale Sozialismus-Diskussion.

Wie bei einem Buchklub kann man AS-Bände auch billiger beziehen, wenn man sich auf eine jährliche Mindestbestellung festlegt. Das **Auswahl-Abo** verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach Wahl aus der Jahresproduktion. Man kann sich auch auf ein **Spezial-Abo** einer der mit Sternchen bezeichneten Serien beschränken. Schließlich gibt es das besonders preisgünstige **AS-Gesamt-Abo**. Jede dieser Abo-Arten berechtigt zum Bezug weiterer AS-Bände — auch aus früheren Jahrgängen — zum Abo-Preis.

Die einzelnen Projekte der **Argument-Sonderbände** werden verbunden über die Zeitschrift **Das Argument**. Sie dient der Entwicklung des allgemeinen Wissens- und Diskussionszusammenhangs.

Die Zeitschrift ist ein Forum

- in dem verbindende politische und methodische Diskussionen ausgetragen werden;
- in dem Exposés und Forschungsergebnisse aus den Spezialgebieten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden;
- in dem Literaturübersichten und ein beispielloser Rezensionsteil helfen, Überblick zu gewinnen;
- in dem allgemeintheoretische Entwicklungen auch aus anderen Ländern kritisch und kollektiv (= diskutierend) angeeignet werden, damit permanente Erneuerung marxistischer Theorie stattfinden kann.

Zur Kontinuität der theoretischen Kultur der Linken trägt die Reihe **Argument-Studienhefte** bei. Hier werden Grundlagen- und Einführungstexte für Arbeitsgruppen verfügbar gehalten.

ARGUMENT-VERLAG BERLIN

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Tel.: 461 90 61

Kleine Bibliothek

Politik · Wissenschaft · Zukunft

Albrecht, U.: Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Bd. 200, DM 14,80

Rupp, H.K.: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung. 2. Aufl., Bd. 201, DM 14,80

Greiner, B./Steinhaus, K. (Hg.): Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR. Bd. 202, DM 14,80

Doormann, L.: Wartet nicht auf bessere Zeiten. Frauenpolitik aus Bonn und Alternativen der Frauenbewegung. prVbD. 206, DM 10,—

Huffschmid, Jörg (Hg.): Rüstungs- oder Sozialstaat? Handbuch für Abrüstung. Bd. 208, DM 14,80

Billstein, H./Naumann, K. (Hg.): Für eine bessere Republik. Alternativen der demokratischen Bewegung. Bd. 210, DM 14,80

Hund, J. (Hg.): Uterm Rad des Fortschritts? Technik, Umwelt, Gesellschaft. Bd. 213, DM 12,80

Kahl, J./Wernig, E. (Hg.): Frei denker. Geschichte und Gegenwart. Bd. 214, DM 14,80

Bosch, M. (Hg.): Nie wieder! Texte gegen den Krieg. Mit zahlr. Abb., Bd. 215, DM 12,80

Giesenfeld, G.: Land der Reisfelder. Vietnam, Laos, Kambodscha. Geschichte und Gegenwart. Bd. 218, DM 14,80

Streisand, J.: Kulturgeschichte der DDR. Bd. 220, DM 14,80

Götz, V.: Wir lassen uns nicht verkaufen. Mieterrechte beim Verkauf von Miet-Eigentums; Sozial- und Werkwohnungen. Bd. 223, DM 10,—

Bredthauer, K.D./Mannhardt, K.: Es geht ums Überleben. Stellungnahmen. Bd. 224, DM 9,—

Kopetzky, H.: In den Tod — Hurra! Deutsche Jugendregimenter im 1. Weltkrieg. Bd. 228, DM 12,80

Deppe, F./Roßmann, W. (Hg.): Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik. Bd. 229, DM 14,80

Huffschmid, J. (Hg.): Für den Frieden produzieren. Alternativen zur Kriegsproduktion in der Bundesrepublik. Bd. 230, DM 12,80

Baumann, W.: Die im Schatten leben. Armut und Lohnabhängigkeit in der Bundesrepublik. Bd. 231, DM 14,80

Pätzold, K./Weißbecker, M.: Geschichte der NSDAP 1920—1945. Bd. 232, DM 14,80

Mammach, K.: Der Volkssturm. Das letzte Aufgebot 1944/45. Bd. 233, DM 14,80

Hoffmann, B./Opperskalski, M./Solmaz, E.: Graue Wölfe, Koranschule, Idealistenverleine. Türkische Faschisten in der Bundesrepublik. Bd. 234, DM 12,80

Knorr, L.: Kleines Lexikon Rüstung, Abrüstung, Frieden. 250 Stichworte. Bd. 235, DM 12,80

Polmann, D./Laudowicz, E. (Hg.): Weil ich das Leben liebe... Persönliches und Politisches aus dem Leben engagierter Frauen. Bd. 240, DM 14,80

Krysmanski, H.-J.: Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik. Bd. 241, DM 16,80

Die Überlebenden werden die Toten beneiden. Ärzte warnen vor dem Atomkrieg. Bd. 244, DM 14,80

Kachulle, D. (Hg.): Die Pöhl-lands im Krieg. Briefe einer Bremer Arbeiterfamilie aus dem 1. Weltkrieg. Bd. 246, DM 14,80

Krims, A.: Wojtyła. Programm und Politik des Papstes. Bd. 247, DM 14,80

Pumphrey, D./Pumphrey, G.: Ghettos und Gefängnisse. Rassismus und Menschenrechte in den USA. Bd. 248, DM 14,80

Grünewald, G.: Pazifismus in der Bundesrepublik. Geschichte der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ (IdK) 1945—1968. Bd. 249, DM 14,80

Dörre, K./Schäfer, P.: In den Straßen steigt das Fieber. Jugend in der Bundesrepublik. Bd. 250, DM 12,80

Eihsen, M./Gottschalk, A.: Rüstung, Rotstift, Repression. Bonner Perspektiven. Bd. 251, DM 10,—

Steffen, C. (Hg.): Computer statt Menschen. Automation, Mikroelektronik, Arbeitslosigkeit. Bd. 254, DM 12,80

Brönnner, W./Nieth, H.-J.: Der Kampf um El Salvador. Ein Volk greift zu den Waffen. Bd. 256, DM 10,—

Bastian, G.: Europäische Sicherheitsgemeinschaft oder Atomtod?. Feden und Schriften. Bd. 255, DM 10,—

Pahl-Rugenstein